

This is a digital copy of a book that was preserved for generations on library shelves before it was carefully scanned by Google as part of a project to make the world's books discoverable online.

It has survived long enough for the copyright to expire and the book to enter the public domain. A public domain book is one that was never subject to copyright or whose legal copyright term has expired. Whether a book is in the public domain may vary country to country. Public domain books are our gateways to the past, representing a wealth of history, culture and knowledge that's often difficult to discover.

Marks, notations and other marginalia present in the original volume will appear in this file - a reminder of this book's long journey from the publisher to a library and finally to you.

#### Usage guidelines

Google is proud to partner with libraries to digitize public domain materials and make them widely accessible. Public domain books belong to the public and we are merely their custodians. Nevertheless, this work is expensive, so in order to keep providing this resource, we have taken steps to prevent abuse by commercial parties, including placing technical restrictions on automated querying.

We also ask that you:

- + Make non-commercial use of the files We designed Google Book Search for use by individuals, and we request that you use these files for personal, non-commercial purposes.
- + Refrain from automated querying Do not send automated queries of any sort to Google's system: If you are conducting research on machine translation, optical character recognition or other areas where access to a large amount of text is helpful, please contact us. We encourage the use of public domain materials for these purposes and may be able to help.
- + Maintain attribution The Google "watermark" you see on each file is essential for informing people about this project and helping them find additional materials through Google Book Search. Please do not remove it.
- + Keep it legal Whatever your use, remember that you are responsible for ensuring that what you are doing is legal. Do not assume that just because we believe a book is in the public domain for users in the United States, that the work is also in the public domain for users in other countries. Whether a book is still in copyright varies from country to country, and we can't offer guidance on whether any specific use of any specific book is allowed. Please do not assume that a book's appearance in Google Book Search means it can be used in any manner anywhere in the world. Copyright infringement liability can be quite severe.

#### About Google Book Search

Google's mission is to organize the world's information and to make it universally accessible and useful. Google Book Search helps readers discover the world's books while helping authors and publishers reach new audiences. You can search through the full text of this book on the web at http://books.google.com/



#### Über dieses Buch

Dies ist ein digitales Exemplar eines Buches, das seit Generationen in den Regalen der Bibliotheken aufbewahrt wurde, bevor es von Google im Rahmen eines Projekts, mit dem die Bücher dieser Welt online verfügbar gemacht werden sollen, sorgfältig gescannt wurde.

Das Buch hat das Urheberrecht überdauert und kann nun öffentlich zugänglich gemacht werden. Ein öffentlich zugängliches Buch ist ein Buch, das niemals Urheberrechten unterlag oder bei dem die Schutzfrist des Urheberrechts abgelaufen ist. Ob ein Buch öffentlich zugänglich ist, kann von Land zu Land unterschiedlich sein. Öffentlich zugängliche Bücher sind unser Tor zur Vergangenheit und stellen ein geschichtliches, kulturelles und wissenschaftliches Vermögen dar, das häufig nur schwierig zu entdecken ist.

Gebrauchsspuren, Anmerkungen und andere Randbemerkungen, die im Originalband enthalten sind, finden sich auch in dieser Datei – eine Erinnerung an die lange Reise, die das Buch vom Verleger zu einer Bibliothek und weiter zu Ihnen hinter sich gebracht hat.

#### Nutzungsrichtlinien

Google ist stolz, mit Bibliotheken in partnerschaftlicher Zusammenarbeit öffentlich zugängliches Material zu digitalisieren und einer breiten Masse zugänglich zu machen. Öffentlich zugängliche Bücher gehören der Öffentlichkeit, und wir sind nur ihre Hüter. Nichtsdestotrotz ist diese Arbeit kostspielig. Um diese Ressource weiterhin zur Verfügung stellen zu können, haben wir Schritte unternommen, um den Missbrauch durch kommerzielle Parteien zu verhindern. Dazu gehören technische Einschränkungen für automatisierte Abfragen.

Wir bitten Sie um Einhaltung folgender Richtlinien:

- Nutzung der Dateien zu nichtkommerziellen Zwecken Wir haben Google Buchsuche für Endanwender konzipiert und möchten, dass Sie diese Dateien nur für persönliche, nichtkommerzielle Zwecke verwenden,
- + Keine automatisierten Abfragen Senden Sie keine automatisierten Abfragen irgendwelcher Art an das Google-System. Wenn Sie Recherchen über maschinelle Übersetzung, optische Zeichenerkennung oder andere Bereiche durchführen, in denen der Zugang zu Text in großen Mengen nützlich ist, wenden Sie sich bitte an uns. Wir fördern die Nutzung des öffentlich zugänglichen Materials für diese Zwecke und können Ihnen unter Umständen helfen.
- + Beibehaltung von Google-Markenelementen Das "Wasserzeichen" von Google, das Sie in jeder Datei finden, ist wichtig zur Information über dieses Projekt und hilft den Anwendern weiteres Material über Google Buchsuche zu finden. Bitte entfernen Sie das Wasserzeichen nicht.
- + Bewegen Sie sich innerhalb der Legalität Unabhängig von Ihrem Verwendungszweck müssen Sie sich Ihrer Verantwortung bewusst sein, sicherzustellen, dass Ihre Nutzung legal ist. Gehen Sie nicht davon aus, dass ein Buch, das nach unserem Dafürhalten für Nutzer in den USA öffentlich zugänglich ist, auch für Nutzer in anderen Ländern öffentlich zugänglich ist. Ob ein Buch noch dem Urheberrecht unterliegt, ist von Land zu Land verschieden. Wir können keine Beratung leisten, ob eine bestimmte Nutzung eines bestimmten Buches gesetzlich zulässig ist. Gehen Sie nicht davon aus, dass das Erscheinen eines Buchs in Google Buchsuche bedeutet, dass es in jeder Form und überall auf der Welt verwendet werden kann. Eine Urheberrechtsverletzung kann schwerwiegende Folgen haben.

#### Über Google Buchsuche

Das Ziel von Google besteht darin, die weltweiten Informationen zu organisieren und allgemein nutzbar und zugänglich zu machen. Google Buchsuche hilft Lesern dabei, die Bücher dieser Welt zu entdecken, und unterstützt Autoren und Verleger dabei, neue Zielgruppen zu erreichen. Den gesamten Buchtext können Sie im Internet unter http://books.google.com/durchsuchen.

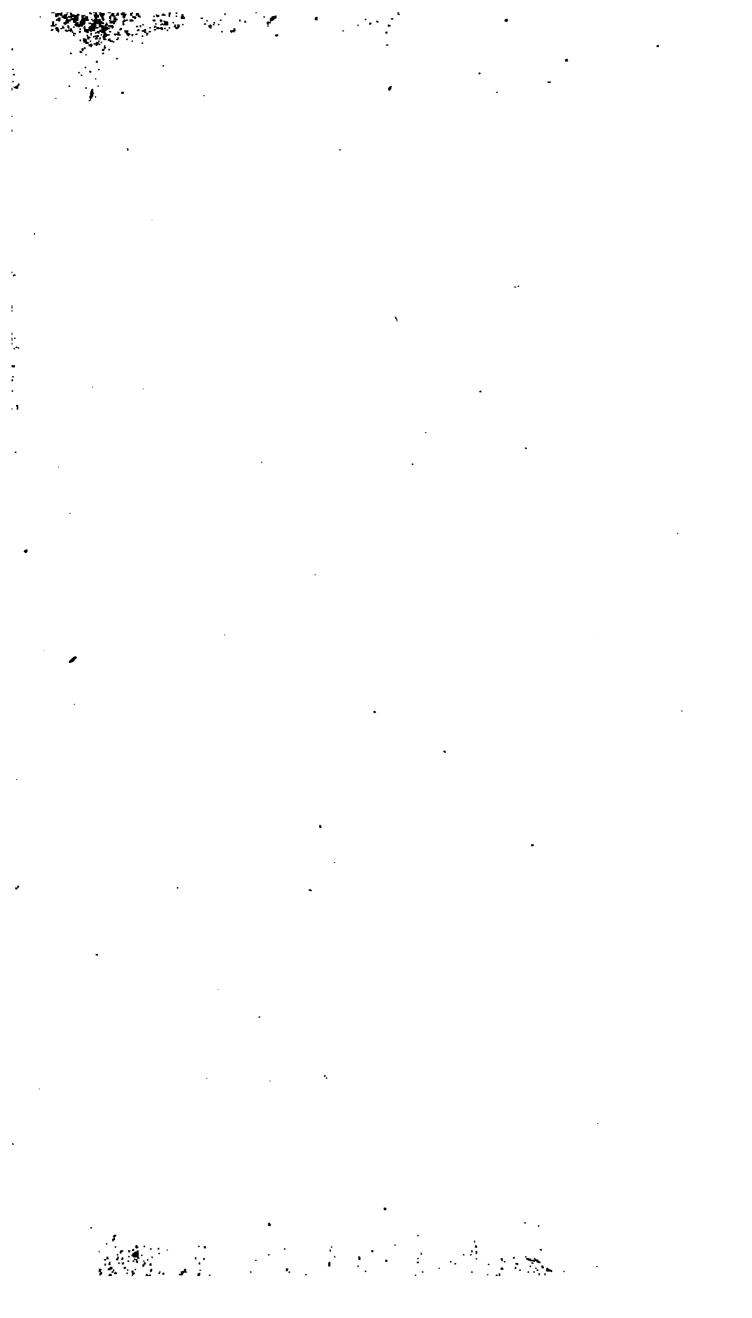












### Archiv

bes

# Criminalrechts.

Neue Folge.

Jahrgang 1852.

Derausgegeben

bon

den Professoren

I. F. H. Abegg

in Breslau,

A. W. Heffter in Berlin,

C. J. A. Mittermaier in Beidelberg,

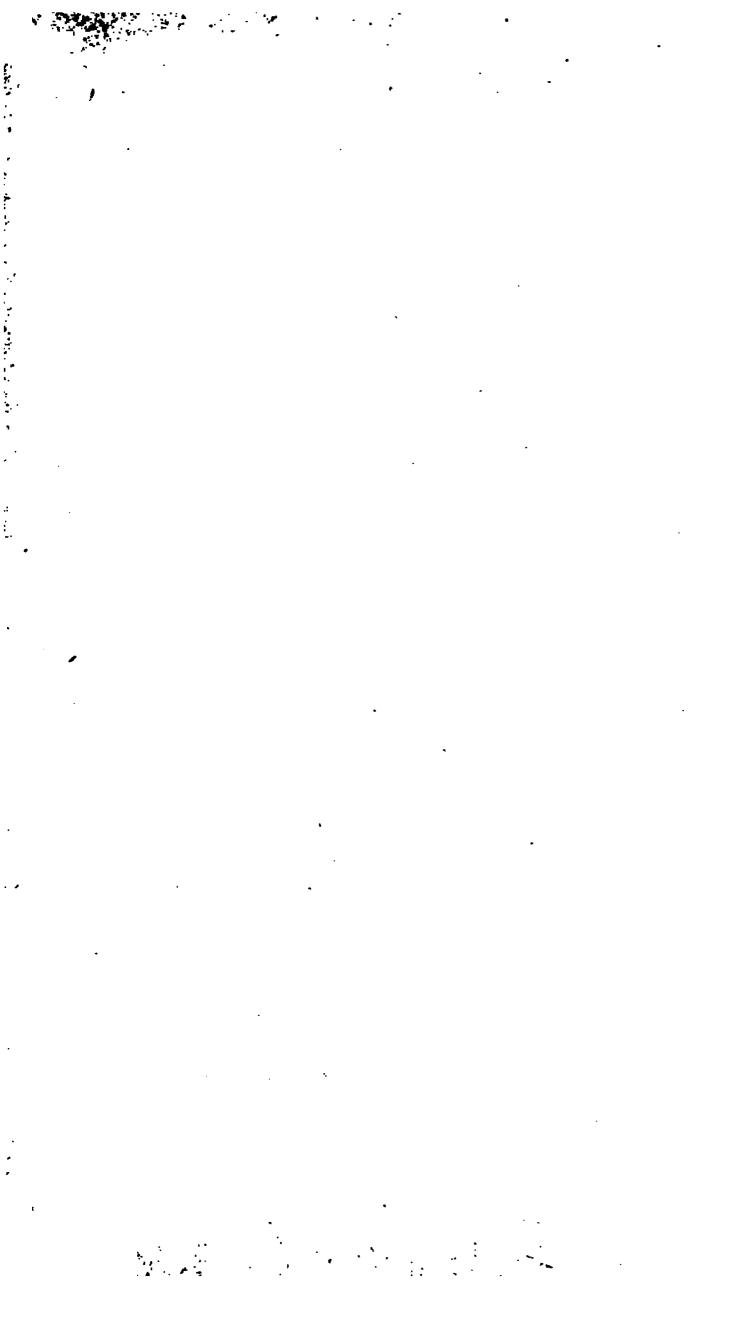
I. M. F. Birnbaum in Gießen,

E. Herrmann in Göttingen,

S. A. Zacharia in Gottingen.

Salle und Brannschweig,

C. A. Schwetschke und Sohn. (M. Benhn.)



### Archiv

bes

# Criminalrechts

neue Solge.

Jahrgang 1852.

Derausgegeben

9 0 B

ben Professoren

I. F. H. Abegg in Breslau,

A. 28. Heffter in Berlin,

C. J. A. Mittermaier in Beidelberg.

I. M. F. Birnbaum in Gießen,

E. Herrmann in Göttingen,

D. A. Zacharia in Gottingen.

Balle und Brannschweig,

C. A. Schwetschke und Sohn. (M. Benhn.)

• . 

## Archiv

bes

# Criminalrechts

Neue Folge.

Jahrgang 1852.

Derausgegeben

DOD

ben Professoren

I. F. H. Abegg in Breslau,

A. 28. Heffter in Berlin,

C. J. A. Mittermaier in Heldelberg.

I. M. F. Birnbaum in Gießen,

E. Herrmann in Göttingen,

S. A. Zacharia in Gottingen.

Halle und Brannschweig,

C. A. Cowetschke und Cohn. (M. Benhu.)



,

## Archiv

bes

## Criminalrechts.

neue Solge.

Perausgegeben

bon

ben Professoren

I. F. H. Abegg

I. M. F. Birnbaum in Giefen,

C. J. A. Mittermaier in Heibelberg,

A. 213. Heffter in Berlin,

H. Zacharia in Göttingen.

Jahrgang 1852.
Erstes Stück.

Halle,

C. A. Schwetschke und Sohn, (M. Bruhn in Schleswig.)

2 1 80 5 W

THE NEW YORK
PUBLIC LIBRARY

ASTOR, LENCX AND TILDEN FOU DATIONS.

R 1907

. .

## In hall t.

1. Die Politik des Rechts und das Recht der Politik. Von Deffter.	<b>Ø</b> .	1
II. Der neue belgische Gesetzesentwurf über Untersuchungsshaft und Befreiung von der haft durch Sicherheitsleisstung in Vergleichung mit den neuesten Gesetzebungen Deutschlands. Von Mittermaier.	<b>!</b>	15
111. Ueber die Bestrafung hochverrätherischer im Auslande begangener Handlungen. Von H. A. Zachariä.		35
IV. Merkwürdige Rechtssprüche ausländischer Gerichtshöse dur Erläuterung wichtiger Rechtsfragen, dargestellt und geprüft von Mittermaier.		- 51
V. Die organische Natur des französischen Strafprocesses. Bon C. v. Stemann.		69
VI. Ueber die Bersetzung in Anklagestand bei schweren Berbrechen. Bon Jul. Glaser.		89
VII. Ueber die Gränze zwischen Diebstahl und Selbsthülfe. Bon I. Bradenhoeft.	1	120



### Die

### Politik des Rechts und das Necht der Politik.

Bon

### geffter.

Die letten Sahre haben auch den deutschen Richterstand aus seinem vormaligen politischen Sorgenfrei aufgerüttelt und in die Wogen der Zeitaufregung hineingezogen. tische Händel, Berbrechen und Prozesse waren ehedem Wurden sie nicht etwa dem ordentlichen eine Seltenheit. Richteramt ganz entzogen, so verkühlten sie sich auf bem langen Wege der Procedur zu völliger Gleichgiltigkeit ober fie starben dahin ohne Erledigung. Der Character ber Rechtsverwaltung mar ein wesentlich gouvernementaler, trot aller ehrbaren Redensarten der Rechts = und Landesgesete, welche die neuere Idee der Selbständigkeit! des Richter= amtes ausbrücken. hin und wieder durchkreuzte einmal ein Reichs = ober ganbesgericht, oder ein Preußisches Cam= mergericht oder eine Juristen: Facultät durch unerschrockene Festhaltung eines Rechtsprincips ober auch einer thatsach= lichen Ueberzeugung den gouvernementalen Willen; es hatte jedoch bamit so viel nicht auf fich, benn wie gefagt, bie Fälle waren selten und ein gouvernementales Beispiel zu statuis ren war kein Bedurfniß, wurde auch, wo es die Folgerich= Ein eigentlicher tigkeit forderte, keineswegs gescheuet.  ${\mathcal X}$ 

Riß trat erst seit 1819 ein, als einerseits die alte Staats= weisheit von den Gerichten und Spruchcollegien ein uns bedingtes Eingehen auf die Marimen der damaligen Demasgogen Berfolgung verlangte, andererseits aber die mosderne Idee des Staates, nämlich möglichste Befreiung des Individuums und des Volkes von Staatszwang, in den Gessinnungen des Richterstandes, allerdings in einer nicht gleichs mäßigen Weise, eine practische Berücksichtigung fand. Zuletzt hat das Jahr 1848 zu einer Eriss geführt, deren Ausgang und wo möglich auch richtige Behandlung unsere Aufmerksamkeit verdient.

Während die Richter aus der alten Schule, die Män= ner des Herkommens, alle Schöpfungen der Neuzeit, so weit sie sich überhaupt noch erhalten haben, nur mit einer gewissen Scheu und mit Vorurtheilen gegen sie, als Modificationen des Bestehenden beachten, ihnen nur so wenig als möglich Raum vergönnen, giebt es eine andere Frac= tion in der Staatsgesellschaft, obwohl nicht vorherrschend im Richterstande vertreten, welche gerade von biesem einen Fraftigen Schut fur bie neuen Institutionen und Grund= fate erwartet und fordert, endlich aber auch noch eine bekannte britte Richtung, welche allem Bestehenden ben Rrieg erklärt, ben bisherigen Richterstand für obsolet erachtet, ihn nur als ein Glied in ber Rette ber Bureau= cratie ansieht und durch völlig andere Elemente zu ersetzen mindestens dem Princip der Absetbarkeit zu unterwerfen trachtet, natürlich in Berbindung mit dem Umsturz jeder hergebrachten Staatsordnung.

In diesem Strubel der Ideenbewegung ist es doppelt wichtig, das Bewußtsenn von der Aufgabe und den Pflichten des Richteramtes, welches an sich doch niemals zu entbehren senn wird, zu bewahren und geltend zu machen. Sein Beruf aber liegt unerschütterlich darin, in den seiner Entscheidung unterworfenen Fällen das im Staat wirklich

gesetzte Recht im Sinn der höhern Gerechtigkeit, d. h. mit Weisheit und Muth in Unwendung zu bringen. Man muß erkennen, daß die Gerichte nicht dazu da sind, um ein neues Recht zu schaffen, sondern zu sinden in lauteren und anerkannten Quellen, nicht um neue Ideen zu versbreiten, sondern die umlaufenden, welche sie als geltendes Recht setzen wollen, zu prüsen, zu sichten und abzuklären, nicht mit dem Strome der Zeit oder in einzelnen Strösmungen mitzuschwimmen, sondern sich an das Steuerrusder mitzustellen und den Compaß der Gerechtigkeit in der Hand das Staatsschiff ganz und unverletzt an Klippen und Brandung vorbei führen zu helfen.

Könnte man deshalb wünschen, den Richterstand möglichst allen s. g. politischen Einflüssen zu entziehen, wie man vorgeschlagen, hin und wieder auch, obwohl nur theilweis, in Ausführung gebracht hat, so ist doch bei näherer Erwägung eine berartige monchische oder kasten: artige Absonderung eines Beamtenstandes von dem übrigen Staatsleben weder durchführbar noch selbst rathsam zu er-Denn wie in aller Welt soll vermieden werden, achten. daß der Richter an dem öffentlichen Leben als Mensch und Staatsbürger Theil nehme, ohne ihn zugleich ber vollen Berufsfähigkeit und eines Theiles der allgemeinen burgerlichen Berechtigungen zu berauben, ohne ferner dem übris gen Staatsorganismus ein Element vorzuenthalten, welches in seiner Besonderheit beachtenswerthe Stimmen so wie eine Stütze der ordnungsmäßigen Ein = und Durchfüh= rung neuer Marimen darzubieten vermag. wisse richterliche Uemter, z. B. bei einem obersten Staats= gerichtshofe, desgleichen die Stellen ber Borsitzenden mögen vielleicht als solche zu bezeichnen senn, die eine Incompa? tibilität mit jeder andern oder gewissen politischen Functionen begründen; es mag ferner der gleichzeis tigen Uebernahme von politischen Functionen

dem Richteramte gegen längere Dauer und daraus entstehende Verfäumung des letteren ein Ziel gesetzt werden; jedoch eine unbedingte Incompatibilität wird weder als nothwendig darzuthun noch als nütlich zu bevorworten seyn.

Suchen wir nun für eine Uebergangsperiode, wie unsfere Zeit wenigstens mehr als eine andere senn dürfte, eine Richtschnur für das correcte Verhalten der Gerichte, so wird sich eine solche am ehesten ergeben, wenn wir einersseits das Recht oder die Berechtigungen der Politik und andererseits die Politik, den politischen Standpunct der Gerichte in Erwägung nehmen.

Das Recht ber Politik, d. i. ber Staatsverwaltung, die sich behaupten will, ist ein ernstes und entschiedenes Handeln, in Symmetrie mit der ihr vorgezeichneten Rich= Sie darf und muß dabei alle Kräfte des Staats= organismus in Unspruch nehmen; so auch die Gerichte, freilich nicht über beren Beruf hinaus. Diesen finden wir in der Regelung der im Besitstand angegriffenen Rechts= verhältnisse ber Individuen nach den Gesetzen und Institu= tionen des Staates. Stehen diese auf einem schwankenden Boden, unfertig, unvollendet, so kann wie in andern zweifelhaften Rechtsverhältnissen wenigstens fürs Erste nur der Status quo maaßgebend senn, ja er wird das Recht selbst definitiv firiren, wenn der frühere Rechtsstand ein völlig zerbrochener und durch eine herrschende Macht außer Wirksamkeit gesetzter ist. Die Gerichte finden sich dabei freilich in einer schlimmen Lage. Gewöhnt an eine Ste= tigkeit des Rechts oder doch an eine legitime Continuität ber Rechtsbewegung, vermögen sie ben rein thatsächlichen Buständen, welche sich an die Stelle des in solcher Continuität Hergebrachten gesetzt haben, eine rechtliche Weihe und Geltung nicht anzuerkennen; und hinwiederum mit der Thatsache in Widerspruch zu treten, nachdem sie eben zu befestigen sich angefangen und eine außere Ordnung

aus einem Chaos geschaffen hat, murbe nur eine neue Beunruhigung erzeugen und einen Widerspruch hervorrus fen, welcher die thatsächliche Macht vielleicht zu weiteren Uebergriffen und Berletzungen anreizte. Die Erfahrung lehrt denn auch, daß fast allenthalben bei totalen politi= schen Umwälzungen die Gerichte, ohne taß sie selbst um= gewandelt werden, gar leicht auf dem noch rauchenden ober schwankenden vulkanischen Boden, von welchem das Alte hinweggeschemmt war, ihre Zelte aufgeschlagen und demnachst das Neue mit dem Bergebrachten möglichst zu vermits teln gesucht haben. Frankreich hat darin, wie in so vielen andern Studen, ein glanzendes leichtsinniges Beispiel wiederholt gegeben; ohne ihr eignes Kleid zu wechseln sind Die Gerichte in bas über Nacht verwandelte Staatswesen eingetreten, abgesehen babei von einzelnen Männern biefer Gerichte, welche einen solchen Wechsel mit Ehre, Pflicht ober Gefinnung im Widerstreit fanden. Uehnliche Erfahrungen find freilich auch anderweitig gemacht worden und nachzuweisen. Worin sie eine Rechtfertigung finden kon: nen, ist bereits angedeutet. Db diese jedoch allenthalben zutreffen, ob nicht andere Motive zu berartigen Erscheis nungen mitgewirkt haben, ist nicht unsers Ortes in diesen Blättern anzudeuten. — Eine entgegengesette Wahrneh= mung hat sich wieber in benjenigen Staaten bargeboten, wo zwar keine totale Umwälzungen, wohl aber bedeu= tende Neuerungen in den öffentlichen Zuständen eingetreten Hier wird sich meistens gezeigt haben und noch jett bemerklich machen, daß die Gerchte, in ihrem Festhalten an eine sichere Continuität des Rechts, das Hergebrachte und Angewöhnte möglichst als Basis gebrauchen und ber Neuerung, ohne in die das Alte vernichtende Ibee einzugehen, so wenig als möglich Boben einräumen, wenn nicht die Abvocatur sich der Neuerung annimmt und eine Fortbewes gung auf dem neugeöffneten Wege erzwingt, ober einmal die öffentliche Meinung ein Opfer fordert und dabei einem Gerichtshof die Ehre anthun will, ein nur selten gebrauchtes Geschütz abzuseuern, wie dem Cassationshofe zu Paris in Beziehung auf den von Louis Philipp nach Maaßegabe älterer Gesetze angeordneten Belagerungszustand zu Theil ward!

Mag nun immerhin bas System einer bebächtigen, bie Beitverhältnisse möglichst schonenben und ben Ginzelnen so wenig als möglich verletenden Ausgleichung des Alten und Neuen in bem Befen ber Gerechtigkeit begründet und beifallswerth senn, so läßt sich doch hiervon im Gebiete des Strafrechts keine Unwendung machen, so oft es sich nämlich um die Berhängung einer Strafe handelt. Denn welcher Theorie der Strafgerechtigkeit man sich immer zuneigen mag: darin werden ohne Zweifel Alle übereinstimmen, daß weder ein von einer illegitimen Gewalt noch auch ein auf illegitimen Wege ausgegangenes Gesetz zu einer Strafe berechtigen konne. Bier barf kein Status quo beruhigen, hier gilt es beffen Rechtmäßigkeit zu prufen freilich aber nicht blos nach privatrechtlichen Gründen und Combinationen — hier gilt es, geleisteter Gibe eingedenk zu sein und schließlich auch seiner gewissenhaften Ueberzeugung das Umt felbst lieber zum Opfer zu bringen. dererseits wird sich kein Gericht leicht entschließen, Jemanbem Etwas als ein Werbrechen zuzurechnen, mas zwar nach der älteren legitimen Verfassung ein solches senn würde, nach deren thatsächlicher Beseitigung aber und dem Status quo gemäß nicht senn kann 1).

<sup>1)</sup> Dies ist unter Andern der Gesichtspunct, aus welchem die handlungen der ausführenden Verwaltungsbeamten während eines Verfassungsstreites beurtheilt werden müssen, wenn sie nicht etwa zum Widerstand gegen die versassungswidrigen Beschle ihrer Vorgesetzten verpstichtet senn sollten; z. B. Einziehung von Steuern, welche die im Streit sbefangener oder

Handelt es sich um Ausnahmegesetze gegen verfaß sungsmäßige Grundsätze, so hat zwar, die verfassungsmäs Bige Giltigkeit jener vorausgeset, die Regierungsgewalt ober der Staat ein vollkommenes Recht zu erwarten und dahin zu wirken, daß auch berartige Gesetze bei ben Gerichten zur Geltung gelangen, nur verfteht fich von felbst, daß hierbei die strengsten Interpretationsregeln Plat greis fen. Ueberdies aber möchten wir als Recht der Politik in Anspruch nehmen, daß sie in jedem einzelnen Falle zu beschließen habe, ob die Vollziehung des Ausnahmege setes, namentlich auch eines berartigen Strafgesetzes zu beantragen sen ober nicht; benn die Ausnahmesetzung ift nur ein Nothmittel, ein Interimisticum, welches wieber zur vollen Anwendung der Regel führen soll. Die Regies rung muß es auf diese Weise in der Hand behalten, gegen nicht schädliche Verletzungen der Ausnahmebestimmungen Schonung und Nachsicht zu üben, auch wohl zeitweilig fie

factisch beseitigte Conflitution nicht autorisirt. Von jeher ist es - murde in den Grunden eines Urtheils über einen folchen Fall in der Beit des hannoverschen Berfaffungsftreites gefagt ein Grundsat des öffentlichen Rechts gewesen, daß bei eingetretenen Störungen in Staatenverhältniffen, wie in Privatverhältnissen der jeweilige Befigstand, das uti possidetis, der status quo ju berudfichtigen fen, und bis jur weiteren Ents scheidung gelten muffe, als bas ficherfte Mittel, diefe felbft herbeiguführen und ben Unfrieden ju entfernen. öffentl. R. des d. B. S. 65. 76.) So im Bölkerrecht (H. Grot. de J. B. I, 4, 20) in mancherlei Anwendungen, 3. B. auf das Gesandtschaftsrecht (Vattel dr. d. G. IV, 5, 68). So im deutschen Bunde bei Streitigkeiten unter Bundesges nossen (Wiener Schl. Acte, Art. 19. Klüber.a. D. S. 172) und in Beziehung auf die in anerkannter Wirksamkeit bestes henden landständischen Berfaffungen (Schl. Acte, Art. 56). Insbesondere mar es aber noch ein in der ehemaligen Retaats. praris geltender Sat, daß bei Streitigkeiten zwischen deutsschen Landesherrn und deren Ständen oder Unterthanen über Ausdehnung oder Mikbrauch der landesherrlichen Rechte von den Unterthanen einstweilen der Gehorsam nicht verweigert werden bürfe. Bablcapit. XIX, §. 6. 7.

ganz einschlafen zu lassen, bis eine Gefahr zu ihrer Wiesberaufnahme drängt. Dagegen läßt sich freilich einwenden, daß die Regierung mit diesem System ihre Parteigenossen, oder doch Einzelne aus Parteilichkeit auf Kosten Anderer begünstigen und somit eine Ungleichheit des Rechts in der Rechtsanwendung herbeiführen könne. Wir setzen indes voraus, daß in dieser das freie germanische Anklagerecht wieder zur Geltung gelangen und die Staatsanwaltsschaft in diesem Systeme ihre gegenwärtige Stelle nur theils weis behaupten werde.

Als der beklagenswertheste Anfall an die Gerichte durch die Vorgänge der Neuzeit ist die Verwendung dersels ben zur Bildung von Staatsgerichtshöfen für politische Prozesse, desgleichen zur Ausübung der Disciplin theils in den Rreisen ber richterlichen Beamten, theils auch der Bermaltungsbeamten zu bezeichnen. Man wird wohl ziemlich allents halben die Bemerkung machen, daß die Richter sich dabei nicht in einem gewohnten Kreise bewegen, daß sie sich ber Mehrzahl nach mit Verlust jenen Functionen unterziehen. Der Grund leuchtet ein. Das Gesetz giebt in solchen Sachen gewöhnlich einen weiten Spielraum; die allgemeine objective Unschauung verliert sich in subjectiven Auffassun= gen; das Urtheil wird beinahe ganz ein politisches; man fühlt auf der einen Seite, wie nothig es sen, gewisse sittliche und politische Principien aufrecht zu erhalten und auf ber andern die Unsicherheit, welche es bamit hat, wenn nun eine ganze Perfonlichkeit, Gefinnungen und Sand: lungsweise im Ganzen barunter gestellt werden sollen; wie bebenklich es ift, hierüber besonders im Bewußtsenn sei= ner eigenen Sehlerhaftigkeit ein Urtheil zu fällen; wie man leicht auf der einen Seite zu viel, auf der andern zu me= nig thun kann; es ist endlich unvermeidlich, daß dabei ben Beitverhältnissen hier und bahin Rechnung getragen wird, indem eine Zeit die Aufrechthaltung gewisser Principien mit besondrer Strenge zu fordern scheint, eine ans dere wiederum größere Nachsicht gestattet. Der Richtersstand sindet sich daher in solchen Sachen in einem andern Elemente, und es wäre gewiß zu seiner eignen Reinerhalztung höchst wünschenswerth, wenn er von dieser Zugabe wieder besteit werden könnte. Erst in ruhigen wohlgeordneten Berhältnissen ohne politische Zerrissenheit wird sie leichter zu bestreiten seyn, weil sich dann die objective Unsschauung vorherrschend und gefahrlos zur Geltung bringen läßt.

Aber auch in dem eigentlichen Gebiet des Richtersamtes haben sich in einem großen Theile Deutschlands wichtige Veränderungen ergeben, einmal nämlich durch die Befreiung von gesetzlichen Beweisregeln bei Festsstellung der Beweisergebnisse, und zum Andern durch die Verbindung mit dem Institut der Schwurmänner. Es wird noch längerer Uedung bedürfen, um die richtige Idee, welche jenen Instituten einwohnt, zur äußeren Reise zu bringen, um den Geist sich anzueignen, mit welchem sie allein zu einer äußerlichen Geltung berechtigt sind, und noch mancher Ersahrungen und Beodachtungen, um auf dem Wege der Gesetzgebung und Instizverwaltung die Mängel und Hindernisse zu beseitigen, welche der Verwirklichung der Idee entgegentreten und ihr allgemeine Zustimmung und Anerkennung zu verschaffen.

Zunächst dürften nun wohl folgende nicht ganz uns bedenkliche Wahrnehmungen nicht abzuleugnen senn.

Wie bereits unter der Herrschaft des Legal = Beweis = Systemes das Streben dahin ging, die Regeln jenes Besweis = Systemes zu brechen und seine Schrossheiten zuerst durch die außerordentliche Strafe, dann durch die Hervorshebung des Anzeige = Beweises zu umgehen, so ist mit der Emancipation von allen Beweisregeln, welche nicht reinshin die Ausschließung gewisser Beweismittel betressen,

vielfach und befonders bei den mit jungeren Richtern befetten Stellen eine allzu = leicht fertige Ueberzeugung von der Schuld eines Angeflagten bemerflich, ohne daß bie ftrengere Gewöhnung von Richtern aus dem alten System, die fich bei Gerichten erster Instang meift in ber Minderzahl befinden, ein Ge: gengewicht zu halten vermag, wie man vielleicht hätte erwars ten können. Nimmt man hinzu, daß die Bulaffung von Beweismitteln häusig noch durch ältere Besetze geregelt ist, die auf den Untersuchungsproceß und auf eine Beschränkung bes Richteramtes hauptfächlich erst bei der Entscheidung ber Sache berechnet, hinsichtlich ber Mittel ber Untersuchung aber keinesweges ängstlich waren; daß ferner auch die Aufnahme der Bertheidigungsbeweise wie in den älteren Gesetzen ber vorherigen Erheblichkeitsprüfung ber Gerichte anheimge= geben ist, hierbei aber nur zu leicht die Ansicht der Unerheblichkeit durchgreift, um möglicher Beise überflüssige Berhands lungen ober Berzögerungen zu vermeiben: so kann man bie Rlage nicht für unbegründet halten, daß das neue Sy= stem, weit entfernt die Forberungen der Gerechtigkeit zu befriedigen, theilweis wenigstens zu einer Urt von Berwaltungsjustiz geführt hat, wo man die Sachen, und welche Sachen! schnell ad mentem - um mich eines curialistischen Ausdrucks zu bedienen - abmacht. den Uebelständen fann durch feine Procedurformen oder Nichtigkeitsvorschriften gesteuert werden , sondern hier kann nur ein tüchtig bestelltes Unklage: und Bertheibigungsamt in Gemeinschaft mit der Deffentlichkeit ber Berhandlungen dazu helfen, daß das Richteramt in voller Besonnenheit erhal: ten und zu weiser Gewöhnung hingeleitet werde; auch wird sich eine höhere Instanz nicht entbehren lassen, um etwanige thatsächliche Mißgriffe ber ersten Instanzrichter zu rectificiren.

Bu anderen Betrachtungen geben wieder die neuen beutschen Schwurgerichte Anlaß. Es ist nicht der 3weck

velche schon die bisherige Erfahrung hat erkennen lassen und welche schon die bisherige Erfahrung hat erkennen lassen und welche allerdings nicht verschwiegen werden dürsen, wenn das Institut erhalten und reif werden soll, von dessen Dassens: Berechtigung auch der Verfasser dieses Aufsates fortdauernd durchdrungen ist; es sind nur Gebrechen des Organismus und der Zeit, welche hoffentlich gemildert und überwunden werden können; allein es fordert dies eine umfassendere und selbständigere Betrachtung; hier kann nur davon die Rede seyn, wie sich das eigentliche Richters amt zu dem neuen Institut gestellt hat und stellen sollte, um würdig mit demselben zu bestehen.

Biederholte Beobachtungen ber Schwurgerichte möch: ten nun leicht die Behauptung rechtfertigen, daß es benfelben vielfach noch an einer ganz sichern und würdevollen Leis tung mangelt; daß das leitende Richteramt sich nicht sel= ten einer polizeilich inquisitorischen Tendenz hingiebt; baß man der Staatsanwaltschaft und ber Advocatur gegenüber noch nicht zu der vollen Sicherheit des richteramtlichen Characters gelangt ist, welchen diese Institute in ihrem eigenen Interesse anerkennen muffen, eines Characters, ber auf dem Bewußtsenn der höchsten und letten Berant= wortlichkeit des Richteramtes beruhet, ohne dabei die colle: gialische Gleichheit jener andern gerichtlichen Functionen in Beziehung auf Wissen und Bestrebungen zu verkennen. Das Wichtigste endlich möchte senn, daß es noch an ber rechten Bermittelung ober Berbindung des eigentlichen Richteramtes mit den zugezogenen Geschwornen und dem Berdict gar sehr ermangelt. In England wird biese Bermittelung durch die Achtung des hergebrachten Rechts und durch die volksthümliche Autorität des Richterstandes, als des eigentlichen Depositars des Rechtes bewirkt, der= gestalt, daß man sich auch nicht scheut, die ganze Schuldfrage ohne Unterschied der Rechts: und Thatfrage den Geschwornen zu überlassen, mahrend in Frankreich biefe beiden Fragen von einander geschieden find und dadurch sowohl, wie durch die Procedur : Einrichtung, durch die polis tische Influencirung des Geschwornen = Institutes dem Borfitenden mehr nur eine kunstmäßige rhetorische Einwirkung auf die Geschwornen übrig gelassen ift. In ber nämlichen Lage befindet sich die Sache auf deutscher Erde, nur mit dem Unterschiede, daß es an der ebenbezeichneten Runstfer: tigkeit noch gar fehr mangelt und daß ferner die Einführung bes Schwurgerichts gerade in einer Zeit erfolgt ift, wo Rechtsgefühl, Uchtung bes Bestehenden und rechtlicher Autorität gar sehr niedergedrückt mar. Es wird die Bank ber Geschwornen burch Alles dies nur zu sehr darauf hin= gewiesen eine eigene völlig unabhängige Autorität zu senn und die Justizpflege in den wichtigsten Sachen bei ber Un= thunlichkeit, die Rechts = und Thatfrage scharf zu trennen, in einen Conflict zwischen rechtlicher und freier mensch= licher Beurtheilung gebracht, hiermit aber die nothwen= dige Einheit der richterlichen Gewalt gebrochen.

Ich bin nun keineswegs der Meinung, daß die Vermittelung dieser Gegensätze auf einem mechanischen Wege,
z. B. durch äußerliche Fusion von Richtern und Geschwors
nen hervorgebracht werden könnte ober müßte; weil damit
zugleich oder alsbald die Vernichtung des ganzen Institutes der Geschwornen herbeigeführt werden würde, ich sehe
vielmehr die Heilung der Uebelstände wesentlich nur in
einer wohlgeregelten Auswahl tüchtiger Schwurmanner und
in der moralischen Haltung des Richterstandes.

Was diese lettere betrifft, worauf wir uns nach der Absicht dieses Aussatzes allein zu beschränken haben, so hat man schon ofter und wie ich glaube in treffender Weise zwei Richtungen in der richterlichen Praxis als vorherrschend oder influencirend und natürlich auch wohl mit einander in Conslict gerathend erkannt, bei den Einen nämlich das

Princip der Autoritat, nach welchem man sich im richterlichen Berfahren und bei Entscheidung einzelner Fälle weniger auf ben Boden ber Einzelgesetze stellt, als vielmehr bie Falle der verliehenen richterlichen Macht unter den ge= gebenen Umftanden nach freier rechtlicher Ueberzeugung in Anwendung zu bringen sucht; bei den Andern das Spstem der Legalität, welches sich an die Gesetze allein und an deren Auslegung in der Ausübung des richterlichen Amtes hält, weil dasselbe nur der Diener bes Gesetzes senn durfe. Bu dem ersteren verleitet Talent, höhere Stellung und politische Energie, zu bem letteren führt Quietismus, auch wohl ein oppositionelles Streben. Die Uebertreibungen und Fehler des einen wie des anderen Systemes bedürfen hierkeiner Auseinandersetzung; darüber jedoch wird schwer= lich ein Dissens Statt finden, daß das Richteramt nicht etwa ein blos puppenartiger, mechanischer Dienst senn, sondern auch eine autoritative Energie entwickeln muffe, und zwar als die lette verantwortliche Autorität, welche bie mitwirkenden Kräfte in möglichster Uebereinstimmung mit dem Willen des Gesetzes und des Staates zu erhalten hat. Eine solche Autorität kann freilich nicht von Außen= her gegeben, sondern vielmehr durch sittlichen Character, Xalent und Geschick begründet werden. Hierin ruhet ber Schwerpunct aller Rechtsverwaltung. Daß sie auch bei Schwurgerichten geltend zu machen sen, wenn überhaupt eine Einheit der Rechtspflege bestehen soll, daß es beson= bers die Aufgabe des Vorsitzenden sen mit Achtung vor dem Gesetz zu erfüllen und deffen mahre Bedeutung zu entwickeln, ist dem Verfasser dieser Abhandlung nicht zwei= felhaft; er glaubt, daß darin 2) so wie in der Auswahl der Geschwornen das Hauptproblem des Schwurgerichts

<sup>2)</sup> Einen Reichthum von Aufschlüssen gewährt hierüber Mite termaier's engl., schott., nordam. Strasverfahren.

liegt. Daß, was das Berhältniß der eigentlichen Richter zu ben Geschwornen betrifft, England zwar eine hobe Achtung vor dem gandesgesetz und vor dem Richterstande voraus hat, jedoch keinesweges schon ein ganz gesichertes Spftem barbietet, darüber belehrt uns noch die neueste gründliche und unbefangene Schrift Rüttimann's 3), und noch lange wird sich ber Scharfsinn ber practischen Staatsmänner und Juristen baran zu erproben haben. Aber es wäre ein arger Fehler, wollte man hier bei uns erst abwarten, bis die Lösung anderweitig gefunden ist, oder wähnen, daß, wenn das Eine, was ein anderes Land im Criminalverfahren voraus hat, bei uns nicht ebenfalls besteht, darum auch das Andere, was sich dort fin= bet, bei uns kein Recht zu bestehen habe. Wer eine sitt= liche und rechtliche Gewalt hat, muß sie im Sinn der Sittlichkeit und Gerechtigkeit gebrauchen. Ulso wird es auch dem vorsitzenden Assisenrichter, der die Sache den Geschwornen zu präpariren und zu überliefern hat, wohl geziemen, es mag ihm ein Resumé gesetzlich gestattet senn oder nicht, Gesetz und Gerechtigkeit, als eine lebendige Stimme des Rechts, energisch zu vertreten und zu im: pressioniren 4).

<sup>3)</sup> Der engl. Civil = Procef S. 387 fgg.

<sup>4)</sup> Eine damit übereintreffende Ansicht findet sich in der so eben erschienenen Schrift: Ueber die Preufischen Schw. S. Ein Votum des Herrn Dr. Göße zc. mit Zusätzen von Keller. (Berl. 1851).

Der neue belgische Gesetzesentwurf über

### Untersuchungshaft und Befreiung von der Haft durch Sicherheitsleistung

in Bergleichung mit den neuesten Gesetzebungen Deutschlands.

> Bon Mittermaier.

Die gesetlichen Bestimmungen über die Untersuchungshaft, ihre Dauer und die Mittel die Haft abzuwenden, greissen tief in die socialen Verhältnisse, in das Schicksal und den Wohlstand der Familien ein, sie bedingen wesentzlich das Vertrauen der Bürger zu dem Strasversahren, zu seiner Macht, Verbrechen zu entdecken, aber auch zu dem Willen der Staatsregierung, möglichst die persönliche Freiheit der Bürger zu schützen; sie üben selbst den größten Einsluß auf das Verhältniß der Lossprechungen und Verurtheilungen aus, weil nach langen Ersahrungen 1) die Geschwornen sehr geneigt sind, da loszusprechen oder wenigstens Milderungsgründe anzunehmen, wenn der

<sup>1)</sup> Dies bemerkt namentlich ein französ. Assischent, Hr. Poirel, in seinem Werke: Projets de Code d'organisation judiciaire, de Code d'instruction crim. Paris. 1851. p. 31.

Angeklagte schon lange Untersuchungshaft erduldet hat. Alle diese Rücksichten machen es zu einer der wichtigsten Ausgaben der Gesetzebung, genaue Vorschriften über Untersuchungshaft und den Umfang der Befugnisse der verschiedenen Beamten zu erlassen und dabei ebenso zu sorgen, daß es der bürgerlichen Gesellschaft nicht an den Mitteln sehle, kräftig die Schuldigen zur verdienten Strafe zu bringen, aber auch möglichst die individuelle Freiheit der Bürger vor Gesahren zu schützen, die sie von dieser Seite am meisten bedrohen. Die Vergleichung der gesetzlichen Vorschriften in England und Amerika und der Rechtszübung über diesen Punkt lehrt 2), daß die bürgerliche Gesellschaft mit den reichsten Mitteln der Sicherheit ausgesstattet und dennoch die bürgerliche Freiheit, wie in keinem andern Lande, vor gesetzwidrigen Verletzungen geschützt ist.

Wir haben in diesem Archive 3) die neuesten Gesetzgebungsarbeiten aus den Jahren 1849 und 1850 und die Borschläge, die in wissenschaftlichen Arbeiten gemacht wurden, angegeben. Seit dieser Zeit haben zwar die über den Schutz persönlicher Freiheit in den Grundrechten enthaltenen Bestimmungen die Schicksale dieser Grundrechte getheilt; allein die dort enthaltenen Ansichten sind nicht ganz untergegangen und werden ihren Eingang in die Gesetzgebung der einzelnen Länder sinden. Schon liegen seit 1850 viele neue Gesetzgebungen oder Entwürse von Strasprozesordnungen vor, in welchen genaue Vorschriften über Untersuchungshaft sich sinden. Dahin gehören die braunschweigische Strasprozesordnung 4), die österreichische Strasprozesordnung 5), das hanno:

<sup>2)</sup> Meine Schrift: Das englische, schottische, nordamerikanische Strafverfahren. Erlangen 1851. S. 161. 177 u. S. 216.

<sup>3)</sup> Jahrgang 1850. S. 480.

<sup>4)</sup> Braunschweig. Strafprozef S. 37.

<sup>5)</sup> Desterreich. Strafprozeß : Ordn. S. 183'-209.

verische Strafprozesbuch <sup>6</sup>), die bernische Strafprozesbordnung <sup>7</sup>), das preußische Gesetz zum Schutz der perssönlichen Freiheit<sup>8</sup>), eine Strafprozesordnung für Frankesurt <sup>9</sup>), das bremische Gesetz <sup>10</sup>), das Gesetz für die Bundes: Strafrechtspslege der Schweiz <sup>11</sup>), und die Entwürfe von Strasprozesordnungen für Preußen <sup>12</sup>) und Baiern <sup>18</sup>).

Wie bei allen Umgestaltungen des Strasversahrens, so richtet sich auch bei den Vorschriften über Verhaftung der Blick vorzüglich auf das französische Strasgesetzuch, des sen Vorschriften so großen Einsluß auf den Entwicklungszgang des deutschen Strasversahrens seit mehreren Jahren ausübten. Diese Gesetzebung beruht auf solgenden Sätzen. 1) Es werden 4 Arten von Besehlen unterschiez den: a) Erscheinungsz, d) Verhaftsbesehl 14). 2) Dem Beschuldigten muß der Besehl zugestellt werden. 3) Der Untersuchungszrichter ist es, der die verschiedenen Besehle zu erlassen bezsucht ist. 4) Bei Anschuldigungen wegen Verbrechen wird immer, bei den wegen Vergehen nach dem Ermessen des Instructionsrichters Haft erkannt. 5) Das Gesetz

<sup>6)</sup> Hannov. Strafprozef Drbn. v. 8. Nov. 1850. Art. 58 - 70.

<sup>7)</sup> Bernische Str. Pr. D. v. 2. März 1850. S. 143-181.

<sup>8)</sup> Preuf. Gefet v. 17. Febr. 1850.

<sup>9)</sup> Frankfurter Entwurf v. 1850. Art. 98. 103. (mit ben Bes merkungen von Dernburg S. XVII.).

<sup>10)</sup> vom 7. Februar 1851. Art. 34 - 36.

<sup>11)</sup> Gefet v. 1851. Art. 23.

<sup>12)</sup> Baier. Entw. der Str. Pr. D. v. 1851. Urt. 269 fgg.

<sup>13)</sup> Preuß. Entw. v. 1851. Art. 77. und darüber Abeglg in der Schrift: Der Entw. der Str. Pr. D. S. 41.

<sup>14)</sup> Nachweisungen in meinem Strafverfahren Ih. I. §. 75. und dazu Morin Repertoire du droit criminel, vol. II. p. 341 u. 371, und Verbesserungsvorschläge des französischen Prozesses in Ruppenthals Materialien zur Revision der rheinprens. Strafprozess Ordn. Art. 91 — 127.

unterscheibet a) die Mittel eine Person vor Gericht zu stels' ten (bahin gehören die zwei oben 1. unter a u. b ge= nannten Befehle); b) Mittel, um bie vorläufige Ergreis fung und Bewahrung einer Person zu verfügen (babin bie Befehle unter b u. c); c) Mittel, wodurch erkannt wird, baß der Angeschuldigte während der Untersuchung in Haft bleiben muß (dahin gehört der als gerichtlicher endlicher Ausspruch erscheinende Haftbefehl, den nur der Untersuchungsrichter erkennen kann). 6) In Fällen bes soge: nannten flagrant delit hat nicht blos ber Staatsanwalt, sondern auch jeder Beamte ber gerichtlichen Polizei bas Recht, die vorläufige Festhaltung des Angeschuldigten zu verfügen, worauf erft der Untersuchungsrichter über die Forts' bauer ber haft zu entscheiben hat. 7) Db ein Berhastsbefehl wieder aufgehoben werden kann, hängt nur von der Ents scheidung der Rathsfammer ab. 8) Die Freilassung gegen Sicherheitsleiftung barf bei Unschuldigungen wegen Berbrechen nie, sie tann, wenn die Anschuldigung auf Bergehen gerichtet ist, von der Rathskammer bewilligt werden, darf aber nicht unter einer gewissen Summe betragen. Borschriften, so richtig die Grundideen waren, auf wel= chen sie beruhten, murben in Frankreich von allen unabshängigen und verständigen Männern seit vielen Jahren als ungenügend und die individuelle Freiheit vielfach be= broblich erkannt, um so mehr, als es an besonderen Gesetzen nicht fehlte, welche die Unwirksamkeit des Code vernichteten 15). Die Grundfehler maren 1) daß bei ber

Tiefer eingreifend find die Vorschläge in Leue's motivittem Entwurf der Strafprozeß Drdn. Art. 30 — 37 u. 53. Moztive S. 129. u. 154.

<sup>15)</sup> Dahin gehörte das Decret von Napoleon v. 3. März 1810 über die Staatsgefängnisse; dort war anerkannt, daß die Regierung ihr gefährlich scheinende Personen, ohne sie den Gezrichten abzuliesern, in den Staatsgefängnissen beliebig verswahren kann; das Geset vom 23. März 1820 gab dem Misnisterrath die Besugnis, gefährliche Personen verhaften zu lassen.

großen abfichtlich gewählten Unbestimmtheit bes Ausbrucks: flagrant délit 16), die Befugniffe des Staatsanwalts und der sogenannten Agenten der gerichtlichen Polizei zu weit ausgebehnt maren. 2) Die Borschrift bes art. 91 des Code, nach welcher jedem eines Berbrechens Angeschuldigten ein Borführungsbefehl von bem Untersuchungerichter erlaffen werden muß, zeigt sich wegen ihrer Allgemeinheit häufig zu hart, wenn man erwägt, wie wenig ber Titel eines Berbrechens, &. B. Anklage auf Fälschung, sicher leiten kann, ba oft voraussichtlich die nähere Untersuchung nachweisen wird, daß boch nur eine geringere strafbare Pandlung vorliegt und weil häufig die Berhältniffe bes angeseffenen, vermöglichen, durch Familienbande zurückgehaltenen ehrenwerthen Angeschuldigten nicht zur Unnahme berechtigen, daß er sich durch die Flucht der Untersuchung entziehen werde. 3) Ein fhr bedenkliches Mittel in der französte ichen Gesetzebung ift ber obengenannte Bermahrungsbes fehl (mandat de depôt). Unbefannt ber fruberen frans zöfischen Gesetzgebung murbe diese Art erft burch Gesetz. vom 7. Pluvipse Jahr IX eingeführt und hatte einen vorübergehenben, mit ber Stellung ber bamaligen magistrats do sureté zusammenhängenden Charakter, so daß nach ber Anficht des damaligen Justizministers diese rein provisoris sche Festhaltung nicht mit ber vermöge des Berhaftbefehls eintretenden Saft verwechselt werden durfte. Berathung über ben jetigen Code 17) schien bie Absicht vorzuliegen, daß man diese Urt nicht beibehalten wollte: allein ba bas Gesethuch (art. 95. 97. 107 - 116) von bem mandat de depôt spricht, so besteht er in ber Rechts: übung, leider aber mit einer (wohl absichtlichen) Unbe-

<sup>16)</sup> Trefflich in neuerer Zeit barüber Helie in seinem Traite.
de l'instruction criminelle Vol. IV. p. 89 — 98.

<sup>17)</sup> Locré XXV. p. 128.

stimmtheit, so daß dieser Befehl trefflich bient 18), die 3wede durch eine Berhaftung eines Angeschuldigten in Fällen zu erreichen, in welchen ein Berhaftsbefehl nicht julässig gewesen mare. Der gesetliche Schut, ben ber Berhaftete eben hat, ist sehr gering; benn in bem Berwahrungsbefehl bedarf es weder ber Ungabe ber Handlung, beren Jemand beschuldigt wird, noch des Ge setzes 19). Der vermöge eines solchen Befehls Berhaftete tann feine Berufung an bas Bezirksgericht einlegen, außer im Falle ber Unzuständigkeit bes Untersuchungerich= ters 20); auch der Staatsanwalt kann solche Befehle erlaffen 21). Da über die Bedingungen ber Bulaffigfeit und die Dauer dieses Befehls gesetlich nichts bestimmt ift. fo kann er fehr gefährliches Mittel ber Beschränkung der Freiheit werden 22). Nach der Auffassung würdiger französischer Praktiker ist bieser Befehl ein Mittel, Die Berhaftung in einem der Fälle zu bewirken, wo nicht fogleich ber burch einen Borführungsbefehl vor Gericht Gebrachte vernommen, ober wo auch nach ber Bernehmung nicht auf der Stelle entschieden werden fann, ob ein Ber: haftsbefehl zulässig ist, und daher vorübergehend der Ungeschuldigte an einem nicht zur Berhaftung bestimmten Orte sicher verwahrt wird 23). 4) Ein anderes großes Gebrechen bes Code ift, daß für ben Schutz gegen rechts. widrige Verhaftungen und Berletzung der gesetlichen For-

<sup>18)</sup> Mangin de l'instruction écrite 1 nr. 147 nennt ibn einen invention du despotisme.

<sup>19)</sup> Morin Repertoire II. p. 380.

<sup>20)</sup> Rechtsspruch des Caffationshofs v. 5. Mai 1822.

<sup>21)</sup> Dies folgt aus art. 100. 106 - 107 bes Code.

<sup>22)</sup> Molènes des fonctions du Procureur du Roi p. 304. avantpropos p. XX.

<sup>23)</sup> Dies ist die Ansicht von Hélie in seiner Note zur Aussgabe von Mangin (Bruxelles) II. p. 14 (zu ur. 147). Baitard leçons sur le Code d'instr. criminelle p. 157. S. noch Söchster Lehrbuch S. 142.

men bem Angeschulbigten feine genügenden Mittel gegeben werden, die gesetwidrigen Sandlungen nicht als nichtig erklärt sind und die Anstellung von Schadensklagen oder Anklagen so beschränkt ist, daß auf Erfolg kaum gerechnet werden kann 24), um so weniger als die Unbestimmtheit und Ludenhaftigkeit des Code eine Entschuldis gung für ben gesetwidrig handelnden Beamten leicht ge-5) Roch brudenber wird bies System, ba bie nothwendige Befreiung von der Haft gegen Sicherheitsleistung in breifacher Beziehung sehr erschwert ist, theils a) indem selbst bei Unschuldigungen wegen Vergeben ber Gerichtshof blos nach seinem Ermessen die Befreiung bewilligen oder abschlagen kann 25), b) theils bei manchen Arten von Angeschuldigten selbst bei geringen strafbaren Pandlungen das Gesetz jede Möglichkeit der Befreiung ausschließt 26). 6) Das Gesetz macht es nicht möglich, daß da, wo bie Unschuldigung auf ein Berbrechen (crime) gerichtet ift, eine Befreiung gegen Caution eintritt, mag auch die Wahrscheinlichkeit noch so groß seyn, daß wegen vorhandener Milderungs = ober felbst Aufhebungsgrunde der Titel des Verbrechens nur täuschend ist 27), so daß die größte Härte in die Rechtsübung eintritt 28). Da bas

<sup>24)</sup> Nachweisungen in Morin Repertoire II. p. 337.

<sup>25)</sup> Begen des Worts pourra im art. 114 Code f. Rachweis sangen in meinem Strafverfahren I. S. 476 und Morin Repert. II. p. 343.

<sup>26) 3.</sup> B. bei den Repris de justice. - Ueber die Unbestimmts heit des Ausbruck f. mein Strafverfahren 1. S. 476. Mot. 19. Mangin nr. 176. Morin p. 341.

<sup>27)</sup> Der Code spricht auf eine ganz unpassende Beise vom titre d'accusation, ta ja mährend der Voruntersuchung nech nicht festgestellt ist, welches Berbrechen vorliegt, Mangin

<sup>28)</sup> Rachweisungen in meinem Strafverfahren I. S. 476, Rot. 14 bis 17.

Gefet ein Minimum angiebt, unter welchem bie Cautions fumme gestattet werben barf, so ist bas Ermessen ber Serichte fehr beschränkt.

In Frankreich selbst fühlte man früh die Nachtheile bieses Systems; in den Kammern hatte Br. Roger Borschläge zur Abhülfe gemacht 29) und im Jahr 1846 hatte bas Ministerium die Gerichtshofe und Rechtsfatuls taten zum Gutachten aufgeforbert 30). Die politischen Rampfe hinderten die Fortschritte der Gesetgebung. 3m Zebruar 1848 hob ein Decret vom 22. März wenigstens Die Bestimmung bes art. 119 Code auf, nach melcher ein Minimum ber Caution festgesetzt mar. Wie wohle thatig diese Bestimmung wirtte, lehren die neuesten Griminaltabellen Frankreichs. Bahrend in Frankreich unter bem alten Gefete 1847 von 82247 Berhafteten nur 452 Befreiung von der Saft gegen Caution gegeben wurde, kam 1848 diese Befreiung schon 1416 (von 66865 Berhafteten) und 1849 1935 (von 74839 Berhafteten) gu Statten. Von ben im Jahr 6983 1849 wegen Berbrechen Berhafteten 31) wurden 2774 nicht schuldig erkannt, und von 46503 wegen correctioneller Bergehen Berhafteten wurden 24221 losgesprochen. Man fraat billig, ob durch eine bessere Gesetzgebung diesen juristisch als schuldlos zu betrachtenden Angeschuldigten nicht die schweren Nachtheile ber Beraubung ber Freiheit und bem Staate bie großen Roften nicht hatten erspart werben ton-Die haft ber 27748 eingezogenen und später außer Berfolgung gestellten ober losgesprochenen Personen bauerte

<sup>29)</sup> Nachweisungen im Strafverfahren I. S. 477. Art. 41.

<sup>30)</sup> Das Gutachten des Cassationshofs f. in Morin Journal du droit criminel 1847. p. 23.

<sup>31)</sup> Rach ber Criminalstatistif p. 273 wurden 1849 in Paris 9073 Personen unter mandats de depôt in hast gehalten.

# über Untersuchungshaft und Befreiung zc. 28



bei 19863 einen Monat, bei 4664 zwei, bei 1375 brei, bei 1439 brei bis 6 Monate.

In Belgien, in welchem bas frangofische Gefetbuch in Rraft ift, zeigte die Erfahrung bie nämlichen Gebrechen, welche in Frankreich gerügt wurden. Trefflich hatte Dr. Sporbede 32) (ber jegige Minister) die Mangel ber frangöfischen Gesetgebung in Bezug auf Berhaftung nachgewiesen. Im 3. 1849 stellte Br. Leliovre in ber Rammer der Reprasentanten den Antrag, ein Geset über Untersuchungshaft zu erlassen und legte einen ausführ lichen Gesetzesentwurf vor 83). Der jetige Justizminister Belgiens, Dr. Tefch, ein energischer und gebildeter Jurift, erfannte die Nothwendigkeit der Abhülfe, und veranlaßte, daß die zur Revision ber Strafprozegordnung ernannte Commission einen Gesetzebentwurf über ben Gegen: ftand bearbeitete. Der von bem tuchtigen Criminaliften Ropels in Buttich erstattete Bericht über ben Gefetesentwurf ist beachtungswürdig, da er gewissenhaft die franzöfischen Erfahrungen und den Stand der Biffenschaft und Rechtsübung angiebt, und die einzelnen Bow schläge begründet. Der Minister legte am 20. Juni 1851 einen Gesetzesentwurf mit einem einleitenden Bor trage, und im Wesentlichen auf den der Commission gebauten, jedoch mehr abgefürzten Entwurf und Bes richt der Commission vor. Die zweite Rammer hat bereits mit wenigen Aenderungen ihre Bustimmung gegeben. Bir wollen vorerst ben Entwurf und bann bie Begruns dung und ben Bang ber Berathung über bie einzelnen Puntte mittheilen.

<sup>32)</sup> Considérations à l'appui d'un projet de réforme de l'instruction crim. Bruxelles 1846. p. 25-61.

<sup>23)</sup> Wir haben ihn in diesem Archive 1850 S. 493 mitgetheilt.

### Der Entwurf lautet:

- Art. 1. Nach dem mit dem Angeschuldigten abgehaltes men Berhöre tritt statt des Erscheinungs : oder Borfühs zungsbesehls noch ein Verwahrungs : oder Haftbesehl ein, je nachdem der eine oder andere zulässig ist.
- Art. 2. Wenn die Anschuldigung correctionelles Gefängniß nach sich zieht, so kann der Untersuchungsrichter einen Verwahrungsbesehl nur erkennen, wenn erschwerende und außerordentliche Umstände vorliegen, oder der Angeschuldigte keinen Wohnsis hat. In solchen Fällen muß aber der Richter binnen 5 Tagen von Erlassung des Besehls an der Rathskammer Vortrag erstatten, und es bleibt bei dem Besehle nur, wenn die Rathskammer ihn bestätigt.
- Art. 3. Wenn die Anschuldigung auf eine mit entsehrender Strafe, mit Zuchthaus oder Zwangsarbeit bestrohte Handlung gerichtet ist, so erläßt der Richter einen Verwahrungsbefehl. Mit Zustimmung des Staatsanswalts kann jedoch der Angeschuldigte frei von Haft gelassen werden.
- Art. 4. Ist die Handlung, welche den Gegenstand der Anschuldigung bildet, mit einer anderen entehrenden Strafe bedroht, so erläßt der Untersuchungsrichter nach Bernehmung des Staatsanwalts einen Verhaftsbefehl.
- Art. 5. Ist ein Verwahrungsbefehl erlassen, so kann der Untersuchungsrichter während der Untersuchung nach dem zustimmenden Antrage des Staatsanwalts den Besehl ausheben, unter der Verpslichtung, daß der Angeschuldigte sich bei Gericht auf jede Vorladung stellt. Auch kann ims mer wieder, wenn es erforderlich ist, ein neuer Verwahrungsbesehl erlassen werden.
- Ant. 6. Der Angeschuldigte kann durch eine Bitts schrift an die Rathskammer um Aushebung des Verwahrungsbesehls nachsuchen. Im Falle des art. 2 ist der

# über Untersuchungshaft und Befreiung zc. 25

Untersuchungerichter nur verpflichtet, seinen Bericht 10 Nage nach ber Berfügung ber Rathstammer über bie Beftatis gung bes Befehls, und im Falle bes art. 3 nach 5 Tagen von Erlassung bes Bermahrungsbefehls an zu erftat-Die Rathskammer entscheibet nach Bernehmung bes Wird das Gesuch verworfen, so kann Staatsanwalts. es erst wieder nach 10 Tagen erneuert werben. Rathstammer fann aber jederzeit von Amtswegen die Aufs hebung ber Saft verfügen.

Art. 7. Forbern die Umftande bes Falles nach Auf hebung bes Bermahrungsbefehls wieder die Bermahrung bes Angeschuldigten, so kann nach Bustimmung ber Rathstammer ber Untersuchungerichter wieder einen folchen Befehl erlassen.

Art. 8. Die vorläufige Befreiung von ber Haft fann in jeder Lage bes Streits bei ber Unflagekammer, wenn bereits die Sache an fie gelangt ift, ober bei dem correctionellen Gerichte, ober dem Appellhofe, oder dem Gerichte, welches die Strafe bes Gefangnisses erkannte und ber Berurtheilte im Falle ber Berufung in Freiheit bleiben will, nachgesucht werden. Ist eine Strafe von einem Assischnofe erkannt worden, so geht bas Gesuch um Befreiung an das correctionelle Gericht.

Art. 9. Die Aufhebung eines Bermahrungsbefehls in Fallen ber art. 2 u. 3, so wie die Freilassung von ber Saft, kann von der Bedingung der Stellung einer Sicherheit abhängig gemacht werden.

Wenn die Handlung, worauf die Anschuls Art. 10. bigung geht, Strafe bes Buchthauses, oder der Zwangsarbeit, oder eine entehrende Strafe nach fich zieht, so ift das Gesuch um Freilassung der Civilpartei an ihrem orbents lichen ober nach art. 68 bes Code zu erwählenden Wohnfite zu eröffnen. Handelt es fich nur um eine correctio nelle Gefängnißstrafe, so tann die Civilpartei ihre Be merkungen über die Sicherheit bei der Rathskammer vorbringen,

- Art. 11. In der Verfügung über die Ausbebung des Bewahrungsbesehls und in der Anordnung der einstweizligen Freilassung wird der Betrag der Sicherheitsleistung nach den Umständen und nach der Beschaffenheit des Verzbrechens sestgesetzt. Begründet die strasbare Handlung Anspruch auf Entschädigung, so wird zu diesem Zwecke die wahrscheinliche Entschädigungssumme und darnach auch der entsprechende Betrag der Sicherheitsleistung sestzgestellt. Dies geschieht jedoch nur, wenn in der Sache eine Civilpartei ausgetreten ist.
- Art. 12. Die Sicherheitssumme gewährleistet 1) die Stellung des Angeschuldigten bei Gericht zu den Unterssuchungshandlungen und zur Wollstreckung des Urtheils, 2) die Zahlung der Kosten, Geldstrasen und der Entschädisgungssumme (11). Die richterliche Verfügung bestimmt abzesondert die für jede dieser 2 Richtungen trefffende Summe.
- Art. 13. Ueber den Betrag der Sicherheitsleistung, und und ob dieselbe zureicht, wird vor dem Gericht von dem Staatsanwalt und der Civilpartei verhandelt.
- Art. 14. Die Zahlungsfähigkeit des Bürgen wird burch freie Liegenschaften, deren Werth noch um die Hälfte ber Cautionssumme übersteigen muß, bestellt, wenn nicht der Bürge es vorzieht, in der Depositenkasse den Betrag baar zu hinterlegen.
- Art. 15. Wird die Caution in Liegenschaften bestellt, so hat derjenige, welcher sie stellt, bei dem Gerichte sich zu verpslichten, den Betrag dem Hypothekenbewahrer, im Falle der Angeschuldigte sich nicht gebührend stellt, einzuhändigen. Diese Verpslichtung zieht persönliche Haft nach sich.
- Art. 16. Der Angeschuldigte kann selbst die Sicherheit leisten, entweder durch baare Hinterlegung oder Anweisung auf Liegenschaften (in berin §. 14. 15 bestimmten Weise).

- Art. 17. Die baar zur Bollziehung des nr. 2. art. 12 hinterlegte Summe ist zur Zahlung der Entschäbisung und der von der Civilpartei ausgelegten Kossen und der Gelostrase bestimmt (die Staatskasse hat jedoch ein Borrecht wegen der von der Staatsbehörde verwendeten Kosten). Ist die Caution hypothefarisch auf Liegenschaften bestellt, so hastet sie für die bezeichneten Forderungen und für die Rechte des Staats, auf Stellung des Angeschuldigten.
- Art. 18. Die Staatsbehörde und die Civilpartei tomnen auch vor Erlaffung des Endurtheils Hypothekareintragungen bewirken.
- Art. 19. Der Angeschuldigte wird erst in Freiheit gesetzt, nachdem er durch gerichtlichen Akt seinen Wohnsit (dem Orte, wo das Untersuchungsgericht oder das entsicheidende Gericht sich befindet) gewählt hat.
- Art. 20. Der Präsident des Gerichts, welches die Freilassung verfügte, erläßt auf Antrag der Staatsbehörde und Betreiben das Directors das Enregistrement einer Versfügung zur Zahlung der Cautionssumme.
- Art. 21. Der erste Theil der Sicherheitsleistung vers fällt dem Staate von der Zeit an, als der Angeschuldigte ohne gesetzlich genügende Entschuldigungsursachen ungehors sam bei Gericht sich nicht stellt, oder der Bollstreckung des Urtheils sich entzieht. Wird das Versahren gegen ihn eins gestellt oder er losgesprochen, so kann das Urtheil die Rückgabe dieses Theils der Sicherheit nach Abzug der Summe verfügen, welche zur Deckung der außerordents lichen Auslagen erfordert wird, die durch das ungehorsame Ausbleiben des Angeschuldigten veranlaßt wurden. Der zweite Theil der Sicherheit bleibt in allen Fällen, in denen ein Strafurtheil ergeht, zur Zahlung der Kossen, Geldstrafen und Entschädigung bestimmt. Der Uebersschus wird zurückgegeben. Im Falle der Lossprechung oder

wenn das Verfahren eingestellt wird, erfolgt die Rückgabe bieses Theils der Sicherheit.

Art. 22. Außer den Zwangsmaaßregeln gegen den Bürgen wird der Angeschuldigte sestgenommen und fraft eines Haftbefehls des Untersuchungsrichters oder des Getichts in Haft gehalten.

Art. 23. Der Staatsanwalt so wie ber Angeschuldigte kann Berusung an die Anklagekammer gegen die Berfügungen ber Rathskammer über Freilassung ergeris fen. Die Civilpartei kann nur jenen Theil der Berfügung angreisen, welcher den sie betreffenden Betrag der Caution angeht, jedoch kann durch diese Berusung die Kreilassung des Angeschuldigten nicht aufgeschoben werden.

Art. 24. Die Berufung muß binnen 24 Stunden in Bezug auf den Staatsanwalt vom Tage der Erlassung der Berfügung an, und die Berufung des Angeschuldigten und der Civilpartei, gerechnet vom Tage der Eröffnung der Berfügung an, ergriffen werden.

Unsere Leser werden sich überzeugen, daß dies bels gische Geset die meisten Fehler des französischen Gesethuchs in Bezug auf die Anordnung der Untersuchungshaft versmeidet, vielsache in der Rechtsübung wegen der Unbestimmts heit der französischen Borschriften vorkommenden Streitfrasen entscheidet und Lücken ausfüllt. Der Entwurf bleibt aber dem französischen Systeme, welches vier Arten von Besehlen unterscheidet, treu. Bon den neuen deutschen setzgebungen hat die bad isch e. 34), die österreich ische 35),

<sup>34)</sup> Bad. Prozeß D. von 1845 Art. 169 — 176. Der Art. 173 spricht von vorläufiger Verwahrung.

<sup>35)</sup> Desterr. St. P. D. S. 185—193. Der S. 187 giebt eine vorläufige Berwahrung zu, und S. 191 spricht von eigentlischer Untersuchungshaft.

bie thüringische 36) und hannnoversche 37) Strafs prozegordnung das frangosische Spftem, jedoch mit mans den Abweichungen, aufgenommen. Der frankfur. tische Entwurf 38) nimmt ebenso bie verschiedenen Befeble, die ber frangosische Code tennt, an; er bestimmt aber genauer, als bies im frangosischen Rechte geschieht, daß der Untersuchungsrichter, wenn sich aus der Bernebe. mung bes Angeschuldigten weitere Berbachtsgrunde für bas, Berbrechen ergeben, oder es unmöglich ift, die begonnene Bernehmung des Angeschuldigten an einem Lage zu Ende au bringen, einen Bermahrungsbefehl erlassen kann, daß aber dieser Befehl nach Ablauf von 8 Tagen seine Kraft verliert und ber Ungeschuldigte freigelassen ift, wenn nicht in ber Rathskammer eine Berlangerung bes Bermahrungs befehls oder ein Berhaftsbefehl ausgewirkt murbe. Eine zweimalige Berlängerung wird als unstatthaft erklärt, Ein Berhaftsbefehl fann nur burch Beschluß ber Rathstam=. mer erlassen werben, nachdem der Angeschuldigte vernom: men ift und sich gegen ihn bringende Unzeigen ergeben und die That mit höherer Strafe als Gelbstrafe bedroht ist. — Sehr belehrend sind hier die gutachtlichen Bemerkungen, bes durch lange Praxis mit bem frangosischen Rechte be-

<sup>36)</sup> Thüring. St. P. D. S. 108—111 u. S. 131. Dieser lette ftellt den Sat auf, daß eine Untersuchungshaft nur eine tritt, wenn ber Angeschuldigte nach seiner Bernehmung bes Berbrechens verdächtig bleibt und gewiffe Erforderniffe, Die das Gefet angiebt, hinzukommen. Der Art. 111. handelt von der vorläufigen Bermahrung jum Behufe der Borführung.

<sup>37)</sup> Bannov. St. Proj. D. S. 58 (von vorläufiger Bermahrung) und S. 61, nach welchem eine Berhaftung nur mittelft fchrifts lichen Befehls bes Gerichts und in der Regel erft nache bem der Beschuldigte vernommen wurde, Statt finden soll.

<sup>38)</sup> Der Entwurf handelt von Art. 78 an von Vorladungen und Worführungsbefehlen, von Art. 98 an von Bermahrungs = und Berhaftsbefehlen.

trauten Generaladvotaten Dernburg 30) über bie Dig: brauche, welche die Unbestimmtheit erzeugt, ober (wie Dr. Dernburg mit Recht fagt) ber frangofische Gesetgeber abfichtlich in Bezug auf den Aufbewahrungsbefehl wegließ, fo baß bas Schicksal bes Angeschuldigten ganz in bie Billführ bes Untersuchungsrichters gestellt ift. - Der neue preußische Entwurf von 1851 40) spricht zwar von einem Borführungsbefehl, aber nicht mit ber nothigen Rlarheit 41) (§. 82-84 und 248), giebt auch der Staats anwaltschaft einen zu großen Einfluß, indem der vorläufig Festgenommene vor den Staatsanwalt zu bringen ift, welcher verfügen fann (§. 79. 80). Bon dem Bermahrungs: befehl wird nicht besonders gehandelt und nur einmal (§. 81) verfügt, daß der Festgenommene vorläufig in Berwahrung genommen werben tann; bagegen spricht &. 89 aus, daß die Untersuchungshaft nur fraft schriftlichen richs terlichen Befehls und nicht eher verfügt werben kann, als nachdem der Beschuldigte über den Gegenstand ber Beschuldigung vernommen wurde.

Der neue baierische Entwurf von 1851 nimmt die französischen, wie die Motive aussprechen 42), unpraktischen Resultate zwecklosen Unterscheidung der verschiedenen Beschle nicht an, indem die Zwecklosigkeit des mandat de depôt auch von französischen Zuristen anerkannt werde und die Ausscheidung eines Vorsührungsbesehls überstüssig sen, da die Vorsührung dem Wesen nach doch nur eine Verhaftung sen, die nach dem Entwurse immer wieder ausgehoben

<sup>39)</sup> im Bericht des Ausschusses an die gesetzgebende Bersamms lung S. XVII.

<sup>40)</sup> im Titel VIII. von der Entziehung der Freiheit und von der Freilassung.

<sup>41)</sup> Abegg in seiner Schrift: Der Entwurf der Strafproz. D. S. 51 bemerkt, daß der Ausdruck von dem Bearbeiter des Entwurfs in einem verschiedenen Sinne gebraucht ist.

<sup>42)</sup> Motive G. 67.

werden kann. Der Entwurf 43) stellt barnach alle Fälle, wo eine Festhaltung des Angeschuldigten eintritt, unter einen Gesichtspunkt, nämlich ben ber Berhaftung.

Bir glauben, daß der Berfasser bes baierischen Ent: wurfs mit Unrecht burd Mangel ber Ausführung bes Systemes in der frangosischen Gesetzgebung sich bewegen ließ, auch die richtigen leitenden Grundsäte zu verwerfen, auf welchen die französische Unterscheidung der Befehle beruht. Unfehlbar werden alle Interessen bes Schutes ber Staats: ordnung und ber perfonlichen Freiheit vereinigt, wenn man der Grundidee, welche bem frangosischen Systeme vorschwebt,' treu bleibt, daß man der Staatsgewalt 1) bas Mittel giebt, burch Borführungsbefehl mittelst 3manges die Stels lung bes Angeschuldigten vor Gericht zu bewirken, 2) burch ben Bermahrungsbefehl bas Mittel gewährt, in Fällen, in benen nicht sogleich über die Bulässigkeit der eigentlichen Berhaftung entschieden werben fann, die Freilassung aber bie Entbedung bes Berbrechens gefährben konnte, eine vorläufige Festnehmung des Angeschuldigten auf kurze Beit zu bewirken, und wenn 3) ber Grundsat fesigehalten wird, daß eine Berhaftung nur fraft richterlichen Beschlusses erkannt werben kann, wenn bereits der Ange= schuldigte volle Gelegenheit zur Rechtfertigung erhielt, und' bringende Berbachtsgrunde ungeschwächt vorliegen, und die Größe ber mahrscheinlich brohenden Strafe bie Berhaf= tung rechtfertigt. Alles kommt nur barauf an, baß der Sesetzeber recht scharf den Unterschied zwischen dem Berwahrungs = und dem eigentlichen Verhaftsbefehl auch in der Wollstreckung der Festhaltung hervortreten lasse, 3. 23. in sofern die Verwahrung in andern Raumen als die Berhaftung und mit geringeren Beschränkungen als diese vollzogen wird. Es wird dann im Volke sich die

<sup>43)</sup> Entwarf Art. 293 - 339.

Rechtsansicht bilden, daß die Verwahrung nicht der Vershaftung gleichgestellt wird.

Doppelt wichtig ist es daher, wegen des Einflusses des französischen Spstemes auf die neuern Gesetzgesbungen genau die Verbesserungen zu beachten, welche die belgische Gesetzebung in Bezug auf das französische Spstem einführt.

I. Das belgische Gesetz behält in Bezug auf die Erschei: nungs = und Vorführungsbefehle bie Bestimmungen des frangosischen Code bei. Gine Untersuchungshaft kann nicht eintreten, wenn nicht der Angeschuldigte vorerst vernom= men ober in die Lage gesetzt wurde sich zu rechtfertigen. Der Code stellt den Sat auf, daß der Untersuchungsrichter ba, wo die Anschuldigung auf crime gerichtet ist, einen Borführungsbefehl erlassen muß. Die belgische Commis= sion schlägt vor, diese Vorschrift beizubehalten, weil die. rechtzeitige Festnahme eines Angeschuldigten bas sicherste prozessualische Mittel ist, den Ungeschuldigten überrascht, ehe er die Spuren des Verbrechens vertilgen kann, ihn von seinen Mitschuldigen trennt und den Zeugen Muth giebt. Diese Vortheile aber würden, wie die Commis= fion meint, verschwinden, wenn man den Untersuchungs= richter in die Lage des Zweifelns setzt und es ihm möglich macht, den Vorführungsbefehl zu unterlassen, und das burch ber bürgerlichen Gesellschaft einer gewichtigen Waffe zu berauben. Dhnehin laste (erklärt ber Bericht) auf bem Untersuchungsrichter eine große Berantwortlichkeit, Die nicht vermehrt werden darf, indem man ibm Bahl zwischen zwei Arten von Befehlen läßt. Als in Frankreich der Justigminister über die Vorschläge von Roger Gutachten der Gerichte forderte, erklärte sich die Mehr= heit für die Beibehaltung des frangösischen Grundsages (nämlich der Cassationshof, 25 Appellationshofe und 5 Bechtsfakultäten). Dennoch wollte die belgische Commis-

fion eine Ausnahme eintreten laffen, fo daß auch bei Unschuldigung wegen Berbrechen, die nur roclusion nach sich ziehen, ein Erscheinungsbefehl erlassen werden barf, weil unter den mit dieser Strafe bedrohten Berbrechen mehrere sich befänden, bei welchen so viele milbernde Umstände vorhanden seyn können, daß die Schwere des Berbrechens sehr herabsinkt. Die Commission hatte in ihrem Entwurfe diese Bestimmung aufgenommen, eben so ausgesprochen, daß ein Vorführungsbefehl erlassen werden muß, fo oft der Angeschuldigte nicht Wohnsit im Bande hat; und um leichtsinniger Erlassung von Worführungsbefehlen vorzubeugen, wurde im Art. 4. erklärt : baß die bloße Unzeige keine genügende Bermuthung begründe, um barauf gegen einen Angeschuldigten, ber Wohnsit hat, einen Worführungs: befehl zu erlassen. Der Regierungsentwurf läßt (wie ber oben mitgetheilte Entwurf lehrt) diese Borschläge der Com= mission weg und behält so bie ganze ausnahmslose Strenge des französischen Code bei, daher auch die Borschrift, daß bei Anschuldigung wegen crime ein Vorführungsbefehl er= laffen werden muß. — Wir können diese Unsicht nicht billigen und die oben angegebenen Grunde nicht als genü= gend erkennen. Ein weiser Besetzgeber wird bei den Bor: schriften über Strafverfahren das Princip der 3medmäßig. keit zum Grunde legen, und seinen Beamten, wenn sonft nur die nöthigen Garantieen aufgestellt sind, möglichst freies Ermessen in Bezug auf die Unwendung von Formen zuerkennen, indem er auf einer Seite die nothige Ermach= tigung zum Gebrauche von Mitteln giebt, welche bie Ents. bedung ber Schuld sichern, aber dabei auf die verständige Erwägung der Umstände des einzelnen Falles rechnet, bas das dem Bedürfnisse des Falles mit nur chende verfügt und kein druckenderes Mittel angewendet werde, wenn der 3med durch ein weniger drückendes ebenso erreicht werden kann. Es ist freilich sehr bequem, wenh

ber Gesetzeber bem Untersuchungerichter bie Berantwort= lichkeit abnimmt, und ftatt ihm bie Bahl ber zwedmä= figsten Mittel zu überlassen, absolut die Unwendung eines bestimmten Mittels in gewissen Fällen vorschreibt, in benen der Mehrzahl nach das mildere Mittel ebenso hingereicht haben wurde. Der Untersuchungerichter barf nicht zur Maschine gemacht werden. In der deutschen Rechtsübung und nach ben Gesetzgebungen fann der Richter einen Borführungsbefehl erlassen, er muß es aber nicht. Die Erfahrung in Deutschland hat nicht gezeigt, daß badurch ein Rachtheil für die bürgerliche Gesellschaft entstanden ift. Richts kann aber unpassender senn, als wenn die Berpflichtung gewisse Mittel anzuwenden davon abhängig ge= macht wird, ob die Unschuldigung auf ein Berbrechen ober Bergehen gerichtet ist. Die Gränze zwischen beiben ist nicht durch die Natur der Sache gezogen; bei der Einlei: tung einer Untersuchung ist es in vielen Fällen gar nicht möglich zu bestimmen, ob ein Verbrechen ober Bergeben vorliegt; selbst in den Fällen, in welchen dem objectiven Bestande nach ein Verbrechen vorzuliegen scheint, fann schon anfangs ber Untersuchungsrichter Grunde ber Ueberzeugung finden, daß die Unschuldigung durch nähere Erforschung sehr herabsinken wird; er kann aus der Person= lichkeit und allen Berhältnissen bes Ungeschuldigten Grunde schöpfen, welche der schweren Beschuldigung entgegentres ten, oder die Vermuthung begründen, daß der Angeschul= bigte nicht entfliehen und feine Mittel, der Untersuchung und Entdedung der Wahrheit entgegenzuwirken, anwenden werde. Der einfache Erscheinungsbefehl wird hier genügen; jeder Praktiker weiß aber auch, daß es ihm an Mitteln nicht fehlt, ben Borzuladenden beobachten zu lassen, und ta, mo die: fer Bersuche macht zu entfliehen, rasch der Ausführung 'entgegenzuwirken. Fortsetzung im nächsten Befte.

#### Ueber

# die Bestrafung hochverrätherischer im Auslande begangener Handlungen.

Von

#### g. A. Bachariä.

Es ist bekannt, daß in der Theorie sehr verschiedene Unz. sichten über die Bestrafung der im Auslande begangenen. Berbrechen aufgestellt worden sind, was sich besonders baraus erklärt, daß es an bestimmten positivrechtlichen Unhaltspunkten in ben gemeinrechtlichen Quellen fehlt. Denn wenn auch einige Bestimmungen bes gemeinen Rechts hierher gezogen worden sind, so mußte man doch bald erfennen, daß sie sich nur auf die Competenzverhältnisse ber verschiedenen Jurisdictionsinhaber eines größern (staatlis chen ober kirchlichen) Organismus beziehen. Dies gilt namentlich von ben Aussprüchen bes römisch en Rechts, daß nur da gestraft werden solle, wo belinquirt murde (Ausschließlichkeit bes forum delicti commissi), sowie von ber Cap. 2. de constit. in VIto (I. 2.) gegebenen Entscheidung, wonach, unter Berufung auf ben Gat: "cum extra territorium jus dicenti non pareatur impune", die von einem Bischof hinsichtlich eines außerhalb seiner Dioces begangenen Delicts ausgesprochene Ercoms munication für unwirksam erklärt wird. Ganz unpassend ist auch die Bezugnahme auf clem. 2. de sent. et re judicata (II. 11.) Seitens Derjenigen, welche bas Recht zur Bestrafung der im Muslande begangenen Berbrechen negiren, sowie anderer Seits die Anerkennung des forum domicilii und deprehensionis nichts für die ent: gegengesetzte Unsicht beweisen kann. Ueberdies ist die in . mehrern deutschen Reichsgesetzen vorkommende Berpflichtung ber. Dbrigkeiten zur Bestrafung gemisser in ihrem Gebiete betretener Uebelthäter (Reichsabsch. v. 1559. §. 26, Reichs= mungordn. v. 1559. §. 161, Reichspol. = Ordn. v. 1577. Tit. 23. §. 2.) mit der Auflösung der deutschen Reichsverfas= sung erloschen. Denn war dies eine auf bem Subordina= tions = Berhältniß der Territorial = Gewalten zu Kaiser und Reich beruhende Berpflichtung, aus welcher jett keine Rechte gegen den einzelnen Bundesstaat mehr abgeleitet werden können, wenn man auch vielleicht die fortdauernde Gültigkeit jener Rechtsnormen für die Gerichte eines und besselben gandes in sofern festhalten will, als sie zu inte= grirenden Bestandtheilen bes Territorial : Strafrechts geworden find.

Für Folgerungen aus beliebig angenommenen Borders säten und s. g. strafrechtlichen und politischen Theorieen blieb deshalb in der gemeinrechtlichen Doctrin der freieste Spielraum, und man muß bekennen, daß in dieser Bezziehung die verschiedenen Doctrinen viel weiter divergiren, als dies in Betress der neuern deutschen Strafgesetzebunz gen der Fall ist, die doch in den Hauptpunkten ziemlich übereinstimmen. Während der Eine von der Idee einer Beschränkung der Wirksamkeit des Gesetzes auf die Gränzen des Staatsgebietes ausging, gleichsam als würden die Gesetze für das Gebiet und nicht für die zum Staate gehörigen Personen gegeben und demnach consequenter Weise gar kein im Auslande begangenes Verbrechen strafen durste, wollten Andere, von der Idee eines natürlizchen, überall geltenden Strafrechtes geleitet, dem Staate

1

das Recht zur Bestrafung eines jeden im Auslande begans genen Verbrechens beilegen, sobalder den Verbrecher in seiner Gewalt habe. Wieder Undere beschränkten das Strafzrecht auf die von Unterthanen im Auslande begangenen Verbrechen. Sie geben zu, daß Gesetze den Unterthan als solchen verpslichten, und folgerten daraus richtig ein Strafrecht des Staats in Betreff der von seinen Unterthanen im Auslande begangenen Verbrechen. Allein, weil ihnen die Nothwendigkeit der Verletzung eines vom Staate zu schützenden Rechts zum Begriffe des Verbrechens im Kopf spukte, so beschränkten sie jenes Strafrecht unnatürzlicher Weise auf die an Mitbürgern oder an dem heimischen Staate selbst begangenen Verbrechen. (Feuerbach, Lehrb. des peinl. Rechts §. 31. §. 40.)

Es ist nicht der Zweck dieser Abhandlung, die theoretischen Streitigkeiten über diese Frage weiter zu versolzgen, oder eine die ganze Lehre umfassende Darstellung zu geben, sondern nur nach einer Seite hin, in Beziehung auf eine in der neuern criminalistischen Praxis mehrfach aufgetauchte Frage, einen Beitrag zu liesern, der besons ders die Bestrasung der im Auslande begangenen hochverzrätherischen Handlungen eines Staatsunterthanen zum Gezgenstand hat.

Wir gehen dabei von dem allgemeinen Grundsate aus, welcher aus der Natur des positiven Gesetzes übershaupt und des Strassesetzes insbesondere abzuleiten ist, und in sosern auf der Basis des positiven Rechts selbst dez ruht, daß der Staat das Recht und die Pflicht hat, die von seinen Unterthanen im Austande begangenen Verdrechen in soweit zu strasen, als in der im Austande beganzenen Handlung eine Verletzung des einheimischen Gesetzes gefunden werden muß. Dazu hat der Staat das Recht, ohne Unterschied, ob sich der Unterthan zur Umgehung des einheimischen Gesetzes einheimischen Gesetzes ins Austand begeben hat, oder nicht.

Denn bas Gefet begründet eine perfonliche Berpflichtung bes Unterthans, ihm zu gehorchen, und seine Wirksam= feit ift von den Granzen bes Staategebietes unabbangig. Rur die Acte der Staatsgewalt sind in Josern local, ober auf die Gränzen des Staats eingeschränft, als die Ueber-Ichreitung berselben mit einem Eingriff in fremde Dberherr= lichkeit verbunden senn murbe. Die burch bas Gesetz ver= oflichteten Staatsbürger verlieren diese Eigenschaft nicht durch temporare Entfernung, und sowie sie Unterthanen bleiben und auch ben Schutz bes heimischen Staates bean: fpruchen können, so find fie auch fortwährend durch deffen all= gemeine und specielle Berbote und Gebote verpflichtet 1). -Bon einer Pflicht kann aber theils in sofern gesprochen werden, als die Bestrafung der Berbrechen überhaupt ju: nach st Pflicht und nur folgeweise ein Recht des Staates ift; (ber Staat ift auch hier nicht weiter berechtigt, als er verpflichtet erscheint), theils deshalb, weil es ben internationalen Berhältnissen ber Staaten widersprechen wurde, wenn in gallen, wo der Berbrecher vom Strafge: richt des Staats, innerhalb beffen Granzen er bas Berbrechen verübte, nicht zu erreichen ift, und nach den Ge= feten seines Heimathslandes auch nicht ausgeliefert werben kann, die Uhndung des Berbrechens ganz unterblei= ben sollte, obwohl bie That auch nach bem Rechte bes Staats, bessen Unterthan erift, als Ber= brechen betrachtet werden muß.

Letteres muß aber freilich stets als die unumgänglich nothwendige Bedingung und Schranke des Strafrechts des Staats in Betreff der von seinen Unterthanen im Auslande

<sup>1)</sup> So sagt schon Böhmer ad Carpzovium Qu. XLI. nr. 17 ganz richtig, es sen einerlei, ob der Unterthan innerhalb oder außerhalb der Staatsgränzen conspirire gegen seine Resgierung, "cum locus delicti nexum subjectionis tollere nequeat."



begangenen Verbrechen betrachtet werden. Denn ber Staat kann nur Wächter und Vollzieher seines eigenen Gesetzes seyn, und es würde der im Staatsbegriff liegen= den Selbstständigkeit und Unabhängigkeit widersprechen, wenn er sich je zum Erecutor eines fremden Willens machen lassen, oder nach auswärtigen Gesetzes Vorschriften strafen wollte.

So wenig man es aber einer Seits nach der hier fests gestellten Grundlage bes Strafrechts für im Anslande bes gangene Handlungen als eine streng rechtliche Forderung betrachten kann, daß die Handlung auch da Verbrechen oder positivrechtlich strafbar sen, wo sie begangen wurde, oder daß der Richter an das mildere ausländische Recht bei der Bestrafung verwiesen werden müßte <sup>2</sup>), — so ergeben sich anderer Seits aus diesem Principe von selbst die Aus-nahmsfälle, in welchen ein von einem Staatsunterthan im Auslande begangenes Verbrechen in seiner Heimath nicht bestraft werden kann, nämlich dann nicht, wenn sich das einheimische Strafgesetz auf die im Auslande begangene

<sup>2)</sup> Daf bies in ben neuern Strafgesegebungen, unter verschies ist, darf als bekannt denen Modificationen, angeordnet Uebereinstimmend und der Fordes werden. betrachtet rung der Gerechtigfeit entsprechend ift die Sapung, daß burch die im Auslande erlittene Strafe auch die Schuld im Vers hältnis jum heimischen Staate getilgt werde. Weniaer ist der Fall einer im Auslande nur theilweise erfolgten Bestrafung berücksichtigt und auch die Wirkung einer im Ausslande erfolgten Begnadigung, — die wir freilich nach dem obigen Princip an fich nicht auf ben heimischen Staat bezies ben können, — besprochen. Vergl. v. Klende in bessen und Grefe's Magazin für das Hannov. Recht, Bd. I. S. 85 f. Das neue Preußische Strafgesetbuch v. 14. April 1851, welches die Bestrafung (mit Ausnahme der Staatsverbrechen) überhaupt dadurch bedingt, daß die Handslung auch durch die Gesetze des Orts, wo sie begangen wurde, mit Strafe bedroht sen, legt auch der im Auslande erfolgten Begnadigung die Wirfung bei, daß dann keine Berfols gung oder Bestrafung in Preußen mehr zulässig sen. Es bes sieht fich dies aber nur auf die Begnadigung im engern Ginne, ober Erlaß ber rechtsfräftig erkannten Strafe.

# 40 Ueber die Bestrafung hochverrätherischer

verbrecherische Handlung gar nicht beziehen läßt, oder es in der Beimath des Thaters an einer darauf anwendbaren strafrechtlichen Norm gang fehlt. Bu biesen Ausnahmsfällen gehört z. B. ganz zweifellos die Classe der eigentlichen Polizei=Delicte und die Defraude im fremden Zollgebiete, indem alle Polizei = und Zollstraf= gesetze immer nur die concrete Staatseinrichtung und nicht bie gleichen oder ähnlichen fremder Staaten zum Gegenstand haben. Dasselbe muß aber auch vom Berbrechen des Hochverraths behauptet merden, wohei sich jedoch von selbst versteht, daß, wenn in der Handlung zugleich der Begriff eines gemeinen Verbrechens, wie Mord, Brandstiftung, Gewaltthat, erfüllt ift, für diefes die allgemeine Regel in Kraft bleibt, wonach der Staat das von seinem Unterthan auch im Auslande begangene Berbrechen zu bestrafen berechtigt ift.

Von einem Hochverrath kann nämlich offenbar immer nur in Beziehung auf benjenigen Staat gesprochen werden, gegen welchen der in feindseliger Absicht gegen einen Grundbestandtheil desselben unternommene Angriff gerichtet war. Dieser Staat mag dann auch den Austländer, welcher sich an einem wider seine Regierung, Versfassung, Integrität und Selbstständigkeit gerichteten Unternehmen betheiligte, als Hochverräther strafen, obwohl nicht blos eine verbreitete Theorie 3), sondern auch noch neuere Gesetzebungen, wie z. B. das Hannoverschens einen Staatsunterthan verlangen, was jedoch fast keine praktische Bedeutung hat, weil sie nachträglich auch

<sup>3)</sup> So sagt z. B. schon Carpzov. Pract. Qu. 41. nr. 16: ,, Quamvis enim indubitatum sit, hoc crimen nonnisi a subditis perpetrari", unter Berufung auf ältere Autoren; namentlich auch Clarus Sent. recept. S. laes. maj. nr. 6. Dagegen erklärt sich Böhmer ad Carpzov. Qu. XLl. nr. 17.

den Ausländer (Sannov. Crim. Gef. Art. 121.) denfelben Strafbestimmungen unterwerfen, "soweit nicht Ber= baltnisse eintreten, welche lediglich nach ben Grundsäten des Wölkerrechts beurtheilt werden muffen" 4) .- Allein ein anderer Staat kann niemals Handlungen als Hochverrath strafen, die nicht gegen ihn felbft gerichtet maren, und also auch seine Staatsangehörigen nicht wegen feind: seliger Unternehmungen gegen frembe Staaten als Soch: verräther processiren, mobei es selbst einerlei ift, ob diese handlungen auf eignem ober frem dem Staatsgebiet vorgenommen wurden, obwohl im ersten Falle ein ande= res gegen ihn selbst gerichtetes Delict z. B. unerlaubter Werbung u. s. w. vorliegen kann. Denn frem de Straf= gesetze konnen fur ihn kein eigenes Strafrecht begrunden, und die eigen en Gesetze wider ben Sochverrath haben, wie auch der Ausdruck der ältern und neuern Gesetgebun= gen bestätigt, immer nur ben eigenen Staat, beffen Dberhaupt, Berfassung, Integrität und Gelbstständigkeit jum Gegenstand. Deshalb wird schon im romischen Recht nur derjenige als Majestätsverbrecher bezeichnet, welcher sich gegen bas römische Bolt, die römische Republit, ober später ben romischen Princeps in ber in ben Be=

<sup>4)</sup> Cf. Feuerbach's Lehrb. bes peinl. Rechts & . 163. und dazu Mittermaier's Note IV — Das Preuß. Strafgessetht. v. 1851 macht den Begriff des Hechverraths gar nicht von der Eigenschaft eines Preußen abhängig und bestraft selbst den Ausländer (§. 4.) wegen des im Auslande besgangenen, gegen Preußen gerichteten Hochverraths, sowie wesgen Majestätsbeleidigung und Münzverbrechen. Bei der s. g. Landesverrätherei (§. 67. 69.) fordert es zwar, daß die Handslung von einem Preußen verübt sen, bestimmt aber dann im S. 70: "Gegen Ausländer ist wegen der in den §§. 67 und 69. erwähnten Handlungen nach dem Kriegsgebrauche zu versahren. Begehen sie aber solche Handlungen, während sie unter dem Schuße Preußens in dessen, während sie unter dem Schuße Preußens in dessen Schicke sich aufhalten, so kommen die in den §§. 67 und 69. bestimmten Strasen zur Anwendung.

#### 42 Ueber die Bestrafung hochverratherischer

setzen bestimmten Beise vergeht, während von auswärtigen Staaten nur in soweit die Rede ift, als fie zu Feinden bes römischen Bolks gemacht werben sollten 5). Das auf Deutschland übertragene römische Recht konnte baher auch nur mit biefer in ber Natur ber Sache liegenden Beschräntung gemeines Recht werben. Abgeseben von ben parti= cularen Bestimmungen der alten Bolkerechte, welche unfere Regel nur bestätigen 6), kennt bas altere Recht nur einen Hochverrath an Raiser und Reich, weil nur bas Reich ben Begriff bes Staats erfüllte. Die goldene Bulle Rap. XXIV. stellte aber nur die Rurfürsten, als mesentliche Bestandtheile des Reichskörpers 7), dem Raiser in sofern gleich, als auch burch Berschwörungen gegen ibr Leben bas mit dem Tobe bedrohte Majestäts : Berbrechen begangen werbe. Auch die peinl. Gerichtsordn. Karls V. v. 1532, welche wohl aus Rücksicht auf die damaligen politischen Berhältnisse den Art. 132 der Bamberg. S. S. D. von 1507 nicht aufnahm, und auch ben folgen-

<sup>5)</sup> L. 4. D. ad L. Jol. maj. (48, 4.) — "cojusve opera dolo malo hostes populi Romani armis — aliave qua re adjuti erunt, utve ex amicis hostes populi Romani fiant, cujusve dolo malo factum erit, quo rex externae nationis populo Romano minus obtemperet."

<sup>6)</sup> Lex Saxon. Tit. III. c. 1. Lex Ripuar. Tit. XLIX. c. 1. Lex Bajuvar. Tit. II. c. 1. S. 1. Rotharis Leges c. 1. Lex. Alamaunor. Tit. XXIV. Archiv des Criminalr. 1838. E. 533.

<sup>7)</sup> Die goldene Bulle bedient sich dabei auch des aus der L. 5. Cod. ad L. Jul. maj. entlehnten Ausdruckes: "nam et ipsi pars corporis nostri sunt." In einem Decrete Kaisers Rusdolph II. heißt es: "Daß der Churfürsten hoheit und Autorität mit eines Kömischen Kansers Gewalt und hoheit, dah er osie auch fleust, dermaßen verbunden, daß eine ohne die andere nicht verschmälert werden, auch ohne die andere nicht bestehen kann."

Ten Artikel 133 wegließ ), erwähnt nur gelegentlich bes Majestätsverbrechens gegen ben Kaiser (Art. 218). Verrath am eigenen Herrn, gand ober Stadt wurde als das nicht auf ben Staat ober die Obrigkeit beschränkte Verbreschen ber Verräth erei gestraft.

Mit der weitern Entwicklung der staatlichen Selbstständigkeit der Territorien und der Unabhängigkeit der beutschen Fürsten, denen die Juristen nach und nach die Rechte des römischen Princeps und alle Attribute einer obersten Staatsgewalt, in soweit die Reichsversassung nicht eine Beschränkung festhielt, beilegten, wurde nun freilich, unter Anwendung der Bestimmungen des römischen Rechts, über Diesenigen, "qui aliquid contra rompublicam vel principom moliti sunt", auch jede Territorial: Geswalt und ihr Inhaber zum Gegenstand des Verbrechens des Hochverraths gemacht 9), — allein mit dem Rechts:

<sup>8)</sup> Bamb. P. G. D. Art. 132: "Item so einer Römische Kensserliche oder Königliche majestät vnser aller genedigste Herren lestert, verbündnuß oder ennigung wider dieselben majestät dermassen macht, das er damit zu latein genant Crimen lese majestatis gethan hat, Sol nach sage der Kenserlichen geschrieben recht an seinen eren, leben vnd aut gestrasst wersden." — Art. 133: "Item lestert einer sunst seinen Herren mit wort ten oder werten, der sol (so das pennlich geclagt vnd außgesürt wurdet) nach gelegenheit vnd gestalt der lester rung an seinem lend oder leben nach Rate der rechtverständigen gestrasst werden." Offenbar versteht die Bamb. H.G. D. unter "Herren" hier nicht blos den Landeshern, sondern nimmt den Ausdruck in demselben weitern Sinne, wie im Art. 149. bei der Kerrätherei und im Art. 162. beim Mord. — Offenbar hält die P. G.I. den Art. 133 der Bamb. H.G. D. wegen der (in Art. 124 und 137.) recipirten Bestimmuns gen über Berrätherei und Mord für überstüssig.

<sup>9)</sup> Daß dies die Bamb. H. G. D. noch nicht auszusprechen wagte, ergiebt sich aus der in der vorigen Rote angeführten Stelle. Aber auch in der Theorie zögerte man damit noch lange. So erklart sich z. B. noch Carpzov in seiner Pract. rer. crim. aus allgemeinen Gründen dagegen. Ausgehend von dem Begriff der majestas beim crimen laesae majestatis (On. All. ur. 23.), nimmt er tiese für identisch mit einer wirklie

# 41 Ueber die Bestrafung hochverratherischer

grunde, der dies möglich machte, der Unabhängigkeit und Selbstständigkeit der Territorien im Berhältniß zu einander, war auch entschieden die Folge verknüpft, daß die Landesgerichte, die nur hinsichtlich der Verbrechen gesen Kaiser und Reich als Gerichte eines Staats zu betrachten waren und hier die Reichsgesetz zur Unwendung zu bringen hatten, nur den Verrath am eigenen Lande oder am eigenen Herrn als Hochverrath zu

den Staatsgewalt (",Sed per majestatem jus ipsum, quod in summa potestate consistit, intelligendum est"). Sie ist ihm die "summa, indivisibilis, perpetua legibusque soluta potestas." Er gesteht fie deshalb feinem ju, ber noch einen . Dberheren hat, erklärt die Bestimmung der goldnen Bulle in Betreff der Churfürsten für eine singulare, und fagt nr. 66: "Quantum vero ad reliquos Principes, Comites, Barones atque Status Imperii, si quis forsan eos offendat, non perpetrari crimen laesae Majestatis, ex antea dictis sequi videtur. Quia istis Principibus seu Superiorem recognoscentibus Imperatorem, cui immediate subsunt, Ma-, jestas non adscribenda est, ut quae superius supra se nil agnoscit." Plötlich nimmt aber Carpzov's Deduction doch eine andere Wendung. Weil nämlich in L. 5. Cod. ad C. Jul. maj. verordnet sen, daß das Crimen majestatis auch von demjenigen begangen werde, "qui de nece consiliariorum ac Senatorum Imperatoris cogitat", so meint et, es werde Niemand so ignarus in rebus politicis senn, um an leugnen, daß die Fürsten, Grafen und die übrigen Stände bes Reichs "Consiliarios ac Senatores esse Caesareae Majestatis, qui in Comitiis Imperialibus de commodo et utilitate Imperii una cum Imperatore consultant." Auch seven fie, wie er weiter ausführt, als Stände des Reichs Mitin. haber der Reichsgewalt und deshalb auch Theilhas ber ter imperatoria majestas. "Quo intuitu considerantur et membra Imperii, quia cum Imperatore constituunt Imperium eoque respectu Majestatem habent, nec subditi sunt." In ihrer andern Gigenschaft freilich als Landes= herrn komme ihnen keine Majestas ju; ba fenen fie, als Einzelne betrachtet, nur subditi ac vasalli von Kaiser und Reich. — Man ersieht aber hieraus, daß Carpjov die gan: desherrn als solche nicht als Gegenstand des Majestäts: Berbrechens betrachtete, und in foweit bleibt bas Beugnig beffelben für die Rechtsanschauung seiner Zeit immer noch von Bedeutung. (Die zum Theil sehr bedenklichen scholastischen und reichsftaatsrechtlichen Doctrinen Carpjov's ju miderlegen, ift nicht unsere Aufgabe.) Was aber noch Carpjon leugstrafen berechtigt seyn konnten 10), und daß mithin bas, in Ermangelung besonderer Landesgesetze hierbei angewendete, romische Recht hierbei auch nur auf den eigenen gan= desherrn und die hesondere gandesverfassung zu beziehen war. Das materiell gemeine Recht Deutschlands tonnte daher in die fer Beziehung schon zur Zeit bes Reichs nur als ein die specielle Landesverfassung schützendes Particu= lar-Gefet zur Anwendung fommen.

Noch mehr mußte dies nach Auflösung ber deutschen Reichsverfassung, womit die Erlangung einer vollständigen Souveranetat für die ber Mediatisirung entgangenen Stande verbunden mar, ber Fall senn. Die schon im Reiche vol-

nete, lehrt schon Böhmer ad Carpzov (Qu. XLI. nr. 88.) mit Entschiedenheit, indem er sagt: die goldne Bulle spreche zwar nur von den Churfürsten; "id vero non officit, quo minus contra eos (sc. reliquos imperii principes) in ipsorum territoriis verum majestatis crimen committatur. — Debitur enim illis intra terrarum suarum districtum talis suprematus, qui jura majestatica complectitur; siquidem jura sua non dependentes, sed ex legum Germanicarum sanctione et sic jure proprio excercent, in quo praecipuus majesta-tis character consistit." Es komme wenig darauf an, sagt Bohmer, wenn man es in diesem Falle nicht crim. laesas majestatis, sondern laesae superioritatis nenne, wie schou Bener, Synopsis jur. crim. Jenae 1731. furz referirt:
"Adversus reliquos Imperii status videtur istud a solis subditis territorialibus committi; unde et a nonnullis crimen laesae superioritatis Territ. appellatur." (Lib. II. Tit. XII. §.7.) Auch Engau Elem. jur. crim. (Jen. 1753) S. 478 lehrt, daß das Majestäts=Berbrechen in Deutschland gegen den Raifer, ben romischen König und die Churfürsten von Jedermann, gegen die übrigen Reichsstände aber nur von einem ihrer Unterthanen begangen werden fonne. Ebenfo: Rod, Instit. jur. crim. Jen. 1758. §. 567.

<sup>10)</sup> Daraus erklärt sich auch die in der vorigen Rote documens tirte Anficht der Criminalisten des vorigen Jahrhunderts, das ber Sochverrath gegen einen Landesherrn nur von einem Untert han besselben begangen werden fonne, wobei auch die Gleichstellung des vasallitischen und landsassiatischen Berbaltniffes von Böhmer und Andern ausdrücklich zurückgewies sen wird. .

# 46 Ueber die Bestrafung hochverrätherischer

lendete Abschließung der Territorien zu selbstständigen und von einander völlig unabhängigen Staatsgebieten mar jest auch nach Dben hin vollzogen, und die deutschen Staaten erkannten nunmehr keine andern, als die abgemeinen völkerrechtlichen und die durch Bertrag besonders übernom= menen Pflichten gegen einander an. Dies murbe auch bei ber Gründung des deutschen Bundes im Jahre 1815 festgehalten und eine staatsrechtliche Organisation bes selben in keiner Beise beliebt. Auch die für den deutschen Bund festgestellte, sehr dehnbare allgemeine 3medbestims. mung (Bundesacte Art. 2. Wiener Schlufacte Art. 1, 2.) nahm boch die "Unabhängigkeit" der einzelnen Staaten von einander in sich auf. Dabei wurde der Bund ausdruck: lich als ein völkerrechtlicher Vereinbezeichnet und die Beschränkung ber Souveranetät der "selbstständigen, unter sich unabhängigen Staaten" für die 3wecke des Ganzen auf das unentbehrlichste Maaß zurückgeführt. Es läßt sich daher auch, was unsere specielle Frage betrifft, aus bem Bunbesverhältniß, in welchem die deutschen Staaten seit 1815 zu einander stehen, gar kein Rechtsgrund dafür entnehmen, daß der eine Staat Angriffe, welche einer seiner Ungehörigen gegen einen andern deutschen Bundesstaat unternommen hat, als Hochverrath ju strafen berechtigt oder verpflichtet sen. Ueberhaupt giebt es nur ein im Staate begründetes, also nur ein staats: rechtliches Strafrecht. Aus ber s. g. Bölkergemein= schaft läßt sich kein Strafrecht ableiten, indem die na: türlichen Rechte der Vertheidigung und der Zwangübung jur Abwehr oder Berhinderung zufünftiger Berletzungen vom wirklichen Strafrecht sich wesentlich unterscheiben. Daher hat auch der deutsche Bund als bloger Staatenbund, als "völkerrechtlicher Berein", ber der Regel nach mit der Aufrechthaltung der innern Ruhe und Ordnung in den Bundesstaaten nichts zu thun hat (Wiener Schlußacte

Art. 25,61.), sich tein Strafrecht und teine straf: gesetzgeberische Befugniß beilegen konnen, und bisher auch wirklich nicht beigelegt. Nur in einzelnen Beziehuns gen haben Bundesbeschlüsse die Bundesstaaten gegen ben Bund für verpflichtet erklärt, gewisse Sandlungen, die aus dem Gesichtspunkte der Gefährdung der innern Si= cherheit Deutschlands aufgefaßt wurden, ihrem eignen (ftaatlichen) Strafrecht zu unterwerfen 11). Insbesondere war es natürlich, daß der Bund für sich selbst und seine Berfassung auch einen strafrechtlichen Schut von Seis ten der Einzelstaaten zu gewinnen und auf diese Beise ber bisher geführten Controverse, ob auch am beutschen Bunde ein Hochverrath begangen werden könne?12) die Spitze abzubrechen suchte, indem er die Bundesglieder im Beschluß v. 18. Aug. 1836. Art. 1. ver= pflichtete, Unternehmungen gegen die Eristenz, Integrität, die Sicherheit oder die Verfassung des Bundes nach Maaß: gabe ber in den einzelnen Bundesstaaten bestehenden oder tunftig in Wirksamkeit tretenden Gesetze über Hochverrath, Landesverrath u. s. w. zu strafen. Dabei konnte gewiß der schon in der Theorie geltend gemachte Grund angegeben werden, "daß wegen des wesentlichen Zusammenhanges der Bundesverfassung mit den Landesverfassungen jeder Angriff auf ben Bund zugleich einen Ungriff gegen jeben einzelnen Bundesstaat in sich begreife." Aber umgekehrt fonnte nicht gesagt werden und ist auch niemals behauptet worden, daß jeder Ungriff auf die Berfassung eines Einzels staats zugleich ein Verbrechen gegen ben Bund ober gegen bie übrigen Bundesglieder sen. Auch murde für eine solche

Jahrg. 1840. S. 223 f.
12) Mittermaier zu Feuerbach's Lehrb. S. 164. Mote I. II.
Scheurlen im Archiv des Criminalrechts, Jahrg. 1838 6. 500 f.

<sup>11)</sup> Deffter, über den Einfluß der deutschen Bundesverfass. auf die Strafrechtspflege der Einzelnstaaten. Archiv des Erim. R.

Behauptung aus bem Art. 2. jenes Bunbesbeschlusses vom-18. Aug. 1836 durchaus nichts entnommen werden konnen; benn er macht lediglich Bestimmungen über die gegensei= tige Verpflichtung der Bundesglieder zur Auslieferung politischer Berbrecher; und wenn dabei einer Seits ber Borzug der Prävention anerkannt, anderer Seits in Betreff der eigenen Unterthanen des requirirten Staates eine Ausnahme von jener Verpflichtung gemacht wird, so folgt doch daraus in keiner Weise, daß dem letztern dadurch die Berpflichtung zur Bestrafung von Sandlungen nach seinen Gesetzen habe aufgelegt werden sollen, hinsichtlich beren für ihn ein Strafrecht gar nicht als begründet erscheint. Ueberhaupt ist so viel ganz flar, daß jener Bundesbeschluß materiell fein neues Strafrecht begründen, sondern nurdie Ausübung des ohnedies bestehenden bei politischen Berbrechen sichern wollte.

Es soll aber durch die bisherige Ausführung bem Staate in keiner Beise die Befugniß abgesprochen werden, feindliche Angriffe seiner Unterthanen gegen Verfassung und Regierung anderer, besonders verbundeter Staaten, in seinen Gesetzen mit Strafe zu bedrohen. Die hier vertheidigte Ansicht geht nur bahin, daß ein solches Strafrecht sich nicht von selbst versteht und daß es an einer Un= erkennung besselben im gemeinen Rechte burchaus Bas aber jene Berechtigung betrifft, so ergiebt sie sich von selbst baraus, daß der Staat auch seine volkerrechtlichen Beziehungen zu andern Staaten burch Strafge. fete gegen Verletzung durch eigene Unterthanen schützen und sich bei der Erlassung derselben von der politischen Erwägung leiten lassen muß, daß solche Angriffe, wenn sie fortwährend straslos bleiben, ihn selbst in Nachtheile und gefährliche Verwickelungen versetzen können. ist auch gegen die positivrechtliche Ausdehnung des Straf= rechts in ten neuern deutschen Strafgesetzgebungen

mit Grund nichts einzuwenden. Indem fie aber folche Angriffe gegen fremde resp. verbundete Staaten und Regenten bem Hochverrath gegen bas eigene Staatsoberhaupt, gegen die eigene Verfassung doch nicht gleich stellen, son= bernsie unter der Rubrik der staatsgefährlich en Handlungen besonders bedroben, enthalten fie feine Biberlegung, sondern vielmehr eine Bestätigung ber obigen Doctrin, welche übrigens auch noch barin gefunden werden kann, daß die neuern Strafgesetze bei der Begriffsbestimmung des Hochverraths ausdrücklich nur ben eige= nen Staat, das eigene Staatsoberhaupt und die eigene Verfassung erwähnen 13). Die vorhin erwähnte besondere Bedrohung der wider andere (verbundete) Staaten gerichteten Ungriffe findet sich übrigens in ziemlich übereinstimmender Weise in den seit 1838 erschienenen Strafgesetzgebungen. So disponirt das Königl. Säch= fische Erim. Geseth. Art. 89. unter ber Rubrik: "Staats= gefährliche Handlungen": "Wer die im Art. 81 und 87. 14) angegebenen Handlungen gegen einen auswärtigen verbundeten Regenten ober Staat unternimmt, ist mit Buchthausstrafe ersten ober zweiten Grades von 2 bis 20 Jahren zu belegen." — Das Gesetz bestimmt also eine viel geringere Strafe, als es für Hochverrath und Staatsverrath festgesetzt hat. Ebenso hat unter berfelben Rubrik der "staatsgefährlichen Handlungen" das Braun= schweig. Crim. Gefetb. §. 86. über ben Fall Bestimmung getroffen, wenn Jemand gegen einen auswärtigen verbunbeten Regenten ober Staat sich einer Handlung schuldig

<sup>13)</sup> Bergl. &. B. Baierisches Strafgesetb. Th. I. Art. 300. und alle spätern deutschen Strafgesetbucher.

<sup>14)</sup> Art. 81. bedroht den Hochverrath mit der Todesstrafe, Art. 87. den davon unterschiedenen Staatsverrath mit zweizähriger bis lebenslänglicher Zuchthausstrafe ersten odes zweiten Grades.

# 10 Ueber die Bestrafung hochverr. Berbr. 2c.

macht, welche gegen bas Staatsoberhaupt ober bas Herzogthum verübt, als Hochverrath oder gandesverrath anzu= sehen senn wurde, - und ebenfalls ein bedeutend niedrigeres Strafmaaß festgesett. In berselben ober ähnlichen Beise, mit erheblich niedrigerem Strafansatz, disponiren bas Sannov. Crim. Gefetb. Art. 128. Mr. 4, Art. 129. Mr. 3, bas Babische Strafgeseth. Art. 596, bas R. Preu: Bische Strafgeseth. v. 1851. §. 78 f. (mit der Rubrik: "Feindliche Handlungen gegen befreundete Staaten"), mahrend 3. B. nach Würtemberg. Strafgeseth. Art. 3. gar keine Strafe stattfindet, "wenn bas an einem fremben Staate oder deffen Behörden begangene Berbrechen, falls es von einem Ungehörigen deffelben an dem wurtembergi= schen Staate ober beffen Behörben verübt worden ware, nach den Gesetzen des erstern Staates straflos bleiben würde."

### IV.

1. July 1995

Merkwürdige

# Rechtssprüche ausländischer Gerichtshöfe

zu t

Erläuterung wichtiger Rechtsfragen,

dargestellt und geprüft von Mittermaier.

1. Denn der Urheber eines Berbrechens von einem Schwurgerichte schuldig befunden und von dem Gerichtshofe verurtheilt wurde, und später ein Theilnehmer am Berbreschen vor Gericht gestellt wird, — können die Geschwornen in dem zweiten Prozesse noch über das Dasenn des Verbrechens, auf welsches die Berurtheilung des Urhebers gebaut war, befragt werden?

Ludwig Laquemann wurde wegen Versuchs des Mordes durch Urtheil des Ussisenhoses von Hennegau (in Belgien) vom 30. Nov. 1849 zur Todesstrafe verurtheilt und hingerichtet. Erst nach einiger Zeit wurde die Anstlage gegen Abrian, Marie und Philipp Vico als Theilnehmer an jenem Morde erhoben und die Untersuchung eingeleitet. Der Assisenpräsident stellte an die Sesschwornen die Frage: Ist der angeklagte Abrian schuldig, an dem Versuche eines von Ludwig Laquemann in Maubry am 3. März 1849 verübten Mordes gegen Seraphin

Pourcelet, welcher Bersuch durch äußere, einen Anfang der Ausführung enthaltende Handlungen, deren Erfolg nur burch zufällige und von bem Willen des Urhebers un= abhängige Umstände gehindert wurde, durch Geschenke, Bersprechungen, Aufforderungen zu der Handlung oder burch Ertheilung der Anweisung zur Berübung Theil genommen zu haben? Die nämliche Frage wurde wegen Ma= rie und Philipp Bico gestellt, nur bei bem Ersten auf Ber= geben von Waffen, bei dem 3weiten auf Bulfeleisten bei ber Ausführung gerichtet. Die Geschwornen bejahten die Fragen, und die Ungeklagten, welche verurtheilt wurden, legten Cassation ein. Der Generaladvokat hielt die Stellung der Fragen für tadellos, weil sie nicht complet sepen und der Präsident die Hauptanklage nicht noch zum Se= genstand einer Frage machen durfte, ohne die Grundsate von der Rechtskraft zu verletzen. Nach der Unsicht der Staatsanwaltschaft kann die Frage über das Daseyn ber Sauptthatsache nicht zweimal Gegenstand einer Entschei= dung senn, da, wenn sie in Bezug auf den Urheber ent= schieden ist, sie als vorhanden gegen Jedermann angesehen werden muß, weil sie zwischen der vom Staatsanwalt vertretenen bürgerlichen Gesellschaft und demjenigen, der für die That unmittelbar verantwortlich. ist, verhandelt wurde und als entschieden gilt. Da dies unfehlbar da besteht, wenn Urheber und Theilnehmer gemeinschaftlich gerichtet werden, wo wegen der That nicht eine besondere Frage in Bezug auf die Theilnehmer gestellt wird, so muß bies auch gelten, wenn die Theilnehmer erst nach rechts= kräftiger Verurtheilung des Urhebers vor Gericht gestellt Die in diesem Falle berufenen Geschwornen haben kein Recht, den Ausspruch ber ersten Jury einer Re= vision zu unterwerfen, sie mussen ihn so annehmen, wie er rechtskräftig entschieden vorliegt, und haben nur mehr über die Theilnahmshandlungen zu entscheiben.

Caffationshof in Bruffel hat hierauf am 23. Juli 1850 das Nichtigkeitsgesuch mit der einfachen Erwägung verworfen, daß das Verfahren regelmäßig vorgenommen mar und die wesentlichen sowie die unter Strafe ber Nich= tigkeit vorgeschriebenen Förmlichkeiten beobachtet murden. Wir können die diesem Rechtsspruche zum Grunde liegen= ben Unsichten, die auch in Belgien in der Presse Wider= spruch gefunden haben 1), nicht im vollen Umfange billi= gen und halten sie für sehr gefährlich. Die Frage hängt zusammen mit den in Frankreich selbst so sehr bestrittenen Grundsätzen von der Rechtsfraft der Strafurtheile 2). Wenn wegen eines Berbrechens der Thäter in Untersuchung gezogen und ein Urtheil darüber gefällt murde, später erst gegen eine andere Person wegen Theilnahme an diesem Verbrechen die Verhandlung eingeleitet wird, so muß die Frage über die Wirkung des in Bezug auf ben Urheber ergangenen Urtheils in zweifacher Rucksicht aufgefaßt und eine zweifache Frage gestellt werben: 1) Wenn ber Urheber nicht schuldig erkannt wurde, — kann der wegen des Verbrechens der Theilnahme in einer späte= ren Untersuchung Angeklagte sich auf die gegen den Ur= heber ergangene Freisprechung berufen? 2) Wenn der Urs heber eines Verbrechens schuldig befunden wird und spater gegen eine Person als Theilnehmer eine Untersuchung ein= geleitet ift, - fann die Frage: ob das Berbrechen verübt und gewisse im Urtheile gegen den Urheber festgestellte Merkmale an sich trägt, in der Untersuchung gegen die Theil= nehmer noch Gegenstand einer Berhandlung und besondes ren Entscheidung senn?

<sup>1)</sup> Belgique judiciaire 1851. nr. 73 v. 11. Sept. 1851.

<sup>2)</sup> Hélie traité de l'instruction crim. Morin Repertoire du droit crim. 1. p. 416.

Wir sind überzeugt, daß keine Rechtskraft bes in Bezug auf ben Urheber ergangenen Urtheils bem in einer späteren Berhandlung in Untersuchung gezogenen Theil= nehmer nüten ober schaden fann. Dies folgt aus bem allgemeinen Grundsate von der Rechtsfraft, die nur unter ben nämlichen Parteien wirken fann. Der Irrthum ber auch von bem Generaladvokaten behaupteten Unsicht, baß Die Staatsbehörde alle Mitglieder der burgerlichen Gesellschaft vertrete, ist von Hélie<sup>3</sup>) in Bezug auf die Frage, ob ein gegen eine Person ergangenes Strafurtheil auch rechtsfräftig für die im Civilgericht angebrachte Rlage werde, widerlegt. Daß in dem Falle, in welchem der Urheber und der Theilnehmer an einer gemeinschaftlichen Berhandlung vor Gericht gestellt werden, wegen des Theil: nehmers nicht eine besondere Frage gestellt wird, das Verbrechen verübt sen, erklärt sich leicht daraus, daß hier die nämlichen Geschwornen über Urheber und Theilnehmer urtheilen, und da wo sie eine Person als Urheber eines Berbrechens schuldig finden, freilich nur die Frage über Theilnahme bei dem derselben Mitangeklagten zu beantworten haben, ba sie burch ihren Wahrspruch feststell= ten, daß ein Berbrechen verübt worden sen, mährend bei einer späteren nur gegen den Theilnehmer eingeleiteten Berhandlung andere Geschworne zu urtheilen haben. muß davon ausgehen, daß in Bezug auf jeden einzelnen Ungeklagten, über welchen ein Urtheil gefällt merden foll, eine selbstständige Verhandlung geführt werden muß, in welcher die gestellte Unklage vollständig gegen ihn bewiesen und ihm die Vertheidigung möglich gemacht werden muß, ohne Rücksicht auf die wegen des nämlichen Verbrechens gegen eine andere Person geführte Verhandlung und bar= auf gebautes Urtheil. Die Wahrheit dieses Sates ist

<sup>3)</sup> Hélie traité de l'instruction III. p. 781.

am sichersten anerkannt, wenn gegen einen als Urheber eines Berbrechens Angeklagten bereits eine Untersuchung geführt war und der Angeklagte nicht schuldig erklärt wurde, in der Folge aber eine andere Person wegen Theilnahme an dem Verbrechen angeklagt wird. kann der Zweite sich nicht darauf berufen, daß der Urheber losgesprochen murde; benn in bem Wahrspruche: nicht schuldig, liegt ein sehr verschiedener Sinn, er kann soviel bedeuten, daß die Geschwornen die in Frage stehende Handlung nicht als verübt annehmen, oder daß die Handlung kein Verbrechen sen, oder daß der Ungeklagte nicht der Thäter war, oder daß ein Strafaushebungsgrund in Bezug auf ihn vorhanden mar. Darnach kann aus dem Urtheil, daß der einer Handlung als Thäter angeklagte A nicht schuldig sen, nicht der Ausspruch gefolgert werden, daß die Handlung nicht geschehen sen, und der als Theilnehmer angeklagte B kann sich nicht darauf berufen. kann Jemand auch blos als Theilnehmer angeklagt werden, ohne daß eine Unklage gegen den Urheber des Berbrechens erhoben wird, z. B. wenn ber der Urheberschaft Berdächtige gestorben oder geflohen ist 4). Daß eine Lossprechung des als Thäter Angeklagten den später als Theilnehmer des Verbrechens Angeklagten nicht schützt, ist von dem französischen Cassationshofe in mehreren Rechtssprus chen z. B. bei Unflagen wegen Bankeruts, wegen Dieb: stahls u. A. anerkannt. Auch Merlin 5) billigt diese Ansicht.

Erkennt man aber dies an, so muß man auch folges richtig das Urtheil, welches eine Person als Urheber eines Verbrechens schuldig erkennt, nicht als rechtskräftig in

<sup>4)</sup> Daß dies zulässig ist, s. Morin Repertoire du droit criminel I. p. 541.

<sup>5)</sup> Arrêts v. 5. Mars 1841 u. 21. Nov. 1841.

Bezug auf eine andere Person erkennen, welche wegen Theilnahme an diesem Verbrechen in Untersuchung gezogen wird. Die Richtigkeit dieser Ansicht wird nicht verkannt werden können, wenn man erwägt:

- 1) daß jede Verurtheilung nur auf die Beweise gezgründet wird, welche gegen den Angeklagten in der gegen ihn geführten strafgerichtlichen Verhandlung vorgebracht wurden, und daß sie von der Art seiner Vertheidigung gegen die Anklage und die Beweise abhängt. Der Angeklagte kann die ganze That oder einzelne Umstände gestehen, er kann gegen Zeugen nichts einwenden, er kann durch sein auffallendes Benehmen den vorgebrachten Beweisen Stärke verleihen; Alles dies kann aber nur auf diesen Angeklagten sich beziehen und nur ihm schaden, die Geschwornen oder Richter nur bei ihrem Urtheil über ihn bestimmen, kann aber keiner andern Person schaden, die nicht gehindert werden darf, bessere Beweise vorzubringen, z. B. Entlastungszeugen, welche der als Urheber Angeklagte nicht kannte oder nicht vorbringen konnte.
- 2) Wollte man dies nicht anerkennen, so würde die größte Härte gegen den Angeklagten und zugleich eine Versletzung der materiellen Gerechtigkeit vorliegen, z. B. wenn der als Theilnehmer Angeklagte in der gegen ihn eingeleizteten Untersuchung neue Beweise vorlegen kann, welche die Anklage wegen des Hauptverbrechens zerstören oder erschüttern 6), z. B. die Unmöglichkeit, daß das Verbrez

<sup>6)</sup> Wir kennen einen Fall, wo wegen Brandstiftung ein Anges klagter als Urheber verurtheilt wurde. Erst später wurde die Untersuchung gegen eine andere Person als Theilnehmer eingeleitet; dem Vertheidiger des Angeklagten gelang ch Besweise aufzusinden, daß das haus von dem Eigenthümer desselben angezündet war. In einem anderen Falle wurde Awegen Ermordung des C, dessen Leiche nicht aufgefunden wers den konnte, und Bwegen Theilnahme angeklagt. Da Babswesend war, so wurde nur gegen A die Anklage gerichter

chen verübt wurde, nachweisen, oder die Falschheit der in der vorigen Untersuchung vorgekommenen Zeugenaussagen nachweisen.

3) Die Vertheibigung bes ber Theilnahme Angeklagten muß im vollsten Maaße ihm möglich gemacht werben, sie muß daher gegen jedes Element, worauf die Unklage beruht, also a) darauf gerichtet werden konnen, daß bie Sandlung, welche die Grundlage des Verbrechens bilbet, nicht verübt, oder die Thatsache, welche ber Handlung zum Grunde liegen mußte, nicht vorhanden ift, z. B. daß der angeblich getöbtete A nicht tobt ist; ober b) baß sie nicht die verbrecherischen Merkmale enthält, 3. B. daß A durch Selbstmord um das Leben kam; oder c) daß sie nicht jene Merkmale an sich trägt, die zu dem Berbrechen gehören, worauf die Unklage gerichtet ist, z. B. daß kein Mord verübt wurde; oder d) daß der Ungeflagte jene Handlungen, in welchen die Theilnahme liegen soll, nicht verübte; oder e) daß diese Handlungen nicht eine verbreche= rische Theilnahme begründen. Wer nun behauptet, daß in Untersuchungen gegen den Theilnehmer das Berbrechen, wegen welches ein Underer als Urheber verurtheilt ift, auch dem als Theilnehmer Ungeflagten gegenüber rechts= kräftig festgestellt ist, muß zugleich erklären, daß bie Bertheidigung in Unsehung der oben unter a - c bezeichneten Punkte nicht zulässig ist, und daß Beweise in Bezug auf dieselben in der späteren Verhandlung nicht mehr vorgebracht zu werden brauchen, da es sich nur um die Unklage wegen Theilnahme handelt und das Dasenn bes Berbre= chens schon rechtskräftig fesisteht. Wer bies behauptet, ver-

und A verurtheilt. In der späteren Verhandlung gegen B brachte dieser Zeugen vor, welche den C noch vor Kurzem im fremden Lande gesehen hatten. Sollten diese Beweise nicht gestattet werden?

lett auf das empfindlichste die Rechte der Vertheidigung, sett willfürlich durch einen Sprung, um dem formellen Rechte der sogenannten Rechtskraft zu huldigen, den wichtigsten Theil der Anklage schon als bewiesen voraus, entzieht dem Angeklagten das Recht, durch neue Beweise die Anklage des Verbrechers zu zerstören, oder nachzuweisen, daß die Zeugen, welche zuvor aussagten, in Bezug auf ihn unglaubwürdig z. B. Todseinde sind.

4) Die Meinung, welche in solchen Fällen die Bera: thung der Geschwornen nur auf die Frage über die Theilnahme des Angeklagten beschränken will, fügt aber auch ben Geschwornen einen harten Zwang zu, indem sie genöthigt werden, die wesentlichsten Theile der Unflage als erwiesen annehmen zu muffen, selbst da, wo sie von der Bahrheit derselben nicht überzeugt find, während doch in den Rreis der Berathung der Geschwornen, die über die Unklage wegen Theilnahme zu richten haben, die Prüjung der fünf unter Nr. 3 bezeichneten Elemente der Unflage fallen muß, bamit ein der Ueberzeugung der Geschwornen gemäßer Wahrspruch gegeben werden kann. Wir sind daher über: zeugt, daß in den Fällen 7), deren Natur die vorliegende Frage : Erörterung betrifft, 1) in der gegen den Theilnehmer eingeleiteten Verhandlung auch alle Beweise vorgebracht werden mussen, welche sich auf das Dasenn und die Art bes Berbrechens beziehen, an deffen Berübung der Unge-Flagte Theil genommen haben soll; 2) daß der Ungeklagte

<sup>7)</sup> Die Frage kann auch vorkommen, wenn das Urtheil, das gegen den Thäter und gegen einen Theilnehmer oder Begünsstiger erging und nur das in Bezug auf den Lesten gefällte Urtheil cassirt wird, wo dann nur eine neue Verhandlung gegen den Mitschuldigen beginnt. S. weitere Verhandlung dieser Art in der österreich. Gerichtszeitung Nr. 148. Hier wurde noch die Frage wichtig, ob bei dieser neuen Verhandslung der verurtheilte Thäter wieder als Angeklagter oder als Zeuge erscheint. Das Leste wurde angenommen.

in seiner Bertheibigung unbeschränkt ift , und Entlastungs= beweise vorbringen kann, um die Unnahme der Berübung des Verbrechens zu zerstören; 3) daß bie Geschwornen unbeschränkt bei ihrer Berathung nach ben unter Mr. 3 bezeich= neten Elementen ber Unflage prufen muffen, ob fie begrun= det sind, daß sie durch das Urtheil, welches gegen den Urheber des Verbrechens gefällt murde, nicht gebunden werden und den der Theilnahme Angeklagten als nicht schuldig erkennen dürfen, wenn sie überzeugt sind, daß das Berbrechen nicht verübt wurde. — In vielen Fällen, in denen der als Theilnehmer Angeklagte die Verübung des Berbrechens nicht bestreitet und nur darauf die Bertheidigung richtet, daß er nicht der Theilnahme schuldig sen, wird freilich die Sache einfach und die Berathung der Geschwornen abgekürzt senn; bestritt aber der Ungeklagte die Verübung des Verbrechens oder der Art desselben, wenn die Geschwornen das vorige Urtheil annahmen, so muß der Präsident in seinem Schlußvortrage 8) dieselben beleh= ren, daß ihre Berathung frei ist, daß sie auch zu prufen haben, ob das Berbrechen verübt, und wie es verübt ist. Die Frage an die Geschwornen wird dann auch so gestellt werden muffen, daß darin nicht das Berbrechen schon als erwiesen vorausgesett, sondern daß die völlige Freiheit der Geschwornen, alle Elemente der Unklage zu prufen, aners fannt wird 9).

<sup>8)</sup> Hier hängt Alles von dem Landesgesetze ab, ob dies und in welchem Umfange einen Schlufvortrag vorschreibt. Der engslische Präsident ist hier unbeschränkt.

<sup>9)</sup> Die Frage kann auch in den, in Frankreich zuweilen vors gekommenen Fällen wichtig werden, wo der Usssenhof die Aussicht hat, daß in Unsehung des der Mitschuld Angeklagten die Geschwornen sich irrten, und nur in Bezug auf ihn die Sache an eine neue Jury weist. Morin Repertoire I. p. 542.

beurtheilen, der als Miethsmann in einem meublirten Zimmer wohnt, einer als Meusble in seinem Zimmer befindlichen Sache sich gewinnsüchtig bemächtigt und sie dem Eigenthümer entzieht? Wie ist die Handslung desjenigen zu beurtheilen, welcher in Bezug auf die auf solche Art entzogene Sache sich einer Verhehlung schuldig macht?

In einem in Belgien vorgekommenen Falle 1) wurde A, welcher aus dem von ihm gemietheten meublirten Zimmer Gegenstände weggenommen hatte, wegen Diebstahls, und die Ehefrau des B wegen wissentlicher Verhehlung der gestohlenen Sachen verurtheilt. Nur die Ehefrau ergriff Berufung, und der Appellationshof nahm in der Handslung des A weder Diebstahl noch Unterschlagung an, und sprach die B frei. Auf die von der Staatsbehörde eingeslegte Cassation vernichtete der Hof durch Rechtsspruch vom 26. Mai 1851 das letzte Urtheil.

Die juristische Begründung des Antrags des Generalsadvokaten ist so tief eingehend und zugleich belehrend, um den Standpunkt der Beurtheilung der französischen Gesetzgebung über Diebstahl zu bezeichnen, daß wir ihre Mittheilung in dieser Zeitschrift für geeignet halten. Der Generaladvokat erklärt: "Die Vorstellung vom Diebstahl ist eine einfache, welche der Feinheiten der Wissenschaft nicht bedars." Der Code penal im art. 379 schien eine Definition gewählt zu haben, um die Schwierigkeiten zu beseitigen; allein man unterließ es zu den Quellen des Tertes auszusteigen, und beachtete nicht das was in der alten Gesetzgebung feststand, und verwickelte gleichsam absichtlich

<sup>1)</sup> Belgique judiciaire 1851. nr. 65.

das einfach Borliegende. Wenn Paulus erklärte: fur est qui dolo malo rem alienam contrectat, so sagte ber Code pénal: quiconque a soustrait frauduleuse-ment une chose, qui ne lui appartient pas, est cou-pable de vol. Man fragt nun: wann ist soustraction vorhanden? und antwortet am richtigsten: überall, wo zu seinem Vortheil der Thäter sich die Sache aneignet. Das Grundmerkmal des Diebstahls ift baher Aneignung fremder Sachen mit fraude, mit Bewußtsenn bessen mas man thut, und mit dem Willen zum Nachtheil des Un= dern sich zu bereichern. — So erscheint der Diebstahl einfach. Nun kommen aber die Unterscheidunger der Wiss senschaft. Man unterschied die Diebstähle nach der Leich= tigkeit der Berühung, nach dem Werthe des Gegenstan: des, und fand die Namen: abus de consiance, larcin, zur Bezeichnung von Handlungen, die eigentlich gewinnsuchtige Aneignung fremder Sachen waren, und fam am Ende dazu, daß Handlungen, wie die in Frage stehende, da sie weder Diebstahl noch Unterschlagung wären, und so ber Strafe entgingen. Da der römische Jurist von contrectatio, also von Entfernung von der Stelle, von Wegnehmung sprach, so forderte man zum Diebstahle ein von ber Stelle Tragen zur Zeit der Besitzergreifung. (Der Generaladvo= tat nennt dies eine feine Subtilität, welche bem Codo widerspricht.) - Die soustraction ober die Besitzents setzung des Eigenthumers (fährt der Generaladvokat fort), beginnt mit ber Handlung der Uneignung. In den Aeußerungen der Rede über den Code ist keine Andeutung, daß man von der Vergangenheit sich entfernen möchte. Ausleger des römischen Rechts konnten keinen Zweifel laffen; denn wenn man im römischen Recht findet, daß auch der furtum begeht, qui sciens accipit ab ignorante indebitum, also der Gewinn aus einer freiwilligen Handlung des Undern zieht, welcher ihm die Sache, die ihm nicht gehört, zu-

Rellte, so kann es nach römischem Recht nicht zweifelhaft senn, wie der Fall zu beurtheilen ist, wenn der Mieths= mann bem Vermiether jum Nachtheil eine Sache bes let: tern sich aneignet. — Wir begreifen, (sagt die Staats= behörde), wie 1832 der französische Gesetzgeber die Hand= lung, des untreuen Miethsmanns als abus de confiance mit Strafe bedrohen konnte; allein so lange nicht die Pandlung eine solche gesetliche Taufe erhält, muß sie als Diebstahl betrachtet werden. — Das abus de confiance ist nur eine Art des Gattungsbegriffes vol. Nach der ge= setlichen Definition von vol eignet sich der Miethsmann, welcher die Sache seines Vermiethers für den letten besitzt, bie Sache an, entzieht das Eigenthum dem Bermiether und handelt frauduleusement, indem er wie über seine eigene Sache über die fremde verfügt. Der Generaladvokat beruft sich zur Rechtfertigung seiner Unsicht auf die Definitionen des vol bei Amnat de Vouglans und Dormat, und meint, daß wenn bas römische Recht eine andere Unsicht über den Fall aufstellte, man sich etwa darauf berufen konnte, um die weite Fassung des Code einzuschränken; allein dies sen nicht der Fall, denn das römische Recht, welches schon den rechtswidrigen Gebrauch ber vermietheten Sache als furtum betrachtete, habe gewiß noch mehr die völlige Entziehung derselben als Diebstahl betrachten wollen. Schon Farinacius und Sausse hatten dies anerkannt. Helie bemerkt, daß diese Straf= vorschrift nicht im Code von 1791 und bem von 1810 ent= halten sen; allein der Code hat (wie der Generaladvokat sagt) die römische Definition, an welche auch die alte französische Jurisprudenz sich anschloß, wiederholen und sich an die französische Praxis anschließen wollen. Borbereitungsarbeiten zu dem Code berechtigen nicht, das Gegentheil anzunehmen. Im Jahr 1811 fand ber Caffationshof in der Handlung einer Frau, welche im Hotel

garni wohnte und Mobilien baraus entzog, Diebstahl uns ter erschwerenden Umständen. Wenn sie, fragt der Generaladvokat, aus bem benachbarten Zimmer einen Spiegel genommen hätte, so murbe sie Diebstahl begangen haben; warum soll dies nicht senn, wenn sie aus dem von ihr be= wohnten Zimmer die Sache nimmt? Im Jahr 1820 ents schied der Cassationshof, daß der Pachter einer unter bail à chepteil ihm vermietheten Heerde, wenn er einen Theil des Wiehes verkauft, keinen vol verübt (wohl weil man den Pachter hier als legitimus possessor ansah). Miethsmann ist aber nur Besitzer im fremden Namen und praecano jure. — Der Generalabvokat, der zur Begründung seiner Unsicht sich auf die Definitionen ber contrectatio bei Carpzov, Befenbeck und Mas thäus bezieht, fragt: warum, wenn die Handlung des Miethsmanns vor dem Code von 1810 vol war, sie es jett nicht mehr senn soll; die römische contrectatio sen noch immer begründet. Er stützt sich auf die neuere Unsicht des französischen Cassationshofs, der die Handlung einer Person, welche ein Kabriolet miethete und dies dann zu ihrem Vortheil verkaufte, als Diebstahl erklärte (Arrêt vom 19. Juni 1846). Auf den Grund Dieser Conclusionen der Staatsbehörde cassirte der belgische Cassationshof das vorige Urtheil, indem er annahm, daß der Miethsmann nicht den burgerlichen Besitz der Mobilien habe, welche in ben gemietheten Zimmern sich befanden, vielmehr der Vermiether seinen Besit fortsette, daß daher der Miethsmann, wenn er doch die ihm nicht gehörigen und nur zum Gebrauche überlassenen Mobilien zum Nachtheile des Bermiethers veräußert, eine soustraction frauduleuse verübte, daß der Code penal an den Grundsätzen des Code civil 2228 fg. nichts änderte, daß ja auch nach Code pénal art. 386 ber Dienstbote an der Sache bes Herrn einen Diebstahl verübt, daß ber Gerichtshof von Lüttich mit Unrecht das Daseyn des Diebstahls aus dem Grunde, weil der Miethsmann die Sachen à un titre légitime inne habe, läugnete, da dieser titre légitime nur auf das Recht die Sache zu benutzen sich beziehe.

In der deutschen Rechtsprechung ist der Fall, welscher die Veranlassung zur angeführten Entscheidung gab, nur einmal Gegenstand eines zur öffentlichen Kenntzniß gekommenen Urtheils geworden, nämlich in Berlin, wo das Eriminalgericht in einem dem Obigen ganz ähnzlichen Falle Unterschlagung annahm 2); indem das Gezicht davon ausging, daß der Miethsmann die Gewahrssam der Sache hatte und ihm die Sache anvertraut war, da man nicht sagen könne, daß der Vermiether, der ja nicht beliebig in das vermiethete Zimmer gehen konnte, die Röglichkeit gehabt hätte, in jedem Augenblick über seine Sache zu disponiren, daß auch eine Zurückbehaltung der Gewahrsam der Sache nicht angenommen werden dürfe.

Diese Ansicht wurde von einem ausgezeichneten Juristen, Hrn. Temme, in der angeführten Zeitschrift für
bedenklich erklärt, weil die Gewahrsam des Vermiethers
durch die des Miethsmanns nicht ausgeschlossen werde,
indem der Erste leicht in das Zimmer des Zweiten gelangen konnte. Darauf, ob der Vermiether das Recht behalten habe, auf die vermiethete Sache beliebig einzuwirken, komme es nicht an. Wollte man in dem Falle keinen Diebstahl annehmen, so müßte man auch da keinen
solchen annehmen, wenn ein Reisender in einen Gasthof einkehrt und über Nacht heimlich mit einem im Zimmer siehenden Leuchter sich entsernt. Hr. Temme
kommt dazu, überhaupt die Aushebung des in die Gesetz
gebungen ausgenommenen, zu beständigen Streitigkeiten

<sup>2)</sup> Criminalistische Zeitung für die preufischen Staaten 1843. Nr. 16. S. 124.

führenden und auf keiner rechtlichen Grundlage mehr seit dem Wegfallen der deutscherechtlichen Ansicht von der Geswere beruhenden Unterschiedes von Diebstahl und Unterschlagung vorzuschlagen.

Wir find überzeugt, daß in dem erwähnten Falle weber nach gemeinem beutschen noch nach französischem Rechte, noch nach den neuen deutschen Gesetzgebungen Dieb: stahl liegt. Die obige Ausführung der belgischen Staats: behörde zeigt klar, wie ehrenwerthe französische Juristen von den römischen Ansichten sich nicht losmachen können und deswegen weil eine Handlung im römischen Rechte als furtum betrachtet wurde, sie jett noch als vol (Dieb: stahl) ansehen wollen. Das romische Recht kannte bie Unterschlagung als eigenes Berbrechen nicht, sondern bezieht die jest dahin gerechneten Fälle unter furtum, bef: sen Begriffso weit gefaßt mar, daß dahin auch viele Falle gezählt wurden, die bei uns ebenso wie nach franzos. Rechte entweder straflos find ober Arten bes Betruges bilben, oder als besondere Bergeben als strafbar erklart werden. Wie mag man sich in Frankreich auf bas römische furtum berufen, und behaupten, bag ber art. 379 bes Code nur eine Wiederholung der romischen sogenannten Definitionen von furtum sen? Man müßte dann auch behaupten, daß die Annahme einer Nichtschuld vol sen, weil sie bei den Römern furtum begründete. Die Unterscheidung von Diebstahl und Veruntreuung ist im germanischen Rechte durch die Rechtsansichten über Gewere veranlaßt, indem nur berjenige, welcher aus frember Gewere eine Sache nahm und sich aneignete, Diebstahl beging, während die Handlung besjenigen, welcher eine ihm anvertraute ober sonst in seinem Gewahrsam befindliche Sache veruntreute, des dieblichen Behaltens schuldig mar. Mochten auch später die Grundsätze von der Gewere verdrängt werden, so war doch die Unterscheidung von Diebstahl und Berun-

G

treuung (Unterschlagung, mit der Ansicht idaß die zweite geringer ftrafbar fen) in bas Rechtsbewußtsenn Boltes und in alle Gesetgebungen übergegangen. Das englische Recht handelt vom embezzlement, das italienische von truffa 3) und das französische von abus 2118 der Code pénal im art. 408 de confiance. das zuletzt genannte Vergehen als besonders hervorbob, mar zugleich ausgesprochen, bag die romische Definition von furtum in Frankreich nicht paßt. Dhnebin stand die romische contrectatio nicht dem französischen Ausbruck soustraction gleich 4). Die Unterscheidung bes Diebstahls von der Unterschlagung in der Art, daß regelmaßig 5) die zweite geringer strafbar ist, liegt in der Natur der Sache 6), benn bei der Unterschlagung befindet fich ber Thater nicht blos in der Lage, in welcher er durch die leichte Gelegenheit zur Bernbung ber That bewogen wird; der Beschädigte muß sich selbst, da er freiwillig ein Vertragsverhältniß mit bem Undern machte, die Folgen feiner Unvor-Achtigkeit zuschreiben, und ist, ba er an benjenigen, welchem er die Sachen anvertraute, sich leicht im Falle der Beruntreuung- halten fann, burch bas Bertragsverhaltniß civil= rechtlich gesichert. Der Code von 1808 hatte im art. 408 gu enge bas Berbrechen aufgefaßt; bie Nachtheile zeigten fich bald, und 1832 murde bei der Revision art. 408 sehr ausgedehnt, insbesondere auch auf die Fälle, wo die Sache à

<sup>3)</sup> Der neue Entwurf für den Kirchenstaat 1847 art. 396. und der Entwurf für Toskana (1850) art. 427 sprechen diese Unsicht aus. Das ältere italienische Recht isprach hier von furtum improprium.

<sup>4)</sup> Birnbaum in diefem Archiv 1843. S. 11. 14.

<sup>5)</sup> Es giebt Fälle, in welchen der Gesetzgeber Gründe hat, die Unterschlagung auch mit härterer! Strafe zu bedrohen, wo eine Berletung besonderer Pflichten vorliegt, und derjenige, welcher die Sache dem Andern anvertraut, hierzu genöthigt ist.

<sup>6)</sup> Hélie Théorie du Code pénal VII. p. 355.

titre de louage anvertraut war; nach dem allgemein gefaßten Ausdruck begreift ber art. 408 alle Falle ber Miethe 7), baher auch ben, wo ber Miethsmann eines hotel garni bie in dem von ihm gemietheten Raume befindlichen Mobilien sich rechtswidrig aneignet. Die Sache befand sich in der Gewahrsam des Miethsmanns, ohne daß deswegen der Usucapionsbesig des Bermiethers aufhörte; für das Da= senn des Verbrechens der Unterschlagung genügt es, daß durch den Willen des Bermiethers die Sache in die Ge= wahrsam bes Miethsmanns fam, ber bafür vermöge bes Bertrags verantwortlich blieb 8). Dagegen wird die Handlung als Diebstahl erscheinen, wenn ber Mieths. mann Sachen sich aneignete, die nicht in den ihm vermietheten Räumen, aber in solcher Lage sich befanden, daß er durch sein Miethsverhältniß Gelegenheit erhielt, sich leichter als Undere die Sache anzueignen 9), ober wenn das Verhältniß, durch welches die Sache in der Ge= wahrsam des Miethers war, rechtlich aufgelost war und der Thäter nur das Verhaltniß benutt, um sich die Sache anzueignen 10).

<sup>7)</sup> Morin Repertoire, I. p. 40.

<sup>8)</sup> Ist bei Beendigung der Miethe die Sache nicht mehr da, so muß (wenn er nicht vis major nachweisen kann) der Miethsmann dafür entschädigen, mag er sie selbst veruntreut oder durch seine Nachlässigkeit verloren haben.

<sup>9)</sup> Bei der Berathung des in Mote 2 angeführten Falles kam es zur Sprache: wie es zu halten, wenn A ein meublirtes Jimmer miethet, das neben einem andern von dem Haus= eigenthümer bewohnten Zimmer sich besindet, aber durch einen, vor die beide Zimmer scheidende Thüre gestellten Schrank gestrennt ist. Räumt hier der Miethsmann den Schrank weg, um in das nebenstehende Zimmer zu kommen, und nimmt er daraus eine Sache, so ist er allerdings Dieb.

<sup>10)</sup> Er besaß sie dann nicht mehr à titre de louage. Das nordamerikanische Recht (Entwurf des Code von Massachuse sets, Titel: Embezzlement p. 2 not. 6) hebt ausdrücklich diese Rücksicht, ob das Rechtsverhältniß noch fortdauerte, hervor.

Die Frage wird oft schr schwierig; wenn der A ein Pferd miethete auf 1 Monat und nach Ablauf desselben nicht zurücksgiebt und dann rechtswidrig verkauft, so nimmt das englische Recht doch embezzlement an (ausdrücklich in dem 1849 dem Oberhause vorgelegten Entwurse pag. 153. art. 3). Tresseliche Erörterungen und Zergliederung vieler Fälle s. in kourth Report of the commissioners on criminal law 1839) p. LXXI. — Das neueste englische Geset v. 7. Aug. 1851. art. XIII bestimmt, daß, wenn Jemand eines Diebsstabls angeklagt war und die Jury die Handlung für Untersschlagung hält, oder umgekehrt, die Geschwornen das not guilty wegen des angeklagten Berbrechens und das Schuldig wegen des Berbrechens aussprechen sollen, das sie in dem Falle besgründet sinden. Dies ist wichtig, weil so leicht in vielen einzelnen Fällen Zweisel entstehen kann, ob Diebstahl oder Unsterschlagung begründet ist.

### Die organische Ratur

bes

# französischen Strafprocesses.

Von

Herrn C. v. Stemann, d. 3. zu Frankfurt \*).

Der französische Strafproceß, auf dessen Grundlagen die neueren deutschen Gesetzgebungen im Gebiete der Strafrechtspflege entstanden sind, bildet durch seine organische Natur den reichsten Gegensatzum gemeinrechtlichen Strasversahren. In diesem sinden wir kaum die ersten Spuren einer organischen Entsaltung, einer angemessenen systematischen Durchführung des leitenden Princips. Von dem richtigen Grundgedanken ausgehend, daß der Staat es nicht dem Einzelnen überlassen dürse, die Verfolgung und Bestrasung von Verbrechen herbeizusühren, sondern selbstätäg die factischen Umstände des Verbrechens, so weit sie ihm rechtliche Beziehungen zu haben scheinen, in mögelichster Vollkommenheit zu erheben habe, wurde das Versfahren von Anfang dis zu Ende als Untersuchungsversahren ausgesaßt, indem sich das allgemeine Princip überall

<sup>\*)</sup> Der Berfasser ist dem Publicum als Werfasser der trefflichen Schrift: Die Jury in Strafsachen, Hamburg 1847, bekannt. Wir werden in diesem Archive Aufsätze über die wichtigsten Frasgen des Strafverfahrens liefern. Anm. d. Redaction.

auf die nämliche Weise außerte, und ein und dasselbe Dr= gan mit denselben Mitteln seinem endlichen Biele entgegenstrebte, unbekummert um die verschiedenen Interessen, welche im Strafproceß ihre Befriedigung suchen, und ohne Rucksicht darauf zu nehmen, ob es sich um die äußere ober innere Seite bes Berbrechens handelte. In seiner ursprünglich kanonischen Form hatte der Untersuchungsproces die Unterscheidung in zwei Abschnitte, der General = und Specialuntersuchung, aufgenommen, von benen erstere die Aufgabe hatte, sich der Eristenz eines Berbrechens zu versichern und Anzeigen gegen den Thäter zu sammeln, während lettere bazu bestimmt war, gegen den als ver= dächtig Unerkannten bas Verbrechen nach seinem gesamm= . ten subjectiven und obectiven Thatbestande im Wege ber Untersuchung klarzustellen. Mit der Specialuntersuchung waren nun nicht blos diejenigen Eingriffe in den Recht kreis der freien Personlichkeit verbunden, welche keine Form bes Strafverfahrens gang entbehren fann, sonbern zugleich die Ausbehnung der Untersuchung auf das Innere bes Angeschuldigten. Bon bem eigenthümlichen Stants punkte ber Rirche aus war hiegegen auch nichts zu erinnern, da fie keineswegs mit 3wang zu wirken, sondern mit subjectiven Mitteln des Borhaltens, der Ermahnung u. f. w. den Berbrecher zum Geständnisse, Reue und Buße zu fuhren suchte. Als aber der Staat sich das kirchliche Berfahren in seiner vollen Ausbehnung aneignete, konnte die die fen zum Grunde liegende Richtung wider das Innere bes Angeschuldigten nur noch im Wege bes 3manges verfolgt werben. Daher sehen wir, von diesem Zeitpuncte an, ben weltlichen Richter mit directem und indirectem 3wange in die Gedanken und Gesinnungen des Ungeschuldigten ein= bringen, ber bem Römischen Rechte entlehnten Tortur als eines Mittels zur Erforschung ber Wahrheit sich bedienen, Die freie Personlichkeit zum Untersuchungsobject berab=

seten, und baburch die gefährlichsten Folgen für die burgerliche Freiheit des Angeschuldigten herbeiführen. irrige Voraussetzung, daß das Innere des Angeklagten grade ebensa ein Gegenstand ber zwangsweisen Untersuchung bilde, wie das außere Factum, führte die Praris ganz folgerichtig zur allmähligen Verwischung bes Unterfciebes zwischen General = und Specialinquisition, der nur dann von Bedeutung senn konnte, wenn er auf zwei qua= litativ verschiedenen Seiten des Verfahrens hingewiesen batte. "Die Untersuchung, welche Alles im Proceß zum Object ihrer Thätigkeit macht, kann sich, wie 3acharia in seiner Schrift: "Die Gebrechen und die Reform des deutschen Strafverfahrens, Göttingen 1846", mit Recht bemerkt, zwar im Hinblick auf ihren endlichen 3med in verschiedenen Stadien befinden, auch wird sie hienach ihre Unforderungen an den Inquisiten immer mehr und mehr steigern, seine Lage nach Umständen immer drückenber machen, um von Stufe zu Stufe zu ihrem 3wecke fortzuschreiten, allein sie kann ihrem Wesen nach keinen durch ein bestimmtes Merkmal zu charakterisirenden Abschnitt machen, weil ihr Wesen von Unfang bis zu Ende ein und dasselbe bleibt, und selbst der Moment, wo sie sich gegen bestimmte Personen richtet, deshalb in der That bedeutungslos bleiben muß, weil auch diese Personen nur blos zu Objecten ber fortschreitenden Inquisition werben." Politische Momente förderten biesen Entwicklungsgang ber Praris. Das Aufstreben der Landeshoheit zur schranken. losen Staatsgewalt, die Ausbildung des Beamtenwesens, die Verbindung der Justig mit der Verwaltung, die rein polizeiliche Richtung ber letteren und ihre Rückwirkung auf die Rechtspflege, dies Alles drängte dahin, ben Strafproceß zu einem völlig unterschiedslosen, von jeglicher Fessel befreiten Berfahren zu stempeln, und dasselbe immer mehr aus dem Gebiete der Justig in das der Bermale

:

tung hinüberzuleiten. Dit biefer grunbfatlichen Berläugnung des Rechts ber freien Perfonlichkeit fanden in engem Zusammenhange bie Beimlichkeit und Schriftlich= feit bes Berfahrens, die rechtlose Stellung bes Angeschul= digten, die schrankenlose Gewalt des Untersuchungsrichters, bie Ungehorsamsstrafen, selbst die dem romischen Rechte entlehnte Beweistheorie, in fofern fie fur ausreichend erache tet wurde, um barauf bas Erkenntniß in Straffachen zu Es wurde uns zu weit führen hierauf naher ein= zugehen, wir verweisen in tiefer Beziehung auf die lebrreiche Schrift von Röstlin: "Der Wendepunct des deuts schen Strafverfahrens, im 19ten Jahrhundert, Zübingen Wie indeß die Ausdehnung ber Untersuchung 1849." auf das Innere des Angeschuldigten den Ausgangspunkt der zahllosen Uebelstände bildete, welche seit dem Ende des vorigen Jahrhunderts den gemeinschaftlichen Strafproceß zum Gegenstand allgemeiner Unfeindung machten, fo hinderte sie auch die Sonderung des Berfahrens in seine innerlich verschiedenen Bestandtheile, und die organische Gliederung deffelben nach ben verschiedenen Functionen, die einer selbstständigen Vertretung bedürfen. Go lange der 3weck der Rechtsverwirklichung zur gänzlichen Mißachtung des Rechts der freien Personlichkeit führte, so lange die Person des Angeschuldigten als blos untergeordnetes Mittel betrachtet und der Untersuchungszwang gleiche mäßig über bas ganze Berfahren bis zum Urtheil bin erstrebt murbe, konnte von einem abgesonderten Beweisverfahren nicht die Rede senn; dazu hatte es der Erkennts niß bedurft, daß das Innere des Angeschuldigten von aller zwangsweisen Einwirkung frei bleiben muffe, bann erft hatte das Bedürfniß sich entwickeln können, nach geschloffe nem Untersuchungsstadium ein anderweitiges Berfahren eintreten zu laffen, um auch die innere Seite des Berbrechens zu ermitteln. England war es vorbehalten,

biese Sonderung bes Beweisverfahrens vom übrigen Berfahren im Anschluß an das altgermanische Beweisrecht und unter Mitwirtung mannigfaltiger Momente ber eng= lischen Rechts : und Staatsgeschichte nach und nach herans zubilden, und beide Abschnitte durch die von einem eigen= thumlichen Organe auszusprechende Bersetzung in den Unklagestand zu scheiden. Der französische Strafproces hat aber diese Einrichtung nicht nur als wesentlichen Bestands theil in fich aufgenommen, sondern ihm ift zugleich eine spstematische Entwickelung zu Theil geworden, wobei er die organische Natur des Berfahrens stets im Auge behals ten hat, ohne durch die Berudfichtigung der partheilichen Interessen einerseits, und der burgerlichen Freiheit andrerseits zu Consequenzen bes Unflageprincips zurückzukehren. Diese organische Ausbildung des Untersuchungsprincips innerhalb feiner begriffsmäßigen Grenzen begründet den unbestreitbaren Borzug des französischen Strafprocesses, selbst vor bem englischen. Zwar finden wir in England, wie in allen germanischen ganbern, schon früh das Bestreben, die Verfolgung der Verbrechen zur öffentlichen Angelegens heit zu machen, und bie geeigneten Elemente, aus benen das Untersuchungsprincip zur unbestrittenen Herrschaft sich hätte heranbilden können. Der Borrang, welchen bas engs lische Strafverfahren bem Rechte ber bürgerlichen Freiheit vor bem Rechte bes Staats einraumte, hat bies verhindert, und es bei einzelnen Erscheinungen, welche allerdings auf jenes Princip zurückgeführt werden muffen, wie bas Institut der Geschworenen, bewenden lassen, in anderen Bes ziehungen dagegen dem Anklageprincip einen überwiegens ben Einfluß gestattet. Das englische Berfahren ift noch zu sehr von privatrechtlichen Rücksichten durchzogen, es nähert sich stark ben Formen des burgerlichen Processes und erscheint mehr als ein Streit zweier Partheien, bie fich auf gleichem Boben mit gleichen Waffen begegneni



weniger als eine Entfaltung ber verletten Gerechtigkeit, welche ben Berletzer zur Rechenschaft zieht. In mannig= faltigen Erscheinungen besselben zeigt sich uns der Kampf zweier entgegengesetten Principien, ber bier zu inquisitorischer, bort zu accusatorischer Thätigkeit führt, welche Die geschichtliche Entwicklung als eine fragmentarische und unspftematische erscheinen und den Mangel festbestimmter Grundlagen erkennen läßt. Go viel Treffliches auch im Einzelnen der englische Strafproceß ausgebildet hat, wie 3. B. in der Lehre vom Beweise, in den Bedingungen für die Wirksamkeit bes Schwurgerichts, in den Anordnungen, welche die harmonische Thätigkeit des Richters und der Geschworenen begründen: jener unverkennbare Mangel macht das englische Verfahren unbrauchbar, um es in seis ner Totalität auf fremden Boden zu verpflanzen. oft gehörte Behauptung, daß man sich in Deutschland die englischen Einrichtungen zum Muster nehmen solle, kann daher nur in beschränktem Sinne als richtig zugegeben werden. Die Bermischung des Wesentlichen mit dem Zufälligen, die Vermengung von Consequenzen verschiedener Principien, und manche Lucken und Ginseitigkeiten, welche wir im englischen Verfahren vorfinden, wurden den Gesetzeber in große Berlegenheit bringen, bem die Aufgabe zufiele, eine Strafprocegordnung nach englischem Borbilde zu entwerfen, während die Kenntniß bes englischen Rechts bei Abfassung ber Detailbestimmun= gen allerdings seiner Arbeit sehr forderlich werben kann. Nach meiner Ueberzeugung ist es daher auch nicht zu beklagen, daß die deutsche Gesetzgebung der letten Jahre den Strafproceß im Wesentlichen den Bestimmungen des französischen Rechts nachgebildet hat, welcher von einem festen Grundprincip ausgehend, dasselbe folgerichtig durchzuführen versucht, und überall barauf Bedacht genommen bat, ben verschiedenen staatlichen Functionen, die einer felbst

ständigen Bertretung bedürfen, eigne Organe zu verschaf-Nur darin haben wir Deutsche wieder gefehlt, daß wir mit ben werthvollen Grundzügen auch manches Mangelhafte und ber Berbesserung bringend Bedürftige in un= fere Gesetgebungen aufgenommen haben, welches feine Sanction im frangosischen Gesetzbuch bem Umstande verbankt, daß man bemüht war, die an und für sich trefflichen Institutionen im Geiste bes Absolutismus und zum Nach= theil der burgerlichen Freiheit wieder zu verfälschen. ift eine gewisse Einseitigkeit in ber Durchführung bes Untersuchungsprincips nicht zu verkennen, ber Staats behörde eine zu ausgedehnte Wirksamkeit gegeben, bas Berhältniß zwischen Staatsanwalt und Richter nicht burdgängig richtig bestimmt; in ber Boruntersuchung ift Bieles unbestimmt gelassen, wodurch einestheils bem Untersuchungsrichter eine zu weit gehende Gewalt eingeräumt, anderntheils Ungründlichkeit bei Bornahme ber wichtigsten Untersuchungshandlungen veranlagt wird; die Bertheidis gung ift in zu enge Schranken gewiesen, die Staatsbehörde vielfach vor dem Angeklagten begünstigt, der biscres tionären Gewalt des Uffisenpräsidenten zu viel überlassen; die Zusammensetzung der Schwurgerichte giebt endlich zu mancherlei Bebenken Veranlaffung. Diese und andre Gebrechen sollen feineswegs ignorirt werden, sie hatten in Deutschland, wo man sie kannte, in ben neuen Gesetz gebungen eine Abhülfe finden follen; leider ift dies in ausreichendem Maaße nicht geschehn. Bei Allem bem aber wird eine unbefangene Betrachtung fehr bald erkennen, daß es hier nur auf Bervollkommnung eines auf richtigen Grundlagen aufgeführten Gebäudes ankommt, daß die zu erstrebende Berschiedenheit nur dem Grade, nicht der Art nach einzutreten braucht, und die obwaltenden Mängel jum größeren Theil darauf beruhen, bag bas Berhaltnis der einzelnen Organe zu einander nicht scharf genug abge grenzt und! noch zu verschiebene Functionen mit einan: ber vermischt sind. Dadurch ist zugleich ber Wissenschaft ihre Stellung gegenüber ben neueren Reformen auf bem Gebiete der Strafrechtspflege angewiesen. Es bedarf nicht erft ihrer Bermittlung, damit neue Principien vom Staate anerkannt und in positive Rechtsfäte umgewandelt werden, fe kann sich an das gegebene Grundprincip halten, da sie daffelbe vom Standpuncte ber Rechtsidee zu rechtfertigen vermag; fie wird die daraus abgeleiteten Elemente in ihrem Zusammenhange mit der erforderlichen Klarheit auf= jufaffen und festzustellen haben, und in weiterer Berfolgung ber organischen Entwicklung für eine richtige Berthei= lung ber verschiedenen öffentlichen Thätigkeiten zu forgen, auch dasjenige auszuscheiben und durch Angemesseneres zu erfeten haben, mas frembartigen Ginfluffen feine Entstehung verdankt. Wie sehr die organische Durchbildung des französischen Strafprocesses der Wissenschaft zu statten tommt, hoffen wir durch nachfolgende Bemerkungen noch näher zu zeigen.

Das Princip bes Verfahrens von Staatswegen besperscht ben gesammten französischen Strafproces. Nicht bem Einzelnen bleibt es überlassen die Verfolgung und Bestrasung von Verbrechen herbeizusühren, sondern der Staat entwickelt aus eignem Antrieb eine selbstständige Thätigkeit in Beziehung auf begangene Verbrechen behufs Wiederherstellung der zerstörten öffentlichen Rechtsordnung durch Bestrasung des Schuldigen im einzelnen Falle. Man bezeichnet das Princip als Untersuchungsmarime, ein Ausdruck, der in neuerer Zeit sowohl an sich, wie im Verphältniß zu dem ihm entgegengesetzten Anklageprincip, zu mancherlei Misverständnissen Anlaß gegeben hat, weshalb es zu wünschen wäre, daß die Wissenschaft diesem Ausswuck einen anderen substituirte, zumal da derselbe, seitzbem das Strasversahren nicht mehr ausschließlich ein Uns

tersuchungsverfahren ift, bem Befen ber Sache nicht volllig entspricht. Es ift nämlich von außerster Wichtigkeit, bies sogenannte Untersuchungsprincip, wie es dem frangofis schen Strafproces zum Grunde liegt, nicht mit ber Geftalt ju verwechseln, welche baffelbe im gemeinrechtlichen Inquis . sitionsverfahren angenommen hatte. Die historische Bebandlung bes Strafprocegrechts wird uns bavor bewahren tonnen, indem wir durch Buruckführung ber Gebrechen bes gemeinrechtlichen Processes auf ihre Entstehungequelle, wovon oben andeutungsweise die Rebe mar, in ben Stanb gesetzt werben, ben Umfang bes Untersuchungsprincips richtig zu bestimmen. Als bie Wurzel aller Uebelstände bezeichneten wir bort die Erftrebung bes Untersuchungszwanges auf das Innere des Angeschuldigten. Go gewiß wie jede Untersuchung mit Zwangskraft ausgerüstet senn muß, so entzieht grade biese Eigenschaft bie innere Seite bes Berbrechens ihrer Thätigkeit. Der Grund bavon liegt in der Begrenzung der Staatsgewalt, selbst wie sie aus dem Begriffe und Wesen des Staats geschöpft wird, der nur die außeren Berhältnisse bes irdischen Lebens zu ordnen, zu fördern und burch das Recht zu beherrschen bat, die Form bes 3manges aber nur in sofern anwenden barf, als eine rechtliche Nothwendigkeit diesen begründet: ein Fall, der der Rechtsidee zufolge in Bezug auf bas innere Wesen der Menschen gar nicht stattfinden fann. In die= fem beschränkteren Sinne bildet aber das Untersuchungs= ober richtiger bas Princip bes Berfahrens von Staatswegen die allein angemessene Grundlage bes Strafprocesses, da dieser es nicht mit der Berletzung verzichts barer Rechtsanspruche Einzelner, sondern der gesammten öffentlichen Rechtsordnung zu thun hat, beren Träger ber Staat ift. Alles was möglicher Gegenstand einer Untersuchung ift, soll von Amtswegen untersucht werben, die Staatsbehörden sollen von Anfang an selbstthätig für bie

Sammlung ber Beweismittel Gorge tragen, und bas Gericht an das Borbringen der Partheien als solcher in keis mer Weise gebunden senn. Es ist aber mohl zu beachten, baß der französische Strafproceß, um den Schutz der per-. sonlichen Freiheit mit den Forderungen des öffentlichen Interesses in angemessener Beise zu verbinden, drei wesentliche Bestandtheile auch außerlich unterscheidet: die Untersuchung, das Beweisverfahren und die Aburtheilung, als deren sich von selbst verstehende Folge die Bollstredung erscheint, und daß das leitende Princip in diesen verschiebenen Stadien auf verschiedene Weise sich äußert, indem jedes Stadium seine eigenthümliche Aufgabe mit eigen: thümlichen Mitteln zu erfüllen hat. Die burchgängige Anerkennung des allgemeine Princips ist indeß, wie das französische Verfahren unwiderleglich beweist, völlig vereinbar mit accusatorischen Formen, welche dem höheren Grundsate sich unterordnen, und nur zur Scheidung ber mannigfaltigen Functionen bienen, welche bem Staate im Strafprocesse obliegen. Es handelt sich hier um verschie= bene Interessen, denen, ber organischen Glieberung gemäß, eine relativ selbstständige Vertretung einzuräumen ift, ohne baß die barauf berechneten Einrichtungen bem Unklage: princip zugeschrieben werden burfen. Daß bies gar häufig -geschehen, hat der richtigen Ginsicht in die Natur bes Strafverfahrens wefentlichen Abbruch gethan. Balb ift man ber geschichtlichen Entwicklung, bald ber logischen Confequenz zu nahe getreten, indem man entweder verlangte, bas Unflageprincip dem Untersuchungsprincip zu substitui= ren, oder beide Principien mit einander verschmelzen Um eigene Organe für die Aufsuchung und Betfolgung der Berbrechen einerseits und für die Untersuchung andrerfeits aufzustellen, bedarf es aber ber Berbeiziehung bes Unklageprincips gar nicht, welches vielmehr vorausfest, bas die Verfolgung bes Verbrechens von ber Privatwillführ abhängig gemacht, und der Berlauf des Processes nach der Maxime des bürgerlichen Berfahrens eingezichtet wird.

Betrachten wir näher die einzelnen Bestandtheile bes französischen Strafprocesses, so hat bas erste Stadium desselben, "bie Untersuchung" als die allgemeine Boraussetzung des Urtheils die Aufgabe zu erfüllen, das Factum nach allen seinen fur die rechtliche Beurtheilung einfluß= reichen Momenten möglichst vollständig zu ermitteln. ber dazu erforderlichen Unpartheilichkeit willen, verlangt die Eröffnung berselben eine eigne Beborbe zum Organ, welche das besondere Interesse des Staats an der Auf: suchung und Berfolgung begangener Berbrechen vertritt. Die Staatsbehörde hat zwar im Berlaufe bes Processes nicht einseitig ben Standpunct der Parthei festzuhalten, keineswegs nur bie Momente bes Berbachts und ber Schuld hervorzuheben, sondern auch die Grunde für die Unschuld ober für die Milberung ber Schuld zu ermägen und zu berücksichtigen; doch ist immerhin ihre Stellung eine weniger unbefangene als die des Richters, weil sie vor= zugsweise mit der Anklage beauftragt, im Namen ber Gerechtigkeit vorerst ben Streit mit dem Angeklagten zu führen genöthigt ist. Aus dem einseitigen staatlichen Interesse an der Aufsuchung und Berfolgung des Berbrechens ergiebt fich zunächst ein ber sogenannten Voruntersuchung vorausgehendes und dieselbe vorbereitendes Berfahren, von mehr polizeilicher als richterlicher Beschaffenheit. diesem entwickelt sich die Thätigkeit des öffentlichen Unklägers in Verbindung mit den Beamten der Strafpolizei, um Wahrnehmungen, Unzeigen und Mittheilungen über Bergeben zu sammeln, die Spuren derselben zu erkunden, alle keinen Aufschub gestattenden vorbereitenden Ans ordnungen zur Aufklärung der Sache und vorläufigen Sicherstellung des Thatbestandes und Verwahrung des

Thäters zu treffen, und bemnachst sofort bas Gericht zu Mit diefer der Staatsbehörde zugewiesenen Aufgabe, wonach regelmäßig erst auf beren Untrag ein Berfahren in Strafsachen eingeleitet werden kann, ist es nicht wohl verträglich, wenn das französische Recht ben Berichten noch die Befugniß beläßt, auch ihrerseits die ersten einleitenden Schritte zur Sicherung ber Rechtsverfolgung unaufgefordert vorzunehmen. Die unentbehrliche Birksamkeit ber Strafpolizei innerhalb ber gebührenben Schranken zu halten, und bie Befolgung bes an und für sich allgemein als richtig anerkannten Grundsates ju sichern, daß die Bornahme richterlicher Untersuchungshandlungen außerhalb der dem öffentlichen Unkläger und seinem Bulfspersonal zugewiesenen Sphare liegt, ift aller: dings mit praktischen Schwierigkeiten verbunden. französische Gesetzebung hat baber im Interesse schleuniger Rechtsverfolgung Ausnahmsfälle statuiren zu muffen geglaubt, in welchen es ben Staatsanwälten und Polizeibeamten gestattet fen, wefentliche richterliche Untersuchungs handlungen selbstständig anzuordnen und vorzunehmen. Nach einer Seite bin ift diese Befugniß schon im franzos: schen Recht dadurch zweckmäßig beschränft worden, daß die fraglichen Handlungen, wenn sie von der Staatsbehörde ausgehen, so lange den Charakter vorläufiger Maagnahmen behalten, bis fie bie gerichtliche Bestätigung gefunden haben. Es bedarf aber bringend einer weiteren Beschränkung burch eine engere Begriffsbestimmung ber "Ergreifung auf frischer That." Nach dem vagen Be-griff des sogenannten "flagrant delit" im französischen Gesethuch kann die Staatsbehörde fast immer, wo es ihr ein solches anzunehmen einfällt, ohne Beiteres zur Ber: haftung bes Berdachtigen schreiten, Augenscheinseinnahmen vornehmen, Hausuntersuchungen veranstalten, Beus genverhöre abhalten, kurz Alles sich erlauben, was bem

Untersuchungerichter beitommt. Es burfte genugen, wenn. "Ergreifung auf frischer That" nur da angenommen wurde, woder Thäter bei Ausführung der ftrafbaren Sandlung ober gleich nach berfelben entweder auf bem Schauplage bes Berbrechens ober auf der Flucht betroffen wird. In andern Ral= len wurden die öffentlichen Ankläger und Polizeibeamten bebufe Entdedung von Bergehn und Sicherung ihrer Beftrebungen nur insoweit auf gesetliche Beise polizeilich einzuschreiten haben, als der 3med dieses Ginschreitens durch die ju erwartenben richterlichen Panblungen nicht mehr erreicht werben fann, und das Ergebniß des Strafverfahrens nicht gefährdet wird. Sobald bagegen irgend eine weiter gehende Sandlung vorgenommen, fobald ein Berhaftsbefehl ober Sted= brief erlaffen, eine Borladung verfügt, eine Dausfuchung ober Beschlagnahme von Papieren und sonftigen Effecten angeordnet werben foll, hat die Staatsbehorbe ihre desfälligen Antrage an bas Gericht zu ftellen, welches bann je nach ben Umftanben und ben vorgebrachten Grunden, benfelben entweder entfpreden ober fie verwerfen foll. Es erscheint von außerfter Bichtigfeit, ftrenger wie solches im code d'instr.cr. geschehn, die Function ber Berfolgung von ber der Untersuchung zu trennen, und den betheiligten Beamten ihre Attributionen so genau als thunlich abzugrenzen, um Uebergriffe zu vermeiden, Collifionen vorzubeugen, und bafür zu forgen, daß jeder Beamte ftreng in ben Rreis feiner natürlichen Amtsverrichtungen gebannt, barmonisch zur Erreichung bes Biels mitwirke.

Den vorbereitenden Schritten der Staatsbehörde folgt im regelmäßigen Sange des Verfahrens die gerichtliche Voruntersuchung. Dieselbe wird nur da unterbleiben, oder richtiger gesagt, mit dem Hauptverfahren zu einer Sesamthandlung verschmolzen werden dürsen, wo eine eigentliche Versehung in den Antlagestand nicht ersorderlich ist, und die rein polizeilichen Erhebungen schon ein so vollständiges Material ergeben haben, daß darauf eine festbestimmte Anschuldigung

gebaut werden kann. In allen andern Fällen erscheint uns die Boruntersuchung als abgesonderter Procesabschnitt uners. läslich, weil nur auf Grund einer richterlichen Untersuchung die förmliche Anklage erkannt werden barf \*).

Die Aufgabe, die in diesem Stadium des Processes ju erfüllen, ift die: in die eigenthumliche Beschaffenheit des fragli= den Borfalls so weit einzubringen, als dies durch Feststellung ber außerlich erkennbaren Momente thunlich ift. balb biefer Grenzen ift die Anwendung birecter und indirecter 3wangsmittel geftattet, um bes Gegenstandes ber Unterfudung habhaft zu werden, um an dem außeren Factum alle Seiten hervorzukehren, welche über die verbrecherische That und die Person des Thaters ein Licht verbreiten. Es hat fic. aber der Untersuchungerichter nur in dieser objectiven Sphare zu bewegen, um das Innere des Angeschuldigten handelt es fich hier noch nicht, dies bilbet teinen Gegenstand zwangsweifer: Untersuchung; die innere Seite des Schuldrerhältniffes ju veranschaulichen ift vielmehr die bem Beweisverfahren vorbehaltene Aufgabe. Rur unter fleter Bergegenwärtigung biefes wichtigen Unterschiedes wird es möglich, dem Rechte ber freien Personlichkeit die gebührende Anerkennung zu zollen. Die hiftorisch-fritische Betrachtung des gemeinrechtlichen Unterfuchungeverfahrens erweift fich als befonders geeignet, um in diefer Sinficht die leitenden Gesichtspuncte aufzufinden. Es ift dies um fo unerläßlich, er als hierüber felbft in der Theorie noch manche Unflarheit herrscht, welche befürchten läßt, daß für biefen Theil des Berfahrens die Praris die Uebelstande gurudführen wird, um beren Befeitigung es fich bei ber Reform unserer Strafrechtspflege hauptsächlich handelt. Diese Gefahr liegt um fonaher, als biejenigen Perfonlichfeiten , benen:

<sup>\*)</sup> Andrer Meinung ist Depp "Reform des deutschen Rechtslebens" &. 106 u. f., weil er einerseits die Untersuchung zu weit ausdehnt, andrerseits mit der Berfolgung verwechselt und bermengt.

die Berwaltung des Richteramts auch in Zukunft in Deutschsland anvertraut werden muß, zum größeren Theil die nämlischen seyn werden, welchen es wegen vieljähriger Gewöhnung an das alte Berfahren sehr schwer fallen wird, in den Geist der neuen Gesetzebung vollständig einzubringen.

Daher ist denn auch eine detaillirtere Beschreibung der Instructionshandlungen in der Boruntersuchung, als solche der französische Gesetzeber gegeben, sehr zu empfehlen, und eine bloße Berweisung auf die bestehenden Regeln des Unterssuchungsprocesses, womit mehrere deutsche Gesetzebungen sich begnügen, entschieden zu widerrathen. Freilich wird auch dann noch in der klaren Erkenntniß der zu versolgenden Iwede die beste Schutzwehr gegen willkührliche Ausdehnung der dem Staate unentbehrlichen und unter Boraussetzung schützender Formen auch nicht gefährlichen Eingriffe in den Rechtstreis Anderer zu sinden seyn. Nur darin, daß diese weit über das durch den richtigen Begriff derUntersuchung vorgesteckte Maaß hinausgehn, concentriren sich die fühlbarsten Mängel des gemeinrechtlichen Processes.

Nicht minder haben wir vor der vielfach verbreiteten Un= sicht zu warnen, daß die Gegenstände der Boruntersuchung in biefem Stadium des Berfahrens nur einer oberflachlichen, un= vollftandigen Seftstellung bedürfen, beren Erganzung dem Sauptverfahren vorbehalten bleibe. Bird letteres in feiner mabren Bedeutung aufgefaßt, so wird fich baraus von felbft ergeben, daß alle in die außere Erscheinung getretenen Seiten ber Begebenheit, wie alle bie Schuld au ferlich indicirenden Thatfachen vom Untersuchungerichter auf bas vollständigste zu Weber bie Einnahme eines Augenscheins, constatiren sind. noch bie Bernehmung ber Beugen und Sachverftanbigen barf, mo fie dem 3med ber Untersuchung forderlich ift, unterbleiben, und über alle Erhebungen find mit Sorgfalt glaubhafte Protocolle zu führen, um bie außeren Momente ber ganzen Begebenheit, als Grundlage für bas weitere Berfahren, junadft

für die Bersetung in den Anklagestand, burch die Schrift zu firiren. Das Sauptverfahren hat alsbann bie objectiven Ers gebniffe ber Untersuchung mit ber Subjectivitat bes Angeklag: ten zu vermitteln. Daffelbe zerfällt selbst wieder in zwei 26: fonitte, in das eigentliche Beweisverfahren u. die Einleitung baju, um über die Eröffnung ber Pauptverhandlung zu befcbließen, geschehe bies nun wie in England burch bie große Jury, ober wie in Frankreich burch die Anklagekammer. firirt die Bersetung in den Anklagestand den Uebergang von bem Untersuchungsverfahren in das Beweisverfahren und be: rechtigt ben Staat ben Angeschulbigten nunmehr öffentlich als eines Berbrechens verbächtig binzustellen und zu behandeln. In diesem 3wischenftabium wird aber auch bem Betheiligten ju feiner Bertheibigung Gelegenheit gegeben werben muffen. Bon richtigem Lacte geleitet bestimmte bas frangofische Gesetbuch, daß es dem Angeschuldigten frei ftehe eine Dentschrift bei der Anflagekammer zu übergeben, boch unterblieb es für einen ungeschmalerten Gebrauch biefer angemeffenen Befugniß, zur möglichen Abwehr einer richterlichen Entscheidung, welche die ganze bürgerliche Stellung des in Untersuchung Sezogenen so wesentlich afficirt, die nothige Gorge zu tragen, inbem bem Unvermögenben burch Beiordnung eines Bertheibis gers von Amtswegen nicht geholfen, und weber bem Befculbigten noch seinem selbstgewählten Bertheidiger Einsicht ber Acten oder beiden die Erlaubniß zur Besprechung mit einan: ber gewährt murbe. Das Eine wie bas Andere aber mußte geschehen, und die obgedachte Denkschrift nicht nur zur Abwendung der Berweisung vor die Assisen zugelassen werden, fondern auch bazu bienen konnen, um auf Bervollständigung der Untersuchung und Aufnahme erheblicher Beweise anzutragen, beren Bebrauch im Interesse bes Angeschuldigten liegt.

In Bezug auf das öffentlich : mündliche Hauptverfahren kommt es vorallen Dingen barauf an, dasselbe als Beweisverfahren aufzufassen, und seinen Zweck barin zu setzen,

durch die möglichst lebendige Biebervorführung der That nach allen ihren Seiten als eines zusammengehörigen Gangen bie objective Macht ber Bahrheit auf bas Gewissen berjenigen wirten ju laffen, welche das Gefet zu Richtern ber Schuldfrage bestellt bat. Die Erfenntniß ber Mangel unseres bisberigen Beweisspstems rechtfertigt ein Berfahren, welches bazu bestimmt ift, bem Endurtheil in Straffachen eine zuverlässigere Grundlage zu geben. Als man fich ber Thatfache nicht mehr verschließen konnte, bag die historische Ueberzeugung, welche der Berftand durch Schlußfolgerungen bildet, nur einen boberen ober geringeren Grab von Babricheinlichkeit zu bieten vermöge, führte batBedurfniß barauf, bie burchBeweisregeln geschütte Reflerion über die Beweismittel des außeren Thatbestandes nur als vorbereitende Grundlage gelten zu lassen, und für ben Beweis der concreten Schuld, der bisherigen mehr negativen Gewähr, eine positive hinzugufügen, in dem auf dem Bege unmittelbarer Anschauung gewonnenen Gesamtein= brude aller objectiven Momente ber That auf bas Bewissen. Eine Einhaltung biefes Beges um die Frage zu entscheiben, ob der Angeklagte schuldig sei oder nicht, wird die Schwierig= keiten ber Aufgabe, um bie es fich hier handelt, nicht verkennen lassen, und alle Einwände beseitigen, bie barauf hinausgehn, der moralischen Ueberzeugung Unsicherheit und Unflarheit vorjuwerfen; für ihre Bildung ift die Unwendung negativer Beweisregeln unentbehrlich aber nicht genügend, das reine Er= zeugniß logischer Operation bedarf noch der Bermittlung durch den Gesamteinbrud auf bas Gewissen, um die That in ihrer Totalität aus ben einzelnen hinterlassenen Spuren und ger= ftreuten Studen bes Thatbestandes zusammenzuseben, um ihren concreten Inhalt als individuelle Wirklichkeit, als eine einem freien Subject zur Schuld zurechenbare Bandlung zu ertennen. Den Ausbruck biefer fubjectiven Ueberzeugung giebt der Spruch über die Schuldfrage, welcher gleichmäßig die au-Bere und innere Seite bes Berbrechens befaßt.

Bei dieser Auffassung der Beweisführung in Strassaden, die in der Mangelhaftigkeit aller objectiven Bahrheitscriterien, dem menschlichen Bewußtseyn gegenüber, ihren
Grund hat, wird die Reconstruction des gesamten Factums,
samt der Entscheidung durch das richterliche Gewissen in solden Straffällen überstüssig erscheinen müssen, wo ein glaubwürdiges Geständniß des Angeklagten vorliegt. Diese theoretische Consequenz hat denn auch im englischen Rechte practische Anerkennung gefunden, während in Frankreich die allerdingsnahe liegende Besorgniß, daß es ter richterlichen Prüfung
noch an geeigneten Mitteln sehlen werde, um die volle Glaubwürdigkeit des erfolgten Geständnisses richtig zu würdigen und
zu beurtheilen, davon abgehalten hat, dem Geständnisse gleiden Einfluß zu gestatten.

Das Princip des Berfahrens von Staatswegen au-Bert sich auch in diesem Procegabschnitte in dem Streben nach materieller Bahrheit; bie organische Glieberung ber verschie denen Functionen verlangt einerseits eigene Organe für die Entscheidung der Schuldfrage, für die Anwendung der Rechts: regeln, in sofern sie davon unabhangig, für die Leitung bes Berfahrens, das die Wiedervorführung der That bezwedt, und für bie Thätigkeit ber partheilichen Interessen. Soll die Er: mittlung der Schuld nicht begünftigt erscheinen vor der ber Unschuld, so stellt sich die Sleichstellung des Anklägers und Bertheidigers als dringendes Bedürfniß heraus, die Ratur des Berfahrens bestimmt jugleich die Art und Beise, wie ihre Borträge einzurichten find; unabhängig von beiden, und ihre Thatigfeit übermachend wird der vorsitende Richter, gemäß bemPrincip bes Berfahrens von Staatswegen bie Beweisauf: nahme selbstftandig zu leiten, fich aber dabei aller richterlichen Untersuchungshandlungen zu enthalten, und hiebon vermoge seiner biscretionären Gewalt nur bann eine Ausnahme ju machen haben, wenn bie Beranlaffung gur Aufflarung eines Punctes nicht schon vor der öffentlichen Sitzung vorlag,

4:

fondern in ihr erft gegeben murde. Die naturgemäße Stellung ber beiben Elemente bes Uffifenhofes, bes Prafibenten und feiner Beifiger wird es mit fich bringen, bagalles, mas jur Inftruction ber Sache gehört, bem Ersteren, ben Letteren aber die eigentlich richterliche Thätigkeit anheimfällt, die Aufstellung der Fragen an die Geschworenen, wie die Entscheidung aller rechtlichen Incidentpuncte. Je unpartheiischer und unbefangener daburch die Stellung des Affisenprafidenten geworben, um so leichter wird es werben, sein Berhaltniß zur . Jury richtig zu bestimmen , das im Befentlichen darin besteht, berselben die Entscheidung ber Beweisfrage zu erleichtern. Wie schon aus bem früher Angeführten folgt, foll bas Berbict ber Geschworenen auf einem zweifachen Wege zu Stande tom: men, auf dem der logischen Berftandesoperation und bem ber unmittelbaren Unschauung, weil erft nach Beseitigung ber den außeren Zhatverhaltniffen entnommenen, auf ein Underefein gerichteten Bebenten bie subjective Gemiffensuberzeugung burch ben Gesamteinbruck rein und unverfälscht fic Begen ber mit bem Inftitut ber Geschworenen bilben tanu. unvermeidlich verbundenen Schwierigkeiten, melche aus ihrer oft mangelhaften Bildung und ungeübten Dentweise bezüglich der ihnen zugewiesenen Berftandesthätigkeit fich ergeben, follen die factischen Prämissen bes Berdicts, soweit es bem Berftande und nicht dem Gewiffen angehört, ber Jury vom Prafibenten in feinem Schlufvortrage überfichtlich, deutlich und pracis vorgeführt, und bamit eine Bergliederung ber Beweisregeln wie eine Belehrung über die einschlagenden Rechtspuncte verbunden werden. Den letten Bestandtheil des Berfahrens bildet endlich die Aburtheilung, welche ben Bahrfpruch der Geschworenen und die Subsumtion seines Inhalts unter das Strafgeset umfaßt. Auch in diesem Stadium ergeben sich manche Anforderungen aus der organischen Natur des Processes, indem wir beispielsweise nur als ihr widerspredend die Bestimmung erwähnen wollen, der zufolge Richter

schaft und des Angeklagten bei dem einen und dem andern Berfahren zu erörtern, oder der beffern Anwendbarkeit anberer, eben in den Bordergund gestellter processualischer Elemente bei bem einen ober anderm Berfahren Rechnung zu tragen; und nach diesen Richtungen bin wurde bann die Frage sehr gründlich namentlich mit Hinweisungen auf bie Erfahrungen in der Gerichtspraris erörtert. Da aber bas Inquisitionsprincip nicht überall in voller Reinheit burchgeführt mar, sondern bald ba, balb dort ein Ele: ment des accusatorischen Processes sich erhalten hatte, wah: rend umgekehrt bieser in bem gande, bessen Ginrichtungen junachft jum Bergleichungspuntte bienten - in Frant: reich — mit inquisitorischen Elementen in hobem Grade versetzt war: konnten alle diese Erörterungen nur wenig dafür thun, den Begriff des reinen Accusationsprozesses in seiner vollen Schärfe zu entwickeln, und irrige Auffasfungen zu beseitigen, zu benen vorzüglich bie beiben 200: sungsworte der streitenden Partheien: Accusation und Inquisition, Anlaß gaben.

Nicht barauf nämlich kommt es im Besentlichen an, ob die Staatsgewalt unaufgefordert für die Bestrafung der Verbrechen Sorge trägt, oder die Klage des Verletten oder eines anderen Privaten abwartet; serner wird weder, in was immer für einer Weise die Schuld sestgestellt und das Urtheil geschöpft wird, in weitaus den meisten Fällen ohne Nachsuchung die Bestrafung von Verbrechen möglich seyn, noch ist ein Zustand der Strafrechtspsiege denkbar, in dem nicht die Anklage, unter was immer sür Formen die Technik sie verduckt, die Hauptrolle spielte.— Es handelt sich in letzer Instanz immer darum, ob ein Proces, ein Recht streit geführt, — das heißt, über einander widerstreitende Rechtsansprücke ein richterliches Urtheil gesucht und erlangt wird, — oder ob Recht und Un-

## VI.

#### Ueber

# die Versetzung in Anklagestand bei schweren Verbrechen.

Bon

herrn Dr. Jul. Glaser in Wien.

## §. 1.

Selten noch ift durch langjährigen Gelehrtenstreit so wenig für die Klärung bes Begriffes, um den ber ganze Streit fich brebte, geschehen, als burch bie Polemit über bie Biebereinführung bes Accusationsprozesses; ja, man fann behaupten, es habe diefe Polemit eben recht bazu geholfen, den Begriff ins Unflare zu ziehen. Bon erbitterten Gegnern auf der einen, von schüchternen Berfechtern, Die mit der Forderung des vollen Sanzen nicht durchzudringen oder wenigstens Aergerniß zu geben fürchteten, auf ber anderen Seite, ward statt bes Wesens bes Unflageprocesses nur demselben Aeußerliches hervorgehoben, und zwar bald das eine, bald das andere Aeußerliche, so daß eigentlich nur das conftant war, - bag das Antlageprincip dem Inquisitionsspftem entgegengestellt wurde. Bald war es ber erste Anstoß zur Eröffnung des Strafverfahrens, bald ber mehr ober minder feierliche Moment ber Endentscheibung, um den die Bergleichung fich drehte; bald handelte es fic Darum, die gegenseitige Stellung der burgerlichen GesellNur baraus, baß wir noch weit, sehr weit von natürlichen Zuständen in diesem Sebiete der Rechtsübung entsernt sind, läßt sich's erklaren, daß die Wissenschaft über eine Frage noch im Unklaren senn kann, die bei gestunder Sliederung des Processes gar nicht aufgeworfen werden könnte, über die Frage namlich: wann ein gesgebener Process beginnen, und wann er als eroffnetzu betrachten sen!

So lange nämlich im Proces ber Richter nur bas Borbringen zweier Partheien zu hören und darüber zu ent: scheiben bat, so lange vor ibm nur zwei mit gleichen Baffen tampfende, ihm gleich fern stehende Partheien erscheinen: ergiebt es sich gang von selbst, daß der Proces eröffnet ift, sobald der Antlager sich zum Beweise der Schuld bereit erklärt; — die Thatigkeit, die nothig senn sollte, um dem Ankläger die Führung des Processes möglich ju machen, nimmt in ber Regel nicht ben Richter, sondern eben nur den Ankläger in Anspruch, und gehört deshalb nicht in das Bereich des Processes selbst. Rur wo das Geset, um den Partheien die Aufbringung der Beweise moglich zu machen, ihnen gewisse Rechte überträgt, wird es naturlich nöthig, daß, um Willfürlichfeiten vorzubeugen, jeber, ber ein solches Recht beansprucht, vor bem Richter die Erfüllung ber gesetlichen Bedingungen nachweisen Daß aber diese richterliche Thätigkeit bem eigent: lichen Processe nicht anheimfalle, ergiebt sich schon baraus, daß das von der Parthei in Anspruch genommene Recht (z. B. eine Saussuchung vorzunehmen, Beugen zu laden, ober bas in Schottland anerkannte Recht, von den als Beugen Borgelabenen im voraus über ben Umfang ihrer Aussagen Austunft zu forbern, und fie für ben Fall, daß ihr Erscheinen zweifelhaft wird, verhaften zu laffen) 1)

<sup>1)</sup> Alison, Practice of the Criminal Law of Scotland. (Edinb. 1633) pag. 398.

nicht einmal immer auf die Person ober bas Besitthum der Gegenparthei birette Einwirtung haben muß. - Co lange ferner ber Richter, ohne Parthei nehmen zu muffen, mischen ben beiben mit gleichen Rechten ausgerüs steten, mit gleichen Baffen streitenben Gegnern fieht, so lange also ein Leib bem Angeklagten erft vom Ausgange bes Processes brobt, mabrend auch ber Unkla: ger diesem Ausgang nicht mit voller Ruhe entgegenseben fann 2): wird natürlich bie Erhebung ber Unflage blos vom Ermeffen bes Untlägers abhangen tonnen, und bem Angeklagten fast nie gestattet werden, die Erheblichkeit ber Anklage im voraus zu bestreiten, mithin auch ber Rich: ter nicht berechtigt werben, darüber sich auszusprechen, ebe es zur Endentscheidung tommt. In diesem Stadium bleibt indes der Strafproces nie lange stehen; gewöhnlich befin: bet sich nämlich bei Bölkern, die bas Strafrecht noch so vollkommen als Privatsache ansehen, bas strafrichterliche Amt in ben Banden großer, nicht ohne bedeutende Opfer ju versammelnder Körperschaften, vielleicht bes ganzen Bolfes; begreiflicherweise wird ba bald eine Bortebrung nothig gefunden werden, damit nicht wegen von vornherein fruher unzulässigen Anklagen ber Gerichtshof versammelt wers de 3). Ferner wird bei solchen Boltern in ber Regel bas Recht anzuklagen als eines ber — wenn bas Wort noch erlaubt ift - Grundrechte bes Bürgers angesehen, und es fann baber nothig werden, vor Beginn des Processes sich barüber zu entscheiden: wem von mehreren Bewerbern eigentlich

<sup>2)</sup> Die römischen Calumnienstrasen (L. I. S. 1. L. 3. §. 4. D. ad S. C. Turp: (48. 16) sind befannt; ähnliche oft sehr scharfe Anordnungen in den Logg. Barb.: jusammengestellt in Filangieri, Scienza di Logislat. III c. 2.

<sup>3) 3.</sup> B.: weil der Angeklagte eben vom Staatsdienste in Anspruch genommen ist und erst nach Ablegung seines Amtes bes langt werden darf. S. Seib, Geschichte des röm.: Crimionalprocesses. (Leipzig 1843) S. 266 g.

im gegebenen Falle das Recht zustehe, die Anklage zu erbeben? Endlich werden in ben ersten Beiten ber Bolter weit mehr Berbrechen mit offener Gewaltthat, als mit Schlauheit ausgeführt; ber Thatbestand ift baber ein sehr einfacher, die Beweisführung jedenfalls nicht complicirt, ja oft unnöthig, weil nicht selten der Angeklagte viel zu trohig ift, seine That zu läugnen. Wie aber nun bie Berhältnisse sich einigermaßen verwickeln, und aus dem ursprünglichen Buftande ber Robbeit sich herausheben, wird natürlich auch die Beweisführung eine viel complicirtere, die Gefahr ungerechter Berurtheilung nimmt zu mit ber Anzahl heimlich und liftig vollführter Berbrechen; bei noch so gunstiger Stellung des Angeklagten wird ber Fall im: mer denkbarer, daß durch scheinbare, ja durch gänzlich verfälschte Beweismittel ber Richter irregeführt werbe, und bei der Größe der drohenden Gefahr ift schon der Zustand des Staats ein höchft peinlicher. Nun wird es wunschenswerth, unzuverlässige Personen sogleich von der Erhebung der Uns klage abzuschneiden, und es wird deshalb vor Beginn des Processes eine richterliche Entscheidung barüber nöthig, ob nicht nach den Bestimmungen der Gesetze der Anklager vom Anklagerecht im Allgemeinen ober im gegebenen Falle volltommen auszuschließen sen?

Wir sehen diese Zustände des Strafprocesses vielleicht am ausgeprägtesten im Strasversahren Roms zur Zeit der Republik. Die Erhebung der Anklage steht in der Resgel jedem Bürger zu; — nur nach und nach wurden immer mehr und mehr Personen von diesem Rechte ausgeschlossen, das nun auf Andere als Pslicht überging ). Konnte hier der Ankläger Sicherheitsleistung vom Angeklagten fordern, so lastete doch auf ihm auch die Verpslichtung zur Durchführung der Anklage; hatte er das Recht, Nach-

<sup>4)</sup> Gelb a. a. D. S. 315-324.

suchungen anstellen zu laffen, fo burfte ber Begner ihn unter Uebermachung stellen Burbe es spater-, bei weiterer Ausbildung der strafrechtlichen Begriffe nothig, die Anflage durch die inscriptio zu pracisiren, und murbe bes halb der Angeklagte angehalten, der bloßen Behauptung schon Rebe zu stehen b), so konnte er sich doch gang in ber Beise bes beim englischen Avraignment üblichen Berfahrens auf eine allgemeine Berneinung beschränken 6), und mußte nach Analogie der interrogatio in jure im Civils proces nur so weit auf die Fragen fich einlaffen, als nothig war, um auch im Interesse ber Bertheibigung ben Gegenstand der Beweisführung festzustellen 7). — Der Magistratus hatte, sobald entschieden war, wer als Un-Häger auftreten solle, und sobald von diesem die Anklage feftgestellt worden, nur noch die Procesfriften zu bestimmen, und damit nahm denn der eigentliche Proces seinen Infang.

In dem Maße jedoch, als die Ueberzeugung sich Bahn bricht, daß durch jedes Verbrechen weit mehr als das Recht des Einzelnen, der öffentliche Rechtszustand verslett werde, daß, es daher mit der Anklage im Strasversfahren eine andere Bewandtniß haben könne, als mit der Klage im Sivilrechtsstreite, macht sich die Ansicht mehr und mehr geltend, daß es nicht blos vom Ermessen der Prisvatpersonen abhängen dürfe, ob eine gewisse Anklage unsterbleiben solle, und daß es nicht mehr ein Akt der Justigverweigerung ist, wenn nicht jede Privatperson in der Lage sich besindet, eine Anklage zu erheben, die dem:

<sup>5) 2.</sup> B. etic te Niculos spoliasse. S. Scib a. a. D. S. 274.

<sup>6)</sup> Si negasset, petebatur a magistratu dies inquirendorum criminum et instituebatur accusatio heift es in der oft cistitue Ctelle in (Pseudos) Asconius, Commentarzur Actio I. in Verrem.

<sup>7)</sup> S. Savigny System S. 305. III B. S.20 ff. — Filangiori III. 6.

95

Richter zur Pflicht machte, ein entscheidendes Urtheil aus: ausprechen. - Bie ferner die Birtsamkeit ber Staats behörden sich immer weiter ausbreitet, und ihr Intereffe an der Bestrafung von Gesehübertretern immer deutli: der erkannt wird, wird bie Lage bes Angeklagten immer ungunftiger; er wird nicht mehr als Parthei behandelt, der eine andere zur vollen Beweisführung verpflichtete Parthei gegenüberfteht. Bunachft wird seine Chre daburch angegriffen, daß die öffentliche Meinung ihm nicht eine bloße Privatperson gegenüberstehen sieht, und beshalb jest schon am Anfange bes Processes für gewiß annimmt, was erst burch bas Endurtheil zur Gewißheit wird. Der Angeflagte wird jest felbst jum Beweisstud, an bem ber Antläger mit Genehmigung bes Richters vielleicht gar ber partheinehmenden Richter selbst Experimente aller Art vornimmt, um aus ihm Beweise gegen ibn zu gewinnen. Je gunftiger hiebei die Stellung des Anflagers ift, befte, langer wird bas Eintreten jener Periode verzögert, wo endlich boch, allerdings gestützt auf das gewaltige Mater rial, das mit Bilfe einer ftarken. Erecutivgewalt und vielleicht auch durch die Schwäche des Angeklagten selbst w sammengebracht wurde, ber Untläger auf ben eigentlichen Proces sich einlassen muß, d. h. auf ein Berfahren, in. bem dem Richter zwei Partheien gegenübersteben, bereneine noch bazu eine rechtliche Bermuthung für fich baben. foll. - Bu gleicher Zeit vermehren und verwickeln fich bei vorrückender Civilisation die Berbrechen einerseits, ans berfeits die Strafgesetze; immer mehr Sandlungen werben zu verbotenen; und wie es schwerer wird, bas eigent: lich Borgefallene festzustellen, so wird jest auch viel baufiger als sonst die Frage aufgeworfen: ob wohl die vielleicht vollkommen beutlich erkennbare Handlung eine verbotene, eine strafbare gemesen? Hieburch nun ftellten fich nach und nach in der Strafrechtspflege folgende Ariome feft.:

- 1) In der Regel soll nur die Staatsbehörde die Einleitung eines Strafprocesses gegen ein bestimmtes Individuum veranlassen können.
- 2) In den nun nicht bloß gefährlichen, sondern auch höchst peinlichen Anklagezustand soll niemand anders als unter Bevbachtung gewisser, gesetzlich festgestellter Vorssichtsmaßregeln versetzt werden.
- 3) Zur Aufbringung der Beweismittel geht bem eigentlichen Processe ein immer mehr an Ausdehnung zusnehmendes Vorversahren voran; der Angeklagte muß also die Mittel erlangen, diesem ein Ende zu machen, und sein Recht, nur einer deutlich festgestellten Anklage Redessehen zu müssen, zur Geltung zu bringen.
- 4) Nicht bloß die dieser Anklage zu Grunde liegende **Thatsache**, sondern auch deren rechtliche Natur muß festge= stellt und endlich im Zweifelsfall entschieden werden, von welchem Richter der Proces zu führen sey.

Bur Erreichung biefer 3wede finden wir nun in den Ländern, in denen das Unklageprincip gilt, oder nach Beseitigung des Inquisitionsprocesses nominell wenigstens wieder zur Geltung gelangte, verschiedene Wege einge= Der Act, mit welchem der eigentliche Proceß eröffnet wird, stellt sich uns in drei verschiedenen Baupt= Um nächsten ben Formen bes reinen Unklaformen bar. geprocesses steht das schottische Verfahren; etwas mehr inquifitorisches Element enthält schon bas aus ganz eigenthumlichen Berhältnissen entwickelte in England und, im Besentlichen, auch in Nordamerika beobachtete Berfahren. Bon beiden wesentlich verschieden, obgleich zum Theil unter dem Einflusse bes letteren herangebildet, zeigt sich die französische Anklagestandversetzung (Mise en accusation).

§. 2.

In Schottland steht in der Regel die Anklage nur ben Kronanwälten, bem Lord Advocate und beffen Stellvertreter zu. Die Einleitung bes ausschließend im Interesse ber Unklage und unter berem Ginflusse geführten Vorverfahrens wird vom Fiscalprocurator bewirkt. Fiscalprocurator sammelt die vorhandenen Beweismittel, und führt sie dem Sheriff vor, theils allerdings zu deren Beglaubigung für den Fall, daß sie später nicht unmittel= bar wieder hergestellt werden könnten; vorzüglich aber, um vom Richter bie Ginziehung bes Ungeklagten und allenfalls die Erlaubniß zur Vornahme von Haussuchungen zu erlangen 8). Freilich wird nicht felten der Borführungs= befehl ertheilt, ehe eine Zeugenvernehmung. stattfindet; ja selbst die Vernehmung des Angeschuldigten findet häufig früher statt. Dieser Vernehmung kann sich der Ungeklagte allerdings entziehen; allein da angenommen wird, daß sie eben nur zu seinen Gunften stattfinde, wurde seine Beigerung, auf dieses gefährliche Bertheidigungsmittel ein= zugehen, seine Freilassung in ben meisten Fällen unmöglich machen 9). Das ganze übrige Strafverfahren wird, wie schon bemerkt, ausdrucklich als ex parte proceeding, als Berfahren zu Gunsten des Unklägers, vorgenommen und hat zunächst nur ben 3med, bem Sheriff zu beweisen, daß die Staatsanwaltschaft allerdings genügende Gründe habe zu fordern, daß durch Bürgschaft oder Verhaftung des Ungeschuldigten dessen Erscheinen vor Gericht gesichert Die Aufzeichnung der in dieser Absicht erhobenen Beugenaussagen, die übrigens unter Aufsicht des Sheriffs der Fiscalprocurator besorgt, hat dabei noch einen anderen

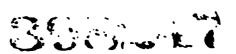
<sup>8)</sup> Alison a. a. D. S. 121 und 146.

<sup>9)</sup> Die Fragen stellt meistens der Unfläger; der Angeflagte muß über sein Recht, die Antwort zu verweigern, belehrt werden. Alison pag. 131. Hume U. 81.



3med. Diese Acten werten nämlich bem Lord Advocate ober deffen Stellvertreter für den betreffenden Affisen: bezirk vorgelegt; dieser, je nachdem er die (ihm per= fönlich obliegen be) Durchführung ber Unklage für möglich hält oder nicht, verfügt entweder die Freilassung bes Ungeschuldigten, oder erhebt (nachdem er die allenfalls noch nöthigen Nachforschungen angestellt und, wo es sich um eine nur mit geringer Strafe belegte That handelt, bie Sache bem zuständigen Untergericht übergeben) die form= Hiche, genau festgestellte Unklage gegen den Ungeschuldig= ten in einer an diesen gerichteten Zuschrift, die zugleich die Aufzählung sämmtlicher Beweismittel enthält 10). Nur wenn diese Anklageschrift funfzehn Tage vor bem zur Hauptverhandlung bestimmten Termine (diet) dem Unge= flagten zugestellt wurde, ist dieser zu erscheinen und sich zu verantworten verpflichtet; wie er umgekehrt, sobald er in Haft oder Bürgschaft gezogen wurde, burch die Acte von 1701 die Mittel erhält, den Ankläger zur Einbrin= gung ber Unklage binnen sechzig und zur Durchführung berselben binnen weiterer vierzig Tagen zu nöthigen, und bei Nichteinhaltung bieser Fristen seine augenblickliche Freilaffung zu erlangen. Bon dem Augenblicke an, wo ber Angeklagte vor ben Schranken des Gerichtshofs erscheint, fann der Unkläger an der Unklageschrift nur zu dessen Bortheil Beränderungen (d. h. Ausstreichungen) vornehmen. Pat dann der Angeklagte "Nicht schuldig" plädirt, so fteht es ihm frei, gegen die Erheblichkeit der Unklage Gin= wendungen vorzubringen; jedenfalls muß der Gerichtshof ein Interlocut über die Erheblichkeit (Interlocutor of Re-

<sup>10)</sup> Ueber die Förmlichkeiten der Anklageschrift s. mein engl. schottisches Strasversahren (Wien 1850) S. 264. Eine sehr interessante Anklageschrift ist mitgetheilt in Mittermaier, Das engl., schott. und nordam. Strasversahren. Erlangen 1851. E. 254.



### 160 Ueber die Bersetzung in Anklagestand

levancy) erlassen, wobei er zu erwägen hat, ob die Ansklageschrift formell richtig ist, ob sie auf ein in den Strafgesetzen vorgesehenes Verbrechen geht; ob die in derselben auseinandergesetzen Thatsachen den Thatbestand des anzgegebenen Verbrechens enthalten und in der gesetzlich vorgeschriebenen Weise dargelegt sind. "Denn", sagt ein schottischer Schriftsteller, "es ist nicht billig, eine Parthei der Qual, Angst und den Kosten einer Schwurgerichtsverhandlung wegen solcher Angaben auszusetzen, welche am Ende nicht erheblich genug befunden würden, um Schuld nachzuweisen, oder daß die Jury an die Erfüllung ihrer geheiligten Pslichten unter Formen gehe, die vielleicht nie zu einem praktischen Resultate führen." 11)

So ist in Schottland für die Einhaltung der oben angegebenen Gesichtspunkte bei der Versetzung in Unklagesstand gesorgt. Die Erhebung der Anklage ist den Beamten der Erecutivgewalt überlassen 12). Gegen allzu leichtssinnige Anklagen schützt in höchst wirksamer Weise die Ansordnung, daß der Advocat, der eine Anklage vordringt, in der Regel auch die Verpslichtung übernimmt, sie vor den Assien durchzusühren; lastet gleich in dieser Bezieshung keine so scharfe juristische Verantwortung auf den Kronanwälten, wie auf dem Fiscalprocurator oder auf einem Privatankläger, so ist doch die moralische Verantwortung und der uneingeschränkten Dessentlichkeit der Verhandlungen um so größer; nicht leicht wird ein Kronanwalt einen Fall vor den Circuit court bringen, ohne wenigstens einige

<sup>11)</sup> Alison pag. 373.

<sup>12)</sup> Dies geht so weit, daß selbst diejenigen Privatanklagen, die gegen deren Willen eingebracht werden, nur mit ihrer Mitwirkung zulässig sind; allerdings ist dann diese Mitwirstung eine bloße Formsache und wird im Falle gegenseitiger Anklagen beiden Partheien gewährt.

Aussicht auf Erfolg zu haben. Uebrigens läßt fich biefes am besten burch Ziffern nachweisen. In den Jahren 1821 bis einschließlich 1823 belief sich die Anzahl ber jährlich auf Anordnung des Lord Advocate Angeklagten im Durch= schnitt auf 128 18) bei einer Durchschnittszahl von 589 Angeschuldigten (also ungefähr 21%); bazu kommen noch 137 vom Staatsanwalt vor Uebergerichte Gewiesene (beis läufig 22 %); während von 216 vor die Jury Gestellten nur 25 (8<sup>1</sup>/<sub>2</sub><sup>0</sup>/<sub>0</sub>) straffrei erklärt murden. (1830 ftand bas Berhaltniß wie: 1416: 142, also beiläufig 10%.) 14) -Bergleichen wir damit die Ergebnisse der entsprechenden Gerichtsacte in England während berfelben Jahre, so zeigt sich, daß von 16,000 in Haft ober Bürgschaft Ge= nommenen (committed) burch ben Ausspruch ber Grand Jury ungefähr 1600 befreit murden (10%), und daß von 14,500 vor die kleine Jury Gestellten beiläufig 2400 (also  $16^2/3^0/0$ ) freigesprochen wurden. Im Jahre 1843 wurden 28 % ber vor die kleine Jury gebrachten Ankla= gen zurückgewiesen 15). Noch gunstiger für bas in Schottland beobachtete Verfahren ist die Vergleichung mit den französischen statistischen Daten; bort waren den Unklage= kammern im Jahre 1847 6586 Anklagen vorgelegt, und nur 432 (6½ %) wurden ganzlich verworfen. sprechungen durch Geschworne verhielten sich zu den Berurtheilungen wie 33:67, also beinahe wie 1:2 16). Bergleichen wir noch die Resultate analoger Verfahrungsweisen unter der Herrschaft bes Inquisitionsprocesses, so hatten biejenigen öfferreichischen Provinzen, in welchen bas Strafgesetbuch von 1803 in Wirksamkeit ift, im Jahre

<sup>13)</sup> Alison XXVIII.

<sup>14)</sup> Mittermaier a. a. D. S. 198.

<sup>. 15)</sup> S. Mittermaier: Ueber Mündlichkeit u. f. w. C. 31.

<sup>. 16)</sup> S. Gerichtssaal, Juni 1851. S. 551 u. 552.

# 102 Ueber die Versetzung in Anklagestand

1846 nach Abzug der im Laufe des Jahres Entwichenen (23) und Verstorbenen (220), sowie der noch am Ende des Jahres in Untersuchung Stehenden (6250), im Ganzen 21,650 Inquisiten. Die Einstellung der Untersuchung, die man so ziemlich der freisprechenden Entscheidung der französischen Raths = und Anklagekammer gleichsehen kann, ward verfügt in 395 Fällen, wobei noch zu bemerken ist, daß unter dieser Jahl die Verweisungen an andere Gerichte mitbegriffen sind. Von den übrig gebliebenen Angeklagten wurden zwar nur 382 gänzlich, dagegen 5042 ab instantia losgesprochen, was im Verhältnisse der Anklagen zu den Lossprechungen ergiebt, wie: 21,291:5424 (ungefähr 25%).

Eben so wenig ist aber auch zu fürchten, daß bie Kronanwälte allzu angstlich bei Beurtheilung ber Unklagen senn und zu viele Berbrechen straftos lassen könnten. Bunächst stehen die Kronanwälte unter der Aufsicht des politisch verantwortlichen Lord Advocate und mit demsels ben unter Controlle ber öffentlichen Meinung; ihr Sach= männerruf murde schwer darunter leiden, wenn sie eine offenbar haltbare Unklage zurückgewiesen hatten, ober wenn ein Privatanklager eine Berurtheilung in einem Falle erlangte, wo sie ohne gewichtige Gründe einzuschreiten sich Der durch ein Berbrechen unmittelbar weigerten. Berlette kann nämlich gegen die Weigerung des Lord Advocate, ein angebliches Berbrechen zu verfolgen, beim obersten Gerichtshofe Beschwerde führen: dieser fordert ben Lord Advocate zur Angabe seiner Gründe auf, und ermåchtigt, sofern die Unklage nicht prima facie als un= zulässig erscheint, den Privatanklager (der Bürgschaft lei:

<sup>17)</sup> S. Statistische Mittheilungen, herausgegeben von der k. k. Direction der administrativen Statistik (Wien 1850). X. Heft E. 594 u. 595.

sten und den Calumnieneid schwören muß) zur Einbrin= gung der Anklage 18), die allerdings vom Assisenhofe genau geprüft wird, ebe das Erheblichkeitserkenntniß erlassen wird. — Nur rucksichtlich gegen Organe ber Regierung gerichteter Unklagen wäre bei der Strenge, mit der jeder nicht unmittelbar vom Verbrechen Betroffene von der Un= klage ausgeschlossen wird, ein Mißbrauch ber ber Staats= anwaltschaft zustehenden Rechte denkbar. für rasche Beendigung der Untersuchungen gesorgt ift, er= giebt sich daraus, daß in so vielen Fällen die Freilassung sogleich von der Staatsanwaltschaft verfügt wird und aus dem oben rudfichtlich des Statutes von 1701 Gefagten; da der Angeklagte, wenn er von den ihm dort eingeräum= ten Rechten Gebrauch macht, die Beendigung des Processes in ungefähr drei Monaten erlangen kann 19). Für genaue Individualisirung der Unklage sorgt die Strenge, mit welcher die Gerichtshöfe die in dieser Beziehung durch Prajudicate und Gesetze festgestellten Regeln festhalten, und der Eifer, mit welchem der Bertheidiger zweifellos jede Ungenauigkeit zum Vortheil seines Clienten geltend machen wurde. — Für die richtige juristische Bezeichnung der in der Unklage angegebenen Thatsachen bürgt wohl vor Allem die Geschäftskenntnß des anklagenden Kronanwalts, der die von ihm ausgesprochene Unsicht der Bertheidigung gegenüber vor dem Gerichtshof verfechten muß; viel trägt auch zur Wahrung bes Rechtes der Umstand bei,

<sup>18)</sup> Der Inhalt ber Anklageschrift ist ganz analog den ähnlischen von der Staatsanwaltschaft ausgehenden Actenstücken; die Form ist die der Criminal Letters, die im Namen des Gerichtshofes ausgestellt sind.

<sup>19)</sup> Die dem Commitment vorangehende eigentliche Untersuschungshaft währt wohl nur selten 14 Tage. Allerdings steht indeh dem Ankläger wie dem Angeklagten das Recht zu, unster Angabe wichtiger Gründe Vertagung der Hauptverhands lung zu fordern.

### 104 Ueber die Bersetzung in Anklagestand

daß der Gerichtshof alle Fragen dieser Art gewissermaßen in thesi, ehe die individuellen Verhältnisse des Angeklagten und seiner That erörtert wurden, und für oder gegen ihn einnehmen konnten, entscheiden muß; es mag dieses auch Collisionen zwischen Richtern und Seschwornen vorbeugen und letzteren die Aufgabe oft erleichtern.

#### §. 3.

Wenben wir uns nun zur Betrachtung bes in Engs land bei der Versetzung in Anklagestand Geltenden, so finden wir auch hier ben Grundsatz festgehalten, daß ber König als erster Bahrer bes Friedens der einzige Unklas ger im Strafproceß ist; die Anklage wird baher immer im Namen bes Königs, in der That aber von theils frei= willig, theils gezwungen als Verfolger (prosecutor) auf: tretenden Privaten erhoben. Jedoch muß in der Regel diese Anklage, von wem immer sie ausgeht, von ber Grand Jury bestätiget werben. - Diese versammelt sich am Eröffnungstage ber Assisen und prüft bie gegen jeben in Haft ober Bürgschaft Genommenen eingelaufenen Untlagen. Die Unklagen find vom Unkläger ober vom Gerichts: secretair abgefaßt 20), und werden durch die Aussage bes Unklägers und ber Entlastungszeugen, welche bie Grand Juri vornimmt, unterstütt. Die Anklage kann von det Anklagejury nur angenommen ober verworfen werden; wird sie verworfen, so hat dieses die Freigebung des Un: geschulbigten zur Folge. Jedoch kann ber Gerichtshof die Festhaltung deffelben und die Einbringung einer neuen Unklage in der nächsten Assise anordnen 21), wie denn

<sup>&#</sup>x27;20) Ueber die Form der Anklageschrift und das Verfahren vor der Grand Jury: s. eine kurze Zusammenstellung in meiner angeführten Schrift S. 222 — 246.

<sup>21)</sup> Cottu, Admininistration de la Justice en Angleterre. Uebersest von Hornthal, S. 121.

überhaupt ber Ankläger seine Anklage so oft erneuern kann, bis sie von der Jury angenommen wird. Bird die An= klage angenommen, so konnen die Anklagegeschwornen sie auf die Beise modificiren, daß sie einzelne, auf gewisse Handlungen bezügliche Abschnitte (counts) streichen, ober die juristische Bezeichnung der That verändern 122). Die ans genommene Unklage muß, wie immer sie aus ben Banbender Geschwornen hervorging, vom Ankläger bei empfind= licher Geldbuße von der petty Jury verfochten werden, wenn er nicht vom Gerichtshof Cassirung bes Indictments erlangt; der Gerichtshof kann bavon zunächst, sofern die Grand Jury nichts bagegen einwendet, Formveranberun= Erhebt ber Angeklagte Einwendungen gen anbringen. gegen die Zuständigkeit des Gerichts, oder Giltigkeit des Indictments, so muß der Gerichtshof auch darüber ent= Gegen diese Entscheidung steht den Partheien die Beschwerbeführung burch Plea in Arrest of Judgment offen; der Angeklagte ift jedoch verpflichtet, inzwischen sich weiter zu vertheidigen (to plead over). Bei gewissen die Regierung unmittelbar berührenden Bergehen, sowie bei Sesexübertretungen, die in allgemein bekannten Thatsa: chen liegen (3. B. Pregvergehen), tritt eine anomale Borbringung der Anklage (Information) beim Gerichts= hof King's (Queen's) Bench ein — was wir, ebenso wie die an die Stelle der Grand Jury zuweilen tretende Coroners Inquest, aus Gründen des Raumes unerörtert laffen muffen.

Die Vortheile, die diese trot mannichsachen Bedenten und Beschwerden in England höchst populären Einrichtungen für die Erreichung der Zwecke der Justiz gewähren, sind einleuchtend. Während das Princip, daß der Staats-

<sup>22)</sup> Phillips, du pouvoir et des obligations de Jurys. (Trad. par Comte. Par. 1828.) pag. 355.

### 106 Ueber die Versetzung in Anklagestand

gewalt bas Recht und die Pflicht zukomme, den öffentli: chen Frieden zu schüten, gewahrt ift, werden nicht nur die beträchtlichen Kosten, die mit der Aufstellung ständiger, öffentlicher Unkläger verbunden waren, erspart, sondern es wird auch dem Widerwillen der Bevölkerung gegen zu große Beamtengewalt Rechnung getragen, sowie ber zu einer der Grundlagen der Staatsverfassung gewordenen Regel, daß die Regierung unmittelbar nur das besorgen solle, was durch die Thätigkeit von Privatversonen oder durch die moralischen Personen von geringem Einflusse nicht zu erreichen wäre. — Während also factisch bas Recht, anzuklagen, in den Sänden jedes Staatsburgers liegt, wird willfürlichen Unklagen von Seiten diefer so: wie ernsten und unmotivirten Berfolgungen durch bie Regierung dadurch vorgebeugt, daß die Unklage durch mindestens zwölf vollkommen unabhängige Männer als zulässig und begründet anerkannt werden muß, ehe der Ungeschuldigte angehalten wird, sich zu verantworten; es wird durch diese Einrichtung dem, offenbar ohne Grund, vielleicht gar um verwerflicher Motive willen Ungeklagten die gerade in England sehr hoch angeschlagene Qual einer Berhandlung vor der kleinen Jury und bei Misdemeanors in den Grafschaften oft mehrmonatliche Haft er: Mit der Bezeichnung der dem Angeklagten zur Last gelegten Thatsachen wird es in England allerdings so genau nicht, wie in Schottland, genommen; indessen ist durch das gemeine Recht vollkommen dafür gesorgt, daß niemand auf irgend eine allgemein gehaltene Beschuldigung hin vor die Schranken des Schwurgerichts gestellt werde; nahme selbst die Grand Jury eine solche Unklageschrift an, so murbe doch ohne Zweifel ber Ungeflagte bagegen seine Einwendung geltend machen und vom Richter die Vernichtung des Indicements erlangen. kannt ift, daß die Aengstlichkeit in dieser Hinsicht eber

zu weit geht, und nicht selten Formfehler im Indictment entweder dessen Bernichtung oder gar die Freisprechung des Angeklagten durch die Urtheilsjury bewirken. Die ausbrückliche Benennung des Berbrechens, wie sie die schottische Anklageschrift giebt, kommt im englischen Indictment nicht vor; es wird jedoch gefordert, daß alle im Begriffe bes Verbrechens liegenden Merkmale mit den bafür gemeinrechtlich ober burch Statute angenommenen Ausdrücken bei Beschreibung der That aufgezählt werden. Namentlich in dieser Beziehung ift das Recht ber Partheien, Einwendungen gegen das Indictment vor dem Gerichtshof geltend zu machen, von Bedeutung; indeß kann besonbers zum Nachtheil des Angeklagten nicht leicht eine Aenderung am Indictment ober gar deffen Unnullirung erlangt werden, und es kommt, wenn trot ber Belehrung, die ihr ber Richter ertheilt, die Grand Jury eine falsche juristische Bezeichnung annimmt, ober selbst einfügt, biefer Irrthum meist dem Angeklagten zu statten. Ist nämlich die Unklage gemildert, so kann die Urtheilsjury nicht darüber hinausgeben; ist sie zu hart, so steht der letteren nur seit Rurzem und nur in wenigen genau bezeichneten Fällen bas Recht zu, milbernde Aenderungen im Wahrspruch anzubringen, und da sie das "Schuldig" im vollen Umfange der Anklage nicht aussprechen kann, sieht sie sich zuweilen genothigt, burch ein "Nicht Schuldig" ben Angeklagten freizusprechen, und ihn (bei strenger Handhabung ber Regel: non bis in idem,) für immer von aller Berantwortung für eine immerhin strafbare Handlung zu befreien. -Die Competenz in der Unklage festzustellen, ist schon darum minder nöthig, als in Schottland und Frankreich, weil gesetzlich die Wirkungskreise der verschiedenen Gerichte nicht scharf gesondert sind, und das Recht ber King's Bench, alle Straffälle an sich zu ziehen, ausgleichend einwirkt; es kann sich also meist nur barum banbeln, ob die Jury ber einen ober ber andern Grafschaft im gegebenen Fall zuständig sep; die Entscheidung fällt durch das Recht des Angeklagten, Einwendungen in dieser Beziehung (plea to the
jurisdiction) vorzubringen, dem Gerichtshofe anheim, der
in der Regel darüber mit Vorbehalt der dem Angeklagten
zustehenden Rechtsmittel sogleich entscheidet; wie denn
überhaupt das Verfahren ein ungemein rasches und bei
sorgsamster Beachtung der Förmlichkeiten von allen Verschleppungen freies ist.

So viele unläugbare Vortheile aber bieses System bieten mag, so drängen sich doch schon, noch ehe auf die in der Rechtsübung vorkommenden Migbräuche Ruckfict genommen wird, einige ernste Bedenken bagegen, nament: lich aber gegen die Uebertragung dieses Systems anderer Länder auf. Es wird merkwürdiger Weise die große Jury (allerdings aus historischen Gründen) des Königs Jurn genannt, und boch betrachtet man auch sie als Bollwerk ber Freiheit und namentlich als eine Schutwehr ber Ange-Man sollte wohl eher das Gegentheil vermuthen, wenn man die Elemente betrachtet, aus denen die über ben Werth ber Anklage urtheilende Jury zusammengefett ist, und wenn man die Regeln in Erwägung zieht, bie ihre Thätigkeit bestimmen. Gesetzlich ist zwar wenig bar über festgestellt, mer zum Mitglied einer Grand Jury befähigt sen; da indeß bei den Ussisen in den Grafschaften die Anklagegeschwornen längere Zeit beisammen bleiben musfen, und dieser Aufenthalt im Hauptort der Grafschaft mit nicht unbeträchtlichen Rosten verbunden ist, murbe es Sitte, nur die vermöglichsten Einwohner der Grafschaft zu diesem Umte zu berufen 23). Die Mitglieder der zum Schute des Angeklagten berufenen Körperschaft geben alfo gerade aus berjenigen Glaffe ber Bevolkerung hervor, bie

<sup>23)</sup> Mittermaier a. a. D. S. 269.

am wenigsten Angeklagte stellt, und der überwiegenden Mehrzahl der Berbrechen (Eigenthumsverletzungen) vor= zugsweise ausgesetzt ift. Ift nun schon aus biesem Grunde kaum große Strenge bei Beurtheilung der Unklagen zu erwarten, so wird diese Erwartung eben nicht gesteigert, wenn man die Verfahrungsweise ber Unklagejury in Erwägung zieht. Sie hat nur den Unkläger zur horen, nur die von ihm vorgeführten Zeugen zu vernehmen, und sieht weder den Angeklagten, noch dessen Bertheidiger, noch eine schrift= liche Rechtfertigung desselben; von den entscheidensten Beweisen für die Unschuld bes Ungeklagten konnte sie nur durch Zufall (etwa durch das eigene Wissen eines Geschwornen) Kenntniß erhalten. Die Fälle also, in denen eine Grand Jury im gewöhnlichen Lauf der Dinge in die Lage fommt, eine Unklage zurudweisen zu konnen, sind außerst selten; nur wenn der Beweis des Anklagers schon in sich selbst zerfällt, ehe noch jemand ihm entgegentritt, ober wo etwa das Uebelwollen desselben notorisch ist, wird die Wirksamkeit der Unklagegeschwornen sich für den Unge= flagten gunftiger gestalten tonnen.

Bie weit die Strenge der Anklagegeschwornen bei Prüfung der Anklagen gehen solle, ist gänzlich unbestimmt gelassen. Die Richter versehlen nie, die Anklagegeschworznen in ihrer Anrede bei Eröffnung der Sitzung (Charge) darauf ausmerksam zu machen, daß ihre Stellung eine von der der Urtheilsgeschwornen gänzlich verschiedene sen. So viel ist auch gewiß, daß alle jene Anklagen zurückgewiesen werden müssen, die in sich unwahrscheinlich sind; serner alle diejenigen, die auf gesetzlich unzulässige Beweismittel sich stügen Mobei wohl, da eben die Lehre vom Beweis den Kernpunkt aller englischen juristischen Bildung ausmacht, nicht recht abzusehen, wie die Geschwornen,

<sup>24)</sup> Mittermaier a. a. D. S. 276.

### 110 Ueber die Bersetzung in Anklagestand

felbst mit ber Beihilfe des Richters, alle in biefer Beziehung sich bietenden Schwierigkeiten überwinden follten. weit aber ber Beweis gehen muffe, mit dem die Unklages geschwornen sich begnügen muffen, vermag niemand zu fagen. Genügt es, daß sie die in der Unflage angegebes nen Thatsachen für wahrscheinlich halten? ober muffen sie vor ihrer Wahrheit überzeugt sein? "Die Grand Jury", heißt es in einer vielbenutten englischen Rechtsenchklopadie, "kann darauf bestehen, daß ihr ein eben so scharfer Beweis vorgelegt werde, wie er in der Hauptverhandlung gefordert wird; obgleich dies nicht üblich ift." "Sie richtet ben Angeklagten nicht ..... aber sie sollte boch vollkommen von der Bahrheit des Indictments überzeugt senn."25) Diese beiden fast unmittelbar an einander stehenden Stellen bezeichnen recht deutlich, wie fchwankend die Ansicht über dies fen Punkt ist. In Nordamerika scheint die lette Unsicht durchgedrungen zu senn; sehr bestimmt lautet folgende bort aufgestellte Norm: "Die Grand Jury soll die Unklage zulassen, wenn alle vorliegenden Beweise zusammengenom: men nach der Ansicht der Geschwornen die Berurthei: lung des Ungeklagten durch die Urtheilsjury rechtfertigen."26) In der That sollte man wohl diese Meinung für die richtigere ansehen, wenn man bedenkt, wie viel Gewicht darauf gelegt wird, daß kein Englander verurtheilt werden konne, wenn nicht 24 Mitburger einstimmig seine Schuld anerkannt haben. Einen andern Grund macht Phillips geltend, der sich wohl am entschiedensten für diese Auffaffung der Sache aussprach. Unklagejury, meint er, muffe, ehe fie eine Unklage für

<sup>25)</sup> Tomlins, Law Dictionary (4ter Band) London 1835. v. Grand Jury.

<sup>26)</sup> Zeitschrift für Gesetzgebung des Auslandes, Band XXI. E. 295.

begründet erkläre, von der Wahrheit alles dessen überzeugt senn, was in derselben enthalten sen; der Ankläger müsse die ganze Thatsache klar und unwiderleglich festgeskellt has ben. Es sen dies de shalb unbedingt nöthig, weil die Anklagejury nur die Beweise gegen den Angestlagten kenne, und also jeder Zweisel diesem zu statten kommen müsse.

Dies führt uns auf die tiefer liegende Ursache die: fer sonderbaren Zweifel — auf den Zwiespalt in der Stellung der Unklagejury, wie diese historisch sich ent: Bisher haben wir mit der ganzen Institution wickelte. nur in soweit uns beschäftiget, als sie gegen leichtsinnige und veratorische Unflagen schützen soll; der Unflagejury kommt aber nicht bloß diese richt erliche Thätigkeit, die Entscheidung über den Anspruch des Unklägers auf Zulas= fung zur Unklage und den stillschweigenden des Angeklagten auf Burudweisung desselben zu, sondern sie tritt zu gleicher Zeit selbstals Unklägerinn auf. Dhne uns (was schon der Raum nicht gestatten würde) auf die in tiefes Dunkel gehüllten Ursprünge ber Jury in England näher einzulassen, weisen wir bloß auf die in England all= gemein verbreitete Unsicht hin, daß die Grand Jury aus jener Zeit stamme, wo man sich genöthigt sah, viele Richter wegen der von ihnen verübten Willkürlichkeiten hinrichten zu lassen; wo es also räthlich schien, gegen diese baburch sich zu schützen, daß die Richter nur über jene Gewalt ha= ben sollten, die ihnen von der Gemeinde gewissermaßen preisgegeben waren. Ferner ist aber auch, namentlich durch beutsche Forschungen, festgestellt, daß der Gemeinde die Berpflichtung oblag, die Verbrecher ben Richtern auszuliefern; wir sehen schon von den Zeiten Alfreds die ganze

<sup>27)</sup> Phillipps a. a. D. S. 336.

#### 112 Ueber die Bersetzung in Anklagestand

Gemeinde (hundred) für gewisse in ihrem Bezirke begans gene Berbrechen verantwortlich gemacht, und wissen, daß sie sich von dieser Verantwortung nur durch Angebung des Thaters befreien konnte. Um die Zeit der normannischen Eroberung war indeß der klagende König an die Stelle ber büßenden Gemeinde getreten, ohne jedoch deren Thätigkeit oder Mitwirkung aufzuheben 28). Das Recht der Unklage fällt jetzt dem König anheim, und in der Zeit, wo die erste unzweideutige gesetzliche Anerkennung der Grand Jury vorkommt (Stat. 5, 25. Edw. III. c. 4) ist die Privatanklage (Appeal) schon zum großen Theil außer Uebung und jedenfalls sehr beschränkt. Diese Privatanklage, welche dem Unkläger alle Rechte des anklagenden Königs, selbst das Begnadigungsrecht, gab, mar zu keiner Zeit ber Prüfung burch die Grand Jury unterworfen; dafür nöthigte sie, so lange der Zweikampf eine allgemein übliche Beweisart blieb, zur Bloßstellung der eigenen Person, und war auch nach allgemeiner Einführung des trial per pais mit dem Mißstande verbunden, daß im Fall der Freisprechung der Ankläger zur Verantwortung gezogen ward. zog es daher begreiflicher Weise vor, die Verfolgung dem Könige zu überlassen, oder richtiger: in seinem namen anzuklagen. Damit aber nicht jeder des königlichen Namens zur Bemäntelung seiner eigenen Rache ober sonfti: gen Plane nach Belieben sich anmaßen könne, ward bie königliche Anklage nach und nach ungefähr in derselben Beise an die Bestätigung burch die Grand Jury gebunden, wie etwa im constitutionellen Staatsrecht die Bollziehbar: keit einer Berordnung des Fürsten von der Gegenzeichnung derselben durch einen Minister abhängt. Die Geschwors

<sup>28)</sup> Gundermann: Ueber die Einstimmigkeit der Jury. (München 1849) S. 161.

nen nahmen also statt bes Königs (bessen Geschworne sie ja im Gegensate zur Jury bes Landes, zur Urtheilsjury, beißen) bie Unklage von ben Soule tern der anzeigenden Privatpersonen oder bes Friedensrichters ab und auf ihre eigenen; "sie", so lautet die officielle Formel, "beeidiget und beauftragt, für den König und für die Gesammtheit der Graf. schaft (pro corpore comitatus) Untersuchung anzustellen, zeigen bei ihrem Eid an (present) u. s. w." Während alse die öffentliche Meinung und die Doctrin in ihrer gangen Thätigkeit nichts anderes sieht, als eine Prufungsbehörde, welche die redlich gemeinte und beachtungswerthe von den verwerflichen Anklagen zu sondern hat, von der man keis nen Ausspruch über die Wahrheit der Thatsachen, sondern nur die Erklärung erwartet, daß eine gewisse Person eines gewissen Berbrechens mit Recht angeklagt sen: erzählt die Jury bei ihrem Gid, ohne ben geringsten Zweifel gu außern, daß A. eine gewisse Handlung begangen habe, was offenbar voraussett, daß sie von der Wahrheit der angegebenen Thatsachen vollkommen überzeugt seyn muffe. So schwankt jett bes Königs Jury zwis schen staatsanwaltschaftlicher und richterlicher Function, zwischen redlicher aber doch nur einseitiger Nachforschung, Die eine einseitige Behauptung zum Resultat haben soll, und billiger, Allen gerechter Beurtheilung eines noch nicht vollständigen Materials, eine Beurtheilung, beren Ergeb: niß ein unpartheiischer, aber keineswegs entscheidender Ausspruch senn soll; und wenn auch diese lettere Richtung ihrer Thätigkeit längst ben Sieg über die andere bavon ges tragen, so find bei ber Bähigkeit, mit ber in England Als les festgehalten wird, was einmal vorhanden ist, viel zu viel Woraussetzungen der ersteren übrig geblieben, als daß viele Unklageverwerfungen von der englischen Jury zu erwarten senn sollten.

### \$14 Ueber die Bersetzung in Anklagestand

Borin besteht indeß in bem für ben Angeschuldigten gunstigften Falle der Bortheil, welchen diesem die Richtzu= lassung der Anklageschrift gewährt? Er wird um einige Stunden, und nur in minder ernften gallen, wo meift nur Bürgschaftsleistung gefordert wird, um einige Monate fruber freigesprochen, als wenn die Anklage unmittelbar der Ur: theilsjury vorgelegt worden ware. Will man nicht annehmen, (was in England niemand behauptet,) daß bie Perfonlichkeit der Anflagegeschwornen überhaupt mehr Betuhigung gewährt, als die der Urtheilsgeschwornen, so kann man auch nicht befürchten, bag eine Urtheilsjury, vor ber der Angeklagte seine volle Bertheidigung führen fann, und welcher ber Richter mit seinem Rathe unmitttelbar beis steht, in einem Falle ein "Schuldig" sprechen könne, in bem die Unflagegeschwornen schon die unwibersprochene Untlage ungenügend unterftütt finden. Der Ungeflagte gewinnt also durch die Burudweisung ber Unflageschrift nur einige Tage (oft nur einige Stunden) und verliert dagegen ben Bortheil, jeder funftigen Unflage Die Ginrede fruher 'Freisprechung (Plea of autre fois acquit) 29) entge: gensetzen zu können. In der That hat selbst in diesem Falle weit mehr ber Unfläger als der Angeflagte Grund, der Un: klagejury bankbar zu seyn; er erspart, wenn seine Unklas ge ganz haltlos mar, zunächst die nicht unbedeutenden Roften bes Trial, die nur im Falle ber Ueberführung bes Angeklagten die Grafschaft erfett; er entgeht den Unsprüchen, Die der freigesprochene Ungeklagte vielleicht gegen ihn erhe= Bährend ferner die Urtheilsgeschwornen feiner ben konnte. vielleicht nur aus Nachlässigkeit schlecht begründeten Untlage für immer ein Ende gemacht hatten, ift bas Ignoramus ber Grand Jury eigentlich nur eine Urt Warnung für ben

<sup>29)</sup> Blackstone, Commentaries on the Law of England, IV. 26. (Oxford 1770) pag. 333.

Anfläger, der später besser gerüftet einen neuen Angriff persuchen kann.

Den Dienst, ben indes die Anklagejury in dieser Beise der Anklage leistet, läßt sie diese theuer bezahlen; wir haben schon früher erwähnt, wie durch einen Miggriff der Anklagegeschwornen der Ankläger, der mit diesen seine Rechte gewissermaßen theilen muß, in die Lage verset werden kann, entweder selbst die Caffirung ihm eingebrachten Unklageschrift verlangen, oder eine ihm fremde Ueberzeugung vor Gericht burchführen und verfechten zu muffen; ferner bleibt ihm, wenn während der Werhandlung es sich zeigt, baß die von ihm und ber Unflagejury übereinstimmend angegebene Sandlung eine minder strafbare gewesen, als die Unflageschrift voraussett, fein Mittel, aus eigener Macht eine Beranderung an bem von ber Grand Jury einmal festgestellten Wortlaut ber Unflage vorzunehmen, und er muß, wenn nicht ein specielles Gefet ber fleinen Jury im gegebenen Fall eine Menberung gestattet, die gänzliche Freisprechung des Berbrechers gewärtigen.

Rebst diesen gewissermaßen a priori bei bloßer Betrachtung der Institution an sich bestehenden Bedenken, erz geben sich noch andere aus der Art, wie dieses in der Rechtsübung sich gestaltet. Es ist von einem der ausgezeichnetsten englischen Juristen hervorgehoben worden, daß die englische Grand Jury "eine Körperschaft sen, die aller Berantwortung sich entziehe und sehr oft gegen alle Berechtigseit einen Proces ansange." Was den ersten Theil dieses Vorwurses betrifft, so stützt er sich darauf, daß die Aussprüche der Grand Jury nur auf Stimmenmehrheit

<sup>30)</sup> ford Brougham; s. Foelix, Revue de droit français, Fevr. 1843.

### 116 Ueber die Bersetzung in Anklagestand

beruhen, während die Engländer gerade deshalb auf die Einstimmigkeit bes Wahrspruches ber fleinen Jury ein fo großes Gewicht legen, weil fie jeden Einzelnen für sein Benehmen wenigstens moralisch verantwortlich wissen wol-Soll ferner die Aeußerung, daß oft Processe gegen alle Gerechtigkeit begonnen werben, in dem Sinn gemeint fein, daß die Anklagejury oft unbegründete Anklagen genehmige, so muß auch dies zugegeben werden. 3war fällt hierzunächst sehrschwer ber von Mittermaier 31) hervorgehobene Umstand ins Gewicht, daß vor der Anklagejury die Beugen hochst unzuverlässig aussagen, weil sie nicht beeis diget werben, und weil (was gewiß auch noch in Betracht kommt) bas Berfahren vor der Grand Jury geheim ift, und felbst die von den Mitgliedern derselben beforgten flucht tigen Aufzeichnungen der Zeugenaussagen noch am Abend besselben Tages vernichtet werben muffen; aber gewiß trägt die vorerwähnte factische Unverantwortlichkeit ber Geschwornen nicht wenig dazu bei, daß so viele Anklagen vor die Urtheilsjury kommen, die nie dahin gelangen solls Die meisten Unklageschriften werden von der Jury mit einer Haft erledigt, die den Gedanken an gebührende Erwägung derselben gar nicht aufkommen läßt. wär's sonst auch denkbar, um auf den schon früher anges stellten Bergleich mit Schottland zurückzukommen, wie wär's sonst auch denkbar, daß die Jury nur 10% der ihr vorgelegten Anklagen zuruchweist, während ber offentlie che Ankläger in Schottland, seinem eigenen Ermessen überlassen, 21%, ja streng genommen 43% 32) ber auf Grundlage eines ziemlich analogen Berfahrens ihm zuges kommenen Anzeigen ablehnt? und daß unter ben von

<sup>31)</sup> A. a. D. S. 274.

32) Nämlich mit Hinzurechnung ber 23% betragenden Bers weisungen vor Untergerichte.

diesem Angeklagten nur 8-10% Unschuldige sich befinben, während durchschnittlich 162/3 % der von der Grand Jury bestätigten Anklagen verworfen werben? neuerer Zeit zeigt sich bie Unklagejury noch weniger strenge: fo wurden in London

> im Jahre 1845 von 2817 Anklagen 175 1846 — 2735 116 1847 — 3312 256,

also durchschnittlich 5 — 6% jurudgewiesen33); 1849 murden in London und Middleser von 3861 Unklagen 135 ver= worfen 34), also nur 31/2 %. Freilich zeigt sich in den Grafschaften im Ganzen mehr Eifer, ba in demselben Jahre in ganz England von 27,816 Anklagen (6<sup>2</sup>/<sub>3</sub><sup>0</sup>/<sub>0</sub>) beseitiget wurden.

Trop alledem ist an die Aufhebung der Anklagejury in England nicht zu benken; benn wenn sie auch zunachst ihre Aufgabe nicht allzu scharf faßt, und im Bertrauen auf Die Pflichttreue der kleinen Jury mit ihrer eigenen Pflicht es nicht allzu genau nimmt; so ist doch schon ihr bloßes Bestehen hinreichend, eine Menge unnothiger ober boswils . liger Anklagen hintanzuhalten; und namentlich in politi= scher Beziehung dient schon ihr Vorhandenseyn zu großer Beruhigung. Wir lassen es dahin gestellt senn, ob die politische Stellung ber Grand Jury sich so genau bezeichnen lasse, wie es Gunbermann 35) thut. "Der König wird nach englischem Rechte als einziger Unkläger betrachtet", was "freilich nicht anders zu verstehen, als der Sat: daß der Konig ber einzige Gesetzgeber sen. Wie hier an die Bustimmung des Parlaments, so ist er dort an das Verdict der rugenden patria gebunden." Es ist nicht zu übersehen, bag durch die Zulassung der Informationen in dies Prin-

<sup>33)</sup> Zeitschrift für Gesetzgebung des Auslandes, Bb XXI. S. 328.
34) Mittermaier a. a. D. S. 288.

<sup>35)</sup> Einstimmigkeit der Jury, G. 170.

### 118 Ueber die Bersetzung in Anklagestand

cip eine gewaltige Bresche geschossen mare. Fürs erfte aber fteht so viel zur allgemeinen Beruhigung fest, bag bie Regierung die einzige mit ernfter Strafe bedrohende Anflage, bie in der That von ihren eigenen Organen ausgeht, die In-Hage auf Hochverrath, nur mit Bustimmung einer Grand Jury einbringen tonne. Cben ber Umstand, daß bie Pflich: ten der Anklagegeschwornen bei weitem nicht so klar bezeichnet find, wie die der Urtheilsgeschwornen, wurde es moglich machen, daß felbst an sich nicht ganz ungegrundete Unfla: gen verworfen wurden, sobald gegrundeter Berdacht obmal: tete, daß die Regierung bei deren Anstellung ein gewisses, ben 3meden der Rechtspflege fremdes System befolge, ober sobald irgend eine Unbilligkeit mit ber Anklage verbunden wäre. Wenigstens murbe ein folder Ausspruch ber Un-Hagejury weniger Aergerniß geben, als gewisse aus ahn: lichen Erwägungen hervorgegangene frangofische Bahrfprüche. (Wir erinnern nur an die Freisprechung der Mitschuldigen Louis Napoleon Bonapartes). Indeß hat auch in diefer Beziehung bas bloße Vorhandensenn der Grand Jury schon vorbeugend gewirkt; Tendenzprocesse sind in England im= mer außerst selten gewesen, und so gehort benn auch wenig= ftens der politisch einflußreichste Ausspruch einer englischen Jury einer Urtheilsjury an; — es ist bas Verdict in bem berühmten Bischofsprocesse unter Jacob II.36). So lange ferner noch der König, der That und nicht bloß dem Namen nach, der einzige Unkläger ift, so lange nicht wirklich alle Unflagen von Staatsbeamteten ausgehen, ist nach bem, was früher gesagt wurde, die Anklagejury burchaus unentbehrlich; und es scheint, daß man in England die Sefahren und Unannehmlichkeiten, bie mit ber Aufstellung To vieler und so einflußreicher Beamteten nothwendig ver-

<sup>36)</sup> Macaulay, History of England Ch. VIII. (Leipzig 1849) v. III. p. 189 sq.

knupft sind, höher anschlägt, als die von niemand geläugneten Uebelstände des jetigen Systems, welches es bei vielen Verbrechen doch mehr oder weniger vom Zusall abhängen läßt, ob eine Anklage anzustellen sen oder nicht, während in anderen Fällen ebenfalls der Zusall darüber entscheidet, wem das Recht oder die Pflicht, anzuklagen, übertragen werden soll, und nicht selten der durch ein Berbrechen Verletzte gezwungen wird, nehst dem ihm zugefügten Schaden die Mühen und Gesahren einer Erimis nalanklage zu tragen.

(Schluß im nächsten hefte.)

ċ.

Į.

#### VII.

#### Ueber bie

# Gränze zwischen Diebstahl und Gelbsthülfe.

Von

Herrn Dr. C. Frackenhoeft, Privatdocenten in Beidelberg.

#### §. 1.

ird Selbsthülfe 1) durch Angriffe auf fremben Besit beweglicher körperlicher Dinge verübt 2), so hat ihre Bege= hung mit ber Begehung eines Diebstahls, ober (bei f. g. qualis ficirter Gelbsthülfe) beziehungsweise eines Raubes, eine so große Aehnlichkeit, daß die Verschiedenheit beider Thatbeftanbe einzig und allein von ber Meinung bes Thaters über sein Recht abzuhängen scheint; und zwar nicht über sein Recht zu ber Handlung, sondern über sein Recht an bem Gegenstande, ober auf den Gegenstand, seiner Sandlung und des fremden Besites. Die Schwierigkeit, welche die Ermittelung der Meinung des Thaters über sein Recht haben kann, ist zwar Sache bes Beweises; und . wenn die Begehung in einer Beise geschieht, welche die Absicht an ben Sag legt, bem Ginspruche eines Berechtigten gegen die aneignende Handlung auszuweichen, so wird ber Thäter schon den Beweis gegen sich haben, daß ihm diese

<sup>1)</sup> Der besser: Selbhülfe. Denn selber hilft man sich durch sie, und nicht selbst oder: sogar.

<sup>2)</sup> Was denn von Sciten eines Detentor freilich nicht möglich ift, da die zur Selbhülfe erforderliche Meinung des Rechts mit der Absicht alieuo nomine zu detiniren unvereinbarlich ist.

## Ueber die Granze zwischen Diebstahl u. Gelbsihülfe. 121

Meinung fehlte 3). Allein wenn es umgekehrt erwiesen ift, daß der Thater, in der Meinung ein Recht an jenem Gegenstande ober auf benselben zu haben, ben Angriff auf ben fremden Benit unternahm; wenn also die Boraussetzungen der Selbhülfe gegeben erscheinen, so läßt sich boch noch immer die Frage benken: ob nicht ein animus lucri faciendi vorhanden gewesen sen, welcher Die That zum Diebstahl qualificire? wenn ungeachtet jener Meinung des Thaters von seinem Rechte ein animus lucri faciendi solcher Art bei ihm möglich ist, wie ber Diebstahl ihn erfordert. Man muß diese Frage schon gra= bezu bejahen, wenn man mit bem animus lucri faciendi ben animus rem sibi habendi für gleichbedeutend hält 4). Denn beranimus rom sibi habendi, bie Absicht, die Birtfamteit 5) eines Rechts in Unfehung feines Gegenstandes 6) für sich in's Dasenn zu rufen, muß boch nothwendig mit einer Gelbhülfe immer verbunden senn, ba bas Dasenn jenes Rechts, oder die Meinung von jenem Dasenn, zwar für

<sup>3)</sup> So ganz gleichgültig ist die Heimlichkeit der Berübung doch nicht, wie man neuerdings will, z. B. Wächter in Weise ke's Rechtsler. 111. S. 295. Auf Heimlichkeit deuten hin: L. 1. pr. D. de furt. 47. 2. "Kurtum . . . dictum Labeo ait, quod clam et obscure siat"; Sächs. kdr. 111. 89. . . "halt he it denne in deme wann dat it sine si un verhos len. . . mach man's wol under inne beklagen; düve aver unde roves, of man inne des schüldiget dar an, des untscüls deget he sit uppe'n hilgen." . . Hür das ältere deutsche Recht nimmt Heimlichkeit als Merkmal an: Cropp in Hudt= walckers und Trummers crim. Beitr. 11. S. 10 s.; auch Söschen: die Goblarschen Stat. S. 308. 319..

<sup>4)</sup> So Baberlin Grunds. d. Crim. R. IV. S. 6 ff.

<sup>5)</sup> Nicht die Berwirklichung, nämlich die Begründung des Rechts= verhältnisses.

<sup>6)</sup> D. h. des Stoffes, der dem Berechtigten nicht als Stoff, d. h. bloß als Mittel für gewisse Zwecke, sondern als ein abges schioffener und ausschließender Rechtsfreis unterworfen ist: meine Grundlagen des gem. deutsch. Rechts S. 2.

jenen animus gleichgültig ist 7), aber boch keinesweges ihn ausschließen fann. Allein auch die Absicht, etwas anderes, als bloß jene Art ber Wirfsamfeit des vermeinten Rechts, ben unmittelbaren Gegenstand ber richterlichen Amtsverwaltung 8), burch die That zu gewinnen, läßt sich bei ber Selbhülfe immerhin benfen. Gie fann bas einzige Dit= tel fenn, um den Besit des Gegenstandes des wirklichen ober bes vermeintlichen Rechts so zeitig zu erlangen, um ihn mit Gewinn verwerthen zu können. Ja es kann die Berstellung der Wirksamkeit des Rechts durch die Gelb: hülfe selber ein Gewinn senn, ber bem Erwerbe bes Rechts gleichsteht, wenn der prozessualische Bortheil bes Besites in Ermangelung anderer Beweise bas einzige Mittel ift, fie zu erlangen, und ber Mangel bes Beweises ber Selbhülfe und ber baraus entspringenten Sehlerhaftige feit bes Besites ben Gegner außer Stand seten wird, bem Urheber ber Selbhülfe jenen prozessualischen Vortheil zu entziehen. Diese Folge setzt aber voraus, daß der Act ber Gelbhülfe verborgen wird, und die Gelbhülfe wird durch dieses Verbergen ein Mittel, einem Gegner das Mit: tel zur rechtlichen Erhaltung ber Benutzung eines Rechts: ftoffes 9) zu entziehen. Und wenn man dieses Mittel, in

d. gem. d. R. S. 2 f. S. 5f.

<sup>7)</sup> Er braucht nicht auf ben Rechts begriff bes Eigenthums gerichtet ju fenn, wie v. Savigny in der Lehre vom Befise es ausbrudt. Jeboch ift biefe Bezeichnung nicht gang treffenb.

<sup>8)</sup> Rämlich die Abministration ber Juftig überhaupt, als Regies rungeinstitut, verschieden von der Richterfunction in einem einzelnen Projeffe (m Grörter. ju ginde's Bebrb. b. Proj. S. 270. 271), welche nur ale Mittel zu jener Arministration dient und unmittelbar bie projeffualischen Befugniffe ber Partheien jum G genstande hat. Die baraus hervorgehende Dops pelstellung bes Richters bestreitet indes v. Linde: Arch. für civ. Pr. XXVI. S. 44 45.

<sup>9)</sup> Nicht eines Rechtegegenstandes (oben Mot. 6), indem mittelft bes richterlichen Schupes (oben Mor. 8)', nicht die Berwirklis dung eines Rechteverhaltniffes (oben Dot 5.), fondern mur die Birksamkeit eines solchen (oben Ret. 8), erlangt werden fann; die nur Permirflichung eines Buftandes ift: m. Grundl.

germanischer Auffassung ben gewerenden Zustand 10), mit dem Rechte selber indentificirt, so ist die Entziehung eines solchen Zustandes immer eine Entziehung eines Sutes, oder eine Aneignung fremden Sutes, gleichviel in welcher Reisnung sie vorgenommen wird. Dann liegt in einer solchen Entziehung auch immer die Verwirklichung eines animus lucri faciondi, und es ist dann kein Unterschied zwischen diesem und dem animus rem sibi habendi, und nuch kein Unterschied zwischen Diebstahl und Selbhülfe, wenn er nicht in einem andern Momente, als in dem animus, gestunden werden kann.

§. 2.

Man könnte indeg der Ansicht fenn, bag die eben beseitigte Unterscheibung bann, wenn man jene Ibentitat bes Rechts und bes gewerenden Buftandes aufgebe, fich badurch ermitteln laffe, bag bei bem Diebstahl die Absicht auf eis nen unrechtmäßigen1) Gewinn, gerichtet fenn muffe, bei ber Gelbhülfe aber bas Merfmal ber Unrechtmäßigfeit fehle. Und wenn man biese Bermittlung fur unzureichenb erachten wollte, weil ja ein Gewinn, ber burch Gelbhülfe verwirklicht werbe, vermoge bes Berbotes ber Gelbhülfe ein unrechtmäßiger sen; so ließe sich darauf wieder antworten : baß bier eine solche Unrechtmäßigkeit gemeint fen, bie auch abgesehen von ber besondern Straffanction, welche burch die Handlung übertreten sen, sich als eine unrechts mäßige barftelle. Dann entsteht aber wiederum die Frage: wie benn eine Absicht zu gewinnen ohne eine folche Straf. fanction unrechtmäßig fenn fonne? Co lange man eine folche Absicht an und für sich nicht als etwas unrechtmäßiges nach= weisen könnte, murbe man auf bie Begriffsbestimmung

<sup>10)</sup> Der die Befugniß gewährt, erhobene Ansprüche anderer mit Eid (vergl. Sächs. 2dr. a a. D. aben Not. 3) abzuwehren: m. Grundl. d. g. d. R. S. 133.

<sup>1)</sup> So Bab. Strafgesegbuch §. 376.

verwiesen senn, daß Diebstahl und Selbhülfe burch Ungriffe der fraglichen Art fich badurch von einander unterscheiben, daß jener Gewinn, biese Geltendmachung eines Rechts bezwecke. So unterscheibet auch bas Babische Strafgesethuch &. 279 und 276; nur mit ber Abweichung, baß es bie Unrechtmäßigkeit bes Gewinnes zum Erforberniffe bes Diebstahls macht; ein Erforderniß, welches aber mit gleichem Fuge für die Geltendmachung eines Rechts geforbert wird, bamit sie eine Strafe begründe, so lange nicht nachgewiesen mird, daß Unrechtmäßigkeit beim Diebstahl schon aus der Beschaffenheit der Handlung folge, bei ber Selbhülfe aber auch ohne Unrechtmäßigkeit Strafbarkeit begründet sen. Und wollte man sagen: die Berschiedenheit liege barin, daß ber Diebstahl mit einer mahren rationalen Rechtsnorm 2) in Widerstreit 2) trete und beshalb sich als unrechtmäßig im wahren Sinne barftelle, die Gelbhülfe aber nur einen gewerenden Bustand angreife, und baber nicht im wahren Sinne unrechtmäßig sen, so wird es fehr fraglich, ob denn auch die neuere strafrechtliche Unsicht auf einer solchen Unterscheidung beruhe. Denn bald legen fie ber Selbhülfe gleichen verbrecherischen Character bei, wie bem Diebstahl, und betrachten fie bann als Bergeben gegen bie richterliche Gewalt 4), bald aber fassen sie bie Gelbhülfe nur als Berletung von Privatrechten auf 5). Als Segenstand ber zum Diebstahl erforderlichen Absicht erscheint indeß immer die Bereicherung, die bald tahin geben foll, Eigenthum zu haben 6), bald bahin, einen Gewinn zu

<sup>2)</sup> Meine Grundl. d. g. d. R. S. 4 ff.

<sup>3)</sup> Dies. Arch. Jahrg. 1840. S. 410.

<sup>4)</sup> Bürtemberg, Banern, Braunschweig, Olbenburg: Daberlin a. a. D. II. S. 214 ff.

<sup>.. 5)</sup> Darmftadt, Baben, Cachfen: ebenbaf.

<sup>6)</sup> Deftreich, Darmftadt, Banern, Braunfcweig, Dibenburg: Päberlin a. a. D. IV. S. 6. ff.

erlangen 7). Der Bedeutung der Absicht, sich zu bereichern, nämlich irgend einen Vortheil für den Verkehr mit anderen zu erlangen, wird sich daher die Untersuchung zunächst zus wenden mussen.

§. 3.

Die Möglichkeit jener Absicht bei Entziehung eines Gegenstandes fest einen Werth beffelben voraus, weil ber Berth eben dasjenige ift, worauf fich ber Bortheil für den Bertehr mit anderen grundet. Die Frage über ben Berth ift aber anderer Natur, wenn man einen Gegenstand als Rechtsgegenstand, und von einer andern, wenn man ihn als Gegenstand einer Handlung, nämlich als Mittel für 3mede ober Stoff einer Berechtigung auffaßt. Es giebt keinen Gegenstand, durch dessen Gebrauch nicht unter diefen oder jenen Umftanden irgend ein Bortheil erlangt werden konnte. Und da ein bauerndes der Idee nach ewiges Angeeignetsenn es ist, was einen Gegenstand jum Rechtsgegenstande macht 1), so fann eine vorübergehende Unmöglichfeit, von ihm einen vortheilhaften Gebrauch gut machen, keinen Ginfluß auf seinen Werth üben. Der Werth eines Rechtsgegenstandes als eines solchen ift aber auch eben baher unschätzbar, weil er!an keinen bestimmten Zeitpunkt gefnüpft ist, und der Werthbetrag sich mit der Zeit, d. h. mit ben Umständen, welche bie Zeit mit sich führt, verän-Bo also ein Gegenstand als Rechtsgegenstand be handelt wird, b. h. wo es sich nur um das Berhältniß eines Trägers bes Rechts, bem ber Gegenstand unterworfen ift, zu biesem, handelt, wie dies beim animus rem sibi habendi der Fall ift 2); da muß der Werth vollkommen gleich gül=

<sup>7)</sup> Baben, Sachsen: Baberlin a. a. D. IV. S. 6f.

<sup>1)</sup> M. Grundl. b. g. b. R. S. 2. 33.

<sup>2)</sup> Denn ift er auch nicht nothwendig auf den Rechtsbegriff gentichtet, d. h. erfordert er auch nicht die Meinung des Rechts

tig fenn 3). Cofern nun biefes Berhaltniß in Frage ftebt, kann von einem animus lucri faciendi in rechtlicher Bebeutung nur die Rede seyn, wenn es sich um einen neuen Rechtserwerb, ober, mas baffelbe ift, um ben Erwerb eines neuen Rechtsgegenstandes, handelt, und man ihn mit bem animus rem sibi habendi ibentisch betrachtet. bandelt es fich aber beim Diebstahl, wenn man auf beffen unmittelbare Folge sieht, nie, weil der Dieb burch ben Diebstahl bas geftohlene Gut rechtlich nicht erwirbt. ftande also der hier erforderliche animus lucri faciendi in ber Absicht, einen neuen Rechtserwerb zu machen, so wurde ber Diebstahl immer die Meinung des Urhebers 4) voraus= setzen, baß er sich bas gestohlene Gut erwerbe. Der Dieb= Rahl murbe also immer bie irrige Meinung seines Urbebers erfordern, bag ber Diebstahl eben nichts anderes fen, als ein vereinfachter einseitiger Rechtserwerb an fremdem Gute. Es versteht sich aber, daß jum Thatbestande eines Berbredens nicht Irrthum über beffen rechtliche Folgen gehören tann. Der animus lucri faciendi, den ber Diebstahl vorausset, tann also auch nicht durch die Richtung auf jenen unschätbaren Werth des Rechtsgegenstandes bebingt und von ihm abhängig senn. Es fann für bas Dasenn beffel= ben vielmehr nur auf den relativen schätbaren Werth antommen, den der Gegenstand als Gegenstand der Befigents ziehung, als Stoff ober als Mittel für 3wede hat, und ber

<sup>(</sup>oben S. 1. Not. 7), so muß er boch nach der römischen Rechtsebildung, in welcher wir ihn sinden, auf einen Rechtsgegensstand gerichtet senn, weshalb er benn auch als der animusdomini bezeichnet wird. Es hängt die Entwickelung dieser römischen Anschauung mit dem Einflusse des Formelprozesses zussammen, worüber das Nähere einem andern Orte vorbehaltenbleiben muß.

<sup>3)</sup> Auch das Dasenn eines Interesse ist gleichgültig für das Das senn eines Rechts, und kommt nur für die Zuständigkeit einer Klage in Frage.

<sup>4)</sup> Der Thater ist der eigentliche Urheber. A. M. Bacharia in dief. Arch. Jahrg. 1850. S. 271.

mit ben Beitumftanden wechselt. Es ift biefer Werth nicht sowohl der Berth bes gestohlenen Gegenstandes, als vielmehr ber gebrauchenden Sandlung, welche mittelft des Diebfahls vorgenommen wird. Sat auch ber entwentete Gegenstand jenen absoluten unschätbaren Werth des Rechtsgegenstandes, fann aber mit der gebrauchenden Bandlung überall feine Werthaneignung erreicht werben, so fehlt es auch an ber Boraussetzung fur bas Dafenn bes animus lucri saciendi; und es fonnte ein solcher animus nur · als Folge eines Irrthums gedacht werden, und nicht geeigs net senn, die Entziehung zu einem Diebstahl zu qualificiren 5): Ber heut zu Tage ein Schwefelholz ober eine Stednabel entwendete, in der Meinung, tag er fie für einen Preis vertaufen tonne, wurde einen Gegenstand jum Gegenstande eines Diebstahls gemacht haben, an dem dermalen kein Diebstahl möglich mare. Selbst wenn er bie Entwendung in ber Absicht vorgenommen hatte, um durch andere gleiche Entwendungen eine verwerthbare Quantität solcher Ges genstände zu erlangen, murbe er feinen Diebstahl begans gen haben; es sen benn, daß bie einzelne Entwendung nur einen Bestandtheil einer planmäßigen Entwendung ber ververwerthbaren Quantitat bildete. Denn ift letteres nicht der Fall, so kann ber Gewinn erst burch ein zersetzendes Unsammeln vermittelt werden, das die Gegenstände, obs gleich sie als Rechtsgegenstände bieselben bleiben, in einen andern Stoff verwandelt, und als einen andern Stoffin den Berkehr einführt; so daß bas Mittel zum Gewinn ein anderes ift, als ber gestohlene Gegenstand. Dahingegen leidet es feinen Zweifel, baß man burch Entziehung eines Schwefelholzes ober einer Stednabel, an benen man

<sup>5)</sup> Ueber bas Erfordernif eines Werthes f. Thilo: Strafgef.:
f. Baden mit Moriven S. 321.

<sup>6)</sup> Im Zusammensten wird bas einzelne Stud zersest. Das ift Consumtion, nicht Specification.

Figenthum zu haben vermeint, eine Selbhülfe begeht, wenn man die Entziehung wider den Willen des Bessitzers vornimmt. In sofern nun die Strafe der Selbhülfe in einer Entrichtung eines Einfachen oder Mehrfachen des relativen Werthes der gebrauchenden Handlung, des dermaligen Stoffwerthes, des Gebrauchs, oder Tausch; voher Verkehrswerthes, besteht, wird sie freilich in einem derartigen Falle auf nichts reducirt. Allein sonst ist dies anders; und nach Bad. Strafgesetzb. §. 279 würde eine Selbhülfe an einem solchen Gegenstande eine Geldstrafe bis zu 150 Gulden nach sich ziehen können.

§. 4.

Unterscheidet man zwischen einem factischen und eis nem rechtlichen Erwerbe, ober zwischen der blogen Berftellung ber Wirksamkeit eines Rechts getrennt von bessen Ber: wirklichung gedacht, und beffen Bermirklichung; so gehört Die Berwirklichung des Werthes eines Gegenstandes eben so, wie die Gelbhülfe, in das erste Gebiet. In der Ausführung dieser verschiedenen Thätigkeit ist aber der factische Erwerb von dem rechtlichen nur dann unabhängig, wenn ber rechtliche Erwerb ihm vorhergegangen ist. Ift dies nicht der Kall, so kann der factische Erwerb nur dadurch vermits telt werten, daß an die Stelle des Rechts, welches durch ben rechtlichen Erwerb verwirklicht werden konnen und sollen, eine Erscheinung des Rechts, nämlich ein bloßer Bustand, ber die Gestaltung des Rechts annimmt, gesett Es muß die Herstellung der Wirksamkeit eines Rechtsverhältnisses durch die Berwirklichung eines Buftanbes vertreten, und bemnach ber factische Erwerb burch eine Bertauschung von Recht und Zustand vermittelt werden. Durch die Richtung der Absicht auf eine solche Vertauschung unterscheidet der romische Diebstahl sich von der Gelbhülfe; und in dieser Auffassung gestaltet sich der animus lucri faciendi zu einem widerrechtlichen animus furandi.

solde Bertauschung kann aber von rechtlicher Bebeutung, und im Rechtssinne möglich, nur bann seyn, wenn es eine Berichiebenheit zwischen Rechtsverhaltniffen und Buftanben Im germanischen Rechte, wo nur burch Gewerung geschützte Buftande bestehen 1), ist nur eine Bertauschung. ber Gewerung ober bes gewerenden Buftandes als Aequipollenz ber Bertauschung von Recht und Zustand möglich. Bertauschung eines gewerenden Buftandes ift aber nur zu vermitteln durch eine Entziehung eines folchen Buftanbes gegen andere, und eine solche Bertauschung tritt auch bei der Gelbhülfe ein 2). Rann bemnach ber animus keine Granze zwischen Diebstahl und Gelbhülfe ziehen 2), so kann anbererfeits auch wiederum jener animus furandi ber Ro: mer zur Ausführung nur gebracht werden in bemjenigen Gebiete, in welchem die Berftellung der Wirksamkeit eines . Rechts wiederum mit einer Berwirklichung sich identificirt. Dieses Gebiet ift das der Berwirklichung des Werthes ei: nes Gegenstandes, dasjenige in bem der Gegenstand als Stoff behandelt wird; eine Behandlung die als ber Bebrauch eines Mittels fur 3wede immer nur Verwirklichung eines Zustandes ist, und zwar des Zustandes des verwer= thenden Verkehrsgenossen zur Berkehrsgenossenschaft. Die Bebeutung, welche die Besitzentziehung für dieses Gebiet hat, muß über die Möglichkeit des animus furandi ent= scheiben; die bann gegeben ift, wenn sie fich zum Mittel ei= ner Berthsverwirklichung gestaltet, die nicht ebenfalls eine Berstellung der Wirksamkeit eines verwirklichten Rechtsverhattniffes, und durch bessen Berwirklichung von dieser, dem rechtlichen Erwerbe, unabhängig geworden ift. Damit ber den animus furandi bedingende animus lucri faciendi möglich sen, ift es erforderlich, daß der Gegenstand als Stoff

<sup>1)</sup> M. Grunds. d. g. d. R. S. 7. S. 18 ff. S. 121 ff.

<sup>2)</sup> Oben S. 1. bei Mot. 10.

einen Werth habe vom einheitlichen Gesichtspunkte ber Gesammtheit der Berkehrsgenossen aus, b. b. dem Gesichtspuntte berjenigen, die zur Bermittlung ber Befriedigung ber Bedürfnisse des Lebens mit einander in gewerbliche Beziehung zu treten veranlaßt find. Die ideelle Gesammt: beit bes Bertehrs : ober Tauschwerthes aller Stoffe, ber auf ihrem Gebrauchswerthe beruht, welcher letterer wiederum von dem Bedürfnisse abhangt, gehört allen Bertehregenof= fen. Bas aber allen gehört, bas gehört keinem; aber jeber ist befugt einen Untheil baran mit ben bazu rechtlich geeig= neten Mitteln sich anzueignen und baburch Gewinn zu ers Dieser Erwerb ift nichts anderes als eine Ausbehnung des Antheils des Erwerbers an jenem Gesammt= werthe, und biefer Untheil ist rechtlich gränzenlos, so baß es keine Ausdehnung deffelben giebt, die eine rechtliche Granze überschreiten könnte. In diesem Gebiete ift die Uebervortheilung, das circumvenire, rechtmäßig; es gilt hier ein Recht ber Eroberung mit der Waffe der Verschlagenheit. Die Stoffe, welche hier burch ein einzelnes Geschäft gegen einander umgesetzt werden, haben für dieses Geschäft unter bessen Urhebern einen und benselben, nämlich ben unter ihnen verabredeten, Werth, welcher dem Marktpreise äquis pollent ift, gleichviel ob er mehr oder weniger beträgt. jemand 1 Malter Getreide gegen 20 Gulbenftude um, mabrend der allgemeine Marktpreis 10 Gulden beträgt, so ist in der Sphäre dieses Geschäfts entweder der Marktpreis bes Getreide 20 Gulben für den Malter gewesen, ober die 20 Gulbenftude haben nur den Courswerth von 10 Gulden Nominalwerth gehabt. Belche diese beiden Alternativen man annimmt, ist ganz gleichgültig, sobald einmal der Cours werth als ein Geldwerth gilt. Erkennt man dahingegen nur den Nominalwerth, nämlich ben gesetzlichen Werth, als den Geldwerth an, so ist man freilich auf die erste Alternative beschränft; und diese Beschränkung allein läßt die Er-

N. 128. 15 15 15

### zwischen Diebstahl und Selbsthülfe. 131

Klternativen neben einander stehen, es überall keine Bersschiedenheit des Werthes geben kann; und die Aequipollenz des Courswerthes mit dem Geldwerthe nothwendig beide Alternativen neben einander aufrecht erhält, weil es keis nen Courswerth ohne einen von ihm verschiedenen Nominalwerth geben kann, der sein Maaß bestimmt.

#### §. 5.

Man barf sich badurch nicht irre machen lassen, baß bie romische emtio venditio in einer anbern Gestalt auftritt, als jener Stoffumsat; ba ihre Berschiedenheit von diesem auf einem geschichtlichen Grunde beruht. Das Mittel zur Begründung ber römischen emtio venditio mar ursprüng: lich bas nexum, welches die mancipatio begleitete1). Im nexum war die Berhaftung für das habere licere, die Auctorschaft, welche ber Verkäufer dem Räufer gegen ben Preis, gegen einen Nominalwerth2), auswechselte, als ein Antheil an seiner pecunia8), Geldwerth und dem Preise rechtlich äquivalent. Als mit bem Untergange bes alten commercium juris civilis und des nexum jene Verhaf: tung diese Eigenschaft verlor, und nur als Unterwürfigkeit des Berhafteten unter ben Erecutionszwang da stand, welche die Verbindlichkeit zur Bewirkung des habere licere trug, wurden die beiderseitigen Leistungen ungleicher Natur. Bahrend ursprünglich ber Rauf von einer Tauschberedung sich daburch unterschied, daß Werth gegen Werth, nicht Stoff gegen Stoff ober Gegenstand gegen Gegenstand 4) umgesett

<sup>1)</sup> Mein Aufs. im Arch. f. civ. Praris XXXIII. No. XVI. §. 9.

<sup>2)</sup> L. 1. pr. D. de contrah. emt. 18. 1. . . ,, materia forma publica percussa."

<sup>3)</sup> M. Aufs. im Arch. f. civ. Pr. a. a. D. S. 6 ff.

<sup>4)</sup> Richt pretium gegen pretium, wie v. b. Pfordten Abs handl. aus dem Pand. Rechte S. 251 es auffast.

wurde, bestand jest bas unterscheibende Merkmal bes Raufes darin, daß Berbindlichkeit gegen Werth übernommen und gegeben murbe. Und follte Diese Berschiedenheit auch bei Fungibilien festgehalten werden, so mußte der Preis immer nomineller gesetzlicher Werth sepn; weil im Cours: werthe die Munze ebenfalls nur eine Fungibilie ift. Diese Art des Umsates, die den eigentlichen Sandelsverkehr bildet, umgeht die römische Rechtsbildung gänzlich, da ihr Tausch vielmehr Umfat von Gegenstand gegen Gegenstand, ober, was eben so viel fagt, von Eigenthum gegen Eigenthum, ift 5). Sene Ungleichheit der jeseitigen Leiftung bei ber emtio vonditio machte benn auch ein rechtliches Migverhaltniß zwi= ichen beiben Leistungen möglich, und bahnte ben Weg bazu, bem Berkäufer im Falle einer laesio ultra dimidium burch Rescission seiner Berhaftung auf den Grund der Ungültig= keit seiner Berbindlichkeit zu helfen. Daß aber bas romische Recht auch dem Berkäufer eine solche rechtliche Granze für den Betrag des Raufpreises gezogen und dem Raufer Bulfe geleistet hatte, wenn er zu viel versprochen oder gegeben, bafür findet fich, vom Falle des dolus abgefeben 6), tein Beugniß. Dem Berkäufer ift bas circumvenire gradezu erlaubt; sofern er sich als Mittel bazu keiner Entstellung?) bedient, darf er sich so viel Geldwerth für seine Berhaftung durch

Der römische Tausch sest bekanntlich Eigenthum beiber Theile voraus. Und er erfordert diese Boraussetzung, um ein Contract senn zu können. Denn da kein Theil einen Preis für ein Bewirken eines habere licere empfängt, so ist eine Berbinds lichkeit dazu, sofern sie übernommen ist, sine causa übernommen, und wer kein Eigenthum gegen das von ihm geges bene Eigenthum wieder empfangen hat, der hat gar keinen klagbaren Unspruch auf eine Gegenleistung bekommen. Dan könnte ihm einen solchen nur verschaffen durch ein Berwans deln seiner Eigenthumsabtretung in das Geben eines Preises. Das römische Recht giebt als Acquivalent dafür eine in kactum actio: L. 1. §. 2. D. de rer. perm. 19. 4.

<sup>6)</sup> Paul: R. S. II. 12. S. 6. L. 13. S. 4. D. de act. emti 19. 1.

<sup>7)</sup> Dieses Archiv Jahrg. 1848. S. 238 ff.

Räufer ist durch die Vorschrift gebunden, daß ein justum protium gegeben werden musse, und es ist dies erforderlich, damit die Verbindlichkeit des Verkäusers gultig sey. Denn in so weit als er diese Verbindlichkeit ohne ein protium übernahm, welches ihren Werth beckt, hat er keine Gegen-leistung empfangen; während da, wo nur irgend eine Gegenleistung für das protium bedungen ist, dieses zu keinem Theile ohne Segenleistung senn kann, weil die Festsehung des protium eben nur eine Schähung der Gegenleistung von Seiten des Käusers ist.

§. 6.

Der Verkäufer kann aber durch die Verwerthung selber, die er mittelst des Kaufgeschäfts bewirkt, eine Vertauschung des Rechts mit einem Zustande, oder eines gewerenden Zustandes in rechtswidriger Weise nie begehen 1). Denn den Character der Rechtswidrigkeit erlangt diese Vertauschung nur durch das Umgehen des rechtlichen Erwerbes bei der Ausführung des sactischen Erwerbes; nämlich des-

<sup>8)</sup> Dben Mot. 5.

Deie kann aber durch eine solche Vertauschung vermittelt werben, oder in ihren Folgen dahin führen, wenn das Mittel oder die Folgen darin bestehen, einem andern ein Mittel für Bwede zu entziehen, während die Entziehung eines fremben Rechtsgegenstandes als solchen gegen dessen Eigenthümer eine Unmöglichkeit ist, da er der Entziehung ungeachtet Eigenthüsmer bleibt. Daher begeht der Verpfänder, welcher das beswegliche Pfandgut einem Dritten verkauft, ein kurtum: L. 19. S. G. L. 66. pr. D. de kurtis 47. 2. Denn er giebt seiner Verhaftung als Auctor, die dem Pfandgläubiger als Mittel für die Sicherheit seiner Forderung dient, an einen andern. Es ist hier eine Vertauschung in Ansehung des gewerenden Instandes gegeben. Bei dem Verkause eines fremden Rechtsgegenstandes sindet eine solche Vertauschung nicht statt. Sie kann in Ansehung eines solchen nur durch eine Entziehung der Detention vermittelt werden, deren es bei jenem Verkause des Pfandgutes überall nicht bedarf, um ein kurtum herbeizusüberen: L. 19. S. G. L. 66. pr. D. cit.

jenigen rechtlichen Erwerbes, der die Rechtmäßigkeit des factischen bedingt, oder burch das beabsichtigte Umgehen ber rechtlichen Boraussetzung des lettern. Denn diese Boraussetzung ift hier keine andere, als die Uebernahme ber Bers haftung, ohne welche ber Berkauf als ein solcher nicht ge= schlossen werden kann, wenn nicht der, welcher ben Erwerb des protii zu verwirklichen sich anheischig macht, der Räufer, dazu einwilligt. Die Absicht eines solchen Umgehens, welche den Diebstahl bedingt, tann also durch den Bertauf nie verwirklicht werden, und ift ebenfalls bei ber Selbhülfe burch die Meinung von dem Dasenn jener rechtlichen Boraussetzung ausgeschlossen, wenn diese Boraussetzung in dem Dasenn eines Rechtsverhältnisses besteht. Besteht sie aber in dem Dasenn eines gewerenden Zustandes, so kann diese Absicht auch bei der Gelbhülfe nicht fehlen, weil fie ohne das Bertauschen eines gewerenden Zustandes überall nicht Jene Absicht ober deren Mangel bort ausführbar ist. bemnach auf, ein Unterscheidungsmerkmal zwischen Diebs stahl und Gelbhülfe zu senn, wo dieser Fall eintritt. Die: fer Fall ist nun im germanischen Rechte gegeben. Die recht= liche Woraussetzung des factischen Erwerbes besteht hier nur barin, baß man den Stoff geweren kann, sen es badurch, daß man ihn erzeugt zu haben beweiset, oder daß man durch einen Auctor gewert wird2). Hier entspricht also bem Unternehmen ber Berwirklichung des unerlaubten animus lucri faciondi das Umgehen der Gewerung, sen es nun daß man anderen ben gewerenden Zustand entzieht, ohne von ihnen gewert zu werden, ober anderen gegenüber nicht die erforderliche gewerende Thätigkeit äußert, und einer Ents werung von ihrer Seite sich preisgiebt. Denn in dem Rettenverhältnisse einer Organisation von gewerenden Buftanden ist die Entwerung bes Habenden, die ohne bessen

<sup>2)</sup> M. Grundl. d. g. d. R. E. 25. Sächs. Laudr. U. 36.

Gewerung geschieht, dem rechtlichen Character nach dem eignen Entwertwerden äquivalent. Der Germane stiehlt grade ebenso, wie der Römer. Aber er sieht in einer ans dern Rechtsorganisation.

§. 7.

Im germanischen Rechte läßt sich da, wo diebische That nicht mit einer Strafe zu Hals und Hand belegt ist, kein Unterscheidungsmerkmal derselben von der Selbhülse sinden. Hierher gehört der Fall, wo es nur Buße und Wette zur Folge hat, nämlich das bloße diebliche Verhalten in Unsehung von gefundenem, zugestossenem, oder von anderen geraubtem oder gestohlenen, beweglichen Gutes mittelst Unterlassens der rechtsgebräuchlichen Bekanntmachung 1). Sleiche Folge, wie dieses, hat der Mangel der prozessualisschen Gewerung wegen desjenigen beweglichen Gutes, welches man in den Kreis seiner physischen Herschaft ausgesnommen hat 2), und hält 3); und die Weigerung jener Gewerung wegen desjenigen beweglichen Gutes, welches man einem andern ohne Erlegung einer Gewerung gegen die Obliegenheit der Gewerung 4) geständig verkauft hat 5).

<sup>3)</sup> Weshalb denn auch der Auctor im Zustande der Dieblichkeit sich besindet, wenn er dem Käuser die Pflicht zur Gewerung des beweglichen Gutes erfolglos bestreitet: Sächs. Edr. III. 4. S. 2. Auf den Verkäuser von unbeweglichem Gute kann das deshalb nicht gehen, weil, soweit er gewerleistungspflichtig ist, der Käuser noch überall keinen gewerenden Justand erstangt hat, die Weigerung der Gewerung also auf einen solschen auch keinen Einfluß üben kann.

<sup>1)</sup> Sächs. 2dr. 11. 29. 37. S. 1. Wgl. L. Rip. tit. 75.

<sup>2)</sup> Wenn es so klein ist, daß ihm das Hereinbringen durch ans dere verborgen geblieben senn kann, wird durch das Auffinden keine handhafte That hergestellt: Sächs. kdr. II. 35; wie es sonst unter gewissen Umständen der Fall ist: Sächs. kdr. II. 36. §. 1. Die Handhaftigkeit scheint aber auch die Folgen des Unterliegens erschwert zu haben: unten Not. 7.

<sup>3)</sup> Gächs. edr. 11. 36. S. 1. 5.

<sup>4)</sup> Sachs. Edr. III. 4. S. 2: ",he ne hebbe fie utgesceiben mit getüge."

<sup>5)</sup> Gaaf, 2dr. a. a. D. oben f. 6. Rot. 3.

Ferner gehört der Fall hierher, wenn der Diebstahl nur-eine Strafe zu haut und haar zur Folge hat 6), wie werm er bei Tage oder durch die Weigerung eines Angesprochenen sich wegen des bei ihm ergriffenen Gutes der prozessualischen Gewerung zu unterwersen 7) an einem geringfügigen Gezgenstande 8) von einem Urheber begangen ist, der die vollztommene Befähigung zur prozessualischen Gewerung noch nicht verloren hat 9). In diesen Fällen läßt sich der Hand-lung überall kein anderer rechtlich verletzender Character ab-

<sup>6)</sup> Gleich den Fälschungen im Handelsverkehr: dief. Arch. Jahrg. 1848. S. 247.

<sup>7)</sup> Welche als handhafter Diebstahl behandelt wird: Sächs. Pdr. II. 36. S. 2. Handhafter Diebstahl ist auch dann vorhanden, wenn das gestohlene Gut am Iten Tage nach der That bei jemandem gefunden wird, der es verheimlicht hat: Sächs. Pdr. II. 36. S. 1; vgl. oben Not. 2. Handhafter Diebstahl scheint aber immer eine Strafe zu haut und Haar oder deren Ablösen zur Folge gehabt zu haben: Sächs. Pdr. II. 13. S. 1.

<sup>8)</sup> So 3 Schillinge: L. Sax. tit. 4. Sächs. Lor. II. 13. S. 1. mit II. 28. S. 3. Wilda Strafr. d. Germanen S. 102; 5 Schillinge: Gobl. St. bei Göschen S. 37.

<sup>9)</sup> Derjenige, welcher "vorlumde" ift: verm. Sfp. III. 8, 8. bei Bohme, burfte eben identisch fenn mit dem "verleumbten" Diebe ber C. C. C. 162; und er foll, gleich bem ber bie Beis chen einer Strafe zu haut und haar an sich trägt, oder von dem es erwiesen ist, daß er bereits ein Berbrechen begangen, welches mit einer Strafe ber gedachten Art belegt ift, wegen jedes eigentlichen Diebstahls mit dem Strange bestraft wers ben: verm. Ssp. a. a. D. Das Erleiden, so wie das Ablös fen des Erleidens einer folden Strafe mit Geld, zog aber Rechtlofigfeit nach fich, und diefelbe Folge scheint auch ben getroffen zu haben, ber nur genothigt worden, Gut herauszugeben, welches als gestohlenes oder geraubtes begründeterweise in Un= spruch genommen war, sofern er es heimlich gehalten hatte: Sachs. &dr. I. 38. S. 65. S. 2 mit II. 36. S. 1. Jedoch mag diefer nur von ihr betroffen fenn, wenn handhafte That vorhanden mar: oben Rot. 7. Folge ber Rechtlofigfeit megen Berbrechen war auch Berluft der Befähigung zur Gewerung gegen Anklagen mittelft des Reinigungseides, wovon die weis tere Folge die war, daß der Ankläger ihn nöthigen konnte, durch den Rampf mit Lohnfämpfern die Entscheidung herbeis zuführen: Sächs. &br. I. 38. S. 1; II. 13. S. 1; 29; I. 39 mit 48. S. 3. Ein Busammenhang ber Große ber Strafe mit diefer Entscheidungsart ift wenigstens möglich. Unt. Rot. 10.

gewinnen, als der bes Umgehens ber Gewerung, und welche sonstige Absicht oder Meinung dabei zum Grunde liegt, At rechtlich gradezu gleichgultig. Es fragt sich aber, ob nicht in anderen Rällen, wo der Diebstahl eine Strafe zu Bals und hand gur Folge hat und in bie Categorie bes Friedens= bruches gehört, eine Unterscheidung beffelben von ber Celbbulfe möglich fen? Das Busammenfassen unter ben gemeinsamen Begriff des Friedensbruches schließt eine folche Unterscheidung nicht aus, ba der Character des Friedens: bruches in diesem Sinne, ber ben Diebstahl umfaßt, in ben Rechtsbüchern eine prozessualische Grundlage hat, und diejenigen Verletzungen begreift, wegen welcher der Unkläs ger bem Ungeklagten ben Entscheidungsfampf anfra= gen konnte 10); wiewohl die Handhaftigkeit der That der Nothwendigkeit dazu überhob, da sie ihm ben Weg zur Ueberführung mit Gid und Gideshulfe

meine Grört. zu Linde's Lehrb. d. Proz. S. 20. Mot. 49. Es sett das voraus, daß die Anschuldigung auf eine Berletung geht, die eine Strafe zu hals oder hand zur Folge hat: Sächs. Edn. a. a. D. u. II. 16. §. 5. 6. I. 68. §. 3; verm. Sp. a. a. D. und III. 4 pr. 1. 10; 6. pr. 1—3. Die Anssicht, daß solche Berbrechen Friedensbrüche seven, die eine Strafe zu hals und hand nach sich ziehen: Wild a. a. D. S. 284—304; Budde: über Acchtlosigkeit u. s. w. S. 106—115; hille brand: Entziehung der bürg. Ehre nach den R. B. d. M. A. S. 2, fällt zwar im Resultate damit zusammen; allein die Art und Weise der Anschuldigung ist es doch, was die Eigenschaft des Friedensbruches zur Verwirklichung erhebt oder eine Gewerung für dieselbe herstellt; und auch bei ges ringen Verletungen, z. B. wegen einer Wunde die nur einen Magel rief oder ein Glied lang ist (verm. Sp. III. 4 pr.), eine Strafe zu hals und hand berbeissührt, worin der Fall des Ergriffensens in der Verfassung der Anschuldigung des Friedensbruches gleich sieht: Sächs. Land. I. 68. §. 5; Gosl. Stat. b. Göschen S. 57. 3. 12—14, S. 59. 3. 10, S. 477. Not. 8; verm. Sp. IV. 18, 2. Auch Zöpfl: Bamb. St. R. S. 108 f., weiset auf einen Zusammenhang der Unsterscheidung der Verlegungen mit dem Gerüchtsversahren hin, begründet ihn indes durch die Verschiedenheit der zuständigen Gerüchte.

bahnte<sup>11</sup>). So wie Heimlichkeit der Entziehung eines bezweglichen Gutes immer eine Entziehung derjenigen Gewezung ist, welche das Innehaben des Gutes voraussetzt <sup>12</sup>), so kann auch bei anderen Berletzungen die Heimlichkeit eine solche Entziehung mit sich führen. Dies ist der Fall, wenn das Wordringen des Leichnams des Getödteten vor Gericht, gleich der Handhaftigkeit der That dem Ankläger ein Mitztel zu überführenden Gewerung gewährt <sup>13</sup>), und der Thäzter den Leichnam durch Verbergen dem Aufsinden entzogen hat. Für diesen Fall sindet sich zuweilen eine Erz

fculdigten bei der That unter Schreien des Gerüchtes und die Bornahme der Anklage und des überführenden Schwurs am Tage der That voraus: Sächs. kdr. I. 66. §. 1; verm. Ssp. III. 4., 1; 5. pr.; 6, 2; Sch. Urth. b. Böhme dipl. Beitr. VI. 142. 123. 124. 144. 134. 138. 139. 143. Das Schreien des Gerüchtes ist ein Anfang der Klage, welches dem Anschuldiger die Nothwendigkeit zu deren Durchführung auferlegt: verm. Ssp. VI. 9. pr. Die handhaftigkeit verlegt sonach die That gleichsam in das Gericht.

<sup>32)</sup> Rämlich berjenigen, die oben §. 6. Mot. 2. angeführt ift. Fehlt die Beimlichkeit, so ist wenigstens die Möglichkeit offen gelassen, daß durch Sandhaftigkeit die Gewerung erhalten bleibt.

<sup>13)</sup> So wird die Befugniß des Anklägers, welche die Sandhaftigkeit der That ihm gewährt, begründet durch das Vorhans densenn der Spuren des Erschlagensenns nach 24. fries. Landsrechte S. 19; das Vorbringen der manus mortua nach Eissenach. Stadtr. von 1283. S. 11. Dahingegen erscheint es als eine Boraussehung der Zulässigkeit einer Anklage auf Mord, daß am Tage der That der Leichnam von dem Gerichte des schaut, und wenn die Entscheidung übernächtig wird, ein Zeischen von demselben, so sein Gewand, vor Gericht gebracht worden, nach Bamb. St. R. S. 150—154 mit S. 139. Allein vielleicht bedingt dieser Umftand nur die Befugniß des Anklägers zur Beweissührung: Anh. II. C. S. 27; bei Zöpfl: d. Bamb. St. R. S. 136; und die Nothwendigkeit für den Angeklagten, in deren Ermangelung sich mit Eideshelfern wahren zu müßsen: Bamb. St. R. S. 157. Denn daß er im Falle der Abswessenheit des letzern eine Verurtheilung in contumaciam hers vorgerusen: Zöpfl a. a. D. S. 137 st. ist nicht erschtlich.

höhung des Wergeldes auf den dreifachen Betrag vorges schrieben 14).

(Schluß im nächften Defte.)

<sup>14)</sup> Lex Rip. tit. 15. L. Sal. em. tit. 43. S. 2. 3., nud die correspondirenden Stellen in and. Terten der L. Sal. Auch wird der 9fache Betrag des Antheils des Thäters genannt: L. Fris. tit. 20. S. 2., L. Sax. tit. 2. S. 6. Ge ift bier vom verheimlichten Todtschlage (mordridus, mordritus, mordritoton) bie Rebe. Die L. Sal. ex Cod. Fuld. tit. 44. 6. 18 mit S. 11 hat als berartigen Fall die Erfäufung. Mur wenn Sandlungen folder Art die Entziehung einer Gewerung bewirften, erflärt es fich, bag, wie v. Boringen, Beitr. j. Ges schichte d. deutsch. Strafr. S. 67 annimmt, barin eine Bergrößerung ber Beleibigung gelegen. Die L. Bajuv. tit. 18. c. d. tennt eine folche Erhöhung für ben Fall, wo burch Berbrennen die ordentliche Beerdigung verhindert wird, die ja ebenfalls ein Moment für das Begangenseyn der That herstellte. Auch findet fich diese Erhöhung wo die Tödtung an einem besonders gewerten Orte, so innerhalb des Hofraums (intra septa): L. Angl. tit. 10. §. 7; innerhalb des Hauses collecto contubernio: L. Sal. em. tit. 44. §. 1. 2.; vgl. Bilda a. a. D. S. 616 - 621; ober im Deere bes Ronigs (in hoste): L. Sal. em. tit. 66. §. 1, L. Rip. tit. 6. §. 1, verübt wird. Rur von diesem Gesichtspunkte aus erscheinen diese Bestimmungen von Bedeutung für den Character des Strafrechts.

# höhrang berrag verges fichieben <sup>186</sup>

··,

# Archiv

des

# Criminalrechts

Neue Solge.

Der ausgegeben

nod

ben Professoren

I. F. H. Abegg in Breslau,

A. 29. Heffter in Berlin,

C. J. A. Mittermaier in Helbelberg,

I. M. F. Birnbaum in Gleßen,

Serrmann in Göttingen,

H. Zacharia in Göttingen.

Jahrgang 1852.
3weites Stück.

Salle,

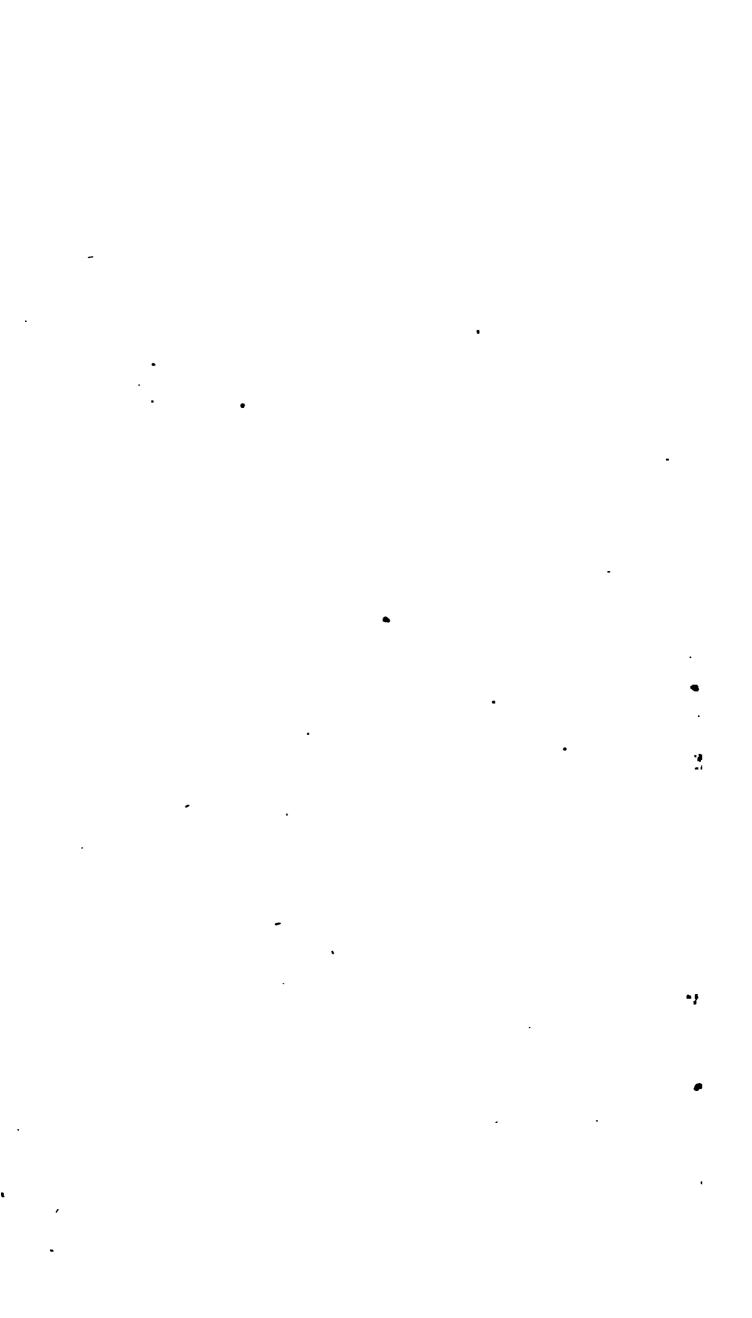
C. A. Schwetschfe und Sohn. (M. Bruhn in Schleswig.)

1852.



# In halt.

VШ.	Das belgische Gesetz vom 18. Februar 1852 über Untersuchungshaft und Befreiung von der Haft durch Sicherheitsstellung in Vergleichung mit den neuesten Gesetzgebungen Deutschlands. Von Mitztermaier. (Schluß des Aufsates Nr. II. im	٠	
	vorigen hefte	S.	141
IX.	Die Bestimmungen der neuen Gesetzgebungen über richterliche Milderungsrecht, geprüft von Mitter=		
	maier.		159
X.	Ueber die praktische Begründung des Strafrechts und das Verhältniß desselben zur Gesetzgebung. Von A. Kraus, Hofgerichtsadvokat in Darmstadt	_	188
XI.	Ueber den Betreff der Untersuchung. Bon P. Grohmann, Advokat in Dresden.	_	225
XII.	Ueber die Grenze zwischen Diebstahl und Selbst- hülfe. Bon T. Brackenhoeft, Privatdocenten in Beidelberg. (Schluß von Rr. VII. des vorigen Heftes.)	_	242
XIII.	Ueber die Betsetzung in Anklagestand bei schweren Berbrechen. Bon J. Glaser. (Schluß von Nr. VI.		010



#### VIII.

Das belgische Geset vom 18. Februar 1852 über

# itersuchungshaft und Befreiung von der Haft durch Sicherheitsstellung

in Bergleichung

mit den neuesten Gesetzebungen Deutschlands.

Bon

Mittermaier.

(Schluß bes Aufsages Mr. II. im vorigen Befte.)

sit der Mittheilung des belgischen Entwurfs im vorigen ste ist dieser Entwurf Gegenstand der Berathungen in Kammer der Abgeordneten 1) und im Senate 2) geworz, und ist, da die Kammern, die mit unwesentlichen weichungen ihre Zustimmung dem Entwurse gegeben ten, am 18. Februar 1852 als Gesetz verkündet worz. Wir werden die wichtigsten Punkte der Abweichunz von dem oben mitgetheilten Entwurse angeben, verzilen aber vorerst bei den einzelnen Hauptfragen, welche vieser Lehre Gegenstand der Berathung werden.

<sup>1)</sup> Annales parlamentaires 1851 — 52 Chambre des Représentants p. 147 — 184.

h Annales parlamentaires Sénat p. 183, séance du 24. Janvier.

dis d. Cr. R. 1859. II. St.

#### 142 Das belgische Gesetz vom 18. Febr. 1852

II. Ein Hauptpunkt, ber bas neue Gesetz beschäftigt, ist die Regelung bes sogenannten Bermahrungsbe= fehle (mandat de depot), dessen Unbestimmtheit in ber franzosischen Gesetzgebung wir bereits oben nachgewiesen Die belgische Commission (Rapport p. 17) gesteht auch, daß diese Art von Befehl in der Rechtsanwen= dung das regelmäßige Mittel wurde, die Untersuchungs= haft zu bewirken, während er der Garantieen beraubt ift, welche der Arrestbefehl (wenigstens einigermaßen) giebt. Das belgische Gesetz bezweckt nun, scharf ben Unterschied hervorzuheben, daß der Verhaftsbefehl den Ungeschuldigten en état de detention préventive permanente stellt, aber daher auch als ein Aft der Strafjustiz, als ein Urtheil nach vorgängigen Unträgen bes Staatsanwalts erlassen werden muß, wahrend das mandat de depot nur ein vom Untersuchungsrichter allein ausgehender Akt der gerichtlichen Polizei ist, als provisorisch erscheint und von dem Richter immer wieder zurückgenommen wer: den kann, aber die ganze Untersuchung hindurch fortwirkt, bis er zurückgenommen ist3). — In Bezug auf biese Burudnahme enthalt nun das belgische Gesetz (art. 5. 6) drei Sate, die eine nahere Prufung fordern: 1) Der Uns tersuchungsrichter soll diesen Befehl nur aufheben konnen,

<sup>3)</sup> Da wo in Fällen, in benen nur correctionelles Gefängnis dem Vergehen gedroht ist, mandat de depot erlassen wurde, soll nach art. 2 der Besehl nur aufrecht erhalten werden, wenn er binnen 5 Tagen auf den Bericht des Untersuchungszrichters von dem Bezirksgericht bestätigt wurde. In der Commission des Senats (Annales parlament. Senat 9. Janv. 1852. p.117) wurde angenommen, daß, wenn der Untersuchungszrichter binnen 5 Tagen seinen Bericht nicht erstattet, nicht ohne Weiteres der Angeschuldigte entlassen werden muß, sondern der Director des Gefängnisses die Ordre des Richters abzuswarten hat. Auch hier baut man zuviel auf die Verantswortlichkeit des Richters, die nach der Erfahrung häusig nur auf dem Papiere steht. Die Erklärungen an den Senat vom 28. Janv. (Annales p. 185) sagen nicht recht klar, was gesches hen soll.

#### über Untersuchungshaft und Befreiung 2c. 143

wenn ber Staatsanwalt zustimmt. — Wir wunschen nicht, daß eine solche Unsicht in die kunftige Gesetzgebung Deutschlands übergehe. Sie hangt mit französischen Vorstellungen zusammen, nach welchen man der Staatsbehorde eine Stellung giebt, nach welcher sie nicht blos die Bewahrung des öffentlichen Interesse durch Verfolgung der Unklage, sondern auch die amtliche Eigenschaft hat, die gerichtlichen Beamten zu beaufsichtigen, sie zu controliren, und selbst in der Voruntersuchung manche Handlungen vorzunehmen, welche entschieden nur richterliche Akte sind. Man will eine Garantie geben 4) durch die Controle der Beamten. — Die Commission erklart baher auch, daß man dem Untersuchungsrichter nicht die Gewalt geben durfe, selbst die action publique unwirksam zu machen: was aber der Fall sein wurde, wenn der Untersuchungs= richter gegen die Meinung desjenigen, dem die Ausübung der action publique zusteht, berechtigt mare, ben Unge= schuldigten in Freiheit zu setzen. Wollte man die Auf= hebung bes Befehls nicht an die Bustimmung bes Staats= anwalts binden, so mußte man boch dem Staatsanwalt Die Befugniß geben, gegen die Freilassung Opposition einzulegen, welche suspensive Kraft haben mußte; dies aber wurde der Schnelligkeit der Untersuchung schaden und Verwickelungen herbeiführen 5), während der Vor:

<sup>4)</sup> In der Commission des Senats bemerkte man selbst die Härte, die eintreten würde, wenn der Untersuchungsrichter da, wo er nach dem Verhöre die charges insussissantes sindet, sie doch wegen des Widerspruchs des Staatsanwalts nicht fortstassen dürfte; allein die Versicherungen des Maaßes über die eintretende milde Auslegung bewirkte, daß es bei der Fassung des Regierungsentwurfs sein Bewenden behielt (Annales p. 186).

Roger die Gerichtshöfe und Rechtsfakultäten über die vorsliegende Frage befragt; Roger hatte einen ähnlichen Borschlag, wie die belgische Commission gemacht; der Cassationshof und 15 Appellhöfe und 4 Rechtsfakultäten erklärten sich das

### 144 Das belgische Gesetz vom 18. Febr. 1852

schlag der Commission das Berfahren sehr vereinfachte. Die vorliegende Frage hangt mit einer andern zusam= men, beren Erdrterung die Commission (Rapport p. 29) Es war der Vorschlag gemacht, daß die beschäftigte. Erlassung des Vorführungs = und Verwahrungsbefehls von bem Untersuchungsrichter abhängig gemacht, dagegen nur der Rathskammer Die Erlassung des Berhaftsbefehls überlassen werden follte, so daß die Bermahrungsbefehle binnen einer gewissen Frist, wenn fie fortbauern follten, von der Rathskammer bestätigt fein mußten. Die belgi= sche Commission verwarf biesen Vorschlag, weil badurd die seit vielen Jahren als so wohlthatig nachgewiesenen Grundlagen der Strafprozegordnung erschüttert, die Interessen der Repression gefährdet wurden, ohne daß der Ungeschuldigte Bortheile bavon hatte, weil keine Dis brauche bes bisherigen Systems sich ergeben hatten, weil die Mangel des Code verbessert werden konnten, ohne das jett zum Grunde liegende System umzusturzen. Wir tonnen das Gewicht dieser Grunde nicht anerkennen und wissen aus ber uns bekannten Statistik ber ganber, in welchen das französische System besteht, welche schwere Rlagen sich erheben. Wir wollen uns auf England nicht berufen, weil so viele Personen, die das englische Recht gar nicht kennen, sich einbilden, daß es nicht die nothige Rraft ber Repression ber burgerlichen Gesellschaft ge-In Bezug auf Deutschland aber hat Niemand noch behauptet, daß unsere Untersuchungsbeamten ju wenig Gewalt haben, und nur die offentlichen Interessen gefährdende Milde in Bezug auf Untersuchungshaft herr Wir bitten nun die Gesetzgebung beutscher Staaten zu beachten, welche anerkannt den nothwendigen Emp

für; 3 Rechtsfakultäten verlangten nur, daß der Staatsanwalt gehört werde, und 12 Appellhöfe und 2 Fakultäten erklärten sich gegen den Vorschlag.

der Besetze bewahren, und man wird finden, daß barin 6) anerkannt ist, daß zur Verfügung der Verhaftung nur das Gericht, dem die Untersuchung zukommt, befugt ist, und daß, wenn in dringenden Fällen ber einzelne Unter= suchungsrichter Berhaftung verfügt, der Richter binnen 24 Stunden den Beschluß zur Kenntniß des Untersuchungegerichts bringen muß, und dieses über die Forts dauer der Haft innerhalb drei Tagen einen Beschluß fassen Won den neuen deutschen Gesetzgebungen enthalt der ofterreichische Strafprozeß §. 193 die Vorschrift, daß der Untersuchungsrichter über jeden von ihm auf Berhan: gung der Untersuchungshaft gefaßten Beschluß långstens binnen 3 Tagen dem Bezirkscollegialgerichte Bortrag zu erstatten hat, und dieses nach Unhörung des Staatsan= walts entscheidet, ob die Haft fortdauern soll. mand glaubt in Deutschland, daß die Interessen burger= licher Sicherheit dadurch gefährdet wurden. Es verdient eine ernste Erwägung, ob nicht dem Untersuchungsrichter, eben weil er Richter ist, bei seiner Verantwortlichkeit überlassen werden muß, die Grunde, ob eine Baft forts dauern foll, ebenso wie er die Grunde erwog, ob Saft zu erkennen ist, allein zu erwägen und seiner Ueberzeugung zu folgen, und nicht erst bei dem Staatsanwalt anzufra= gen; was nothwendig nach der Erfahrung zu Berzögerun= gen, und bei der Stellung, die den Staatsanwalt (wir bitten besonders politische Untersuchungen zu berücksich= tigen) zum Widerstreit der Meinungen führt, in welchem der Richter nicht seiner Meinung folgen darf. man aus grundlosem Mißtrauen dem Untersuchungsrich= ter nicht die Gewalt einraumen, gegen ben Antrag bes Staatsanwalts die Freilassung zu verfügen, so hindert doch nichte, vorzuschreiben, daß, im Falle des Widerstreits

<sup>6)</sup> Oldenburgisches Geset vom 4. April 1842.

# 146 Das belgische Gesetz vom 18. Febr. 1852

der Meinung des Untersuchungsrichters und Staatsanswalts, der Erste unverzüglich die Entscheidung des Bezirkszgerichts einholen muß?). Die belgische Commission beshauptet, daß, wenn man dem Staatsanwalt das Recht einräumen will (was doch zur Sicherung der öffentlichen Interessen nothwendig wäre), gegen die Freilassung Opposition einzulegen, eben so viel Zeit verloren gehen würde; allein ein gutes Mittel der Beschleunigung liegt hier darin, daß, wenn der Staatsanwalt gegen den Beschluß der Rathskammer<sup>8</sup>) Opposition einlegen will, diese nur dann ausschiedende Wirkung haben soll, wenn der Staatsanswalt seine Beschwerde sogleich bei Eröffnung jenes Beschlusses anmeldet und längstens binnen 3 Tagen aussführt <sup>9</sup>).

Das belgische Gesetz will in dem Falle, in welchem wegen Widerspruchs des Staatsanwalts der Untersuchungsrichter den Verwahrungsbefehl nicht ausheben durste, den Ungeschuldigten nicht schutzlos lassen, und giebt ihm das Recht (art. 6), sich dann an die Rathskammer zu wenden; allein der Untersuchungsrichter soll dann erst seinen Bericht 10 Tage nach der Vollstreckung des Befehls erstatten. Die Commission rechtsertigt diese Vorschrift durch die Gründe, daß die Voruntersuchung geheim senn muß, indem dies Geheimniß die wesentliche Bedingung der Entdeckung der Wahrheit sen, und eben bei den ersten Usten der Unters suchung dies Geheimniß herrschen musse, so daß das Bes

<sup>7)</sup> Dies schreibt vor die österreichische Strafprozesordnung S. 201. Thüringische Str. P. D. S. 138. Baierischer Entwurf von 1851. S. 334.

<sup>8)</sup> Aehnliches könnte vorgeschrieben werden, wenn der Staatssanwalt gegen den freilassenden Beschluß des Untersuchungssrichters Opposition einlegen will.

<sup>9)</sup> Dies schreibt die österreichische Strafprozekordnung §. 202 vor. Läßt der Staatsanwalt die Frist von 3 Tagen fruchts los verstreichen, so ist der Ungeschuldigte sogleich in Freiheit zu seßen.

#### über Untersuchungshaft und Befreiung &. 147

durfniß der Repression die Geheimhaltung der Aften gegen Jedermann, also auch gegen die Mitglieder der Raths= kammer fordere. Da diese Rammer aus drei Mitgliedern (mit Einschluß des Untersuchungerichters) bestehe, so wur: be, wenn man die Freilassung nach Stimmenmehrheit ge= statten wollte, die Meinung von zwei Mitgliedern, welche die Akten nicht kennen, gegen die Ansicht von zwei andern magistrats 10) (sagt der Bericht), welche die Procedur und die Bedürfnisse kennen, ben Sieg bavontragen ton= Nach 10 Tagen könnte man nach der Ansicht des Berichts annehmen, daß das Verfahren schon soweit fort= geschritten ware, daß der Untersuchungsrichter ohne Nach= theil der Rathskammer die nothwendigen Aufklärungen aus den Aften geben konnte. Alle diese Grunde beruhen auf der unseligen Unsicht, daß ohne Geheimniß der Wor= untersuchung die Wahrheit nicht entdeckt werden kann. Wir bitten die Anhänger dieses Systems ihren Blick auf England zu richten, und zu beachten, daß dort ungeachtet der Deffentlichkeit der Voruntersuchung mehr Verbrechen entbeckt und mehr Schuldige bestraft werden als in Frank= reich und Belgien, daß bei einer neuerlichen Bernehmung der erfahrungsreichsten Polizeimagistrate vor dem Oberhauscommissar diese Richter für die Deffentlichkeit ber Boruntersuchung sich aussprachen. Will man aber auch an diesem Geheimniß festhalten, so ist es doch schwer zu begreifen, wie der Untersuchungsrichter, der ein Mitglied des Bezirksgerichts ift, vor feinen Collegen das Geheim: niß bewahren muß. Sind benn diese Manner nicht ebenso betheiligt, die Interessen der offentlichen Sicherheit zu be-

<sup>10)</sup> Bei dieser Erklärung begreift man nicht, wie auch der Staatsanwalt magistrat genannt wird (er ist doch nicht Rich= ter); auch past die Ansicht der Commission nicht, wenn der Untersuchungsrichter selbst für die Freilassung war und nur seiner Meinung nicht folgen durfte, weil der Staatsanwalt nicht zustimmte.

#### 148 Das belgische Gesetz vom 18. Febr. 1852

rudsichtigen und das Amtsgeheimniß zu halten? Da, wo der Untersuchungsrichter über seine Handlungen vorträgt und über ihre Gultigkeit entscheiden soll, erkannte man doch auch schon in Frankreich, daß es völlig unzweckmäßig ist 11), den Untersuchungsrichter mitstimmen zu lassen; baher in mehreren neuern beutschen Gesetzgebungen 12) weise verordnet ist, daß der Untersuchungsrichter nicht bei bem Beschlusse des Collegiums (da dies ihn controliren foll) mitstimmen barf. Wir halten alle gesetzlichen Borschriften, wodurch das Ermessen eines redlichen und verståndigen Richters da beschränkt wird, wo er die Interessen individueller Freiheit geeignet beachten will, für sehr nachtheilig. Jeder, welcher den Gang der Untersuchun= gen kennt, weiß, wie oft am Unfang, wenn gewiß die Unzeige eines Straffalles an das Gericht geschieht, ber Handlung ein hochst gefährlicher Charafter beigelegt und daher ber Untersuchungsrichter veranlagt wird, strenge Maagregeln z. B. durch Verhaftung zu verfügen, z. B. bei Todtungen, bei Falschungen, bei politischen Unter: suchungen 18), während schon in den nächsten Tagen burch Vernehmung unparteiischer Zeugen ber Fall einen andern milberen Charakter annimmt, z. B. nur eine Fahrlassigkeit bei der Todtung, ober statt Falschung hochstens einfacher Betrug vorliegt, und der Untersuchungsrichter bann gern die Berhaftung aufhebt, aber es nicht kann, weil ber Staatsanwalt nicht zustimmt und nach belgischem Gesetze vor 10 Tagen die Sache nicht an die Rathskammer gebracht werben kann.

<sup>11)</sup> Berenger de la justice criminelle p. 109 in Robillard considér. sur le ministère public p. 102.

<sup>12)</sup> z. B. badische Str. P. D. Desterreichische Str. P. D. §. 92. Thüring. Str. P. D. §. 78.

<sup>13)</sup> Man weiß, wie häufig Parteienwuth und andere schlimme Motive so leicht übertriebene leidenschaftliche Anzeigen und Zeugnisse in solchen Fällen veranlassen.

#### über Untersuchungshaft und Befreiung zc. 149

Sehr gut rechtfertigt die Commission (Rapport p. 21) die Bestimmung, daß die Civilpartei 14) kein Recht haben soll, gegen die Freilassung des Angeschuldigzten von der Haft sich zu widersetzen, weil im Strafprozesse nur das Interesse der Repression die Hauptsache sen, und da, wo dies keine Einsperrung verlangt, das Privatzgeldinteresse nicht genügen kann, um die Forderungen ins dividueller Freiheit zu vernichten.

III. In Bezug auf das Verhaltniß des Vermahrungs: und des Verhaftsbefehls geht das belgische Gesetz nach den Motiven der Commission bavon aus, daß das Ergeb: niß bes mit bem Ungeschuldigten abgehaltenen Berhors entscheiden muß, ob der durch einen Erscheinungs = ober Borführungsbefehl vor Gericht gestellte Ungeschuldigte so: gleich entlassen 15), oder ob ein Bermahrungs = oder Ber= haftsbefehl erlassen werden soll. Nach dem französischen Code handelt hier der Untersuchungsrichter völlig frei und kann baburch großen Nachtheil bem Ungeschuldigten zufügen. Das belgische Gesetz (art. 2) wollte biese Willfür beseitigen, und baut auf die durch das franzosische Geset hindurchlaufende Unterscheidung von délit und crime; bei dem Ersten sollte die Berhaftung nur ausnahms= weise Statt finden, aber auch bann nur ein mandat de depot erlassen werben, jeboch nur dans les circonstances graves et exceptionelles, oder wenn der Angeschuldigte keinen Wohnsitz im Lande hat; um aber auch

<sup>14)</sup> Die Commission bemerkt, daß sie die Frage: ob man übers haupt das System der Intervention der Civilpartei im Strafs prozesse beibehalten soll, sorgfältig geprüft, aber für jest in diesem vorläufigen Gesetze das französische System beibes halten habe.

<sup>15)</sup> Der Code vom 3. Brumaire Jahr IV. art. 66 bestimmte, daß, wenn der Verhörte gänzlich die Anschuldigung zerstört, der Richter ihn freilassen muß. Der Code läßt diese Vorssschift weg.

# 150 Das belgische Gesetz vom 18. Febr. 1852

hier eine Schutwehr dem Angeschuldigten zu geben, sollte ber Richter binnen 5 Tagen über die Erlassung des Befehls der Rathskammer Bericht erstatten, so daß der Befehl erst endlich besteht, wenn er bestätigt wird. Anschuldigung wegen crime sollte der Verhaftbefehl die Regel bilden, allein die Commission erwog, daß auch bei Berbrechen oft sehr bedeutende Milderungsgrunde vorhanden sein konnen; daher gestattet art. 3 die Erlassung eines mandat de depot, wenn die That nur Zuchthaus oder zeitliche Zwangsarbeit nach sich zieht; bei Anschuldi: gungen, die andere schwere Strafen nach sich ziehen, soll der Richter (art. 4), nachdem er den Staatsanwalt vernommen hat, einen Berhaftsbefehl erlassen. — Unsere Leser werden bemerken, daß diese Borschriften geborig elastisch sind; sie geben aber boch einige Unhaltspunkte bem Ermessen bes Richters, und erweitern bie Schran: ken, die leider in Frankreich dem Untersuchungsrichter unmöglich machen, z. B. bei Berbrechen, milbere Formen zu wählen. Das Schlimme ist nur, daß auch nach dem belgischen Gesetz eba wo ein Verhaftsbefehl erlassen ist, dieser als wirksam für die ganze Untersuchung bestes hen bleibt und der Richter felbst im Einverstandnisse mit dem Staatsanwalte nicht den Verhaftsbefehl aufheben kann, wenn er auch noch so sehr im Verlaufe der Untersuchung davon sich überzeugt, daß die Unschuldigung sehr herabsinkt. Hier fann bann nur durch einen Beschluß ber Rathskammer geholfen werden. Wir geben ber deutschen Unsicht, bei welcher ber Untersuchungsrichter größere Rechte hat (vorzüglich wenn der Staatsanwalt zustimmt), ben Vorzug.

IV. Die Commission hatte in ihrem Entwurse noch einige Artikel (30 — 32) über die sogenannte mise au secret (strenge geheime Haft) aufgenommen. Der den Kammern vorgelegte Entwurf enthält die Vorschriften nicht. Der französische Code spricht von dieser mise au secret nicht; allein da der art. 613 Code dem Unter= suchungsrichter das Recht giebt, alle ihm nöthig scheinen= den Berfügungen im Gefängnißhause zu geben, so leitete die französische Praris (mit Hulfe ministerieller Instructionen) baraus das Recht ab, auch in Fällen, in welchen die deutsche Gesetzgebung von der Collusionshaft spricht, Berhaftung eintreten zu lassen und die gewöhnliche Saft durch das strenge Berbot jeder Communication zu verschär= Die Commission, welche die Mittel für die Ents deckung der Wahrheit zuweilen für nothwendig halt 16), wunschte jedoch durch einige Vorschriften den Mißbrauch zu beseitigen, und bestimmte, daß, wenn der Richter die interdiction de communiquer für nothwendig halt, er einen Beschluß barüber erlassen, die Maagregel nur für 10 Tage anordnen, sie zwar wieder auf 10 Tage verlangern kann, aber bann bem Generalprocurator Bericht er= statten muß; es soll bann auch der Angeschuldigte, seine Bermandten und Freunde an die Rathskammer, die dann zu entscheiden hat, ein Gesuch um Aufhebung brin= gen fonnen.

In dem verkündeten von beiden Kammern angenommenen Gesetze gehören hierher die artt. 29 — 31. Der
art. 29 bestimmt, daß der Untersuchungsrichter die interdiction de communication durch eine Ordonnance versügen
kann, die Maaßregel nur 10 Tage dauern, aber wieder erneuert werden kann, dann aber der Angeschuldigte oder für
ihn ein Verwandter oder Freund ein Gesuch um Aushebung
bei der Rathskammer einreichen darf. Binnen 2 Tagen muß
darüber entschieden, aber bei abschlägiger Entscheidung

<sup>16)</sup> Sie giebt selbst zu, daß die gesetzlichen Vorschriften den Bweck haben sollen, d'averter le juge d'instruction, que la loi exige qu'à regret cette mesure sevère, et qu'il ne doit en faire usage qu'avec une extrème reserve.

# 152 Das belgische Gesetz vom 18. Febr. 1852

vor 10 Tagen das Aufhebungsgesuch nicht erneuert werden. Von der Erneuerungsverfügung muß der Untersuchungs= richter Bericht an den Generalprocurator erstatten.

V. Besentliche Verbesserungen des Code enthalt bas belgische Gesetz in Bezug auf die Mittel, die Aufhebung ber Haft zu bewirken. — Die von der Regierung ernannte Commission hat darüber einen sehr guten Bericht . Man weiß, daß vor der Revolution die Gefetgebung über die Gestattung ber Caution schwierig, die Praris aber die Freilassung möglich machte, jedoch ohne feste Regeln; ba, wo die Anschuldigung auf ein sogenanns tes crime public ging und schwere Strafe drohte, wurde die Caution nicht leicht zugelassen. Die Assemblée constituante schwanfte in den Ansichten, sie gestattete zuerst nur wegen gemisser (im Gesetze bezeichneter) Bergeben die Caution, beren Minimum 3000 und bas Maximum 20000 Livres betragen follte; fpater wurde bas Minimum aufgehoben, und nach der Gesetzebung unter der Berfafsung von 1791 war anerkannt, daß wegen correctioneller Fälle eine Verhaftung da, wo peine infamante brohte, Freilassung gegen Caution, dagegen nie bei schwereren Berbrechen eintreten konnte. Im Code vom Brumaire wurde die Verhaftung in allen Fällen, wo die Strafe über 3 Tage Gefängniß dauerte, vorgeschrieben, jedoch Caus tionsleistung, wenn die Strafe nur eine infamirende ift, jugelassen und ber Betrag auf 3000 Livres gesett; noch im namlichen Jahre wurde aber die lette Vorschrift aufgehoben. Die sehr beschränkenden Borschriften bes jetigen Code wurden bereits oben angegeben. Die belgische Commission erkannte die Nothwendigkeit, die Freilassung gegen Caution ausgebehnter zu gestatten, und so kann nach bem belgischen Gesetze die Freilassung gegen Caution gestattet werden, so oft die Unschuldigung nur Gefängnis nach sicht, aber auch wenn darauf Zuchthaus oder zeitliche

#### über Untersuchungshaft und Befreiung zc. 153

3wangsarbeit steht und die Rathskammer das Berbrechen correctionell zu behandeln erklart. Dies hangt mit dem belgischen Gesetz vom 13. Marz 1849 zusammen, nach welchem die Rathskammer und die Unklagekammer ermach: tigt ist, die zwar als crime mit Zuchthaus ober Zwangs= arbeit bedrohte Handlung nur als Vergeben zu behandeln, so daß der Fall nur vor das Buchtpolizeigericht gewiesen wird, welches bann nur Strafe eines Bergehens erkennen kann. Man bemerkt leicht, daß darnach nur bei Unschul= bigungen, welche lebenslängliche Zwangsarbeit ober Todesstrafe nach sich ziehen (also in sehr seltenen Fällen), die Caution ausgeschlossen ist. Die Commission wollte aber wie der Code von der Wohlthat der Freilassung gegen Caution die nicht Domicilirten 17) und Wagabunden und vie repris de justice 18) ausnehmen. Man weiß, wie in Frankreich die Frage: ob der Ungeschuldigte in den cor= rectionellen Fällen die Freilassung gegen Caution zu for= dern berechtigt ist oder Alles vom Gerichte abhängt, streitig ist, und das Wort pourra so verschiedne Auslegun= gen leidet. Die Commission will dem Angeschuldigten keinen rechtlichen Unspruch geben, weil dies gefährlich senn wurde, da immer nur die besonderen Umstände des einzels nen Falles entscheiden murten; die Commission meint ben Streit beseitigen zu konnen, wenn sie ben Ausbruck mablt: l'inculpé pourra obtenir la liberté, s'il y a lieu 19).

<sup>17)</sup> Eine Härte liegt darin, daß dann jeder Ausländer, mag er notorisch noch so vermöglich und ehrenwerth senn (3. B. ein in Preußen dicht an der belgischen Gränze wohnender Fabristant) und noch so starke Caution stellen, nie von der Haft frei werden kann.

<sup>18)</sup> Um die Zweifel, welche in Frankreich über den Sinn dieses Worts vorkommen, zu beseitigen, bezeichnet die Commission als repris die, welche vorher zu einer peine afsticture ou insamante oder Gefängnis über 1 Jahr verurtheilt wurden.

<sup>19)</sup> Ju der Commission des Senats war die Frage verhandelt,
ob man nicht in correctionellen Fällen die Freilassung gegen

sit nehmen muß, wo das Gericht seinen Sit hat, welches über die Uebertretung erkennen soll 20).

VIII. Eine andere Lucke im Code besteht in Bezug auf die Frage, ob der Staat, wenn der Angeschuldigte, welscher Caution stellte, aber nicht seiner Pslicht gemäß bei Gericht erschien, unter dem Titel einer Strase die ganze Cautionssumme zurückhalten kann, selbst wenn nach Jahlung der Prozeskosten, Gelbstrasen, des Schadens, noch ein Rest bleibt. Während einige französische Schriftsteller, z. B. Legraverent, annehmen, daß die ganze Caustionssumme dem Staate zufällt, nehmen Andere, z. B. Mangin, an, daß der Staat von der Caution nur soviel behalten darf, als zur Jahlung der Kosten, Geldstrase, Schaden nothig sei; eine dritte Partei, z. B. Carnot, macht Unterscheidungen, je nachdem der Angeschuldigte verurtheilt oder loszesprochen wird.

Die belgische Commission geht davon aus, daß der Angeschuldigte, indem er gegen Caution Freilassung er halt, eine zweisache Verpflichtung eingeht: 1) die, der burz gerlichen Gesellschaft gegenüber, sich jederzeit zur Unterssuchung und Urtheilsvollstreckung zu stellen, 2) die gegen den Fiskus und die Civilpartei, wenn eine solche aufgetteten ist, die Kosten, Geldstrafe und Schaden zu zahlen; daher zerfällt auch die Caution nach der zweisachen Verspsichtung in zwei Theile: der erste Theil gehört, sobald sich der Angeschuldigte nicht stellt, ganz dem Staate; der zweite Theil haftet nur so weit als es nothig ist, um die Summen zu decken, zu deren Zahlung Sicherheit

<sup>20)</sup> Warum will man nicht gestatten, daß der Angeschusdigte auch an seinem regelmäßigen Wohnsitze sich aufhalten darf, da, wo er allein seine Geschäfte besorgen kann und die Freistassung einen Werth für ihn hat? z. B. wenn ein Gewerbts mann von küttich in Brüssel abgeurtheilt wird. Man kann ja leicht den Angeschuldigten dann unter die besondere Ausschlaft der Behörde in küttich stellen.

u leisten ist. Es hängt also bei diesem Theile Alles von bem Ausgange bes Prozesses ab. — Nach diesen Grund: äten ift auch der oben mitgetheilte Artifel 23 (Entwurf 11) des belgischen Gefetes gefaßt.

Wenn der Angeschuldigte, der nicht sich stellt, ingeachtet er burch Cautionsleistung dies versprach, in der Kolge freigesprochen wird, so rechtfertigt sich die Worschrift, baß bennoch ber erfte Theil ber Cautionssumme bem Staate verfällt, weil der Ungeschuldigte seiner Pflicht nicht nach: gekommen ist, und die Strafe dieser Unterlassung eben im Berlufte ber Caution liegt, so baß bas Ergebniß ber Unersuchung keinen Ginfluß auf die Strafe bes verübten Un= echts sich zu stellen ausüben kann; allein wir freuen ans, daß der belgische Gesetzgeber dieses Princip nicht in seiner ganzen Strenge (Entw. 21) burchführte. art. 24 kann im Falle, wenn der Angeschuldigte von der Inschuldigung entbunden oder losgesprochen wird, das Urtheil zugleich verordnen, daß ein Theil der Caution zu= ruckgegeben wird. Die Commission setzt die Falle voraus, aus denen sich ergiebt, daß die Abwesenheit des Angeschulbigten nicht den Gang der Untersuchung gehindert hat; meil bann bas Motiv, wegen welches die Caution zur Strafe verfallen soll, nämlich der Nachtheil, daß die Richter bie Untersuchung nicht fortsetzen können, wegfällt. Berfasser dieses Aufsatzes erinnert sich eines Falles, in weldem ber Angeschuldigte Caution von 10000 Gulden stellte, nachdem er bereits 6 Monate im Gefängnisse und die Boruntersuchung schon fast beendet war. Der Angeschuldigte war fich seiner Unschuld bewußt, wollte sich aber doch nicht ftellen; die urtheilenden Richter erkannten, baß bie Sand= lungsweise des Ungeschuldigten eine völlig gesetliche sen, und die Zeugen bestätigten seine Unschuld. Er wurde frei: gesprochen. Sollte er hier bennoch die Caution verlieren? Leiber muß, selbst nach mehrern neuen Gesetgebungen, bie B

#### 158 Das belgische Geset vom 18. Februar 1852 2c.

Frage bejaht werden, Der belgische Gesetzgeber giebt weinigstens den Gerichten die Möglichkeit, den billigen Forderungen Gehör zu geben. Wir fürchten freilich, daß die Gerichte nach einer Art Transactionssystem zum Durchhauen des Knotens kommen und die Summe theilen. Nach dem belgischen Gesetze (Nachsatz des art. 23) sollen auf jeden Fall die außerordentlichen Kosten, welche die Unterlassung des Angeschuldigten, sich zu stellen, verursachte, vorwerst aus der Cautionssumme getilgt werden.

Mag man auch wünschen, daß das belgische Gesetz noch mehr auf der Bahn des Fortschritts geleistet hätte, so muß man doch gerechter Weise erkennen, daß große Verzbesserungen gemacht wurden.

#### IX.

Die

# Bestimmungen der neuen Gesetzgebungen

über

# das richterliche Milderungsrecht

geprüft von

# Mittermaier.

(Als Fortsetzung der Aufsätze Mr. VII. XIII. XIX. XXIV. in diesem Archive Jahrg. 1851 über den gegenwärtigen Zustand der Strafgesetzung.)

Ver wichtigste Punkt bei jeder Strafgesetzgebung ist das Verhältniß, in welchem das richterliche Ermessen geregelt wird. Es wird keinem Geschgeber gelingen, alle möglichen Fälle, die bei der Anwendung eines gewissen Strafzgesets vorkommen können, vorherzusehen, und darnach die Strafdrohung zu berechnen. Die Art, wie in Gesetzgebungs: oder Prüfungs: Commissionen der Regierung oder der Kammern über vorgelegte Entwürse und in Ständezversammlungen die Gesetz zu Stande gebracht, zeigt bei der Bestimmung der Strafgrößen oft ein nicht erfreulisches Markten und ein Concessionssystem, indem irgend ein schwererer (vielleicht neuerlich vorgekommener, Aussehen erweckender) Fall bei der Abstimmung die Steigerung der Strafgrößen veranlaßt, während die Anführung eines bestieben veranlaßt, während die Anführung eines bes

# 160 Bestimmungen der neuen Gesetzgebungen

sonders milden mit Warme von einem Mitgliede zerglieder: ten Falles bewirkt, daß bei der Abstimmung das Minimum ber Strafen geringer festgesetzt wird. — Go lange die Be: setgeber nur durch das Abschreckungsprinzip geleitet murden, so lange vorzüglich die Feuerbachsche Theorie zahlreiche Unhänger hatte, mußte man lieber zu fehr hohen Straf: drohungen gelangen, um desto sicherer abzuschrecken; und die migverstandene Unsicht von der nothwendigen Bestimmt: heit der Strafgesetze führte zur Drohung vieler, absolut bestimmter Strafen, und zu einem unbegränzten Raume zwischen Maximum und Minimum. Man weiß, wie in Frankreich die Fesisetzung solcher Granzen als eine große Concession gepriesen murbe, wie bei ber Ginführung ber Beschwornen nur eine unverständige Auffassung ber Stellung der Geschwornen die Durchführung der festbestimmten Stra: fen in dem Gefete v. 1791 veranlagte 1). Gine ebenfo grund: lose Auffassung bes Unterschieds von Berbrechen und Bergehen und entschiedenes Mißtrauen gegen die Geschwor: nen bewirkten bei der Abfassung des Code von 1808, daß man bei crimes kein Milberungsrecht geben wollte, während man burch den art. 463 des Code eine folche Befugniß bei Bergehen einräumt. Warum verschweigt man, baß balb nach dem Erscheinen bes Gesethuches die Stimmen ber ausgezeichnetsten Männer?) sich für die Nothwendigkeit erklärten, den Ussisenhöfen die nämliche Befugniß zu geben, die der art. 463 den correctionellen Gerichten gab? Warum beachtet man nicht, daß bald barauf im Ministes rium beschlossen wurde, einen solchen Untrag bei dem Staats: rathe zu machen, und daß die Borlagen des Gesetzent:

<sup>(1</sup> Un das Exposé des motifs zum Gesetze v. 1791 erinnert H. Mypels in der Zeitschrift für auslandische Gesetzebung XXII. S. 393 in Not.

<sup>2)</sup> Carnot Comment. sur le Code pénal Art. 46 Nr. 15.

wurst nur durch zufällige Umstände aufgeschoben wurz de 3), bis man endlich 1832 zu dem bekannten Systeme ber mildernden Umstände kam?

Man muß es beklagen, daß unsere Gesetzeber noch immer die Aufgabe der Strafgesetzebung nicht recht erfassen, und nicht erkennen, daß es zur Erreichung des Iwecks der Strafen weniger darauf ankommt, daß den Schuldigen eine gewisse schwere Strafe treffe, sondern darauf, daß überhaupt der Schuldige der Strafe nicht entgehe, und eine gerechte mit seiner Verschuldung in Verhältniß stehende Strafe leide. Ein solches intensiv starkes, zugleich die abschreckenden und bessernden Wirkungen der Bestrafung möglicher Weise herbeisührendes gerechtes Strafurtheil ist aber nur möglich, wenn diejenigen, welche auf den Ausspruch der Größe der Strafe einen Einsluß haben, den unendlich vielgestaltigen, die Verschuldung eines Angeklagten modissicirenden Umständen geeignet Rechnung tragen können.

Um die Unwendung von ungerechten unverhältniß= mäßigen Strafen zu vermeiden, giebt es zwei Wege:

1) den, durch Begnadigung nachzuhelfen, 2) den, durch eine geeignete Fassung der Strafgesetze und gewisse Ermächtisgungen dem richterlichen Ermessen einen hinreichenden Raum zu geben. — Noch immer hört man bei den Verhandlungen über neue Strafgesetze, daß den Unträgen auf Erweiterung des richterlichen Ermessens von Seite der Vertheisdiger strenger Gesetze die Hinweisung auf die Gnade entzgegengesetzt wird. Wir halten das Begnadigungsrecht für nothwendig, aber die Einrichtung, nach welcher der Gesetzgeber die Fehler, welche er durch seine harten Strafdroshungen macht und leicht hätte vermeiden können, durch

<sup>3)</sup> Rypels in der anges. Zeitschrift G. 397.

<sup>4)</sup> Trefflich hat der bedeutendste Criminalist Frankreichs G. Helie in der Revue de legislation 1847. 11. p. 448 dies durchgeführt.

Begnadigung heilen laffen will, erklaren wir für ein Un= glud, weil dadurch nicht gerechte Strafurtheile, sondern nur Aussprüche einer nicht richterlichen Gewalt veranlaßt werden, welche bas richterliche Urtheil als materiel ungerecht anerkennen muß. Durch die Begnadigung wird die Justiz in das Kabinet verlegt; das Unsehen der Richter leibet, die Entscheidung des Schicksals des Angeklagten wird verzögert, und z. B. wenn ein Todesurtheil erging, eine nicht zu rechtfertigende Härte durch die fortgesetzte Todes= angst des Verurtheilten herbeigeführt. Das Volksrechts: bewußtsein, welches ein gerechtes Strafurtheil bes Serichts erwartet, wird durch das harte Urtheil verlett und durch die Vertröstung auf die sehr zweifelhafte Gnabe nicht beruhigt. Niemand kann verkennen, baß dem Regenten und seinen Rathgebern die Materialien fehlen, um mit Sicherheit entscheiben zu konnen, ob der um Gnade Nachsuchende würdig berselben ist. Wir bitten die Leser an die Erfahrungen sich zu erinnern, welche in Bezug auf bies Berfahren, welches eintritt wenn die Uften eingesenbet werben und bie Schwierigkeiten über Begnabigungen zu entscheiben, im preußischen Justizministerium gemacht wur-Die Sache erhält aber noch eine ganz andere Bebeutung in Ländern, in welchen das mündliche Berfahren eingeführt ift. Bährend in dem schriftlichen geheimen Berfahren die Richter, welche das Urtheil fällen, nur an die Akten sich halten mußten und die nämlichen Akten bem Ministerium vorliegen, konnen bei ber mundlichen Berhand: lung bem Ministerium nur die dürftigen Ukten ber Boruntersuchung und die mageren Aufzeichnungen während der Assise vorgelegt werden; mas in der Sitzung selbst. vorging, was am meisten bient, über die Verschuldung des Ungeklagten ein gerechtes Urtheil zu fällen, kann bem Be-

<sup>5)</sup> Preuß. Justizministerialblatt 1848. Nr., 30.

gnabiger nicht vorgelegt werden. In England, wo der präsidirende Richter die genaueste Aufzeichnung aller in der Situng vorgekommenen Aussagen macht und diese Auf= zeichnungen dem Staatssecretar mittheilt, wo der Richter es eigentlich ift, von dem es abhängt, ob ein Todesurtheil durch Gnade abgeändert werden soll, tritt wenigstens das Berhältniß ein, daß der Staatssecretar eine vollständige Aufzeichnung der Verhandlungen vor sich hat; in anderen Landern aber ift die Ginrichtung noch weniger geeignet, bem Minister, von bessen Vortrag an den Regenten die Begnadigung abhängt, die Tragung ber furchtbaren Berant: wortlichkeit zu erleichtern und dem Regenten die qualvolle Zwangslage zu ersparen, in welcher er sich befindet, wenn er gewissenhaft ist, und entscheiden soll, ob ein zum Tode Berurtheilter begnadigt werden foll.

Bilde sich Niemand ein, daß die Geschwornen badurch daß etwa Hoffnung eröffnet ist, daß das Urtheil, deffen materielle Ungerechtigkeit sie erkennen, nicht zur Bollziehung fommen werde, eher in die Stimmung versetzt wer= ben, in welcher sie willig sind, den harten Wahrspruch zu fällen; fie werben, wenn nur von der Gnade Sulfe erwartet werden soll, entweder gegen den vorliegenden Beweis und das Gesetz lossprechen, oder doch wenigstens jeden Auswegergreifen, durch welchen sie die harte, zwar formell gerecht erkannte Strafe umgehen können. Auf jeden Fall darf nicht verkannt werden, daß bei der Begnadigung leicht im Bolke Mißtrauen entsteht, ob nicht bei den Aussprus den, welche Gnade bewilligten ober abschlugen, Gunft und anliche Einfluffe wirkten 5 a). Nur ber zweite oben ange-

<sup>5</sup>a) Wir erinnen an die Meußerungen ber Preffe &. B. in Engs land und Belgien, wenn oft bei einem Todesurtheil Gnade abgeschlagen und bei einem andern in die nämliche Beit fallenden Urtheile Gnade ertheilt wird. Die Vergleichung fallt oft nicht gunstig für die Regierung aus.

## 164 Bestimmungen der neuen Gesetzgebungen

gebene Weg entspricht barnach bem 3wede ber Straf= justig, wenn die Gesetzebung selbst schon forgt, baß die= jenigen, welchen bas Urtheil obliegt, nur eine Strafe aus: sprechen können, welche nach ihrer Ueberzeugung als eine gerechte der Größe der Verschuldung des Ungeklagten entspricht. Dies wird entweder bewirft: 1) wenn die Gesetgebung kein Minimum festsett, 2) oder wenn nebeneinander verschiedene Strafarten gedroht werden, unter welchen der Richter wählen kann; 3) ober wenn wegen verminderter Zurechnung ein Milderungsrecht gegeben wird; 4) ober wenn bem Gerichte (ober ben Geschwornen) bie Befugniß gegeben wird, bei dem Dasenn mildernder Umstände von der ordentlichen Strafe abzugehen und bie Strafe unter bas Minimum herabzuseten; 5) ober wenn wenigstens bei einzelnen Berbrechen der Strafbrohung bie geringere Strafe im Falle ber milbernben Umftanbe beis gefügt wird.

Die Frage, wie biese Wege benutt werden sollen, wird verschieden beantwortet werden, jenachdem in Landern, in welchen Schwurgerichte bestehen, die Einwirkung auf die Anwendung einer milderen Strafe nur den Staatstichtern oder den Geschwornen überlassen wird. In Franktreich sind es die Geschwornen, welche nicht blos dadurch, daß sie die schwerere Hauptanklage verwerfen und eine eventuelle mildere Anklage gegründet sinden, daher z. B. wegen Mordes nichtschuldig, wegen Todtschlags schuldig erzkennen, sondern auch ihrem Wahrspruche der Schuld den Zusatz mit mildernden Umständen beifügen können, wo dann die Richter gesesslich verpslichtet sind, eine geringere Strase auszusprechen.

Das Nämliche tritt ein in England und in Schott: land, jedoch nur so, daß die Geschwornen tem Wahrspruch der Schuld eine Empsehlung zur Milde des Gerichts beis

fügen b), jedoch wissen, daß bies bei ber Ausmessung ber Strafe die Wirkung hat, baß der Richter nur möglichst milbe Strafe aussprechen wird. In Preußen erkennen die Geschwornen über bas Dasenn mildernder Umstände, in Baiern ebenso über ben Milderungsgrund der verminder: ten Burechnung und über Dasenn der Milderungsgründe bei Pregvergeben, wogegen in Desterreich, in Hannover, in Braunschweig, in Belgien, Die Staatsrichter entscheiben, ob milbernde Umstände anzunehmen sind.

Wir sind noch immer überzeugt, daß folgerichtig eine Gesetzgebung 7), welche von dem Dasenn von Milde= rungsgründen das Eintreten geringerer Strafen abhangig macht, ben Geschwornen die Entscheidung über das Da= senn dieser Gründe übertragen muß; denn mag auch der Gesetzgeber unter einem bestimmten Ausbruck ein Berbrechen aufstellen, so sind es doch immer unendlich viele Abstufungen, die unter einem Ausbruck begriffen find; ber Begriff ber Schuld ift fein abstracter, sondern ein auf die einzelne Handlung bezogener; die Geschwornen, welche über die Schuldfrage urtheilen follen, muffen zugleich urtheilen, ob der Angeklagte, eines größeren oder geringeren Grades des Vergehens schuldig ift. Der Gesetgeber, welcher ben Nachtheil der Casuistik vermeiden will, ftellt entweder bei einem Berbrechen verschiedene Ub= ftufungen auf, und droht bei jeder eine gewisse Strafe, oder er faßt alle möglichen Grade in einer weitgefaßten Straf= drohung zusammen; wenn nun die Geschwornen, welche über die Schuld des Angeflagten urtheilen, in dem vorliegenden Falle Combinationen vorhanden finden, auf de= ren Daseyn der Gesetzgeber bei seiner Strafdrohung nicht rechnete, so sprechen sie, indem sie gewisse Thatsachen als Ergebniß der Berhandlungen vorhanden finden, durch Un-

<sup>6)</sup> Meine Schrift: das englische Strafverfahren S. 488. 7) Gründe f. oben in diesem Archiv 1850, S. 135.

## 166 Bestimmungen ber neuen Gesetzgebungen

nahme von milbernden Umständen aus, daß der Angeklagte in einem geringeren Grade schuldig ift, als ber Gesetzeber durch seine allgemeine Formel annahm. Dem Strafrichter bleibt dann immer noch ein bedeutender Wirkungsfreis, durch Erwägung aller Umstände des Falles die entsprechende Strafe zu finden. — Biele Gesetzgeber haben jedoch für ihre Borfdrift, daß nicht die Geschwornen, sondern die Staatsrichter über bas Dasenn von mildernden Umstånden entscheiden sollen, die Gründe theils in der Besorgniß gefunden, daß die Geschwornen auf eine gefähr: liche Beise die Befugniß mißbrauchen, theils darin, daß die Entscheidung über solche Umstände nur auf bie Art und Weise der Strafanwendung sich bezieht, und diese nur den Richtern zustehen fann8). Uns scheint, daß bei dem letten Grunde eine Bermechselung ber Strafminderungs: mit ben Milderungsgrunden vorliegt ; daß man die Geschwor: nen nicht über jeden einzelnen Minderungsgrund, 3. B. Berführung, Reue, entscheiden lassen kann, ist völlig gegründet; allein, wenn das Geset anerkennt, daß da, wo bei einem gewissen Berbrechen ein besonderer Milderungsgrund gesetlich aufgestellt ist, z. B. Provocation bei ber Töbtung, Geschworne entscheiden sollen, so muß es folgerichtig auch annehmen, daß ba, wo das Gefet überhaupt wegen bes Dasenns milbernder Umftanbe zu ber Berabsetung ber Strafe ermächtigt, Geschworne entscheiben mussen, weil bas Gesetz durch diese Gestattung erfennt, daß es unmöglich ist jeden einzelnen Milderungsgrund im Gesetze vorherzuseben, und daß in manchen Fällen durch Zusammenwirken vieler Umstände, die an sich nur Minderungsgründe sind, Die Verschuldung so herabgedrückt werden kann, daß bie im Minimum gedrohte Strafe eine ungerechte seyn wurde.

<sup>8)</sup> Dieser Grund entschied in Braunschweig. Degener, die größeren Justizorganisationsgesetze U. S. 85. 87.

Merkwürdig ist, daß der neue von der Rammer der Repräfentanten bereits angenommene Entwurf bes Strafgeset= buchs für Belgien 9) die Würdigung der Milderungs: grunde den Gerichten überträgt10), und die Commission zu= stimmt, weil die Unnahme von Milderungsründen die Schuld bes Angeklagten bestehen laßt, ohne sie wesentlich zu andern, und die Strafausmessung nur der richterlichen Gewalt zukommt. In den Verhandlungen der Kammer 11) erklarte sowohl ber Justizminister als einzelne Mitglie ber, daß sie lieber den ganzen Artifel fallen laffen wurden, wenn die Entscheidung über die Milderungsgründe den Geschworuen überlassen werden sollte. Wir wissen wohl, daß es besonders in Deutschland zur Mode gehört, über die gro-Ben Mißbrauche zu flagen, welche die Geschwornen in Frankreich durch Unnahme von Milderungsgründen ver= üben. Une scheint aber, daß Biele den von Einigen bes haupteten Sat nachschwaßen, ohne selbst zu prüfen. Das hohe Unsehen von Selie 12), der in seiner Stellung im Mi= nisterium am besten den Gang ber Rechtsprechung beurthei= Ien konnte, sollte boch aufmertsam machen, daß die Sache auch eine andere Seite hat. Es ist zwar richtig, daß 1849 die Geschwornen bei 3586 Ungeklagten dem Wahrspruch ber Schuld die Unnahme von Milderungsgründen beifüg: ten (also bei 70 von 100 13), daß in manchen Fällen falsches Mitleiden, oder nur der Wunsch die sonst drohende Todesstrafe zu beseitigen, den Ausspruch der Milderungs:

<sup>9)</sup> Projet art. 110.

<sup>10)</sup> Schon in dem Gesetze vom 1. Mai 1849 art. 3 war dies ser Grundsatz ausgesprochen. Nypels in der Zeitschrift XXII. S. 398.

<sup>11)</sup> Annales parlamentaires 1851/52 Chambre des Représentants (séance du 24. Nov. 1851) p. 101.

<sup>12)</sup> Borzüglich-sprach er sich darüber in der Revne de legisla-tion 1847. vol. II. p. 443 aus.

<sup>13)</sup> Im Jahre 1846 und 1847 war das Berhältniß 73, im Jahre 1845: 72.

# 168 Bestimmungen der neuen Gesetzgebungen

grunde erzeugten; allein vergleicht man genauer die Falle, in denen dieser Ausspruch erfolgte, so überzeugt 14) man sich bald, daß er in Fallen eintrat, in denen der Code auf. die empörendste Weise die unverhaltnismäßig harte Strafe brobte, und das Gewissen ber Geschwornen sich gegen ben furchtbaren unbedingten Ausspruch der Schuld straubte. Es ergiebt fich aber auch, baß feit ber Gestattung ber Unnahme ber Milderungsgründe die Kraft der Repression burch Bermehrung der Berurtheilungen zunahm und fo die burger= liche Sicherheit gewann; es zeigt sich, daß die Ussisenrichter, von denen es abhangt, wenn Milderungsgründe angenommen sind, die Strafe um einen Grad oter um zwei Grade herabzusetzen, häufig dies Lette aussprachen 15), dadurch also erkannten, daß die sonst einzutretende gesetzliche Strafe um zwei Grade zu hoch mar, und daß die Richter in correctionellen Fällen ebenfalls (ungeachtet der schlecht und zu enge gefaßte Urtikel 463 sie beschränkte) von dem Milderungsrechte häufig Gebrauch machten 16).

Alles kommt darauf an, ob die Richter, denen das Gesetz die Entscheidung über das Dasenn von Milderungs, gründen zuweist, durch ihre unabhängige Stellung, vorzäglich durch ihr wohlwollendes menschliches, auf keine Leisdenschaft deutendes Benehmen das Vertrauen den Gesschwornen einslößen, daß auch bei ergangenem Wahrsspruch der Schuld die Richter mit Billigkeit und zarter Würdigung der die Verschuldung bestimmenden Umstände die Milderungsgründe beachten werden 17).

<sup>14)</sup> Wir haben in der Zeitschrift für ausländische Gesetzebung XXIV. S. 169 eine genaue Zusammenstellnng gemacht.

<sup>15)</sup> Im J. 1849 erfolgte bei 1051 Verurtheilten die Reduction der Strafe um vier Grade.

<sup>16) 3.</sup> B. von 1000 wegen Diebstahls correctionell Perurtheils ten, wurden 786 mit milbernden Umständen von den Richtern schuldig erkannt.

<sup>17)</sup> Dies Bertrauen ist in England und Schottland begründet.

Bir wollen nun prufen, in wiefern die neuen Gefet: gebungsarbeiten von den verschiedenen oben angedeuteten Mitteln, das richterliche Ermessen zu erweitern, Gebrauch gemacht haben.

Die Anordnung, nach welcher bas Gesetz Strafe I. überhaupt ohne Fest setzung eines Minimums broht, ift nur in dem ungarischen Entwurfe 18), in der Gesetz= gebung von Genf wenigstens seit 1843, theilweise 19), in den neuesten Gesetzen von Bremen 20) und in ber neuen engli= schen Strafgesetzgebung 21) durchgeführt. Das neue preu-Bische Strafgesetzbuch hat bavon bei einzelnen Berbrechen Gebrauch gemacht 22). Es ift nicht immer einzusehen, aus welchen Grunden nur bei biefen Bergeben bas Gefegbuch kein Minimum brobte, wahrscheinlich beswegen, weil vorzüglich die Ueberzeugung sich aufdrängt, daß nach ber Erfahrung bei tiesen Bergehen die Berschuldung oft so gering fenn kann, baß eine, burch eine wenn auch geringe Strafe ausgesprochene Mißbilligung der Handlung am

<sup>18)</sup> Darüber meine Schrift: bie Strafgesegebung in ihrer Forts bildung II. S. 236.

<sup>19)</sup> Zeitschrift für ausländische Gesetzebung XVIII. S. 137.

<sup>20)</sup> In diesem Archiv 1851. S. 285.

<sup>21)</sup> Roch in der neuesten englischen Gesetzgebung v. 3. Juli 1851 (Beitschrift für ausländische Gesetzgebung XXIV. G. 79) ist 3. B. für die gefährlichsten Beschadigungen von Gisenbahnen Transportation auf Lebenszeit oder Gefängniß bis 3 Jahre gedroht. Reuere sehr milde Fälle haben gezeigt, daß dadurch dem Richter möglich wurde, einige Monate Gefängniß zu erfennen.

<sup>22)</sup> Sieher gehören S. 95 (Befreiung eines Gefangenen burch Fahrlässigkeit), §. 97 (Bildung bewassneter Hausen), §. 98 (Theilnahme an geheimen Verbindungen), §. 109 (falschie Entschuldigung der Geschwornen), §. 112 (Nichtanzeige einer Desertion), §. 130 (Verleitung zur Abgabe falscher Versiches rung an Eidesstatt), §. 135 Perabwurdigung der Religion), §. 190 (vorsätliche Wishandlung oder Körperverlesung), §. 212 (3mang gegen eine Person), S. 281 (Bermögensbeschaft digung).

## 170 Bestimmungen der neuen Gesetzgebungen

Plaze ist; insbesondere tritt die Anordnung bei Bergehen ein, die nur Gesängnißstrase nach sich ziehen. Uns scheint, daß bei den Bergehen, bei welchen das Gesetz Gesängniß von einer Woche bis 2 (3, 6) Monaten droht <sup>23</sup>), eben sowohl das Minimum hätte weggelassen werden können, weil eben so oft Fälle vorkommen werden, in welchen ein wöchentliches Gesängniß offenbar zu hart ist. Bergebens sucht man einen Grund, warum in §. 135 für Lästerung der Gottzheit oder Verspottung der Gegenstände religiöser Verehrung kein Minimum gedroht ist, und in §. 136 bei dem, der in der Kirche durch Lärmen den Gottesdienst oder eine gottesdienstliche Verrichtung stört, ein Minimum von einem Monat gedroht ist, da gerade bei diesem letzern Vergehen oft sehr gering strasbare Störungen vorkommen <sup>24</sup>).

II. Der zweite Weg, daß verschiedene Strasen gestroht werden, zwischen welchen der Richter wählen kann, wird vorzüglich von Bedeutung 1) da, wo das Gesethuch eine entehrende Freiheitöstrase und außer ihr eine nicht entsehrende Strase broht, oder 2) wo das Geseth die Unterscheidung von Verbrechen und Vergehen strenge durchführt und gewisse Strasenten (z. B. Zuchthaus) als Strasen der Verbrechen und andere als Strasen der Vergehen ausstellt; 3) da, wo die Gesängnißstrase alternativ nebeneinander gedroht ist. Während einige Gesethücher z. B. das babische nebeneinander entehrende und nicht entehrende Strassen häusig drohen und dies System sich wohlthätig bewährt,

<sup>23) 3.</sup> B. Art. 102. 108. 118. 156.

<sup>24)</sup> Das hannoversche Strafgesethuch Art. 180 droht bei der Störung des Gottestienstes nur Gefängnißstrafe. In einem Falle hatte während der Predigt ein Mann, zu welchem der Nachs bar höhnend sagte: Der Pfarrer (welcher heftig gegen eine gewisse Sünde predigte) meint Sie, dem Nachbar laut und heftig zurief: Halten Sie das Maul und kümmern Sie sich um sich selbst. Der Pfarrer hatte Unzeige gemacht, und der Angeschuldigte wurde mit 2 Tagen Gefängniß bestraft.

scheinen andere Gesetzgeber dies bedenklich zu finden, weil dadurch eine zu große Gewalt in die Bande der Richter ge= legt werden mußte und die folgerichtige Durchführung ber Classification von Berbrechen und Vergeben gehindert würde. Das preußische Strafgesetzbuch broht Buchthaus, strafe (als Berbrechensstrafe) nie neben einer Bergehensstrafe alternativ, und die alternative Drohung der entehrenden Buchthausstrafe neben ber nicht entehrenden Einschließung kommt nur in einigen wenigen Fällen vor 25), so daß die lette nur erkannt werden darf, wenn mildernde Umstände da sind. Häufig ist nur Zuchthaus im Minimum ohne Busat (also 1 Jahr, ba bies bas gesetliche Minimum ift), oft Zuchthaus bis 10, bis 15, bis 20 Jahren, in anderen Källen mit Minimum 5 bis 20 gebroht; so daß der Rich= ter einen sehr weiten Raum fur sein Ermeffen hat. -Bäufig ift Gefängniß alternativ mit Geldstrafe gedroht 26), wo jedoch die lette nur erkannt werden kann, wenn mil= bernde Umstände ba sind 27).

Die wichtigste Vorschrift in einem Gesetzbuche ift die, daß in Fällen, in welchen im geringeren Grade ein Bustand vorhanden ist, welcher im hochsten Grade die Burechnung aufheben würde, bas Gericht ermächtigt wird, eine geringere (das Gesetz bezeichnet dann ein neues Minimum) Strafe zu erkennen. Alle neuen Strafgesetbucher Deutschlants 28) aber auch Italiens 29) haben diesen Milde:

<sup>25)</sup> im Art. 63. 64 (bei Berabredung eines hochverrätherischen Unternehmens), im Art. 65 (Aufforderung jum Bochverrath), 66 (Borbereitungshandlungen jum Sochverrath), 68 (Waffen= tragen in fremden Rriegsdiensten gegen Preuken), 74. 76 (Majestätsbeleidigung), 78 (feindliche Sandlung gegen be= freundete Staaten).

<sup>26) 3.</sup> B. Art. 100. 101. 105. 107. 110. 122. 132. 155. 201. 270. 27) Preuß. Gesetbuch §. 18. Goltdammer Materialien. S. 193. 28) Nachweisungen in neuerer Ausgabe von Feuerbachs Lehrbuch Mote VI. ju S. 94.

<sup>29)</sup> In Reapel, in Parma. Im Gesethuche von Sardinien von 1839 art. 100, in dem toskanischen neuen Entwurf §. 81.

# 172 Bestimmungen der neuen Gesetzgebungen

rungsgrund aufgenommen; diejenigen Gesetbücher, welche überhaupt wegen des Daseyns von Milderungsgründen die Strafe mildern lassen, z. B der belgische neue Entwurf, bedurften dieses besonderen Milderungsgrundes nicht; die hamburgischen Entwürfe halten es aber für zweckmäßig, sowohl die allgemeine Ermächtigung wegen zusammentressender Milderungsgründe, als die wegen verminderter Zurechnung in das Gesetz aufzunehmen 29 a).

In Baiern, beffen Gesethuch weber ben allgemeinen noch ben besonderen Grund der verminderten Burechnung aufgenommen hatte, führte die Erfahrung auf die Noth= wendigkeit, im Gesetze von 1848 diesen zuletzt genannten Grund aufzustellen 30). Um so auffallender ift es, daß bas neue preuß. Gesethuch biefen Grund nicht aufgenom= Man erfährt aus ber schon oft gerühmten Dar: men hat. ftellung von Goltbammer 31), daß der Entwurf von 1845 eine diesen Milderungsgrund anerkennende Borschrift enthielt, daß diese jedoch in der Immediatcommission Biberspruch erlitt, indem der Richter nur prüfen durfe, ob Burechnungsfähigfeit vorhanden wäre, die Gestattung, auf solche Mittelzustände Rucksicht zu nehmen, selbst für ben Ungeklagten zu Barten führen könne, bei deren weitem Raume von Minimum und Maximum ber Milberungs: grund unnöthig murde, bei abfoluten Strafen durch Begnadigung geholfen werden tonne, vor Geschwornengerich: ten die Sache unausführbar mare. Bei dem vereinigten ständischen Ausschusse kam die Frage wieder zur Sprache;

<sup>29</sup>a) Hamburg, Entw. v. 1849. Art. 52. 53. Entw. von Trums mer §. 54. 55. Entw. v. 1850 Art. 61. 62.

<sup>30)</sup> S. Nachweisungen in diesem Archive 1950. S. 344. In bem neuen 1851 den Kammern vorgelegten Entwurfe §. 94 findet sich der Milderungsgrund.

<sup>31)</sup> Materialien ic. S. 400.

man forberte die Aufnahme des Milberungsgrundes; ber Regierungscommissär widersprach 32). Der neue Entwurfvon 1850 nahm den Milberungsgrund nicht auf, und ba bas so häufig angewendete System ber milbernben Umftanbe gestattet, auch auf die verminderte Burechnung Rud: fict zu nehmen, so hielten die Rammern die Aufnahme ber Milberungsgrunde nicht für nöthig. Wir besorgen, daß durch die Weglassung dieses Milberungsgrundes eine bebenkliche Lucke entsteht, eine Härte in die Strafanwendung kommen wird, die um so weniger zu rechtfertigen ist, als schon seit Jahrhunderten die Rechtsübung in Deutsch= land ben Milberungegrund (unter verschiedenen Ausbruden) anerkannte. Der Gesetzeber täuscht sich, wenn er hofft, daß durch die angeblich weiten Räume das gesetzliche Marimum jund Minimum nur durch die Gestattung ber milbernben Umftande der Milberungsgrund wegen verminberter Zurechnung entbehrlich werde; wir werden nachweis fen, bag in manchen Fällen bas Minimum zu boch bestimmt ift, und die Berücksichtigung der Milderungsgründe in zu wenig Fällen zugelassen wurde. Die Ausschließung bes eben bemerkten Milderungsgrundes erklart sich bei manchen Gesetzebern durch die große Unhänglichkeit an das französische Recht und durch das Fortwirken jener auch von

<sup>32)</sup> Man hatte gegen die Behauptung, daß schon das preuß. Land= recht U. Tit. 20 S. 18 auf das System der mildernden Um= stände hinweise, geltend gemacht, daß in der Praris der Ur= tikel nur dahin verstanden worden, daß der Richter bei Arbitrirung der Strase auf die geminderte Zurechnung Rücksicht nehmen müsse. Wir erlauben uns auf den Fall an Mann= kopfs Jahrbücher für die Criminalrechtspslege in Preußen 1. Bd. 2. Peft S. 199 hinzuweisen, wo das Ober-Appellationssericht einen Mann, der zum Selbstmorde eines Andern Beiskand leistete, zu 2 Jahren Festung verurtheilte, indem es den 5. 18 des Landrechts so auslegte, daß der Richter bei vers minderter Zurechnung freies Ermessen habe.

# 174 Bestimmungen der neuen Gesetzgebungen

Feuerbach vertheibigten unrichtigen Unficht, mit ber man vor etwa 50 Jahren meinte, durch scharf bestimmte Regeln und schroff im Gesetze bestimmte Rategorieen bas Ansehen der Strafgesetze sichern zu muffen. Ein Ueberbleibsel die: fer Unfichten sind die Borschriften mancher Gesethucher über die Jugend als Minderungsgrund. Man ahmte (auch in bem preuß. Geseth. §. 43) bem Code penal nach, indem nur bis zum 16. Jahre die Frage gestellt wird, ob der Ungeschuldigte mit Unterscheidungskraft gehandelt habe, so daß nach dem 16. Jahre die Jugend die Strafe nicht milbern barf. Während schon bie alte Rechtswissenschaft bie Minderjährigkeit überhaupt als milbernd berücksichtigte, mährend deutsche Gesetzgebungen bis 21 Jahre 83), anbere bis zum 18. Jahre 34), die italianische Gesetzgebung bis zum 20. Jahre 35), der neue belgische Entwurf 36) bis zum 21. Jahre (wenigstens in Bezug auf die Todesstrafe) bie Jugend als Milberungsgrund erkennen, muß ber preußiiche Richter gegen einen jungen Menschen von 17 Jahren die gesetzlich gedrohte Todesstrafe erkennen 37). Ein wei: terer Grund, aus welchem einige Gesetzeber ben Dilberungsgrund wegen verminderter Burechnung nicht auf:

<sup>33)</sup> Braunschweigisches Gesetzuch Art. 62. Die österreichische Straf=Prozeß=Ordnung §. 345 läßt gegen Personen unter 20 Jahren keine Todes = und lebenslängliche Strafe eintreten.

<sup>34)</sup> Thüringisches Gesetbuch Urt. 58.

<sup>35)</sup> Entwurf des päpstlichen Gesethuches art. 34. Der toskanische Entwurf art. 43 läßt bis zum 18. Jahre Milberung zu. Das sardinische Gesethuch v. 1839 §. 92 läßt die ordentliche Strafe nur bei Großjährigen (21 J.) zu, und erkennt mit (95) einer geringeren Strafe bei jedem unter 18 Jahren.

<sup>36)</sup> Entwurf art. 99.

<sup>37)</sup> Dies war in Frankreich schon öfter der Fall. Im J. 1827 sah der Berfasser in Paris einen 19jährigen jungen Mann wegen Mordes hinrichten. Wir wünschfen, daß die Gesetze ber damals die Stimmen der verständigen Männer gehört hätten.

nehmen, liegt in ber irrigen Unsicht, als wenn eine getheilte Burechnungsfähigkeit anerkannt werden sollte, mabrend bei jenem Grunde nur die Richtigkeit der wissenschaftlichen Korschung 38) anerkannt wird, daß bas Bewußtseyn, auf dessen Wirksamkeit das Gesetz rechnet, wenn es den Berbrecher der vollen Strafe unterwerfen will, unendlicher Steigerung aber auch Herabsetzung, fähig ist, und zwischen bem Buftande, bei bessen Unnahme das Gesetz volle Berantwortlichkeit ausspricht, und bemjenigen, der die Burech: nung ausschließt, unendlich viele Abstufungen bemerkbar find, welche bie Berschuldung verschieben bestimmen, baß vorzüglich bei Seelenstörungen burch Hallucinationen, durch noch nicht völlig ausgebildete Krankheiten, durch die Falle, in welchen in den sogenannten hellen 3wischenraumen ber Bahnsinnige Verbrechen begeht, durch Taub: stummheit, Blöbfinn, Trunkenheit Bustanbe herbeigeführt werben, in welchen auch das gesetzliche Minimum ober die absolut gebrobte Strafe nicht angewendet werden fann, ebenso wie in den Fällen, wo ein Zwang, jedoch nicht völlig aufhebend, auf den Ungeklagten wirkte, oder die That in einem Zustande verübt wurde, wo Schlaflosigkeit, Gemütheanstrengung und Berauschung zusammenwirkten 39). Benn man in Preußen behauptete, daß von Geschwornen= gerichten die Borschrift unausführbar wäre, so lehrt die Erfahrung von Baiern 39 a), Würtemberg, Heffen, Braun: schweig, daß die Frage an die Geschwornen häufig gestellt wurde, und gut sich bewährte; baß die Geschwornen nicht

<sup>38)</sup> S. auch Stahl Philosophie d. Rechts II. Bd. S. 140. Bau= meister Bemerkungen zur Strafgesetzung S. 69. 106.

<sup>39)</sup> Merkwürdiger Fall in der österreichischen Gerichtszeitung 1851 S. 854.

Baiern in den Jahren 1849, 50, 51 die Geschwornen die Frage über Dasenn geminderter Zurechnung in 51 Fällen; die Berhands lungen lehren, daß diese Wahrsprüche wohl gegründet waren.

selten die Frage wegen Unzurechnungsfähigkeit verneinten und die eventuelle Frage wegen verminderter Zurechnung bejahten, und dabei in dem Bolkerechtsbewußtseyn volle Billigung fanden, indem sonst die nachtheilige Lage ein: getreten ware, einen keineswegs ganzlich Unzurechnungs: fähigen von Strafe freisprechen, ober gegen die Ueberzeugung die volle Schuld anerkennen und das Eintreten einer ungerechten Strafe herbeiführen zu muffen 40). Wir bitten zu beachten, daß eben nach der Erfahrung in Hannover 41) ber Nachtheil des Mangels gesetzlicher Gestattung des fraglichen Milberungsgrundes sich zeigte.

IV. Die Gestattung der Strafe wegen des Dafenns milbernder Umstände überhaupt anzunehmen, fann entweber so vorkommen, daß A) das Gesetz nur bei bestimmten Berbrechen biesen Milberungsgrund anerkennt, B) oder. allgemein bei allen Berbrechen aufstellt. Dies lette Sp ftem liegt ber französischen Gesetzebung seit 1832, ber belgischen seit 1849 42) und im neuen Entwurfe ber neuen österreichischen Gesetze 48) (jedoch nicht auf die Falle ausgebehnt, in welchen Todesstrafe gedroht ift), dem braunschweigischen Gesetzbuche Urt. 62), dem medlenburgischen Ent= wurfe jedoch nur bei Bergehen, deren hochstes Strafmaaß 5 Jahre nicht überschreitet 44), zum Grunde. Das Erfte ist in dem hannoverschen Gesetzbuche 45) und im neuen

<sup>40)</sup> Die Motive zu dem neuen baier. 1851 den Kammern vors gelegten Entwurfe des Strafgesetbuchs zu Art. 94 rechtfertis gen dadurch auch die Aufstellung des Milderungsgrundes.

<sup>41)</sup> Ein hannoverscher Praktiker, Justizrath Mener, hat in der jurist. Zeitung für hannover 1850. Art. 19. S. 295 zc. sehr gut gezeigt, daß die Gestattung des Milderungsgrundes wegen verminderter Zurechnung nothwendig sep.
42) Nypels in der Zeitschrift XXII. S. 397.

<sup>43)</sup> Desterreichische Straf=Prozeß=Ordnung v. 1850. §. 346.

<sup>44)</sup> Erachten über die Einführung eines Criminalgesethuches in Medlenburg S. 47. 144.

<sup>45)</sup> Darüber meine Schrift: die Strafgesetzgebung II. S. 141.

preußischen Gesethuche angenommen 46). Aus ber Bergleichung der Berhandlungen über das Gesethuch 47) be= merkt man, daß man vorzüglich mit Berücksichtigung ber angeblich unerfreulichen Erfahrungen in Frankreich bas dort seit 1832 gewählte System für bedenklich hielt, daß in der Commission ber zweiten Kammer zwar gegen die beschränkte Auffassung Bedenken sich erhoben, allein zu= lett die Rammern dem Entwurfe, der nur bei einzelnen Berbrechen Milderungsgrunde zuließ, zustimmten, jedoch ben Rreis ber Fälle, in benen die milbernben Umftanbe anerkannt werden durften, erweiterten. - Wir konnen der Anficht des preußischen Gesetzbuches nicht zustimmen; wir haben gewissenhaft geprüft, durch Bergleichung ber Commissionsberichte Grunde aufzufinden, aus welchen die Gesetzeber bei einigen Verbrechen Milderungsgrunde zu berückfichtigen gestatteten, und bei andern dies ausschlossen. Bir erfahren nur, daß bei einigen Berbrechen die gestell= ten Antrage auf einen Busatz wegen milbernder Umftande verworfen wurden, z. B. bei der zweifachen Che, weil man erklärte, daß sonst leicht die Ansicht von einer gerin= geren Immoralität des Werbrechens und eine allzu lare rich=

Wegen mildernder Umstände darf die Strafe herabgesett werden (d. h. das Geset droht eine geringere Strase): Art. 63 (bei Berabredung jum Hochverrath), 64. 65. 66 (bei Borsbereitungshandlungen zum Hochverrath), 68 (bei Tragen der Baffen gegen Preußen), 74. 76 (Majestätsbeleidigung), 79 (feindliche Handlungen gegen fremde Regenten), 102 (Beleidisgung von Körperschaften), 153 (Injurien wenn Erwiederung vorkam), 156 (Berleumdung), 187 (Körperverletzung), 216 217. 218 (Diebstahl), 227 (Unterschlagung), 237 (Hehlerei), 241 (Betrug), 259.260 (Betrunkenheit). Auffallend ist es, daß in einigen Fällen (74. 76) nach der Drohung der gewöhnlichen Strafe beigefügt ist: in minder schweren Fällen (mit Droshung einer geringeren Strafe), und dann es heißt: aber mils dernden Umständen.

<sup>47)</sup> Goltdammer Materialien S. 944 ff. Befeler Comme mentar S. 24. 32 ff.

# 178 Bestimmungen der neuen Gesetzgebungen

terliche Praris befordert werden konne 48). — Nach unserer mehr als vierzigjährigen Beobachtung ber Rechts: übung in Europa muß anerkannt werden, bag bei jebem Berbrechen die Schuld in unendlich vielen Abstufungen vorkommt, die selbst in einer außerordentlichen Combination ber Umstände eintreten können, daß biejenigen, welche Strafgesetze vorschlagen ober sie berathen, wenn sie reb: lich sein wollen, zugeben muffen, daß sie in dem vorliegenden Falle an Festsetzung der Strafdrohung nicht bachten. Die Gerechtigkeit aber fordert, daß Jeder nur Die seiner Berschuldung entsprechende Strafe leide. Erkennt bie Gesetzgebung die verminderte Zurechnung gehörig als einen Milderungsgrund allgemein an, so ist schon viel geschehen; allein gewiß ist es, daß dadurch nur ben subjectiven Dil= berungsgründen Rechnung getragen wird 49), mährend offenbar auch objective Milderungsgründe vorkommen 50) und einzelne als Minderungsgründe anerkannte Umftande in einzelnen Fällen eine folche Stärke gewinnen, ober fo viele folcher einzelnen Gründe, von denen jeder für fich nicht genügen würde, durch ihr Zusammentreffen bie Berschuldung so herabbruden konnen 51), daß das gesetliche Minimum unverhältnismäßig hart senn wurde, daher auch

<sup>48)</sup> Oft verwirft die Commission den Antrag mit der Erklärung im Berichte, daß sie dafür halte, daß selbst in mildernden Fällen die gedrohte Strafe gerecht sen; Gründe aber erfährt man nicht.

<sup>49)</sup> Der Berichterstatter des Ausschusses der zweiten Kammer in Baiern erklärt zu Art. 90 — 94 (worin die verminderte Zusrechnung als Milberungsgrund vorkommt) seine Ueberzeugung, daß man mit diesen Fällen nicht ausreiche.

<sup>50)</sup> Erachten über ben medlenburg. Entwurf S. 47.

<sup>51)</sup> Daher genügt auch die Aufstellung des Grundes der vermins derten Zurechnung nicht, weil oft viele Zustände zusammenstreffen können, so daß durch die auf das Dasenn eines bes stimmten Zustandes gestellte Frage nicht geholfen werden kann.

neue Gesetze 52) und Schriftsteller 58) es noch für nothig balten, neben dem Milderungsgrunde wegen verminderter Burechnung noch ben allgemeinen Milberungsgrund megen Busammentreffens mehrerer Grunde für nothwendig erach: Daburch, daß das preußische Gesetzbuch den Milten. berungsgrund ber verminderten Zurechnung nicht aufgenommen hat, sett es sich in die Lage, daß in einer Reihe von Berbrechen, bei denen das Strafgesetz den Busatz ber mildernden Umstände nicht aufgenommen hat, die Gerichte genothigt find, die unverhältnismäßig und so materiell ungerechte Strafe auszusprechen, während der Grund einer beginnenden Seelenstörung, Blobfinn in geringerem Grabe, Trunkenheit in gleicher Urt, 3mang und Ginschüchterung, ohne daß die Zurechnung ganz aufgehoben ift, in dem Falle vorliegt; die Gefahr wächst in Preußen noch, da man über bas 16te Jahr hinaus ber Jugend keinen milbernben Einfluß giebt und die Taubstummheit 54) im Gesetze nicht besonders berücksichtigte. Um schlimmsten zeigt sich dies, da in Preußen nicht selten absolut bestimmte Strafen und bobe Minima, vorzüglich bei der entehrenden Buchthausstrafe, gedroht sind, so daß biese Strafe in Fällen ausgesprochen werden muß, in benen nach ben besonderen Umständen des Falles eine entehrende Strafe ungerecht ift. Der Nach: theil wird sich besonders auch in Fällen zeigen, in welchen nur der Bersuch des Verbrechens eines Undern vorliegt. Das preußische Gesethuch hat, im Widerspruche mit ber feit bem Mittelalter in der Praris und in der Gesetgebung aller beutschen Staaten anerkannten Unsicht, und an bem

<sup>52)</sup> Braunschweig. Geseth. und bie hamburg. Entwürfe.

<sup>53)</sup> Baumeister Bemerk. S. 117. Geib Reform des deutschen Rechtslebens S. 152.

<sup>54)</sup> Warum hat man nicht die weise (durch die Erfahrung über den französ. Code für nöthig befundene) Bestimmung des belz gischen Entwurfs art. 106 aufgenommen?

## 180 Bestimmungen ber neuen Gesetzgebungen

in Frankreich selbst schwer getabelten 55) Grundsate festhal= tend, die Bestimmung aufgenommen (31. 34), daß ber Bersuch wie das Verbrechen selbst bestraft werden soll. 3mar wurde beigefügt, baß, wenn das Berbrechen mit Lo: des : oder lebenslänglicher Zuchthausstrafe bedroht ift, der Bersuch mit zeitigem Zuchthaus von mindestens 10 Jahren, und bei Theilnahme die nämliche Strafe, und wenn außer: bem milbernde Umstände hergestellt sind, Gefängniß von 2 bis 10 Jahren eintreten soll. — Wir erinnern baran, daß in den gandern, in welchen das Minimum der Bersuchs: strafe im Gesetze sehr hoch gestellt war, die Erfahrung ben großen Nachtheil solcher Bestimmungen lehrt, und daß die Criminalisten vorschlugen, kein Minimum bei Bersuch zu drohen. Jeder Praktiker weiß, wie bei dem Bersuche so häufig ein völlig untaugliches Mittel gebraucht, ober bas Berbrechen an einem Gegenstande, an dem dasselbe nicht verübt werden kann, begangen wird: für Fälle diefer Art, haben andere Gefetbücher geringere Strafen gedroht; bas preußische Gesetzbuch wollte barüber nichts bestimmen, es wollte der Doctrin die Entscheidung überlassen 56); voraus: sichtlich werden die preußischen Praktiker dem ungeheuren Widerstreit der Ansichten der Wissenschaft, nicht selten ber ftrengen Theorie, welche Bestrafung forbert, zustimmen, und bann ift das Gericht genöthigt, z. B. wenn der zum Morbe Entschlossene aus Irrthum Buder statt Gift gab, mindeftens Buchthaus von 10 Jahren anzuwenden. Dhnehin giebt es so viele Fälle, in welchen die Antwort auf die Frage: vb Anfang der Ausführung vorliegt, sehr schwierig A, und wo das Minimum von 10 Jahren offenbar zu hart

<sup>55)</sup> Hélie theorie II. p. 17 — 20. Rossi III. p. 10. Boitard leçons de droit criminel p. 54. S. die treffliche Aussenandersesung in dem Berichte zu dem neuen belgischen Entswutse.

56) Beseler Comment. S. 144. Goltbammer S. 272 — 74.

ist, während das Wolksrechtsbewußtseyn entschieden einige jeboch milbere Strafe verlangt.

Bergleicht man aber die einzelnen Verbrechen, bei welchen das preußische Gesethuch keine mildernden Umsstände zu berücksichtigen gestattet, so ist es nicht schwierig nachzuweisen, daß dadurch häusig unverhältnismäßig harte Strasen veranlaßt werden.

- 1) Wenn bei dem Hochverrath (61) Todesstrafe undedingt gedroht ist, so ist unberücksichtigt geblieben, daß eben
  bei diesem Verbrechen in der Richtung die Staatsverfassung
  zu ändern, wo in aufgeregten Zeiten die Bewegung allgemein sich verbreitet, so häusig eine Einschüchterung und
  Zwang wirkt, wodurch auch der Nichtverdorbene genöthigt
  werden kann, sich anzuschließen, oder Wassen zu geben, oder
  Stellen anzunehmen, oder an Versammlungen sich zu betheigen, oft um größeres Uebel abzuwenden, oft von den der Ordnung treu ergebenen Bürgern aufgefordert, um nicht den
  Aufrührern Alles zu überlassen. Soll hier unnachsichtlich
  auch bei sehr geminderter Verschuldung Todesstrafe eintreten, so ist dies ungerecht.
- 2) Wenn im Art. 70. Nr. 5 Todesstrafe Jedem gestroht wird, der seindliche Spione au fnimmt oder versbirgt, so dürfte nicht unbeachtet bleiben, daß eben hier auch durch Iwang und Furcht, aber auch durch menschliche Motive des Mitleidens <sup>57</sup>), die Handlung sehr gemildert werden kann.
- 3) Bei Widersetzung, um einen Beamten zur Unterslaffung einer Amtshandlung zu zwingen, ist das in §. 90 gebrobte Minimum von 3 Monaten zu hoch, wenn man

Baier, zu dem ein Tyroler kam, der, wie sich ergab sein Berswandter war, von dem Tyroler als Spion gebraucht, aber von den heranstürmenden französischen Soldaten entdeckt wurde und in Lebensgefahr war, den Spion verbarg, um ihn zu retten. Der Baier war ein seinem Baterlande treu ergebener Mann.

## 186 Bestimmungen der neuen Gesetzgebungen

- 12) Das preußische Gesetzbuch &. 250 droht der Urstundenfälschung im Minimum 5 Jahre Zuchthaus; kein Zusatz wegen milbernder Umstände ist beigesügt, und diese Lücke wird zu großen Härten führen, wenn man die Fälle erwägt, in denen zwar dem Buchstaben nach Fälschung vorliegt, aber theils der Betrag sehr unbedeutend ist, theils die gewinnsuchtige Absicht mehr eine mittelbare und die Handlung eine ohne allen möglichen Schaden für Ansbere vorgenommene war 78).
- 13) Bei der Brandstiftung, der (§. 285) im Minimum 10 Jahre Zuchthaus gedroht ist, wird die Weglassung der mildernden Umstände zu sehr harten Strasurtheilen sühren, in allen Fällen in welchen der Schade nur ein geringer seyn konnte, entweder wo die Absücht mehr Muthmille, oder der Gegenstand ein solcher war, daß dessen Anzündung, durchaus auf keine Art das Feuer anderen Gebäuden mittheilen konnte 79), oder wo rechtzeitige thätige Reue 80) des Thäters alle Gesahr abwendete. Noch werdient die wichtige Frage Erörterung: ob die Frage über das Daseyn mildernder Umstände in der Allgemeinheit, wie sie in Frankreich den Geschwornen vorgelegt, nicht viel mehr speciell auf diejenigen Thatsachen gerichtet werden soll, welche als Grund zur Annahme eines mildernden Ums

<sup>78)</sup> Darum hatte das badische Gesethuch §. 423 in leichteren Fällen eine Arbeitshausstrafe bis 2 Jahre gedroht und in §. 426 Milderungsgründe zugelassen; auch das thüringische Gessethuch §. 263 macht milde Strafe möglich.

<sup>79)</sup> Daher nahm das badische Strafgesetzbuch Art. 550 einen Milderungsgrund an; das thüring. Gesetzbuch Art. 163 bes droht milde die Fälle, in denen die Absicht des Brandes nur darauf ging, Andere zu schrecken.

<sup>80)</sup> Alle neuen Gesetze, &. B. S. 561 des badischen Gesetzbuches, 167 des thüring., erkennen die Reue als großen Milderungsgrund; das neue österreichische Gesetz vom 17. Januar 1850 Art. VII. nimmt selbst die thätige wirksame Reue als Strafauschebungsgrund an.

standes vorgelegt wurden. Mit Recht 81) hatte man das erste Versahren gebilligt, weil sonst das Gesethuch, was unzweckmäßig gewesen ware, die einzelnen Umstände, die es als milbernd berücksichtigen lassen will, aufführen mußte; weil den Geschwornen die freie Prüfung der Verschuldung überlassen werden muß; weil es oft nicht ein oder zwei einzelne Gründe sind, welche die mildere Strase rechtserztigen, sondern das eigenthümliche Zusammentressen vieler Gründe den Eindruck macht, daß die sonst eintretende Strase zu hart ist, und weil bei Geschwornen die Abstimzmung über einzelne Gründe zu manchen Störungen gezsührt haben würde 82).

<sup>81)</sup> Goltbammer, Materialien C. 42.

<sup>82)</sup> In diesem Sinne ist auch eine gut motivirte Anweisung des Ministeriums in den preuß. Justizministerialblättern 1852 Art. 6. S. 47 enthalten.

#### Ueber die praktische

# Begründung des Strafrechts

unb

das Berhältniß desselben zur Gesetzebung.

Won.

# herrn Alexander Kraus,

Hofgerichtsadvokat in Darmftabt.

Nieles für die Theorie des Strafrechts geleistet hat. Dennoch ist neuerdings wissenschaftlich und überzeugend nachgewiesen worden, daß jede Theorie des Strafrechts nur ein Phänomen sen, welches von dem folgenden Luftgebilde wieder verdrängt werde.

Die neueren Gesetzebungen in Deutschland haben sich bemüht, das Richtige, was sich in allen Theorieen finde, herauszuziehen und auf eine praktisch fruchtbare Weise zu benuten.

Worin liegt der Grund dieser Unbestimmtheit und Unsicherheit, in welcher man glauben sollte, daß entweder die Praris keiner Theorie bedürfe, oder daß sie aus der Mehrzahl in einem dunklen Gefühl den Grundsat schöpfen

<sup>1)</sup> Berner im Archiv des Criminalrechts 1845. S. 144 fgg. über die begriffsmäßige Vereinigung der relativen Theorieen mit der absoluten, vergl. S. 163 — 171.

Ueber die praktische Begründung des Strafrechts. 189

könne, in welchem sie grade bei tem Strafrecht die Pflicht der Gerechtigktit zu erfüllen im Stande sen?

Die Gerechtigkeit ist die Fahne, unter welcher sich die Jünger und Meister des Rechts scharen, was in dem Zweck der Sache, Gerechtigkeit zu üben, das Unrecht wie den im Innern des Korpers nagenden Wurm zu vermeiden, seine tiese Begründung sindet.

Zwar muß von der so bezeichneten Gerechtigkeitstheo= rie anerkannt werden, daß sie die Strase auf die vergan= gene Handlung gründet und daß sie die Schuld dieser Handlung in der Strase ver söhnt, daß sie das Unge= rechte widerspricht, was alle relativen Theorieen jede in ihrer Art mit sich führen, daß sie die Möglichkeit ge= recht zu seyn nicht ausschließt.

Warum befriedigt sie das Bedürfniß nicht, in welschem die Erörterung dieser Frage bis zu ihrem letzten Grund stets von Neuem wiederum und wiederum hervorgerufen wird?

Die Erfahrung, welche sich bei dem Verfasser auf eine 16jährige praktische Lausbahn gründet, zeigt in einzelnen Anwendungen die Fehler einer herrschenden Richtung, und die Hossnung, den Gedanken der Versöhnung zwischen Theorie und Praris in der Anwendung zu begründen, hat den Verfasser zu Resultaten geführt, die mit dem herrschensschenden Geist des Strafrechts zum Theil in einen offenen Kampf treten.

Die Natur des Gegenstandes als eines unmittelbar praktischen ist indessen geeignet, die Erfüllung der Aufgabe wenigstens zum großen Theil ganz ähnlich der Erfüllung des täglichen Berufs zu behandeln.

In dieser Uebung wird es gerechtfertigt senn, ein werniger geübtes Gebiet, das ausschließlich der Theorie anzusehören scheint, mit einer neuen Idee zu betreten.

#### §. 1.

Das Strafrecht im Spftem bes Rechts.

Wir finden häusig die Bemerkung, daß das Strafrecht und das Obligationenrecht zwei sehr getrennte Theile des Systems seinen 1a.). So leicht es auch ist, das Obligationenrecht im System aufzusinden, so schwierig ist diese Aufgabe für das Strafrecht.

Die Römer sagen 2):

Dig. 1, 5 (de stat. hom.).

Omne jus, quo utimur, vel ad personas pertinent vel ad res vel ad actiones.

Es ist nicht zweiselhaft, daß sie die Strafe als einen Theil des Rechts anerkannt haben, weßhalb sie nothwenzdig in diesem System gefunden werden kann. Wir pslezgen die Strafe in das öffentliche Recht einzureihen, womit indessen dem System nicht Genüge geleistet wird. Wollte man zugeben, daß es nur ein öffentliches Strafrecht gebe, wovon doch die actio injuriarum als dem Privaten für seine Person zustehendes Recht das Gegentheil nachweist, so haben ja die Nömer ein öffentliches Strafrecht überzh aupt ebenso wie wir gehabt. Es muß also insbesondere auch dieses Recht sich entweder beziehen auf die Personen ober auf die Sachen oder auf die Klagen.

Wir dürfen annehmen, daß das Strafrecht bei uns von dem System des Rechts getrennt worden ist, was sich selbst praktisch nachweisen läßt.

<sup>14)</sup> v. Löhr Theorie der culpa §. 2. vergl. Hugo Kehrbuch des civilistischen Cursus B. 2. S. 545; B. 4. S. 197. Er sagt hier: "wer den Andern widerrechtlich beschädigt, der ist ihm Ersat schuldig." Dagegen sagt das preußische Kandrecht Tit. 20. Th. 2. §. 7: "Wer durch eine freie Handlung Jesmandem widerrechtlich Schaden zufügt, der begeht ein Bersbrechen —". Siehe auch Thibaut Lehrbuch der Geschichte und Institutionen des römischen Rechts §. 193. §. 143.

2) Gaj. Inst. 1. §. 8 — §. 12. J. 1, 2. (de jur. nat.) Fr. 1.

Um das Recht der Strafe theoretisch zu begründen, hat man sich einen Begriff der Strafe aus der Erfahrung abstrahirt und hat diesen Begriff zur Grundlage der ganzen Untersuchung genommen. Des ist dies bis in die neueste Zeit nicht aufgefallen. of daß dieses Bersahren auch für eine absolute Theorie keinen Unstand gefunden hat. Unmöglich läßt es sich aber zugeben, daß wir auf diesem Bege über das Wesen und den Grundcharakter der Strafe eine Ueberzeugung gewinnen. Ja wenn wir von dem richtigen Begriff ausgingen, so könnten wir doch zu einem Bewußtseyn über diesen zufälligen Fund so wenig gelangen, als wir den Ursprung eines verborgenen Schatzes kennen, den wir von ungefähr entdecken. Wir können dies insbesondere auf den mit der Strafe verbundenen Bezgriff als eines Uebels anwenden.

Würde es Jemand gelingen, einen Rechtsbegriff zu construiren, in welchem ein Recht auf ein Uebel begründet wäre, so würden wir in diesem Falle eine Ueberzeugung von diesem Begriff gewinnen können. Wenn aber Jemand sagt: 1) die Strase ist ein Uebel, 2) die Strase ist ein Recht; so wird sich philosophisch ein Grund davon 3) in einem Uebel von selbst sinden, so daß dann rückwärts die Uebelthat — male-sicium — als der Grund einer Uebelthat sich darstellt. Ueber den Begriff der Strase selbst soll damit auch nur negativ nichts gesagt seyn, wiewohl wir nach dem Resultat unserer Untersuchung gerne bekennen, daß wir die Begriffe von Recht und Uebel nicht zu vereinigen vermögen.

<sup>3)</sup> Feuerbach Revision I. insbesondere S. 2 — 5. Tafin = ger im juridischen Archiv. Tübingen 1804. Bd. 4. H. 4. S. 5. 4.

<sup>4)</sup> Frentag die Concessionalgerechtigkeitstheorie Rap. 1 u. 2.

<sup>5)</sup> Köstlin, neue Revision S. 809, bemerkt, daß die Erörtes rung Feuerbachs (Not. 3) eben so gut an der Spite einer absoluten Theorie stehen könne.

Wir finden im römischen Recht nur eine Andeutung, in welcher aus dem Gegensatz von Belohnung und Strafe 6) der Begriff eines Uebels abgeleitet werden könnte. Allein es ist das nur eine philosophische und zudem trügerische Betrachtung. Die Belohnung, wenn sie nicht etwas Zufälliges ist, gründet sich auf ein Recht, welches Dem zienigen zusteht, welcher die Belohnung empfängt. Wenn sie eine Wohlthat enthält, so läßt sich nicht umgefehrt hieraus auf ein Uebel schließen, das in der Strafe liegen soll. Ohnehin hat die Wohlthat in der Belohnung nur etwas Zufälliges, es ist also der umgekehrte Schluß auf die Strafe als etwas in dem Wesen derselben Gelegenes um so weniger gerechtsertigt. Hoch erhaben über beiden, der Wohlthat und dem Uebel, steht das Recht in seiner Begründung und seiner nothwendigen Anerkennung.

Seneca sagt zwar von der Strase: medetur specie nocendi?). Er hat auch den Sat von Plato: nec homini nocedimus, quia peccavit, sed ne peccetur, nec unquam ad praeteritum sed ad suturum poena resertur. Benn es denn seyn müßte, Iemand zu schazden, so würde die Wahl, ob es zu dem Zweck geschehe, damit er in Zukunst sich hüte, oder auf den Grund, weil er gesehlt hat, nicht schwer fallen. Daß aber die Aussassung bes Begriffs der Strase a priori als eines Uebels geeignet ist, eine wahrhaste Verirrung der Gedanken herz vorzurusen, davon giebt die Ansicht eines der größten Phisosophen. Dawon giebt die Ansicht eines der größten Phisosophen. Beugniß, welcher den Verbrecher für vogelsrei erklärt. 10); was nur in sosenn natürlich ist, als ein rechtlos

7) de ira 1, 5.

<sup>6)</sup> Fr. 1 §. 1. Dig. 1, 1 (de just. et jur.).

<sup>8)</sup> I, 16. II, 31. vergl. Ab egg die verschiedenen Strafrechtse theorieen S. 100 — 101. Not. 107.

<sup>9)</sup> Fichte Grundlage des Naturrechts Th. 2. 5. 20. (Sämmtsliche Werke. Berlin 1845. 3. B. S. 260.)
10) Vergl. auch Rotteck Lehrbuch des Vernunftrechts I. S. 257.

ser Zustand vorausgesetzt werden muß, um Jemand wehe zu thun.

Sowie wir also überhaupt vermeiden mussen, bei der Untersuchung über die Begründung des Strafrechts den Bezgriff der Strafe mitzubringen, so mussen wir auch insbessondere von dem Begriff eines Uebels wenigstens vorerst Umgang zu nehmen suchen, wovon uns auch keine Auctozität 11) abhalten kann.

Wir muffen also, um zu bem positiven Resultat zu gelangen, die Strase im System des Rechts aussuchen. Auf diese Weise erlangen wir den Vortheil, daß wir uns die Richtigkeit in dem Ergebniß unserer Untersuchung verssichern. Es sind nur die zwei Fälle möglich: entweder wir sinden im System des Rechts die Strase, oder wir sinden sie nicht. Bon diesem Ausgang ist abhängig, ob die Strase einen Bestandtheil des Rechts bildet oder nicht. Daran knüpft sich noch der weitere Vortheil, daß, wenn wir die Strase im System des Rechts gefunden haben und das Wessen und der Grundcharakter derselben dadurch begriffsmästig sich darstellt, ohne Rücksicht darauf, ob die Begrünzdung vollständig gelungen ist oder nicht.

#### §. 2.

Ueber die praktische Begründung des Strafrechts.

Wenn es richtig wäre, daß das Strafrecht die ties sere Bedeutung hätte, im Lauf der Zeit der Ausdruck, die Berwirklichung einer Vernunftidee und Forderung gewor=

<sup>11)</sup> Hugo Grotius jus bell, et pac. II. 20. 4. und fast alle folgenden Schriftsteller. Welcker die letzten Gründe E. 127 — 128. Abegig im Archiv des Criminalrechts 1845 E. 262 fgg. Unter den wenigen Ausnahmen vergl. Trums mer in seinen und Hudtwalcker's criminalistischen Beiträsgen III. 2. E. 123—126.

ben zu senn 1), dann könnte das Strafrecht praktisch nicht begründet werden. Es hat aber als Recht an und für sich gar keine Eristenz. Die Strafe ist die Folge eines Bergehens, bas ift allgemein anerkannt. Das Berbrechen ift also die Ursache und die Strafe die Wirkung. Es wird ebenso anerkannt, daß das Berbrechen ein Unrecht ift, wovon wir nur wissen, baß es in einer Sandlung besteht. können aber nicht wissen, was ein Berbrechen ift, wenn wir nicht zuvor ein Recht kennen, an welchem ein Berbrechen zu begehen möglich wird.

Dieses Recht, wenn es eristirt, hat an sich ein selbstständiges Dasenn, und nur wenn es verlett wird, gelangt das Strafrecht in diesem besondern Falle zu seiner Eristenz.

Der Streit, ob die Strafe eine Rechtsverletzung voraussetze, konnte nicht entstehen, so lange das Berbrechen als ein Unrecht anerkannt war. Wie ware ein Unrecht denkbar, wenn das Recht nicht verlett ist. Es kommt nur barauf an, ben Gegenstanb bes Rechts richtig auf= zufassen.

Ebensowenig laßt sich anerkennen, baß es nicht nothwendig sen, immer ein bestimmtes, am wenigsten einer bestimmten Person zustehendes Recht zu verleten 2). Sowie überhaupt kein Recht gedacht werden kann, welches nicht einer bestimmten Person zusteht, so ist die Eristenz des von Semand behaupteten Rechts und daß es ihm zustehe nur ein e und die felbe Thatsache 3).

Die Begründung bes Strafrechts als eine rein praftische Aufgabe scheint hiernach vollständig nachgewiesen zu senn.

<sup>1)</sup> So sagt z. B. Abegg im Lehrbuch §. 34 Anmerk.
2) Abegg im Lehrbuch §. 63. S. 100.
3) Bethmann = Pollweg Versuche S. 83. Puchta Borle sungen über das heutige römische Recht II. G. 285: "Jedes Recht set zu seiner Existenz ein Subject voraus."

Ueber das verursachte Unrecht wird Beschwerde ge= führt und an diese Beschwerde die rechtliche Wirkung in der Form der Strafe geknüpft.

Hiernach vermögen wir am wenigsten in berjenigen Rechtsverletzung die Ursache der Strafe zu sinden, in deren Folge eine Störung eintritt, die entweder gar nicht oder doch nur unvollständig wieder aufgehoben werden kann. In die Stelle des Rechts würde dadurch ein Wächter für die der größeren Gesahr ausgesetzten irdischen Güter bestellt, dessen Beruf grade dann eintreten soll, wenn seine Wachssamkeit eingeschläsert war. Da er aber die Störung nicht beseitigen kann, worin soll nun sein Beruf im Recht bestehen?

Die Lösung ber praktischen Aufgabe bietet die nicht häufige Erscheinung, daß das Recht, welches dem verbrecherischen Unrecht zu Grunde liegt, ein so unzweifelhaftes ist, daß es selbst im prozessualischen Verfahren nicht in Streit gezogen zu werden pflegt. Findet sich auch in sofern kein regelmäßiges praktisches Bedürfniß zur Begründung jenes Rechts, so läßt sich doch die faktische Frage seiner Versletzung nur unter Voraussehung eines vollständigen Rechts: bewußtseyns beurtheilen.

So lange indessen alle einzelnen Strafgesetze mehr nicht sind, als einzelne Emanationen einer Idee, die im Ganzen nicht ausgefaßt worden ist ), so lange bietet die Lözsung der Aufgabe einen wissenschaftlichen Reiz. Dieser Bustand läßt sich bis heute nicht widersprechen, indem jedes Berbrechen in sofern ein geschlossenes Ganzes für sich bildet, als die drei Fragen sich wiederholen und besonders beantzwortet werden: nach welchem Strafgesetzt bie Handlung

<sup>4)</sup> Bergl. z. B. Preuschen Versuch über die Begründung des Strafrechts S. 67.

<sup>5)</sup> Tafinger a. a. D. S. 579. §. 12. vergl. Berner im Archiv 1849. S. 448.

zu beurtheilen ift, wie sich banach sein eigenthümlicher Thatbestand herausstellt, und endlich welche Strafe ihm durch das specielle Strafgesetz bestimmt ist 6).

Bei Erfüllung ber hier bezeichneten Aufgabe ift die Bahl der Strafrechte von der Bahl der Rechtsgrunde bedingt, wie es die nothwendige Einheit des wissenschaftlichen Grund= sages erforbert.

#### §. 3.

Ueber ben Rechtsgrund ber Strafe.

Obwohl es der wissenschaftlichen Form entsprechen würde, unserer Untersuchung den oberften Grundsat des Rechts überhaupt zu Grunde zu legen, um von diesem Standpunkt die Störung desjenigen Gegenstandes im Rechtsbegriff nachzuweisen, dessen Wiederherstellung zur thatsächlichen Unerkennung des Rechts Dasjenige nöthig macht, was Strafe genannt zu werden pflegt; so moge es uns einmal gestattet senn, auf eine empirische Beise bem Rechtsgrund ber Strafe nachzuforschen.

Wer das Recht zu strafen für sich in Unspruch nimmt, ber muß von Jemand beleidigt worden seyn. Er ver= langt von dem Beleidiger Genugthuung; er will das Un= recht, welches ihm dieser verursacht, von diesem versöhnt haben; er will, daß ihm ber Beleidiger sein Recht thats sächlich anerkenne.

Welches ist dieses Recht?

Die Möglichkeit des Rechts wird bedingt durch die gegenseitige Unerkennung ber Personlichkeit. dieser Grundlage beruht mit der durch sie gebotenen gegen: seitigen Achtung der Person die Möglichkeit des rechtlichen Mebeneinanderbestehens 1).

<sup>6)</sup> Marezoll das gemeine deutsche Criminalrecht §. 56. vergl. Abegg kehrbuch §. 55.
1) Abegg im Lehrbuch §. 287.

Der mit Unerkennung der Perfonlichkeit verbundene Wille bildet den Inhalt des Rechts: — die Person ist die Korm, der Wille die Materie.

Die Personlichkeit objectiv ist die Möglichkeit, subjectiv die Fähigkeit des Rechts - status 2).

Es ist merkwürdig, daß derselbe Gedanke, welcher in der Literatur des Civilrechts als etwas Unbestreitbares festgehalten, in der Literatur des Strafrechts umgangen und widersprochen wird 3).

Die Persönlichkeit ist auf bas Dasenn bes Men= schen gegründet und sie begreift in der Freiheit als ihrem Gegenstand die Gesammtheit aller benkbaren Befugnisse.

Der römische Burger hat seine existimatio.

Sier haben wir den einheitlichen Begriff des der Injurie zu Grunde liegenten Rechts, und es ift vor Allem fest: zuhalten, bag der Begriff der bürgerlichen Ehre und der bürgerlichen Freiheit sich nicht unterscheiben lasse 4).

Dieselbe Sache hat zwei verschiedene Bezeichnun: gen, beren Gebrauch badurch verschieden ift, daß der Gegenstand des Rechts vorzugsweise dann als die bürgerliche Ehre bezeichnet zu werden pflegt, wenn das Recht als verlett, sein Gegenstand als gestört vorausgesetzt wird 5). Dhne diese Voraussetzung wird vorzugsweise der Rechts= grund der Freiheit die Personlichkeit genannt 6).

Berschieden hiervon ist die Ansicht, welche von dem selbstständigen Begriff einer auf den prasumirten Werth bes Menschen sich gründenden und durch einen guten Damen bedingten gemeinen Ehre ausgeht 7).

<sup>2)</sup> Bergl. Feuerbach civilistische Bersuche I. S. 182. v. &ohr Magazin für Rechtswissenschaft IV. S. 2-3.

<sup>3) §. 2.</sup> 4) Bergl. Abegg Lehrbuch §. 287. Heffter Lehrbuch §. 296.

<sup>5)</sup> Cicero pro Caec. c. 12. 6) Callistratus fr. §. 1. Dig. 50, 13 (de extraord. cog.).

<sup>7)</sup> Zeuerbach im Lehrbuch §. 272. 273.

Bon den Anwendungen des römischen Rechts 8) sind insbesondere hervorzuheben die bürgerliche Ehre des Bahn: sinnigen, des Pupillen9) und der hereditas 10), in welchen die hier vertheidigte Ansicht ihre wesentliche Unterstütung findet.

Es wurde auch schwierig werden, eine Theorie über die angebliche Präsumtion ihrer Entstehung und rechtlichen Begründung nach aufzustellen, zumal die Prasumtion durch die Ueberzeugung des Publikums, daß sich Jemand durch eine Handlung der gemeinen Uchtung unwürdig gemacht habe, wieder soll umgestoßen werden konnen. würde selbst die Consequenz nicht leicht zu vermeiden seyn, daß die Rechtsfähigkeit überhaupt auf der mehrerwähnten Prafumtion beruhe: eine Ansicht, die in einer Diesem Gegenstand gewidmeten, durch ihre treffliche Arbeit ausgezeich= neten 11) Schrift sich auch ausgesprochen findet 12).

Es möchte kaum nöthig senn, aus der Erfahrung hervorzuheben, nach welcher zum 3wed ber Störung der bürgerlichen Freiheit der Urheber dieses Unrechts sehr häufig bes ber verletten Person am empfindlichsten Dit:

<sup>8)</sup> Bergl. z. B. Feuerbach a. a. D. S. 275 (1). Seine uns richtige Voraussezung hat ihn zu dem Resultat geführt, daß die Darstellung aller Verletzungen dieses Rechtsbegriffs nach römischem Recht eine Suriosität für das deutsche Recht sen, wobei zu dem Worte injuria besonders bemerkt werden muß, daß Feuerbach grade hauptsächlich solche Beispiele anführt, die insbesondere von der Störung der bürgerlichen Freiheit handeln, daß er aber alles Dasjenige, was die Römer sonst unter injuria überhaupt verstehen — vergl. Hasse die culpa. des römischen Rechts S. 56—59 — hier wesentlich nicht hers vorhebt. Ueber die Unficht Feuerbach's vergl. Mittermater im Lehrbuch S. 271 Not. II.

<sup>9)</sup> Fr. 3. S. 1. Dig. 47, 10 (de injur. et fam. lib.).

<sup>10)</sup> Fr. 1. S. 6. Dig. eod.

<sup>11)</sup> Neues Archiv des Criminalrechts B. 4. S. 108 Not. \*

<sup>12)</sup> Balter daselbst §. 2 a. E. "Ehre ist nichts anderes wie bie Rechtsfähigkeit, welche auf ber prasumirten Burbigkeit eines Menschen beruht."

tels sich bedient, diese verachtungswürdig darzustellen und ihr den guten Namen abzuschneiden.

In Absicht auf den Begriff der bürgerlichen Shre ist dies ohne Bedeutung. Sie ist nichts anderes als die bürsgerliche Freiheit: libertas, insbesondere in der Anwendung auf den romischen Bürger: existimatio <sup>13</sup>). Eine zweite Bedeutung von existimatio läßt sich bei den Römern nicht nachweisen <sup>14</sup>).

Untersuchen wir hiernach, wie das Recht verlett, wie sein Gegenstand, die bürgerliche Freiheit, gestört wird, so ersgiebt sich, daß diese Störung nur durch eine Handlung eintreten kann, daß aber die Frage, ob das Recht durch eine bestimmte Handlung verlett ist, nicht blos meistens 15) sondern immer 16) eine factische Frage ist, welche nicht aus einem abstracten Begriff, sondern nur aus einer concreten Beurtheilung beantwortet werden kann. Der in der Handlung ausgedrückte Wille muß grade die Pflicht, die Perssönlichkeit anzuerkennen, verletzen 17).

Es ist nicht zweifelhaft, daß diese Rechtsverletzung die unmittelbare Ursache einer obligatio ist: eines zwischen

vilrecht §. 43. Die grade entgegengesette Unsicht siehe bei Feuerbach Revision 1. S. 82 Not. \*. Marezoll bürgerliche Ehre S. 5 hat noch die unbestimmte Bemerkung: "Aber worin das Wesen der bürgerlichen Ehre bestehe, ist bei der Injurie nur Nebenfrage" (?); vergl. dagegen dessen Criminalrecht §. 116.

<sup>14)</sup> A. M. ist Mittermaier im Lehrbuch von Feuerbach 5. 271. Not. II. Rein das Criminalrecht der Römer S. 356.

<sup>15)</sup> Bergl. Feuerbach im Lehrbuch §. 287 (1).

<sup>16)</sup> Kr. 52. §. 8. Dig. 44, 7 (de obl. etact.). Beispiele der Unswendung siehe Tit. Dig. 47, 10 (de inj. et fam. lib.). Maste de foll Criminalrecht §. 117. S. 357 (1). Heffter a. a. D. §. 299. 300, woselbst nur "beispielsweise" eine Zusamsmenstellung versucht ist.

<sup>17)</sup> Fr. 2. §. 1. Dig. 47, 10 (de inj. et lib. fam.) "— cum enim injuria ex affectu facientis consistat, consequens est dicere —"

zwei Personen geknüpften Bandes, bessen Besen barin befteht, daß es gelöst werden muß 18).

Wir muffen die causa obligationis naher betrachten.

Die Möglichkeit des rechtlichen Nebeneinanderbestehens ift durch die gegenseitige Achtung der Person bedingt. Wenn man sich das unkörperliche Gebiet der Freiheit in einer mathematischen Figur versinnlicht und bringt eine zweite Figur damit in Verbindung, so daß sich beide Figu= ren berühren ober beden, so scheint die Störung und ihr Umfang sinnlich bargestellt. In diesem Gegenstande, weit er gestört ift, liegt ber Grund bes rechtlichen Banbes, welches beghalb nothwendig gelöft werben muß. Es ift eine obligatio, quae re 19) contrahitur, die eben beshalb die Nothwendigkeit mit sich führt, ben Gegenstand bes Rechts wieber zulösen. So ift ber Grund 20) und ber 3 med 21) dieser obligatio auf seine Einheit zurückgeführt; er findet sich in der bürgerlichen Freiheit, insbesondere bei bem ro= mischen Bürger 22), also in ber existimatio.

Die verursachte Störung hat der Urheber dieses Uns rechts rechtlich verwirkt, und die verlette Person hat einen vollkommenen Unspruch, daß ihr Recht thatsächlich aner= fannt wird.

So ist die necessitas libertatis 23) solvendae burch die rechtsverletzende Handlung Desjenigen, welcher die Störung verursacht hat, unwiderlegbar begründet.

19) Fr. 4. Dig. 44, 7 (de oblig. et act.). Gaj. Inst. III. §. 182.

würde hier zu weit abführen, cf. Cicero pro Caec. c. 12.

<sup>18)</sup> pr. J. 3, 4 (de oblig.).

pr. J. 4, 1. Fr. 25. §. 1. Dig. 44, 7.
20) Fr. 1. §. 4. §. 6. Dig. 47, 10 (de injur. et lib. fam.), cf.
21) Fr. 7. pr. Dig. eod. fr. 1 pr. Dig. 25, 4 (de inspic. ventr.).

<sup>22)</sup> Wegen c. 10. Cod. 2, 12 (Ex quib. causs. inf. irrog.) cf. fr. 15. §§. 35 — 44. Dig. 47, 10 (de inj. et fam. lib.). Fr. 2 pr. Dig. 1, 6 (de his qui sui vel alieni jur.).
23) Die Auslegung von fr. 9. 8. 2. Dig. 40, 7. (de statib.)

#### §. 4.

Die thatsächliche Anerkennung der ver= letten Personlichkeit.

Die Erfüllung der obligatorischen Berbindlichkeit, welche der Urheber des Unrechts vermöge seiner rechtsverstehenden Handlung übernimmt, ist mit Schwierigkeiten verbunden, aus welchen sich die Berlegenheit bei ihrer theoretischen Darstellung erklärt.

Der Stoff, welcher uns vorliegt, besteht in der Freiheit Desjenigen, der das Unrecht verursacht hat.

Die Freiheit ist ein theilbarer Gegenstand. Aus dem Berhältniß des römischen Bürgers, des Peregrinen und des Stlaven läßt sich dies nachweisen, und der kleinste Theil der Freiheit besteht in irgend welcher rechtlichen Hand-lung 1).

In dem Maaß, in welchem der Urheber des Unrechts die Freiheit der verletzten Person gestört hat, in demselz ben Maaß ist er verpflichtet, seine Freiheit zu beschränken oder aufzuheben.

Durch diese Handlung wird das obligatorische Band gelöst. Die Möglichkeit des rechtlichen Nebeneinandersbestehens wird verwirklicht, der Rechtsbegriff wird thatsächlich zur Anerkennung gebracht.

Es ist also die Frage zu beantworten 2): wie wird die mit Unrecht gestörte Freiheit in der Anwendung des Rechts mit der Freiheit bezahlt?

<sup>1)</sup> Fr. 6. §. 2. Fr. 7. Fr. 8 pr. Dig. 48, 19 (de poen.) ,,—
aut alicujus actus prohibitionem." Hier zeigt sich eine richs
tige Seite des Gedankens von 3 a'ch ariä Anfangsgründe des
philosophischen Criminalrechts S. 44, 40 Bücher vom Staat
(1840) IV. S. 346 — 347, wiewohl die Einwendungen gegen die
Auffassung — Welder a. a. D. S. 204, Bauer Wars
nungstheorie S. 297 — ebenso begründet erscheinen, als sein
eigner Schluß auf das jus talionis unbegründet ist.
2) Bergl. Abegg die verschiedenen Strafrechtstheorieen S. 60.

Der Beantwortung dieser speciellen Frage muß eine allgemeine Beantwortung darüber vorausgehen, wie übershaupt eine Störung wiederhergestellt, ein verletztes Recht zu rthatsächlichen Unerkennung gebracht wird.

Die Bemerkung, daß eine Handlung weder an sich noch in ihrem Erfolge ungeschehen zu machen sen, geht auf alle Handlungen überhaupt; sie beschränkt sich nicht auf das Gebiet gestörter Freiheit<sup>3</sup>). Bleiben wir insbesondere bei der Obligation stehen, so ist es nicht zweisfelhaft, daß je de Obligation gelöst werden kann; denn es besteht grade ihr Wesen darin, daß das geknüpste Band gelöst werden muß.

Die Erfahrung lehrt, daß bald der Schuldner den Stoff nicht besitzt, den er zahlen muß; daß bald dem Gläus biger mit demselben Stoff die Störung nicht aufgehoben werden kann, an welchem diese Statt gefunden hat.

Jedenfalls würde die Obligation dadurch niemals gelöst werden, daß dem Schuldner der Stoff, wenn er ihn besitzt, eben so gestört werde, wie er mit Verletung des Rechts das fremde Gut gestört hat.

Deßhalb entsteht die Frage, ob der Gläubiger mit demselben Stoff, an welchem die Störung Statt gefunden hat, wieder befriedigt werden kann, oder nicht. Von der Kunst das Recht zu pflegen muß diese Frage beantwortet werden. Wir wollen dieselbe deßhalb in ihrer concreten Unwendung auffassen und sie insbesondere auf die gestörte Freiheit beschränken.

Die Freiheit ist die unzertrennliche Begleiterin der Person, sie kann weder vergrößert noch vervielfacht werden und bildet an sich keinen Gegenstand des Verkehrs.

<sup>3)</sup> Hepp über die Gerechtigkeits = und Nugungstheorieen bes Auslands bemerkt gegen Rossi:

<sup>&</sup>quot;Das Eine ist den Göttern selbst verwehrt, Das was geschehn ist ungeschehn zu machen." Aristoteles Ethik B. 6. C. 5.

Die Frage muß also verneint werben.

Der Erfahrung nach ist es nicht zu widersprechen, daß dieser insbesondere bei der gestörten Freiheit eintretende Fall bei allen Gegenständen des Rechts, wiewohl aus versschiedenen äußeren Gründen, der gewöhnliche ist.

In der Geschichte des romischen Prozesses sinden wir die Einrichtung, daß alle Klagen in dem Theil der Formel, welcher condemnatio heißt, nicht auf den gestörten Stoff, sondern auf etwas Anderes, was denselben repräsentirte, gerichtet werden mußte 4)-

Wir erhalten hierdurch zwei verschiedene Stoffe: den einen den gestörten, den andern mit der Bestimmung, die Störung wieder aufzuheben.

Daburch bildet sich von selbst die Aufgabe, die beiden Stoffe in ein relatives Berhältniß zu einander zu bringen. Die mathematische Erfüllung der Aufgabe setzt voraus, daß beibe Stoffe auf eine gemeinschaftliche Einheit zurückgeführt werben, um in einer geometrischen Gleichung aus der ge= gebenen Störung die unbekannte Größe ihrer Aufhebung Diese Aufgabe pflegt im täglichen Berkehr bes Lebens erfüllt zu werben, ohne daß Jemand im Stande ift, von der mathematischen Einheit sich eine Rechenschaft zu geben, auf welcher das Verhältniß beruht, in welchem fich die beiden Stoffe befinden muffen. Die Frage: wel= ches ift die mathematische Einheit, auf welcher das Berhalt= niß z. B. eines Sklaven zu dem Gelde beruht, bas statt des Sklaven bezahlt wurde? konnte auch bei den Römern nur im täglichen Verkehr beantwortet werden.

In dieser Betrachtung sind wir der Erfüllung der Aufzgabe insbesondere in der Anwendung auf die gestörte Freiheit

<sup>4)</sup> Gaj. Inst. 4, 48. S. insbesondere den Schluß der Stelle ,, — sed aestimata re pecuniam eum condemnat" (judex).

in sofern naher geruckt, als die Freiheit keinen Gegen= ftand des Berkehrs bildet. Bir konnen also in bieser besonderen Anwendung den Bertehr nicht benuten, um bie Aufgabe zu erfüllen. Da ber Schuldner durch bie Storung der Freiheit des Gläubigers seine eigene nothwendig beschränkt hat und in der Beschränkung der Freiheit des Schuldners die Befriedigung des Gläubigers liegt; so läßt fich aus diesem Stoff nach der Sitte und Bildungsftuse eines Bolks eine Form ausprägen, die nach ihrer Begrünbung und Bestimmung auf gleicher Linie mit bem Gelbe steht, um als Zahlungsmittel die Obligation zu löfen. Die beiben Formen ber Zahlungsmittel find fo nahe mit einan: ber verwandt, daß insbesondere bei der actio injuriarum aestimatoria nur noch burch ben Gegenftanb ber Dbli= gation der Unterschied festgehalten werden fann. fer Unterschied barf nirgends aufgehoben werden.

Die Römer, obgleich sie das Strafrecht im System nicht abgeschlossen hatten, obgleich sie das damnum injuria datum unter den Delicten aufzählten, haben diesen Unterschied überall festgehalten<sup>5</sup>).

Wir untersuchen hiernach zunächst, auf welche Beise ber die Obligation lösende Stoff in der Form des Geldes

<sup>5)</sup> Callistratus fr. 5 pr. Dig. 50, 13 (de extraord. cog.)
,,— aut de re pecuniaria disceptatur, aut de existimatione alicujus cognoscitur —". Cicero pro Cluent. 43. Neminem voluerunt majores nostri non modo de existimatione cujusquam, sed ne pecuniaria quidem de re minimatesse judicem, nisi qui inter adversarios convenisset, vergl. Birnbaum im neuen Archiv 8. S. 416 (66). Die Behauptung Rein's im Criminalrecht der Römer S. 359, daß die Injurie als obligatio ex delicto in das Gebiet des Civile rechts gezogen worden sen beruht auf einem Standpunkt, der den Römern fremd ist. Dieser Standpunkt sindet sich auch bei Savigny in dessen Auslegung der Stelle von Cicero pro Caec. 12. vergl. das Recht des Besizes §. 7. Daß die Ausstellung der Injurie als obligatio ex delicto auf dem Edict beruhe — Rein a. a. D. — beruht wohl nur auf einer Berwechselung mit der actio injuriarum aestimatoria.

ausgeprägt wird, um banach den Weg zu ber andern Form zu finden, in welcher ber Schuldner seine Freiheit beschränkt.

Esläßt sich nicht bestreiten, daß die Schätzung von den obligatorisch verbundenen Personen ausgehen kann und ein Vertrag unter ihnen über die Größe dieser Schätzung möglich ist, wovon der Grund darin liegt, weil sie das Geld in ihrem Verkehr haben. Fehlt es aber an diesem Uebereinkommen, so wird nach Borlage der Schätzung von Seiten des Gläusbigers sie stein judicium rei aestimandae causa nothewendig, in welchem der Richter die Schätzung vornimmt, wobei er sich auf den gerichtlichen Verkehr gründet.

Wählt aber der Gläubiger die Form des Geldes nicht, dann sehlt es an einem Stoff des Verkehrs, weßhalb ein Bertrag der obligatorisch verbundenen Personen nicht denksbar und deßhalb unbedingt ein judicium rei aestimandae causa nothwendig ist, in welchem das Maaß der rechtlichen Beschränkung der Freiheit nach dem Umfang der Störung gesunden wird.

Wir ziehen also das Resultat: in dem einen Fall kann die Schätzung von den obligatorisch verbundenen Personen ausgehen, in dem andern Fall muß das zur Wiederherstellung des gestörten Guts berusene Organ, der Richter, die Schätzung vornehmen.

§. 5.

### Das Strafrecht.

Aus den bisherigen Erörterungen läßt sich das Besen der Injurie und der in ihr enthaltenen Strafe entwik-

<sup>6)</sup> Paulus Coll. leg. Mos. et Rom. II. 6. S. 1.

<sup>7)</sup> Bethmann = Pollweg Versuche S. 265 — 270. Fr. 25. S. 2. Dig. 9, 2 (ad leg. Aquil.). Fr. 6. §. 2. Dig. 42, 2. (de conf.).

E) Gaj. Inst. III. §. 224. Sed cum atrocem injuriam Praetor aestimare soleat — judex quamvis possit vel minoris damuare propter ipsius Praetoris auctoritatem non audet minuere condemnationem; cf. Coll. leg. Mos. et Rom. 11, 2.

keln. Bevor wir hierauf eingehen, wollen wir has dem Privaten in seiner Individualität zustehende und begrüns dete Recht auf die singirte Persönlichkeit des Staats anwens den, wodurch wir den Begriff des Strafrechts erschöpft und begrenzt zu haben glauben.

Sowie wir das der Injurie zu Grunde liegende Recht auf das Dasenn der Person gegründet haben, ebensso muß dasselbe auf der Individualität des Staats beruhende Recht mit der Existenz des Staats begründet seyn. Wollen wir zur Begründ ung des Rechts den Staat mit dem Individuum in eine vergleichende Betrachtung ziehen, so müssen wir uns darauf beschränken, wie beide in ihr Dasen gerufen werden. Das Leben selbst, das Staaten wie das Menschenleben, hat seine zusällige Seite, weßhalb das Bild der Wirflichkeit in der Unwenz dung des Rechts wie eine bunte Karte sich darstellt.

Sehen wir ab von einem abstracten Begriff des Staats, weil es sich nicht davon handelt, was die Aufgabe des Staats seyn sollte, sondern davon, wie dieselbe in concreto erfüllt worden ist; so sinden wir im römischen Recht den status rei Romane 1), mit welchem, wie die existimatio des römischen Bürgers, die amplitudo et majestas populi romani verbunden war 2). Der Wille dieser singirten Person ist positiv ausgesprochen in seinen Gesetzen. In diesem Gebiet wird das seiner Freiheit, seiner Ehre 4)

4) Welder a. a. D. S. 253: "Es ist die öffentliche Nichtach: tung des Rechts u. Staats eine wahre Ehrverlegung desselben."

<sup>1)</sup> Fr. 1. §. 2. Dig. 1, 1 (de just. et jur.) §. 4. J. 1, 1. eod. 2) Bergl. die von Roßhirt angeführte Stelle des Ferratiss: "Perduellionis reus crat, qui libertatem populi romani quoquo modo imminuisset." — Archiv des Criminalrechts XI. S. 396. cf. Cicero pro Caec. 12. Marezoll bürgerliche Shre S. 7.

<sup>-- 3):</sup> Vergk die von Mührn bei seinem Vorwort zur Uebersetung des englischen Strafrechts und Strasversahrens benutzte Stelle von Cicero: mens et animus et consilium et sententia civitatis posita est in legibus.

als auf einer nothwendigen Siction beruhende begründet, weßhalb bas feine Personlichkeit barftellende Organ beß: halb, weil ihm bas Recht zusteht solches auch auszuüben, ber burgerlichen Gesellschaft verpflichtet ift. Diese Eristen bes Staats kann ebenso wie bie bes Individuums durch eine Sandlung von außen gestört werben, in welchem Fall ebenso wie bei dem Individuum eine thatsachliche Anerkens nung bes Rechts nothwendig wird, um die Storung wieber aufzuheben, die sich an dem Willen zeigt, welcher aus dem im Körper lebenden Geist hervorgeht. Die rechtliche Eris stenz ift nur unter dieser Woraussetzung denkbar. In eis nen Begriff läßt fich bie außere, bie Storung verursachende handlung so wenig wie bei der Injurie auffassen, und es muß diese Frage immer 5) nach der Thatsache beantwortet werden, ob der durch die Handlung bekundete Wille ihres Urhebers vermöge seiner Richtung ben Willen des Staats verlett. In diesem Fall enthält die Handlung wie die Injurie eine Berneinung bes Rechts, welche an bem Bestand ber burgerlichen Gesellschaft eine Beschäbigung beshalb verursacht, weil die Eristenz des Staats auf eine Rothwendigkeit sich gründet, weßhalb die Handlung an ich als ein Berbrechen sich barftellt.

Da das Bestehen des Staats in seinen einzelnen Einzichtungen und das Princip der Störung auf seiner Existenz unht, so muß der Umfang der Störung aus dem Versiltniß ermittelt werden, in welchem die Existenz des Staas in die gestörte Einrichtung einbedungen ist. Handlunz, die vermöge der Richtung ihres Willens überall und als Verbrechen sich darstellen, giebt es deßhalb nur oweit, als die Existenz des Staats durch eine einzelne richtung überall und stets bedingt ist.

Fr. 52. §. 8. Dig. 44. 7 (de oblig et act.), pergl. C. C. C. (rt. 150.

Der Grund des Strafrechts liegt hiernach in bem malesicium oder in der Missethat, welche das obligatorische Band knüpft, das durch die Beschränkung der Freiheit ihres Urhebers, wie bei der Injurie, gelöst wird.

Für das römische Recht ist es insbesondere erheblich, den Gedanken in judiciis publicis 6) nachzuweisen. So wie z. B. "furti tenetur" nichts anderes bedeutet als: "furti se obligarit"; so heißt auch z. B. "lege Cornelia tenetur" nichs anderes als: "lege Cornelia obligatur" 7). Seeneca 8) sagt: "Venenum illud dando scelere re obligavit." Servius 9) sagt: "— qui enim crimini tenetur obnoxius poena eum pristina liberat obligatione."

In der neueren Zeit findet sich der Gedanke isolirt <sup>10</sup>), ohne daß jedoch in einer Theorie zur Begründung des Strafrechts davon Gebrauch gemacht worden ware. Das Strafrecht wird also obligatorisch begründet und ist juris vinculum, quo necessitate adstringimur libertatis solvendae secundum nostrae civitatis jura, ohne daß wir nothig haben, die Worte: alicujus rei solvendae in die Worte: alicujus poenae sustinendae <sup>12</sup>) umzumandeln; gegen welche Aenderung auch der Begriff von Verbrechen spricht, welcher in wesentlicher Uebereinstimmung mit der gegenwärtigen Aussührung früher gegeben wurde. Harpen hat 13):

<sup>6)</sup> Die crimina extraordinaria sind ausbrücklich auf eine injuria publica gegründet: fr. 1. pr. Dig. 47, 10 (de extraord. crim.).

<sup>7)</sup> Fr. 30. Dig. 48, 10 (de leg. Corn. de fals.), cf. fr. 1. §. 1. ibid. ,, — societatem coierit ad obligationem innocentium."

<sup>8)</sup> De constantia sapientis C. VII. cf. Bynkershoek obs. jur. Rom. Lib. III. cap. X.

jur. Rom. Lih. III. cap. X.
9) Ad Aeneidem X. 32. vergl. Welder a. a. D. S. 139.

<sup>10)</sup> Birnbaum im neuen Archiv B. 9. S 375 fgg. 11) cf. pr. Inst. 3, 4 (de oblig.).

<sup>12)</sup> Birnbaum a. a. D. S. 376.

<sup>13)</sup> Tractatus criminalis (1609) pag. 4 - 5. cf. 697 - 700.

Delictum <sup>14</sup>) (Ludovico Bebione hic definitore) et factum aut dictum, quo quis alterum contra jui laedit, laesoque ad resarciendam jacturam et ac poenam persolvendam obligatur <sup>15</sup>).

§. 6.

## Berbrechen und Strafe.

Wir sind nun im Stande aus den seitherigen Erörsterungen den Begriff von Verbrechen und Strase zu schöpfen, und glauben insbesondere die Aufgabe erfüllt zu haben, in welcher das Verbrechen als die Ursache der Strase erscheint, wobei aber auch nicht übersehen werden darf, daß Ursache und Wirkung in einer unzertrennlichen Verbindung stehen. Wenn wir also wissen, was Verbrechen ist, dann haben wir auch das Wesen, was Verbrechen ist, dann haben wir auch das Wesen, der Strase. Es ist aber unzwöglich, durch die Strase das Verbrechen zu schaffen. Inziurie und Verbrechen beruhen wesentlich auf demselben Bezgriff. Dieses muß, die Insurie kann verfolgt werden, und hiernach enthalten beide eine Beschränkung der Freizheit, die gegen den Urheber der Handlung rechtlich und nothwendig ist, weil diese Handlung das Gebiet der Freiheit viberrechtlich gestört hat.

Der Rechtsgrund, nach welchem die Handlung bertheilt wird, ist bei dem Individuum überall derselbe, wenn
ich die mit der Handlung verbundene Willensrichtung
zufällige äußere Umgebungen sich anknüpft. Bei dem
'aat ist er überall und stets veränderlich und muß aus
Geschichte der Verfassung und den Einrichtungen des
rats nach dem Zeitpunkt der Handlung begründet werden.

Berbrechen und Strafe sind in ihrem innersten Begleich. Die Handlung bes Verbrechers schließt den

Davon fagt cr: , est duplex, publicum et privatum' pag. 5. cf. Gilhausen Arbor, judic, crim, pag. 75.

querschöpfen. So wenig die XII Tafeln dazu bestimmt waren, ebensowenig läßt sich insbesondere von den leges quaestionum solches behaupten. Die allmähliche Ansordnung der verschiedenen Quästionen<sup>4</sup>) widerlegt an sich schon diesen Gedanken vollständig, wenn man nicht behaupten will, daß mit der letzten Quästio die Absicht verbunden gewesen sen, das Gediet des Strafrechts damit zu erschöpfen und zu begrenzen. Wenn es auch in der Resgel<sup>5</sup>) ohne lex keine quaestio gab, so ist doch der Gesdanke, daß es ohne Strafschende lex kein Verbrechen gebe, ganz unbekannt geblieben. Die crimina extraordinaria würden dann jedenfalls außerhalb des Gebiets des Strafrechts liegen.

Die Compilation Justinians schließt den Gedanken ausdrücklich von sich aus <sup>6</sup>), und man kann nur sagen, daß die Verbrechen, welche in der Compilation nach ihrer außeren Erscheinung nicht bezeichnet sind, dem Kaiser zur gerichtlichen Entscheidung vorbehalten wurden. Dieses Sesständniß ist um so beachtenswerther, als Justinian überzeugt war, die Rechtswissenschaft bis an ihr letztes Ziel geführt zu haben <sup>7</sup>).

Verschieden von diesem irrigen Gedanken ist die positive Grundlage der staatlichen Einrichtung, auf welcher jedes Verbrechen beruht, unter deren Voraussetzung es allein gedacht werden kann. Im romischen Recht sinden wir da-

<sup>4)</sup> Vergl. Geib Seschichte des römischen Criminalprozesses, insbes. S. 172—173. Dennoch sindet sich die Vorstellung des in den leges quaestionum enthaltenen gesammten Criminalrechts S. 361, obwohl vorher zugegeben ist, daß allmählich für fast alle Verbrechen die Quästionen eingeführt worden sepen, S. 170.

<sup>5)</sup> Ueber Ausnahmen, welche vorgekommen sind, vergl. Mitters maier deutsches Strafverfahren 1. §. 13. (21).

<sup>6) §. 18.</sup> c. Tanta.

<sup>7) §. 5.</sup> c. Omnem reipublic.

von beispielsweise das SC. Turpillianum<sup>8</sup>). Ein großer Theil dieses SC. beruht auf der von unserer völlig verschies denen Organisation der Anklage, und er ist darum in soweit praktisch unbrauchbar, obwohl die thatsächlichen Boraussetzungen ebenso wie bei den Romern auch bei uns vorstommen können.

Auf dieser positiven Grundlage einer staatlichen Einrichtung und auf der Grundlage der im Staat anerkannten bürgerlichen Freiheit haben auch in Deutschland die Urtheile der Schöffen beruht, welche den Begriff des Verbrechens von einem Strafgesetz nicht abhängig gemacht haben ). Es ist insbesondere die Frage: was hat die C. C. C. in dieser Beziehung gethan?

Mit dem Begriff, den sie den ungelehrten Richtern über das strafrechtliche Versahren 10) giebt, damit nicht der Unschuldige gestraft werde und der Schuldige ungestraft bleibe 11), verbindet sie die Satzungen etlicher Missethaten und Strafen, damit aus diesen Beispielen 12) die Schöffen die Anwendung des Rechts erlernen mochten 13) Weil aber alle zufälligen Handlungen nicht bedacht und nicht

<sup>8)</sup> Tit. Dig. 18, 16. Cod. 9, 45.

<sup>9)</sup> Bergl. Wächter Gemeines Recht in Deutschland S. 117. 38pf l das alte Bamberger Recht S. 131 — 133.

<sup>10)</sup> Reichsabschied zu Freiburg v. 1498,, — ein gemein Reforsmation und Ordnung in dem Reich fürzunehmen, wie man in criminalibus procediren soll", Gerstlacher Corp. Jur. Germ. 1. E. 324—325. 334.

<sup>11)</sup> Bergl. die Vorrede zur Bambergensis sowie zum I. und II. Project der C. C. sowie zu dieser.

<sup>12)</sup> Art. 104 C. C. C. in der Ueberschrift u. a. E. Gerstlacher a. a. D. Roch in der Ausgabe C. C. C. v. 1800. Vorrede S. 14.

<sup>13) &</sup>quot;— Und damit Richter und Urtheiler die solcher Rechten nit gelernt seyn, mit Erkanntnuß solcher Straf destoweniger wider die gemelten rechten oder zulässige Gewohnheit handeln, so wird hernach von etlichen peinlichen Strafen, wann und wie die gedachten Recht guter Gewohnheit und Vernunft nach geschehen sollen, gesaßt."

beschrieben werden können, so sollen die Richter in allen andern peinlichen Fällen oder Anklagen sich Raths erhoten 14), wie in solchen unbenannten Fällen das Recht zu üben sen 15).

Sowie hiernach die C.C.C. burch die Berweisung auf bas römische Recht und durch die den Gerichten auferlegte Pflicht, den Rath der Rechtsverständigen einzuholen, auf jedem Blatt den Gedanken überhaupt von sich ausgeschlossen bat, daß das Strafrecht durch ein Strafgesetz bedingt sen, so hat sie auch hier insbesondere aus einer zufälligen Beran: laffung den Gebanken ausdrucklich widersprochen. Beilaufig macht bie C. C. C. barauf aufmerksam, bag bie mit ber Handlung verbundene Willensrichtung, und also beit einem Strafgesetz die Uebereinstimmung dieser Willendrich tung mit der Voraussetzung des Strafgesetzes, ber Rich: ter zu beurtheilen habe 16), gleichviel ob das Geset, welches eine Handlung in Voraussetzung ihrer verbrecherischen Willensrichtung äußerlich barstellt, die Strafe bestimmt ober unbestimmt 17) ausgesprochen hat. Wenn die Boraus: setzung des Strafgesches zutrifft, alsbann will die C. C. C., daß die damit verbundene Wirkung ausgesprochen werbe. Doch hat sie nicht übersehen, daß die Form ber Strafe nach Zeit und Ort veränderlich ist, und hat dem Richter

<sup>14)</sup> Bergl. Art. 219 und Art. 110 der beiden Projecte.

<sup>15)</sup> Art. 105 C.C. C. Feuerbach ist von dem Gedanken ausgesgangen, die C.C. C., habe festsehen wollen", welche Fälle peinslich zu strafen seven. Revision II. S. 30 — 32. Die Schwiesrigkeiten, welche ihm dadurch entstehen, sucht er mit der Beshauptung zu beseitigen, daßes die C.C. C. mit ihren Ueberschriften selten genau nehme, wovon die Redaction das Segentheil nachweist.

<sup>16)</sup> Urt. 104 " — eines guten rechtsverständigen Richters, se Gelegenheit und Ergernuß der Uebelthat ermessen kann —"

<sup>17)</sup> Art. 104. "— nach Ermessung eines jeden guten rechtsversständigen Richters als eben (siehe die vorige Note) geschrieben steht."

gegenüber dem Strafgesetz, enthalte es eine bestimmte oder unbestimmte Strafe, vorbehalten, wenn nach Gelegenheit der Zeit und des Orts die im Gesetz ausgesprochene Strafe nicht brauchbar ist, eine andere Form der Strafe im Recht zu sinden und auszusprechen 18).

Der Gebrauch, welcher allmählich von der C. C. C. gesmacht wurde, steht im Zusammenhang mit der Aufnahme der Compilation Justinians, der von dem praktischen Recht keine andere Vorstellung hatte, als daß es, mit Ausnahme der ihm selbst vorbehaltenen Lücken, aus seinem Gesetzuch nur gleichsam abgeschrieben würde. Sein Glaube von dem letzen Ziel der Rechtswissenschaft ist insbesondere auf die Strafrechtswissenschaft in Anwendung gekommen. In Folge hiervon hat sich das Strafrecht zu einer gelungenen Versschwörung gegen das Gesetz 19)-gestaltet. Es war ein trostloser Justand ohn, welchem zuerst vor einem halben Jahrhundert entgegengetreten wurde. Gesetz und Wahrheit wurden unter dem Vorwand des Gesetz gebeugt und die

etlich peinlich Straf segen, die nach Gelegenheit dieser Zeit und kand unbequem und einstheils nach dem Auchstaben nit wohl möglich zu gebrauchen wären, darzu auch dieselben Recht, die Form und Maaß einer jeglichen peinlichen Straf nit anzeigen, sondern auch guter Gewohnheit und Erkanntnuß versständiger Richter besehlen und in derselben Willführ segen, die Straf nach Gelegenheit und Ergernuß der Uebelthat aus Lieb der Gerechtigkeit und um gemeines Mußwillen zu ordnen und zu machen." Die in der C. C. C. geseten etlichen Strafen sind nur nach dem Muster des kaiserlichen Rechts, guter Gewohnheit und Vernunft nach, zur Belehrung aufgenommen (s. den Schluß des Art. 104) und machen ebensowenig Anspruch auf einen absoluten Cours, als die Strafe ihrer Duelle. Es ist übrigens zur Redaction des Art. zu bemerken, daß das II. Project die 2 Worte "unser kaiserliche Recht" in "unser kaiserlich Recht" — Art. 104 C. C. C. — umgewandelt hat; vergl. Bamberg. Art. 125. I. und II. Project Art. 110.

<sup>19)</sup> v. Almendingen Darstellung der rechtl. Imputation S. 7. 20) Köstlin a. a. D. S. 661.

querschöpfen. So wenig die XII Tafeln dazu bestimmt waren, ebensowenig läßt sich insbesondere von den leges quaestionum solches behaupten. Die allmähliche Ansordnung der verschiedenen Quästionen wie allmähliche Ansordnung der verschiedenen Quästionen widerlegt an sich schon diesen Gedanken vollständig, wenn man nicht behaupten will, daß mit der letzten Quästio die Absicht verbunden gewesen sen, das Gediet des Strafrechts damit zu erschöpfen und zu begrenzen. Wenn es auch in der Resgel ohne lex keine quaestio gab, so ist doch der Gestanke, daß es ohne Strafschende lex kein Verbrechen gebe, ganz unbekannt geblieben. Die crimina extraordinaria würden dann jedenfalls außerhalb des Gebiets des Strafrechts liegen.

Die Compilation Justinians schließt den Gedanken ausdrücklich von sich aus <sup>6</sup>), und man kann nur sagen, daß vie Verbrechen, welche in der Compilation nach ihrer äußer ren Erscheinung nicht bezeichnet sind, dem Kaiser zur gerichtlichen Entscheidung vorbehalten wurden. Dieses Geständniß ist um so beachtenswerther, als Justinian überzeugt war, die Rechtswissenschaft bis an ihr letzes Ziel geführt zu haben <sup>7</sup>).

Verschieden von diesem irrigen Gedanken ist die possitive Grundlage der staatlichen Einrichtung, auf welcher jedes Verbrechen beruht, unter deren Voraussetzung es allein gedacht werden kann. Im romischen Recht sinden wir das

<sup>4)</sup> Vergl. Geib Geschichte des römischen Criminalprozesses, insbes. S. 172—173. Dennoch sindet sich die Vorstellung des in den leges quaestionum enthaltenen gesammten Criminalrechts S. 361, obwohl vorher zugegeben ist, daß allmählich für fast alle Verbrechen die Duästionen eingeführt worden seven, S. 170.

<sup>5)</sup> Ueber Ausnahmen, welche vorgekommen find, vergl. Mitters maier deutsches Strafverfahren 1. §. 13. (21).

<sup>6) §. 18.</sup> c. Tanta.

<sup>7) §. 5.</sup> c. Omnem reipublic.

von beispielsweise das SC. Turpillianum<sup>8</sup>). Ein großer Theil dieses SC. beruht auf der von unserer völlig verschlez denen Organisation der Anklage, und er ist darum in soweit praktisch unbrauchbar, obwohl die thatsächlichen Voraußsehungen ebenso wie bei den Romern auch bei uns vorzommen können.

Auf dieser positiven Grundlage einer staatlichen Einrichtung und auf der Grundlage der im Staat anerkannten bürgerlichen Freiheit haben auch in Deutschland die Urtheile der Schöffen beruht, welche den Begriff des Verbrechens von einem Strafgesetz nicht abhängig gemacht haben<sup>9</sup>). Es ist insbesondere die Frage: was hat die C. C. C. in dieser Be-Fiehung gethan?

Mit dem Begriff, den sie den ungelehrten Richtern über das strafrechtliche Verfahren <sup>10</sup>) giebt, damit nicht der Unschuldige gestraft werde und der Schuldige ungestraft bleibe <sup>11</sup>), verbindet sie die Satzungen etlicher Missethaten und Strafen, damit aus diesen Beispielen <sup>12</sup>) die Schöffen die Anwendung des Rechts erlernen möchten <sup>13</sup>) Weil aber alle zufälligen Handlungen nicht bedacht und nicht

<sup>8)</sup> Tit. Dig. 18, 16. Cod. 9, 45.

<sup>9)</sup> Bergl. Wächter Gemeines Recht in Deutschland S. 117. 3öpf l das alte Bamberger Recht S. 131 — 133.

<sup>10)</sup> Reichsabschied zu Freiburg v. 1498 ,, — ein gemein Refors mation und Ordnung in dem Reich fürzunehmen, wie man in criminalibus procediren soll", Gerstlacher Corp. Jur. Germ. I. S. 324—325. 334.

<sup>11)</sup> Bergl. die Vorrede zur Bambergensis sowie zum I. und II. Project der C. C. C. sowie zu dieser.

<sup>12)</sup> Art. 104 C. C. C. in der Ueberschrift u. a. E. Gerstlacher a. a. D. Koch in der Ausgabe C. C. C. v. 1800. Vorrede S. 14.

<sup>.13) &</sup>quot;— Und damit Richter und Urtheiler die solcher Rechten nit gelernt seyn, mit Erkanntnuß solcher Straf destoweniger wider die gemelten rechten oder zulässige Gewohnheit handeln, so wird hernach von etlichen peinlichen Strafen, wann und wie die gedachten Recht guter Gewohnheit und Vernunft nach geschehen sollen, gesast."

Ausübung dieser Kunst gelangte zu einer allgemein praktischen Anerkennung 21).

Durfen wir deghalb unserem Streben nach Wahrheit und Gerechtigkeit einen größeren Werth beilegen?

Forschen wir nach der Quelle jener Erscheinung, so sinden wir dieselbe in der irrigen Vorstellung über den Beruf des Gesetzebers, durch den der Begriff des Verbrechens zuerst geschaffen, die Strase zuerst geprägt werden soll. Wenn es ohne den Gesetzeber kein Verbrechen und also keine Strase gebe, so hätte derselbe keine Rechtsertizgung den Begriff der Strase zu schaffen, um daraus rudzwärts auf die Ursache, das Verbrechen, zu schließen.

Dieses Gesetz ist willkührlich geschaffen worden, um'es dann nach Willkühr zu umgehen.

Das Strafgesetz hat kein selbstständiges Daseyn. Das selbe ist abhängig von dem ihm zu Grunde liegenden Rechtsbegriff und dessen Anwendung in der Einrichtung des Staats. Das Borhandenseyn der staatlichen Einrichtung macht die verbrecherische Willensrichtung und dadurch den Begriff des Berbrechens möglich. Das Strafgesetz ist ferner abhängig von der ganzen Organisation eines Staats, ihrer Integrität und ihrer Aussührung, wodurch die Qualität und Quantität eines Berbrechens bedingt ist. Dasselbe ist endlich abhängig von dem Werth der Freiheit, der veränderlich ist nach der Bildungsstuse der Zeit, des Orts und des Wolfs, und der nur im gerichtlichen Verkehr seine Form und seinen Inhalt annehmen kann.

<sup>21)</sup> Malblank Geschichte der P. G. D. S. 249 sagt: "der versstorbene Meister zeigte in seinen peinlichen Erkenntnissen überall das menschenfreundliche Herz und besaß im hohen Grad die Stärke, seine überaus gelinden Gesinnungen mit den Gesehen so schicklich zu vereinigen, daß man niemals eine gewalts same Ubweichung davon bemerkte und er doch seinen Endzweck erreichte"; vergl. Feuerbach Revision I. S. 206\*; Wächter Gemeines Recht S. 129. Not. 164b.

Der Gesetzeber ist auch nicht im Stande, nur in einem bestimmten Zeitpunkt die ihm hier gesetzte Aufgabe zu erfüllen, das Strafrecht erschöpfend darzustellen. Er kann die staatlichen Einrichtungen in ein System aufnehmen, auch eine außerliche Handlung beschreiben, durch welche ein Institut des Staats gestört wird. Er kann endlich unter Voraussetzung der verbrecherischen Willensrichtung die damit verbundene Strafe schon im Voraus für den Fall aussprechen, daß das Verbrechen wirklich eintritt. Aber unmöglich ist es, jede Handlung im Voraus äußerlich darzustellen, welche vermöge ihrer Willensrichtung zum Versbrechen wird.

Erwägt man, daß kein Gesetzeber den Gedanken sich angeeignet hatte, erwägt man die steten Veränderungen im Staatsleben und insbesondere wie sie seit der C. C. C. eingetreten sind, erwägt man endlich die Unthätigkeit der Reichsgesetzgebung im Gebiete des Strafrechts; so ist es ebenso begreislich als nothwendig, daß ein erborgter das ganze Strafrecht ergreifender Grundsat in dem Streben nach Gerechtigkeit eine ganzliche Rechtsverirrung erzeugen mußte.

Selet um seiner selbst willen, nicht zur Umgehung dessels um seiner selbst willen, nicht zur Umgehung dessels ben, zur Anerkennung zu bringen gesucht. Die allergez sährlichste Wilkführ hat er dem Geist der Strafgerichte entz zogen, aber er hat das Uebel nach seiner äußeren Erscheis nung zu heilen gesucht. Weil das Gesetz, wie es aufgesaßt war, gebeugt wurde, so hat er die Auffassung, nicht ohne Widerspruch 22), philosophisch zu begründen gesucht, wobei er den Grund des Strafgesetzes aus einer zufälligen Folge desselben hergeleitet hat. Die Geschichte des Strafzrechts hat er dabei nur wie ein abschreckendes Beispiel bez

<sup>22)</sup> Insbesondere v. Grolman Criminal = Rechtswissenschaft §. 13.

trachtet <sup>23</sup>). Die fast bodenlose theoretische Behandlung und ihr gegenüber seine Consequenz haben das Bedürfniß der Strafgesetzgebung zuerst erzeugt, das jetzt, nachdem wenigstens die Reichsgesetzgebung ihre durch außere Zufälzligkeiten veranlaßte Thatigkeit fast 3 Jahrhunderte im Wesentlichen eingestellt hatte, auf die Natur <sup>24</sup>) des Strafzrechts gegründet wird.

Dieser Geist gehört zu den Elementen, von welchen die neueren partikulären Strafgesetzgebungen in den einzelnen Theilen Deutschlands zur Ausführung oder doch zur Vorbereitung gekommen sind. Was niemals da gewesen war, das sollte von Natur aus begründet seyn, deshalb mußte es erst neu geboren werden. Das Organ der Reichszesetzgebung war unterdessen seinem herannahenden Enderentgegengegangen, es ist also die partikuläre Gesetzgebung von diesem Geist ergriffen worden.

Wir mussen die Folgen untersuchen, die mit diesem irrthumlichen Grundgebanken verbunden sind.

Die Logik, in welcher das Recht beurtheilt werden muß, wird verdreht.

Der Jurist verlangt, daß ihm die Thatsache erzählt werde, dann schließt er mittelst seines Grundes auf das Recht. Deßhalb bildet in jeder Klage die Geschichtserzählung den Vordersatz, von welchem mittelst des Rechtsgrundes auf die Bitte der Klage geschlossen wird. Im Strafrecht soll umgekehrt das Gesetz den Vordersatz bilden, von welchem mittelst der Thatsache als einer Handlung auf die rechtliche Folge der Handlung zu schließen sen Vo.

<sup>23)</sup> Feuerbach im Lehrbuch §. 8. Unmert.

<sup>24)</sup> Marezoll Criminalrecht S. 55. Röstlin a. a. D. S. 659. Koenigswaerter de juris criminalis placito: nullum delictum nulla poena sine praevia lege poenali, p. 122.

<sup>25)</sup> Bergl. Ubegg im Lehrbuch §. 55. Unmerk.

Das Gesetz wird hierdurch zu einer Zwangsjacke, in welche die einzelnen Theile einer aus dem inneren Zusam= menhange gerissenen Handlung nach ihrer zusälligen äuße= ren Erscheinung aufgenommen und als ein ungetrenntes Ganze behandelt werden. Was sich dieser Form nicht anpassen läßt, das hat für das mit ihm verbundene Unrecht und Verbrechen einen gesetzlichen Freibrief.

Der Richter hat den Beruf und die Aufgabe, den Werth der Freiheit in der Strafe auszuprägen und die Einheit beider durch seine Schätzung zu repräsentiren. Durch jenen Irrthum wird der Richter in den Glauben gesetzt, als ob im Gesetz die Einheit der Strafgröße bewahrt sen, die er aus bekannten Größen nur zu berechnen habe 26).

Welche Folgen werden sich in der Zukunft an diesen Irrthum anknupfen?

Wir durfen voraussetzen, daß die ermüdenden Ansstrengungen der Strafgesetzgebung gleichen Schritt, mit dem Staatsleben zu halten im Laufe der Zeit sich wieder absspannen. Wie wenige Veränderungen im Staatsleben sind nothig, um in einer Gesetzgebung etwas Aehnliches vorzusinden, wie im romischen Recht z. B. das SC. Turpillianum <sup>27</sup>) oder wie in der C. C. C. z. B. die Zauberei! <sup>28</sup>) Wenn die Thätigkeit der Strafgesetzgebung in ihren Versuschen sich erschöpfung des Strafrechts nicht erreicht werden kann, wenn

<sup>26)</sup> Gerstlach er a. a. D. I. S. 365 sagt: "Die öftere Berweissung auf den Rath der Rechtsverständigen — ist gewiß versnünftiger, als der in unsern Tagen geschehene Borschlag, einen Tarif über die Berbrechen zu machen, nach welchem man mit dem Zirkel bestimmen kann, wie nahe oder wie weit jedes Berbrechen von der größten, mittleren und kleinsten Strafe entfernt sen, und die darüber entworfenen Tabelle nund Risse."

<sup>28)</sup> Hier und auch sonst — vergl. Wächter Gemeines Recht S. 131 — hat selbst Feuerbach seine Consequenz verlass sen, vergl. Revision II. S. 15. S. hepp a. a. D. S. L. Auch der Thatbestand läft sich erweisen.

sie anerkennt, daß sie im Wesentlichen mehr nicht geleistet hat, als daß sie die gerichtliche Praris ihrer Zeit in einer unbestimmten durch das Wesen der Gesetzebung bedingten Form zusammengestellt hat; dann wird und muß det Begriff einer das Strafrecht bedingenden Strafgesetzgebung das Beispiel allmählich erneuern 29), in welchem die strafzrechtliche Praris eine gelungene Verschwörung gegen das Gesetz bildet.

Wenn uns auf diese Weise die Garantie der bürgerlichen Freiheit verschwindet, welche mit dem Begriff der
Strafgesetzgebung nur dann verbunden werden kann, wenn
es möglich ist, das Strafrecht darin zu begrenzen und
zu erschöpfen; so mussen wir fragen: worin können wir
diese Sicherheit finden?

Auf dem begründeten Vertrauen in die Unparteis lichkeit und in die Einsicht der strafrechtlichen Organe, also auf der Strafgerichtsverfassung, ruht die Garantie der bürsgerlichen Freiheit 20).

In der hochsten Bluthe der Freiheit des römischen Burgers lag die Garantie derselben in der Verfassung der strafrechtlichen Organe 31).

Das deutsche Institut der Schöffengerichtsbarkeit war mehr als jedes andere bei sorgfältiger Pflege geeignet, der bürgerlichen Freiheit die höchsten Garantieen zu bieten 32.

Der Englander, welcher mit Stolz auf seine burgerliche Freiheit pochen kann, sindet sie insbesondere in der großen und kleinen Jury gesichert.

<sup>29)</sup> Bergl. Köstlin a. a. D. S. 662. Wächter Gemeines Recht S. 122. Not. 155.

<sup>30)</sup> heffter im Lehrbuch §. 19. Mot. 4.

<sup>31)</sup> Zumpt über die personliche Freiheit des romischen Bürgers und die gesetzlichen Garanticen desselben.

<sup>32)</sup> Böpfl das alte Bamberger Recht &. 138.

Durch eine Betrachtung der Strafgesetzgebung in der alten respublica Romana und in dem neuen England 33) wird die Frage, ob in einer das Strafrecht bedingenden Strafgesetzgebung eine Garantie der bürgerlichen Freihelt gefunden werden kann, ohne Prajudiz geprüft werden. Belche Sicherheit könnte barin liegen, daß in gleichen Verhältnissen ein Anderer gleich ungerecht gestraft, ober, daß in gleichen Verhältnissen gegen einen andern Ver= brecher auch keine Strafe ausgesprochen wird 34). Wenn es begründet ware, daß die Unparteilichkeit und Unbe= sangenheit des Richters durch die concreten und insbe= sondere durch die persönlichen Verhältnisse eines gegebenen Falls gefährdet sep, so wurde dadurch die Thatig= keit des Richters überhaupt eingestellt werden. Während wir aber glauben dem Irrthum oder gar der Willführ des Richters das Strafgesetz als einen Schild entgegenhals ten zu können, so ist baburch grade dem Richter Gelegen= heit gegeben sich selbst hinter diesem Schild zu tauschen oder gar zu verbergen in der doppelten Richtung, um einen Schul= digen ungestraft ausgehen zu lassen oder einen Unschuldi=

Die Strafgesetzgebung als Garantie der bürgerlichen reiheit betrachtet verbreitet einen tauschenden Schein. ile kann zu diesem Zweck so wenig dienlich seyn, als dem It gegenüber für unsere Gesundheit in einem Receptir= ch irgend eine Garantie gewonnen wird. In bieser Rich= 19 ist sie entweder überflüssig oder zwecklos und kann in

Bergl. Mittermaier im Neuen Archiv 9. S. 528 fgg. Beitschrift für ausländische Geseßgebung I. Nr. 2 und 11. VIII. Rr. 5. X. Mr. 13. Siehe in der Ausgabe Feuerbach's Leberschung v. Stephen's Strafs Rach Mittermaier im Lehrbuch S. 74. Mot. I. ist das strafgeses "der Ausdruck des Willens des Gesetzgebers, wie ett er von dem Strafrecht Gebrauch machen will."

## 224 Ueber die praktische Begründung des Strafrechts.

Der Richter ist der Träger seines Urtheils, er hat es in seiner thatsächlichen Begrundung und seiner nothwendigen Schlußfolgerung zu vertreten, und die bürgerliche Freiheit wird gefährdet, wenn ihm Gelegenheit gegeben ist seine Fehler mit dem Gesetzu bedecken.

Unvollendet wie diese Arbeit ist mag sie in der Ueber: zeugung hinausgehen, daß wenn der Gedanke auf welcher sie ruht nur einen Funken von Wahrheit enthält, derselbe geeignet ist, in der Aussührung viele dunkle Theile des Strafrechts zu erleuchten und praktische Irrthümer zu ver: meiden. Möge der Wille, den Stoff des Rechts zugleich frei zu beherrschen und zugleich dem Gesetz zu dienen und zu gehorchen, diesen Blättern eine wohlwollende Aufnahme versichern.

## XI.

Ueber

# den Begriff der Unterschlagung.

Non

## gerrn Adv. Paul Grohmann

in Dresben.

### Einleitung.

Der Aussatz des Hrn. Prosessor Hepp in Nr. XXII des Archivs von 1850 über den Begriff, Umfang und Eintheis lung der Unterschlagung gab bereits dem Verfasser dieses Beranlassung, insoweit die sächsische Gesetzebung darin angegriffen war, eine Entgegnung zu versuchen, und erforderte eine Prüfung des dort aufgestellten Begriffes, nas mentlich den Bestimmungen der sächsischen Gesetzebung gegenüber; es lag jedoch außerhalb der Grenzen dieser Entzgegnung, den diesseits aufgestellten Begriff der Unterschlasgung näher zu begründen und weiter auszuführen.

Wie bereits Herr Professor Hepp durch seine Zussammenstellung der verschiedenen Gesetzgebungen zu dem obigen Aufsate nachgewiesen hat, sinden dieselben das Hauptcriterium der Unterschlagung darin, daß der Thäter den Gegenstand des Vergehens in Besitz haben musse; jum Unterschied von dem Diebstahl, bei welchem eine him.

wegnahme aus dem Gewahrsam eines Anderen statt finde. Auch der von Hepp aufgestellte Begriff der Unterschlasgung entfernt sich im Wesentlichen nicht von dieser Ansicht. Er stellt zwar den Begriff negativ auf:

"ohne Hinwegnahme aus dem Gewahrsam des Berechtigten",

um die Unterschlagung gefundener, zugelaufener und her: renloser Sachen in allen Fällen mit zu umfassen, er kommt aber boch S. 601 immer wieder auf den Besitzuruck, wenn er sagt:

"man kann aber auch mit Eropp und Hufnagel nur zwei Hauptfälle der Unterschlagung unterscheiden, je nachdem entweder die Sache dem, der sie unterschlägt, vom Eigenthümer selbst (überhaupt von dem Berechtigten) übergeben und anvertraut worden war, oder dies selbe auf andere Weise in seine Hände gekommen ist"; denn die andere Weise kann an und für sich nichts Unrechtmäßiges enthalten, sie scheint aber doch nach der Wortsfassung der Verübung der Unterschlagung vorausgehen zu müssen, sie setzt mithin einen wenn auch kurzen rechtmäßis

gen Besit voraus.

Wer nun ausschließlich in einem vorhergegangenen rechtmäßigen Besitz den Hauptunterschied der Unterschlasgung von den übrigen Eigenthumsvergehen sindet, wird durch die Fälle in Berlegenheit gesetzt, wenn der Thäter perlorene oder herrenlose Sachen bei deren Wahrnehmung sosort in der Absicht aushebt, und an sich nimmt, um diesselben sich anzueignen, weil sich hier vom ersten Augenblick an der Thäter als widerrechtlicher Eigenthümer gerire, wodurch ein rechtmäßiger Besitz ausgeschlossen werde, und daher vor der Aneignung nicht statt gefunden habe. Dennt ohne Zweisel ist eine derartige Handlung nicht Diebstahl, weil eine Hinwegnahme aus dem Gewahrsam des Berecktigten nicht statt sindet, sondern Unterschlagung. Noch preis gnanter würde die Abwesenheit des rechtmäßigen Besites

in dem Falle hervortreten, wenn Jemand ein verendetes Stück Wild sieht, dabei wartet, und einem bald darauf Vorübergehenden es gegen Zahlung einer Geldsumme ergreisfen und an sich nehmen läßt, ohne es selbst berührt zu has ben. Hier liegt in dem einen Moment der Anweisung an den Dritten die rechtswidrige Aneignung und Veräußezrung, welche keinen Raum für einen rechtmäßigen Besitz läßt.

Es ist zwar diese Schwierigkeit in der von Hepp gewählten negativen Ausdrucksweise unwillkührlich umganzen; der Grund zur Wahl dieser Negative, nämlich die Aufnahme der verlorenen und herrenlosen Sachen ist aber in Bezug auf Lettere die Ursache zu neuen Undeutlichkeiten und Widersprüchen geworden, die unausbleibliche Folge der negativen Ausdrucksweise. Denn wenn gesagt ist:

"ohne hinwegnahme aus dem Gewahrsam des Berechtigten",

so setzt dies wenigstens einen Berechtigten voraus, in dessen Gewahrsam aber die Sache nicht ist; der Begriff der herrenlosen Sache steht jedoch mit dem Begriff des Berechtigten in Widerspruch, und wenn man die Unterschlagung einer herrenlosen Sache im Auge hat, und deren Begriff nach dem von Hepp gewählten Satz formuliren wollte, so würde man durch die Worte:

"Ber sich eine herrenlose Sache ohne Hinwegnahme aus dem Gewahrsam des Berechtigten widerrechtlich zueigenet, macht sich der Unterschlagung schuldig"

wohl den Vorwurf auf sich laden, daß man sich in Wider- fprüchen ergehe.

Um auf den von den verschiedenen Gesetzebungen angenommenen Hauptunterschied der Unterschlagung, den derselben vorausgehenden rechtmäßigen Besitz zurückzukommen, so ist die Schwierigkeit: die Fälle der Unterschlagung, in welchen ein solcher Besitz nicht vorausgegangen ist, uns

ter dem allgemeinen Begriff zu subsumiren, hauptsächlich badurch entstanden, daß man bei Aufstellung des Begriffes unterlassen hat, den factischen Verhältnissen die Rechte zu substituiren, aus welchen die Letzteren hervorgegangen sind, und danach den Begriff der Unterschlagung in seinem Unterschied von dem Begriff des Diebstahls festzustellen, und dies sind die Rechte des Besitzes und der Besitzergreifung auf eine fremde bewegliche Sache.

Beim Diebstahl sindet die Hinwegnahme einer fremsten Sache aus dem Gewahrsam eines Anderen statt, in der Absicht sich diese anzueignen, auf welche der Dieb ein Recht des Besitzes und der Besitzergreifung nicht hat. Das Berbrechen ist mit der Ergreifung der Sache aus fremdem Gewahrsam in der Absicht der Aneignung vollendet, und bedarf, wenn die Ergreifung nachgewiesen ist, keines weisteren Beweises, um zur Untersuchung und Bestrafung gezogen zu werden, es müßte denn der Inculpat Umstände nachweisen können, welche die Absicht der Aneignung ausschließen. Dies kommt daher, weil von den ersten Beziehungen an, in welche der Thäter mit dem Object des Diebstahls tritt, ein rechtswidriges Verhältniß statt sindet.

Die Unterschlagung dagegen kann nur von solchen Personen in Bezug auf solche Sachen ausgeübt werden, auf welche derselben Rechte des Besitzes und der Besitzergreifung mit Ausnahme des Eigenthumsrechtes zustehen. Wer eine Unterschlagung verübt, steht mit dem Object dersselben von Ansang an in einer rechtlichen Beziehung, und ist wenigstens im Stande und es steht ihm tein Strafgesetzentgegen, obige Rechte auf dieselbe rechtsgültig auszuüben; er benutzt aber dieses ihm zustehende Rechtsverhältniß dazu, sich Rechte über die Sache anzumaßen, die ihm nicht zusstehen, er läßt die fremde Sache durch die Unterschlagung in sein Eigenthum auf rechtswidrige Weise übergehen. Wenn Iemand eine verlorene Sache fand, und sofort in

der Absicht an sich nahm, sie sich anzueignen, so war doch bem Thater burch ben Bufall bes Findens die Befugniß eingeräumt, die Sache so lange in rechtmäßigen Besit ju nehmen und zu behalten, bis der Eigenthumer ermit= telt ist; .und auch dann steht der Pflicht der Rückgabe die Befugniß der Retention gegenüber, bis die etwa auf Er= haltung ber Sache verwendeten Rosten bem Finder vergus tet find. Db nun der Finder, ohne von diesen ihm zustehenden Rechten Gebrauch zu machen, sofort zu der rechtswidrigen Aneignung vorschreitet, ober erst, nachdem er von allen biefen ihm zustehenden Rechten und Befugnissen Ge= brauch gemacht hat, zu derselben übergeht, bringt keinen Unterschied in ber Beurtheilung diefer beiden Handlungen hervor, benn in beiden Fallen standen bem Thater diesel= ben Rechte und Befugnisse auf die Sache zu, und in dem Borhandenseyn dieser Rechte, nicht in der Ausübung derselben, liegt bei stattgefundener rechtswidriger Aneignung der Unterschied der Unterschlagung vom Diebstahl, bei weldem diese rechtliche Beziehung zwischen dem Thater und der Sache nicht statt fand.

Ebenso wie Depp ben Begriff der Unterschlagung burch die Worte

"ohne Hinwegnahme" als Regative des Begriffes vom Diebstahl

aufgefaßt hat, könnte man dann umgekehrt den Begriff des Diebstahls als Negative von der Unterschlagung darsstellen, daß sich derjenige des Diebstahls schuldig macht, der eine fremde bewegliche Sache ohne ein Recht des Bessiges oder der Besitzergreifung auf solche zu haben, sich anseignet, wenn es nicht vorzuziehen wäre, den Begriff positiv aufzustellen; denn es wird ein Sichaneignen einer frems den Sache, ohne diese Rechte auf solche zu haben, gar nicht anders erfolgen können, als mit Hinwegnahme aus dem

Gewahrsam bes Berechtigten, ober als gleicher ober unzgleicher Theilnehmer bes Diebstahls. Wie bei der Unterschlagung der etwa vorausgegangene Besitz nur eine Folge eines bereits zwischen dem Thäter und der Sache bestehenden Rechtsverhältnisses ist, ist bei dem Diebstahl die Hinzwegnahme die Folge des Mangels eines solchen Rechtsverhältnisses. Hierin scheint gewissermaßen die Probe zu liegen, daß der auf diesem Wege aufzustellende Begrisser der Unterschlagung dem Vergehen des Diebstahls gegenüber der richtige sen, aber auch zugleich der Grund dargethan zu sen, weshalb bei abzusassenden Gesehen die unterscheizdenden Merkmale nicht negativ hingestellt werden dürsen. Denn wie durch die negative Auffassung der Unterschlagung

"ohne Hinwegnahme aus dem Gewahrsam des Berechtigten"

nur der Unterschied dieses Vergehens vom Diebstahl angedeutet wird, wurde durch die negative Auffassung des Diebstahls

"ohne die Rechte des Besites und der Besitzergreifung auf die Sache zu haben"

allein der Unterschied von der Unterschlagung hervorgehosben. Diebstahl und Unterschlagung sind aber nicht die einzigen Arten von Eigenthumsvergehen, so daß dieselben in einer derartigen ausschließlichen Beziehung in Betracht gezogen werden könnten, vielmehr ist jedes dieser beiden Eigenthumsvergehen in Beziehung auf alle übrige Arten der Eigenthumsvergehen aufzufassen.

Gehen wir nun zu

Aufstellung des Begriffes der Unterschlagung über, so haben wir die Fehler, in welche frühere Rechtslehrer bei Aufstellung desselben verfallen sind, geglaubt darin gefunden zu haben, daß sie unterließen, den factisschen Verhältnissen die rechtlichen Grundlagen derselben zu substituiren und, weil den meisten Unterschlagungen ein Besitz vorausgeht, dieses factische Verhältniß als das alleisnige Merkmal auffaßten. Zu Vermeidung dieses Fehlers und in Beziehung auf das oben Gesagte dürfte vielleicht folgende Fassung des Begriffes der Unterschlagung umfassend, kurz und verständlich senn, und zugleich deren Merkmale richtig bezeichnen:

"Wer auf eine fremde bewegliche Sache das Recht des Besitzes oder der Besitzergreifung hat, sich dieselbe aber widerrechtlich zueignet, macht sich der Unterschlasung schuldig."

Es könnte vielleicht dieser Begriff noch insoweit ausgedehnt werden, daß man diesem Rechte des Besites und ber Befitergreifung noch die Rechte ber Bermahrung, Bermaltung des Nießbrauches zc. hinzufügte, und noch ausdrücklich den Ausschluß bes Eigenthumrechtes erwähnte; es erscheint jedoch überflüssig, diese anderen möglichen Rechte aufzuführen, weil sie alle von dem Rechte des Besitzes und der Besitzergreifung begleitet seyn muffen, wenn die Berübung der Unterschlagung möglich seyn soll; den Ausschluß des Eigenthumsrechtes noch ausdrücklich mit aufzuführen, dürfte um deswillen unnöthig senn, weil dieser Ausschluß in der widerrechtlichen Uneignung hinreichend erkennbar ift, und das widerrechtliche Uebergehenlassen in das Eigenthum des Thaters eben vorausset, daß ein solches Eigenthums= recht nicht vorhanden war. Ferner könnte namentlich vom civilrechtlichen Standpunct aus an dem Begriff:

"Recht des Besitzes und der Besitzergreifung"
Anstoß genommen werden, weil doch wohl in den meisten Fällen abgesehen von dem factischen Besitze das Recht des Besitzes von dem Rechte des Eigenthums nicht getrennt werden kann, und daher nur der Eigenthümer oder die Persson, welcher der Eigenthümer den Besitz überträgt, das Recht des Besitzes hat; man konnte um deswillen vielleicht behaupten, daß der obige Begriff nur die Fälle der Unterz

schlagung des Unvertrauten vorzugsweise berühre, aber die Fälle, in welchen Jemand zufällig und ohne Wiffen bes Eigenthümers in Besit ber fremden Sache gekommen sen, ausschließe, z. B. wenn Jemandem eine gestohlene Sache ohne sein Wissen zugesteckt wird, oder bei verlorenen oder zugelaufenen Sachen, in welchen Fällen ber Eigenthumer zwar den factischen Besitz aber nicht das Recht auf den Befit verloren hat, und mithin das Recht auf ben Besit mit dem zufälligen factischen Besit auf einen Underen ohne Einwil= ligung des Eigenthumers nicht übergehen kann. theils glaubt man jedoch einem solchen Vorwurf badurch begegnen zu konnen, daß es sich bei Feststellung der Begriffe im Strafrecht nicht um feine civilrechtliche Distinctio= nen handeln kann, und um beswillen unter Recht des Besites und ber Besitzergreifung im Allgemeinen zu verfieben sen, wenn Jemand auf erlaubte Weise ohne Berletung eis ner gesetzlichen Vorfchrift in Besitz einer fremben Sache gelangt, oder zu gelangen im Stande ift, es hat dies allerdings in den obigen Fällen einen nur factischen aber boch rechtmäßigen Besitz zur Folge, welcher bem Inhaber bas Recht des Besites, das ihm von keinem britten Unberechtig= ten streitig gemacht werben kann, so lange verleibt, bis ber Eigenthumer aufgefunden ift, und die Sache wieber felbst in seinen Besit nehmen kann; anderntheils läßt sich boch auch diese Ausbrucksweise mit dem civilrechtlichen Standpunct ohne Widerspruch vereinigen, weil man vor aussehen kann, daß dem redlichen Finder ober Inhaber einer fremben Sache ohne Wiffen des Eigenthumers nie Die Einwilligung des Eigenthumers zu diesem vorübergehenden Besitsftand fehlen murbe, wenn bieselbe nach den factischen. Berhältnissen zu ertheilen möglich wäre, und bag um beswillen bei Beendigung dieses Berhältnisses, bei Rudgabe an den Eigenthümer eine ausbrückliche ober stillschweigende Ratihabition des Letteren in Bezug auf die Sandlung bes

reblichen Finders oder Inhabers eintritt, nach welcher derfelbe in präsumtivem Auftrage desjenigen gehandelt hat, dem mit dem Eigenthum ausschließlich das Recht des Besitzes zustand. Endlich istzu erwarten, daß der aufgestellten Fassung des Begriffes noch der Vorwurf gemacht werden könnte, daß, wenn dieser Begriff in der aufgestellten Weise in ein Strafgesetzbuch aufgenommen werden sollte, welches nicht bloß für die Personen, welche die Gesetze anzuwenden haben, sondern für alle Staatsbürger verständlich geschrieben senn soll, die Worte:

"Rechte des Besitzes und der Besitzergreifung"
nicht als allgemein verständlich erscheinen dürften. Leider
ist aber diesem Vorwurf nicht allenthalben abzuhelfen, weil
bei der Unvollkommenheit der Sprache verschiedene Persos
nen an dieselben Worte verschiedene Bedeutungen knupfen,
dem größten Theil des nicht juristischen Publicums aber die
Worte:

"Eigenthum und rechtmäßiger Besite"

ibentisch erscheinen werden. Es kann jedoch theils bei Aufsstellung der einzelnen Arten der Unterschlagung der Begriff seine weiteren Erläuterungen finden, theils wird mit grösterer Berbreitung der Gesetze und Rechtsbegriffe auch immer mehr einem Risverständniß der Worte vorgebeugt werden. Obwohl man nun überzeugt ist, daß, wenn das aufgestellte Perkmal der Unterschlagung richtig ist, der Begriff derselzben im Wesentlichen nicht anders gefaßt werden kann, als es oben geschehen ist, so könnte doch, um dem zuletzt aufstellten Vorwurf zu begegnen, im Interesse der allgemeinen Berständlichkeit so viel von der juristischen Consequenz gesopsert werden, daß man das Vergehen der Unterschlagung so ausdrückte:

"Wer eine fremde bewegliche Sache, die er in rechtmas figem Besit hat, ober in Besit zu nehmen befugt war, sich widerrechtlich zueignet, macht sich der Unterschlasgung schuldig."

Die Hinzusügung des Wortes "fremde" vermehrt die Deutslichkeit darin, daß eben der factische Besitz in diesen Fälzlen nicht bei dem Eigenthümer ist; die herrenlosen Sachen werden dadurch nicht ausgeschlossen senn, weil, insoweit an solchen Unterschlagung begangen werden kann, sie dem Thäzter gegenüber fremd sind; und wenn durch Wiederaufnahme des Besitzes das factische Verhältniß wieder an die Stelle der einer großen Anzahl Staatsbürger durch unklaren rechtlichen Grundlage getreten ist, so wird doch diese Grundlage durch die Worte:

"oder in Besitz zu nehmen befugt ist" einigermaßen aufrecht erhalten, welche zugleich diesenigen Fälle in den Begriff mit aufnehmen, in denen Unterschlas gung ohne vorhergegangenen Besitz statt gesunden hat.

Es bleibt nun bei bem

Umfang und Eintheilung der Unterschlagung zu prüfen übrig, ob der aufgestellte Begriff auf der einen Seite alle Fälle umfaßt, die zur Unterschlagung zu rechnen sind, auf der anderen Seite aber sich nicht etwa als zu weit herausstellt, und derselbe auf solche Vergehen mit angewendet werden könnte, die unverkennbar nicht Unzterschlagung sind, sondern zu anderen Klassen von Verzgehen gehören.

Die Unterschlagung fällt ihrem Umfang nach objectiv in der rechtswidrigen Aneignung einer beweglichen Sache vollständig mit dem Vergehen des Diebstahls zusammen, subjectiv trennt sie sich jedoch dadurch von diesem Vergehen, daß sie nur von solchen Personen ausgeübt werden kann, die die unterschlagene Sache in nicht rechtswidrigem factleschen Besit hatten, oder in Besit zu nehmen besugt waren. Dieser Umfang durfte in dem ausgestellten Begriff vollständig angedeutet senn. Hält man im Allgemeinen die von Depp aufgestellten 5 Arten der Unterschlagung fest, so umfaßt er

- 1) die eigentliche Veruntrauung; wenn der Berechtigte dem Thäter die Verwahrung und Verwaltung über bestimmte Sachen und dem Berechtigten zustehende Rechte und Besugnisse übertrug; denn hier ist dem Thäter von dem Berechtigten selbst das Recht des Besitzes und der Besitzergreifung übertragen worden. Ferner
- 2) wenn, wie Hepp sagt, ber Thäter auf sonst rechtmäßige Beise in Besitz ber Sache gekommen ist. ift allerdings biefer Ausbruck so unbestimmt und umfassend, daß er alle Fälle der Unterschlagung in sich begreifen kann, höchstens mit Ausnahme berjenigen Fälle, in welchen der Berübung des Bergehens ein factischer Besitsstand nicht vorausging; indessen will man diese zweite Urt der Unterschla= gung auf die Fälle beschränken, wenn entweder dem Thä= ter bie Sache von einem Unberechtigten anvertraut wurde, während er selbst diesen Unberechtigten irrthümlich für den Berechtigten hielt, ober wenn ber Thäter bona fide die Sache in Besitz und Eigenthum irrthumlich nahm, später aber über seinen Irrthum belehrt, mit der Sache Handlungen ber rechtswidrigen Uneignung vornahm. Bei bieset Art der Unterschlagung kann allerdings objectiv weder ein Recht des Besites, noch rechtmäßiger Besit statt finden, subjectiv liegt er aber bis zur Aufklärung des Irrthums jedenfalls vor, und von diesem Zeitpunkt an dauert er noch so lange fort, bis ber Inhaber ber Sache im Stande ist, bie Sache dem mahren Berechtigten zurückzugeben. nun bei Anwendung der Strafgesetze auf den Angeschuldig= ten alles darauf ankommt, ob der Thäter wissentlich bas Geset übertrat, oder ob die Rechtsverletzung die Folge eines factischen Irrthums war, so erhält nothwendig das Recht bes Besites und ber Besitzergreifung sowie des rechtmä: sigen Besitzes auch auf die Fälle bei beren Beurtheilung

vom criminalrechtlichen Standpunct aus Anwendung, in welchen der Thäter zwar irrthumlich aber nach den ihm bestannten factischen Verhältnissen voraussetzte, daß er das Recht des Besitzes und der Besitzergreifung habe. Es wird mithin auch diese Art der Unterschlagung allerdings nur subjectiv ohne das Recht des Besitzes und der Besitzergreifung nicht statt sinden können. Bei der Unterschlagung

- 3) verlorener ober
- 4) sonst zufällig ohne Wissen des Berechtigten in Bessitz des Thäters gekommener Sachen haben wir bereits früher gesehen, daß der Thäter theils zur Besitzergreifung befugt war, was ein Recht des Besitzes und rechtmäßigen Besitzur Folge hat, theils in Mangel der Möglichkeit der aussbrücklichen Besitzübertragung von Seiten des Berechtigten eine nachträgliche Ratihabition der vorgekommenen oder zusstehenden Besithandlungen bis zu der verübten rechtswisdrigen Uneignung, jedoch mit Ausschluß derselben, angesnommen werden kann. Endlich wird
- 5) bei der Unterschlagung herrenloser Sachen Niemand in Zweisel senn, daß dem Thäter die Besugniß der Besitzergreifung und das Recht des Besitzes bis zu dem Zeitzpunct zustand, an welchem er die Sache, soweit er nicht selbst Eigenthumsrechte an derselben durch den Fund erzworben, an denjenigen abzuliefern hatte, den das Gessetz vorschreibt.

Umfaßt demnach der aufgestellte Begriff, wie mat hofft, alle Urten der Unterschlagung, so schließt er doch zwgleich solche Handlungen aus, die der von Hepp aufgesstellte Begriff fälschlich mit hineinzieht. Diese Ausschlies sung geschieht durch Aufnahme des rechtmäßigen Besitzes oder des Rechtes des Besitzes und der Besitzergreifung. Der factische Besitz allein reicht nicht hin, die Vorbedingung der Unterschlagung zu bilden, es muß der Inhaber wenigs

stens bona fide possessor senn, und von biesem Standpunct aus die Sache durch Unterschlagung in sein Eigenthum übergeben lassen. Wenn Jemand wissentlich von bem Unberechtigten eine frembe Sache in Besitz nimmt, und für seinen alleinigen Nuten veräußert, z. B. ber Sehler, so ift nach bem von Depp aufgestellten Begriff der Thater der Unterschlagung schuldig, denn er hat sich dieselbe ohne Hinwegnahme aus bem Gewahrsam bes Berechtigten wider= rechtlichzugeeignet. Dieses Bergehen als Unterschlagung aufzufassen, wurde jedoch nicht richtig senn, da der Hehler unter Berudsichtigung bes gehabten Gewinnes, als Bes gunstiger ober ungleicher Theilnehmer des Diebstahls zu bestrafen ist. Der Diebstahl absorbirt aber die Unterschlagung, benn ber Dieb kann ein und dieselbe Sache, die er so eben gestohlen hat, nicht erst noch unterschlagen; ber Hehler macht sich als Begünstiger der ungleichen Theil= nahme des Diebstahls schuldig, und kann an der gestohle= nen Sache eben so wenig eine Unterschlagung begehen, als der gleiche Theilnehmer eines Diebstahls einen zweiten Diebstahl begeht, wenn er die gestohlene Sache wieder aus dem Gewahrsam seines Mitschuldigen entwendet; oder nes ben dem verübten Diebstahl noch Unterschlagung, wenn er von Berübung des Diebstahls an in alleinigem Besitz ber Sache solche Handlungen mit derselben vornimmt, aus welchen die alleinige Aneignung der Sache mit Ausschluß seines Mitschuldigen hervorgeht. In dem angenommenen Falle wird dem Sehler nach den meisten Gesetzgebungen dieselbe Strafe treffen, wie den Dieb, weil die ursprünglich den Begunstiger treffende niederere Strafe durch den vollen angeeigneten Werth der gestohlenen Sache erhöht wird, während die Unterschlagung nach den meisten Gesetzebungen, wenn auch nicht nach ber sachsischen, einer milberen frafrechtlichen Beurtheilung und Strafe unterliegt, als der Diebstahl.

Rach den entwickelten Ansichten, und unter Berückschtigung der bei Abfassung der Gesetze zu erzielenden Allges meinverständlichkeit wurde daher das Vergehen der Unterschlagung mit seinen Abstusungen von dem größeren zu dem geringeren Vergehen ohngefähr folgendergestalt zu' fassen sen sen:

#### Urt. 1.

Wer eine fremde bewegliche Sache, die er in rechts mäßigem Besitz hat ober in Besitz zu nehmen befugt war, sich rechtswidrig zueignet, macht sich der Unterschlagung schuldig.

#### Urt. 2.

Ist dem Thäter die Sache von dem Berechtigten, ober von demjenigen, den er irrthümlich für den Berechtigten hielt, übergeben oder die Befugniß zur Besitzergreifung ertheilt worden, soll er mit 2c.

#### Urt. 3.

Hat der Thäter in gutem Glauben die Sache als sein Eigenthum in Besitz genommen, und er begeht nach Kenntnißnahme von dem wahren Rechtsverhältniß eine Handlung der widerrechtlichen Aneignung, so soll er mit.

#### Urt. 4.

Hatte der Thäter durch das Auffinden verlorener Sachen die Befugniß der Besitzergreifung erlangt, oder war er sonst zufällig in Besitz einer solchen Sache gekommen, so soll er

- a) wenn er den Berechtigten kannte, mit zc.
- b) wenn er den Berechtigten nicht kannte, mit ic.

### Art. 5.

Der Finder eines Schatzes oder herrenloser Sache soll, in soweit von demselben rechtswidrige Aneignung des. Schatzes oder der Sache statt finden konnte, und statt gestunden hat, mit zc.

Man ist auch hierin in sofern von der Ausstellung Hepp's abgewichen, als dort die ganze zweite Art von den 5 aufgestellten Arten mit den Worten

"oder sonst auf rechtmäßige Weise" der Unterschlagung des Unvertrauten hinzugefügt worden

ist, während doch die Fälle von dieser Unterschlagung auß= zuschließen waren, in welchen ber Thäter die Sache anfänglich als Eigenthumer zu empfangen glaubte. bem Urt. 4 wurden jedenfalls die Borschriften noch aufzu= nehmen seyn, die der Finder einer verlorenen Sache zu Ermittelung des Eigenthumers ober Berlierers zu beobach= ten hat, es sind jedoch dieselben nicht auf den Begriff des Bergehens, sondern nur auf die Höhe der Strafe von Gin= fluß, die man bei Behandlung eines herausgehobenen Vergehens außer Betracht lassen mußte. Dagegen glaubt man von der Aufstellung der Handlungen, wie sie bei Bepp statt findet, durch welche die rechtswidrige Uneignung er= folgt ober constatirt senn soll, absehen zu muffen, weil dies jedenfalls der Untersuchung und Beurtheilung des einzel= nen vorliegenden Straffalles überlassen bleiben muß. Diese Aufstellung gehört nicht unmittelbar zu ber Entwickelung des Begriffes der Unterschlagung, auch dürfte es nicht rath= lich senn, dieselbe in einem Gesetz aufzunehmen, weil es schwierig senn würde, alle die Modalitäten umfassend zu bestimmen, unter welchen bei ben einzelnen Arten der Un= terschlagung die rechtswidrige Aneignung statt findet, oder als statt gefunden anzunehmen ist.

Man sieht nunmehr dem Urtheil der Herren Juristen entgegen, ob in dem Vorstehenden der Begriff der Untersschlagung richtig aufgefaßt sen, und hofft, im Fall dies immer noch nicht gelungen senn sollte, durch die stattges fundene Entwickelung wenigstens etwas zur weiteren Aufstlärung dieser Lehre beigetragen zu haben.

## XII.

#### Ueber die

## Gränze zwischen Diebstahl und Selbsthülfe.

Won

Herrn Dr. C. Frackenhoeft, Privatdocenten in Beidelberg.

(Schluß von Mr. VII. bes vorigen heftes.)

§. 8.

Entziehung einer Gewerung war also ein Erschwerungs: grund. Sie mußte jede Verletzung, auch die gewaltthätige 1), dem Diebstahl gleichstellen, wenn sie mit Entziehung eines beweglichen Gutes verbunden war; und wo diese Entzie: hung das Mittel der Begehung war, läßt sich auch hier kein Unterschied zwischen Diebstahl und Raub und Selb:

<sup>1)</sup> Daß die Gewaltthätigkeit den Raub vom Diebstahl geschies den, dürfte jedenfalls nur in Beziehung auf die öffentliche Strafe (Göschen a. a. D. S. 311. 320. 321) anzunehmen sen; da die Verfolgung des geraubten und des gestohlenen Gutes sich immer in derselben Weise behandelt sindet. Biels mehr erscheint die Unverholenheit der Gutsentziehung in der Sphäre des allgemeinen Verkehrs als das Characteristische des Raubes, so der Raub am Pfluge: Sächs. Edr. 11. 13. §. 4; das Rauben fremden Holzes oder Grases zur Tageszeit: Gosl. St. b. Göschen S. 37 3. 1. 2. Daher die Benens nung: Straßenraub. Aber Entziehung von Gut mit Gewalt oder Drohung ("landtzwingen"), geleicht einem Raub": Bamb. St. R. §. 185. Vgl. oben §. 1. Not. 3.

# Ueber die Granze zwischen Diebstahl u. Selbsthülfe. 243

pulfe benken. Außerdem kann Selbhülfe nur durch Gewalt gegen eine Person begangen werden. Denn das eis
genmächtige Bemächtigen eines Grundstückes an sich konnte
gar keine unerlaubte Selbhülfe seyn, da man dadurch nies
manden eine Gewerung entzog 2), noch sonst eine Verletung
dadurch begehen konnte, wenn nicht eine zerstörende Thätigkeit, z. B. Brandstiftung, hinzutrat. Gewalt gegen eine Person war aber, abgesehen von Nothzucht und
Entsührung, Friedensbruch in der angegebenen Bedeutung
nur dann, wenn Tödtung, Verstümmelung oder Verwundung von einer gewissen Bedeutung damit verbunden war 3).
Außerdem war sie bloße Gewaltthat und nur in sofern Friedensbruch, als sie gegen ein Friedensgebot oder ein Friedensgelöbniß verstieß 4). Sie konnte dann allerdings eine
Selbhülfe in sich schließen, wenn sie den Zweck hatte, die

2) Denn das Innchaben eines Grundstücks an sich begrundet feinerlei Bortheil für die prozessualische Gewerung.

4) Friedensbruch in dieser Bedeutung ist jede Handlung, die einem gewerten oder gewerenden Zustand widerstreitet, so Wisderstand gegen die Ausübung der Pfändungsbefugnis des Grundseigners: Gosl. St. b. Göschen S. 22. 3. 1 sf., Fortsetzung eines Baues gegen ein gewertes Verbot: ebendas. S. 23 3. 36 sf., Verfolgung richterlich aberkannter Ansprüche: ebend. S. 26 3. 15 f., Weigerung der Befolgung des richterlichen Gebots, einem Gefangenen die Verantwortung vor Gericht durch dessen Vorringen zu ermöglichen: ebend. S. 44. 3. 37 sf. Es sind dies Contraventionen: meine Grundl. d. p.

b. R. G. 5. Not. 13.

<sup>3)</sup> Berm. S[p. III. 4. Dieser Friedbruch erscheint im Gegens sate des Diebstahls als eine Art des Friedebrechens, und mar des besondern Friedebrechens in der Kirche, in d. Gobl. St. a. a. D. S. 40. 3. 9 ff. Gösch en a. a. D. S. 292. 311. faßt dieses Friedebrechen als den oben im Terte bezeichneten Friesdenschuch auf. Darnach erscheint jener Friedbruch als die Gewalt gegen die Person. Als Gegensat davon sowie vom Friedebrechen erscheint die Verletzung "mit slichtem hülfswolde": Gobl. Stat. a. a. D. S. 91. 3. 18 ff. Man könnte geneigt senn, darunter Selbhülse zu verstehen. Allein es scheint nach dem Zusammenhange darunter nur sede willkürsliche Berletzung, wie Verbalinzurien und buswürdiges Proszessienen verstanden zu seyn.

Stelle einer gerichtlichen Berfolgung zu vertreten, wie z. B. in der Fehde. Allein da sie dann, sofern sie nicht erlaubt war 5), immer in einem Friedensbruche gegen einen Gin: zelnen 6) bestand, so ging sie, sofern sie unerlaubt war, über die Gränzen ber Selbhülfe im römischen Sinne hin: Die zu dieser Selbhülfe erforderliche Meinung und Absicht konnte im germanischen Rechte um deswillen von keiner rechtlichen Bedeutung seyn, weil es keine Herstellung der Wirksamkeit eines verwirklichten Rechtsverhältnisses, sondern nur eine Bermirklichung von Zuständen kannte; und die romische Selbhülfe die Richtung ber Absicht auf jene erfordert. Daß im romi= schen Rechte jene, im germanischen Rechte biese, bas Er: zeugniß des subjectiven Rechts war; das zeigt sich schon in der Berschiedenheit der Prozefform seit der Ginführung bes Formelrerfahrens im romischen Rechte 7). Denn wenn auch bas pratorische Recht nur Bustande schützte und keine Rechtsverhältnisse schaffen konnte 8), so gestaltete sich boch überall, wo eine actio und nicht bloß ein interdictum9) gegeben wurde, das Streitverhältniß zu einem einseitigen. Die Ginseitigkeit besteht darin, daß nur Gine Parthei für

<sup>5)</sup> Meine Grörter. ju Linde's Lehrb. b. Proj. S. 18 ff.

<sup>6)</sup> Die Heimsuchung, die Störung des Hausfriedens, die da, wo kein eigentliches Friedensbruchverfahren (oben §. 7. Rot. 10) unterschieden wird, nur Buße und Wette nach sich zieht (Bamb. St. R. §. 193), und an sich schon ein Brechen des Friedens (des Einzelnen) enthält, wird, wenn sie mit gewaltsamem Einsdringen in das Haus verbunden ist, da, wo sich jenes Friedens bruchverfahren sindet, zu Hals und Hand als Friedbrechen (ges gen die Gesammtheit) gestraft: verm. Ssp. II. pr. 1.

<sup>7)</sup> Anders scheint dies im Legisactionen = Verfahren gewesen zu senn, wo jede Parthei reus war: Festus v. Reus.

<sup>8)</sup> M. Aufs. in der Zeitschr. f. Civilr. u. Proz. XVI. Nr. V. S. 1. Not. 7. S. 2. Not. 9 ff. mit S. 4.

<sup>9)</sup> M. Aufs. im Arch. f. civ. Praxis XXIV. S. 199. Not. 4. Der Einfluß dieser Abweichung auf das Verfahren wurde indeß durch das nachfolgende judicium wieder beseitigt.

die Herstellung eines positiven Resultats bes Prozesses als Rläger thätig ist; und das setz voraus, daß sie bereits ein Rechtsverhältniß und einen eigentlichen Rechtsgegenstand, eine res, für sich verwirklicht hat; wenn auch bei ben prätorischen Klagen das Rechtsverhältniß, das jus, burch die Idee eines in bonis esse oder einer honoraria obligatio ersett werden muß 10), und der Rechtsgegenstand nur durch die Rechtsidee, z.B. in einem Nugen, vermittelt wird11). Sanz anders verhält sich bies im germanischen Prozesse, wo nach Umständen diese oder jene Parthei gewerend handelt, und zwar der angegriffene Theil 12), so daß hier die= fer, im romischen Prozesse aber der angreifende Theil, bas positive Resultat herstellt 13). Die Selbhülfe aber beab: sichtigt ihrem Wesen nach das positive Resultat des Prozeffes in gleicher einseitiger Beise, wie ber Prozes im au-Berprozessualischen Wege, herzustellen 14). Diese Absicht fann im germanischen Rechte von keiner rechtlichen Bedeutung senn, wenn im Prozesse, eben so wie außerhalb

<sup>10)</sup> M. Auff. in der Zeitschr. für Civilr. u. Proz. a. a. D. §. 3. Rot. 8 ff.

berechtigung sein Dasenn erst durch das Bestehen des Rechtse verhältnisses der Servitut. Daher sindet sich denn hier auch das Rechtsverhältniß mit dem Gegenstande unter dem Namen der res incorporalis identissiert, während umgekehrt der körperliche Gegenstand des römischen Eigenthums wiederum gleich einem Rechtsverhältnisse als unmittelbarer Bestandtheil des Bermögens aufgefast wird: m. Identität und Connerität der Rechtsverh. S. 24—27. Not. 37. 42.

<sup>12)</sup> M. Grundl. d. g. d. R. S. 133.

<sup>13)</sup> So stellt im germanischen Prozesse ber angegriffene Beklagte burch seinen Eid das positive Resultat der Gewerung, im rös mischen Prozesse der angreisende Kläger durch Begründung und Beweis der Klage das positive Resultat der Verurtheis lung mit Hülfe des Richters her.

<sup>14)</sup> Bom römischen Standpunkte aus ist es denn auch durchaus unrichtig, Handlungen, die ein Resultat bezwecken, welches durch den Prozeß gar nicht erreicht werden kann, wie z. B. das Duell wegen Beleidigungen, als Selbhülfe zu betrachten.

besselben, nur Zustände verwirklicht werden; es sen denn, daß ihre Aufführung den Frieden verletzt. Diese kann aber den Frieden des Einzelnen nicht verletzen, wenn sie ihm keine Gewerung entzieht <sup>15</sup>), also nicht in ein anderes Berbrezchen übergeht. Sie konnte also nur als unmittelbare Verzletzung des allgemeinen Friedens strasbar senn. Eine Verzletzung dieses Friedens aber, die nicht durch Verletzung eines Sonderfriedens vermittelt würde, erscheint der germanischen Rechtsorganisation fremd.

§. 9.

Das beabsichtigte Resultat der Selbhülfe ist daher immer mit der rationellen Rechtsnorm im Einklange, und ein Verbrechen in der eigentlichen Bedeutung, ein Migverhältniß zu einer solchen Rechtsnorm, wird durch sie nicht hervorgerufen 1). Sie steht aber im Widerstreite mit dem 3mede eines Bustandes, und ber Träger bieses 3medes ift berjenige Träger eines Sonderwillens, gegen den die Selbhülfe gerichtet ist. Denn die Organisation eines richterlichen Amtes begründet nur eine Pflicht, Recht zu zu pflegen, nicht aber eine Berechtigung darauf, baß die Uebung dieser Pflicht verlangt werde. Der 3wed, ben der Richter trägt, ist kein anderer als die Abhülfe des Bedurfnisses der Rechtspflege, und diesem Zwecke widerstrei: tet es durchaus nicht, wenn das Bedürfniß der Rechts: pflege in anderer Weise beseitigt wird. Der einzelne Eräger eines Sonderwillens erlangt aber burch diese Organis sation einen besondern subjectiven Rechtszustand, vermöge dessen er auf die Geltung seines Sonderwillens in der Sphäre

<sup>15)</sup> Derjenige, dem das germanische Recht eine solche Ausführung durch Eigenmacht gestattet, befindet sich immer in einem ihr entsprechenden gewerenden Zustande, der auch bei der Pfandung wegen Forderung durch die Schuldurkunde gegeben ist.

<sup>1)</sup> Dben §. 2. Mot. 2. 3.

dieses Rechtszustandes eine Berechtigung hat, so lange ber Richterspruch sie ihm nicht entzieht. Gegen diesen Rechtszustand ift die Selbhülfe eine Contravention2), und bie Strafe der Selbhülfe ist ein Mittel der Berwirklichung dieses Zustandes. Denn der Zustand empfängt seine Wirklichkeit nicht durch die rationale Rechtsnorm, wie das Rechts: verhältniß, sondern durch die Folgen, welche die Bereite= lung seines Zweckes als ein Aequivalent ber Berwirklichung des Zustandes hervorruft 3). Die Bedeutung eines solchen Aequivalents ist das Merkmal der Privatstrafe, welches sie von der öffentlichen Strafe, dem Mittel der Reaction des Rechtszustandes gegen die Ursachen von Migverhaltnissen zur Rechtsnorm unterscheidet 4). Ein besonderer subjectiver Rechtszustand') ist der Fiscus; und so wie man die Handlungen, welche zum Zwecke seiner Berwirklichung mit Strafen be: droht find, als Contraventionen bezeichnet, so rechtsertigt die Gleichartigkeit ber strafbaren Handlungen, welche bem besondern subjectiven Rechtszustande der Bürger, der cives in der römischen Bedeutung, zuwider sind, den gleichen Namen für sie. In diese Categorie gehört jedes Privat= delict, und bemnach auch das römische furtum. Der Gin= fluß der Zuständigkeit einer actio aus dem Delicte gestal: tet aber dessen Folgen ju einem verwirklichten Rechtsver: haltnisse, der Delictsobligation 6); wodurch das Strafgebot oder Berbot auf den Standpunkt einer rationalen Rechts: norm gestellt, und die Delictsobligation, in der heut zu Zage gangbaren Auffassung, gleich einer öffentlichen Strafe,

<sup>2)</sup> Dben S. 2. Mot. 4.

<sup>3)</sup> M. Grundl. d. g. d. R. S. 4. 5.

<sup>4)</sup> Dief. Arch. Jahrg. 1847. S. 58.

<sup>5)</sup> Wie jede moralische Person: m. Identität S. 134. Mot. 5 a.

<sup>6)</sup> Remlich der pönalen. Der s. g. reipersecutorische Ausspruch gehört nicht hierher.

Das Product eines Misverhältnisses zur Rechtsnorm wird?). So entsteht ein mittelbares Verbrechen, welches man als Vergehen unterscheiden kann. Beim surtum hat indeß das römische Recht auch noch im Formelversahren den Character der Contravention aufrecht erhalten<sup>8</sup>), und beim damnum injuria datum eine Form gewählt, die die actio zu einem Erecutionsantrage gestaltet, und damit die Ausbildung eines Rechtsverhältnisses umgeht<sup>9</sup>).

### §. 10.

Nach der Gestaltung des germanischen Rechts hat indes jedes Verbrechen den Character der Contravention, und das Verbrechen erzeugt nur mittelbar ein Misverhält=niß zur rationalen Rechtsnorm in sofern, als deren Verwirk=lichung der Zweck des allgemeinen Rechtszustandes, des Friedens ist 1). Der unmittelbare Character des Verbre=chens ist nur Friedensbruch, und der unmittelbare Character

<sup>7)</sup> Es ist diese Rechtsnorm indeß auch bei den öffentlichen Bers brechen keinesweges immer ein Product eines rein rationellen Principes, sondern vielmehr häusig ein Product der positiv cis vilen Gesetzebung: m. Grundl. d. g. d. R. S. 20. Und bei der Privatdelictsobligation ist es eben nur die Auffassung der vermöge derselben vorzunehmenden Leistung als eines Rechtsgegenstandes, die durch die Zuständigkeit der actio auf ein dare oder facere geboten wird, was dem Berbote der Bersletzung die Eigenschaft einer eigentlichen Rechtsnorm beilegt. Denn ein Rechtsgegenstand setzt immer ein Rechtsverhältnis voraus, und die Norm, welche ein Rechtsverhältnis erzeugt und nicht bloß aus einem Zustande entspringt, hat eben das durch die Geltung einer rationalen Rechtsnorm: ebend. mit S. 4 ss.

<sup>8)</sup> In der Formel: pro fure damnum decidere oportere: Gaj. J. IV. 37.

<sup>9)</sup> In der Formel: dare damuas esto: L. 2. pr. D. ad leg. Aquil. 9. 2.

<sup>1)</sup> Da dieser Zustand nothwendig eine ungeregelte Gewalt aussschließt, also ein geregelter Zustand ist, so muß irgend eine Norm verwirklicht werden durch die Folgen welche er hervorbringt, wenn auch in seiner Gestaltung selber eine solche Verwirklischung noch nicht gegeben ist.

ber Strafe nur Mittel ber Bermirklichung bes Buftanbes des Friedens durch eine deffen Berletzung aufhebende Gub: Sie besteht ursprünglich (denn die Rache ist nicht ihr ursprüngliches Element sondern nur ihr geschichtlicher Worlaufer) in einer Leiftung an ben Trager bes Friedens für die Berletzung seiner Friedensträgerschaft 3), und gewinnt ben reagirenden Character der öffentlichen Strafe erft bann, als sie nicht mehr burch die Idee der drohenden Rache, welche abzuwenden sie bestimmt ist 4), sondern durch den unmittelbaren Eingriff einer obrigkeitlichen Macht in den Sonderzustand des Urhebers der That verwirklicht Und so lange das volksthümliche germanische Strafverfahren sich erhielt, war sie nur die vollendende Folge ber Reaction, die mittelft bes Strafverfahrens geubt wurde. Das Strafverfahren entzog bem Angeklagten burch Eid und Eideshülfe<sup>6</sup>), oder durch Zweikampf oder eigentliches Sottesurtheil 7), ober aber in Folge des Mangels einer eid= lichen Gewerung von seiner Seite8), die Gewerung gegen die Anwendung der Strafe 9). Das Schuldigsprechen der Schöffen war ein Aufgeben des Ungeschuldigten von Sei= ten seiner Genossen, welches ihn ihrer genossenschaftlichen Sewerung gegen bie Unwendung der Strafe beraubte und

<sup>2)</sup> Das Fredum bient zur Vervollständigung der Wirkung der Emende: m. Grundl. d. g. d. R. S. 103. Not. 52.

<sup>3)</sup> Fredum und Bann wird dem Könige wegen der Berletung feines Rechts gezahlt: ebend. S. 104. Not. 53.

<sup>4)</sup> Ebenbaf. S. 103. Rot. 52.

<sup>5)</sup> MR. Grörter. 3. Binbe G. 109.

<sup>6)</sup> Dben §. 7. Rot. 11.

<sup>7)</sup> Db. 5. 7. Not. 10; m. Grundl. d. g. d. R. S. 137.

<sup>8)</sup> Db. **5.** 7. Not. 13 a. E.

<sup>9)</sup> Wenn er sie nicht noch durch Geld bewirken kann; was ein allgemeines Recht der Friesen war, und auch sonst von dem Träger der obrigkeitlichen Gewalt häufig bewilligt werden kounte.

ihn berfelben preisgab.10). In der Gestaltung, welche hier bas Berbrechen annimmt, geht ber innere Unterschied zwischen Berbrechen, beziehungsweise Bergehen und Contravention verloren 11). Er hätte also auch bann, wenn das germanische Recht überall eine Gelbhülfe zu einer besondern Verletzung qualificiren tonnen, keine Scheibung zwischen ihr und ben übrigen Berbrechen zu ziehen vermogt. Und wenn die richterliche Macht im germanischen Rechtszustande ein Bestandtheil der Trägerschaft des Fries bens ist, so liegt in der Verletung der auf ihre Organisation gegründeten Berechtigung auch eine Berletung ber Erägerschaft bes Friedens, und Gelbhülfe tritt in die Categorie der Berbrechen 12). Diejenigen Gesetzgebungen, welche die Selbhülfe als Vergeben gegen die richterliche Gewalt auffassen 13), haben sie bemnach germanisirt. Sie haben indeß in sofern einen Verstoß gegen die germanische Rechts= organisation babei begangen, daß sie in ihr einen Bruch bes allgemeinen Friedens ohne den Bruch eines Sonderfriedens gefett haben. Die Stelle des lettern wird indeß durch die in der römischen Selbhülfe liegende analoge Berletzung des Sonderzustandes ersett. Und sie haben auch der Selbhülfe nicht etwa den germanischen Diebstahl, ber sie absorbiren wurde, zur Seite gestellt, sondern den romi= schen mit dem Erfordernisse des animus lucri faciendi 14). Jedoch hat diefer Diebstahl burch die Doctrin eine Germa-

<sup>10)</sup> Die Gewerung der freien Gerichtsgemeinde (m. Grundl. d. g. d. R. S. 10. 27. 70. 80) wird ihm entzogen; mögen ihm nun die Eideshelfer fehlen, mögen Geschworne oder mögen Schöffen ihn schuldig sprechen. Er ist ein: armer Mann; ein: armer Sünder.

<sup>11)</sup> Daher die äußeren Unterscheidungen (ob. §. 7. Mot. 10), die in anderer Gestalt sich auch in neueren Gesegen finden.

<sup>12)</sup> Im germanischen Sinne: oben Not. 1 ff. Philosophische Strafrechtstheorien können hier übergangen werden.

<sup>13)</sup> Db. S. 2. Mot. 4.

<sup>14)</sup> Db. S. 2. Not. 6. 7.

Detention an die Stelle der Entziehung einer Detention an die Stelle der Entziehung einer germanischen Gewerung gesetht hat 1.5). Obgleich die Unterscheidung zwischen dem animus lucri faciendi und dem animus rem sibi habendi getrübt erscheint 16), so wird doch die Unterscheidung zwischen Vorhandenseyn und zwischen Mangel der Meinung, die Wirksamkeit eines verwirklichten Rechts durch die Verwirklichung jenes animus herzustellen, dadurch nicht ausgehoben. Sie bildet daher die innere Begränzung zwischen Selbhülse und Diebstahl.

<sup>15)</sup> Indem man den Detentor des Diebstahls unfähig erklärte.

<sup>16)</sup> Dben S. 2. Rot. 6. S. 1. Not. 4.

### XII.

#### Ueber

# die Versetzung in Anklagestand bei schweren Verbrechen.

Bon

Berrn Dr. 3nl. Glaset

in Wien.

(Schluß von Mr. VI des vorigen heftes).

§. 4.

In Frankreich sind die Geschäfte zur Einleitung bes eigentlichen Processes, die in Schottland dem Aronanwalt, in England dem Ankläger unter Mitwirkung der Grand Jury zustehen, auf eine ganz eigenthümliche Weise vertheilt, und diese Vertheilung ist auch im Wesentlichen auf diesenizgen Staaten des Continents übergegangen, welche Schwurzgerichte besißen; einzelne Veranderungen, zum Theil recht dankenswerthe Verbesserungen, haben bald in diesem, bald in jenem dieser Staaten Eingang gefunden — im Wesentlichen ist das System überall dasselbe geblieben und wir halten uns der Kürze halber bloß an das vom französischen Code d'Instruction geregelte Versahren. Daß wir dies System wegen der Nähe der Dertlichkeiten, in denen es geshandhabt wird, nicht näher auseinandersehen müssen, erzleichtert uns unsere Ausgabe wesentlich; denn es ist nicht

leicht, zusammenhängend darzustellen, was eben aller Einsheit, allen Zusammenhanges entbehrt, oder was noch arzger, wo zusammenhängt, was getrennt sein sollte, und gestrennt ist, was eins zu senn bestimmt war. Wir sehen hier den Richter zum Ankläger werden, und den Ankläger mit richterlicher Gewalt ausgestattet — die Parthei ihren Willen über den des Richters erhebend; wir sehen, wie dem Anzgeschuldigten zum Nachtheile gereicht, was dem Anschein nach zu seinem Schutze eingesetzt wurde, und wie seine Haft verlängert wird durch eine Einrichtung, die die einzige Bestimmung hat, ihn früher der Freiheit wiederzugeben.

Der Code d'Instruction unterscheidet zwei Haupt: abtheilungen bes Berfahrens; er bezeichnet die erste als die vorläufige Untersuchung, die zweite als die Hauptun= Run ist aber factisch gerade jene angebliche tersuchung. Woruntersuchung die wesentliche, die eigentliche Untersu= dung; von ihrem Gange, von ihren Ergebniffen hängt vorzugs: weise das Schickfal des Angeklagten ab; Alles, was nachher ge= schieht, ift in ber Regel nur eine Wiedervorführung, allenfalls eine Wiederbearbeitung des früher bereits Gewonnenen; nur scheint man — ba in jener Voruntersuchung Alles so gestaltet ift, daß die Unklage möglichst im Bortheile, der Uns geklagte im Nachtheil sich befindet — jetzt, wo der Gegenpar= thei ber ganze bereits gewonnene Vorsprung gesichert ist, bem Angeklagten einige "Chancen bes Entrinnens" laffen zu wollen. Indeß geht dies noch immer nicht so weit, daß anzunehmen wäre, es ständen zwei Partheien vor einem unpartheiischen Richter, denn der procureur general, des sen Unterbeamte und Stellvertreter, die zur Verfolgung bes Berbrechens aufgestellten Beamteten werden nicht als Parthei vom Richter behandelt. In der Voruntersuchung steht der Richter unter der Ueberwachung des Unklägers; die Aufsuchung von Beweismitteln ist in der Regel Aufgabe des Richters; bafür kann ber Unkläger unter gewissen Be-

# 254 Ueber die Bersetzung in Anklagestand

bingungen — aber freilich hat erzu beurtheilen, ob biefe er: füllt sind — das Recht des Richters, über den Angeklagten zu verfügen und aufgefundene Beweismittel felbst zu con= statiren, in Anspruch nehmen; — boch bas ist es nicht, womit wir uns hier zu beschäftigen haben. Geben wir einen Schritt weiter: ber unter Aufsicht des Generalprocurators handelnde Richter findet endlich, daß die Boruntersuchung, während welcher ber Angeschuldigte vertheidi: gungelos, fast möchten wir fagen, rechtlos in feinen Sanden sich befand, lange genug gewährt habe; (- es hängt nur von seinem Ermessen ab, sie zu verlängern) - und es handelt sich jetzt barum, zu bestimmen, was eigentlich mit dem Berhafteten geschehen solle. Gin Untrag bes anflagenden Beamteten wird nicht für nothig gehalten, es wird nicht etwa ihm anheimgegeben, ob er anklagen wolle ober nicht, man giebt ihm bloß Gelegenheit seine Anficht dar: zulegen, wenn er will; - ber Untersuchungsrichter theilt ben Bortrag, den er zweien seiner Collegen erstattet, bem Staatsanwalt vorher mit. Das Collegium hat (wo es sich um schwere, vor die Ussisen gehörige Berbrechen ban: delt) nicht darüber zu entscheiden, ob der Anklage ber Staatsanwaltschaft statt zu geben sen, noch darüber, ob der Angeklagte, auch ohne daß ein Unkläger dies forbert, vor Gericht gestellt werden solle; es hat bloß zu bestimmen, ob eine weitere Berathung ber Frage stattsinden solle, ob der Angeklagte vor die Assisen zu stels len sen oder nicht. Die Berathungen und Beschlusse bie: fes Collegiums bieten nun folgende Eventualitäten bar:

1) Sämmtliche Richter finden, daß kein Grund zur Fortsetzung des Versahrens vorliege, und verfügen die Freislassung des Angeschuldigten. Ob diese Entscheidung eine practische Bedeutung haben soll oder nicht, wird einfach davon abhängen, ob der Staatsanwalt damit einverstanden ist. Ist dies nicht der Fall, so kommt die Sache im

Wege der Berufung (par voie d'opposition) vor die Ansklagekammer, die aus eigener Macht die Ergänzung der Voruntersuchung oder die Verweisung des Angeklagten vor die Assisse jederzeit verfügen kann.

- 2) Es findet sich im Collegium ein Richter, der die Borlage der Sache vor die Anklagekammer für geboten hält; d. h. die Majorität der Richter sindet, daß zu weizterer Verfolgung kein Grund vorliege. Gleichviel, ob die Staatsanwaltschaft damit einverstanden ist oder nicht 37), wird in diesem Falle die Anklage aufrecht erhalten, was selbstverständlich auch dann der Fall ist, wenn die Masjorität für die Anklage ist.
- 3) Das Collegium sindet die Ergänzung der Woruntersuchung räthlich; in diesem Falle wird diese, ebenfalls ohne daß der Bunsch der Staatsanwaltschaft in Betracht zu ziehen wäre, angeordnet.

Es ist also in einem hochst unwahrscheinlichen Falle möglich, daß die Entscheidung der Rathskammer zu Gunssten des Angeschuldigten ausfalle: wenn nämlich alle Richter und der Staatsanwalt für Aushebung der Untersuchung sind, wobei in Betracht kommt, daß in Bezug auf die Anzahl der Richter zwar ein Minimum, aber kein Marimum gesetzlich sestgestellt ist, und daß der Untersuchungstrichter, dessen Bortrag die Basis der Berathungen bildet, der Rathskammer immer angehören muß. — In dem Fall, wo der Untersuchungsrichter für die Erhebung der Anklage ist, sowie, wenn der Staatsanwalt in seinen Conclusionen diese Ansicht entwickelt — ist eigentlich jede weiter Betrachtung der Rathskammer (sosen sie nicht etwa

Wine Entscheidung des obersten Gerichtshofes vom 25. September 1824 erklärt: qu'il (le ministère public) doit avoit connaissance (de la procédure) après que l'instruction est terminée, avant qu'il soit statué par la chambre du conseil sur l'affaire instruite; mais que ces formalités remplies; cette chambre est pleinement saisie et peut prononcer-ce qu'elle juge être bon . . . .

Bon der richtenden Unflagekammer müßten terwerfen. demaufolge der Generalprocurator mit seinem Unspruche auf die Zulassung seiner Anklage, auf der andern Seite ber Angeschuldigte mit der Forderung diese Unklage abzuweisen, sie für unerheblich zu erklären auftreten; der Gerichtshof, zwischen beiden Parteien stehend, hätte die Entscheidung ju fällen. Es wäre dies eine Verhandlung, ganz analog dem schattischen, dem Interlocutor of Relevancy vorange: henden Berfahren, ganz entsprechend den Grundsätzen bes Accusationsprocesses. Das Verfahren vor der franzosischen Unklagekammer ist aber ein wesentlich anderes. — Bir wollen nicht darauf hinweisen, daß der Generalprocurator personlich vor den Richtern erscheint und daß die unter sei= nem Ginflusse entstandenen Boruntersuchungsacten bie ein= zige Grundlage ber Berhandlung bilden; daß ber Angeschuldigte nicht personlich zugegen ist, und bloß ein Mémoire einreichen kann, bas, in sehr kurzer Zeit vollendet, oft nicht einmal auf Grundlage der Acten entworfen ist 38) und das jedenfalls ben Unträgen des Generalprocurators nicht entgegentreten fann, weil diese dem Angeschuldigten nicht mitgetheilt werden; — daß also von zwei gleichbe= rechtigten Parteien auch hier nicht zu reden ist. Aber die Unflagekammern haben nicht darüber zu entscheiden, ob eine ihnen vorgelegte bestimmte Unklage begründet ober unbegründet ist; sie haben nur einen Bortrag des General: procurators und dessen Antrage anzuhören, und nach Ab-

<sup>38)</sup> Nach französischem Gerichtsgebrauch hängt die Mittheilung der Acten vom Ermessen des Generalprocurators ab. Attendu que si les procureurs généraux ont la faculté de permettre la communication des procédures criminelles, soit pour faciliter la confection des mémoires dont parler l'article 217, c'est à eux de juger si cette communication officieuse peut se faire sans inconvenient et que lorsq'ils croient devoir la refuser, il n'appartient pas à la chambre d'accesation de l'ordonner etc. . . . Arrêt de la Cour Royale de Poitiers du 30, janv. 1832.

lesung sammtlicher Procesacten (art. 218 und 222 bes Code d'Instruction criminelle) ganzohne Rücksicht auf bie Antrage bes Unklägers, ohne Rücksicht darauf, obder Angeschuldigte diesem entge= gentritt ober nicht, zu untersuchen, ob gegen lette= ren "Beweise ober Unzeigen einer durch bas Gesetz als Berbrechen bezeichneten Handlung vorliegen; und ob diese Be= weise ober Anzeigen schwer genug sind, um die Bersetzung in den Anklagestand aussprechen zu können" (art. 221). Die Anklagekammer ist also nur darauf angewiesen, die unmaßgebliche Meinung des Unklägers anzuhören, und tann bann ganz, ohne im geringsten auf biese Rucksicht zu nehmen, verfügen, mas ihr gut dünkt. Der Bergicht des Angeschuldigten auf Bestreitung der Erheblichkeit der Anklage, ber Antrag bes Unklägers auf Entlassung bes Angeklagten würden gleich wirkungslos bleiben. Sie kann endlich aus den Acten Thatsachen, die beide Parteien un= beachtet ließen, hervorheben, ja selbst neue Untersuchungen anordnen, und nun den Angeklagten wegen einer Hand: lung, die fie erft bezeichnet, unter der Sanction eines erft von ihr anzuführenden Strafgesetzes vor die Assisen weisen. Die Unklage, wie immer sie gestaltet senn möge, geht demnach erst von der Unklagekammer aus, sie liegt nicht in den Requisitionen des Staatsanwalts, sondern im Verweis sungserkenntnisse, das bestimmt ist, die Grundlage der Anflageschrift, des offentlichen Beweisverfahrens und des Geschwornenausspruchs zu werden. Die Unklagekammer führt also selbst die Unklage: sie ist Partei und nicht richterliche Man wende nicht ein: daß ja die Unklagekam: mer ben Angeschuldigten von der Anklage auch entbinden tonne; sollte dies die Parteilosigkeit der Unklagekammer beweisen, so müßte der schottische Lord-Advocate für einen Richter gelten können. Eben weil sie bas Recht hat, anzuklagen, hat sie auch das Recht, die Anklage zu unter

# 260 Ueber die Bersetzung in Anklagestand

lassen. — Wenn ferner gegen die Entscheidung der Anklasgekammer die Nichtigkeitsbeschwerde eingelegt werden kann, so beweist dies nicht, daß sie richterliche Functionen übe, sondern daß der französische Gesetzgeber ihr solche zu übertragen meinte. — Damit aber, daß einer Gerichtsbehörde das Recht zuerkannt wurde, Anklagen zu erheben, wurde dem diffentlichen Ankläger dieses Recht nicht ganz aus den Hänzden genommen; er entwirft auf Grundlage des Verweissungserkenntnisses die Anklageschrift, er sindet in der Voruntersuchung die Beweise für eine Behauptung, die gar nicht von ihm ausgeht; er führt die Anklage vor dem Ussischhofe, wo er zum Ersatze für die Schmälerung seiner Rechte als Ankläger einiger richterlichen Rechte genießt; er kann übrigens dort die Anklage wenigstens indirect salz len lassen, sobald ihm dies angemessen erscheint.

Es fonnte indes wenigstens scheinen, daß diese Berlängerung des Accusationsprincipes dem Angeklagten zu Statten komme, ba nun nicht von einem einzelnen ab= hängigen Beamteten, sondern von einem Collegium von Richtern darüber entschieden wird, ob er vor Gericht zu stellen sen oder nicht? Es drängt sich aber zunächst die Bemerkung auf, daß bei der jegigen Gestaltung des franzo: sischen Processes, für die Erhebung der Unklage Riemand auch nur moralisch verantwortlich gemacht werden kann; ber Staatsanwalt beim Untersuchungsgericht wird burch die Rathskammer gewissermaßen verdect; der Generalprocurator stellt der Anklagekammer nur unmaßgebliche Anträge; - die Unklage selbst liegt in bem von diesem Ins trage ganz unabhängigen Verweisungserkenntnisse, bei bef sen Erlassung die Majorität entschied, für das also kein Einzelner verantwortlich wird, weil sein Botum nicht befannt wird. Die Durchführung der Anklage vor den Affi sen fällt nur selten demjenigen Beamteten zu, der auf die Anklagekammer wenigstens berathenden Einfluß übte, also

Iemand, bem die Sache bisher vollkommen fremd blieb, und der berufen wird, eine fremde Unsicht zu versechten. Keiner also, der auf die Verweisung des Ungeklagten einen Einfluß zu üben hat, wird dabei von dem Gedanken in Schranken gehalten, der dem schottischen Staatsanwalt Mäßigung aufzwingt, von dem Gedanken, daß er genöthigt seyn werde, die einmal aufgestellte Unsicht öffentlich zu verzfechten; im Gegentheil beruhigt sich das Gewissen jedes Einzelnen sehr leicht dabei, daß er über den Ungeschuldigten nicht allein und nichts Desinitives bestimmt, daß man ihn ja nur vor die Ussisen weise, wo er ja, unschuldig, nothwendig freigesprochen werden muß.

In der That wird wohl kaum Jemand behaupten wollen, es biete die Unklagekammer bem Ungeklagten mehr Garantie, als der Assisenhof, und es wäre denkbar, daß Temand nach öffentlicher, mundlicher Verhandlung von den immer minder argwöhnischen Geschwornen für schuldig er= flärt werden konnte, den rechtsgelehrte Richter, die, bloß auf Acten gestützt, nach Unhorung bes Unklägers allein entscheiden und die schon mit bloßen Verdachtsgründen sich begnügen burfen, für anklagefrei erklärt haben wurden. Es kann also der Vortheil, den die Berathung der Ankla= getammer dem Angeschuldigten gewährt, nur darin beste= ben, daß sie dem Unschuldigen die Haftzeit kurzt und die Unnannehmlichkeiten ber Hauptverhandlung erspart. Bas nun ersteren Punkt betrifft, so ist allerdings nicht zu läugnen, daß unter gewissen Umständen durch den Ausspruch ber Anklagekammer ber Angeschuldigte um fast drei Romente früher dem Kerker entkommt, als wenn er erst burch den Ausspruch der Jury befreit würde. Es ist aber boch auch zunächst nicht zu übersehen, daß ein so beträchtli= der Zeitraum nur selten gewonnen wurde; es ift bieses nam: lich nur bann ber Fall, wenn während ober unmittelbar nach dem Schluß einer Ussise die Acten an ben Generalprocurator gelangen. In diesem Fall müßte der Ungeschuldigte bis zur nächsten Assise im Gefängniß bleiben, sofern ihn die Unklagekammer nicht losspräche. Indeß dürfte auch hier ein meist nicht unbeträchtlicher Zeitraum verfließen, ehe ber Beschluß der Anklagekammer vollzogen werden kann. Generalprocurator wird nämlich (art. 217 bes Code d'Instruction) allerdings verpflichtet, "innerhalb fünf Zagen nach Empfang ber Acten die Sache in Stand zu setzen" (de mettre l'affaire en état) und in zehn Tagen den Bericht an die Unklagekammer zu erstatten: und diese hat innerhalb drei Tagen zu entscheiden. Wenn also der Generalprocurator nicht die Nichtigkeitsbeschwerde gegen bas freispres chende Erkenntniß der Anklagekammer einlegen zu muffen glaubt; — in diesem Falle geht natürlich fast der ganze gewonnene Zeitraum wieder verloren -; so kann etwa 14 Tage nach dem Eintreffen der Acten am Site der Un= flagekammer dem Angeschuldigten seine Entlassung angekundigt werden. Allein es darf nicht übersehen werden, daß das Gesetz dem Generalprocurator und dem Präsiden: ten der Unklagekammer zwar obige Fristen auferlegt, aber auf die Nichteinhaltung derselben keine Straffanction sett 39). Sie stehen als pia desideria im Gesethuche und nicht etwa in Folge eines Bersehens des Gesetzebers; im Gegentheile wurde mit vollen Bewußtseyn absichtlich die Straffanction weggelassen, damit der Generalprocurator nicht gar zu sehr bedrängt werde; es machte dies bei der Bera: thung im Staatsrath ber Sectionsvorstand Faure aus drucklich als einen Vorzug des Entwurfes geltend; aus eben diesem Grunde wurden aus art. 212 des Entwurfes (ber bem jegigen art. 217 entspricht) vor ben Worten: "dens cinq jours" die Worfe: "sous sa responsabilité" auf Grof

<sup>39)</sup> Bgl. Berenger: de la justice criminelle en France. (Jan. 1818.) p. 415.

Boulay's Borschlag gestrichen, und somit ausbrudlich ber Generalprocurator aller Berantwortung für die Berzöge= rung entbunden 40). Die ganze Fristbestimmung besteht also factisch nur zum Nachtheil des Angeschuldigten, des= sen Bertheidigungsschrift nur beachtet wird, wenn sie recht= zeitig eingebracht wurde. — Wann bas Arrêt ber Unfla= getammer bem Ungeschuldigten angefündiget werden muffe, ift im Gesetze auch nicht gesagt; es konnen somit auch hier, besonders bei größerer Entfernung ber Dertlichkeiten, mehrere Tage verstreichen, ehe bas Entbindungserkenntniß dem Wer: hafteten wirklich zu Gute kommt. Selten wird also dieser auch nur 2 Monate durch das Institut gewinnen. — Un= tersuchen wir aber jett, mas für Vortheile er diesen 2 Mo= naten der Freiheit opfern muß. Es ist wahr, mas schon oben als ebenfalls für die Institution der Anklagekammern sprechend erwähnt wurde, es ist wahr, daß die öffentliche Berhandlung vor dem Ussisenhofe den Angeklagten, beson= ders in Frankreich, in höchst peinliche Lage versetzt. sehen von der Qual ängstlicher Erwartung, sieht der Ange: flagte fich genothigt, öffentlich von Gened'armen umgeben, auf der Bant Plat zu nehmen, die aber- und abermals im emphatischen Style französischer Plaidoyers "die Bank der Diebe und der Mörder" genannt wurde; er wird in ber Unklageschrift und in dem Berhör, dem er sich unterziehen muß, vom Staatsanwalt und Präsidenten nichts weniger als fanft und liebevoll behandelt; auch bie Beugenvernehmungen und bas Plaidoyer bieten manches Herbe. Bum Theil ließe sich ba wohl noch Manchem abhelfen; was aber für den Angeschuldigten das Wesentliche ist, besteht doch darin, baß ber Bahrspruch der Jury, die ihn freispricht, ihn für immer willkürlicher Berfolgung entzieht, mährend bas

<sup>40)</sup> S. Locrè: Legislation civile et criminelle de la France. Vol. V. pag. 422.

sungserkenntnisses wird der Angeklagte in bas Gefängniß des Assisenhofes abgeführt, und bekanntlich ist erst damit entschieden, daß seine Sache in der nächsten Schwurgerichtesitzung erledigt werden muß. Da also weder vor noch nach ber Zeit der Verhandlungen vor der Unklagekammer der Haft des Angeklagten eine gesetzliche Grenze gesteckt ift, kann dieses Berfahren dem vor die Ussisen Gewiesenen keinerlei Garantieen gegen willfürliche Festhaltung im Befängnisse gewähren, selbst wenn der Generalprocurator aus eigener Bewegung den ihm für dasselbe gesteckten Termin strenge einhält. Selbst wenn dieser sich noch so sehr beeilt, ist ja für den vor die Assisen Gewiesenen die ganze Zeit ber Berhandlung vor der Unklagekammer eine verlorne - eine fürihn nütliche Berlängerung seiner Haft, und zwar eine Berlängerung, die unter Umständen sehr beträchtlich werden kann (wenn z. 28. die Ordon: nanz der Rathskammer kurz vor der Eröffnung einer Schwur: gerichtssitzung erlassen wird).

Es bleibt uns jest nur noch eine Seite ber Thatigkeit der Anklagekammer zu betrachten übrig: die juristische Bezeichnung der dem Ungeklagten zur Last gelegten That und die Competenzbestimmung. Was die lettere betrifft, so hängt sie bekanntlich in Frankreich (besonders seit Auf: hebung der Specialgerichte) unbedingt von der Bezeichnung des Strafgesetzes ab, unter welches die strafbare Handlung fallen soll, so daß sie sich, wie dieses richtig bezeichnet ift, mit mathematischer Gewißheit ergiebt; hiezu also hatte es gewiß der Einsetzung eines be fondern Gerichtes nicht be-Bur Beantwortung der Frage: ob ein Berbre: chen in der vom Ungeschuldigten angeblich begangenen Danb lung liege, und welches dieses Berbrechen sen, - scheis nen uns allerdings Richter besser geeignet, als die englischen Anklagegeschwornen. Allein entweder soll durch den hier: auf bezüglichen Ausspruch der Unklagekammer definitiv

etwas sestgestellt werden, oder er hat bloß die Bestimmung, die Anklage vor Berirrungen zu schützen. Heißt es nun aber nicht die Vorsicht gar zu weit treiben, wenn ein so hoch gestellter Beamteter, wie der Generalprocurator, der Inhaber einer Stelle, bei deren Aussüllung die Rezgierung unter den besten Juristen wählen kann, wenn diester noch unter Vormundschaft gestellt wird? Zum mindesten also liegt in dieser Verwendung der Anklagekammer eine ganz ungerechtsertigte Vergeudung von Kräften; überz dies tritt auch hier die schon hervorgehobene Theilung der Verantwortlichkeit hervor, durch welche diese fast ausgehos ben wird.

Es steht ferner auch die zwitterhafte Stellung der Unklagekammer der wissenschaftlichen Betrachtung ihrer Thätigkeit im Bege; es ist gar nicht zu entscheiben, in welcher Eigenschaft (ob als Ankläger — ob als Richtercollegium) fie sich hier ausspricht; ob auch die juristische Bezeichnung der That eine bloße Behauptung oder eine defi= nitive Entscheidung enthalten soll? Wie sollte indes lette= res anzunehmen senn? Die Unklagekammer bezeichnet die verbrecherische Handlung wo möglich mit benselben Worten, mit denen sie in dem nach ihrer Unsicht derselben entspre= chenden Strafgesetz definirt wird; und eben diese Stylisi= rung ift es, die der an die Geschwornen gerichteten Frage, also dem Wahrspruch, zu Grunde liegt. Es ist Sache ber Seschwornen, zu beurtheilen, ob die Worte, mit welchen die Anklagekammer die verbrecherische Handlung charakte: rifirt, das wirklich Vorgefallene genau bezeichnete; es ist Sache des Assisenhofes, zu entscheiden, ob die im Wahr: spruch beschriebene Handlung strafbar sen und welches das Strafgesetz, unter bas sie falle? Dem Ussisenhof steht bies Recht ohne Frage auch bann zu, wenn ber Wahrspruch bem Berweisungserkenntnisse wörtlich entspricht. Es ist also der Kall recht wohl denkbar, daß die Entscheidung eines höher stehenden Richtercollegiums von einem weniger hochzgestellten umgestoßen, oder auch — mehr als billig geachtet würde; wie ja factisch das Unsehen der Unklagekammer auch auf den Wahrspruch oft ungebührlich einwirkt 43).

Aber auch ohne die Möglichkeit ärgerliche Conflicte vor Augen zu haben, muffen wir uns sagen, daß gerade die Anklagekammer am wenigsten zur Lösung ber Rechts: frage berufen seyn könne (diese nämlich liegt im bezüglichen Ausspruch der Anklagekammer; denn, ware diese entscheidend, so bliebe, nachdem die Jury die Thatsache constatirt, dem Gerichtshof in der Ussise nur übrig, die im Berweisungserkenntnisse citirten Artikel des Code penal abzulesen und anzuwenden). Geht man von der Boraussetzung aus, daß der wichtigen und unbefangenen Lösung dieser Frage die genaue Kenntniß der Einzelheiten diefes Facs tums (wir möchten fast sagen: der eigenthümlichen Physiognomie desselben) nicht förderlich sen: so kann man ge= wiß die Unklagekammer hiezu nicht befähiget glauben, da sie ja von den Voruntersuchungsacten Kenntniß nimmt. Wäre es unter dieser Voraussetzung nicht in jeder Bezie: hung rathlicher, den Ussisenhof (der dann auch nie in Die Lage fame, einen Fall beurtheilen ober wenigstens verhan= beln zu muffen, in Bezug auf welchen er sich nicht für competent hält) darüber entscheiden zu lassen, ehe die Jury gebildet wird. - Gollte dagegen genaue Bekanntschaft mit den Einzelheiten des fraglichen Falles wunschenswerth scheinen; so kann man diese doch wohl der Unklagekammer nicht zuschreiben, die eben nur diese Acten, nicht aber die viel wichtigeren Ergebnisse der Hauptverhandlung kennt; weßhalb man sich in diesem Fall wieder mit dem Rechte bes Ussisenhofes, die Tragweite des Wahrspruchs zu beurtheis

<sup>43)</sup> Rergl. Stemann: Die Jury in Straffachen (Hamb. 1847) S. 284.

ten und diesen selbst durch die Fragestellung zu regeln, bes gnügen könnte. Man muß ferner darauf Rücksicht nehmen, daß, wie schon früher bemerkt, der Ankläger auch in dieser Hinsicht unmittelbar auf die Entscheidung der Anklageskammer einwirken kann, während die Gegenpartei nur eine unter höchst ungünstigen Umständen abgefaßte Beretheidigungsschrift einreichen kann, daß also auch hier kein contradictorisches Berfahren stattsindet. Wollte man sich deßhalb auf den Sat: "Jus novit curia" berusen, so wäre man nur consequent, wenn man auch nach Abgabe des Wahrsspruches den Parteien keinen Vortrag gestattete; und selbst dann ließe sichs wohl rechtsertigen, daß keine, nicht aber daß nur eine der beiden Parteien vor der Anklagekams mer angehört wird.

Wir glauben also nachgewiesen zu haben, daß alle jene Gesichtspunkte, die bei ber Regelung des für die Bersetung in den Unklagestand einzuhaltenden Berfahrens festzuhalten maren, von der Gesetzebung in Frankreich außer Ucht gelassen wurden; daß die Unklage feiner bestimmten Behörde ausschließend zusteht, daß die Competenzbestimmung und die juristische Festhaltung der Anklage in unzweckmäßiger Weise geschieht; daß der ganze complicirte Mechanismus dem Angeklagten kein Mittel sichert, sich gegen Verschleppung des Processes zu sichern, und daß, wenn diese Institutionen vor willkurlichen Un= Hagen schützen — ber Schutz durch andere Einrichtungen leichter, ficherer und mit viel geringeren Opfern zu erlans gen ware. Bielleicht ist dies Alles viel energischer in fol= genden Worten ausgesprochen, mit denen ein französischer Juftizminister die unter dem Namen der Septembergesete betannten Ausnahmsmaßregeln empfahl: "Dhne die Intereffen des Angeklagten zu verleten, ohne ihm eine Gewähr entziehen zu wollen, welches Gesetz, Bernunft und Gerech= tigfeit fordern, unterbruden wir die Berfügung der Rathe-

fammer und das Verweisungserkenntniß. Alles Uebrige Der Untersuchungsrichter beendigt seine Arbeit, und übergiebt sie der Staatsbehörde, welche untersucht, ob die Sache so reiflich durchforscht und so ficher= gestellt sen, daß sie's auf sich nehmen konne, den Angeflag: ten dem Assisenhofe unmittelbar anheim zu geben. benbei gesagt liegt in dieser Entschließung bes Generalprocurators eine hinreichenbe Sicherstellung besUngeklagten; benn ich ziehe die Berantwortlichkeit eines Menschen ber mehrerer vor. Die Berfügung der Rathstam: mer gewährt bem Angeklagten feinerlei Si= cherung; benn es reicht hin, daß eine Stimme sich für Fortsetzung des Processes ausspreche, um ihn bem Cour royale anheim zu stellen; und fande sich kein Rich: ter, der diese Unsicht hätte, so murde der Bille der Staatsbehörde allein ausreichen. Das Erkenntniß der Unklagekammer scheint ein bedeutendes Si= derungsmittel zu senn.... Es ist mahr, der Angeklagte hat Aussicht barauf, nicht vor den Assisenhof verwiesen zu werden; ebenso wird er die Aussicht haben, daß die Staats: behörde ihn nicht verfolgen werde; denn daraus, daß verfügt wird, die Staatsbehörde konne, nach Uebernahme der Sache, sie dem Ussisenhose zuweisen, folgt noch nicht, baß dies jedesmal wirklich der Fall senn muffe; auf die Er fahrung gestütt, behaupte ich, daß sie viel felteneranklagen werde, eben weil sie verant:

So sprach sich ein französischer Justizminister über das in Frankreich geltende System der Unklagestandversezung aus; und die Kammern, die den mit solcher Motivirung eingebrachten Gesetzentwurf annahnen, gaben damit stillschweigend die Richtigkeit derselben zu; und man darf wohl

wortlich senn wird"42).

<sup>44)</sup> S. Bogron, Code d'Instruction (Brux. 1846) p. 136.

fragen, :wie ein Spftem, bas so in sich selbst zerfällt, nur einen Zag nach dieser officiellen Anerkennung fortbestehen fonnte. Indeß weiß man ja, daß die ganze Magregel, aus bloßen Parteitendenzen hervorgehend, von ganz anderen als den angegebenen Beweggrunden getragen murbe, unb baß biejenigen, die jene Grunde geltend machten, vollfom= men bereit gewesen wären, auch die entgegengesetzten gel= ten zu machen, wenn dies die Plane des Augenblicks ge= forbert hatte. Biel interessanter ist wohl die Frage, wie man überhaupt bazu kommen konnte, ein solches System einzuführen; irgend ein tief verborgener Bortheil, sagt man fich, muß boch mit diesen Ginrichtungen verbunden senn, wenn Manner von unbestreitbar großer Einsicht sich mit ben greifbaren Nachtheilen berselben versöhnen konnten. Eben die gar so schreienden Widerspruche des Systems wurden so für daffelbe sprechen, wenn es uns nicht gelingt, bessen Unnahme und Aufstellung zu erklären. aber nothig, einen wenn auch flüchtigen Blick auf die Geschichte ber Glieberung des Strafprocesses auf dem euro= paischen Continent und namentlich in Frankreich zu werfen.

### §. 5.

Drei Hauptformen des Strafversahrens sind es bekanntlich, aus deren Zusammenwirken in den von germanischen Bölkern gegründeten Continentalstaaten der Strafproces zu seiner heutigen Gestalt sich entwickelte, der römische, der germanische und canonische Criminalproces. Der
römische Proces, obgleich in Einzelheiten mannigsaltig unter den Kaisern umgestaltet, hatte doch im Wesentlichen die
alte, früher als die Grundsorm des Anklageprocesses dargestellte Gestaltung bewahrt. Wir brauchen daher nur
einige Bemerkungen über die beiden andern nachzutragen.

Auch das germanische Strasversahren war, wie dies ja immer bei jugendlichen Bölkern der Fall ist, rein accusas Medio d. Ee. A. 1862. II. Et.

torisch; aber begreiflicherweise mußte es nichts bestoweniger bei ben einfachen Berhältniffen ber Germanen fich gang anbers entwickeln, als bei ben auf ber Bohe ber Culturftebenben Romern. Es scheint, daß nur die Entscheidung ber jeweilig aufgeworfenen Rechtsfrage Schwierigkeiten hatte; die Nachweisung des Factischen, das Beweisverfahren, machte sich bei der Einfachheit der Berhaltnisse, so zu sagen, von selbst. Die Berbrechen, die begangen werben konnten, waren einfach; sie waren meist Thaten ber Gewalt, von Uebermächtigen vor den Augen Aller begangen, die zusehen mochten. Die Wahrhaftigkeit war ein so tief wurzelndes Element des Wolkscharakters, daß sie viel späs ter als irgend eine andere gute Eigenschaft selbst die verberbteren Individuen verließ. Man glaubte eber an die Möglichkeit eines Berbrechens, als an die einer falschen Unklage, so wie sich selbst bei Personen, die eines Berbrechens fähig waren, nicht unbedingt voraussetzen ließ, daß fie an den Grundsat aller modernen Berbrecher: "Si fuisti, noga" fich halten wurden. Wenn aber boch ber Angeklagte Biderspruch gegen die Unklage erhebt, so ergiebt sich dem ein fachen Sinne eines unbedingt gläubigen Bolkes ein einfaches Auskunftsmittel: die Parteien muffen Gott jum Richter oder vielmehr zum Zeugen anrufen, und Gottes Ausspruch ist es, auf den der irdische Richter sein Urtheil stütt. Es läßt sich also recht wohl begreifen, wie der Zeus genbeweis nur auf Umwegen in bas germanische Strafverfahren gelangen konnte, und wie man barauf kam (auch in Civilprocessen), die Feststellung ber Thatsachen, als ein ganz außer bem Bereich richterlicher Entscheidung liegenbes Moment, erwählten Zeugen anheim zu stellen. Die Pfict dieser Zeugen war: veritatem dicere 45). Wie sie jedoch

<sup>45)</sup> Cap. II. 808. n. 3.; Cap. II. 819. n. 1. S. Biener, Beiträge jur Geschichte bes Inquisitionsprocesses und der Geschworness

die Kenntniß dieser Wahrheit sich verschaffen wollten, bas scheint gänzlich ihrem Ermessen überlassen gewesen zu senn, so daß es allerdings nur auf die Erlangung einer conviction intime ankam. Begreiflicherweise kam damit in bas, mas jest ben wesentlichsten Bestandtheil des Strafproceffes bildet, ein starkes inquisitorisches Moment, ohne baß der Proces selbst, aus dem ja eben das Beweisverfahren ausgeschieden wurde, bavon ergriffen worden ware; ber germanische Strafproces blieb, so lange er rein bestand, accufatorisch. Selbst noch bei ben Femgerichten mar ber Procef eröffnet, sobald ein Unkläger sich gefunden hatte. Nach altem Recht sehen wir im beimlichen Gerichte ber Femge= noffen ben Rlager seine Rlage aufstellen, ohne baf er Beweise anzuführen brauchte. Er hat vorläufig allein Glauben 6. Rur war es, da nicht für jedes Verbrechen noch für jede Person das Femgericht zuständig war, nothig, daß vorher Schöffen und Genossen darüber Urtheil fanden, ob die Sache femvroge sen? 47).

Ein ganz anderer mußte natürlich der Entwickelungsgang im canonischen Rechte senn. In der Regel entweder
bloß mit der Wahrung der sittlichen Ordnung oder mit Aufrechthaltung der Kirchendisciplin beschäftigt, hatte der
Strasproceß des canonischen Rechtes mit einem richterlichen Geschäfte nur außerliche Analogie; in der Person des Bischoses war deshalb in vielen Fällen schon in frühester Zeit Ankläger und Richter vereinigt. Und so kam es, daß ans dem canonischen Processe durch die Natur der Verhältznisse die wesentlichen Elemente des Accusationsprocesses, daß bie parteilose, abwartende Stellung des Richters längst versschwunden war, als er noch mit den unwesentlichen Formen

gerichte (Leipz. 1827) S. 123. Wigand, bas Femgericht Befts phalens. (Damm 1825.)

<sup>46)</sup> Bigand a. a. D. S. 374.

<sup>47)</sup> Chend. S. 357.

### 274 Ueber die Versetzung in Anklagestand

bes römischen Processes, aus benen er sich entwickelte, im Streite lag. Es handelte sich da mehr um den äußeren Anstoß zur Eröffnung des Processes; ob dieser vor einem Ankläger (wie allerdings noch lange als die Regel angenommen ward) 48) oder vor den rügenden Sendzeugen 49) oder von dem öffentlichen Gerede ausging, hatte auf den weiteren Gang des Processes, sobald dieser einmal eröffnet war, keinen wesentlichen Einfluß. Aber je härter und drüktender sich dieser gestaltete, je weniger der Angeklagte hossen durste, unversehrt aus dem Processe hervorzugehen 50), desto größere Sorgsalt mußte natürlich auf den Ausgangspunkt des Versahrens verwendet werden. Wenn daher auch nicht mehr eine sörmliche Anklage nöthig war, um zur Einseitung eines Processes zu bestimmen, so war doch

<sup>48)</sup> Biener a. a. D. S. 33 ff.

<sup>49)</sup> Selbst zur Zeit der vollsten Entwicklung der Regerinquisition scheint dem Richter die Abweisung einer Anklage nicht zuges standen zu haben. So heißt es bei Eymericus Directorium Inquisitorum haer. prov. (Romae 1588. n. 71. pag. 448): "Inquisitor mandadit accusatori, quod nomina tertium producat... Et si reperiatur, quod nihil faciant ad factum, inquisitor consulat accusatori, quod desistat"— was übrigens noch von Degner (Comm. 14.) bestritten wird. An einer anderen Stelle heißt es und in Bezug auf Accusation: Etattendat inquisitor, quod istum procedendi modum non libenter admittat, tum quia non est in causa sidei usitatus, tum quia accusanti multum periculosum (p. 444). Fast wörtlich dasselbe im Malleus malesicarum (Lugd. 1614) I. 327.

bes Processes war seine Freilassen günstigste Auslegung des Processes war seine Freilassung: "quia non invenimes aliquid contra te legitime for e probatum." — Die Tortur war nicht Beweismittel, wie oft fälschlich behauptet wurde, sondern einer der Procesausgänge. Bekannte der Torquirte, so versiel er damit der Strase; bekannte er nicht, so ward er darum nicht für unschuldig gehalten. Ubi autem decenter (!) quaestionibus et tormentis expositus, noluerit detegere veritatem; amplius on vexatus, sed adire lidere dimittatur. Nur wenn er es ausdrücklich verlangte, sollten ihm die Richter die Freisprechung in der gewöhnlichen, beschränkten Weise ertheilen.

bei der denunciatio und ber eigentlichen inquisitio große Borficht angerathen. Lettere konnte nur dann eintreten, wenn ein verbreitetes Gerücht gegen eine Person sprach, und es war nothwendig, das Vorhandensenn dieses Geruchtes zu constatiren, ehe weiter verfahren wurde 51). nur über bie Thatsachen, auf welche bas Gerücht sich bezog, Inquisition eingeleitet werden konnte und der Angeflagte bas Worhandensenn des Gerüchtes bestreiten burfte, war es nothwendig, eine dem Unklagelibell analoge Busam= menstellung ber Ergebnisse dieser allgemeinen, anerkannter= maßen dem eigentlichen Proces vorangehenden Untersuchung aufzuseten. Bo, wie bei der spanischen Inquisition, die Mitwirtung des Fiscalprocurators eintrat, murde es in die: sem Stadium ihm anheimgestellt, auf Captur anzutragen, welche übrigens der Richter auch ohne diesen Untrag verfügen konnte. Jedoch sollte dieser Berfügung eine Berathung mit Berständigen vorangeben. (Habito peritorum consilio, quid facto opus sit deliberat 52).

Bährend nun in dem von der Auseinanderwirkung der römischen, canonischen und germanischen Prozeksormen bestimmten Gange der Strasprocesse in den verschiedenen Ländern das eigentliche Versahren (bei dem Ueberwiegen der Inquisition die Specialinquisition genannt) theils durch Gewohnheitsrecht und Geset, theils (wie namentlich in Frankreich) durch die Mitwirkung eines öffentlichen Ankläzgers an gewisse feste Regeln, wenn auch nur lose, gedunz den war; sah sich in der Generaluntersuchung der Richter nur auf eigenes Ermessen gewiesen; und es läßt sich daher leicht erklären, wie nach und nach, so viel nur thunlich, der Zern der Sache in dieser Voruntersuchung verlegt ward.

<sup>51)</sup> c. 19. X. de accus.; Biener a. a. D. S. 49.

<sup>52)</sup> Peyna, Comm. n. 16 (l. c. p. 452). Madrider Instruction v. 1569. c. 3.

Dazu kam noch eine humane Rücksicht für ben Angeklage Es war im Laufe ber Zeiten bahin gekommen, baß die Untersuchung nicht selten für härter angesehen werden mußte, als das Urtheil, das im schlimmsten Falle erfol= gen fonnte, und daß es daher, genau genommen, für den Ungeklagten rathlicher war, sich ohne eigentlichen Proces verurtheilen zu lassen, als in Folge eines ordentlichen Processes freigesprochen zu werden. Dies ist wohl zwischen ben Beilen folgender Worte Böhmer's 53) zu lefen: "Utilitas publica quidem inquisitiones commendat, ne delicta maneant impunita; nulla vero ratio exigit, ut id cum injuria reorum graviori fiat, quam qualem vindicta publica sua natura secum fert. Est utique inquisitio specialis res existimationi inimicissima, et intuitu reorum odiosissima. . . . Praejudicium, quod ex ipsa leviorum delictorum poena dependet, longe minus est, quam illud, quod inquisitioni speciali cohaeret."64) Auf Dieses Raisonnement gestützt, zog man auch den Angeklagten selbst, der früher im eigentlichen Proces vernommen warb, in das Bereich der Generaluntersuchung; man machte bies anfangs dadurch möglich, daß man ihn (wieder mit Rachhulfe des Regerprocesses, in dem ja auch der Angeklagte beetbiget wurde) als Zeugen vorlud ober wenigstens unbestimmt ließ, in welcher Eigenschaft er erscheine; und ber Angeklagte glitt in einen Criminalproceß allmählig hinein, ohne baß

er ober seine Richter bestimmen konnten, wann eigentlich

dieser Proces begonnen habe. Die so entstandene sum

<sup>53)</sup> Observationes delectt. ad B. Carpzovii J. C. Pract. nov. rerum Crim. Imp. Sax. (Francof. 1759.) Ad quaest. CVII. obs. I.

<sup>54)</sup> Vielleicht läßt sich daher auch eine Aeußerung Beccaria's erklären, aus der sich ergiebt, daß zu jener Zeit die militäris sche Untersuchungshaft für minder ehrenkränkend galt. Das Berfahren der Militärgerichte war immer rascher und minder tief eingehend, als das der Civilgerichte.

es, von dem der Ausgang desselben wesentlich abhing, mie die Voruntersuchung, formlos — bis Ende des vorige Jahrhunderts der Ruf nach Resorm b hier durchdrang, und in Deutschland eine bis in die eren Jahre reichende Reihe von Strafprocesordnungen, Frankreich weitergehende Versuche ins Leben rief, mit ven wir uns nun beschäftigen wollen.

Unter ben Rechten, die die Constituante dem franzo: en Bürger zu sichern sich vorgesetzt hatte, ftand bas auf herheit personlicher Freiheit obenan 55). Ueber die Sache ft war Alles einig, obgleich zur Verfechtung bes Prini noch manche lange Rebe gehalten wurde. Wie aber Recht mit den Forderungen der Rechtspflege, ja mit n Abschreckungsspftem, an dem die Bersammlung fest: it, in Einklang bringen? Es wurden die verschiedensten rschläge gleichzeitig eingebracht und die Berwirrung bach noch gesteigert, daß die Procefformen gleichzeitig mit . Srundfragen der Gerichtsverfassung erörtert wurden. 5 Beispiel Englands, von Montesquieu, deffen Geist b immer die Bersammlung durchwehte, so beredt empfoh= fowebte allerdings als leitender Gebanke vor; es war es nichts weniger als eine vollständige Kenntniß bes dischen Processes auch nur bei einem Mitgliede zu su= Bard bei einer Erörterung auf englische Einrichtun: Rudficht genommen, so wurden bloß Ginzelheiten behtet, ohne den Zusammenhang mit Dazugehörigem, e die organische Gliederung bes Ganzen zu berücksichti= . Daß dabei von Sonderung des Wesentlichen vom Un= jentlichen keine Rede senn konnte, verstand sich von selbst. is schottische Recht schien gar nicht beachtet zu werden.

Der leitende Gedanke war immer der, daß dafür ges gt werden muffe, daß möglichst schnell der Angeschuls

<sup>)</sup> Art. 7 u. 9 ber Droits de l'homme.

bigte, gegen welchen fein hinreichender Berdacht sich erhoben, entlassen werbe, und daß diese Entlassung nicht von ber Willfür einzelner Beamteten abhängen solle. Der Cons flict zwischen dem Accusations: und Inquisitionsprincip trat nicht in den Vordergrund, obgleich er in den beiden Borschlägen Sienes' und Duport's seinen Ausdruck fanb. Sienes schlug vor, ben Untersuchungsrichter gewißermaßen unter Controlle zu stellen; auch die Boruntersuchung sollte collegialisch geführt werden (vom juge directeur de l'affaire und zwei der 27 Mitglieder der Jury). Der Conseil d'instruction sollte also rein inquisitorisch vorgehen, das für aber vom Conseil de decision vollkommen abgesondert senn 56). Der Plan Duport's schloß sich ganz dem Zeu-Berlichen bes englischen Musters an. Die Unklagejury foll aus 18 Mitgliedern bestehen; der Gid, den sie ablegt, ift dem englischen nachgebildet, sie verspricht ausbrudlich, von bem personlichen Wiffen jedes Einzelnen Gebrauch zu mas Der Richter legt dieser Juré (so wird sie hartnäckig fortwährend in der Constituante genannt) die Unklageschrift vor und sie vernimmt die zu deren Unterstützung vorgeführ Auf Grundlage biefer Aussagen klagt bie ten Zeugen. Jury, wenn eine Mehrheit von 12 Geschwornen bafur ift, ben Angeschuldigten in ihrem eigenen Namen an (l'accusation, que nous allez porter, heißt es im Eid). Tage nach Erhebung der Unflage muß diese, wenn nicht wichtige Gründe Aufschub heischen, der seconde Jury vergelegt werden 57).

Im Wesentlichen wurde dieser Vorschlag auch angenommen und ging ganz in das Gesetz von 1791 über. Der Directeur du Juré soll nach diesem den Angeklagten möglichst bald nach seiner Verhaftung vernehmen, und seine

<sup>56)</sup> Buchez et Boux, Histoire parlamentaire, vol. V. p. 205. 57; Ebendas. p. 217.

reie Erklärung hören; eine Borschrift, Die freilich sehr urch den Beisat geschwächt wird, daß er keine question aptieuse stellen soll. Auf Grund dieser und ber Beuenvernehmung entwirft ber Directeur du Juré ben Un-'ageaft im Einverständniß mit der Civilpartei; er felbst darf le eigenmächtig bies verweigern, muß vielmehr innerhalb 4 Stunden dem Tribunal, dem er angehört, Bericht er= atten, und der Berfügung desselben nachkommen, wovon n Anklageacte Erwähnung zu thun 58). Der abgeschlos= ene Anklageact wird bem Staatsanwalt (commissaire u loi) mitgetheilt, dieser hat bloß zu beurtheilen, ob die i ber Unflage und den Acten bezeichnete That wirklich ein serbrechen schwerer Natur (en portant peine afflictive ninsamante) sen. In biesem Falle setzt er auf die Schrift ie Worte: La loi autorise; im entgegengesetzten Falle eklärt er: la loi defend. Ift mit letterer Unsicht ber Diecteur du juré einverstanden, so hat dies die Einstellung er Untersuchung zur Folge; bei Widersprüchen entscheidet as Tribunal. Von den (acht) Geschwornen muffen bie leugen ihre Aussagen erneuern, und auf Grundlage ber-Iben entscheidet die Jury per majora, ob der Anklage attzugeben sen. Sie barf an berselben keinerlei Bernderung anbringen, und kann, sofern sie glaubt, daß sie uf ein anderes Berbrechen gehen sollte, dies nur durch die ermel ausdrucken: La declaration du juré est, qu'il n'y a as lieu à la présente accusation." 59) Viel Muhe giebt ch das Geset, ben Geschwornen ihre Aufgabe flar zu mas zen: "Sie haben nicht über Schuld oder Michtschuld zu

19) Loi en forme d'instruction pour la procédure criminelle.

L. c. p. 568.

port fait par le directeur du Juré au Tribunal du district, le dit tribunal etc. . . . . En vertu de cette décision le directeur du Juré a dressé le présent acte d'accusation. Collection générale des loix etc. vol. VI. p. 618.

erkennen, sondern nur zu beurtheilen, ob das bem Ungeschuldigten zur Last gelegte Bergehen solcher Urt ift, baß es die Einleitung eines Criminalprocesses rechtfertiget, und ob die Unflage hinreichend von Beweisen unterstützt wird." Ausdrücklich wird ihnen vorgestellt, daß sie blos beshalb berufen wurden, weil man nicht leichtfinnig einen Burger im Gefängnisse halten wolle 60). — Die unbedingte Ab: lehnung der Anklage durch die Geschwornen hat auch bie augenblickliche Freilassung bes Angelagten zur Folge; bie angenommene Unklage übernimmt der öffentliche Unkläger aus den Sanden der Geschwornen, um den Angeklagten im Namen des Gesetzes zu verfolgen 61).

Im Wesentlichen finden wir dasselbe System im Code des délits et des peines vom 3. Brumaire IV wither; nur daß hier die Mitwirkung ber Staatsanwaltschaft eine lebendigere ist; diese ist es auch, die die (noch immer vom Untersuchungsrichter abgefaßte) Unklageschrift ber Geschworner vorträgt (art. 238). Die Competenztheilung zwis schen dem Directeur du Juré und ber Jury selbst ift schär: fer bargelegt. Lettere hat so wenig ber rechtliche Ratur ber in der Anklage angegebenen Handlung zu beurtheilen (art. 241), als es jenem zusteht, zu erwägen: ob ber Ingeschuldigte hinreichend verdächtiget sen (art. 242). Die Unklagejury versammelt sich an jeder Decadi (also monats lich breimal), — bie Urtheilsjury ben 15. jedes Monats. Che jedoch dieser die Sache anheimgestellt wird, pruft ber Commissaire du pouvoir executif am Departementstriber nal die vorausgegangenen Acte als Organ bes Gefetes, und nur wenn in dieser keine Formfehler sich zeigten, über giebt er die Sache innerhalb 24 Stunden dem Accusates public, der sie in der Schwurgerichtssitzung vorbringen

muß (art. 330 und 331).

<sup>60)</sup> Ebendas. p. 567 und 568. 61) Rapport de M. Duport, Buchez et Boux. VIII. 252.

Wir sehen hier im Wesentlichen bas englische Muster chgeahmt, und zwar in der Weise, daß manche bei ber glischen Grand Jury gerügte Difftanbe vermieben werben, b baß der ganz deutlich vorgezeichnete 3weck ber Ginrich= ng, ben Angeschuldigten vor willkurlicher Haftnahme zu igen, vollkommen erreicht wird. Nur ist auf der anm Seite ein hochst beirrendes und wenigstens der Rla= ng ber Thatsachen nicht sehr forberliches Durcheinander r Buftandigkeiten in diesem ersten Stadium bes Processes ffallend. Der Directeur du Jury, ber bie Sache schon n einem Officier de police judiciaire übernimmt, kann on vor Einreichung des Anklageacts mit der Civilpartei pie mit dem Commissaire du roi und bem Tribunal in iberspruch gerathen. Sener hat eine ganz eigenthumliche tellung, bie berjenigen bes Staatsanwalts im frangofischen vilprocesse analog ift, - er erscheint als Organ bes efeges - eine Stellung, die nicht recht erklärlich ift, nn man von der Voraussetzung ausgeht, daß ja eben : Richter für Wahrung des Gesetzes zu sorgen habe. Jenfalls ift die Stellung nicht sehr verantwortlich, da die iflage von diesem Commissaire nie ausgeht, ja in gewif-Ballen nicht einmal an seine Zustimmung gebunden ift. ie schwer es übrigens war, die Unklagegeschwornen auf n gefehlich ihnen zustehenden Wirkungsfreis einzuschrän= geht aus Rlagen, die bald barüber vernehmbar wurn, beutlich hervor; es scheint, daß die Geschwornen mit Ber Berbachtgrunden fich nur felten begnügten, und wenn von der Schuld des Angeklagten nicht vollkommen über-19st waren, sich weigerten, ihn anzuklagen 62). — Indeß fre trot aller dieser Mißstände bas System vielleicht halt= ut gewesen, wenn es nicht nach den Resultaten der er-

<sup>2)</sup> Comté, Considérations sur le pouvoir judiciaire (Bott. jur Uebersegung Phillips. Par. 1818) p. 210.

sten Jahre allein wäre beurtheilt worden, — Jahre bekanntlich, in denen die entsesselten politischen Leidenschaften Beisspielloses und gewiß nur wenig den ordentlichen Gang der Rechtspslege Förderndes bewirkten. Dazu kam, daß die Gerichtsversassung die Einwirkung localer Parteizwiste auf die Entscheidung der Gerichte nur zu sehr begünstigte. Die Richter waren für bestimmte Zeit vom Bolke gewählt, der Diroctour du Jury behielt sein Amt nur 6 Monate. Der Tribunale waren ungemein viele (jeder District hatte eins) und das Territorium war von einer Unzahl Richter und Staatsanwälte bedeckt; je mehr Richter aber erforderlich, je weniger günstig sie gestellt waren, desto geringer waren die Ansprüche, die man an sie stellen konnte.

Boren wir nun die Umgestaltung, welche im Jahre 1808 dieses System erlitt, und insbesondere die Aufhebung der Unklugejury nur zu erklären,- die Motive an, die man dem gesetzgebenden Körper angab: so kommen sie nur auf dasselbe hinaus: die Unklagegeschwornen sepen ihrer Aufgabe nicht gewachsen. "Allzuoft", bemerkte Treilhard im Corps legislatif, "wurde ber Gang eines Processes burch eine gutmuthige, aber unüberlegte Erklarung abgeschnit: ten. Die Unklagejury muffe aus dem, mas sie wiffe, einen Schluß auf bas ziehen, mas man noch nicht miffe; eine folde Ubwehrung mache aber nicht baran Gewohnte ftugen, und es werde in dieser Verlegenheit das Gleichgewicht zwischen Ankläger und Angeklagten nicht immer festgehalten." Die Unklagejury, sagt ein anderer Redner, werfe sich zum Rich ter auf, und spreche frei, wo die Schuld nicht ganz erwie Much sehe sich ber Directeur du Jury genothigt, Einfluß auf ihre Entscheidungen zu nehmen, und bierer klärung gehe baher oft factisch von ihm aus 63).

<sup>63)</sup> Vortrag des Staatsraths Faure in der Sigung von 24. Nov. 1808.

Diese Motive konnten ausreichen, wenn zu bem Mittel gegriffen worden wäre, das ganz nahe lag, wenn man ber ohnehin jett einheitlichen organisirten Staatsanwalt: schaft bas Recht, auf eigene Berantwortung anzuklagen, gegeben hatte. Man kann nicht einmal sagen, daß dieser Auswegüberfeben murbe, denn wir seben, daß er einmal im Staatsrath ausdrucklich vorgeschlagen wurde. Es ift aber ein ganz eigenthumliches Zusammenwirken und Ausgleichen ber verschiedensten Ansichten, woraus die bezüglichen Artifel des Code d'instruction criminelle entstanden. - Gegen Ende des Jahres XII beschäftigte sich ber Staatsrath mit bem Ent: wurf eines Code criminel, ber das formelle, wie das ma= terielle Strafrecht umfassen sollte. Da in jener Zeit alle Ergebniffe ber letten Revolutionen wieder in Frage gestellt wurden, und bei gewiffen Personen ein unermüdlicher Gifer sich zeigte, früher beseitigte Bustande wieder herzustellen, tam natürlich auch die Frage über Beibehaltung ber Jury zur Erörterung. Auf der andern Seite war das Geschwor: nengericht schon so beliebt im Bande, daß sich selbst unter den Augen Napoleon's, 'der ihm offenbar nicht gunstig war, eifrige Berfechter beffelben fanden, die seine Birtsamteit in keiner Beise geschmälert wissen wollten. lebhaft indes die hierüber am 16 Prairial XII geführte De= batte war, bietet fie fur gegenwartige Frage wenig Erheb: Man sah die beiben Zweige bes Geschwornenge= liches. richts als von einander untrennbar an und ba einmal ent= fdieben war, daß bas ganze Institut nicht beseitigt werden follte, fand Ereilhard (berfelbe, der 4 Jahre fpater bem Corps législatif bie Aufhebung ber Anklagejury als glude lich vollendete Thatsache anpries) keinen Widerspruch, als er erklärte: es sen offenkundig, daß eine Jury weder der Gesells schaft, noch bem Angeklagten hinreichende Garantien biete 64).

<sup>64)</sup> Loctè, vol. XXIV. p. 48.

\*\*Entre b. Cr. St. 1852. II. Ct.

### 284 Ueber die Versetzung in Anklagestand

Noch in derselben Sitzung erklärte sich der Staatsrath für die Beibehaltung der Anklagejury, jedoch sollte die Ansklageschrift vom Staatsanwalt (Magistrat de süreté) entworfen und vom Untersuchungsrichter vidimirt werden. Es sollte künftig die Anklagejury keine Zeugen vernehmen und die Anklage nur annehmen oder verwerfen dürfen. Ob dann eine auf ein anderes Verbrechen lautende Anklagesschrift vorgelegt werden sollte, sollte vom Magistrat de süreté abhängen 665).

Aber schon am 8. Brumairo XIII war die Anklagejury wieder in Frage gestellt. Es war ein Sesetentwurf
über die Bereinigung der Civil: und Criminaljustiz eingebracht; der Art. 10 dieses Entwurfs lautete: "Le tribunal
(de première instance) remplira les fonctions de jury
d'accusation." Es ward bei wiederholter Beachtung (wobei nochmals die für die jetige Stellung der Anklagesammer wichtige Aeußerung siel: man wolle die verfassungsmäßig zugesicherte Anklagejury ja nicht
ausche heben, sondern nur das Tribunal — zur
Jury machen) in der Situng vom 15. Brumaire XIII
der Beschluß gesaßt, die Anklagejury nicht auszuheben.

Bei der Wiederaufnahme der Berathungen im Unsfange des Jahres 1808 erklärte sich der Kaiser gegen die Anklagejury, weil sie doch nur Acten lesen könne, und nach diesen zu urtheilen schwer sen; weil sie zu leicht loss spreche — und weil eine Berufung gegen ihre Anklage nicht möglich sen 66). Damit war das Schicksal der Anklage jury besiegelt, und es handelte sich nur mehr darum, wer nun "ihre Functionen übernehmen" sollte — denn diese sollten ja nicht ganz beseitigt werden. Die Berathung sällt nun ganz mit der über die Gerichtsversassung zusammen.

66) Staatsrathssigung v. 6. Februar 1808, a. a. D. S. 621.

<sup>65)</sup> Article 99, 108 u. 109 des am 3. Vendemiaire XIII. vor gelegten Entwurfes, a. a. D. S. 221 ff.

Die conftituirende Bersammlung hatte, die Uebergriffe ber Parlamente vor Augen, möglichst kleine Tribunale eingefest, mas indeß den Einfluß und das Ansehen diefer Gerichtshöfe fehr schmälerte. Es war ein Lieblingeplan bes Raifers, großen, angesehenen Corporationen bie gesammte Rechtspflege zu übergeben, und insbesondere einem und und bemselben Gerichtshof die Civil: und Criminaljuris: diction anzurertrauen. Allein namentlich die Juristen im Staatsrathe scheinen heftigen Wiberwillen gegen bieses Project empfunden zu haben, und, da offenbarer Wider: spruch zu nichts geführt hatte, legten sie bem Raiser tech: nische Schwierigkeiten aller Art in den Beg; besonders die Bersetzung in Anflagestand ward hiezu benutt. , Nach Beseitigung ber Anklagejury hatte die mit dem Entwurfe beschäftigte Section vorgeschlagen, die Bersetzung in Un: flagestand ben Gerichten erster Inftang zu überlassen. Bum Plan des Raisers paßte dies nicht; es murden also Gin: wendungen aller Art erhoben, namentlich, daß die nur sehr kleinen Gerichte erster Instanz Parteieinflussen allzu: sehr zugänglich sepen. Die Section schlug nun vor, die Bersetzung in Anklagestand von der Uebereinstimmung zwisschen dem Procureur impérial und dem Untersuchungs: richter abhängen zu lassen <sup>67</sup>). Aber auch dieser Vorschlag fiel zu Boben: der Raiser ward bei seiner Entscheidung von gang andern als juriftischen Betrachtungen geleitet. Es findet sich hierüber noch eine in anderer Beziehung hochst mertwurdige Meußerung deffelben im Protofoll ber Situng vom 23. Januar 1808. Es erfaßt ihn, in bessen Sanden jett alle Geschäfte zusammenströmen, ein Schauber vor bem Bewußtseyn seiner ungeheuren Berantwortlichkeit, ein Zweifel am Ausreichen selbst seiner Kräfte: Porsonne en effet n'agit efficacement pour l'Empereur. L'Empe-

<sup>67)</sup> A. a. D. E. 656.

reur est obligé de surveiller et reprimer directement les abus d'autorité et les prévarications; de défendre lui-même les citoyens contre l'administration et contre tout ce, qui a quelque puissance dans l'empire . . . Maintenant chaque fonctionnaire fait ce qu'il veut et il ne faut pas moins que mon charactère et le vif désir, que j'ai de rendre mes sujets heureux pour empêcher le desordre. Es sen also politische Nothwen: bigkeit, große juristische Collegien einzuseten; qui aient assez de force pour exercer des poursuites contre quiconque s'écarte de son dévoir. Diese großen juri: stischen Corporationen find die Cours impériales, in beren Händen alle Theile ber Rechtspflege vereinigt werben foll: ten; in Civil = und Buchtpolizeisachen ging bie Berufung an sie; in Bezug auf schwere Berbrechen mar, so lange bie Jury beibehalten werden sollte, eine zweite Instanz nicht denkbar; man konnte also in Bezug auf diese ber Cour impérial nur die Functionen der Anklagejury zuweisen. Den Raiser leitete hiebei noch die Betrachtung: baßes ein wesentlicher Fehler bes bamals gelten: ben Syftemes fen, daß bie Juftig erft von ber Regierung in Bewegung gefett merben muf: se 48). Bringt man biese Bemerkung mit ber obigen in Werbindung, so wird leicht bemerkbar, daß der Raiser, der eben an der Möglichkeit verzweifelte, die Organe ber Regierung selbst genügend zu übermachen, mahrend an eine Ueberwachung von unten aus, an eine Controlle burch die öffentliche Meinung nicht zu denken war, es rathlich fand, ben Procureur general in seiner ohnehin so großen Gewalt burch ben Gerichtshof möglichst einzuschränken.

Vom Standpunkt der damaligen Politik aus ist des gewiß vollkommen gerechtfertigt; aber über die politischen

<sup>68)</sup> L. c. p. 674.

udsichten wurden die processualischen ganz außer Augen laffen; und so erscheint benn statt einer Partei ein fach: rständiges Richtercollegium als Unkläger; die Thätigkeit ner am Ort des Untersuchungsrichters monatlich breimal b versammelnden, die Zeugen selbst vernehmenden Jury ternimmt ein zwar permanentes, aber weit entferntes, if Acten hingewiesenes Richtercollegium, das den Ungeflagn vor einen Gerichtshof verweist, ber nur viermal im Jahre ssammentritt. Der Bollstandigkeit wegen muß auch fur E Thatigkeit bes die Entscheibungen bes Directour du ary übernehmenden Diftrictstribunals ein Erfat gefun: n werben; freilich hatte es einen Sinn, daß, ebe einer nklagejury eine Sache übergeben wurde, die daran geupfte Rechtsfrage vor einem Richtercollegium entschieden urbe, während die Berathung zweier Gerichtshöfe über ne bloße Borfrage keinen Sinn hat - genug, ba bie nklagekammer bloß an die Stelle ber Anklagejury trat, ußte für jene Thätigkeit bes Tribunal du district auch n Träger gefunden werden, und er fand fich in der Chambre conseil.

Wir sehen also, daß bei der Einrichtung des jetzt in antreich geltenden Systems der Versetzung in Anklage: ind nicht bloß bei der Erörterung der einzelnen Processimen, die Principlen, aus denen diese consequent sich entickeln sollten (namentlich das Accusationsprincip), ganz ser Anschlag blieben, sondern daß es nicht einmal unzerordnete Gründe der zweckmäßigen Processsührung was n, die hier bestimmten 69); daß vielmehr die mehr oder

Inklagekammer zu sehr in die Länge gezogen werden musse, daß Richter, zu sehr geneigt senen, anzuklagen, daß ihre Unztage zu sehr ins Gewicht falle — beseitigte der Kaiser immer mit der Bemerkung: daran liege nicht viel, weil die Cour Im-

weniger zwedmäßige Berthellung der richterlichen Thatigfeit von politischer Convenienz dictirt wurde, - von Berhältnissen, die Bog in Franfreich und bloß damals galten. Es burften daher, wenn auch nur ber Ursprung ber in biefer Pinficht geltenden französischen Gesetzgebung berücksiche tigt murbe, diese so wenig auf andere gander übertragen werben, als es rathlich war, bie englische Grand Jury ein: zuführen, wo beren Voruntersuchungen fehlen. mann darf fordern, ordentlich gerichtet zu werden, wenn er angeklagt wird: aber eben beghalb hat Niemand ein Recht, nicht angeflagt zu werben. die englische Grand Jury, noch die französische Anklages kammer helfen bem Angeklagten bazu, fruher vor feinen Richter zu kommen, früher feinen Rechtsstreit enbgultig abgeschlossen zu sehen. Aber beide zersplittern die einzelnen im Proceß auf einander wirkenden Thatigkeiten, fie nehmen diesem seine Einfachheit und erschweren baburch bie Ueberwachung bes Geschäftsgangs burch bie Deffentlichkeit; sie verwirren ben Ginn bes Bolkes burch sonberbare Instanzengliederungen, den der Geschwornen burch widersprechende Anklagen, und entziehen dem Angeklagten mehr ober weniger ben Unblick bes Unklägers. Sie nehmen durch eine principwidrige unzweckmäßige Theilung der Arbeit weit mehr Kräfte in Anspruch, als nothwendig ware. Bo Privatankläger in eigenem und nicht ber Staatsgewalt Namen anklagen und für bosen Willen und Fahrlässigkeit haften, bebarf es keiner Grand Jury; wo ber Staatsanwalt für Pflichtverletzungen wirklich zur Berantwortung gezogen werden kann, ist es nicht nothig, ihn burch einen Gerichtshof überwachen zu lassen und die Anklage aller Ber antwortung zu entheben, indem man fie lähmt.

périale den Angeklagten nicht für schuldig erkläre, sondern nur anklage. Sitzung vom 13. Februar 1808. Locke a. a. D. G, 631.

# Archiv

bes

# Triminalrechts

neue Solge.

Perausgegeben

nod

#### ben Professoren

3. F. P. Abegg

A. 28. Heffter in Berlin.

in heibelberg,

I. M. F. Birnbaum in Gießen,

E. Herrmann in Göttingen,

H. Zacharia in Göttingen.

1

# Jahrgang 1852.

Drittes Stud.

### Palle,

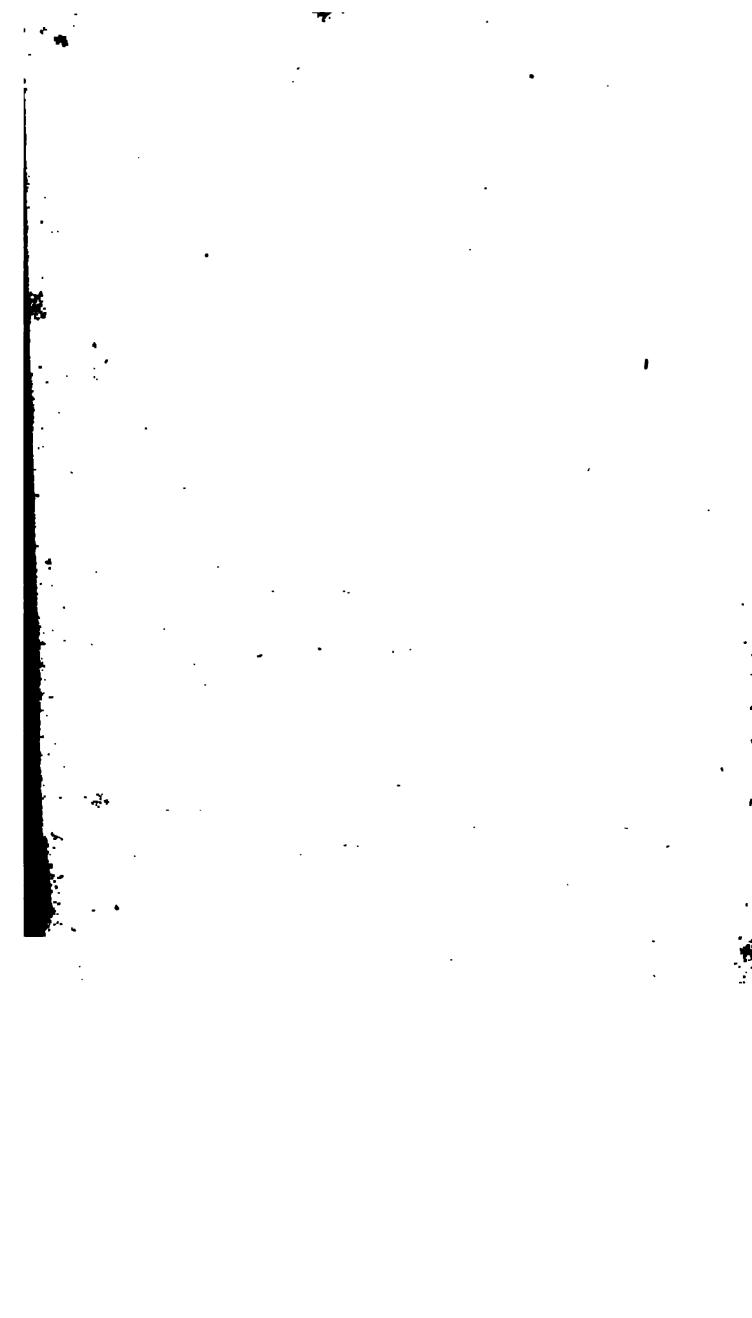
C. A. Schwetschke und Cohn. (M. Bruhn in Schleswig.)

1852.



### In halt.

- XIV. Der Begriff der Staatkanwaltschaft. Von herr=
  mann. S. 289
- XV. Soll die Gesetzgebung bei dem Diebstahle die Strafs drohung von dem Betrage des Gestohlenen abhängig machen; wie ist der Diebstahl von Gegenständen zu beutstheilen, deren Werth unbedeutend oder schwer auszumitsteln ist; insbesondere über Diebstahl von Urfunden. Von Wittermaier. 321
- XIV. Von der Adhässon des Beschädigten im Strafverfahren. Von herrn Dr. F. Schwarze, Appellationsrathe zu Dresden. — 3.12
- XVII. Beiträge zu der Lehre von der Anstiftung zum Bers brechen. Bon herrn Dr. F. Roßhirt, Großh. Bad. Defgerichtsassessor zu Mannheim. — 378
- XVIII. Die Gefahren der unzweckmäßigen Abfaffung der Anklageschriften und ihr Einfluß auf den gerechten Erfolg des Strafverfahrens geschildert von Mittermaier. — 413



### XIV.

## Der Begriff der Staatsanwaltschaft.

Bon

### Stremann.

I.

Es ware ein vergeblicher Bersuch den Begriff ber Btaatsanwaltschaft bestimmen zu wollen, wenn sie nur in Rame ware, mit welchem üblicher Beise eine Magistra: ur bezeichnet wurbe, beren Beruf in einer Menge verfchie = enartiger und burch teinen gemeinsamen Brund mit einander verbundener gunctionen bestände. Der Mangel eines solchen Grundes ware freilich für die Theorie eben so unbequem, als für die praktifche Gestaltung bes Instituts nachtheilig. Die Theorie hatte es mit einer Einrichtung zu thun, bei welcher burch ben Mangel des einheitlichen Charafters die Möglichkeit einer wiffenschaftlichen Entwickelung, die Ableitung bes Besondern aus einem Allgemeinen, bie Ausscheidung bes Besentlichen von bem Zufälligen, die Entscheidung ber Controversen aus der ratio des Instituts, geradezu ausseichloffen mare. Die praktische Gestaltung aber fabe sich ber schlimmen Lage, fatt von einem folgenreichen Grunde und einem bas Institut beherrschenden Principe getragen 34 werben, bem Experimentiren nach schwankenben 3wecks migigteiterudfichten fich überlaffen zu muffen. Es wurbe

Secie d. Cr. St. 1862. III. Ct.

ihr nie gelingen, durch solche erborgte Stützen dem Institute die innere Festigkeit und den gesunden Zusammenhang zu verschaffen, den es nicht schon in sich selbst trägt, und der es allein, besonders: bei der Bielheit unserer Legislationen, vor baldigem Zerfahren schützen kann.

Wie eifrig aber auch unsere Wünsche für die Zukunft der Staatsanwaltschaft senn mögen, deren guten Einfluß auf die Rechtspflege man vielfach erfahren hat, — sie können uns wohl anseuern dem gesuchten Begriffe nachzugehn; aber sie vermögen ihn weder zu erseten, noch den Sedanten auszuschließen, daß der Mangel eines solchen Begriffs das immerhin mögliche Resultat einer Untersuchung bleibt, die unbefangen nachforscht, welchen Zusammenhang des innern Grundes das wichtige Institut in unserm Rechtssysteme etwa besite.

Eine ungunftige Erwartung in dieser Beglebung wird durch zwei Umstände erweckt. Buvörderst fallt die Un: bestimmtheit bes Ramens auf - Staatsbehorbe, Ministerium; Staatsanwaltschaft. Diese Bezeichnungen sind in der That von einer so unerhörten Bagbeit und hier die Functionen des Umtes fo wenig darafteriftisch, bag ber Berbacht unwillkubrlich auftaucht, es werde entweder der Gegenstand selbst der innern Bekimmtheit, ober boch feine boctrinelle und legislative Behandlung des Bewußtseyns berjenigen Bestimmtheit etmangeln, welche vielleicht in ber Sache felbft noch unentbeckt liegen mag. Und biefer Unbestimmtheit ber teibnifcen Bezeichnung entspricht sobann auch bas burchgangige Somanten über bie Rategorie des öffentli: chen Dienstes, ber bas Umt angehört, und aber ben Grundtypus feiner Sunction en. werben die Mitglieder des öffentlichen Ministeriums & Justizbeamte, bald als Berwaltungsbeamte bestimmt, bald sollen sie bloge Partheivertreter, bald zur felbstände

sen Geschäftserledigung befähigte Obrigkeiten seyn. Möglich, daß nach allen diesen Richtungen das Institut mit
zutem Rechte sich hinerstreckt, aber unmöglich, daß es zuzleich ein ein heitliches Ganzes und doch nichts weiter
ep, als das Aggregat so widersprechender Stellungen
und Beruse, von denen natürlich ein jeder eine verschie=
den e Organisation verlangt, — ein Berlangen, mit dem
wieder die Einheit des Instituts nicht zusammen besteht.
Entweder ist Staatsanwaltschaft nur ein äußerlicher Rahmen für mannichfaltigsten Inhalt, der bald genug die
prundlose Berbindung sprengen wird, oder wir müssen
ine Einheit erkennen, aus welcher jene verschiedenen
Richtungen her vorgehn, und welche daher ihren Wizerspruch nicht nur theoretisch löst, sondern auch ein prakisches Gestaltungsprincip liesert.

Für diese Erkenntniß ist bisher wenig geleistet. Denn hne ungerecht zu senn, darf man behaupten, daß die gäng ind gäben Bersuche, den Begriff der Staatsanwaltschaft iberhaupt näher zu bestimmen 1), in zwei Klassen zerfallen,

<sup>1)</sup> Unberücksichtigt bleiben diejenigen, die sich absichtlich nur auf eine besondere Seite der StA. beziehen, z. B. die Krafprocessulische. Es steht natürlich frei, ein Stück des Ganzen loszulösen und für sich zu behandeln, und Niemand dat sich zu beklagen, daß er im Verständniß des Ganzen nicht weiter kommt, wenn ihm nur das eines Stücks verssprochen ist. Freilich wird auch dieses letzere mangelhaft bleiben, wenn der wahre Schlüssel der Erklärung, der doch nur im Ganzen liegt, mangelt; namentlich werden ohne diessen auch die der besondern Seite angehörigen Thätigkeiten immer als vereinzelte erscheinen, die ihre Verweisung an das nämliche Organ der Ausübung nur der Willführ oder höchstens dem Nüglichkeitsermessen des Sesetzgebers verdanken. Ein lehrreiches Beispiel davon ist Boltard leçons sur les codes penal et d'instr. crim. (publ. par de Linage.

1. 2. 2. 2. 2. 2. der sich umsonst abmüht, die den auf gemeinschaftliche hauptgesichtspunkte zurückzusühren. Brauer in den Beiträgen zur Erläuterung der Strafgeses geb. in Baden, Bd. 1. S. 159, scheint geradezu daraus zu verzichten.

### 200 Der Begriff ber Staatsanwaltschaft.

brachten Aufsählung von einzelnen Functionen begnügt ohne irgend einen Blick in ihre Einheit zu gewähren, die andere aber eine Einheit zwar aufstellt, aber in ungenüsgender Weise. Der erstere Mangel herrscht mehr bei den französischen, der lettere mehr bei den deutschen Schriftsstellern. Von beiden lassen wir einige Repräsentanten sprechen.

In der Reihe ber erfteren hebt Schend fein befann: tes Werk damit an 2), daß er die Staatsanwaltschaft als die Rategorie von Beamten bezeichnet, "welche bei ber Rechtspflege bie Intereffen bes Staates, ber Regierung, der öffentlichen Ordnung zu verfolgen, an der Bertheibigung ber moralischen ober sonst handlungsunfähigen Perso: nen theilzunehmen, über die Bollziehung ber Gefete und Urtheile zu machen, verschiedene Arten von Beamten in ber Ausübung ihrer Functionen zu beaufsichtigen, ben Bermittler zwischen der Regierung und verschiedenen gerichtlichen Auctoritäten abzugeben, von Amtswegen bie Berbrechen und Bergeben zu verfolgen, Die Thatigkeit ber Berichte und die gesetzliche Ahndung zu veranlaffen und bie gesprochenen Straferkenntniffe zur Bollziehung zu brin-Gewiß wird Niemand in dieser langathmigen haben." gen Definition etwas Anderes, als eine Aufzählung von Einzelnheiten finden, denen es an jeder Einheit fo fehr mangelt, daß ihre Berbindung in demfelben Organe ber Ausübung gar wunderlich erscheint. Chen so unerklart bleibt das Wesen des Instituts in dem Werke von Drto: lan und Lebeau, wo die allgemeine Ginleitung über Ge: schichte und Charakter des öffentlichen Ministeriums und nicht mehr über ben letteren offenbart, als baß jebe

<sup>2)</sup> Schenck traité sur le ministère public. Paris 1812 Bb. I. C. 1.

entwidelte Rechtsverfaffung feste Ginrichtungen bedürfen wird zur Bertretung bes Staats: und Krongutes, gur Berfolgung der Berbrechen und zum Schutz handlungs. unfähiger Personen 3). Indem für diese Functionen kein Brund bes Zusammengehörens gezeigt, sondern ihre Bus sammenfaffung in dem Umte des öffentlichen Ministeriums nur als belle conception gerühmt wird, ist auch hier von einem Begriffe ber Staatsanwaltschaft nicht bie Rebe.

Bei den deutschen Juristen zeigt sich zwar ziemlich allgemein bas Gefühl, daß man bei einer bloßen Detail: aufzählung nicht stehen bleiben durfe: allein die Art und Beise, wie sie biesem Mangel abhelfen, ist boch völlig un: genügend. Mit Abweichungen untergeordneter Art wieverbolt fich bei ihnen ber Gebanke, bag bas öffentliche Mini. sterium bas ben Gerichten an bie Seite gesetzte Staats: imt fen, welches die Unforderungen ber allge: neinen Ordnung an die Rechtspflege zu ver: reten habe. Indem wir uns lediglich an diese von Daniels 4) angenommene Fassung bes Begriffs als bas

<sup>3)</sup> Ortolan et Ledeau le ministère public en France. (Paris 1814.) Bb. I. S. XI flg.

<sup>4)</sup> Grundsätze des rheinischen und französ. Strafverfahrens 3. 37. Aehnlich Bauer Lehrbuch des Strafproc. §. 256: (die Staatsbehörde hat den Beruf "über die Beobachtung der Gesetzu wachen und das Interesse des Staats bei der Justizpslege zu wahren."); Fren die Staatsanwaltschaft in Deutschland und Frankreich S. 16: (sie hat "die Intereffen bes Staats in gewissen, gesetlich bestimmten öffents lichen und Privatangelegenheiten vor ben Gerichten bes ganbes zu vertreten."); Schmitt im Gerichtssaal 1849. Bb. 1. 3. 276: (bas öffentl. Min. hat den Beruf, bei den Gerichten "bie Gefammtheit, ben Staat, in allen Rechtsangelegenheiten, die bas Gemeinwohl betreffen, ju vertreten, über die Aufrechthaltung der guten Ordnung zu was then, die Anwendung und den Vollzug der Gesetze zu verstangen.") und UA. Von Einfluß auf diese und ähnliche Fass sungen des Regriffs ist das frangos. Ges. v. 24. August 1790. Tit. VIII. Art. 1. gewesen in d. 23. leurs fonctions consistent à faire observer, dans les jugemens à rendre, les

### 294 Der Begriff der Staatsanwaltschaft.

Object unserer Kritik halten, hoffen wir durch eine Uns deutung ihrer Hauptmängel die ganze Klasse von Juristen zu treffen, von welcher Daniels ein hervorragender Repräsentant ist.

Was zunächst die all gemeine Ordnung anlangt, welche vertreten werden foll, so kann diese möglicher Beise gedacht senn als der gesammte geordnete Staatszu: stand, welcher sowohl die Ordnungen des Rechts als die ber bloßen Wohlfahrt und des gemeinen Nugens in sich begreift. Diese Zweideutigkeit, Die noch mehr bei den Schriftstellern hervortritt, welche der Staatsanwaltschaft eine Bertretung der Interessen der Gesammtheit oder des Staats zuschreiben, ist nun zwar gewiß zu Gunsten der Ordnungen des Rechts zu lösen, da jene Bertretung bei der Rechtspflege statt finden, also. in einer Sphäre bei ber Staatsgewalt sich bethätigen soll, welche lediglich der Rechtsverwirklichung und nicht der Befriedigung der bloßen Unforderungen bes gemeinen Nutens bient. Es hätte nicht allein feinen Sinn, sondern wäre das schwerste Attentat gegen die Justiz wenn man ein öffentliches Organ zur Geltendmachung bloßer politischer und Wohlfahrtsinteressen da einrichten wollte, wo diese Interessen gar keinen Unspruch haben gehört und befriedigt zu werden 5). Und so ist jedenfalls unter der

loix qui intéressent l'ordre general. Bei Mitters maier (Strafverfahren §. 41, Mündlichkeit, Anklageprins cip u. s. w. S. 313) sindet sich mehr Annäherung an die bei den erst erwähnten französischen Juristen übliche Behandlung, was insoweit sein gutes Recht hat, als die übliche Begriffs bestimmung bei den deutschen Juristen durch ihre Unbestimmts heit und ihr gänzliches Verfehlen des specisischen Berufs der Staatsanwaltschaft leer und unbrauchbar, ja gefährlich wird.

<sup>5)</sup> Die Vorstellung, daß darauf eigentlich die Staatsanwalts schaft hinauslaufe — eine Vorstellung, die zu verschiedenen Zeiten durch Regierungssünden Nahrung erhalten hat — hat ehrenwerthe Zweifel gegen das ganze Institut erzeugt. Bgl. Mittermaier Mündlichkeit u. s. w. S. 314.

Dronung die mittels ber Gerichtsbarkeit zur Bermaltung kommende Rechtsordnung zu verstehen, das Prädicat der all gemeinen aber nur beshalb hinzugefügt, um von der staatsanwaltschaftlichen Geltendmachung ihrer Unfor: berungen Alles auszunehmen, mas rechtlich in ber Berfügungesphäre bes Privatwillens liegt 6).

Wenn nun aber diese allgemeine Ordnung durch die Staatsanwaltschaft vertreten werden soll, so ließe sich dagegen schon beshalb gegrundete Ginsprache erheben, weil der Begriff der Bertretung auf die als Rechtssubject nicht vorstellbare Rechtsordnung nicht anwendbar senn kann. Doch laffen wir es uns gefallen, wenn man diesen Eins wand baburch beseitigt, daß Vertretung hier nicht im streng juriftischen Sinne, sondern in der weiteren und vulgaren Bedeutung genommen werbe, in welcher sie auch das berufene Handeln im Dienste allgemeiner Zwecke und Aufgaben in sich begreift, und fraft welcher daher auch ber Beruf, bei ber Rechtspflege bie Unforderungen ber Rechts: ordnung geltend zu machen, als eine Bertretung ber lettern bezeichnet werden barf. Allein gerade bann erhebt sich bas wichtigste Bebenfen gegen ben gangen Begriff, wel: des barin besteht, bag bann ber Unterschied ber Staatsanwaltschaft von den Gerichten nicht mehr festgehalten werden fann. Denn was ift denn anders der Beruf ber Gerichte, als: die Rechtsorb: nung, wo sieverlett ift, in dem lettern Sinne ju "ver: treten", das Organ zu senn, durch welches die Rechtsords nung so zu sagen handlungssähig wird, und gegen die

<sup>6)</sup> Daß dies die Meinung von Daniels ist, zeigt die der Des finition der Staatsanwaltschaft beigefügte Bemerkung: "Ihre Befugniß erstreckt sich auf alle Ausübungshandlungen ber Gerichtsbarkeit, mogen fie verfaffungsmäßig den Gerichten felbft, oder nichtrichterlichen Beamten anvertraut senn, jedoch nur insoweit kein Recht der Verfügung durch Privatwillen ents gegenfteht."

Berletung auch reell sich zu behaupten im Stande ift? Das Gericht ift es und foll es unverkummert bleiben, bem die Geltendmachung bes Gesetzes bei Rechtsbrüchen, und hiermit auch die Sorge für richtige Unwendung bes Sesets und die Wahrung des dem Rechtsbruch gegenüber begrundeten öffentlichen Interesses ber Handhabung der Rechtsorbnung zukommt, - ein Beruf, ben man nicht einem vom Gerichte verschiebenen Organ ebenso wefentlich juschreiben kann, ohne ihn bem Gerichte zu entziehen ober doch zu schmälern. Jene Borstellung von der Bertretung ber Forberungen ber Rechtsordnung durch bie Staatsanwaltschaft muß unausbleiblich, so lange sie festgehalten wird, die bekannten Granzverwirrungen mit bem Richteramte erhalten und nähren, die sich in ihrer bochsten Spite in der Ansicht concentriren, daß es zulässig sen, den Richter bei Bornahme von Proceshandlungen unter besondern Umständen von dem Staatsanwalt vertreten zu laffen 7). Bon dieser Ansicht aus wird man sich auf bie Dauer ber Frage nicht entschlagen konnen, ob nicht zur Bereinfachung der Sache bas, was "unter besondern Umftanben" statt: haft ift, zur Regel erhoben und wenigstens die ganze Untersuchungsgerichtsbarkeit bem Staatsanwalte überlaffen merden könne. Gegen die Bejahung wurde sich jedenfalls aus dem Principe ber "bie Forderungen der Rechtsordnung vertretenben" Staatsanwaltschaft nichts einwenden laffen, und wir würden uns wenig überrascht finden, wenn unfer Criminalproces auf solche Weise burch die Staatsanwaltschaft selbst in ben Hafen bes Inquisitionsverfahrens wie der zurückgesteuert wurde. Freilich läßt man sich gerade durch diesen offenbaren Mangel einer materiellen Granze zwischen ihr und bem Richteramt bazu antreiben,

<sup>7)</sup> Code d'instr. art. 32 flg. (Boitard im a. 28. S. 276. 284 flg.), noch weiter gehend die Badische StryD. Art. 43. 46 flg. Vgl. Mittermaier im a. 28. S. 324 flg.

um so eifriger nach einem formellen Unterscheidungs: merkmal zwischen beiden zu suchen; und dieses wird von ben Meisten bahin bestimmt, bag bie Staatsanwaltschaft nur auffordert und anregt, wo das Richteramt die Anforderungen an die Rechtshülfe selbst zu erfüllen Allein abgesehen bavon, daß wenigstens eine in: nere Nothwendigkeit nicht abzusehen ist, weshalb die Staatsgewalt als Verwalterin ber Rechtsordnung sich in ein diese Aufgabe selbst erfüllendes und ein zu dieser Erfüllung aufforderndes Organ spalten soll, ift diefer formelle Unterschied auch nicht einmal richtig, wenn er anders das specifisch Eigenthümliche ber beiben Justizorgane überhaupt bezeichnen soll. Denn die Gerichte handeln ebensowenig immer nur auf Unregung ber Staatsanwaltschaft, als die Thätigkeit ber letteren in bloßer Anregung der Gerichte ohne eigene Geschäftserledigung aufgeht. Für den Straf: proces ergiebt sich das erstere schon aus der Fortdauer bes Untersuchungsprincips im neuen Unklageprocesse, das letztere aber z. B. baraus, baß in Bezug auf die Bollziehung gerichtlicher Berfügungen und Urtheile gerade bas Umgekehrte wahr ift, also das Richteramt als das Auffordernde und Anregende, die Staatsanwaltschaft aber als das Erfüllende erscheint.

Siernach besteht die Aufgabe noch immer fort, die Staatsanwaltschaft auf ihren Begriff zu bringen. Wir hoffen ihm näher zu kommen, indem wir allen all gem einen Sätzen von Vertretung der allgemeinen Ordnung u. bgl., mit denen sich nichts aufstellen läßt, gänzlich entsazen, und von concreten historisch en Begriffen unferer Gerichtsverfassung ausgehend, den wirklichen Zusammenhang der Staatsanwaltschaft mit ihnen und badurch auch der letzteren in sich zu zeigen versuchen.

<sup>8)</sup> So Daniels a. a. D.

Dieser Weg verlangt weder ein weitschichtiges Eingehen in die Geschichte ber Gerichtsverfassung, noch eine Darstellung der Geschichte der Staatsanwaltschaft, sondern vielmehr nur, daß wohlbekannte germanische Einrichtungen und Rechtsfäte, welche aber unter verkehrter Einmischung des römischen Rechts und abstracter Behandlung ber Lehre von der Gerichtsbarkeit noch immer zu leiden haben, von dieser Berkummerung befreit werben. Indem eine folche verfehrte Behandlung gerade auf den Punkt drückt, in weldem unseres Erachtens ber wahre Grund ber Staatsan: waltschaft liegt, nämlich die Unterfcheidung der Gerichtsherrlichkeit und ber Gerichtsbarkeit im engernund eigentlichen Sienne, erklärt fich auf diese Beise zugleich die auffällige Erscheinung, daß jener Grund fich bem juriftisch gebildeten Blicke in unse: rer Zeit so beharrlich entzogen hat 9).

#### II.

Die Gerichtsbarkeit im weitern Sinne, d. h. die verwaltende Justishoheit im Gegensatze der gesetzgebenden, oder die öffentliche Gewalt, welche den Schutz und die Aufrechthaltung des Rechts im Wege des Gerichts bewirkt, zerfällt, soweit wir rechtshistorisch germanische Einrichtungen verfolgen können, in zwei nach Inhalt wie nach Drie

<sup>9)</sup> Bon neuern Schriftstellern hat mein verewigter College Fald das Berdienst, in seinem Handbuch des Schleswig-Holsteinschen Privatrechts Bd. 3. Abth. 1. S. 5 fig. die Wichtigkeit der obigen Unterscheidung für das Begreifen der bestehenden gestichtlichen Einrichtungen hervorgehoben zu haben. Leider ist das bezeichnete Wert, das unter seinem unscheinbaren Titel eine Fülle der trefslichsten staatsrechtlichen, processualischen und privatrechtlichen Ausführungen birgt, von den Juristen außerhalb der Herzogthümer viel zu wenig gekannt und geschaucht. Es ist eine wahre Fundgrube gesunder und aus reischem geschichtlichen Wissen stammender Gebanken.

gan und Form ber Ausübung bifferente Bestandtheile, bie man unter Benutung noch jett in der Rechtssprache vortommender Ausdrucke als Gerichtsherrlichkeit und als richterliche Gewalt (Gerichtsbarkeit im engern Sinne) passend bezeichnet. Die Geschichte dieses Unterschiedes zeigt einen Wandel in demselben wohl insofern, als die Beschaffenheit der Organe und der Thä= tigkeitsformen ber beiden Gewaltszweige, ja auch ihr Un= theil an Rechten und Pflichten wechselt, indem bald der eine bald ber andere bedeutsamer hervortritt und einen rei= cheren Inhalt besitt: wie benn im Mittelalter bas Recht tes Gerichtsherrn ein umfangreicheres ift, in ber neuern Zeit aber seit bem Untergange ber Schöffengerichte bie rich: terliche Gewalt ein immer weiteres Gebiet ber Gerichtsbar= keit in ihren Kreis gezogen hat. Allein ber Unterschied selbst ist unwandelbar vorhanden, und behält auch insoweit einen übereinstimmenden Charafter, als der Gerichts: herrlichkeit der Gebanke einer Gewalt zu Grunde liegt, welche bie gerichtliche Erle: digung der Rechtssachen möglich zu machen und die bazu erforderlichen Maßregeln und Beranstaltungen zu treffen hat, während von ber Gerichtsbarkeit im engern Sinne biese Erledigung selbst geleistet wirb.

Rach dem Rechte des Mittelalters 10) überwiegt, wie gesagt, die Gerichtsherrlichkeit so sehr, daß sie den gesammten Inhalt ber Gerichtsbarkeit nur mit Ausnahme. ber eigentlichen Rechtsprechung in sich faßt, und bemnach die von ihr unterschiedene richterliche Gewalt nur als eine

<sup>16)</sup> Bgl. Savigny Geschichte des Röm. Rechts im MA. Bb. 1. S. 185 fig. (2. Ausg.); Grimm deutsche Rechtsals treihümer S. 750; Maurer Gesch. des altgerman. Gesrichtsverfahrens §. 5 fig. 53 fig. 83 fig.; Wais deutsche Verfassungsgesch. Bd. 1. S. 110 fig. 172 fig. Bd. 2. S. 326 fig. **5**. 417 fig. u. AA.

### 300 Der Begriff der Staatsanwaltschaft.

Urtheils gewalt erscheint. Bohl mag ber 3weifel auf: geworfen werben, ob ein Antheil an der Gerichtsbarkeit, der nur die Rechtsprechung enthält, noch angemeffen als richterliche Gewalt bezeichnet werde; und zu seiner Berftärfung mag der befannte Sprachgebrauch der mittel: alterlichen Quellen dienen, die bas Prädicat judex nicht den Subjecten der Urtheilsgewalt (Schöffen) sondern vielmehr bem zur Ausübung ber gerichtsherrlichen Rechte bestellten Beamten beilegen 11). Allein bies ändert naturs lich nichts an ber Sache, auf die es hier allein ankommt, daß nämlich auch bas Recht bes Mittelalters innerhalb ber Gerichtsbarkeit zwei nach Quelle, Organ, Function, Inhalt verschiedene Bestandtheile unterscheidet, die wir mit ben oben vorgeschlagenen technischen Ausbrücken felbst bann bezeichnen dürfen, wenn es für die indlviduelle Gestaltung bieses Unterschieds im Mittelalter angemeffener fenn follte, fatt des Ausbrucks richterliche Gewalt etwa den der rechtsprechen den zu substituiren.

Die Gerichtsherrlichkeit nun ist ihrer Quelle nach eine ursprünglich königliche <sup>12</sup>), später seit Entwickelung der Landeshoheit landeshoheitliche Gewalt — die rechtsprechende ebenso ursprünglich und wesentlich dem Bolke, bestimmter dem Bolkskreise zugehörig, welcher

<sup>11)</sup> F. E. Pusendors de jurisdict, german. P. 1. c. I. S. 2. 4. c. III. §. 1—4. Die Wichtigkeit dieses Sprachges brauch sinkt freilich wieder dadurch, daß das Wort judex im MU. kein bestimmt abgegränztes Gebiet gerichtsbarzteitlicher Rechte umfast, ja oft ganz allgemein von Beamsten überhaupt gebraucht wird. Wais im a. W. Bb. 2. S. 323. Und in der That muß bei dem Gegensat von Richter und Schössen weniger an die Bertheilung der juristissen Bestandtheile der Gerichtsbarkeit, als an den politischen Gegensat des obrigkeitlichen und des gemeindlichen Antheils an der Gerichtsbarkeit gedacht seyn, so daß also der Richter nicht deshalb Richter heißt, weil er allein die richterliche Gewalt hat, sondern weil er ein obrigkeitlicher Beamter ist. 12) natürlich seitdem Königthum besteht. Da es hier nicht auf Rechtsgeschichte als solche abgesehen ist, wird nur das Applische hervorgehoben.

ben Träger des durch Rechtsprechung zu verwirklichenden Theiles ber Rechtsordnung bildet. Das Drgan ber er: steren sind immer Obrigkeiten, und zwar entweder bie Rönige felbft, ober die erst ernannten später erblichen Inhaber bes Grafenamts, oder sonstige aus den Immunitäten und aus der Bielherrigkeit des Mittelalters hervorge= gangene politische Auctoritäten und bie von ihnen ernannten Beamten: - das Organ der zweiten sind die dem organischen Bolkstreise selbst angehörenden und das Rechtsbewußtenn beffelben darstellenden Schöffen. Die Func: tion der ersteren ift Gebot und Berbot, unmittelbare felbft zwangsweise Anordnung (Bann), ben Urtheilern gegen: über Frage, Antrag; — die Function der zweiten ist der Rechtspruch, das Urtheil. Der Inhalt der ersteren, in dessen Reichthum sich vorzugsweis ber mittelalterliche Bustand charafterifirt, umfaßt insbesondere 1) diejenigen Beranstaltungen, welche bie gerichtliche Thätigkeit über: haupt möglich machen, vornehmlich die Bestellung von Richtern und Urtheilern, Sorge für die gerichtlichen Localitaten; 2) bie Gebote und Unordnungen, durch welche das Gericht zur Berhandlung und gerechten Entscheidung einzelner Rechtssachen in den Stand gesetzt wird, also die Anordnung der Gerichtssitzung, die Ladung der Schof: fen, Partheien, Zeugen; 3) bei der Verhandlung selbst die Macht des Befehles und des Zwanges, wodurch das Berfahren in seinem Berlaufe nach ben geltenden Pro: afnormen geleitet wird, über welche die Schöffen, ba nothig, das Recht weisen; 4) die Bollstreckung bes von den Schöffen abgegebenen Urtheils. Und mit biesen Rechten, die ebensoviele Pflichten sind, beren Erfüllung and Geldaufwendungen erfordert, steht sodann 5) ber gerichtsherrliche Unspruch auf die sog. Gerichtsnugun: gen in Berbindung, insbesondere die Geldbußen, Die Confiscationen, die verfallenen Cautionen. Un diese

### 308 Der Begriff der Staatsanwallschaft.

Rechte aber, die man als die allgemeinen in Bezug auf alle gerichtlich vorhandenen Rechtssachen sich äußernden Ausslüsse der Gerichtsberrlichkeit bezeichnen darf, schließen sich dann wegen inneren Zusammenhangs noch andere von specieller, durch besondere Voraussehungen bedingter, Ratur an, wie an das zweite die Maßregeln zum gerichtlichen Schutz handlungsunfähiger oder sonst besonders schutzbedurftiger Personen, an das fünfte verschiedene gerichtliche Versmögensverwaltungen u. s. w.

Die wichtigfte Beranberung, welche biefen Rechtszustand traf, bat ihren Grund in dem Aufhoren ber Schöffengerichte, und besteht barin, daß bie obrigteit: liche Gewalt zur Haltung bes Gerichts, Leitung seiner Berhandlungen und Bollstredung seiner Urtheile mit ber früher im Bolte ruhenden ber Rechtsfprechung berei: chert wurde, also nunmehr auch bas Organ ber Urtheils: gewalt dieses sein Recht aus ber Gerichtsberrlichkeit ablei= tete. Jest maren alle Bestanbtheile ber Gerichtbarfeit im weitern Sinne in bem Rechte bes Gerichtsberrn dergestalt zusammenbegriffen, daß er für die Ausübung ihres gesammten Inhalts als die Quelle erschien, und damit war die Grundlage für die neuere flaatsrechtliche Ibee gewonnen, daß das Staatsoberhaupt, inbem es die Staatsgewalt als Totalität in sich vereinigt, auch die Quelle aller Gerichtsbarkeit sep, und die Gerichte nicht blos fraft seines Rechts bestellt und besetzt werden und ver fahren, sonbern baß fie auch fraft berfelben Auctoritat und in beren Namen bie Urtheile sprechen 18).

Diese Beränderung war jedoch weit entfernt, zu einem Aushören der alten Unterscheidung von gerichtstent licher und richterlicher Gewalt zu führen. Ihr Grund war:

<sup>13)</sup> Die aus der Patrimonialgerichtsbarkeit (richtiger Patrimenialgerichtsberrlichkeit) fließende Beschränkung dieses Gest durfen wir hier übergehen. Bgl. darüber Falck a. a. D. S. 10. 11.

ja burch bas Zusammengehn sammtlicher Gerichtsbarkeits: befugnisse in der nämlichen Quelle ober dem nämlichen Gefäße nicht allein nicht aufgehoben, sondern eben bier: burch dergestalt verstärft, daß die schärfste Sonde= rung in ben Organen der Ausübung beiber Gewalten verlangt war. Und so kam ber Grundsat zur Herrschaft, daß die richterliche Gewalt nicht von dem Staatsoberhaupte in Person ober von seinen unmittelba: ren Regierungsgehülfen, sondern lediglich von verfassungs= mäßig bestellten Gerichten verwaltet werden durfe, die, wenn sie auch ihr Recht erft aus bem feinigen ableiten, doch in bessen Ausübung von seinem Ginflusse völlig un= abhängig senn muffen. Die Wirkung jener Beranderung bestand demnach wohl in einer Zunahme der königlichen resp. landeshoheitlichen Gerichtsbarkeitsrechte, allein in einer solchen, welche nur dem einheitlichen Banzen bes Staats zu Gute fam, ohne der Landesobrigkeit selbst eine weitere Sphare ihrer personlichen Theilnahme an der Rechtspflege zu verschaffen. Ja jene Zunahme führte sogar bie bedeutenbfte Ubnahme in ber letteren Beziehung mit fich, und brachte es zu dem oben erwähnten Ueberges wicht ber richterlichen über die gerichtsherrliche Gewalt, welche die neuere Zeit im Gegensat jum Mittelalter darafte-Dieser Punkt nimmt nach ber Intention des gegenwärtigen Auffates eine besondere Wichtigkeit in Unspruch: er bildet ben Uebergang zur Staatsanwaltschaft.

der Schöffengerichte mit der Gerichtsherrlichkeit sich verband, wurde zur Ausübung der ersteren kein schlechthin neues Imt geschaffen, sondern sie wuchs dem vorhandenen Amte zu, welches bis dahin zur Verwaltung der ausgedehnten gericht sher lichen Befugnisse in den einzelnen Rechtselachen bestimmt gewesen war, und nunmehr durch allers hand Verbesserungen seiner Organisation (insbesondere

### 306 Der Begriff ber Staatsanwaltschaft.

fugnisse bei den einzelnen Gerichten unmittelbar wahrzunehmen völlig außer Stande ist. Nur für die untergeordnetste aller gerichtsherrlichen Zuständigkeiten bestand
früher sporadisch ein besonderes Umt in den Fiscalen,
welches vorzugsweise der Verfolgung und Wahrnehmung
der vermögensrechtlichen Seite des gerichtsherrlichen Rechtes in den einzelnen Rechtssachen diente <sup>16</sup>). Allein es
ging an der Aermlichkeit seines Beruses und an der mit
der Aenderung des Strasensnstems steigenden Leere seines
Geschäftskreises zu Grunde.

Ein Rechtszustand, wie ber angeführte, ber sich als bloßes Worhandenseyn eines richterlichen Umtsorganismus und Sehlen eines gerichtsberrlichen charakterisiren läßt, und bie Bebürdung bes ersteren mit frembartigen Bollmachten im nothwendigen Gefolge hat, wird so lange wenigstens möglich, wenn auch nicht besonders zweckmäßig bleiben, als nach der bestehenden Procesordnung die einzelnen Rechtssachen keine andere justizverwaltenbe Thätigkeit, als die richteramtliche, zuihrer Erle Die Sache ändert sich, sobald bie digung erforbern. Proceggesete außerdem noch die regelmäßige Mitwir. kung einer anbern für Justigzwecke bestellten Dbrigfeit verlangen, wenn also z. B. für den Straf. proces die neue Anklageform adoptirt wird. Sobald bic geschieht, ift die Einrichtung einer bei ben einzelnen Gerichten gegenwärtigen und thätigen Magistratur fcon vorausgesett, welche zwar bem Organismus der Rechts pflege, aber nicht bem richterlichen, sondern - nach biffe rischem Begriffe und Zusammenhange - bem gerichtsberr lichen angehört. Und so erklärt es sich, weshalb gerebe die Einführung des neuen Anklageproceffes

<sup>16)</sup> Wgl. darüber die guten Nachweisungen bei Daniels im a. 2B. S. 49 fig.

e Staatsanwaltschaft in Deutschland heimisch machen ußte. Abgesehen vom Unklageproceß hätte sich bie lets= re wohl als gute Einrichtung empfohlen, aber erst durch n wurde jede Wahl, jede Möglichkeit sie abzulehnen ausschlossen. Abgesehen von ihm mochte man discutiren, es zweckmäßig sen und bes Aufwands verlohne, für ntburdung des Richteramts von manchen disparaten Gebaften der Justizverwaltung und für die Möglichkeit unittelbarer Wahrnehmung des gerichtsberrlichen Berufes ei ben einzelnen Gerichten einen besondern 3meig des Juabienstes einzurichten: mit ber Entscheidung für ben uen Unklageproceß war die Einrichtung eines solchen im orwege entschieden, und es konnte nur noch darauf ans mmen, dem neuen Umte außer dem unmittelbar Nothendigen, nämlich der Erhebung und Betreibung der öf: ntlichen Rlage wegen Berbrechen, seinen weiteren, im nern Zusammenhange ber Justizverwaltung begründeten, lerufstreis zu übertragen. Go gewinnt in ber staatsanwaltschaft neben dem richterlichen n gerichtsherrlicher Umtsorganismus wie: er Boben.

#### III.

Dieser Boden war nicht verloren worden in einem ande, wo die frühzeitig erstarkte Macht des Königthums uch der Festhaltung und selbständigen Vertretung der gesichtsherrlichen Rechte zu Statten kam, — in Frankstich 17). Hier besteht schon seit dem 14. Jahrhundert

<sup>17)</sup> Genaueres über die Geschichte s. bei Maurer im a. W. S. 146 fig.; Biener Gesch. des Inquisitionsproc. S. 192 fig.; Stein Gesch. des französ. Strafrechts und des Proc. S. 387. 484 fig. 666.; Daniels im a. W. S. 38 fig.; Faust in Wélie traité d'instr. crimin. Bd. I. S. 465 fig.; Ortolan et Ledeau, im a. W. Bd. 1. S. XI fig.

### 308 Der Begriff ber Staatsanwaltschaft.

eine mit ber Wahrnehmung königlicher Rechte bei ben Serichten beauftragte Magistratur (procureur du roi), welche in ihrem Beginne, ben beutschen Fiscalen ähnlich, Die vermögensrechtlichen Interessen der Krone vertritt, allein bald zu der wichtigeren und inhaltsreicheren Stellung eines Bermalters berjenigen Gerechtsame sich ausbehnt, welche in der königlichen Pflicht für Handhabung bes Rechts zu forgen begründet, neben und bei ben einzelnen Gerich ten durch Antrag, Aufsicht, selbständige Verwaltung auszuüben sind 18). Deshalb hat die Procuratur Verbrechen zur gerichtlichen Cognition zu bringen und an dem inquisitionalen Verfahren durch Unträge sich zu betheiligen, für ben Bollzug der gerichtlichen Urtheile und Beschlüsse zu sorgen, beziehungsweise ihn zu überwachen, auf bie Erhaltung ber Besetze in ber Unwendung ber Gerichte zu bringen, die Begeisterung ber Gefete und Edicte zu betreiben, ben Rechtsschutz der Interdicirten, Abwesenden und ter physischen und juriftischen Personen mahrzunehmen, bie unter dem besondern Schirme des Königs steben u. f. w 19).

<sup>18)</sup> Unch bei der justice seigneuriale gab es Procuratoren zur Wahrnehmung der gerichtsherrlichen Befugnisse, die aber niemals eine den königlichen Procuratoren gleiche Wichtigkeit erlangen konnten; ihnen sehlte die aus der staatsrechtlichen Stellung des Königthums (li rois a de son droit le général garde de son rosaume Beauman. 34, 41) stammende Bedeutung für den öffentlichen Iweck der Rechtspsiege, und sie blieben mehr Vertreter der individuellen besonders der siscalischen Interessen ihrer Herren.

<sup>19)</sup> Sehr interessant ist der völlig ausgebildete Charafter des Instituts, wie er aus der ersten Hälfte des 16. Jahrhunderts in einem Werke des großen französischen Juristen Bude (Rudaeus Forensia. Lutetiae 1548. fol.) an verschiede nen Stellen hervortritt. Er schreibt ihm eine huntiatis im römischen Sinne), intercessio und inspectio zu, nenut es seinem Zwecke nach tutelae popularis mandatum, asylvapopularium, legum ac sanctionum propugnaculum, destitutorum hominum, vim passorum, impotentiae, oppressorum patrocinium, und sagt von ihm: cum in side principis ut pupillorum nomen viduarumque, ita legum vio-

Das Borhandenseyn dieser Magistratur in ihrer durch die Gesetzebung Ludwigs XIV. abgeschlossenen Organisation erhielt den gerichtsherrlichen Beruf in scharfer Sonderung von der richterlichen Amtsgewalt, indem sie dem ersteren ein so zu sagen peripherisches, in den einzelnen Gezrichtsbezirken und bei den einzelnen Arten der Gerichte handlungsbereites, Organ gewährte, dessen er in Deutschzland gänzlich entbehrte, wo ihm nur ein centrales Orzgan zu Gebote stand. Führte dieses Nebeneinander des richzterlichen und gerichtsherrlichen Staatsamts auch zu mannigsachen Gränzstreitigkeiten zwischen beiden, so versehlzten doch auch diese nicht, der Ausbildung des eigenthümlichen Charakters eines jeden zu dienen: und weit entsernt, das die königliche Procuratur ein bereites Mittel zur Gelzendmachung politisch er Gesichtspunkte bei der Rechtszendmachung politischer Gesichtspunkte

latarum ant contemptui habitarum querela, immo vero charitas reipublicae orbata patrocinio, posita sit, cognitor ille principis populique actionum nomenclatura splendere ut illustri sic jejuna videtur, nisi strenuum patrocinium germanumque, non inani persona fucatum, tanto nomini respondeat. Er warnt vor der Depravation, die bem wehlthätigen Institute durch Verwendung fur 3wede des Ehrgeizes drobe, wohn schlimme Erfahrungen reichlichen Unlag geboten ju haben scheinen. In quem omnes suns actiones princeps populusque transscripserunt, is conctorum et singulorum vicem dolere pro sua debet. Cognitor publicus sic se Regium meminisse debet, ut tamen princeps non minus illi populi jura, id est publica, quam regia fiscique commendata volucrit (S. 134. 135, 224. Im Ganzen ist Buté der damaligen Wirksamkeit der Precuratur, befenders im Criminalpreceffe, nicht gunftig, schiebt aber die Schuld auf die gesunkene Strenge des allgemeinen Rechtssinns und der öffentlichen Sitte: temporum conditio disciplinaque semper bonos et commendabiles mores aut aluit aut imminuit, nec tam singulorum hominum cuipa quam universorum quodam consensu peccatur in rebus hujusce generis. Hujus honoris nomen olim et secalis melioribus, non etiam doctioribus, venerandum et sacrosanctum fuit; quo tempore non in candida ambitus peti, sed deferri praerogativa virtuti faventium et suffragatu famae solebat.

### 310 Der Begriff der Staatsanwaltschaft.

pflege gewesen wäre, diente die Verbindung, in welche sie institutionell mit den Gerichten unmittelbar gesetzt war, im Ganzen mehr dazu, um durch stete Berührung auch in dem gerichtsherrlichen Amte das Bewußtseyn seines Bestimmtseyns für den Justizzweck zu erhalten und zu pflegen. Eine blos centrale und ebendeshalb von dem unmittelbaren Verkehre mit den Gerichten getrennte Ausübung der gerichtsherrlichen Besugnisse wird der Gesahr, diesen Gesichtspunkt zu verlieren und politischer Einmischung dienstdar zu werden, weit mehr ausgesetzt seyn.

Dbicon basöffentliche Ministerium nicht blos außerlich eine Schöpfung des Königthums war, sondern auch mit der monarchischen Verfassungsidee auf das engste zusam: menhing, welche in bem König bas ursprüngliche Subject ber Staatsgewalt erblickt und bamit auch die Sorge für die Handhabung des Rechts und für die dazu erforderlichen Beranstaltungen als seine ursprüngliche Befugniß und Schuldigkeit auffaßt 19 a), - so war boch ber Fortbestand jenes Umtes durch die Fortdauer ber Monar: chie ebensowenig bedingt, wie nach dem Beispiele Deutsch= lands das Dasenn des ersteren von dem Dasenn der lette: ren unabtrennbar ist. Die Revolution hat es benn auch nicht zerstört, sondern ihm nur die Uebel zugefügt, bie von abstracten Staatsbildungsversuchen selbst auf diejenis gen Einrichtungen ausgehn, die man aus dem Ueberlie ferten aufnimmt. 3war begann man gleich mit einem

<sup>19</sup>a) Es ist daraus leicht abzunehmen, was wir von der Wahrs heit einer Betrachtung halten, wie die Jagemann's im Gerichtssaal 1849. Bd. 2. S. 218: "In einem absoluten Staat läßt sich die Staatsanwaltschaft nicht wohl denken, weil sie die Anerkennung des Anklagesystems, und dieses wieder ein öffentlich = mündliches Versahren, und letzteres ein Schwuzer richt voraussetzt, mithin Einrichtungen, welche zu viel Der mocratisches in sich tragen, als daß sie mit dem Absolutismus zu vereinigen wären."

Bersuche grundlicher Desorganisation, welcher auf einmal ben verständigen Busammenhang und die sittliche Burbe an der Wurzel angriff, die das Umt deshalb bewahrt hatte, weil seine Traditionen es als Justizorgan charakterisirten: man theilte es in zwei Aemter des commissaire du roi (bann du pouvoir exécutif) und des accusateur public 20). Allein nachdem die Frucht dieser Trennung eine durch die Revolution rasch großgezogene Ausartung und Berwilderung bes letteren Umtes gewesen war, febrte man von dieser Episobe wieber gur Berftellung bes frubern einheitlichen Umtes zurud, welches denn auch mit einzelnen nicht wesentlichen Mobificationen, die sich z. B. aus ber vollständigen Durchführung bes Unflageprocesses ergaben, ber neuesten Zeit überliefert worden ist 21). barin scheint ein bas Institut im Gangen betreffender und für seine weitere Entwickelung nicht unbedenklicher Wans bel zu liegen, baß es, mit ben neueren Rategorieen bes französischen Berfassungsrechts in Berbindung gesetzt, von seinem alten Einheitsgrunde abgekommen ist, den es in bem gerichtsherrlichen Berufe ber oberften Landes. obrigkeit besitt. Während dieser ein bestimmtes Princip für ben Inhalt des Umtes, für seine Organisation und den Geist seiner Berwaltung liefert, entbehrt man ein solches, wenn man nichts weiter von ihm aussagen kann, als was sich von jedem Polizeidienst sagen läßt, daß es namlich ein Umt der nichtrichterlichen Executive sey, bem eine Bertretung der Interessen der allgemeinen Drbnung zukomme. In der That wird man sich jett erft recht auf ben guten Genius verlassen muffen, ber

<sup>26)</sup> Geset v. 24. Aug. 1790. VIII. 1 flg., v. 1. Dec. 1790. art. 23., Constitut. v. 3. Septbr. 1791. III. 5. art. 2. 25., Sesset von 13. 20. Oct. 1792.

<sup>21)</sup> Sesets v. 27. Ventose Jahr VIII. art. 35., v. 20. April 1810. I. 6, VI. 47.; Hélie im a. W. Bd. 2. S. 191.

### 312 Der Begriff ber Staatsanwaltschaft.

nach der Meinung der Franzosen mehr als ein bestimmtes Princip über der Geschichte des Instituts bisher gewaltet hat.

#### IV.

Es ift wichtig baran zu erinnern, baß Deutsch: land, soweit es nicht früher schon mit bem französischen Rechte in Verbindung gekommen war, das öffentliche Dinisterium burch bie neueste Reform bes Straf: processes fich angeignet hat, von welcher ein mit ber Anklagepflicht ausgestattetes öffentliches Amt wesentlich verlangt ift. Beil man eines öffentlichen Untlägers bedurfte, nahm man bie Staatsanwaltschaft auf, die nicht blos nach biefer, in Deutschland üblichsten, Bezeichnung, sondern auch nach der weit verbreiteten Borftel= lung des juristischen und nichtjuristischen Publikums, zu ber Führung der Partheirolle des Staats gegen bie Uebertreter seiner Strafgesetze wesentlich bestimmt erscheint. Befonders in den großen beutschen Gebieten, in welchen man bei ben provisorischen Einrichtungen bes Jahres 1848 ben Staatsanwalt nur mit der Anklägerfunction ausstat tete, ist eine Auffassung allgemein verbreitet, bie ibn, wenn nicht in seinem thatsächlichen, so boch in seinem ju ristischen Wesen viel mehr bem accusateur public bes Jahres 1791, als dem ministère public des historischen Rechts annähert. Er erscheint hier als eine bloße Unflege vorrichtung, die ihren eigentlichen Grund, nicht blos ihre nächste Beranlassung in ber Einführung bes In klageprocesses hat. Durch eine solche Auffassung geht aber nicht allein ber richtige Gesichtspunkt für bie Unklägerfuno tion selbst verloren, sondern sie erstickt auch die Keime einer gesunden Organisation, zerftort für die Beilegung weiterer Functionen jede principielle Grundlage, und läßt

für Beurtheilung der Angemessenheit solcher Erweiterungen nur den verkehrten Maaßstab übrig, ob sie sich auch wohl für ein wesentlich anklagendes und strafverfolgendes Organ schicken und solchen partheiischen Händen gewissenhafter Weise anvertraut werden dürfen.

Diese Wirkungen jener Auffassung wird ein Jeder erfahren haben, ber in ber jungsten Zeit an bem Bustandes tommen vollständiger Proceggesetze in öffentlicher Stellung mitzuarbeiten hatte. Rraft ber stillschweigenden Boraussetzung, bag ber principielle Charafter ber Staatsan= walschaft in ber Führung ber Unflägerrolle-in Straffachen bestehe, murbe von ben achtungswerthesten Seiten her jebe Erweiterung ihres Berufs auf nicht rein partheiliche Functionen bestritten ober toch bemängelt. Man stellte ben Fundamentalfat der Organisation in Frage, von welchem alles Gebeihen bes Instituts abhängt, daß nämlich bie Staatsanwaltschaft einen besondern Zweig des Justig= Dienstes und baber mit bem Richteramte zusammen ben Amtsorganismus der Rechtspflege bildet 22), in wel: chem der Uebergang der Personen von einem Zweige in den andern gerade ebensowenig anstößig ist, als wenn ein Justigminister aus bem hohen Richterstande hervorgeht ober in benselben zurückfehrt: nur ben Untläger im Auge, hielt man sich an ben Wiberspruch zwischen bem vorzugs= weis partheiischen und bem vorzugsweis unpartheiischen Berufe, und bestritt jenen Uebergang als unheilvolle und ben Seift des Richteramtes gefährdende Vermischung ber he= terogensten Standpunkte. Ja Manche kamen schon zu fols genber Conclusion: wenn es einerseits praftisch unthunlich

Der Staatsanwaltschaft für Verwaltungsbeamte zu erstlären; so das Hannov. Gesetz das mündlich söffentl. Berfahsten betr. v. 24. December 1849.

### 314 Der Begriff ber Staatsanwaltschaft.

sen, die staatsanwaltschaftliche Laufbahn von ber richterlichen vollständig zu trennen, andererseits aber burch ibre Berbindung der in dem Richterstande auf alle Beife ju pflegende Geift der Unpartheilichkeit und Unabhangigkeit wesentlich bedroht werbe, so sen es besser auf die Staatsanwaltschaft zu verzichten, als durch ihre Aufnahme das fundamentalfte und heiligste Gut unserer Staatsordnung Und so wurde, da natürlich Riemand zu untergraben. an bie Möglichkeit bes Systems ber Privatanklage benkt, burch bie Wereinerleiung bes Staatsanwalts und bes of= fentlichen Unklägers gegen ben einleuchtenbsten Fortschritt unserer Rechtsbildung eine ehrenwerthe Reaction hervorges rufen, die den Inquisitonsproceß zwar nicht als gut, aber boch als relativ beffer im Bergleich zu ben aus ber Staats: anwaltschaft brobenben Gefahren, vertheibigen zu muffen glaubte.

Läßt man aber auch den Anklageproces und um fei: netwillen ben Staatsanwalt als öffentlichen Unkläger unangetaftet, so beginnen nun erft bie schwerften Bebenten sich zu erheben. Wenn nämlich in der That das Princip ber Staatsanwaltschaft nicht tiefer liegt, als in der Nothwendigkeit ber Partheienorganisation im Strafproceß, so wird man nimmermehr im Stande seyn, ihn zu etwas Anderem, als zu einem Abvocaten ber Anklage (natürlich mit redlichen Mitteln) ju maden, der dem Begriffe seiner Stellung umsomehr ent spricht, je mehr er ben reinen Partheistandpunkt behauptet, und eben badurch einerseits den Gegner zur reinen und selbständigen Durchführung des seinigen, andererseits aber das Richteramt in den Stand fest, über biefen in ihrer Einseitigkeit berechtigten Partheirichtungen als unpar: theiisches Organ des Gesetzes ausschließlich zu walten. Alle was die Partheirollen alterirt, ist bann gegen bas Princip der Staatsanwaltschaft; die erbaulichen Redensarten von

Bertretung des Gesetzes, gleichmäßiger Fürforge für ben Beweis der Schuld wie der Unschuld u. s. w. muffen auf: gegeben, und als offenbare Berfälschungen bes formell processualischen Gebankens, auf welchem das Institut beruht, verbannt werben. In ber Begründung ber Un: tlage, der Theilnahme an der Beweisführung, der Stellung der Urtheilsanträge, der Einlegung von Rechtsmit: teln gegen die richterlichen Erkenntnisse muß dann ber reine Partheistandpunkt erhalten bleiben, und es kann g. 23. nicht zulässig senn, daß der Staatsanwalt im Interesse des Angeschuldigten Nichtigkeitsbeschwerden erhebe 28). Nun wird aber aus einer solchen, auf die bloße Nothwen= bigfeit ber Partheienorganisation gebauten, Staatsanwaltschaft unausbleiblich etwas ganz anderes, als was in dem thatsächlich bestehenden Institute zu Tage liegt, und mas die öffentliche Ueberzeugung in ihm zu besiten verlangt, so daß man mit jener Bafis allenfalls einen möglichen, teinesfalls aber ben wirklichen Grundgebanken bes Insti= tuts erfaßt hat. Von ihr aus verliert nicht allein jebe positive Thätigkeit für die Beforderung der Bertheidi= gungszwede, z. B. Borladung von Entschuldigungs: zeugen, Antrag auf Freisprechung, ihren Boden, sonbern

<sup>23)</sup> Sehr richtig wird in einem Erkenntniß des Königl. Oberstribunals in Berlin vom 9. März 1850 (Kletke die Bersordnung v. 3. Jan. 1849. S. 18.) die Zulässigkeit einer solschen Richtigkeitsbeschwerde daraus hergeleitet, daß der Staatsanwalt nicht blos die Eigenschaft eines öffentlichen Ankläsgers, sondern auch die eines "Bertreters des Gesese" besitzt, und in dieser letztern Eigenschaft den Beruf hat, auf die richtige Anwendung der Gesetz zu wachen und in diesser Beziehung die Rechte aller Mitglieder der bürgerlichen Gesellschaft, auch des Angeklagten, zu schüßen. Es ist also eine andere Eigenschaft, die der Durchsührung der Anklägersrolle fremd ist, welche ihn zu einem solchen Rechtsmittelges brauche in den Stand setzt, und der letztere nuß daher ausgeschlossen bleiben, wenn der Grund der Staatsanwaltschaft in der Durchsührung der Anklagesorm ausgest.

auch Alles, was zu den obrigkeitlichen Befugnissen der Staatsanwaltschaft gehört, also ihre Bollzugsgewalt, das Recht Amtshandlungen zur Vorbereitung und Sicherung der öffentlichen Klage vorzunehmen. Denn solche Befugnisse sind nicht allein dem Grunde der Partheienorganisation fremd, sondern verkümmern unausbleiblich ihr erstes Erforderniß, das in der Partheiengleichheit besteht. —

Die Schwierigkeiten heben sich, wenn man, an ben im zweiten Abschnitt ausgeführten Gedanken anknuspfend, auch das Anklageamt auf den historischen Boden der Gerichtsherrlichkeit stellt.

Sind nach bem wirflichen Bestande unserer Rechts ordnung in ber verwaltenben Justighoheit bes Staats (Gerichtsbarkeit im weitern Sinne) die beiten Zweige ber Gerichtsherrlichkeit und ber richterlichen Gewalt zu unterscheiden, und gehören zu der ersteren jedenfalls die die gesetymäßige Wirksamkeit des Richteramts bedingenden Justizveranstaltungen; so erweitert sich die gerichtsherr= liche Sphäre sofort mit einer zwar neuen, aber bem Begriffe nach dahin gehörigen Ungelegenheit, wenn an bie Stelle des Inquisitionsprocesses der Unklageproces mit öffentlicher Unklage tritt. Daburch ergiebt sich nämlich eine, während ber Herrschaft bes Inquisitions processes nicht bagewesene Bedingung, für bas Wirksamwerben des Richteramtes, welche als solche ber Sphäre ber Gerichtsherrlichkeit anheimfällt, und durch die Ber waltung des Unklageamtes befriedigt wird. Diefes let tere ift sonach nicht principiell ein Partheiberuf, sondern ein Act ber staatsgewaltlichen Justigboheit, ebensogut wie das richterliche Berfahren und Ent scheiden, und beruhend auf dem Grunde derfelben öffentlichen Pflicht der Berwaltung der bürgerlichen Gerechtigkeit. Auf ber Basis dieser principiellen Ginheit aber nimmt es nothwendig eine von bem richterlichen Umte

Peitsform an, weil es als gerichtsherrliche Function keinen in die Feststellung des Thatsächlichen und die rechtliche Entscheidung eingreifenden Charakter haben darf, sondern barauf sich beschränken muß, die in dem gerichtsherrslichen Schutze der Rechtsordnung gelegenen Bedingungen der richterlichen Erledigung der Sache zu ersfüllen.

Der in bivibuelle Beruf des öffentlichen Untlagers besteht baber, richtig gefaßt, ebensowenig barin, daß in der processualisch nothwendigen Unterscheidung von Angriff und Bertheidung der erstere durch ihn repräsentirt sen, als in der sogenannten Bertretung bes Gesetzes ober ber öffentlichen Ordnung, sondern in der Vertretung des gerichtsherrlichen Berufs, als dessen Subject in monarchis ichen Staaten ber Landesherr, nicht blos ber Quelle sonbern auch der Ausübung nach, erscheint. Allerdings folgt aus diesem Berufe, daß er die durch die Uebertretung der Strafgesetze begründete öffentliche Klage, als Voraus: setzung der richteramtlichen Thätigkeit, auszuüben, und daß er hierbei nicht der Rechtsordnung fremde individuelle oder Gemeininteressen zu verfolgen, sondern im Interesse ber Herrschaft bes Gesetzes zu handeln hat. Es folgt aber auch zugleich baraus, daß er in Ausübung dieses Rlageamts nicht blos die Rolle des angreifenden Theils führt, sondern auch, nach bem Begriffe ber gerichtsherrlichen Bewalt felbst, positiv dafür sorgen muß, daß sie zu keiner unbegrundeten Rechtsverkummerung fur den angeklagten Theil ausschlage, welcher lettere ebendeshalb nicht blos auf seine eigne freie Gegenwirkung wiber bie Rlage, sonbern auch darauf angewiesen ift, daß die in die Bande bes Serichtsberrn und beffen Bertreters gelegte Rechtsschutzewalt auch ihm, soweit sie begründet, zu Gute

# 318 Der Begriff der Staatsanwaltschaft.

komme 24). Daher unterliegt ober siegt der Staatsans walt auch nicht, je nachdem der Angeklagte freigesprochen ober verurtheilt wird: vielmehr wird durch das Urtheil, daß die Ausübung des richterlichen Strafamts begründet sep, das gerichtsherrliche Interesse an sich gerade eben so sehr befriedigt, als durch den gegentheiligen Ausspruch; beide, der gerichtsherrliche und der richterliche Beamte, dienen demselben Justizzwecke des Staats, nur mit verschiedenen Antheilen, der eine durch Ausübung des Klagesamts, der andere durch Feststellung der Thatsachen und Urtheile. Nur Mißbrauch des Rechts auf der einen oder andern Seite vermag diese im objectiven Zusammenhange der Dinge begründete Aussassung zu alteriren, und die Borstellung von Siegen oder Niederlagen der Staatsanswaltschaft (Regierung) zu verbreiten.

Auf dem Boden des so gefaßten Unklageamts wird es gelingen, den wahren Seist desselben, der noch jetzt weniger aus klarer Erkenntniß als gefühlsmäßig und deshalb unsicher und schwankend gehandhabt wird, zu einem traditionellen Gute zu befestigen. Die guten Rathschläge, die man jetzt dem öffentlichen Ankläger ertheilt, um ein würdiges und dem Rechtsschutz förderliches Verhältniß desselben wie zu den Gerichten so zu den Beschuldigten und zu dem Publikum zu gewinnen, werden dann, wenn seine Aufgaben nicht sowohl aus der processualischen Stellung des Anklägers als aus der Bedeutung des gerichtstang des Anklägers als aus der Bedeutung des gerichts

<sup>24)</sup> In keinem Punkte der Geschichte der Staatsanwaltstest tritt diese lettere Pflicht, als nothwendiges Stück ihres Beruses, klarer hervor als darin, daß der Betreiber der Bestrafung der Berbrechen immer zugleich derjenige ist, der der Unterdrückten und besonders Schutbedürftigen seinen Beistand zu leihen hat. Bgl. die in der Not. 19. angef. Worte von Bude. — Aus diesem Gesichtspunkte würden wir die Gebote für den öffentlichen Ankläger ableiten, welche Jages mann im Gerichtssaal 1849. Bd. 2. S. 225 sig. ausstellt.

herrlichen Berufes hervorgehen, nicht mehr als bloße bem Amtsbegriffe fremde Zweckmäßigkeitsrücksichten erscheinen, sondern sie wachsen aus dem Amte selbst hervor. Sie ersheben sich zu Geboten, durch deren Ersüllung er nicht etwa dem Anklägerberuse aus löblichen Zwecken etwas abbricht, sondern diesen Beruf erst erfüllt. Die centrale Leitung des Anklageamtes aber, welche den censtralen Trägern der Gerichtsherrlichkeit (König und Justizsminister) zukommt, wird dadurch, das dieses Amt aus den vagen Kategorieen der "Erecutive" oder der "Regiezrung" herausgehoben und als reine Justizsfunction des Staats begriffen wird, vor den Abwegen wenigstens gewarnt sepn, welche es dann bedrohen, wenn es als eine nach Zweckmäßigkeitsrücksichten auszuübende Regiezrungsvollmacht vorgestellt wird.

Eine vorzügliche Fruchtbarkeit besitt die Buruckfuhrung bes Unklageamts auf den gerichtsherrlichen Beruf noch dadurch, das sie auch die Uebertragung anderer eigentlich obrigkeitlicher Geschäfte auf die Staatsanwaltschaft begründet und erklärt, und für diefelbe ein festes Princip liefert. Gabe es eine Staats= anwaltschaft nur wegen ber Nothwendigkeit ber Organisa= tion des Anklageamtes, so ware jede Erweiterung bes Geschäftstreises ber ersteren über das Gebiet bes letteren ohne innern Grund, im besten Falle nur durch 3wedmäßigkeits: rudfichten zu rechtfertigen, benen man durch entgegengesette Rachtheile leicht bie Wage halten könnte, und auf allen Fall das ganze Institut ohne einheitlichen Charakter, ein bloges Aggregat verschiedenartiger Berrichtungen. Sind bagegen die Staatsanwälte, wie wir sie nunmehr defi= niren können, die Justizbeamten, welche zur Bahrnehmung des gerichtsherrlichen Berufs bei ben einzelnen Gerichten aufgestellt sind, so ift ihre Berwaltung des Anklageamtes nur eine einzelne

#### 320 Der Begriff ber Staatsanwaltschaft.

Consequenz eines weit umfassenderen Princips, das nicht unvollzogen bleiben kann, und dessen Bollziehung sowohl von dem Richteramte verlangt wird, das von disparaten Erweiterungen seines Beruss entbürdet seyn will, als von der gerichtsherrlichen Gewalt, die bei blos centraler Berwaltung und beim Mangel aller peripherischen Organe ihrer Aufgabe nicht genügen kann, endlich auch von der Staatsanwaltschaft selbst, die entkleidet von den übrigen in ihrem Principe liegenden Verrichtungen und auf den bloßen Anklageberuf beschränkt schwerlich mit der Weihe jenes Princips durchdrungen werden wird.

Die genauere Feststellung ber einzelnen staatsanwaltsschaftlichen Bollmachten nach Maaßgabe des Princips, müssen wir einem späteren Aussahe um so mehr aussparen, als in dem oben dargestellten geschichtlichen Berlaufe die Gränzen der gerichtsherrlichen und der richterlichen Gewalt an einigen Punkten schwankend geworden sind, und namentzlich die Frage über die Zugehörigkeit der Bollzugsgewalt zu der einen oder der andern einer eindringenden Untersuchung bedarf.

#### XV.

soll die Gesetzgebung bei dem Diebstahle die Strasdrohung on dem Betrage des Gestohlenen abhängig machen; die ist der Diebstahl von Gegenständen zu beurtheilen, deren Werth unbedeutend oder schwer auszumitteln ist?

insbesondere

über Diebstahl von Urkunden.

Bon **Mittermaier**.

Me neuen Gesethücher sind in Bezug auf die Bestraig des Diebstahls auf zwei verschiedene Systeme gebaut:
entweder wird die Strasbrohung von einem bestimmi Betrage des Gestohlenen abhängig gemacht, oder
die Strase wird darin ohne alle Rücksicht auf diesen
rag gedroht. Das erste System liegt den meisten deuti Gesetzebungen zum Grunde, und zwar indem sie entr A) die Abstusung von Verbrechen und Vergeben, die
idung von Vergehen und Polizeiübertretungen, und
en einzelnen schwerer bestrasten Arten des Diebstahls
trasdrohung von dem Betrage abhängig machen 1), oder

B. nach der baierischen, würtembergischen, sächkichen, fichken, braunschweigischen, hannoverschen, badischen und kringischen Gesetzgebung.

d. Cr. R. 1852. III. St.

# 322 Soll die Gesetzeb. bei d. Diebstahle d. Strafdroh.

B) gewisse Auszeichnungsgründe des Diebstahls nur bann als einen Grund erhöhter Strafbrohungen annehmen, wenn zu bem Auszeichnungsgrunde auch ein gemiffer Betrag bes Gestohlenen hinzukommt 2). — Das zweite System ist das des französischen Gesethuchs, welches, nachdem es ber Reihe nach die mit schwerer Strafe bedrohten Diebstähle (ohne Erwähnung eines Betrags) aufgeführt bat, am Schlusse 3) alle in ben vorigen Artikeln nicht bezeichne: ten Diebstähle mit Strafe bes Gefängnisses bis 5 Jahre bebroht. Dies System ift auch in bem preußischen Straf: gesethuche von 1851 4) zum Grunde gelegt, so bag vor: erst dem Diebstahl überhaupt Gefängniß nicht unter einem Monat gedroht wird und bann einzelne Urten ber Dieb: stähle hervorgehoben werden, welche mit Gefängniß nicht unter 3 Monaten, andere, die mit Buchthaus bis 10 Jahren bedroht find (Art. 217. 218). Wir find überzeugt, daß dies zweite System den Vorzug vor dem ersten ver: dient, und wünschen durch die Angabe ber Gründe wenigstens wissenschaftliche Verhandlungen barüber anzuregen. Zwar verkennen wir nicht das Gewicht der Gründe, welche für das deutsche System angegeben werden 5). richtig, daß seit dem Mittelalter in den Gesetzebungen

Dies findet sich vorzüglich in dem neuen österreichisches Strafgesetzuche vom 27. Mai 1852. §. 174. 176 durchge führt, z. B. der unter 25 Gulden verübte Diebstahl ist nur Vergehen (nach Art. 160 mit Arreststrafe von 1 Becke die 6 Monaten bedroht). Der über 25 Fl. betragende Diebstahl ist Verbrechen (von 6 Monaten die 1 Jahr Kerker bestraft). Diebstähle, welche an Holz, eingefriedigten Bedungen, an Früchten auf dem Felde, an Ackergerathschaften auf dem Felde oder von Dienstleuten an Dienstgebern ver übt werden, sind nur dann ein Verbrechen, wenn der Diebstahl mehr als 5 Gulden beträgt.

<sup>3)</sup> Code pénal art. 401.

<sup>4)</sup> Preuß. Gefegb. §. 216 - 218.

<sup>5)</sup> Reuerlich noch in dem Grachten über den medlenburgifchen Entwurf II. S. 36.

# von b. Betrage d. Gestohlenen abhängig machen? 323

Europa's die Unterscheidung des Diebstahls nach dem Betrage aufgestellt und barnach bie Strafen abgestuft wurden. Wir geben zu, daß ein Gesetgeber weise handelt er an eine in das Bolkerechtsbewußtsenn übergegangene Einrichtung sich anschließt, um so mehr als überhaupt bei bem Diebstahle als einem Eigenthumsverbrechen ber nach Summen ausgebrudte Schaben für ben Bestohlenen ben Sauptgesichtspunkt bildet, und angenommen tann, daß bei Entwendung großer Summen regelmäßig auch eine größere Berschuldung begründet senn wird, daß auch die Abstufung ber gebrohten Strafen nach Summen daburch sich empfiehlt, daß bies Rennzeichen der Abstufung am unzweideutigsten erkannt wird, und vorzüglich die Erkenntniß der Unterscheidung erleichtert, ob ein Diebstahl eine Uebertretung ober ein Bergeben ift, mas wegen der Competenzbestimmung wichtig wird. Man kann anführen, baß, wenn man bei den Strafdrohungen ben Betrag des Gestohlenen nicht berücksichtigt, zu weit gefaßte die Willfur der Gerichte übertrieben begünstigende Straf= drohungen vorkommen muffen. Man fann noch geltend machen, baß die Entwendung ganz geringer Beträge in der Regel mehr als Folge von Leichtsinn betrachtet werden tann und als solche eine milbere Beurtheilung verlangt. Aller dieser Gründe ungeachtet verdient bas französische Spstem den Borzug. So sehr wir überzeugt sind, daß der Gesetzgeber sich an bas Bolksrechtsbewußtsenn und an eingewurzelte Nationalansichten sich anschließen soll, so muffen wir doch vorerst aufmerksam barauf machen, daß pschichtlich die alte Unsicht, die Strafe des Diebstahls ton einem gewissen Betrage abhängig zu machen, sich theils baraus erklärt, daß in Zeiten, in welchen bie Strafgefetgebung nicht auf feine Abstufungen ber Berschuldung Rudficht nahm, sondern nur an außere in die Sinne kulende Merkmale sich hielt, das Gewohnheitsrecht und

**N** 2

# 321 Coll die Gesetzgeb. bei d. Diebstahle d. Strafbroh.

bie Statuten bie Aufstellung eines gewissen Betrags bes Gestohlenen benutten, um baburch auszudrücken, daß ber eine bestimmte Summe betragende Diebstahl mit einer gewissen Strafe- (häufig ber Tobesstrafe) bestraft werben sollte; theils lag dieser Scheidung des Diebstahls nach bem Betrage die Ubsicht zum Grunde, um die in alten Zeiten vorkommenden Streitigkeiten zwischen ben Raisern, ganbesherren und Inhabern ber Patrimonialgerichtsbarkeit über den Umfang der Gerichtsbarkeit zu beseitigen, so baß 3. B. ein nicht über 5 Gulden betragender Diebstahl als Frevel zur niederen Gerichtsbarkeit gehören follte. Rücksichten biefer Urt konnen bei uns nicht mehr entscheiden, und die Competenzbestimmung kann ohne das Mertmal der Abstufung des Diebstahls nach Summen durch: geführt werden. Nach ben Forberungen ber Gerechtigfeit fann es nur barauf ankommen, bag bie Strafe bes Dieb: stahls ber Größe ber Berschuldung bes einzelnen Salles entsprechend erkannt werbe. Sobald man aber die Straf: brohung nach ber Summe bes Diebstahls macht, set man sich ber Gefahr aus, ungerechte Entscheidungen zu veranlassen, indem nur der Zufall entscheibet. 3. B. ber 25 Fl. und barüber betragende Diebstahl in Baiern als Verbrechen erklärt ist, macht ber Gesetzeber bie Strafe von dem Bufall abhängig; ist in ber gestohlnen Beldrolle ein Groschen mehr, so muß eine ganz andere Strafe erkannt werben, als wenn ein Groschen weniger gestohlen wäre; dies wird um so verletender, als in ben Gesetzen die Verbrechensstrafe gewöhnlich als entehrend er Bufall aber ift es in vielen Fällen, wieviel Jemand stiehlt; ihn täuscht die Aufschrift des Gelbpatts, bas er stehlen will: er will nur 24 Fl. stehlen, aber ber Zufall bewirkt, daß in der Rolle ein höheres Gelbfid Werben andere Gegenstände, als Gelbge sich befindet. fohlen, so wird dies noch störender, ba über die Schatum

so große Berschiedenheit besteht, und ber Dieb häufig bie Dinge weit geringer schätzt, als sich in der Folge bei Schähung der Sachverständigen zeigt, z. B. wenn der Dieb ben Berth des feinen Runstwerks nicht beurtheilen fonnte. Mit Unrecht wurde man die Größe bes Gestohles nen als sichern Maaßstab der Strafwürdigkeit, und die Begnahme von Gegenständen geringen Werths . 3. 23. unter 5 Gulben als Ausbruck geringerer Berschuldung ans nehmen; benn ber zum Diebstahl Entschlossene nimmt in ber Regel was er befommt; trifft er an bem Orte viel, so nimmt er es; und findet er zufällig, nachdem er viels leicht in bem Schranke einen Sack von 500 gl. stehlen wollte, nur ein altes Messer ober ein Sacktuch, unb nimmt er bies weg: mit Unrecht wurde man ihn des wegen für einen mehr Schonung verdienenden Dieb hals ten 6). Darin liegt nach ber Erfahrung ber ganber, in welchen der Diebstahl unter 5 Fl. als Polizeiübertretung erklart ift, ein Hauptgrund, aus welchem mancher Dieb mit einer viel zu geringen, bloßen Polizeistrafe entlassen, und bann besto eher wieber zur Begehung neuer Berbres den verleitet wird. Nach ber Natur ber summarischen Untersuchungen wird die Sache leicht genommen; man balt sich an das außere Merkmal, daß der Ungeschuldigte nur 3 ML gestohlen hat; die Erörterung, ob er nicht viel-Leicht eine weit größere Summe stehlen wollte, also eigent: lich des Bersuchs eines großen Diebstahls schuldig ist, wurde zu weit führen, und wird daher oft eben so vernach: lässigt als die Untersuchung, ob nicht der Dieb eigentlich einen gefährlichen Diebstahl verüben wollte, z. B. mit Baffen sich versah 7). Ein großer Nachtheil ergiebt sich

Seuerbach selbst hatte in seinem nach dem Tode vorgefuns benen Entwurf Tit. VII. Art. 8 die Ansicht, daß der Diebs stahl unter 5 Gulden Polizeiübertretung sen, aufgegeben.

<sup>7)</sup> Erfahrungen über den Nachtheil, Diebstähle wegen des kleis nen Betrags an die Polizei zu weisen, s. in meiner Schrift:

# 326 Sou die Gesetgeb. bei d. Diebstahle d. Strafbroh.

bei einer Gesetzebung, welche die Diebstahlsstrafen nach bem Betrage abstuft, auch daburch, daß die Untersuchungen sehr verlängert werden. Bergleicht man eine franzos sische Voruntersuchung wegen des Diebstahls mit einer deutschen Berhandlung, so richtet sich die erste nur auf die Berstellung des Thatbestandes, daß der Diebstahl verübt wurde und in sofern die Anzeigen darauf führen, ob er mit dem Merkmale begangen war, welche den Diebstahl zu einer höhern Urt machen, und man sammelt die nöthigen Beweise, wer die That verübte; bagegen macht ber französische Untersuchungsrichter die Ausmittelung bes Werths ber Sache nicht zu einem Hauptgegenstand ber Untersuchung, wenn nicht bie Erörterung ber übrigen Punfte leicht darauf führt, wo aber bann keine Zeit verloren geht 8). Welche Berzögerungen bagegen werben in ben beutschen Untersuchungen burch bie Ausmittelung bes Betrags veranlaßt! Der Beschädigte schlägt häufig seinen Berlust hoch an, der Angeflagte oder sein Bertheidiger protestirt bagegen; Sachverständige werben vernommen; man weiß, wie schwankend die Schätzungen find, und die Schwierigkeit um so mehr steigt, als häufig die gestohlene Sache nicht herbeigeschafft, also ihre Beschaffen: heit nur mit Mühe ausgemittelt werden kann, so daß nicht selten mehrfache Schätzungen nothwendig werden. In Ländern, in welchen die Strafe von bem Betrage

die Strafgesetzung zc. I. S. 340. Arnold im Archive des Crim. Rechts 1843. S. 258.

<sup>8)</sup> In der französischen Criminalstatistik von 1849 kommt war p. 92 auch eine Tabelle über den beiläusigen Betrag des Gestichtenen bei Diebstählen, die als crimes vor die Assischen kamen, vor; das Verhältniß von Diebstählen vom Werth unter 10 Francs betrug 25 auf 100, bei Diebstählen von 10–50 Francs war das Verhältniß 19, bei Diebstählen von 100 und mehr Francs 37 zu 1000, bei Diebstählen von 50–100 und von 100 zu 1000 war das Verhältniß 18. Das Kerbältniß der Diebstähle mit unbestimmtem Betrag war 25.

abhängig gemacht wird, entstehen auch Berlegenheiten wegen der Fragestellung an die Geschwornen 9), 3. B. wie weit der Betrag nothwendig in der Frage aufgenommen werden soll? mas wieder die Berathung ber Geschwor: nen verwirren kann. Neue Schwierigkeiten ergeben sich, wenn es auf die Frage über ben Ginfluß bes Irrthums bes Diebes in Unsehung bes Werthes ankommt, 3. 23. wenn ber Dieb die Sache fur werthvoller hielt als fie mar, ober wenn er sie sur geringfügig hielt, ba er ihren Werth nicht kannte 10) oder nicht kennen konnte. Will man gerecht fenn, so muß man genau die Absicht bes Diebes und bren Umfang herstellen 11). Sobald man einmal von bem Betrage die Strafdrohung und die Ausmessung ber Strafe abhangig macht, kommt man leicht zu großen Barten, wenn man sich nur an den objectiv vorhandenen Betrag ves Gestohlenen halten will 12).

Nicht weniger treten Schwierigkeiten ein, wenn er Dieb einen Gegenstand durch Trennung von einer ndern Sache, z. B. ein Stück Marmor, das von einer Bildsäule abgeschlagen wurde 18), oder durch Wegnahme iner einzelnen Sache aus einem Ganzen, das durch die

<sup>9)</sup> Streitigkeiten darüber s. in den Sigungsberichten der baieris schwurgerichte II. S. 10.

<sup>10)</sup> Der Dieb hielt die gestohlenen silbernen Teller für zins nerne.

<sup>11)</sup> Ueber die verschiedenen Ansichten der Beurtheilung des Irrthums s. Bachariä vom Versuche I. S. 277. Weiß Comment. zum sächs. Geset. III. S. 419. Sufnagel Comment. zum wurstemberg. GB. II. S. 312. Desselben Prajudicien S. 394. Leonhardt Comment. zum hannov. Criminalgeset. II. S. 312.

<sup>12)</sup> Nach hannov. Strafgesetb. §. 298 soll bei der Strafauss meffung berücksichtigt werden, in wiefern bei dem Thater ein mehr oder minder bestimmter Vorsatzur Begehung eines so beträchtlichen Diebstahls anzunehmen sen.

<sup>13)</sup> Schauberg Monatschronik für Zürcher Rechtspflege XII. S. 456.

# 328 Soll b. Gesetgeb. bei b. Diebstahle b. Strafbroh.

Wegnahme an ihrem Werthe leitet 14), oder wenn ber Dieb jum 3mede ber Berübung bes Diebstahls eine Beschädigung an andern Cachen verübt 15), wo befanntlich auch die neueren Gesetgebungen sehr verschiedener Anficht find 16). Alle biefe Erörterungen, welche bie Berband: lung verzögern und bie Beurtheilung erschweren, fallen bei einer Gesetzgebung weg, welche die Strafdrohungen nicht von dem Betrage bes Gestohlenen abhangig macht. Richt weniger zeigt sich ber Bortheil einer folchen Gesetzgebung ba, wo Segenstände gestohlen werden, bie eigentlich zu feinem bestimmten Werthe angeschlagen find, z. B. bei dem Diebstahle eines Schlüssels 17) oder bei ber Begnahme von alten Aften. Es ift wenig damit gewonnen, wenn bas Gefet 18) bestimmt, baß ba, wo ber Betrag bes Werths mit Bestimmtheit nicht auszumitteln ift, bas Bericht bei Bumeffung ber Strafe auf ben ungefähren Betrag deffelben Rücksicht nehmen soll; benn sobald bas Geset die Strafdrohung von gewissen Summen abhangig macht, muß bas Gericht entscheiben, ob es ben gall unter die Kategorie der wegen ihres Betrages mit schwererer Strafe bedrohten Diebstähle stellt. Das Gericht

<sup>14) 3.</sup> B. Jemand stiehlt eine Scheere aus einem Zeilette taftchen.

<sup>15) 3.</sup> B. Jemand zerschlägt ein Kastchen, um eine Sacht daraus nehmen zu können.

<sup>16)</sup> Das badische Strafgesetbuch §. 380 bestimmt, daß der Bestrag der Bermögensbeschädigung bei der Bestimmung des Bestrags des Diebstahls mit in Rechnung gebracht werde. Das hessische Gesetbuch §. 360 betrachtet den Umstand der Beschädigung bei der Bemessung der Strafe als Erschwerungsgrund.

<sup>17)</sup> hufnagel Commentar zum würtemberg. Gefesbuch U. S. 302. Prajudicien S. 393.

<sup>18)</sup> Bopp Sandb, des Criminalgesegbuchs des Großherzog thums Seffen S. 163.

<sup>19) 3.</sup> B. das heffische Strafgesetb. §. 360.

#### ven b. Betrage b. Gestohlenen abhängig machen? 329

muß fich bann (ziemlich willfürlich) einen bestimmten Betrag als Unhaltspunkt suchen 20), während nach der frangofischen und preußischen Gesetzgebung alle diese Berhand: lungen unnöthig werden und das Gericht mehr die Strafe nach bem Totaleinbrucke ausmißt, ber fich in Bejug auf die Berschuldung des Diebes ergiebt. Es mag unseren Lesern nicht uninteressant senn, auf einige neue frangofische Entscheidungen über Straffalle aufmertfam zu machen, bei welchen die Frage: welchen Werth die gestohlene Sache hat, Gegenstand der Entscheidung mar. Bir muffen vorerst bemerken, daß in Frankreich die Rechtsübung anerkennt, daß die Sache, welche Gegen: stand eines Diebstahls seyn soll, irgend einen materiellen Berth haben muß 21); baraus erklärt sich, daß in Frankreich so baufig die Staatsanwälte bei Unzeigen eines angeb= lichen Diebstahls den Fall nicht verfolgen, und zwar parceque le fait était sans gravité et interesse pas essentiellement l'ordre public; man weiß, daß die Staats: behörde babei vorzüglich darauf sieht, ob der Gegenstand bes Diebstahls entweder gar keinen Werth oder nur einen sehr unbedeutenden hatte. Im Jahr 1849 wurden von den Staatsanwälten 928818 gur Renntniß gekommene Fälle unverfolgt gelaffen, und barunter maren 18480 Diebstähle,

<sup>20)</sup> Rach dem neuen österreich. Strafgesetbuche §. 173 soll der Werth nicht nach dem Bortheile des Diebes, sondern nach dem Schasden des Bestohlenen berechnet werden. Dies kann z. B. bei Diebstahl von alten Ukten, oder anderen Handschriften., bes denklich werden, welche der Dieb als Makulaturpapier für ein paar Kreuzer dem Käsehändler verkauft, während für den Bestohlenen der Besit dieser Papiere einen hohen Werth hatte.

<sup>21)</sup> Unsere Leser erinnern sich, daß in England (fourth Report of the commissioners of criminal law 1839. p. LXV. art. 18) zum Diebstahl verlangt wird, daß die gestohlene Sache einen Werth habe; die Praris sieht darauf, ob sie einen Werth wenigstens im Betrage der kleinsten Münze hat, welche im Lande gilt.

# 330 Soll die Gesetzgeb. bei b. Dlebstahle b. Strasbroh.

bie als délits angezeigt wurden; in 2670 ließ sie ber Staatsanwalt unverfolgt, weil er erkannte, daß die Handlung weder ein Verbrechen noch ein Vergehen bezgründe; in 11368 Fällen, weil nicht Indicien genug vorhanden waren, um eine bestimmte Person als Thäter zu bezeichnen, und in 1733 Fällen, weil der Fall zu undebeutend war <sup>22</sup>).

Der Cassationshof sprach die oben aufgestellte Anssicht in einem merkwürdigen Arrêt vom 13. Avril 1849 23) auß: eine Person stahl auf dem Postamte einen Brief, der einen Bericht enthielt gegen den Vater des Thäters; dieser hatte nicht gewollt, daß der Bericht an die Behörde geslange, er wurde wegen vol verurtheilt; der Cassationshof cassirte, weil nach dem Code der art. 187, welcher die Unterdrückung eines Briefes mit Strase bedroht, nur auf Postämter sich bezieht, vol aber nicht angenommen werden könne, weil der art. 401 nur Anwendung sinde, wenn der entzogene Gegenstand est susceptible d'une valeur matérielle, d'une valeur venable, qu'on ne trouve pas dans un rapport.

In einem Falle hatte <sup>24</sup>) Jemand den Koth, der auf öffentlichen Straßen liegen bleibt, weggenommen. Rach der Einrichtung war der Straßenkoth in jener Stadt einer Gesellschaft zugewiesen, die gegen eine gewisse Summe das Recht hatte, den Koth auszuraffen und wegzumehmen. Der Thäter wurde wegen eines Diebstahls au préjudice des adjudicataire de l'enlevement des boues verfolgt und verurtheilt; allein das Urtheil wurde vernichtet <sup>25</sup>), weil kein Diebstahl vorliege, der Straßenkoth

<sup>22)</sup> Compte général de l'administration de la justice criminelle. 1849. p. 239.

<sup>23)</sup> Journal du droit criminel par Morin. 1849. p. 247.

<sup>24)</sup> Journal du droit criminel. 1850. p. 205.

<sup>25)</sup> Durch Arrêt vom 12. Avril 1850.

# von b. Betrage b. Gestohlenen abhängig machen? 331

als chose abandonnée, et qu'il n'appartient à personne anzusehen sen, indem selbst wenn Jemand das Recht den Straßenkoth wegzunehmen erworben hat, dies nicht so zu verstehen ist, daß der adjudicataire daz durch das Eigenthum des Koths im Augenblicke, wo die Unreinlichkeiten auf die Straße geworfen werden oder der Koth daliegt, sondern daß er nur ein ausschließendes Recht erward, den Koth in der Stadt wegzunehmen. — Am schwierigsten wird die Werthsbestimmung der gestohzlenen Sache bei der diedischen Wegnahme von Urzfunden.

Eine Bergleichung ber Rechtsprechung in Deutschland über solche Fälle mit der französischen Unsicht lehrt, daß in der französischen Rechtsübung die Sache wenig Schwierigkeiten hat, weil man in Frankreich fur bie Strafbestimmung der Rücksicht auf die Werthsberechnung nicht bedarf. Aus dem oben mitgetheilten Rechtspruche über Begnahme eines Briefes bemerkt man, wo der Brief keinen materiellen Werth hat, kein vol angenommen wird; der Bericht, den ein Gensd'arm über eine Person erstattet, ist, wie der Cassationshof ans nimmt, nicht susceptible d'une valeur venale. gegen zweifelt man in Frankreich und Belgien nicht 26), daß es Diebstahl ist, sobald nur die meggenommene Ur= kunde irgend eine Verpflichtung, eine Disposition, eine Entlastung von einer Pflicht enthält; man kummert sich dabei nicht um die Berechnung des Betrags des Dieb: stahls, und findet einen Rechtfertigungsgrund ber Bestrafung als vol barin, daß der Artikel 400 des Code die Strafe (und zwar sehr schwere) bei bemjenigen annimmt, welcher gewaltthätig die Unterzeichnung ober die

<sup>26)</sup> Nypels in seiner Ausgabe von Hélie théorie du Code pénal II. p. 353.

romise d'un titre, d'un écrit, acte, d'une pièce quelconque contenant ou operant obligation, disposition,
ou docharge von einem Andern erpreßt; man erkennt
aber an, daß die Wegnahme einer unkörperlichen Sache
nicht Diebstahl begründet, daß daher die heimliche Entziehung einer Privaturkunde, durch welche Jemand erkennt, daß er dem Andern eine Summe Geldes schuldig,
nicht als Diebstahl die Forderung zu betrachten und zu bestrafen sen 27), während die französische Jurisprudenz annimmt, daß der, welcher einen titre dem Andern wegnimmt,
um ihn sich anzueignen, Dieb sen 28), ohne daß es dabei auf
die Erforschung des Betrags des Diebstahls ankommt.

Beit schwieriger wird die Beurtheilung bei einer Gesetzgebung, welche die Strasdrohung von bestimmten Beträgen abhängig macht. Vergleicht man die verschiebenen Gesetzgebungen und den Gang der Rechtsprechung so wie die Ansichten der Schriftsteller, so läßt sich nur nachweisen <sup>29</sup>), daß nach der allgemeinen Meinung da, wo eine Urkunde, die au porteur lautet, z. B. ein Staatspapier, ein Zinscoupon, ein Wechsel auf jeden Inhaber, Gegenstand der Wegnahme ist, Diebstahl ans genommen, und der Betrag, worauf die Urkunde lautet, auch bei der Strase zum Grunde gelegt wird <sup>30</sup>), weil eine solche Urkunde den Werth der Summe hat, die darin

<sup>27)</sup> Merlin questions de droit, voce: vol, §. 4. Hélie Théorie du Code pénal VI. p. 549.

<sup>28)</sup> Arrêt vom 5. Mai 1849 im Journal du droit crimine!.
1849. p. 249.

<sup>29)</sup> Weiß, Criminalgesetbuch für Sachsen Ih. III. S. 47.

<sup>30)</sup> Oft kann es im einzelnen Falle sehr schwer werden, ob bei rechtswidriger Aneignung einer Urkunde, um darauf Geld 2st erheben, die ganze Summe, worauf die Urkunde lautet, is Anschlag gebracht werden darf. Merkwürdiger Fall dieser Art in den Sitzungsberichten der baierischen Schwurgerichte IV.

S. 95—104.

# von b. Betrage d. Gestohlenen abhängig machen? 333

ausgedrückt ift, und wenn sie auch nicht als Gelb rechtlich gu betrachten ift, boch jeden Besitzer, also auch ben Dieb, in den Stand sett, die Summe zu erhalten 81). biefe Einziehung des Betrags unter Umständen fur ben Befiter besondere Schwierigkeiten bat, &. B. wenn frembe in dem gande im Curs nicht oder wenig befindliche Papiere gestohlen werden, ist rechtlich gleichgültig, ba auch bei anderen Gegenständen, die z. B. wenig im allgemeinen Berkehre find, barauf nichts ankommt, ob ber Dieb fie leicht zu Geld machen fann, sondern es nur darauf ankommt, ob die gestohlene Sache einen Werth hat und dieser in bestimm: er Summe ausgedrückt werden kann. Bei ber Werthsberechnung können Bufälligkeiten, die ben Werth erhöhen ober vermindern, z. B. ein höherer oder ein vom Nominal: werthe abweichender niedriger Curs, zur Zeit des Diebstahls nicht in Betrachtung kommen. Bei Urkunden, die zwar nicht inmittelbar auf jeden Inhaber gestellt sind, z. B. Sparkasse= buchern, kommt es darauf an, wie nach ber Art der Urkunde die Berwirklichung berselben und Umsetzung in baares Gelb geschehen kann. In einem Falle, wo ein solches Buch intwendet wurde, nahm bas Gericht in Sachsen 32) Dieb: tahl und zwar die Summe an, auf welche das Buch lautete, obwohl das Buch auf den Namen des Einlegers gestellt war; ba jeboch nach ber Sparkassenordnung die Auszahlungen unverweigerlich an ben Ueberbringer bes Quitlungsbuches erfolgen sollen, so nahm bas Gericht wohl

<sup>31)</sup> In Preußen entstand Streit, ob die Ansicht, nach welcher bei Staatspapieren von Geld der volle Betrag zum Grunde zu legen ist, auch auf Papiere, welchen der Staat den Chasrafter des Geldes nicht beigelegt hat, auf Inhaber angeswendet werden darf. Mannkopf Jahrbücher für Preuß. Triminalrechtspsiege I. Peft 2. S. 397 Not. Die Bejahung schint uns nicht zweiselhaft.

<sup>32)</sup> Urtheil des Appellationsgerichts in Dresden, in dem Wochen= blatt für merkwürdige Rechtsfälle in Sachsen, 1844. S. 103.

# 334 Soll die Gesetgeb. bei b. Diebstahle b. Strafbrab.

mit Recht an, bag ber Dieb, indem er in den Besit bes Buchs gelangt, die Möglichkeit verlangte, sicher mit Bulfe bes Buchs sich die nach dem Inhalte desselben eingelegte Summe zu verschaffen, ohne daß es dazu eines weiteren betrüglichen Borgebens bedurfte. Wo Urkunden, die auf einen bestimmten Berechtigten lauten, z. 28. Schuldscheine, Gegenstand der Wegnahme sind, häufen sich die Schwierigkeiten. Schon aus der Bergleichung ber romischen Stellen 33) ergiebt sich, daß die Juristen verschie dene Ansichten hatten, und Manche die Wegnahme ber Schuldurkunde z. B. durch den Schuldner aus dem Besite des Gläubigers so betrachten wollten, als wenn ein furtum des ganzen Betrags verübt ware, wogegen nach Anbern nur der Werth der Urfunde als solcher beruchsichtigt werden sollte 34); allein es ist mit Recht bemerkt worden, daß die romischen Unsichten, denen überhaupt eine andere Auffassung von furtum in einem sehr weiten Sinne (wo selbst das betrügliche Durchstreichen der Schuld: urkunde als furtum bezeichnet wird) abweichend von bem Begriffe des deutschen Diebstahls zum Grunde liegt, und wo es auf die Berechnung des Privatinteresse und ber Pris vatstrafe ankam, nicht auf die heutige Rechtsanwendung, bei welcher der Diebstahl als ein öffentlich zu bestrafendes Berbrechen erscheint, ausgebehnt werden fann.

In der deutschen Rechtsprechung ift am meisten aner kannt, daß bei der Entwendung einer Urkunde, z. 28. eines Bechsels, die Geldsumme, morüber die Urkunde ausgestellt ist, nicht bei der Feststellung des Betrags, nach welchem die Strafe bemessen werden soll, zum Grunde gelegt werden darf 35). Im Königreich Sachsen 36) erkannte man,

36) Weiß bas fachf. Criminalgesetbuch III. &. 47.

<sup>33)</sup> L. 27. §. 2. 3. L. 32 pr. §. 1. D. de furtis. 34) v. Wächter in Weiske's Rechtslerikon III. S. 361.

<sup>35)</sup> Von Preußen s. Mannkopf Jahrbücher für die Criminal rechtspflege in Preußen Bd. 1. 2. Hft. S. 395.

#### 1. Betrage d. Gestohlenen abhängig machen? 335

is die Entwendung einer Privaturkunde, &. B. eines Schuld: beins, nicht der Entwendung der in der Urkunde bezeich. ten Summe gleichstehe, da der Dieb durch den Besit er Urkunde nur ein Mittel sich aneignet, die Forderung t erheben, aber werthlos dazu ist, weil erst durch die gitimation des Besitzers dieser hoffen kann, von dem dulbner die Bahlung zu erhalten; baher murbe die Ent= endung ber Urkunde an sich nur als Wersuch eines Diebabls, und nach ben Regeln ber Concurrenz als Versuch s Diebstahls und als Betrug betrachtet, wenn der Dieb nch falsche Cession ben Betrag von einem Dritten erben hat. — Ein anderer ausgezeichneter sächsischer urift, herr helb 37), nimmt bei ber Wegnahme ande: r Urkunden, die nicht auf jeden Inhaber lauten, nur in Mittel zur Berübung eines Betruges an, der burch torspiegelung eines rechtmäßigen Besites ausgeführt mern soll. In einem Falle wurde von dem Justizcollegium Goburg durch Urtheil von 1. Mai 1852 38) gegen eine erson, welche die einem Sparvereine gehörigen Rech: ungebücher und Schuldscheine mit ber Raffe megnahm, iebstahl dieser Gegenstände, bei ber Werthsberechnung ver nicht der Rapitalbetrag der Schuldscheine, sondern Berth bes Papiers ber Schuldscheine als Makulatur nb ber Buchbinderwerth ber Rechnungsbucher und Statten zum Grunde gelegt. Im Großherzogthum Baben urbe in dem Falle einer vom Schuldner an seinem Gläubi: r verübten beimlichen Hinwegnahme ber Schuldurfunde in bem Oberhofgerichte Diebstahl angenommen, und ber nach bem Betrage bes Schulbscheins berechnet 39),

<sup>37)</sup> Seld fächs. Criminalgesegbuch S. 304.

**<sup>28)</sup>** Wochenblatt für Strafrechtspflege in Thuringen. 1832. **Rr. 9**. S. 234.

In Jahrbücher des badischen Oberhofgerichts, herausgeg. von Treffurt. Reue Folge, IV. Jahrg. 1837. S. 153.

jeboch von dem Referenten Drn. Effer anerkannt, daß bies hier, wo ber Schuldner selbst burch die Wegnahme ben beabsichtigten Gewinn burch ben Besit ber Urtunbe selbst erreicht, nicht zu bezweifeln sen, mahrend er zuglebt, daß diese Ansicht nicht passe, wenn ein Anderer als ber Souldner die Urkunde wegnimmt, weil der Thater ohne die Rechtsübertragung keinen Gebrauch von der Urtunde machen fann. Auch macht Br. Effer barauf aufmerts fam, baß felbst im ersten Kalle barauf Rucksicht genoms men werden muffe, ob der Gläubiger durch andere Bes weismittel außer dem Schuldschein seine Forberung gel tend machen konne. Gr. Treffurt 40) bemerkt baju, daß die Anwendung des Begriffs des Diebstahls auf ben vorliegenden Fall nicht bezweifelt werden konne, weil auf jeden Fall die Urkunde nicht als werthloser Gegenstand erscheine, mahrend er gesteht, daß die Berthebestimmung zwar ihre Schwierigkeiten hat, aber bie Größe boch annäherungsweise bestimmt werden könne, und ba, wo es an anderen Beweismitteln für den Glaubiger fehlt, der Werth der Urfunde dem des Rechts gleichsteht. einem Auffate in Schauberge Beitschrift 41) bemerkt man, bag auch bei bem Obergerichte in Burch eine Berschiedenheit ber Unfichten obwaltet, und Diebstahl balb nach dem vollen Werth der Forderung, bald nach dem Papierwerthe der Urkunde angenommen wurde.

Am richtigsten stellt man die Frage so: ob bei Begnahme einer Urkunde, die nicht auf jeden Inhaber lautet, Diebstahl angenommen, und wie bei einer Gesetzebung, welche die Strafdrohungen von einem gewissen Betrage des Gestohlenen abhängig macht, der Betrag des Diebsstahls beurtheilt werden darf?

<sup>40)</sup> Jahrbücher 6. 157.

<sup>41)</sup> Beiträge gur Kunde der Fortbildung des Bürcherischen Recht XII. G. 453.

In Bezug auf ben erften Theil ber Frage muß be= upter werden, daß überall, wo nicht nach ben Umftanr bes Falles die Urkunde als völlig werthlose erscheint, er nach den Umftanden die zum Diebstahl nothige Ab= it mangelt, ber Diebstahl angenommen werben muß, in Urkunden, die auf Inhaber ober auf einen bestimmten Hechtigten lauten, weggenommen werden, indem zum egriff des Diebstahls es nicht gehört, das die meggemmene Sache einen höheren Werth hat, und nicht geläug= twerben fann, bag ber Besitzer ber Urfunde irgend einen thetheil durch den Verlust leibet, und der Wegnehmende ent einen Gewinn machen kann, wobei es nicht barauf Hmmt, ob der Thater den Gewinn wirklich bezog ober btlich nicht beziehen konnte. Ausgeschlossen würde der tgriff des Diebstahls nur senn, wenn entweder die wegrommene Urkunde als werthlose erscheint, was z. B. Fall senn kann, wenn eine Urkunde weggenommen rb, wo die Forderung, auf die sie sich bezog, schon be-At war, ober wo ein schon getilgter ober mit Protest zu= kgekommener Wechsel genommen wird, und zwar so, i nach ben Umständen nicht einmal wegen der Regreß= Prüche ber Wechsel einen Werth haben konnte. triff des Diebstahls ist ferner unanwendbar, wenn ber Egnehmende die Urkunde nicht um einen rechtswidrigen winn damit zu machen sich aneignet, entweder weil einen andern Gegenstand wegnimmt, in welchem die funden sich befanden und wo der Wegnehmende, der Urkunden entbeckt, bieselben sich nicht aneignet 42);

Wach Eröffnung der gestohlenen Kasse oder des Taschenbuchs läßt der Dieb die Papiere, die er darin fand, am Plate oder im Sause des Bestohlenen liegen; es kann jedech nicht der Begriff des Diebstahls ausgeschlossen werden, wenn der Dieb, der das gestohlene Taschenbuch mitnahm, in seinem Sause oder auf der Straße die darin bemerksen Papiere wegwarf.

ober wenn ber Wegnehmenbe auf die Urkunde ein Recht batte (ober zu haben glaubte), g. B. weil die Sould heimbezahlt ist und der Gläubiger die Urkunde vorenthält, ober wenn die Absicht des Wegnehmenden nur barauf ging die Urfunde nicht um fie zu gebrauchen, sondern nur um fie wegen ber barin befindlichen Schrift z. B. eines bedeutenden Mannes aufzubewahren 43). Zuweilen kann die Wegnahme der Urkunde als ein anderes Berbrechen z. B. das ber Fälschung erscheinen, wenn der nächste 3weck die Berübung eines andern Berbrechens und die Begnahme bau das Mittel mar 44). Was den zweiten Theil der Frege betrifft, ob ber Betrag des Diebstahls nach ber Große ber Forderung berechnet werben darf, worauf die Urfunde lautet, so lehrt die obige Darstellung der Rechtsprüche und ber per schiebenen miffenschaftlichen Meinungen, baß mit Unterscheidungen die Frage beantwortet werden fann. Borerft muß nur bemerkt werben, daß der Ausweg, die Entwendung ber Urkunde als Versuch des Diebstahls, nicht gebilligt werden kann; benn ber Diebstahl als solcher ist boch burch bie Aneignung ber Urfunde vollenbet; es kann also kein Bersuch vorliegen; der Bersuch setzte voraus, bag der Dieb hei ber Begnahme die Absicht hatte, durch falsche Beranstaltungen, z. B. Verfertigung falscher Cession, die Forberung einzugehen. Auch die Auffassung der Handlung als Betrug paßte nur, wenn ber 3med ber Wegnahme ber Upkunde nur auf die Berübung des Betrugs gerichtet mar, was selten ber Fall seyn wird.

Wir glauben vorerst unterscheiben zu muffen, ob ber Schuldner seinem Glaubiger die Schuldurkunde meg-

<sup>43)</sup> Man muß jedoch zugestehen Kdaß da, wo die Urkunds:ir gend einen Werth hatte, Diebstahl da ist, und zwar winkt Urkundendiebstahl. Seffter Lehrbuch §. 489. Not. 4.

<sup>44) 3.</sup> B. wenn die Urkunde vorsäplich vernichtet oder bei Gitt geschafft werden soll. Darauf beziehen sich die §. 106. 243 bed preuf. Strafgesegbuchs.

# vond Betrage d. Gestohlenen abhängig machen ? 330

nimmt, um badurch von ber Schuld frei zu werden, ober ob ein Dritter einen Schuldschein ober ähnliche Urfunde Biehlt. Im ersten Falle rechtfertigt sich die Ausmeffung ber Strafe nach bem Betrage ber Forberung, auf welche ber Schuldschein lautet, ebenso daß der Dieb dadurch bie Summe, welche er schuldet, gewann, als badurch, baß für ben Gläubiger diese Forderung verloren ift; allein bas lette ift nur ber gall, wo bem Glaubiger bie Beweismits tel fehlen, seine Forderung auch ohne Schuldschein barguthun; benn hat er solche Beweise, z. B. andere Urfunden, aber war die gestohlene Schuldurkunde eine öffentliche, beren Urschrift in ben Pfandprotokollen sich findet, so baß baraus leicht das Daseyn der Schuldscheine erwiesen werben tann, so gewinnt der Dieb nichts, und der Gläubiger verliert seine Forberung nicht, weil sie auf andere Urt zu erweisen ift; Riemand wird bann behaupten, daß an bie Urfunde ausschließlich die Forderung gebunden ist. es an folchen Beweisen, so wird in der Regel der Gläus biger, wenn er den Schuldschein verliert, die Forderung zerlieren; namentlich wird dies bei gestohlenen Wechseln intreten: allein auch in solchen Fällen ist es boch möglich, wurch Beugen ober burch einen Beugen und ben Erfüllungs: eib bie Forderung darzuthun, so daß man weder annehmen tann, daß ber Gläubiger, dem der Schuldschein von seis nem Schuldner gestohlen wird, die Forderung verloren, wich daß ber Schuldner sie gewonnen habe. Man sieht paher leicht, wie selbst in biesen Fällen große Zweifel ibrig bleiben, ob man gerechterweise die Strafe bes Diebstahls nach dem Betrage der Forderung bestimmen, md ben Fall des Diebstahls der Schuldurkunde von 1000 Fl. dem Diebstahle von 1000 Fl. baar Geld gleich: tellen kann. Ist ein Dritter (nicht der Aussteller bes Mulbscheins) ber Dieb der Urkunde, so kann es nach en obigen Mittheilungen als allgemein anerkannte Un-

# 340 Gou bie Gesetzeb. bei d. Diebstahle b. Strafbruh.

sicht betrachtet werben, baß bie Strafe nicht nach bem Betrage ber Forberung, worauf die Urkunde lautet, be messen werben barf. Sieht man bei ber Berechnung bes Betrags auf ben Schaden für ben Bestohlenen, fo bat zwar scheinbar dieser 1000 Fl. verloren, wenn ber auf biese Summe lautende Schuldschein ihm entzogen wird; allein es kommt bann auf alle oben bemerkte Unterscheis dungen an, ob der Bestohlene noch durch andere Beweismittel die Forberung beweisen kann, und so lange bieser Beweis möglich ift, läßt sich kein Schaben anneh: men 45). Bezieht man bie Berechnung bes Betrags auf ben Gewinn, ben ber Dieb macht, so ift es gewiß, daß er rechtlich keinen Gewinn von dem Besitze einer auf seinen Namen nicht lautenden Schuldurkunde hat, weil er nur durch Nachweisung der Rechtsübertragung die fremde Forderung geltend machen kann; aber auch that: sächlich hat der Dleb keinen Vortheil, er gewinnt durch Besit bes Schulbscheins feine 1000 Fl., sonbern für ihn ist der Schein ein werthloses Papier, das nur einen Gewinn möglicherweise geben kann, wenn ber Thater ein neues Berbrechen verübt, also entweder burch falsche Borspiegekungen die Urkunde zu veräußern sucht, ober eine falsche Cession macht, ober zur Legitimation einen falschen Eid leistet 46).

Alle bisherigen Nachweisungen mögen zeigen, baß eine Gesetzebung, welche die Strafdrohungen bei dem

<sup>45)</sup> Es müßten dann folgerichtig alle civilprozessulisten Fragen, ob z. B. in dem kande der Zeugenbeweis zulässig ist, ob Anfang des schriftlichen Beweises möglich wird, ob ver dem Eide Gebrauch gemacht werden kann, hereingezost werden.

<sup>46)</sup> Auch bei einem gestohlenen Wechsel läßt sich die Forderms auf dem Wege des ordentlichen Prozesses in vielen Files geltend machen.

# von b. Betrage b. Gestohlenen abhängig machen? 341

Diebstahle von dem Betrage abhängig macht, in Verlegens beiten kommt, oft weitläusige Verhandlungen aufstellen und u Auswegen kommen muß, welche der Volksmoral nicht ntsprechen, z. B. wenn man bei dem Diebstahle einer Irkunde von 3000 Thirn. den Betrag nach dem Papiersperthe berechnet, oder bei Wegnahme wichtiger Rechnungssücher den Buchbinderlohn als Maaßstab nimmt.

.

XVI.

Von ber

Adhäsion des Beschädigten im Strafverfahren 1).

Won

Herrn Dr. J. Schwarze, Appellationsrathe ju Dresden.

§. 1.

Die strafrechtliche Verfolgung einer gesetzwidrigen Handlung oder Unterlassung und die Geltendmachung der civilrechtlichen, aus ihr entsprungenen Ersatzansprüche war bekanntlich schon im Römischen Rechte mit den publicis judiciis nicht verbunden. Es liegt auch an sich kein innerer Grund, aus der Natur jener Verfolgung und dieser Geltendmachung entnommen, vor, der diese Vereinigung als eine Nothwendigkeit ersorderte. Die Ansprüche des Staats auf die Sühnung des Verbrechens und die des

<sup>1)</sup> Bgl. außer den Lehrbüchern von Bauer §. 246: Stästel, Criminal Berfahren III. §. 1327 fg. Rüller,. §. 246 fg. Bachariä, Grundlinien §. 233. Ritters maier, Strafverf. Theil II. §. 206; insbesondere noch: Kleinschrod, Abhandlungen Theil III. Nr., 16. S. 461 fg. Jordan, in Weiske's Rechtslericon Bd. I. S. 122 fg.

Beschädigten auf Ersat bes Schabens entspringen aus berselben Quelle, ber gesetwidrigen Handlung, sind aber im Uebrigen völlig verschieben. Es läßt fich nicht ein= mal behaupten, daß bie Entscheibung bes Criminalrich= ters für die des Civilrichters oder diese für jene maßge: Die Unnahme eines solchen Prajudizes wurde fich — vom theoretischen Standpunkte aus betrach= tet - schon bei ber Berschiebenheit ber bem bürgerlichen und der dem Straf=Processe unterliegenden Grundfor= men und Entscheidungeregeln nicht rechtfertigen laffen. Eben so wenig kann baher behauptet werden, daß die Entscheidung des Civilrichters über die geltend gemache ten Schäbenansprüche so lange zu beanstanden sen, bis ber Criminalrichter über Eristenz und Urheber des Berbrechens entschieden habe. Der Civilrichter ift bei seiner Ent= scheidung nut an die Ergebnisse ber ihm von ben Parteien sorgeführten Beweismittel gewiesen und würde daher die Ergebnisse ber Untersuchung bann, wenn keine ber Parteien bei ber Beweisführung auf sie Bezug genom: men, nicht einmal in den Kreis seiner Erwägung ziehenind bei der Entscheidung berücksichtigen können. Mein, ungenommen, baß eine ber Parteien auf die Entscheidung bes Strafrichters sich bezieht, so ift biefelbe nur als eine öffentliche Urkunde anzusehen, burch welche bewiesen wird, bus ber Strafrichter in ber ihm vorgelegenen Untersuchung in Urthel enthaltenen Ansspruch gefällt habe. Sietid fommt, daß die Berurtheilung burch ben Strafrichter un Beweismittel fich ftugen tann, beren Bulaffigfeit im Strafprocesse, nicht auch im Civilprocesse anerkannt ift. Etenso ist die Form, in welcher die Beweismittel im Strufprocesse erhoben werden, burchaus nicht den Regeln des Einilprocesses entsprechend und nicht selten mit Beforantungen in Betreff bes Bezührtigten verbunden, welde int Civilprocesse gegen ben Beflagten nicht anwendbar

sind. Beiter — abgesehen von der Art der Beweismittel und ihrer Erhebung — ist die Entscheidung des Strasrichters viel freier als die des Civilrichters und kann auf
das Zusammentreffen von Indicien gestützt werden, welches dem Civilrichter zur Verurtheilung des Beklagten
nicht genügen würde. Man aug sich hierbei nicht darauf
berusen, daß bei dem Streben nach materieller Wahrheit
im Strasprocesse die Ergebnisse desselben eine viel größere Gewähr ihrer Richtigkeit lieferten, als die des Civilprocesses. Der Beklagte kann verlangen, daß die Entscheldung über die gegen ihn erhobenen Ansprücke in der hierfür bestimmten Maße und Processorm vorbereitet und ertheilt werde, und es kann ihm an sich dieses Besugnis
nicht gleichsam zur Strase der Handlung, aus welcher die
Ansprücke entstanden sind, entzogen werden.

Uebrigens entscheidet der Civilrichter auch in den Fällen, in welchen die Untersuchung der betreffenden Handlung überhaupt nicht Statt sinden kann (z. B. wegen Verjährung, Abolition 2c.), über Eristenz und Urheberschaft derselben nach den Regeln und in den Formen des Civilprocesses.

Noch weniger kann die Entscheidung des Civilrichters über die privatrechtlichen Ansprüche irgend einen präjudicirlichen Einfluß auf die Entscheidung des Criminalrichters äußern. Hier ist nicht einmal jene Garantie meterieller Wahrheit vorhanden, welche der Strafproces auftrebt, und der letztere kann Beweisgründe nicht aufnehmen, welche auf Fictionen, Fristversäumnissen, Berzichten z. beruhen.

Eine andre Frage ist es, ob nicht der Strafrichter die Ergebnisse des Civilprocesses ebensowohl zu Anhalts punkten bei seinen Erörterungen und Nachsorschungen als auch zu Indicien bei der Aburtheilung der Sache benuten kann. Der Civilproces kann ihm hier ein reicht

Material gewähren, bei beffen Benugung er nicht, wie ber Civilrichter bei ber Berudfichtigung ber Ergebniffe bes Strafpraceffes, an bie Antrage bes Beguchtigten zc. ges bunden ift. Milein bei biefer Benugung treten die allgemeinen Regeln über Erforschung von Indicien, über ben Berth berfelben und überhaupt bie allgemeinen Regein bes Beweises in Straffachen und über bie Beweisführung in denselben ein. Inebesondere fann beshalb, weil bie Untersuchung auf ben Antrag bes Beschäbigten eingeleitet worden ift, welcher zuvor im Civilprocesse als Rlager ge= gen den Beschädiger aufgetreten ift, nicht von einer, auch für ben Strafproces maßgebenben Rechtstraft bes Civilurthels bie Rebe fein, - ein Parteiverhaltniß, wie es der Civilproces tennt, wird badurch, bas auf ben Uns trag bes Beschäbigten bie Untersuchung eingeleitet worben ift, nicht hergestellt.

280 bas positive Gefet bes Staates feine Ausnahme feststellt, tann baber an fich weber bie gleichzeitige Berbanblung ber Civil : und ber Straffache bei bemfelben Richter, noch ber Cat, bag bie Entscheibung einer ber onneren Gaden für bie ber andern maßgebend fei, ge=

Die ift hier allenthalben von ber principalen Berbindung bie Rebe ; wicht von ben Prajubicials Sachen , bet benen Die vorherige Entscheidung einer Incident Brage vor der Benen Gibil bar der Dauptsache nothwendig ift und an fic, ohne Gibils die der andern von dem Criminal Richter erfolgen werfellen der einem von dem Criminal Richter erfolgen Bachfichen Beitschrift f. Rechtspflege n. Berm. Meue Folge Bb. X. Geft 2.) bereits. nachtweisen berfucht, das der Ber Bert. Der Folge Breafrichter mit alleiniger Musnahme ber gatte. m denen eine verberige civilredtlide Entideta mug gradesn jum Thatbestande bes Berbrechens erbien (auch therechtlichen). Civilrechtsftagen

6. 2.

Andrerseits läßt sich nicht verkennen, daß die vereinte Verhandlung und Entscheidung der privatrechtlichen Ansprüche und der Strafsache viele Bortheile darbietet und die getrennte Verhandlung Nachtheile erzeugt, die das Ansehen der Justiz gefährden und leicht zu materiellen Rechtsverletzungen führen.

Es kommt vor, daß der, welcher wegen Rothzucht zur Untersuchung gezogen und mit Strafe belegt worden ift, in dem gegen ihn angestellten Dotations: und Alimentations: Processe losgesprochen wird, weil die dem Civilrichter vorgeführten Beweismittel nach ben Regeln des Civilproceffes nicht zum Beweise des concubitus und sonach zur Beturtheilung bes Beklagten ausreichten. Es kann vor tommen, daß ber, welcher wegen Entwendung einer bei ihm aufgefundenen Summe Gelbes bestraft wird, in dem Civilprocesse, welchen ber Eigenthumer des Geldes auf Herausgabe besselben angestellt hatte, losgesprochen wird, weil die Identität des entwendeten und des vorgefunde nen Geldes nicht in einer, ben Civilproceß = Sefeten ents sprechenden Maße nachgewiesen ward. Der Strafricter verurtheilte den Besitzer des Geldes, weil letterer über den rechtlichen Erwerb desselben sich nicht ausweisen konnte, ein habitueller Dieb ist, und weil durch die eidliche Recognition des Eigenthumers in Berbindung mit ben fonstigen Ergebniffen der Untersuchung die Thatsache bet Entwendung und die Identität in genügende Gewisheit gesetzt wurde. Allein der Civilrichter wird den Indicenbeweis, wenngleich er ihm wieder vorgeführt wird und dabei, soweit möglich (was nicht flets der Kall sein wird), die Formen des Civilprocesses beobachtet werden, nicht für genügend achten.

Es ift überhaupt eine schlimme Zumuthung für ber Beschäbigten, daß er ben Beweis ber Beschäbigung und

er Urheberschaft gegen ben Beschädiger im Civilpro-k burdführe, nachdem bereits bie Staatsbehörde beibe meiefate im Strafprocesse für erbracht angesehen unb ihalb ben Bezüchtigten, seines Läugnens ungeachtet, einer Criminalstrafe verurtheilt hat. Man will hier st einmal auf die möglichen Wechselfälle und Bufälle es Civilprocesses (z. B. Bersäumnisse 2c.), auf ben tinst oder die Abschwächung einzelner, im Strafpro-le vorgeführter Beweismittel 2c. Bezug nehmen. Die hrung bes Beweises allein schon ist, wenn ber Beweis ber Straffache für gelungen erklärt murbe, eine harte fgabe für den Beschäbigten, der nicht felten burch die Hofbigung in seinen Bermögens: und Erwerbs-Beritnissen schwer benachtheiligt worden ist, baldigen Er
j des ihm zugezognen Schabens dringend wünschen muß

d doch die Erfüllung dieses Wunsches von dem Anstge eines schleppenden Civilprocesses erwarten soll. Diese wägung macht fich insbesondere bei Körperverletzungen tend, wo ber Berletzte oft dringend bes Ersates bes ursachten Aufwants für Heilung und Pflege bedarf bennoch hiermit, nach ber Bestrafung bes Beschäfis, erst an ben Civilrichter verwiesen wirb.

Diese Uebelstände muffen den Gesetzgeber zu einer Bermittelung ber beiden Proceparten in Betreff Fier fragtichen Ansprüche verantassen, daß bei strenger rudfichtigung ber Interessen bes Beschäbigers, insbebere seiner protessualischen Stellung, bem Beschäbig unf möglichst rafchem Bege zu seiner Etfatforderung

holfen werbe.

Diese Vermittelung hat man in dem Abhäsions: ocesse gefunden. Man hat dem Beschädigten das tfugniß ertheilt, seine Schädenansprüche in bem Straf= fahren geltend zu machen, und die Competenz bes rafrichters auf die Erörterung und Entscheidung bieser Ansprüche ausgedehnt, ohne ihn jedoch zu nöthigen, derselben unbedingt, wie der der Eriminalsache, sich zu unterziehen.

#### §. 3.

Die italienischen Juristen, welche anfänglich dieser Vereinigung nicht günstig waren, erkannten sie nach und nach als zulässig an 3), und, wenngleich die Carelina eine gleichzeitige Verhandlung der Civil: und Criminalsache nicht gestattet zu haben scheint 4), so wurde ihre Einführung doch durch die Vorschriften der Carolina, über die Verpslichtung des Richters zur Rückgabe entwendeter und geraubter Sachen an den Eigenthümer 5), befördert.

Man hat daher z. B. in Sachsen nicht bebenklich gefunden, daß der Untersuchungsrichter die entwendete Sache, deren Entwendung nachgewiesen worden, dem Eigenthümer ohne weitere Berhandlung zurückibt. Man hat dieses Berfahren nicht blos in den Fällen, in welchen der Bezüchtigte die Entwendung zugestanden hatte, sondern selbst in den Fällen angewendet, in denen der Bezüchtigte den Diebstahl geläugnet, über den rechtmäßisgen Erwerd der Sache aber sich nicht ausweisen konnte und des Diebstahls für schuldig erklärt wurde 6). Rur in den Fällen, in welchen der Inculpat den Diebstahl geläugnet und der Ausantwortung der Sache an den Bezüchtigten widersprochen hatte, aber wo Zweisel über die Identität der Sache entstanden, hat man von der sosweisen Rückgabe derselben abgesehen und die Entschung

<sup>2)</sup> Bgl. hierüber die Rachweisungen von Mittermaier, be beutsche Strafversahren, §. 213. Not. 5. 6.

<sup>4)</sup> Bgl. Jordan a. a. D. Seite 123. Unm.

<sup>5)</sup> Art. 207. Bgl. noch Art. 193.

<sup>6)</sup> Bgl. hierüber Stubel, b. Crim. : Berfahren, Theil B

Haben sich bei der Entwendung von gangbaren Gelb: ten ergeben; jedoch auch hier hat man sich dadurch gesfen, daß man das Geld als Ersatzmittel dem Bestohl: ibergeben hat, wenn kein bestimmter Widerspruch Inculpaten vorlag.

In allen diesen Fällen erfolgte die richterliche Berung zumeist von Amtswegen, und ohne daß ein darauf lchteter Antrag oder wohl selbst ein Anschluß des Belbigten an das Strafverfahren vorgelegen hätte.

Bestimmter treten bie Falle ber Körperverletung , bei denen der Verlette (und zwar ohne Unterschied, eine schwere ober leichte Berletzung Gegenstand ber tersuchung war und daher die lettere von Amtswegen er auf Untrag des Berletten eröffnet murde) auf Erber Curtosten angetragen hatte. Der erkennende ter entschied im Falle ber Berurtheilung bes Inculten in der Regel nach dem Antrage und, wenn die rtoften specificirt waren, unter ausbrudlicher Bezugme auf die specificirte Summe und ohne weitere Beankung, als daß er die gerichtsärztliche Feststellung einzelnen Unfage vorbehielt. Dagegen ift bem Berfer tein Fall vorgekommen, in welchem die Berurthei= ig in ber Criminalsache auch auf andere Schäben, B. Ersatz bes entzogenen Berdienstes zc., mit gerichtet rben wäre.

In Forststrassamen soll nach der Sächsischen Gesetzung die Verurtheilung auch auf den Ersatz des Schaus gerichtet werden. Allein es ist dieser Borschrift nicht wer nachgegangen worden. Sben so ist bei der Bestigung fremden Eigenthums zc. das Erkenntnis des rustichters auf den Ersatz des Schadens nicht gerichtet iben.

# 340. Sou die Gesetzgeb. bei d. Diebstahle b. Strafbruh.

sicht betrachtet werben, baß bie Strafe nicht nach bem Betrage ber Forberung, worauf die Urkunde lautet, bemessen werben barf. Sieht man bei ber Berechnung bes Betrags auf ben Schaben für ben Bestohlenen, fo bat zwar scheinbar dieser 1000 Fl. verloren, wenn ber auf biese Summe lautende Schulbschein ihm entzogen wirb; allein es tommt bann auf alle oben bemertte Unterscheibungen an, ob ber Bestohlene noch durch andere Beweismittel die Forberung beweisen kann, und so lange bieser Beweiß möglich ift, läßt sich kein Schaben anneh: men 45). Bezieht man bie Berechnung bes Betrags auf den Gewinn, ben der Dieb macht, so ift es gewiß, daß er rechtlich keinen Gewinn von bem Besitze einer auf seinen Namen nicht lautenden Schuldurkunde bat, weil er nur durch Nachweisung der Rechtsübertragung die frembe Forderung geltend machen kann; aber auch that: sächlich hat der Dieb keinen Wortheil, er gewinnt durch Besitz bes Schulbscheins feine 1000 Fl., sonbern für ihn ist der Schein ein werthloses Papier, das nur einen Gewinn möglicherweise geben kann, wenn ber Thäter ein neues Berbrechen verübt, also entweber burch falsche Borspiegefungen die Urkunde zu veräußern sucht, ober eine falsche Ceffion macht, ober zur Legitimation einen falschen Eid leistet 46).

Alle bisherigen Nachweisungen mögen zeigen, daß eine Gesetzgebung, welche bie Strafdrohungen bei dem

<sup>45)</sup> Es müßten dann folgerichtig alle civilprozessualischen Fragen, ob z. B. in dem kande der Zeugenbeweis zulässig ik, ob Anfang des schriftlichen Beweises möglich wird, ob von dem Eide Gebrauch gemacht werden kann, hereingezosst werden.

<sup>46)</sup> Auch bei einem gestohlenen Wechsel läßt sich die Forderms auf dem Wege des ordentlichen Prozesses in vielen Falles geltend machen.

# von d. Betrage d. Gestohlenen abhängig machen? 341

Diebstahle von dem Betrage abhängig macht, in Verlegens heiten kommt, oft weitläusige Verhandlungen ausstellen und zu Auswegen kommen muß, welche der Volksmoral nicht entsprechen, z. B. wenn man bei dem Diebstahle einer Urkunde von 3000 Thlrn. den Betrag nach dem Papiersverthe berechnet, oder bei Wegnahme wichtiger Rechnungssöcher den Buchbinderlohn als Maaßstab nimmt.

ungeachtet aber seine Ansprüche im Strafverfahren verfolgen fann.

Eben so unerheblich ist der Einwand unter Rr. 3. Nach frangosischem Rechte wird ber als Civilpartie aufgetretene Beschädigte nicht als Zeuge behandelt; aber, wenn er entweder als solche nicht aufgetreten ift, ober zwar als solche aufgetreten, aber die privatrechtliche Berfolgung wieder zurudgezogen hat. Diefer Unterschied ift nicht praktisch. Das Interesse, welches man als Ausschließungsgrund wider den Beschädigten geltend machen will, zeigt fich auch in ben Fällen ber lettern Art in sofern, als ber Beschäbigte im Wege bes Civilprocesses, welcher ohnebies nach französischem Rechte bis zur Erlebigung ber Criminalsache ausgesetzt werden muß, bie Ergebniffe der lettern benuten kann und ber Civilrichter, nach dem Grundsatze Le criminel emporte le civil, an die Entscheidung des Criminalrichters, burch welche bie Eriftenz des Berbrechens und die Urheberschaft bes Bezüchtigten für bewiesen erklärt wirb, bei der Entscheidung über die Schädenansprüche unbedingt gebunden ift. Strafrichter entscheibet also in ben Fällen, in welchen der Beschädigte als Civilpartie nicht aufgetreten ift, boch auf die Aussagen des Beschädigten bin, — er benutt sie vielleicht vorzugsweise als Argumente ber Berurtheis lung — und gibt somit eine Entscheidung auf Grund von Aussagen eines Zeugen zum Vortheile besselben. Beschäbigte, zeither Zeuge im Strafverfahren, tritt nun: mehr als Kläger im Civilprocesse auf, und bas verurthei: lende Erkenntnis des Strafrichters ift für ihn ein unwider legliches Zeugniß über Eristenz und Urheberschaft ber That, so daß er nur noch die Schäben selbst zu quantificiren und zu bescheinigen hat, — bas Civilgericht hat bie Ent scheidung des Strafrichters als unveränderliche und m abweisbare Basis seiner eigenen Entscheidung anzunch

Beschädigten auf Ersat bes Schabens entspringen aus berfelben Quelle, ber gesetwidrigen Handlung, find aber im Uebrigen völlig verschieben. Es läßt fich nicht ein= mal behaupten, baß bie Entscheidung bes Criminalrich= ters für die des Civilrichters oder diese für jene maßge: Die Unnahme eines solchen Prajudizes wurde fich - vom theoretischen Standpunkte aus betrach: tet — schon bei ber Berschiebenheit ber bem bürgerlichen und der dem Straf=Processe unterliegenden Grundfor= men und Entscheidungsregeln nicht rechtfertigen laffen. Eben so wenig kann daher behauptet werben, daß die Entscheidung bes Civilrichters über die geltend gemache ten Schäbenanspruche so lange zu beanstanden sen, bis ber Criminalrichter über Eristenz und Urheber des Berbrechens entschieben habe. Der Civilrichter ift bei seiner Ent= scheidung nut an die Ergebnisse ber ihm von ben Parteien vorgeführten Beweismittel gewiesen und würde baher bie Ergebnisse ber Untersuchung bann, wenn keine ber Parteien bei ber Beweisführung auf sie Bezug genom: men, nicht einmal in den Kreis seiner Erwägung ziehenund bei der Entscheidung berücksichtigen konnen. angenommen, daß eine ber Parteien auf die Entscheidung des Strafrichters sich bezieht, so ift biefelbe nur als eine öffentliche Urkunde anzusehen, burch welche bewiesen wirb, bus ber Strafrichter in ber ihm vorgelegenen Untersuchung ben im Urthel enthaltenen Ansspruch gefällt habe. fommt, daß die Berurtheilung burch ben Strafrichter auf Beweismittel fich flugen tann, beren Bulaffigfeit im Strafprocesse, nicht auch im Civilprocesse anerkannt ift. Etenfo ift die Form, in welcher die Bewelsmittel im Strufprocesse erhoben werden, burchaus nicht ben Regeln Des Civilprocesses entsprechend und nicht selten mit Befitantungen in Betreff bes Beguthtigten verbunden, wel-De int Civilprocesse gegen ben Beflagten nicht anwenbbar

sind. Beiter — abgesehen von der Art der Beweismittel und ihrer Erhebung — ist die Entscheidung des Straffrichters viel freier als die des Civilrichters und kann auf das Zusammentreffen von Indicien gestützt werden, welches dem Civilrichter zur Verurtheilung des Beklagten nicht genügen würde. Man nag sich hierbei nicht darauf berusen, daß bei dem Streben nach materieller Bahrheit im Strasprocesse die Ergebnisse desselben eine viel größere Gewähr ihrer Richtigkeit lieferten, als die des Civilprocesses. Der Beklagte kann verlangen, daß die Entscheidung über die gegen ihn erhobenen Unsprücke in der hiers für bestimmten Maße und Processorm vorbereitet und ertheilt werde, und es kann ihm an sich dieses Besugnis nicht gleichsam zur Strase der Handlung, aus welcher die Unsprücke entstanden sind, entzogen werden.

Uebrigens entscheidet der Civilrichter auch in den Fällen, in welchen die Untersuchung der betreffenden Handlung überhaupt nicht Statt sinden kann (z. B. wegen Verjährung, Abolition 1c.), über Eristenz und Urheberschaft derselben nach den Regeln und in den Formen des Civilprocesses.

Noch weniger kann die Entscheidung des Civilrichters über die privatrechtlichen Ansprüche irgend einen präjudicirlichen Einfluß auf die Entscheidung des Criminalrichters äußern. Hier ist nicht einmal jene Garantie meterieller Wahrheit vorhanden, welche der Strafproces ausstrebt, und der letztere kann Beweisgründe nicht aufnehmen, welche auf Fictionen, Fristversäumnissen, Berzichten zu. beruhen.

Eine andre Frage ist es, ob nicht der Strafrichter die Ergebnisse des Civilprocesses ebensowohl zu Anhalts punkten bei seinen Erörterungen und Nachsorschungen, als auch zu Indicien bei der Aburtheilung der Sache benuten kann. Der Civilproces kann ihm hier ein reicht

Material gewähren, bei bessen Benutzung er nicht, wie ber Civilrichter bei der Berücksichtigung der Ergebnisse des Strafprocesses, an die Antrage des Bezüchtigten zc. ge= bunden ift. Allein bei dieser Benutung treten die allgemeinen Regeln über Erforschung von Indicien, über ben Werth derselben und überhaupt die allgemeinen Regeln bes Beweises in Straffachen und über die Beweisführung in benselben ein. Insbesondere kann deshalb, weil die Untersuchung auf ben Antrag bes Beschäbigten eingeleitet worben ift, welcher zuvor im Civilprocesse als Kläger ge= gen den Beschäbiger aufgetreten ist, nicht von einer, auch für ben Strafproceß maßgebenden Rechtskraft bes Civilurthels die Rede sein, - ein Parteiverhältniß, wie es der Civilproces kennt, wird dadurch, daß auf den Antrag des Beschäbigten die Untersuchung eingeleitet worben ift, nicht hergestellt.

230 bas positive Gesetz bes Staates feine Ausnahme festftellt, kann baher an sich weber die gleichzeitige Berhandlung ber Civil = und ber Straffache bei bemfelben Richter, noch ber Sat, daß die Entscheidung einer ber conneren Sachen für bie der andern maggebend sei, gerechtfertigt werben 2).

<sup>2)</sup> Es ift hier allenthalben von der principalen Berbindung Die Rebe ; - nicht von ben Prajudicial = Sachen , bet benen die verherige Entscheidung einer Incident - Frage vor der Entscheidung der Hauptsache nothwendig ift und an sich, ohne Das Insammentreffen, die Entscheidung der einen von dem Civile, die der andern von dem Criminal = Richter erfolgen mußte. Der Verfasser hat an einem anderen Orte (in ber Sächsischen Beitschrift f. Rechtspflege u. Berw. Reue Folge 286. X. Deft 3.) bereits nachjuweifen versucht, bag ber Strafrichter mit alleiniger Ausnahme der Fälle, im benen eine vorherige civilrectliche Entfocis bung grabeju jum Thatbestande bes Berbrechens porausgesest wird, unbedingt über bie einschlas genben (and eherechtlichen) Civilrechtsfragen mit ju enticheiben berechtige fen.

§. 2.

Andrerseits läßt sich nicht verkennen, daß die vereinte Verhandlung und Entscheidung der privatrechtlichen Unsprüche und der Strafsache viele Bortheile darbietet und die getrennte Verhandlung Nachtheile erzeugt, die das Ansehen der Justiz gefährden und leicht zu materiellen Rechtsverletzungen führen.

Es kommt vor, daß der, welcher wegen Rothzucht zur Untersuchung gezogen und mit Strafe belegt worden ift, in bem gegen ihn angestellten Dotations: und Alimentations : Processe losgesprochen wird, weil die dem Civilrichter vorgeführten Beweismittel nach den Regeln des Civilprocesses nicht zum Beweise bes concubitus und sonach zur Beturtheilung bes Beklagten ausreichten. tommen, daß ber, welcher wegen Entwendung einer bei ihm aufgefundenen Summe Gelbes bestraft wird, in dem Civilprocesse, welchen ber Eigenthumer bes Gelbes auf Herausgabe besselben angestellt hatte, losgesprochen wird, weil die Identität bes entwendeten und bes vorgefunde nen Geldes nicht in einer, ben Civilproceß : Gefeten ent: sprechenden Dage nachgewiesen ward. Der Strafricter verurtheilte den Besitzer des Geldes, weil letterer über den rechtlichen Erwerb besselben sich nicht ausweisen konn: te, ein habitueller Dieb ist, und weil durch die eidliche Recognition des Eigenthumers in Berbindung mit ben fonstigen Ergebniffen der Untersuchung die Thatsache ber Entwendung und die Ibentität in genügende Gewisheit gesetzt wurde. Allein ber Civilrichter wird ben Inbiden: hemeis, wenngleich er ihm wieder vorgeführt wird und dabei, soweit möglich (was nicht flets ber Kall sein wird), die Formen des Civilprocesses beobachtet werden, nicht für genügent achten.

Es ift überhaupt eine schlimme Zumuthung für ben Beschädigten, daß er den Beweis ber Beschädigung und

er Urheberschaft gegen ben Beschädiger im Civilpro-e burchführe, nachdem bereits bie Staatsbehörde beibe weiefate im Strafprocesse für erbracht angesehen unb ihalb ben Bezüchtigten, seines Läugnens ungeachtet, einer Criminalstrafe verurtheilt hat. Man will hier pt einmal auf die möglichen Wechselfälle und Bufälle that Givilprocesses (z. B. Bersäumnisse zc.), auf bent that ober bie Abschwächung einzelner, im Strafproborgeführter Beweismittel zc. Bezug nehmen. hrung bes Beweises allein schon ift, wenn ber Beweis ber Straffache für gelungen erklärt murbe, eine harte fgabe für den Beschäbigten, der nicht selten burch bie :fchadigung in seinen Bermögens : und Erwerbs : Berlithiffen schwer benachtheiligt worden ift, balbigen Ery des ihm jugezognen Schabens dringend wünschen muß d boch die Erfüllung bieses Wunsches von bem Ansrge eines schleppenden Civilprocesses erwarten soll. Diese wägung macht sich insbesondere bei Körperverletzungen tend, wo ber Berlette oft bringend bes Ersates bes urfachten Aufwants für Heilung und Pflege bebarf bennoch hiermit, nach ber Bestrafung bes Beschäers, erst an ben Civilrichter verwiesen wirb.

Diese Uebelstände mussen den Gesetzeber zu einer then Bermittelung der beiden Procesarten in Betress bier fragtichen Ansprüche veranlassen, daß bei strenger rücksichtigung der Interessen des Beschäbigers, insbestere seiner protessualischen Stellung, dem Beschäbigstauf möglichst raschem Bege zu seiner Erfatsorderung

holfen werbe.

Diese Vermittelung hat man in dem Abhäsions:
ocesse gefunden. Man hat dem Beschädigten das fugniß ertheilt, seine Schädenansprüche in dem Strafsspren geltend zu machen, und die Competenz des rafrichters auf die Erörterung und Entschiung dies

jugleich den Beweis für die Existenz und den Umfang seiner Schäden berzuleiten. Man gestattet dem Beschädigten, in dem Strasversahren die daselbst ermittelten Thatsachen als Beweisunterlagen für seinen Anspruch zu benuten, und ermächtigt den Richter, auf Grund dieser Erhebungen gleichzeitig über den Sivil = und Criminal = Punkt zu entscheiden.

In diesen Erwägungen liegt, nach der Ansicht bes Berfassers, auch das entscheidende Moment für die Parteisstellung und die Grenzen des Adhäsionsprocesses.

Die unmittelbare Einwirkung bes Beschädigten auf den Sang bes Versahrens oder die gerichtlichen Erhebungen, — die selbstständige Erörterung der privatrechtlichen Ansprüche, — und die Benutung der civilprocessualisch gestatteten Ergänzungsmittel für den geführten Beweis — müssen ausgeschlossen bleiben, und der Gesichtspunkt, daß jede richterliche Thätigkeit bei der Beweisaufnahme nur auf die Herstellung der zu der Eriminal: Entscheisdung nöthigen Unterlagen gerichtet seyn dürfe, maßgebend seyn.

Hieraus folgt, daß der Abhärent keine Unträge auf Bornahme einzelner gerichtlicher Handlungen Behufs der Erörterung seiner Ansprüche stellen kann, und daß der Richter eine Berurtheilung nur dann aussprechen kann, wens die Ergebnisse der Eriminaluntersuchung nicht blos die Berurtheilung in der Eriminalsache, sondern auch, ohne weittere Ergänzung, die in der Eivilsache rechtfertigen. Rankann daher sagen, daß dem Strafrichter nur in Wetress der Aburtheilung die Competenz in der materiells conneren Civilsache übertragen werde.

Geht man von diesen Grundsätzen aus, so wird weber eine Vermischung ber beiden Processormen, noch et Berzögerung des Strafverfahrens, noch auch endlich eine Benachtheiligung des Bezüchtigten als des Beklagten, in

į-

seinen Parteirechten zu befürchten seyn. Insbesondere wird der Einwand, daß das inquisitorische Element der Untersuchung auf die Erörterung des Civilanspruchs übertragen werde, beseitigt seyn. Andrerseits wird der Bortheil für den Beschädigten immer ein sehr erheblicher seyn, namentlich wenn man dem Strafrichter gestattet, in den Fällen, in welchen der Umfang der Ersappslicht an sich zwar, nicht aber das Quantum der Schäden in gehöriger Gewisseit beruht, nur diese Verpslichtung auszusprechen.

### §. 7.

- Aus bem Dbigen ergeben sich nun folgende Regeln:

  a) Der Beschäbigte hat seinen Entschluß, bem Strafversahren zu abhäriren, bestimmt auszusprechen und actenkundig zu machen. Eine Friststellung betreffs der Erklärung ist zweckmäßig, wenngleich nicht unbedingt nösthig. Denn da der Beschädigte keine Anträge auf Erherbungen stellen kann, so wird der Richter auch jederzeit in der Lage seyn, über den Anspruch des Beschädigten mit zu entscheiden, und ein Ausschub des Berfahrens bis zur Erledigung der Anträge kann, selbstverständlich, nicht eintreten. Schließlich ist es auch nur der Nachtheil des Beschädigten, wenn der Richter bedenklich sindet, auf den späten Antrag desselben noch einzugehen, und ihn deshalb an den Civilrichter verweist.
- b) Die Unsprüche müssen bestimmt specificirt werden, damit der Richter zu prüfen im Stande ist, ob und in wies weit sie durch die Ergebnisse der Untersuchung bewahrheis tet werden.
- c) Der Bezüchtigte ist über die Anträge zu hören, gleichwie über die Beschuldigungspunkte, es solgt diesses Recht auch aus der Parteistellung zu dem Beschädigten.
- d) Der Beschädigte kann jederzeit bis zum Erkenntwisse seinen Antrag zurückziehen und seine Ansprüche im

# 360 Von der Adhäsion des Beschädigten

Civilprocesse verfolgen, vorbehältlich der Pflicht zur Uebertragung der etwa durch seine Anträge entstandenen und bezüglich dem Gegner verursachten Kosten.

- e) Eine Abweisung der Ansprüche erfolgt nur durch das Erkenntniß in der Hauptsache oder durch das Einstelz lungserkenntniß. Eine vorherige Zurückweisung im Vorwersahren oder im Anklageversahren ist nicht statthaft und nicht nöthig, da die Anträge des Beschädigten das Bersfahren nicht aushalten und somit kein Grund zu einer früsheren Zurückweisung vorliegt.
- f) Die Abweisung hat nur den Charakter der Ausweisung aus dem Strafverfahren und der Berweisung an das Civilgericht.
- g) Der Beschäbigte kann keine Untrage auf Untersuchungshandlungen stellen, noch der Bornahme von sol: den widersprechen. Für ihn sind nur die Ergebniffe derselben vorhanden. Insbesondere hat er nicht das Recht, der Haftentlassung ohne Sicherheitsstellung zu widerspre: Die Haft wird aus criminalprocessualischen Grun: den angelegt und mit Wegfall derselben aufgehoben, sie kann niemals ein Sicherungsmittel für die Ansprüche Die gegentheilige Unnahme ist des Beschädigten senn. eine Erhebung des Civilpunkts zur Hauptsache und eine ungerechtfertigte Benachtheiligung bes Bezüchtigten. Das selbe gilt von der Frage, ob der Beschädigte über die Bob ber Caution, gegen beren Erlegung ber Bezüchtigte ent: lassen werden soll, gehört werde. Soweit der Untersu dungsrichter bei der Bestimmung der Cautionssumme über haupt auf ben angestifteten Schaben und die ihm betans ten Unsprüche bes Beschädigten Rücksicht nehmen soll, liegt ihm diese Pflicht auch dann ob, wenn der lettere ben Strafverfahren sich nicht angeschlossen hat, und ift de nichts Besonderes. Im Uebrigen aber bleibt es bem Beschädigten unbenommen, die nöthigen Inhibitions: mb

1

Beschlagnahme = Anträge bei dem betreffenden Civil-Gerichte u stellen, zu dessen Competenz sie gehören.

- h) Der Beschäbigte darf den Vernehmungen des Bezüchtigten und den Befragungen der Zeugen in der Vormersuchung nicht beiwohnen. Er würde außerdem nur a leicht die Stelle eines zweiten Inquirenten einnehmen mb, seinem Gegner gegenüber, die Rolle des Klägers nit der des Richters vertauschen, eine offenbare Rechtszerlehung gegen den Bezüchtigten. Eine andere Fragest es, ob der Richter befugt seyn soll, den Beschädigten ei Localbesichtigungen, Haussuchungen zu. beizuziehen oder uzulassen. Diese Frage ist aus bekannten, strafprozessulassen. Diese Frage ist aus bekannten, strafprozessulassen, wab der Richter wird ierbei undehindert seyn, den Beschädigten mit seinen Beznerkungen zu hören.
- irkenntnisse auf Fortstellung (Verweisungsbeschlusse ic.) ind den für die Hauptverhandlung bestimmten Beweisenitteln in Kenntniß zu setzen, sowie zur Hauptverhandzung vorzuladen, wobei er sowohl mit einem Advocaten, le auch nur durch einen Advocaten erscheinen kann. Derelbe kann Vorstellungen und Aussührungen, sowohl in Betress der bisher erlangten, seinen Ansprüchen günstigen Ergednisse, zu den Acten einreichen, worüber der Gegener zu hören ist. Die Einsicht der Acten ist ihm, benso wie dem Vertheidiger des Angeschuldigten, jedoch mter den sonst üblichen Maßregeln zur Verhütung des Risbrauchs, zu gestatten 17).

<sup>17)</sup> Der neueste Bayer. Entw. Art. 106 bestimmt: " bat sich bem Strafverfahren ein Privatbetheiligter angeschlossen, so kann der Rechts anwalt de selben nur zum Zwecke der Borbereitung für die Hauptverhandlung oder der Ausführung eines Rechtsmittels, die strafgerichtlichen Acten einsehen."

# 362 Bon der Abhäsion des Beschädigken

- k) Bei der Hauptverhandlung wird der Besche bigte mit seinen Anträgen und Aussührungen, insbesondere nach dem Schlusse der Beweisaufnahme, zu hören senn. Bei der Hauptverhandlung tritt das obige Bedensten gegen die Einmischung des Beschädigten in das Hauptversahren mehr zurück, weil hier der Bezüchtigte zugegen ist und es ihm freisteht, die zur Widerlegung des Beschädigten dienlichen Fragen an die Zeugen zc. stellen zu lassen. Auch wird, wenn eben die Befragung auf die für die Eriminalsache vorgeladenen Zeugen beschränkt wird, ein Verschleif oder sonstige Benachtheiligung der Eriminalsache nicht zu befürchten seyn. Das contradictorische Versahren sichert vor Einseitigkeit und Uebergriffen.
  - 1) Die Verurtheilung nach dem Antrage des Beschädigten ist nur bei einer Verurtheilung des Bezüchtige ten in der Criminalsache und zwar in Betreff derjenigen Handlung, als deren Folgen die geltend gemachten Schäden anzusehen sind, zulässig.

Ueber das Erkenntniß selbst und die gegen dasselbe zulässigen Rechtsmittel ist nun Folgendes zu erwähnen:

### §. 8.

Die Ermittelung der Schäden im Strafversahren geht nicht immer bis in die kleinsten Details. Es genügt hier häusig eine summarische Angabe derselben. Man fragt z. B. bei einer Körperverletzung nicht darnach, ob der Verletzte fünf, oder aber ob er acht Tage außer Stande gewesen ist, seine gewöhnliche Berufsarbeit zu verrichten; — es genügt die Versicherung, daß er mehrere Tage unfähig zur Arbeit gewesen ist; man fragt nicht auf wie hoch sich sein zeitheriger Arbeitsverdienst belausen und wieviel ihm daher entzogen worden. Diese Frage werden wichtig bei der Quantissicirung der Schäden und

it bei der Feststellung der Ersatsumme. Der Crimis ichter kann Behufs derselben keine selbstständigen, b das Strafverfahren nicht gebotenen Erörterungen nehmen, obgleich er nicht gehindert seyn wird, die ebies erforderliche Befragung des Berletten auf diese itte mit zu richten und ben Beschäbiger hiergegen mit en Einwendungen zu hören. In den Fällen nun, in ten die Quantificirung ber Schäben besondere Schwies eiten darbietet oder die Schäbensumme durch die crialprocessualischen Erhebungen nicht in die erforderliche vißheit gesetzt wird, ist es immer noch ein Gewinn ben Beschädigten, wenn der Angeschuldigte in die, ch seine Handlung verursachten erweislichen Schäben urtheilt wird, so daß eben nur die Liquidirung und scheinigung ber Schäben zur civilprocessualischen Ausrung übrig bleibt und bie Vorberfate ber Chabenrech: g nicht mehr angefochten werben können.

Nur ein Bedenken könnte hier noch von der Frage zenommen werden: Wieweit erstreckt sich eine solche rurtheilung?

Der Beschädiger kann für den directen Schaben, er durch seine Handlung dem Andern zugefügt hat, ten, — er kann auch für den entzogenen Gewinn verzwortlich seyn. Welcher Grad der Ersappslicht wird d die obige Formel ausgesprochen? — Die hier sehr seinen Unterschiede zwischen diesen Graden der appslicht und ihrer Geltendmachung werden nicht selzden Kreis der strafrechtlichen Erörterung und Entzidung überschreiten. Allein man kann hier dem Strafter, welchem einmal bei der Entscheidung über die sprüche die Stellung des Civilrichters angewiesen wird, bei dieser Frage die Entscheidung darüber, welcher der Ersappslicht vorliege, mit der Wirkung überzen, das der Beschädigte den etwa zurückzewiesenen

höhern Grad der Ersatpflicht annoch im Civilrechtswege geltend machen könne, — oder, was bei solcher allgemeinen Verurtheilung sich noch mehr empfehlen möchte, man überläßt die Entscheidung der Frage, wieweit die Ersatpflicht sich erstrecke, unbedingt dem spätern Versfahren vor dem Civilgerichte.

Man kann sich daher folgende Fälle der Verurtheilung denken:

- a) der Strafrichter verurtheilt den Bezüchtigten in Bezahlung der von dem Beschädigten liquidirten Summe; —
- b) ber Strafrichter verurtheilt ihn in Erstattung ber dem Beschädigten verursachten, erweislichen Schäden, ohne nähere Bezeichnung;
- c) gleiche Verurtheilung, mit näherer Bezeichnung bes Grades der Ersappflicht.

Hierzu tritt noch der besondere Fall, wenn der Bezüchtigte in Herausgabe einer Sache verurtheilt, im Uebris gen aber die Frage über die Ersatpflicht wegen weiterer Schäden zum Civilprocesse verwiesen wird.

Ferner kann sich der Strafrichter zu der allgemeisnen Verurtheilung veranlaßt finden, weil der ursachliche Zusammenhang der strafbaren That und des angezeigten, auch bewiesnen Schadens nicht nachgewiesen ist.

Auf einen Erfüllungseld kann der Strafrichter sein Erkenntniß nicht richten. Der Beweis muß vollständig durch die Ergebnisse der Untersuchung geliefert seyn,—ein Rückgriff zu civilprocessualischen Ergänzungsmitteln ist unzulässig. Ein Reinigungseid würde selbstverständelich noch andere Bedenken gegen sich haben. Kann der Strafrichter auf einen Schätzungseid (juramentum in Stem) erkennen? In consequenter Durchführung wobersten Grundsatzes, den wir aufgestellt haben, wiede die Frage zu verneinen seyn. Allein wie einestheils hier

eit ober boch Nühlichkeit zurücktreten muß, so wird der Beschädigte in der Regel auch als Zeuge befragt und verzidet worden seyn. Der Strasrichter kann solchensalls inbedenklich den Zeugeneid des Beschädigten — dasern ine Aussage die specielle Angabe der Schäden mit umast — als Schähungseid für die Civilsache ansehen, wie r ja auch diese Aussage in Betreff der Schädensumme vem Straserkenntnisse zu Grunde legt. Muß man server dem Strassrichter das Recht der Fesiskellung und bezüglich Ermäßigung der liquidirten Schädensumme überaupt einräumen, so ist es auch unbedenklich, ihm zu estatten, auf den Schähungseid zu erkennen. Hierzu den sieser Eid nur das Aushilssmittel für die richterliche Fesssellsmittel ist und auch dem Erfüllungseide ucht gleichgestellt werden kann.

Der Strafrichter nimmt daher bei den Erhebungen es Sachverhalts und den sonstigen Erörterungen keine entscheiden de Rücksicht auf die erfolgte Abhäsion und erfährt allenthalben hierbei nach den Regeln des Straf: Bei ber Entscheidung über die Udhäsion wird er die Frage, ob die für den Civilpunkt einschlagenden Ehatsachen bewiesen senen, gleichfalls nach ben Regeln Iber den Beweis in Straffachen beantworten. Nur bei ben Fragen: Ist der Thäter schuldig, für den durch feine Handlung angestifteten Schaden einzustehen? Bie veit erstreckt sich diese Ersatpflicht? Sind die angezeigten Ehaben solche, welche von dieser Ersappflicht betroffen werben? wird er auf die Grundsätze des Civilrechts zu= Also die Thatfrage nach Drundsätzen bes Strafprocesses, - Die Rechtsfrage nach benen bes Civilrechts.

Unpassend erscheint es, dem Strafrichter zu gestatzten, einzelne Theile der Schädenrechnung zur civilprocessualischen Aussührung zu verweisen und in Betress der übrigen die Verurtheilung des Bezüchtigten auszusprechen. Es ist vielmehr davon auszugehen, daß, wenn einzelne Posten der Schädenrechnung Zweisel erregen, der Strafrichter von einem weiteren Eingehen auf die sämmtzlichen Posten absieht und eine theilweise Verurtheilung und theilweise Abweisung unzulässig ist. In diesen Fällen wird der Richter nur die allgemeine Verurtheilung in die erweislichen Schäden auszusprechen haben.

# §. 9.

Erwägt man nun, daß der Beschädigte in ben Fallen, in welchen er bei ber Umfänglichkeit und Schwierig: keit seiner Schäbenrechnung im Boraus sich sagen muß, daß der Strafrichter bie sofortige Verurtheilung bes Bezüchtigten in den geforderten Ersatz bedenklich finden und den Antrag zum Civilrichter verweisen werde, nur zu dem Zwecke dem Criminalverfahren sich anschließen wird, um jene allgemeine Berurtheilung bes Bezüchtigten in Abstattung der verursachten Schäben zu erlangen, hierzu es aber in der That eines besondern Unschlusses des Beschädigten nicht bedarf: da er selbstständige Erhebungen zu diesem Behufe nicht beantragen kann, so scheint es zwedmäßig zu senn, ben Grundsat des französischen Rechts zu adoptiren, von welchem wir oben gesprocen haben, und ihn als allgemeinen materiellen Rechtsfat Merlin sagt in s. Répert. v. Chosehinzustellen. jugée §. 15 18):

Le jugement du tribunal criminel forme pour le partie civile sur l'existence du délit comme sur la

'<u>.</u> •

<sup>18)</sup> Bgl. Ruppenthal, a. a. D.

culpabilité de son auteur une preuve, qu'aucune autorité ne peut plus atténuer ni méconnaitre et de laquelle le tribunal civil doit partir comme d'une base invariable pour déterminer les dommages — intérêts qui sont dûs.

Die Hannöversche Straf: P. D. g. 45' läßt zwar eine Berbindung der öffentlichen Klage und der Civilklage nur bei den Polizei: Uebertretungen zu, bestimmt aber in f. 46 über den Einfluß der strafrichterlichen Entscheisdung auf das Civilverfahren:

"Bird durch rechtsträftiges Strafurtheil der Beschuldigte einer Handlung (Unterlassung) schuldig erfannt, so gilt das Dasen n dieser Handlung auch für das absgesonderte Civilversahren bis zum Gegenbeweise für erzwiesen. Das etwaige Erkenntniß des Strafrichters über die Strafrechtswidrigkeit und deren Folgen binzbet jedoch den Civilrichter nicht hinsichtlich seines Urtheils über die in der Handlung liegende Privatrechtsverletzung und deren Folgen."

Aus dem Gegensate, in welchem diese beiden Absschnitte des §. 46 stehen, muß man abnehmen, daß nicht blos das Daseyn, sondern auch die Urheberschaft der Pandlung durch das Criminalurthel bewiesen seyn soll. Wichtig ist dagegen die Beschränkung: "bis zum Gegensbeweise." Es wird hier die Beantwortung vorzüglich von der Vorfrage abhängen, in wieweit der Verurtheilte wegen neuer Thatumstände die Wiederaufnahme des Verschnen ist, daß die Würde und das Ansehen der Justiz wichts gewinnen würde, wenn die durch das Criminals wichel una banderlich sessen Verlagung angenommene Thatsache wieder zum Gegenstand eines Civilbeweises gemacht werden und els der Fall eintreten könnte, daß nachträglich der Civils

richter den in der Criminalsache gelieferten Beweis für elidirt erachtete, das Dasenn oder die Urheberschaft ber Sandlung nicht für erwiesen erklärte, ben Beklagten von der Verpflichtung zum Schadensersate entbande und boch der Criminalbeweis in der Strafsache in ber früheren, vollsten Wirksamkeit bliebe. — Dabei brängt sich noch eine andere Frage auf: Kann ber Berurtheilte seinen Ge: genbeweis auch auf solche Thatsachen — wenigstens in Berbindung mit andern Thatsachen — stützen, welche bereits dem Criminalrichter vorgelegen haben, von die: sem aber ausdrucklich oder (burch die Verurtheilung) still: schweigend für unerheblich erklärt worden sind? Wie einerseits, wenn man einmal ben Gegenbeweis im Civilverfahren gestatten wollte, die Berneinung biefer Frage zu einer ichwerfälligen Beschränkung des Beweisführers sowohl als des Richters führen würde, so sind andrerseits boch die Inconvenienzen nicht zu verkennen, welche mit einer solchen . Revision des Criminalbeweises durch den Civilrichter nothwendig verbunden sind. Dazu kommt, daß das Urtheil des Criminalrichters auf Grund einer mundlichen, von ihm unmittelbar gepflogenen Berhand. lung gefällt wurde. Alle die Gründe, welche gegen bie Appellabilität der bei solcher Verhandlung gefällten Erkenntnisse angeführt werden, sprechen, noch in erhöhter Maße, gegen diese Appellation von dem Ausspruche bes Criminalrichters an den des Civilrichters.

Es ist zuzugeben, daß das Criminalurthel nicht als eine zwischen bem Beschädigten und bem Bezüchtigten ergangene Entscheidung anzusehen ift und daher durch baf selbe keine rechtskräftige Norm für die Civilsache gewon nen wird. Diesen Sat ber Theorie muffen wir gestehen. Allein es handelt sich hier um eine Bermitte lung dieses Sates mit der praktischen Rothwende keit, die Entscheidung des Criminalrichters wenigstel

In soweit aufrecht zu halten, als sie das Dasenn und die Urheberschaft der Handlung betrifft, und barum, vom legislatorischen Standpunkte aus, die Inconvenienzen abzuschneiden, welche aus jenem Sate in den hierzber gehörigen Fällen entstehen. Bei den in den vorstehenzen Sch vorgeschlagenen Bestimmungen würde, wie bezwerkt, eine Benachtheiligung des Beschädigten nicht zu besorgen seyn, wenn man nicht sie darin sinden will, daß der Civilproces ihm möglicherweise die Mittel gewährt haben wurde, die gerechte Forderung des Klägers zu beseitigen.

#### §. 10.

Die Berurtheilung bes Beschädigers in den gefor= berten Schabensersat ift nur ein Anhang ber Berurthei: sung in der Hauptsache. Wo diese nicht ausgesprochen wird, kann auch von jener nicht die Rede seyn. Beide stehen und fallen mit einander. Db die Freisprechung in ber Criminalsache wegen mangelnden Beweises ober aus andern Gründen erfolgte, ist hierbei gleichgiltig. Bird baher z. B. ber Bezüchtigte losgesprochen, weil. zwar bie That und ihre Urheberschaft gegen ihn bewiesen werben, andrerseits jedoch bie That für an sich nicht Grafbar ober verjährt zu achten, so kann, wenngleich in biefen Fällen die Ersatpflicht des Bezüchtigten immer noch in Frage kommen kann, ber Strafrichter eine Bermtheilung in Ersatz der Schäben nicht aussprechen. In Millen dieser Art wurde der Grundsatz des französischen Rechts, Le criminel emporte le civil" noch immer für ben Beschädigten sehr erhebliche Vortheile gewähren. Beiter versteht sich von selbst, daß die Verurtheilung in bet Criminalsache genau auch biejenige Handlung betreffen muß, in Folge beren bie Schäben entstanden senn sols len, mas bei gemischten (verurtheilenden und theils Tráis 5. Cr. M. 1852. III. St. **8** 6

weise lossprechenden) Erkenntnissen von Wichtigkeit wer: ben fann.

Rur eine bebenkliche Erweiterung ber Competenz bes Strafrichters muß es ber Berfasser erachten, wenn man bem Beschäbigten gestatten will, seine Unsprüche gegen die nur civilrechtlich verantwortlichen Personen gleichfalls in dem Criminalverfahren geltend zu machen, obschon sie von dem Strafgesetze nicht betroffen werden. ift jene Identität bes Bezüchtigten und bes Beklagten nicht vorhanden, welche neben der materiellen Connexität der Ansprüche die Competenz des Strafrichters begrun-Sie sind seiner Jurisdiction durch jenes civilrecht: liche Berhältniß nicht untergeben worden. Man macht fie zu Ungeflagten, obgleich fie nichts Strafbares begangen Ueberdies wird jenes civilrechtliche Berhaltniß oft nur durch die Pflicht der Aufsicht über andre Personen begründet, und es beruht daher die Erfatverpflichtung nur auf der Unterlassung jener Aufsichts, Die Frage, ob eine solche Unterlassung vorliege, ist nur und ausschließlich nach civilrechtlichen Brundfagen zu beurtheilen, und die einschlagenben That: sachen werden zumeift auf die Feststellung bes Thatbestands des Berbrechens wenig oder gar keinen Ginfluß dußern, so daß ihr Hersiberziehen in die Untersuchung nur störend und hemmend für diese senn kann. bestimmt unter Unterm bie Babische Straf = P. D. &. 334: "Der Beschäbigte fann seine Antrage wegen Entschäbi: gung nicht nur gegen ben Angeschuldigten als Urfeber der Beschädigung, sondern auch gegen diejenigen rich ten, die nach burgerlichen Gesetzen für benfelben verantwortlich find. Die Betteren werben alsbenn über biefe Antrage in ber Untersuchung vernom men und sofort zur Schlußverhandlung mit vorge laben."

#### §. 11.

Der Strafrichter hat, wenn die für die Schädensfrage erheblichen Thatumstände am Schlusse der Verhandslung nicht genügend aufgeklärt worden sind oder die rechtsliche Beurtheilung der Schädenansprüche besondere Schwiesrigkeiten darbietet, welche die sofortige Aburtheilung besdenklich erscheinen lassen, den Beschädigten mit seinen Anträgen abzuweisen. Diese Abweisung ist nur eine Begweisung aus dem Strasversahren und eine Verweissung an den Sivilrichter. Eine Lossprechung des Bezüchztigten in Betreff dieser Ansprüche ist dem Strafrichter niemals gestattet.

Die Competenz des Strafrichters in Betreff dieser Unsprüche ist mit der Fällung des Straferkenntnisses besendigt und kann die letztere nicht überdauern. Ist die Aburtheilung der Unsprüche auf Grund der strafprocessuszlischen Berhandlungen nicht zu bewirken, so fällt das Protiv, aus welchem dem Beschädigten der Anschluß gesstattet wurde, von selbst hinweg. Man mag dagegen nicht einhalten, daß der Strafrichter, sen es aus Besquemlichkeit oder Aengstlichkeit, oder aus der Scheu, sich mit den, seiner Competenz an sich fremden Gegenständen zu besassen, in der Regel seine Zuslucht zu einer Abweissung nehmen und dadurch die Absicht des Gesetzes verseiteln werde. Die Erfahrung in anderen Ländern lehrt das Gegentheil.

Der Verfasser kann daher die Bestimmung der Badischen Straf=P. D. S. 335 nicht billigen, nach welcher in Fällen dieser Art das Urtheil über den Straspunkt vorerst allein und sodann später das Urtheil über die Entschädigung sowohl gegen den Angeschuldigten, als gegen den Dritten, gegen welchen der Antrag gestellt worden ist, von dem nämlichen Gerichte erlassen werden soll.

# 372 Bon der Abhäsion des Beschädigten

Bei bieser Bestimmung nothigt man ben Strafrich ter, auf Unterlagen, Die felbst nicht für ausreichend erachtet und zu beren Erganzung er kein Mittel in ben Ban: ben hat, ein Erkenntniß über civilrechtliche Ansprüche au fällen. Das Geset selbst fett den Fall voraus, daß bie für die Entschädigung erheblichen Thatumstände am Schlusse ber Verhandlung nicht genügend aufgeklärt sind ober bezüglich in der Schlußverhandlung nicht genügend ermittelt werben konnten." Will man bem Strafrichter Die spätere Erganzung gestatten, so konnte bieselbe, streng genommen, nur nach ben Regeln bes Strafprocesses er folgen, ta sie eben nur eine Ergänzung bes beentigten Strafrersahrens senn soll. Hierin würde eine große Benachtheiligung bes Bezüchtigten liegen, welcher verlangen tann, bag, wenn die Ergebniffe ber Untersuchung gu seiner Berurtheilung nicht hinreichen, Dieselbe nicht zu diesem Behufe noch besonders wieder aufgenommen, viels mehr foldenfalls bas Werfahren beobachtet werbe, welches bie Gesetze als die Regel bei Berfolgung berartiger Un sprüche vorschreiben. Wie will man es z. B. in Fällen bieser Art rechtfertigen, bem Bezüchtigten ben Gebrauch bes Eidesantrags, die Einreichung von Fragestücken ic. gegen ben Beweis bes Beschädigten sowohl als jum Beweise vorgebrachter Erceptionen abzuschneiden? 19) Bei: ter ift auf die Fälle hinzuweisen, in tenen die einschla

<sup>19)</sup> Die Babische Straf = P. D. S. 336 bestimmt: "Rehautete ber Angeschuldigte eine aus Gründen des bürgerlichen Rechts eingetretene Erlöschung der Entschädigungkansprüche, so wird, wenn der Beschädigte ter Erlöschung widerspricht, von Strafrichter ohne Rücksicht auf jene Behauptung über die Entschädigungkansprüche erfannt, dem Angeschuldigten jeden, sofern er hierbei unterliegt, die Geltendmachung seiner kerhauptung vor dem bürgerlichen Gerichte vorbehalten. Bediesem Falle kann die einstweilige Bollziehung des Erkentnisses über die Entschädigung nur gegen Sietes heitbleistung Statt sinden."

genden Rechtsfragen, insbesondere über den Umfang der Ersatpflicht, besondere Schwierigkeiten darbieten und das her eine gründliche und regelrechte Erörterung im civilrechtlichen Verfahren erheischen.

Die criminalrechtliche Verschuldung erzeugt noch nicht nothwendig eine unbedingte Haftungspflicht für die ent: standenen Schäden; bei den letteren, wenigstens bei der Ausbehnung derselben, wirken oft andere Umstände mit, beren Bertretung nicht allemal bem Urheber ber Verletung angesonnen werden kann, ja beren Berschuldung nicht sels ten ben Beschätigten selbst trifft. Man fann baher nicht von ber Unnahme ausgehen, als ob mit dem Beweise ber Berübung ber That nun auch fein 3weifel über die Haftungspflicht wegen ber Schäben übrig bleiben fonne. Man fennt übrigens die Schädenrechnungen, welche bisweilen aufgestellt werben und bei denen jede einzelne Post eine sorgfaltige Prufung erheischt, ob sie in der That mit der Berletung selbst in ursachlichem Busammenhange stehen. Diese Prüfung fann in bem Strafverfahren nicht bewirkt werden und ihre Vornahme in demselben ift eine Benach. theiligung einer ober ber andern Partei. Die übrigen Sesetgebungen haben die Bestimmung der Babischen Strafs P. D. nicht adoptirt.

### §. 12.

Die Entscheidung des Strafrichters kann von dem Beschädigten nicht angesochten werden. Denn entweder mtspricht sie seinen Anträgen, oder sie enthält eine völlige der theilweise Abweisung. In den Fällen der Abweisung tenn ein Rechtsmittel nicht gestattet werden 20). Der

Die Babische Straf=PD. §. 339 verweigert das Rechtsmitstel nur dann, wenn der Beschädigte in Folge der Freissprechung des Angeklagten wegen Mangels an Beweis mit seinen Ansprüchen an den Civilrichter verwiessen worden ist.

Strafrichter kann nicht genöthigt werden, wider seine Ueberzeugung eine Sache für spruchreif zu erklären und in derselben ein Erkenntniß abzusassen; und zwar um so werniger, als ihm — nach erklärter Abweisung und nach Besendigung des Bersahrens — kein Mittel zu Gebote steht, die Untersuchung wieder aufzunehmen und zu dem gedachsten Behuse zu vervollständigen. Dazu kommt, daß der Oberrichter, bei dem Mangel genauer Kenntniß von der unmittelbaren Verhandlung vor dem Strafrichter, nicht füglich über die Bollständigkeit der Ergebnisse berselben Behus der Aburtheilung der Civil-Ansprüche cognoscieren kann.

Eine andre Frage ift, ob dem Beschäbigten die Nichtigkeitsbeschwerbe zu gestatten sen. Diese Frage ift zu bejahen. Die Beschwerbe kann sich theils auf Ber: letzung wesentlicher Förmlichkeiten, theils auf bie Behaup= tung, daß das Gesetz irrig ausgelegt und angewendet wor: den sen, stüten. Die Verletzung der Form wird wohl nur bei dem Urtheilsspruche selbst vorkommen, da, wenigstens nach ben obigen Borschlägen, bem Beschäbigten Inträge auf Vornahme selbstständiger Untersuchungshandlun= gen zc. nicht gestattet sind. Die Cassation bes Ertennt: nisses wurde nur eine neue Aburtheilung, nicht auch eine neue Verhandlung nach sich ziehen und also wenig Be: denkliches haben. Allein eine andre Frage ist es, wenn die Berhandlung selbst an einer Formverletzung leiben sollte, die nur die Berfolgung der Schädenanspruche betrifft (3. B. der Beschädigte ift, obschon er seine Untrage geftellt hatte, zur Hauptverhandlung nicht vorgeladen worben); will man hier, im Falle ber Caffation, die strafrechtliche Berhandlung nur zu dem 3wecke einer Aburtheilung ber Civilsache wiederholen? — Eine solche Wiederholung wirde sich schwerlich rechtfertigen lassen. Sie würde überbie eine ungerechtfertigte Barte gegen ben Bezüchtigten ent:

halten. Bielmehr scheint es in diesen Fällen nothwendig, unter Aushebung ber Entscheidung des Strafrichters, den Beschäbigten lediglich an den Civilrichter zu verweisen.

Dem Berurtheilten werben gegen bas Erkennt: niß die im Uebrigen gestatteten Rechtsmittel nachzulassen Nach der Unsicht des Verfassers ist es mit der Un= mittelbarkeit ber Hauptverhandlung nicht verträglich, dem Berurtheilten das Rechtsmittel der Appellation einzuräus Aus denselben Gründen wird ihm auch die Appel= lation gegen die Entscheidung über die Ersatfrage zu versagen, wohl aber die Nichtigkeitsbeschwerde einzuräumen Dieselbe kann wegen Formverletzung (z. B. Bersepn. fagung bes Gehörs gegen bie Unspruche), sowie wegen un= richtigen Urtheils (z. B. weil über die Anträge des Beschädigten hinaus erkannt ober diesem ein Erfüllungseid nach: gelassen, ober sonst das jus in thesi verlett worden ist) erhoben werden. Kommt es zu einer Cassation des Berfahrens, so wird hier ebenso, wie bei der Cassation auf Untrag des Beschädigten, der letztere zur Ausführung seis ner Ansprüche an das Civilgericht verwiesen, keineswegs das Strafverfahren wiederholt werden. Wird nur das Erkenntniß caffirt, so hat das Spruchgericht anderweit in ber Sache zu entscheiden. Hatte es — gesetwidrig auf einen Legaleid erkannt, so wird es nunmehr, ba es burch dieses Erkenntniß bereits die Ergebnisse des Straf= verfahrens für nicht zureichend zur Verurtheilung bes Be-Hagten erklärt hatte, ben Beschäbigten an das Civilgericht verweisen.

Es ist bisher von den, ausschließlich gegen die Entscheidung über den Civilpunkt gerichteten Rechtsmitteln die Rede gewesen. Allein auch die gegen das Strafurthel gerichteten Rechtsmittel können auf jene Entscheidung zurückswirken. Dieselbe ist ein Theil des Strafurthels selbst. Wird das Strafurthel cassirt, weil es von einem unzu:

ständigen Gerichte erlassen oder ber Strafantrag von einem Unberechtigten gestellt ober eine wesentliche Form des Verfahrens verlett worden ift, so kann die gleichzeitige, von Amtswegen auszusprechende Aushebung ber Ent: scheidung über ben Civilpunkt keinem Zweifel unterliegen. Die neue Verhandlung erstreckt sich sobann gleichfalls über Die Civilanspruche, bafern es ber Beschäbigte beantragt. Eine gleiche Aufhebung muß eintreten, wenn die That, wegen deren der Bezüchtigte verurtheilt worden ift, von dem Cassationshofe für eine straflose erklärt wird. das Urthel wegen eines Formfehlers bei feiner Berathung oder Eröffnung cassirt, so fällt gleichfalls ipso jure bet Theil desselben, welcher auf die Schädenansprüche fich bezieht. Wird jedoch das Urthel deshalb cassirt, weil die erwiesene That nicht unter bas im Strafurthel angewendete Gefet, sondern unter ein anderes Strafgeset zu ftel: len sen, so kann diese Cassation auf die Entscheidung über den Civil-Passus nicht zurückwirken, weil die Subsumtion der That unter das eine oder unter das andre Strafgeset weder die formelle Richtigkeit des Verfahrens, noch die Beweisaufnahme, noch die Zuständigkeit des Gerichts zc. berührt, vielmehr für die Ersatpflicht, sowohl in ihrer Eristenz überhaupt, als in ihrem Umfange insbesondere, ohne Einfluß ist. Man kann baber ben Sat aufstellen, daß die Caffation des Erkenntnisses in der Straffache auch die Nichtigkeit des auf die Schädenansprüche bezüglichen Theiles desselben bewirke, ausgenommen, wenn die Cafsation des Erkenntnisses wegen falscher Subsumtion unter das Gefet, jedoch ohne den Ausspruch ber Straflosigfeit, erfolgte.

Nach gleichen Grundsätzen wird bei der Wiederaufnahme des Strafverfahrens die Frage über das fernen Bestehen des Civil: Passus des Erkenntnisses zu beart worten sepn.

#### §. 13.

Die Erecution des Erkenntnisses über den Civil: Passus gehört vor den Civilrichter. Die Adhäsion der Wollstreckung des Criminalurthels kann bei der verschiedeznen Richtung und Art beider Erecutionsformen nicht gezstattet werden. Es handelt sich hierbei um Maßnahmen gegen das Bermögen des Bezüchrigten, um Hilfsvollstrektungen, Veräußerungsverbote zc., deren Charakter recht eigentlich auf den Civilrichter hinweist. Ohnedies müssen solche Verfügungen einem und demselben Gerichte überlassen werden, da sonst leicht Verwirrungen und Unordnungen entstehen würden.

Endlich ist zu bemerken, daß durch Einführung des Abhäsionsprocesses die Pflicht des Strafrichters zur Rückzabe der gestohlnen Sachen an den Bestohlnen (gleichviel ob dieser sich angeschlossen hat oder nicht) nicht aufgezhoben wird.

## XVII.

### Beiträge

zur Lehre von der

# Anstiftung zum Berbrechen.

Von

Herrn Dr. J. Askhirt, Großh. Bad. Hofgerichtsassessor zu Mannheim.

Line wichtige und schwierige Frage des Strafrechts if die, in welcher Weise der Anstifter zum Verbrechen him sichtlich seiner strafrechtlichen Verantwortlichkeit in dem Falle zu behandeln sey, in welchem der Anstiftung entweder gar kein straf barer Erfolg, oder doch wenigkend nicht die vom Anstister beabsichtigte That in ihrer Bolzlen dung zur Seite tritt. Der Beantwortung bieser Frage soll der vorliegende Aussach gewidmet seyn, nachen es dem Verfasser desselben vergönnt war, bereits an einem andern Orte dieser Zeitschrift 1) seine Ansichten siere die strafrechtliche Haftbarkeit des Anstisters im Allgemeinen darzulegen. Wie schon dort bemerkt wurde, war der Ber

<sup>1)</sup> Jahrgang 1851. St. IV. Mr. 22. S. 498 — 553. Da ph in den Abdruck des so eben gedachten Aufsates mehrere ph störende Druckfehler eingeschlichen haben, so folgt an palk neter Stelle dieses hefts die Verbesserung derselben.

permeiden) von der Unterstellung des Zusammentreffens r Anstiftung mit einer vollendeten That ausgegangen. n die jett vorliegende Frage gründlich zu prüsen, ist es thig, vor Allem den gerade entgegengesetzen Fall, nem: den, in welchem der Anstiftung noch gar kein straf: rer Erfolg gegenübersteht, ins Auge zu sassen, und zu vägen, ob schon die bloße Anstiftung der Strafe unterrsen werden könne.

Bur Einleitung der Erörterung über diese und die , hieran knupfenden Fragen moge hier die Bemerkung en Plat finden, daß Wiffenschaft und Praris früheri ftets bemüht waren, diese Frage vom Standpunkte e Grundsätze über den Versuch zur verbrecherischen That bft zu lösen, und im Gefolge dieser Unschauungsweiseber Unstiftung stets nur ben ersten Bersuch zur That iben; daß man aber später, indem man sich zu dem gegengesetten Ertreme wendete, in der Unstiftung selbst on ein eigenes Berbrechen finden zu muffen ubte, und daraufhin von versuchter und vollen: ter Anstiftung gerade, wie von der versuchten und von : wollendeten That sprach, ohne jedoch (was nicht zu ersehen ist) die Theorie, der man durch den Gebrauch ther Ausdrücke huldigte, mit allen ihren Consequenzen fantellen und zu entwickeln. Letteres ift nun erft in tefter Zeit von Bepp 2) geschehen, keineswegs aber, um :erwähnten Theorie den Sieg auf dem Boden des po-Rechts zu verschaffen, sondern vielmehr um darzuben, in welchem Gegensatze fich biese, auf bem Gebiete bohilosophischen Rechtes allerdings benkbare Theorie zu Beundsäten unseres positiven Rechtes befinde. Fret Ansicht ift bem genannten Gelehrten nicht nur biese

l) Archiv 1848. S. 263—308.

Darstellung in vollem Maaße gelungen, sonbern es hat derselbe, wie wir glauben, auch ein besonderes Berdienst sich badurch erworben, baß er zeigte, wie verderblich eine Amalgamirung ber in fraglicher Beziehung benkbaren ver schiedenen Anschauungsweisen auf dem Gebiete der Ausle gung bes positiven Rechtes sen. Hiezu war die Aufstel. lung des Gegensages der möglichen Standpunkte in seiner ganzen Ausbehnung unumgänglich nothwendig, indem nur hierdurch die rechtliche Unzulässigkeit jener Umalgamirung ganz flar zu Tag kommen konnte. Auch wir konnen, ohne dem Zwecke dieser Zeilen Eintrag zu thun, nicht um hin, wenigstens einen furzen Blick auf die Berschieden heit der möglichen Standpunkte zu werfen, von welchen bei Beantwortung unserer Frage ausgegangen werben fann, und zwischen benen eine neue Gesetzgebung zu wählen haben wird.

Man kann sagen, bie Unstiftung sen ein selbstänbiges Berbrechen, indem sich durch sie, mag sie nun als versucht, oder in der Urt als gelungen erscheinen, baß sich der Anzustiftende in der That determiniren ließ, jemals der verbrecherische Wille genügend objectivirt zeige. Folge dieser Unschauungsweise würde senn, daß die Strafbarkeit des Unstifters von der des Thäters ganz unabhängig gestellt würde, daß dann aber auch, falls nicht etwa gar die versuchte ober vollendete Anstiftung in der Strafe bem ver suchten oder vollendeten Berbrechen gleichgestellt werben wollte (was sich jedoch mit dem objectiven Gesichtspunfte des Deutschen Rechts niemals vereinigen ließe), für die Infifs tung in ihren verschiedenen Stufen verschiedene Strafbeftim mungen erlassen werden mußten. Es ift nemlich flar, baf nach dieser Theorie mit ben von der Wiffenschaft und Praxis des gemeinen Deutschen Rechts, sowie einer Reihe von Gefet gebungen angenommenen Strafbarkeitsstufen nicht mck auszureichen wäre. Während man jett nur einen entfernten

und nahen Bersuch bes Berbrechens annimmt, wurde man nach fraglicher Unsicht Straffate fur ben Berfuch ber Uns stiftung, für den Bersuch des Berbrechens, für die Bol= lendung ber Unstiftung und für die Bollendung bes Berbrechens haben muffen. Wenn man auch ben Geaufgeben wollte, von versuchter und vollens beter Unstiftung zu sprechen, und diese Bergehensarten unter ben Bersuch des Berbrechens subsumiren wollte; so ware bamit immer nur ben Worten nach ein Resultat gewonnen, ber Sache nach bliebe doch immer bas vierglie: drige Strafbarfeitsverhältniß stehen. Es wurde bei Berfolgung dieses Standpunkts auch die Frage entstehen, ob, falls der Angestiftete auf dem Wege des Berbrechens thatlich vorschreitet, die von diesem verwirkte Strafe auch auf den Anstifter auszudehnen ware, mithin eine Concurrenz ber Strafen ber That und ber Unstiftung in der Person bes Unstifters einzutreten hatte, ober ob die Strafbarkeit des lettern als ganz unabhängig von der der That zu betrachten sep, so daß die Strafbarkeit des Unstifters unberührt bliebe, mochte nun ber Thater nichts, wenig, viel ober alles zur Berübung ber That gethan haben. Un: brerseits kann man sagen, die Anstiftung sen strafrechtlich nur vom Standpunkte der That aus zu betrachten, Thater und Anstifter sepen ber That gegenüber nur Gin e Perfon, die intellectuelle Rraft des Unstifters, vermöge deren er auf ten Thäter wirke, bewege sich lediglich auf bem Boden ber Gebankenwelt, und es beginne, wenn man auch nicht verkenne, daß das einmal eingetretene Berhält: mis zwischen Unstifter und Thater gefährlich werden tonne, boch deffen criminelle Strafbarkeit erst mit dem Tugenblicke, als es burch ein äußerlich erkennbares Wert hervortrete. Bermittelnb tritt beiden Theorieen bie gewöhnlich auf dem Gebiete des positiven gemeinen Deutschen Rechts aboptirte Meinung gegenüber, wonach Anstifter und Thäter ganz gleich zu beurtheilen sind, wenn einmal irgend eine strafbare Thätigkeit des letztern begommen hat, daß aber, so lange dies nicht der Fall ist, der Anstifter nach den allgemeinen Grundsätzen über den Bersuch zum Verbrechen als strafbar erscheinen musse, weil sein, auf Vollbringung des Verbrechens gerichteter böser Wille in äußerlich erkennbarer Weise hervorgetreten sen.

Sehen wir nun bei diesem Widerstreite der nach all: gemeinen Rechtsbegriffen möglichen Ansichten, was die positiven Rechte, was namentlich die Quellen des gemeinen Deutschen Rechtes verordnen 3).

Bas das Römische Recht betrifft, so erscheint bie gründliche Ausführung Bacharia's vom Bersuche II. §. 194 - 201 als fo entscheidend, daß wir keinen Un= stand nehmen, sie bem Folgenben ju Grunde ju legen. Das Ergebniß dieser Ausführung geht bahin, baß bas Römische Recht in der Regel keinerlei Urt der Unstiftung blos wegen ber stattgehabten intellectuellen Einwirkung auf einen Unbern strafe, sonbern eine Strafbarteit ber Unstiftung erst bann eintreten lasse, wenn eine in ben Gesetzen bedrohte That vom Angestifteten wirklich begangen worden. Alle Romischen Gesetzesstellen, welche von bet Anstiftung handeln 4), betrachten diese immer nur vom Gesichtspunkte ber That aus und gehen ihrem Hauptwede nach dahin, festzuseten, daß nicht nur ber Thäter, for bern auch der Unstifter bestraft werben muffe. Dan durch lese diese Stellen noch so genau, man prufe fie im Ber gleiche zu ben Stellen, mit welchen fie im Busammenhange

<sup>3)</sup> Bgl. Mittermaier im Archiv I. S. 178 und Rott 4
zu Feuerbach g. R. S. 46. Hepp im Arch. 1836. S. 46;
1848. S. 303. Luden vom Versuche S. 293—298. 301
chariä v. Versuche I. S. 38; II. SS. 165. 184, und im Fr
chiv 1850. S. 279—286. Köstlin Revision S. 534—362.
Berner von der Theilnahme S. 274. 308.

<sup>4)</sup> G. den oben (Rote 1) angeführten Auffat.

feben; nirgenbs wird man einen fichern Unhaltpunkt für die Unsicht finden, daß barin die Unstiftung ohne Rücksicht auf die That habe für strafbar erklärt werden wollen. - Befanntlich vermißt man im Römischen Rechte allgemeine Strafgesetze über Bersuch, es sind vielmehr immer nur einzelne Bersuchshandlungen in den einzelnen loges mit Strafe bedroht. Es ware nun aber gewiß sehr natürlich gemesen, bag, wenn man hatte bie Unftiftung an und für fich ber Strafe unterwerfen wollen, dies in ähnlicher Beise, wie bei ben Bersuchshandlungen, gesagt worben ware. Die lex Cornelia de sicariis unterwarf, um ein bekanntes Beispiel zu benugen, benjenigen, melder der Tödtung eines Menschen halber mit einer Baffe umherging 5), ihrer Strafe. Bare es nun nicht sehr nahe gelegen gewesen, zu sagen, auch ber, welcher einen Unbern zum Morbe eines Dritten zu bestimmen suche, unter: liege der Strafe, wenn man die Anstiftung absolut hatte bestrafen wollen? Hatte nicht auf ber anbern Seite ein folder Ausspruch geschehen muffen, um bie Strafbarteit der Anstiftung an und für sich zu begründen, da doch sonft im Allgemeinen an Saten, wie benen ber 1. 7. §. 3. D. ad leg. Jul maj. (48.4)6) und ber l. 17. Cod. ad leg. Jul. de adult. (9. 9) 7) festgehalten wurde? Ja, es läßt fic für die Straflofigkeit ber bloßen Unstistung mit gutem Rechte der Sat ber 1. 18. D. de poen. (48. 18) "Cogitationis poenam nemo patitur" anführen. Bewegt fich benn nicht in der That die Unterredung zweier Menschen Mer ein kunftiges Berbrechen in bem Reiche ber Gebanten? Kann man bem (wenngleich ganz allgemeinen) Rais

<sup>5)</sup> L. 1. D. ad l. Corn. de sic. 48. 8.

<sup>6)</sup> parcendum est, si non tale sit delictum, quod ex scriptura legis descendit vel ad exemplum legis vindicandum est.

<sup>7) —</sup> is enim committit in poenam, quem lex certo capite denunciat.

sonnement, es sep gefährlicher, einem Andern einen verbrecherischen Gedanken einzupflanzen, als ihn selbst zu be: gen, weil der Mensch sein eignes Ich in der Gewalt habe, über eine fremde Individualität aber nicht herr sep, vom strafrechtlichen Standpunkte eine mahre Seite abge: winnen? Es läßt sich, wie wir glauben, jenes Raisonne: ment nur aus dem polizeilichen Stantpunkte einer ausgedehnten Präventionstheorie aufrecht erhalten. muffen wir hier sogleich bemerken, daß der Gedanke, welcher uns als Regel leitet, keineswegs ausnahme: los dasteht. — Abgesehen von diesen allgemeinen Resultaten stehen unserer Unsicht nach specielle Beweise unter: stütend zur Seite. Was nemlich vorerst die Privatdelicte betrifft, so haben wir Gesetesstellen, welche geradezu sagen, daß die Unstiftung ohne nachgefolgte That straflos sen. L. 52. §. 19. D. de furt. (47. 2): "Hoc enim jure utimur, ut furtum sine contrectatione non fiat; quare et opem ferre vel consilium dare tunc nocet, cum secuta contrectatio est." In allgemeinerer Form, freilich mit Beziehung auf bas furtum, ist in ber 1. 53. §. 2. D. de V. S. (50. 16) gesagt: "Nec consilium habuisse noceat, nist et factum secutum fuerit." Nicht unbemertenswerth ift auch, bag in ber speciellen Lehre vom Diebstahle ber Sat, der l. 18. D. de poen. in der Beise wiederholt ist, daß die l. 1. §. 1. D. de furtis ausspricht: "Inde sola cogitatio furti faciendi non facit furem." Der Zusammenhang des Princips cogitationis poenam nemo patitur mit bem auf die Unstiftung sich beziehenten Sate ber 1. 53. §. 2. D. cit. ift nicht zu verkennen. Chenso beutlich, wie beim Diebstahle sprechen sich bie Gesetz bezüglich der Injurie aus. So sagt bie 1. 15. §. 10. D.de injur. et fam. lib. (47. 10.) ausdrücklich: "Si curaverit qui convicium alicui fieri, non tamen factum sit, non tesbitur." Collte man geneigt senn zu glauben, baf fc

erartige Aussprüche nur bezüglich der Privatbelicte der igenthumlichen privatrechtlichen Natur berfelben halber uffinden ließen; so läßt sich bem entgegenhalten, daß ie Ausbrucksweise, beren sich bie von öffentlichen Berbrechen sprechenden Romischen Stellen bedienen, feien 3meifel barüber laffe, baß zur Strafbarkeit ber Uns iftung immer bie begangene That vorausgesetzt murbe 8)9).

<sup>8)</sup> L. 1 pr. ad l. Corn. de sic., operam dedisset", l. 3. S. 4. cod. "confitenda curaverit." — L. 9. S. 3. D. de leg. Corn. de fals. (48.10), signarive curaverit."

— L. 12. D. ad l. Jul. de adult. (48.5), ad eum, qui suasit." E. noch l. 6 pr. D. ad l. Corn. de fals. (48. 10) ,,caeterum si non signatum fuerit, magis est, ut SC. locus non sit."

<sup>3)</sup> Wenn man die Stellen prüft, welche guben vom Bersuche 6. 293 - 298 für bie Unficht anführt, daß die Unstiftung nach R. R. schon dann gestraft werde, wenn sich ber Unzus stiftende bereitwillig gezeigt habe, auf die Anstiftung einzus gehen, so vermißt man wenigstens jeden Unhaltpunkt für bas angebliche Criterium der Strafbarkeit, und es fällt andrerseits überhaupt schwer, einzusehen, wie die fraglichen Stellen auf eine Anstiftung ohne That bezogen werden kons men. Ein Theil Diefer Stellen ift ber Lehre von den Privats belicten entnommen — 1. 50. §. 2. D. de furt. (47. 2), 1. 11. §. 6. D. de inj. (47. 10), l. 1. §. 13. D. de vi (43. 16) - und es murben biefelben, wollte man fie auslegen, wie Enden will, ben oben angeführten, von ber Anstiftung . m Privatbelicten rebenben Stellen augenscheinlich auf eine uicht zu beseitigende Weise widersprechen. In einem andern Theile — 1. 3. S. 8. D. de incend. (47. 9) "suppressi per vim fuissent", 1. 1. D. de l. Pomp., de parr. (48. 9) "factum erit" - ist gang beutlich ausgesprochen, bag eine begangene That vorausgesett wird. Die 1. 15. §. 1. D. ad 1. Corn. de sic. (48. 8) "mandator caedis pro homicida ha-- betur" ift aus ben Basilifen restituirt, und die griechische Musbrudsweise läßt keinen Zweifel darüber, daß die Stelle teinen andern Sinn habe, als die übrigen oben aus dem Die tel ad leg. Corn. de sicar. angeführten Stellen. Die 1. 1. . 6. 13. D. ad SCt. Turp. (48. 16) endlich kann deshalb nicht gegen unfre Unficht benutt werden, weil aus ihr feineswegs tar hervorgeht, daß sie nicht etwa eine bereits gestellte An-Plage voraussete, und weil, wollte man auch annehmen, daß das SCt. Turbillianum auch bloße Anstiftungen zu Anklagen "dando probationes, allegando accusationes" zu bestras fen gebachte, diefer vereinzelte und gewiffermaßen besondte

### Beiträge zur Lehre

Was das ältere deutsche Recht betrifft, welches aller dings schon das Dingen eines Mörders beim Sohnmorde zu bestrasen scheint, so verweisen wir auf die gründliche Aussührung Euden's vom Vers. S. 360 — 366, da die ses Recht doch keinen Stoff zur unmittelbaren Anwendung bietet. Dagegen ist es für unsern Zweck nothwendig, einige Blicke auf die Schriften der italienischen Praktiker des Mittelalters zu wersen. Gandinus 10) erörtert in seinem bekannten Werke die Frage, ob der Mandant der strast werden könne, wenn der Mandatar das Verbrechen nicht verübt habe, und glaubt dieselbe verne inen zu müssen, indem er sich auf die oben erwähnten 1. 18. D. de poen. und 1. 53. §. 2. D. de V. S. beruft. Indessen

Fall immer noch fein Princip schaffen tonnte, vielmehr als Ausnahmsfall lediglich jur Bestärfung der Regel bienen mußte. Richt glücklicher ift, wie uns scheint, buben, wenn er fich auf die bei dem Verbrechen der Bestechung geltenben Grunds sätze beruft, indem er übersieht, daß diese wiederum eines ganz speciellen Fall betreffen und keiner Ausdehnung fähis find, und zwar letteres um so weniger, als gerade die befondre Natur diefes Berbrechens nothwendig auf die fragliche Ausnahmsbestimmung führt. Die I. 1. D. de extraord. crimin. (47. 11) kann durchaus nicht entscheibend werben, benn die sollicitatores ahenarum nuptiarum und matrimoniorum interpellatores, welche, etsi effectu sceleris potiri non possunt, both extra ordinem gestraft werden sollen, were ben, wie Bacharia vom Versuche l. S. 151 — 158 trefflich nachgewiesen hat, lediglich aus dem Gefichtspunkte der burch sie selbst vollendeten Injurie gestraft (vgl. 1. 15. 6. 15—25. D. de inj. Gaj. III. 220. §. 1. Inst. de inj.), und über dies konnte ja bezüglich ihrer immerhin nur die versuchte That des Chebruchs, welche hier mit besondrer Strufe belegt wäre, niemals aber die bloke Anstiftung als strafbar angesehen werden. Die endlich der I. 4. §. 1. D. ad L. Jul. maj. (48. 4) entnommenen Worte: qui milites sollicitaverit etc., begründen nebst andern Stellen in der That die being lich des Majestätsverbrechens vom Römischen Rechte statuten Ausnahme von dem Grundsage der Straflosigkeit der Wegen Anstiftung.

<sup>10)</sup> Alberto de Gandino libellus super maleficiis. Vest. 1524. Rubr. de poen. reor. Nr. 9. 12.

glaubt er nicht, daß ein Richter unrecht thun werde, wenn er in einem solchen Falle extra ordinom strafe, sofern ein maximum delictum vorliege, wie das homicidium. Liege dagegen, sagt er weiter, ein leichtes Verbrechen vor, so bleibe der Mandant straflos 11). Man sieht hieraus deutz lich, daß Sandinus in keiner Weise im Römischen Rechte die Strafbarkeit des bloßen Mandates sinden konnte, und sich deshald, um dem im Mittelalter in Italien so gebräuchzlichen Worddingen schon von Anfang an mit Strafe bez gegnen zu können, auf das weite Feld der Bestrafung extra ordinom begiebt, indem er noch die für seine Aussscheidung des delictum maximum ganz unpassende Anazlogie des stellionatus beizieht. Mit dieser Ansicht war aber die Bahn für die Zukunft gebrochen.

Bartolus <sup>12</sup>) unterscheidet wieder für den Fall der Nichtverübung des aufgetragenen Verbrechens, ob das selbe ein schweres oder leichtes gewesen, und will Straflos sigkeit für den lettern, außerordentliche Strafe für den erstern Fall.

Ebenso äußert sich Angelus Aretinus 13), wobei Augustinus Ariminiensis 14) in den additiones bemerkt, das die fragliche Lehre der Legisten mit der der Canonisten nicht übereinstimme, da nach letzterern der Mandant, auch

<sup>11)</sup> De homicid. Nr. 11: "tamen non putarem delinquere judicem, sed bene agere, si in casu supposito vel simili puniret extra ordinem crimine stellionatus. Nam ubicunque dolus inest, nec poena est determinata, extraordinarie imponitur ut ibidem dicit Thomas — vel dic quod ant delictum est maximum ut homicidium et tunc puniar ego tanquam homicida ut l. 3. de extraord. crim. aut non est maximum, et tunc non per alia jura."

<sup>12)</sup> Bartolus a Saxoferrato opera omnia. Venetiis 1602. tom. VI. p. 129.

<sup>13)</sup> Tractatus de maleficiis. Venet. 15, 24. Rubr. Et Sempronio Rudolphi Nr. 7.

<sup>14)</sup> Augustinus Bonfranciscus de Ariminio.

wenn das Verbrechen nicht verübt werde, mit der ordentlichen belegt werden muffe, wie namentlich bei dem assassinium der Fall sey.

Aegidius Bossius erklärt 15), daß nach den statuta und consuetudines Italiae der affectus homicidiinisi secuto effectu nicht gestraft werde, und daß, wenn ausnahmsweise irgendwo eine andre statutarische Bestimmung herrsche, der praetor oder princeps Strasmilderung eintreten zu lassen habe. Von diesen Grundsäsen nimmt er aber nicht nur das crimen majestatis (auf den Grund der I. 5. Cod. ad leg. Jul. maj.), sondern auch das assassinium und zwar im Hindlick auf l. 1. de homicid. in VIto aus, indem hiernach der mandans, etiam non secuto effectu, wie der der Thäter bestraft werden müsse. Auf das c. 1. cit. werden wir zurücksommen.

Jacobus Menochius <sup>16</sup>) bespricht unsern Fall in seiner Abhandlung vom Bersuche bei dem assassinium, welches er dahin definirt, si quis cum altero pecunia promissà vel datà pactus est, ut aliquem occidat, und geht davon aus, daß hier auch der Versuch bestraft werde, wosür er das schon angeführte c. 1. de homic in VI to citirt. Uebrigens statuirt er einen Unterschied zwischen dem assassinium proprium d. h. dem Falle, in welchem ein Christ einen Ungläubigen zum Morde eines Christen dinge und dem assassinium ex communi et statutorum significatione d. h. dem Falle, wo nicht gerade ein Ungläubiger gedungen wird. Bei jenen, sagt Menochius, müsse der Mandans und der Mandater, etiam effectu non secuto" die poena ordinaria des

ouch den tit. de mand. ad homicid. Nr. 13 und den tit. de crim, laes, maj. Nr. 33.

<sup>16)</sup> De arbitrariis judicum quaestionibus et causis libri de. Col. 15%, cas. 360. Nr. 39 sqq.

Merbes leiden, zumal ba hier eigentlich ex ipsius mandantie latere ein delictum consummatum vorliege, cum per eum son steterit, quin homicidium committeretur. Bezüglich des uneigentlichen assassinium drückt er sich so aus: Assassinus — si ad actum occidendi devenerit et conatum omnem adhibuerit, ita ut per eum non steterit, quin occideret, poena ordinaria punitur. Idem dicendum est in ipso mandante homicidium data vol promissa pecunia, qui quidem eadem poena ordinaria punitur, si mandatarius ad actum homicidii proximum devenit. Si vero mandatarius non accessit ad actum proximum, mandans arbitrio judicis punitur: ---Ran tonnte nicht nur bezüglich ber Unsicht bes Menochius, fondern auch bezüglich ber ber übrigen angeführten Schrift. fteller zweifeln, ob fie benn auch von dem Falle sprechen, in welchem ber Mandatar noch gar nichts zur Verübung bes Berbrechens gethan hat; allein eine weitere Bemertung ves Menochius fest uns hierüber in's Rlare. Indem er emlich das Berhaltniß bespricht, welches sich zeige, wenn mandant ben Mandatar anzustiften verfuche, biefer er barauf einzugehen sich weigere, sagt er, hier werbe Panbant allein bestraft, sed extra ordinem, judicis bitrio, cum conatus sit remotus ab ipso effectu. ie feben also hier bereits bie versuchte Unstiftung als rfuch zum Berbrechen aufgefaßt.

Prosper Farinacius <sup>17</sup>) stellt in Folge ber schrten l. 15. §. 10. D. de injur. (47. 10) den Sat ber Mandans könne wegen des bloßen Mandats nicht rft werden, bequemt sich aber dann im Hinblicke auf leichfalls schon erwähnte (hierher aber nicht passende) D. de extraord. crim. (47. 11) zur Unterscheidung en schwereren und leichteren Vergehen, indem er bei

Praxis et theoricae crim. libri duo. Pars II. qu. 124.

ersteren eine außerorbentliche Strase wegen des Auftrags eintreten läßt, bei letzteren dagegen nicht. Was den Mandatar betrifft, so will er diesen wegen bloßer Annahme des Mandats selbst bei schweren Verbrechen nicht bestrast wissen. Von allen diesen Regeln nimmt er aber wieder das assassinium aus, bei welchem nach besondern Bestimmungen das Mandat in der Person des Mandaten mit der ordentlichen Strase und, sofern es angenommen worden, in der Person des Mandatar ebenso bestrast werde.

Bas ift nun das Ergebniß biefes turgen Blides auf die erwähnten praktischen Schriftsteller? Ginerseits fin ben wir die theoretische Anerkennung bes Princips der Straflosigkeit der bloßen Unstiftung, andrerseits seben wir bie Juriften von bem praktischen Standpunkte aus auf jeglichem Wege nach einer gesetlichen Grundlage für bie Bestrafung der Anstiftung zu schwereren Berbrechen, nas mentlich jum Morde, um ben es eigentlich allein zu thunge senn scheint, haschen. Als sich die Lehre vom Bersuche allgemeiner auszubilden begann, kam man, mas allerbings fehr nahe lag, dazu, den intellectuellen Urheber nach ben Grundsätzen, bie fur die Bestrafung eines die verbreche rische That versuchenden physischen Urhebers gelten, an be-Bas bas so äußerst frequente Dingen gum Morde betraf; so hatte man überdies, offenbar um ben daburch hervorgerufenen argen Unwesen zu steuern, in ben Städtestatuten, oder nach den Städtegewohnheiten besondre Bestimmungen, sowie auch das Canonische Recht in einem Beschlusse des im J. 1245 unter Innocentius II. abgehalt tenen Concils von kyon 18) dem assassinium besondre Aufmerksamkeit ichentte.

<sup>18)</sup> Diesen Beschluß bilbet das c. 1. de homic in Vito (V.4) und verfügt: ut quicunque princeps, praelatus seu que vis alia ecclesiastica saecularisve persona, quempte Christianorum per dictos assassinos interfici secrit vel

Es fragt fich nun, ob biefe Gesetzesstelle im Stanbe fep, an und für sich die romischen Grundsäte, wie solche oben bargestellt murden, zu beseitigen, und ber Unnahme, baß burch sie die Strafbarkeit der bloßen Unstiftung habe begrundet werden wollen, Raum zu geben. Es leuchtet schon in Folge bes Inhalts der Gesetzesstelle und ber Umftande, benen sie laut ihres Inhalts den Ursprung verdanft, ein, bag bier von bem Musspruche eines Grundsates burch ben kirchlichen Gesetzgeber weitaus nicht die Rede fen fann. Die Stelle betrifft vielmehr nur den speciellen Fall bes Lohnmords, welcher besonderer Borfehr bedurfte. Ueberdies bezieht sie sich offenbar nur auf das firchliche Strafrecht, wie die Strafandrohung zeigt, und wollte, wie es scheint, in dem roben Zeitalter ihrer Entstehung, in welchem die Rirche es sich zu ihrer Aufgabe setzte, Bucht und Ordnung zu schaffen, durch Uebung ihrer Strafgewalt auch Colde treffen, welche ber Urm ber weltlichen Gerech: tigkeit nicht zu erreichen pflegte. Die obige Mittheilung ber Ansichten ber italienischen Schriftsteller zeigte uns, daß ja bie Legisten anfänglich gar feine Rudficht auf Die Stelle nahmen und es scheint dieselbe erft den späteren Juriften, bie sich, wie wir faben, in Berlegenheit befanden, eine gesettliche Begründung für ihre Unsicht von der Strafbar-Leit ber Unstiftung zu finten, nicht unwillkommen gemefen und beghalb hervorgehoben worden zu senn. Endlich iff bezüglich ihrer noch barauf aufmerksam zu machen, daß se eigentlich für unsere Frage ganz unerheblich ist, weil sie nur fagt, der Mandant sen auch strafrechtlich verantwort-

etiam mandaverit (quamquam mors ex hoc forsitan non sequatur) ant eos receptaverit vel defenderit seu occultaverit, excommunicationis vel depositionis a dignitate, homore, ordine, officio et beneficio incurrat sententias ipso facto et illa libere aliis per illos, ad quos eorum collatio pertinet, conferantur.

lich, wenn auch gerade der Tod in Folge der Handlung des Mandatars nicht eintrete.

Bas die P. G. D. anbelangt, so finden wir in dies ser keinen Unhaltpunkt für unsere Frage, indem, wie wir glauben, ber Art. 178 zu Entscheidung deffelben nicht benutt werden kann. Es wird nemlich keiner Ausfüh: rung bedürfen, baß berfelbe seinem ganzen Wortlaute nach keineswegs direct auf die intellectuelle Urheberschaft bezogen werben fann. Er hat offenbar nur den phyfischen Urheber im Auge. Rur biefer kann schein: liche Werke, zu Vollbringung der Missethat dienstlich, hervorbringen. Nur auf ihn kann sich die Bestimmung, daß er durch andre Mittel "wider seinen Willen" an Bollbringung ber Missethat verhindert worden senn musse, beziehen 19). Eine andre Frage ist aber bie, ob ber Art. 178 nicht analogisch auf die Anstiftung angewendet werden könne. Wir haben gesehen, daß die italienische Praxis schon vor und nach der P. G. D. die Grundsate vom Bersuche auf die intellectuelle Einwirkung anwendete, und es ist auch biese Unwendung, welche sich nach bem Erscheinen der P. G. D. in Deutschland natürlich auf den Art. 178 ju ftugen hatte, fortbauernd bis auf bie neuere Beit ge: macht worden, wie wir bereits bei Beginn ber Behand: lung dieser Frage zu bemerken Gelegenheit hatten. scheint diese Gesetzebanwendung nicht wohl thunlich zu senn man nemlich fagt, was eigentlich ber Rern: punkt der ganzen gegentheiligen Beweisführung ift, ber Unstifter unternehme boch gewiß ein zur Bollbringung ber Missethat dienstliches scheinliches Werk, wenn er einen Andern zur Begehung ber That veranlasse, z. B. einen Morder bestelle: so ruft man eine falsche Stellung hervor, indem man den intellectuellen Urheber zu Beginn bes

<sup>19)</sup> Bgl. v. Buben vom Berf. S. 439.

ichlichen Berlaufes eines angestifteten Berbrechens in Stelle eines physischen Urhebers setzt, aus ber man wieder hinauszudrängen genöthigt ist, sobald der iche physische Urheber handelnd auftritt. Außerdem bringt auch ber, welcher anstiftet, keine scheinliche e in dem Sinne hervor, wie sie die nur den Thater uge habende P. G. D. verlangt, obgleich man aller: nicht läugnen kann, daß er burch die Anstiftung 3 zur Missethat Dienstliches thut. Wenn auch betlich der Unfangspunkt der Strafbarkeit des Ber-B ben Stoff einer der bedeutenbsten Streitfragen bes inalrechts bildet; so fommen boch alle Theile barin rin, baß in der Regel (d. h. abgesehen von ben en, in welchen fraft der besondern Natur bes Berpens ober fraft bestandner gesetzlicher Berfügung bas brechen selbst durch Worte begangen werden fann) in der Außenwelt erscheinende Sandlung, die auf Berbrechen hinziele, vorhanden senn muffe, um ein rechtliches Einschreiten zu rechtfertigen. Eine solche re Sanblung fehlt nun bei ber Unstiftung. Wollte aber selbst zugeben, daß in der Unstiftung eine solche Mung liege, so wäre doch nicht begreiflich, wie dieen, welche bem Urt. 178 ben Sinn unterlegen, als inge er eine Sandlung, welche bereits einen ang ber Ausführung enthalte, in der blo: Anstiftung eine folche Handlung finden konnen. ift in aller Welt, wenn Giner bem Unbern ansinnt, Berbrechen zu begehen und der lettere auf das Unfineingeht, ein Unfang ber Ausführung des Ber= chens? Der Thater muß ja erst selbst, wenn er zur t schreiten will, s. g. Vorbereitungshandlungen vornen, ehe er jum Unfang der Ausführung gelangt. soll nun die Anstiftung schon einen Unfang ber Mus: ung enthalten? Diese Betrachtungen brangen biejeni-

gen, welche Begehung eines strafbaren Berfuches mittelf Anstiftung annehmen, gewaltsam zur Theorie ber selbs ständigen Strafbarkeit der Anstiftung in deren ganzem Umfange hinüber, von ber nun aber unser positives Recht nichts weiß. Noch klarer stellt fich bas Ungenügenbe ber gegentheiligen Meinung beraus, wenn man unter Bugrundelegung berselben das Berhältniß des Thäters und Anstifters mit einander vergleicht. Der lettere kann nach bestimmter gesetzlicher Vorschrift nicht eher für strafbar en flärt werden, als bis er eine außere Bersuchshandlung, sen dies nun nach der einen Meinung eine Borbereitungs handlung ober enthalte fie nach ber andern Meinung einen Anfang ber Ausführung, vorgenommen hat. Er barf alfo auch deßhalb, weil er in Worten auf bas Ansinnen bes Unstifters eingegangen ift, nicht zur Strafe gezogen wer-Beim Unstifter foll sich bies alles anders verhalten. ben. Er soll schon wegen seiner intellectuellen Gimmirtung auf ben Undern, ja wegen des Bersuches derselben zur Rechen: schaft gezogen werden. Weßhalb dieser Unterschied zwis schen zwei Personen, die, wie wir früher gesehen haben, das Gesetz in der Regel gleich behandelt wissen will? Man antwortet: Beil ber Unstifter den Impuls jum Berbrechen gegeben hat und deßhalb als gefährlicher erscheint, als der Angestiftete. Der erste Umstand gebort, wie wir glauben, auf bas Gebiet ber moralischen Burechnung ober auch auf das der Strafausmessung bei unbestimmten Strafgesetzen, kann aber an und für fich in ber Regel bie Strafbarkeit nicht erst begründen. Den weiteren Umstand, ben man bem moralischen Gefühle nach aus bem ersten ableitet, vermögen wir nicht als erheblich anzuer fennen; benn erstlich rechtfertigt Gefährlichkeit bie Stref barkeit noch nicht, und ferner ist es erst noch eine Frage, ob der in der That objectiv gefährlicher ift, welcher be Muth nicht hat, eine Unthat felbst zu verüben und M

ŧ

Ulem bereit, sich zur Begehung des Verbrechens entschließt. Wenn auch die dieser Argumentation zu Grunde liegenden thatsächlichen Momente nicht überall zutreffen werden, so zeigt dieselte doch immerhin, daß man ebensowenig auf anderweitige specielle thatsächliche Suggestionen hin allgemeine Regeln bilden darf.

Finden wir nun aber weder in der P. G. D. noch im Canonischen Rechte Grundsäte, welche das Römische Recht zu beseitigen geeignet wären, so muß dasselbe auch auf dem Gebiete des heutigen gemeinen Deutschen Rechts als geltend erachtet werden, und wir gelangen somit zu dem praktischen Resultate, daß die oben in ihren allgemeinen Grundzügen dargestellte Theorie der accessorischen Strasbarkeit der Anstistung, wie man sie im Gegensate zu der der selbstständigen Strasbarkeit zu nennen pflegt, die allein anwendbare sen.

Die Gesetzebungen erscheinen bezüglich unserer Frage sehr schwankend. Im Französischen Rechte ist die Theorie der blos accessorischen Strasbarkeit der Anstistung in Folge des art. 60 des C. pen. sowie der Rechtsregel: nulla poena sine lege, in der Art anerkannt, daß man sagt, ohne eine verbrecherische That (sans un fait principal) gebe als auch keine complices. Nach dem Zeugnisse Aitka's dift auch auf dem Gebiete der Desterreichisschen Gesetzebung von 1803 die Anstistung, wenn ihr gar keine strasbare That folgt, strassos die Anstistung, iche andere Bestimmungen hat z. B. das Braunschweigissche SB. §. 37 angenommen, indem es die Anstistung,

<sup>20)</sup> Ueber das Zusammentreffen mehrerer Schuldigen bei einem Berbrechen S. 47 — 49.

<sup>21)</sup> A. M. ist freilich Jenull Desterreich. CB. I. E. 115, welcher versuchte und gelungene Anstiftung bestraft wis sen will.

wie die Uebereinkunft und Befehle zu einem bestimmten Berbrechen, auch wenn der Anfang der Ausführung bes selben (mithin nach §. 36 der strafbare Bersuch) noch nicht begonnen hat, in der Art mit Strafe bedroht, daß ben Anstifter die Strafe des nicht beendigten Bersuchs von ber geringsten außerorbentlichen Dauer an, benjenigen aber, der sich zur Zusage hat bestimmen lassen, die gelindere Strafart, welche ber auf ben nicht beenbigten Bersuch gesetten zunächst folgt, trifft. Es fann, wie bas Gefet aus brudlich bemerkt, bem Ungestifteten gegenüber auf Berweis statt auf Gefängniß erkannt werden. Das Bannd: versche GB. Art. 55 verordnet für unsern Fall Bestra fung wegen Bersuch, und es ergiebt sich aus ber Berglei: dung bieses Urt. mit Urt. 34, daß die Strafe bes nicht beendigten Bersuchs eintreten soll. Die Gesetbucher von Burtemberg (Art. 74), Seffen (Art. 71) und Baben (Art. 119) entscheiden unsere Frage, wie uns scheint, burch den Wortlaut ihrer Begriffsbestimmung vom Anstifter nach der Ansicht, welche dem Obigen zufolge als die gemeins rechtliche erscheinen burfte. So sagt bas erstere, als Urheber sey nicht nur berjenige zu bestrafen, ber das Berbrechen selbst begangen, sondern auch wer einen Andern zu bem Entschlusse, dasselbe zu begehen, bewogen hat. So druden sich die beiden lettern dahin aus, als Urheber bes Werbrechens sen nicht nur berjenige zu bestrafen, welcher dasselbe begangen hat, sondern auch der Anstifter, welder dadurch Ursache des Berbrechens geworden ist, tef er den Thäter vorsätzlich zu dem Entschlusse, baffelbe zu begehen, bestimmt hat. Das gewählte tempus ber Zeitwörter belehrt uns hier noch deutlicher, wie im Romi schen Rechte, daß die betreffende Strafverhängung be züglich des Unstifters wie bezüglich des Thäters nur dann Wirkung äußern tann, wenn letterer zu einer strafbaren Handlung vorgeschritten ift. Man fieht ben

ngeführten Gesetzesstellen beutlich an, bag ber Gesetzgeber abei von der Unnahme eines bereits begangenen Berbrechens ausging, und erst unter Woraussetzung eines olden weiter nach ber Strafbarkeit bes Unstifters fragen ud solche regeln wollte. Man kann daher auch nicht igen, mit den Worten: "bewogen hat, bestimmt hat", m die f. g. vollendete Unstiftung gemeint. Weniger och, als auf dem Gebiete bes Burtemberg. GB's ese sich eine folche Unsicht auf bem bes Bab. und Seff. Bren, weil die beiden lettern, bis zum Ueberfluffe deut= d, außerdem noch verlangen, daß der Unstifter Urfache 18 Berbrechens geworden sen. Hiernach erscheint un die bloße Unstiftung allgemeinhin nicht bedroht nd ift also nach bem allseits angenommenen Sate: nulla voena sine lege, straflos. Es kann bies um so weniger veifelhaft senn, als die brei ermähnten Gesethücher B. Art. 63, H. Art. 64, B. S. 106) ben Bersuch ber egel nach erft bann für strafbar erklären, wenn er in zen Unfang ber Ausführung bes Berbrechens vergegangen ist. Daß man aber in der Anstiftung noch men Anfang der Ausführung finden kann, ist oben schon zeigt worden. Wenn nun auch die Motive zum B. GB. ber Unstiftung einen beendigten Versuch finden wollten th wenn sich auch in Würtemberg Stimmen für bie Beefung ber gelungenen Unstiftung als eines nicht endigten Bersuches erhoben; so dürfte doch nach ber ußerung Würtembergischer Schriftsteller die obige Un: t die meiste Geltung erlangt haben 22). Auf bem Gete ber Beff. Gesetzebung ging man nach bem Zeugnisse reidenbach's 28) schon längst von der Unsicht aus,

<sup>1.</sup> S. 542 und Dens. im Arch. 1846. S. 124. 357. Sufnagel Comm. I. S. 160. III. S. 641. Köstlin a. a. D. S. 545.

<sup>23)</sup> Commentar jum Beff. St&B. IL S. 222.

daß der Art. 71 (Entwurf Art. 66) im obigen Sinne aufzufassen sen. Schwierigkeiten machte bort nur ber Art. 72, welcher sagt, der Anstifter bleibe straflos, wenn er von einem Unfange der Ausführung ben Befehl ober Auftrag zurückgenommen und das Ber brechen verhindert habe. Da nemlich nach obiger Ausles gung des Art. 71 der Unstifter überhaupt vor einem Am fang der Ausführung gar keiner Strafe unterliegen kann, so ift es auffallend, wie nun der Gesetzgeber bazu kommt, im Urt. 72 ausnahmsweise unter gewissen Boraussehum gen die Straflosigkeit zu verleihen, welche in dem zu nächst vorhergehenden Art. bereits allgemeinhin anerkannt ift. Es hat jedoch Breibenbach a.a.D. S. 260 - 271 genügend nachgewiesen, daß ber Urt. 72 ungenügend redis girt sem, daß er aber jett, wie er liege, nach den Zeuße: rungen der Gesetzgebungsfactoren jedenfalls nur von bem Falle einer begangenen strafbaren Sandlung verstan: ben werden und keinesfalls abandernd auf das aus bem Art. 71 zu ziehende Princip wirken könne. Eine bochft ge: wichtige Bestimmung, welche die bisher gewonnenen Resultate zum großen Theile umftößt, hat bas Babifche 68. im Art. 122 dahin aufgenommen:

Wurde von einer Person zur Begehung eines Berbrechens ein Auftrag ertheilt, oder für dieselbe ein Lohn gegeben oder versprochen; so sind, sobald der Undre den Austrag angenommen, oder die Begehung des Verbrechens zugesagt, oder in Folge des ihm gezgebenen oder versprochenen Lohnes oder des ertheilten Auftrags zur Ausführung des Verbrechens bereits Bowbereitungshandlungen unternommen hat, beide Theile wegen nicht beendigten Versuchs des beabsichtigten Berbrechens zu bestrafen.

Sie bleiben jedoch straflos, wenn sie das verbrecherische Unternehmen, ehe es zu einem Anfange der Ausführung kam, freiwillig wieder aufgegeben haben.

Die Motive sagen hierüber, bas pactum de delinquendo, moge es in Form eines Auftrags = ober Miethverhaltnisses vorkommen, an sich zwar nur eine Borbereitungshandlung, sey in ähnlicher Weise gefährlich, wie bas Komplott und werde daher als entfernter Bersuch bestraft; der Reue vor Ausführung bes Berbrechens sen aber auch hier, wie burchgehends im Strafgesethuche, die Rraft beigelegt worben, die Strafe aufzuheben. Der von Belfer erstattete Commissionsbericht der II. Kammer sagt, auch bei ber Un= stiftung muffe die feste juriftische Grenze, welche den uns zweifelhaften verbrecherischen Entschluß von bloßen Cogita= tionen sondere, möglichst sorgfältig gewahrt werben, deßhalb fen in den Fällen des § Busage des physischen Urhebers ober zu Stande gekommener Bertrag nothig zur Straf: barfeit, oder auch Gewißheit, daß der Anstifter wirklich ben Entschluß bes Angestifteten bestimmt habe; vorher habe der Anstifter noch nicht einmal ein taugliches Werkjeug gefunden, viel weniger daffelbe in Bewegung gesetzt, und selbst der absolute Ernst seines Entschlusses sen noch nicht unwidersprechlich klar; eine that fächliche Un= nahme des Auftragempfängers durch Unternehmung von Worbereitungshandlungen habe ber wörtlichen Zusage gleich: geftellt werben muffen.

Bollte man die fragliche Bestimmung des §. 122 begründen, so müßte dies unseres Erachtens geschehen, wie es in den Motiven geschah. Der Gesetzgeber hatte ja freie Hand, auch ausnahmsweise eine ihm besonders gestährlich erscheinende Vorbereitungshandlung hier so gut, wie in andern Materien, der Strafe zu unterwersen. Die Begründung, welche der erwähnte Commissionsbericht der Bestimmung giebt, dürfte aber deßhalb nicht ganz passend

senn, weil sie irrigerweise und im Widerspruche mit den Systeme des SiGB. voraussett, daß die bloße Anftis tung unter das Geset über Bersuch falle, und weil sie die dem Gesethuche frembe Möglichkeit der Bestrafung eines bloßen verbrecherischen Entschlusses annimmt, und somit dem & die negative Rraft der Aussonderung des scheinbar Sträflichen, aber in der That Unsträflichen, beimißt, mab rend berselbe in der That Verhältnisse, die nach den all gemeinen Grundfägen bes StBB's straflos find, aus besondern Grunden strafbar erflärt. Im Sinblicke hierauf und auf den &. 1 des GB. (nulla poena sine lege) ift somit ber §. 122 nicht über bie Fälle ber Ertheilung eines Auftrage und bas Geben oder Berfprechen eines Bob: nes auszudehnen. Cofern also die Anstiftung mittelft andrer Einwirkungsarten geübt wird, gelten bie oben entwickelten allgemeinen Principien. Uebrigens durfte der §. 122 bennoch eine sehr bebeutende Austehnung gewinnen, wenn man erwägt, daß hier, wo es sich nicht um bestimmte Worte und um civilrechtliche Formen handelt, bas Berhältniß bes Auftrags fast in allen ben Fällen als vor. handen zu betrachten seyn dürfte, in welchen ber Anftifter in seinem eigenen Interesse einen Andern bestimmte, ohne daß z. B. ber Umstand, daß die Bestimmung in ber außern Form der Bitte, des Wunsches u. dgl. angenommen wor ben, von Einfluß sein konnte, sowie wenn man erwägt. daß in dem hiernach häufig mit dem Falle bes Auftrags: zusammentreffenden Falle bes Gebens ober Bersprechens eines Lohnes nicht immer ein Lohn von Gelb und Selbeswerth, sondern nur überhaupt ein mahrer oder scheinbarer Bortheil dem Thäter in Aussicht gestellt senn muß. Nimmt man diese Auslegungsweise, welche freilich nur in allgemeinen Andeutungen hingeworfen werden fann und ber richterlichen Beurtheilung in jedem einzelnen Falle unter worfen werden muß, an, so beschränkt sich die Anne

bung ber allgemeinen Grundsage großentheils auf die Källe der Anstiftung im Interesse des Angestifteten (consilium delinquendi). Diese Unterscheidung ift aber vom praktischen Gesichtspunkte aus in der That feine üble, weil die Anstiftung im Interesse bes Unstifters, wenigstens auf Seiten besselben, offenbar weniger Rucksicht verdient, als bie im Interesse bes Angestifteten. Schließlich dürfte noch die Bemerkung am Plate senn, daß die Bestimmung bes §. 122 häufig zu mühevollen und fruchtlosen Erörte= rungen Unlaß geben wird, weil nur selten über Berbreden bestimmte vertragsähnliche Zusagen erfolgen, meift erst die eigentliche Zusage in bem Beginne der Ausführung von Seiten bes Ungestifteten gefunden werden Selbst Vorbereitungshandlungen bilben an und für sich noch tein sicheres Criterium ber thatsächlichen Bus sage des Angestifteten, indem sie auch ohne festen Entschluß, zleichsam vorbehaltlich eines solchen, möglich sind. Unter viefen Umständen begangen, werden sie freilich auch unjeachtet bes &. 122 ftraflos fenn. Durch biefe Betrachtung ou übrigens keineswegs in Ubrede gestellt werden, daß rennoch eine Menge von Fällen unter die Bestimmung bes bengenannten & zu fallen geeignet senn werden. — Bas vas neue Preuß. GB. betrifft, so läßt die Wortfassung ses von der Anstiftung sprechenden &. 34. Ubs. 1 im Ber= Meiche mit ben Bestimmungen bes ben Unfangspunkt ber Strafbarfeit des Bersuches festsetzenden §. 31 feinen 3mei: I barüber, daß ber Preußische Gesetgeber die oben be-Aglich ber Strafbarkeit ber Unstiftung als gemeinrechtlich rezeichneten Grundsäte ebenfalls anerkennen wollte.

Wir haben uns bisher bemüht, die leitenden Grundiche über den Anfangspunkt der Strafbarkeit des Anstif=
ers für die der gemeinen Regel unterworfenen Verbre=
hen nach den Bestimmungen des gemeinen Deutschen

Rechts und der uns zunächst liegenden Gesetzebungen aufzusinden, nachdem wir zuvor auf die a priori möglichen Standpunkte in der Materie von der Anstiftung hingewiessen hatten. Wir haben gefunden, daß daß gemeine Deutsche Recht und mit ihm eine Reihe von Gesetzebungen rein auf dem Standpunkte der Untrennbarkeit der Anstiftung vor der That, mit andern Worten, auf dem Standpunkte der schat, mit andern Worten, auf dem Standpunkte der s. g. accessorischen Strafbarkeit stehen, daß eine Reihe andrer Gesetzebungen die Anstiftung in se fern selbständig auffaßt, als sie dieselbe Kraft besondrer gesetzlicher Verfügung unter die Regeln des Versuches zum Verbrechen stellt, daß aber keine der angeführten Gesetzgebungen (und wohl überhaupt keine bestehende Gesetzgebung) die Anstiftung nach der Weise der reinen Theorie der selbständigen Strafbarkeit derselben auffaßt.

Steht nun einmal der Unfangspunkt ber Strafbar: keit der Anstiftung fest; so ist es einfach, dieselbe für den Berlauf ber verbrecherischen Thätigkeit des Angestifteten bis zur Bollendung zu bestimmen. Es ist vom Berfasser in ber oben (f. Note 1) erwähnten Ubhandlung dargelegt worden, daß die Strafbarkeit des Unstifters und Thaters bei vollendetem Verbrechen in der Regel gleich sep. Dieser Grundsatz findet natürlich auch bei ben einzelnen Abstufungen bes Bersuches zum Berbrechen feine Anwen: dung, so daß auch im Falle des vom Thäter verübten nich beendigten oder beendigten Versuchs der Anstifter bie Strafe diefer rechtswidrigen Handlungen in gleicher Beife wie der Thäter selbst erhält. Dies einfache Berhaltnis findet consequent im Bereiche berjenigen Gesetzebunger statt, welche rein der Theorie der accessorischen Stref Die Theorie der selbständigen Stuf barkeit hulbigen. barkeit muß dagegen Concurrenz ber Strafen ber Inf tung und der aus der verbrecherischen Sandlungs weise des Thaters für ben Anstifter entspringenden Stre

A. 12 . 12 . . 17

ĮĘ

1

**2**=

fen annehmen 24), so daß die Strase vollendeter Anstistung mit der des nicht beendigten Versuchs des Verbrechens zusammentressen müßte u. s. f. Der mehrerwähnte Mittelweg vieler Gesetzebungen führt dazu, daß, von der Stuse der physisch verübten ersten Versuchshandlung (von dem Ansang der Ausführung durch den Thäter) an, Ansstister und Angestisteter in der Strasbarkeit einander gleichsstehen, während vorh er häusig (z. B. nothwendigerweise, sobald man mißlungene Anstistung für strasbarkeit, in welchem Falle nur der Anstister allein Strase leiden kann) Verschiedenheiten eintreten werden.

Es sind nun noch die Fälle zu erörtern, in welchen die trafbarkeit wieder aufgehoben wird. Das lei= tende Princip ist hier der im Art. 178 der PGD. sowie in den neueren Gesetgebungen (wenn auch unter sehr verschiedenen Modificationen) adoptirte Grundsatz, daß der freiwil= lig von dem Bersuche Abstehende straflos werde. Wenn die Anwendung dieses Sates schon in den Fällen, in welden nur ein physischer Urheber zur Sprache kommt, oft nicht unschwierig ist; so tritt dieser Umstand bei Fällen, in welchen physischer und intellectueller Urheber concurriren, in erhöhtem Maaße ein. Was ben erstern betrifft, so sprechen wir über ihn hier nicht besonders, weil sich ber Urt. 178 und die baraus abzuleitenden Gäte unmittelbar auf ihn anwenden lassen. Was dagegen den lettern betrifft, so muffen jene Gesetzekstellen und die aus ihr gezogenen Folgerungen erst auf ihn angepaßt Läßt man aber nicht außer Acht, daß der Un= Rifter deßhalb überhaupt strafbar wird, weil er durch seine geistige Einwirkung mittelbar bas Berbrechen begeht; so ergiebt sich leicht, daß man ihn dann als freiwillig von der That abstehend betrachten fann, wenn er die

<sup>24)</sup> Ein festes System hierüber ift nirgends aufgestellt.

Birfung seiner psychischen Thatigkeit aufgehoben bat, wenn er also die Bollenbung des Berbrechens, sep es nun burch eine ber frühern entgegengesetzte psychische Ginwirtung ober auf andre Weise verhindert hat. Es ist nicht nothwendig, daß er gerade wieder nur intellectuell einwirke, weil er zuerst intellectuell wirkte, da die Folgen seiner ersten Einwirkung möglicherweise auch auf physischem Bege beseitigt werben konnen. Es ist aber auf der andern Seite die Unnahme einer Beseitigung auf letterm Wege nicht zu umgehen, da sonft der Angestiftete durch seinen Gigenwillen jegliche thätige Reue des Anstifters unmöglich machen konnte. Eine weitere Weise, Diese Reue barzuthun, ist dem Unstifter nach ber Unsicht der meisten Gesetzgebungen (auf welche Ansicht übrigens auch der gemeinrechtliche Richter einzugehen nicht gehindert ist) in der Anzeige von dem bevorstehenden Berbrechen bei der Obrigkeit, wenn fie ju einer Zeit und unter Umständen, wo es der Obrigkeit möglich war das Berbrechen zu verhindern, geschieht, ver-Es ist diese Weise nur eine Unterart der sonstigen Berhinderung, da man bei der Pflicht der Obrigkeit, Berbrechen abzuwenden, schon einer bloßen zeitigen In: zeige die Kraft der Verhinderung beilegen muß.

Vor dem Beginn einer strasbaren Versuchshandlung durch den physischen Urheber bedarf es für den Anstister der oben entwickelten Ansicht nach eines Strasaushedungsgrundes nicht, weil derselbe unter Umständen ohnehm straslos ist. Umgekehrt aber ist jegliche Aeußerung thätiger Reue, welche erst nach vollendetem Verbrechen wirksam werden könnte, unerheblich, weil das Abstehen von der Ahat nur vor der Vollendung derselben möglich ist. Die ausgestellten Sätze werden hiernach lediglich für den Zeitraum vom Beginne einer strasbaren Versuchshandlung die zur Vollendung des Verbrechens praktische Bedatung haben.

Bu ber pfpchischen Ginwirfung auf ben Thater, welche an und für sich im Stande senn soll, die Straf-Darteit des Unstifters aufzuheben, gehört naturlich ber Erfolg berfelben, wenigstens in der Beise, daß badurch alle aus ber Unstiftung bervorgegangenen Bestimmungepründe als völlig beseitigt erscheinen muffen. Moßer Bersuch, diese Bestimmungsgrunde zu beseitigen, zenügt nicht, und kann nur ein Strafminderungsgrund werben, sofern ihm nicht das Gesetz bas Gewicht eines Milberungsgrundes beilegt. Schreitet aber der Thas er, ungeachtet man bie Folgen ber Ginwirkung bes Untifters als getilgt ansehen kann, bennoch zur That, o kann solche auch nicht dem Unstifter beigemessen wer-Dann hat der Thater ganz aus eigenen Beweggründen gehandelt. Daß die thatsächlichen Boraussetzungen eines solchen Falles nur selten eintreten und schwer beweislich zu machen senn werden, bedarf kaum der Unührung. Deghalb führen auch manche Gesetzgebungen He Burudnahme ber Unstiftung ohne gleichzeitige wirkiche Berhinderung des Berbrechens gar nicht als Tiljungsgrund der Strafbarkeit der Anstiftung an, wie z. B. vie Würtembergische im Art. 77, welche nur fagt:

Der Anstifter bleibt mit Strafe verschont, wenn er die Aussührung des beabsichtigten Verbrechens verhindert, oder wenigstens der Obrigkeit so zeitig die Anzeige von der Verabredung gemacht hat, daß sie die Aussührung verhindern konnte.

der die Hessische im Art. 72, welche sich so ausdrückt:

Der Unstifter bleibt straflos, wenn er entweder vor einem Anfange der Ausführung <sup>25</sup>) den ertheilten Bes**fehl oder Auftrag**, wodurch er zur Begehung des Vers

<sup>26)</sup> Ueber die lettern Worte dieses Artifels f. oben.

Berbrechen auf diese oder sonstige Beise verhindert, oder der Obrigkeit so zeitig davon Anzeige gemacht hat, daß dasselbe verhindert werden konnte.

Tiefer geht das Badische SB. auf die Sache ein. Nachdem nemlich schon dem §. 122, welcher die Strasbarkeit
der gelungenen Anstistung im Falle eines Auftrags oder
Lohnes sestset, beigefügt worden, daß der Anstister und
Angestistete strassos bleiben sollen, wenn sie das verbrecherische Unternehmen, ehe es zu einem Ansange der Ausführung kam, freiwillig wieder aufgegeben haben, (welcheDisposition des Gesetzes übrigens nur auf ein gemeinschaftliches Aufgeben durch beide Betheiligte zu beziehen ist,) verfügt der §. 123 über die Strassosseit desAnstisters dahin: Der Anstister soll strassosseiten:

- 1) wenn er die Gründe, durch welche er den Anbern zu dem verbrecherischen Entschlusse bestimmt, vollständig wieder aufgehoben und der Letztere nur aus andern (eigenen) Gründen das Verbrechen dennoch ausgeführt hat;
- 2) wenn er, nachdem ihm die Verhinderung der Beschung durch Abmahnung des Andern nicht gelungen, oder die Abmahnung ihm ohne sein Verschulden nicht möglich gewesen ist, der Obrigkeit von dem bevorstehenden Verbrechen so zeitig die Anzeige gemacht hat, daß sie das selbe verhindern konnte; oder
- 3) wenn er das Verbrechen, ehe es zu einem Unfang der Ausführung kam, selbst abgewendet oder verhindert hat; oder wenn er in Fällen, wo er die Ausführung erst nach unternommenen Versuchshandlungen abgewendet oder verhindert hat, den Thäter vorher abmahnte, oder ihm eine frühere Abmahnung nicht möglich war.

Die Abmahnung in den Fällen unter Ziffer 2 und 3 wird deshalb gefordert, damit nicht etwa ein Anstister m Undern zum Berbrechen verleiten und bann ohne Angestifteten von seiner, bes Unstifters, Willensande= g auch nur in Renntniß zu setzen, ber strafrechtlichen rfolgung Preis geben, sich selbst aber burch Berhindeg des Berbrechens ober burch eine Unzeige bei ber rigkeit die Straflosigkeit sichern könne. Von dieser cht zur Abmahnung kann nur die Unmöglichkeit ber ern entbinden. Ist aber der Thäter abgemahnt wor-, so kann er sich nach bem §. 117 bes Bab. StBB's t freiwilliges Aufgeben der That, so lange er nicht beendigten Versuche vorgeschritten ist, selbst die Strafzteit verschaffen. Thut er bies nicht, so liegt fernerteine Härte barin, wenn ber Unstifter straflos aust, der Thäter aber gestraft wird. Neben ber vorhin tgetheilten Bestimmung des Bad. GB's, bag ber Un= er, sofern er die Bestimmungsgrunde in bem Anges eten vollständig wieder aufhob, straflos sen, ordnet der 24 bieses GB's an, daß ber Unstifter, wenn er die anendeten Bestimmungsgründe, soviel an ihm lag, auf-:ben, oder den Andern, soviel an ihm lag, von dem :brechen abzuhalten suchte, dieser aber dasselbe bennoch führte, von der Strafe des nicht beendigten Bersuches offen werden solle. Man hat schon auf dem Gebiete gemeinen Rechts behaupten wollen, daß der Unstifter, bie Unstiftung ohne Erfolg wirkungslos zu machen sucht, 1. bas Mandat zurückzieht, ohne daß ber Manbatar Rück= bierauf nimmt, nur wegen Bersuches zu bestrafen sen. I man damit sagen, er habe auch nur einen Bersuch ingen; so ist dies, wie leicht einzusehen, unrichtig. I man aber damit lediglich eine mildere Strafe, tlich die des Versuches zur Anwendung bringen lassen also auf diesem Wege ber vergeblichen Bemühun= bes Unstifters die Wirkung eines Strafmilderungs: ndes verschaffen; so ist hiergegen nichts zu erinnern,

und in diesem Sinne ift auch die Vorschrift unseres GRt Bei Betrachtung ber Bestimmungen bet aufzufaffen. §. 123 des GB's zeigt sich, daß der Gesetzeber eine Strafbestimmung für den Fall zu geben hatte, in welchen der Unstifter ohne vorgängige Abmahnung des Thäters ober ohne die Unmöglichkeit derselben Unzeige bei der Dbrigkeit machte, sofern nicht angenommen werden sollte, bag in diesem Falle den Anstifter die volle Strafe des Thaters Der Gesetzeber hat bie vermißte Bestimmung auch im §. 124 niedergelegt, indem er dem Unftifter für den fraglichen Fall die Strafe des nicht beendigten Ber suches broht. Wenn es in bem Gesethuche §. 123 Biff. 2 heißt, daß die Anzeige bei der Obrigkeit so zeitig gesches hen senn musse, daß biese das Verbrechen verhindern tonnte; so wird babei nicht vorausgesett, daß bie Dbeigfeit das Verbrechen auch wirklich verhinderte, es genügt, wenn sie es nur noch verhindern konnte. Unter einer ungerechtfertigten Saumseligkeit ber Obrigkeit tann der Anstifter, der die Anzeige allgemeinen Begriffen nach für das wirksamste Mittel der Abwendung des Berbrechens halten mußte, nicht leiden 26). Die Frage, wann am genommen werden muß, daß die Obrigkeit das Berbrechen verhindern konnte, ist natürlich eine reine That frage, über die sich allgemeine Regeln nicht geben lassen. Wenn endlich im §. 123 Biff. 3 gesagt ift, der Anstifter sen straflos, wofern er das Berbrechen, "ehe es zu einem Anfange der Ausführung fam", selbst abwendete; so kann dieser Theil der Bestimmung der erwähnten Biff.3 wohl nur auf die Fälle des §. 122, durch welchen unter Umständen, wie wir gesehen haben, die bloße Anstiftung und das Eingehen auf dieselbe bestraft wird, bezogen wer ben, da außer diesen Fällen die Straflosigkeit bes Anftif

<sup>26)</sup> Breibenbach a. a. D. S. 217.

B und Angestifteten vor dem Eintreten eines strafbaren Auches feststeht und da nach den Grundsätzen des GB's er Versuch (§. 107) erst der Anfang der Ausführung er Strafe unterliegt.

Un die bisherigen Erörterungen knupft sich bie Frage, ber Unstifter straflos werden konne, wenn sich ber Thaburch sein freiwilliges Abstehen von der versuch: That Straflosigkeit verschaffe. Man scheint früher zemein der Ansicht gewesen zu senn, daß dies nicht der It sen. Es war aber diese Ansicht wohl großentheils r Folge ber oben bargelegten Meinung von ber Gelbstän= feit ber Strafbarkeit ber Unstiftung 27). In neuerer it sprachen sich gewichtige Stimmen für die Bejahung t Frage aus 28). Uns scheint übrigens bie Berneinung r Frage sowohl auf bem Gebiete des gemeinen Deutschen chtes, als auf dem der Deutschen Gesetzgebung den rzug zu verdienen. Man kann endlich gewiß nicht mit pp a. a. D. sagen, nach dem Sate "durch Andre gen, ist selbst gethan" sen gegen den Anstifter im vorlieiben Falle keine Strafe zu erkennen, weil "ber Thäter nichts (Strafbares) gethan habe" und weil es wider: echend ware, dem Unstifter eine straflose That zur rafbarkeit anzurechnen. Es hat nemlich hier der Thä: ! jebenfalls etwas gegen bas Strafgesetz gethan, in: n er eine an sich strafbare Bersuchshandlung beging, nur in Folge seiner freiwilligen Willensanderung wieftraflos wird. Die gesetliche Folge der Willensberung des Thäters kann aber eben so wenig auf die rfon des Anstifters zurudwirken, als eine folche Rud:

<sup>27)</sup> Hepp im Archiv 1836. S. 48. Zacharia vom Versuche 11. S. 295.

<sup>5. 46</sup> Rote.

wirkung in bem Falle ber geminderten oder aufgeholenen Burechnungsfähigkeit bes Thaters möglich ift. wollen übrigens hiermit keineswegs diese beiden galle einander gleichstellen, sondern bezwecken nur, burch ben ge wählten Beispielsfall auf die oben weitläufig entwidelte Möglichkeit einer dem Grundsate ber accessorischen Strafe barkeit ter Unstiftung nicht widersprechenden ungleichförmigen Behandlung bes Unstifters und Thäters hinzuwei: Es ist ganz richtig, mas Hepp weiter bemerkt, daß für Unstifter und Thater eine objectiv strafbare That vorausgesetzt werbe, aber eine solche liegt auch in bet strafbaren Versuchsandlung vor, und der Aufhebungs grund ber Strafbarkeit tes Thaters ift gerade nur ein subjectiver, die Person des lettern allein betreffender. Wenn für bie Straflosigkeit bes Unstifters ber Umftanb angeführt wird, daß zum strafbaren Bersuche bes Berbrechens mesent= lich das Merkmal des Gehindertsenns "wider den Willen" des Versuchenden gehöre, so läßt sich hiergegen ein: fach anführen, daß ja eben bezüglich des Anstifters ein solches Gehindertsenn wider den Willen vorliegt. Unstifter wünscht die Bollführung der That; tritt aber ber Angestiftete noch im Stadium des Versuches von ber That zurud, so ift lettere gewiß gegen ben Willen bes In stifters verhindert worden 29).

Bum Schlusse noch folgende gewichtige Bemerkung!

Mehrfach haben wir bereitst angedeutet, daß die im Vorhergehenden über die Strafbarkeit der Anstiftung entwickelten Grundsätze zwar die Regel bilden, daß diese Regel aber nicht ohne Ausnahmen sen. Wenn es nus

<sup>29)</sup> Wenn man in Frankreich die unsrer Ansicht entgegengesches Meinung vertheidigt (f. darüber Rauter traits du dreit crim. I. p. 212); so beruht dies auf einer ungebührlich wellst Ausbehnung des Princips, daß es ohne einen auctor elicit keine complices gebe. Bgl. Breidenbach a. a. D. 6.299.

b nicht im Plane dieser Zeilen liegt, diese Ausnahmen Besondern zu erörtern und die bezüglich ihrer gel= ben Grundsätze ausführlich barzulegen; so kann es boch bt umgangen werben, barauf hinzuweisen, bag Bis= fcaft und Praris des gemeinen Deutschen Rechts von er bie Unstiftung ober Aufforderung zum Hochverrathe " Aufruhre ber ftrafrechtlichen Berfolgung unterwarfen, bies den in ber Natur ber Sache begrundeten gefet= en Worschriften 30) nach geschehen mußte, und daß die etgebungen 31) der neuern Zeit den gleichen Weg ichlugen. Wie sehr indessen die Unsichten ber Rechts= ehrten über die Grenzen des Erlaubten und Unerlaubten pohl auf bem Gebiete bes gemeinen Rechts, als auf n ber Gefetgebungen in fraglicher Beziehung auseinan= ! geben, und wie hier felbst die verschiedenen Gesetz= ungen von einander abweichen, bedarf als bekannt m der Erwähnung. Dagegen sind die Vorkehrungen it außer Acht zu lassen, welche bie Gesetzgebungen ben ihren Straffanctionen gegen bestimmte Aufierungen zum Hochverrathe und Aufruhre zu dem ede getroffen haben, bag bas Unsehen ber Staats: palt auch nicht auf indirectem Wege untergraben rbe 32). . Endlich ist nicht zu übersehen, daß die neue: 1 Sesetgebungen, burch die Erfahrungen ber letten Jahre eidert, dahin gelangten, die Anstiftung zu Berbrechen Bergeben überhaupt, wofern dieselbe auf eine be-

<sup>1. 1. §. 1.</sup> l. 4 pr. l. 7. §. 3. D. ad leg. Jul. maj. (48. 4), 1. 3 pr. D. ad l. Jul. de vi publ. (48. 6), l. 5. C. ad l. Jul. maj. (9. 8).

<sup>1)</sup> Preuß. allg. &R. S. 97. Desterr. GB. S. 52. X Irt. 308. Sächs. Urt. 84. 115. Würt. Urt. 142. 176. Baner. Art. 131. 162. Bab. §. 594. 630. Preuß. §. 65. 66.

<sup>2)</sup> Desterreich. GB. §. 57. Bancr. Art. 311. 404. Sächs. Art. 94. Würtemb. Art. 149. 167. 168. 169. Braunschw. \$. 88. 115. Bab. \$. 631. Preuf. \$. 93. 99. 101.

# 412 Beitr. jur Lehre von b. Anstiftung 3. Berbr.

sonders gemeingefährliche Weise geübt wird, für ftris bar zu erklären. Hierher gehören einige Bestimmum gen bes neuen Preußischen Gesethuchs, beren zu geben ken um so mehr von Interesse ist, als sie sich in andern Gesetzgebungen der neuesten Zeit wiederholt finden ...). Der g. 30 bedroht die öffentlich stattfindende Aufforberung zu einem Berbrechen ober einem Bergeben, wenn sie ohne Erfolg geblieben ift, mit Gefängniß bis ju Einem Jahre. Der S. 87 will benjenigen, welcher jum Ungehorsam gegen die Gesetze ober Berordnungen ober gegen die Anordnungen der Obrigkeit öffentlich auf fordert, ober anreigt, mit Geldbuße bis zu 200 Tha lern oder mit Gefängniß von vier Wochen bis zu zwei Jahren bestraft wissen. Der §. 88 bestimmt, bag wer eine Person bes Golbatenstandes durch Wort, Schrift oder irgend ein anderes Mittel mit ober ohne Erfolg auffordere ober anreize, bem Befehle bes Dbern nicht Gehorsam zu leisten, ober wer eine Person, die zum Beurlaubten stande gehöre, auffordere oder anreize, ber Einberufungs. Ordre nicht Folge zu leisten, mit Gefängniß von sechs Wochen bis zu zwei Jahren zu bestrafen sen.

<sup>23) 3.</sup> B. Bad. Ges. v. 5. Febr. 1851. §. 2. (§§. 630. 61) a — g des StGB.)

#### XVIII.

But the second of the second o

#### Die Gefahren

# der unzweckmäßigen Abfassung der Anklageschriften

und ihr Einfluß

#### auf den gerechten Erfolg des Strafverfahrens

geschildert von

#### Mittermaier.

Lin in neuester Zeit ergangener Rechtsspruch des Castionshofes in Brüssel ist geeignet, auf den gefährlichen finfluß ausmerksam zu machen, welchen eine unzwecktäßige Abfassung der Anklageschriften auf das Strasverahren und die Wahrsprüche der Geschwornen ausüben sonne.

Die Unklagsakte, welche gegen die Brüder 5nepp wegen Theilnahme an einem Diebstahle vorsitesen wurde, enthielt die wörtliche Aussage eines wugen, welcher in der Voruntersuchung vernommen der. Dieser Zeuge wurde nicht in der Sitzung vorgesusen; die Anklagsakte wurde aber auf die gewöhnliche Beise vorgelesen, und den Geschwornen in ihr Beraschungszimmer mitgegeben. Die Angeklagten wurden für chuldig befunden; sie gründeten aber außer anderen Dunkten ein Richtigkeitsgesuch auch darauf, daß durch

# 414 Die Gefahren der unzwedmäßigen Abfaffung

jene Aufnahme der Zeugenaussagen in der Anklagsutte ebenso das Princip der Mündlichkeit als die Borschriftm des Gesetzes Art. 322. 341 verletzt worden sepen. Cassationshof verwarf durch Rechtsspruch vom 12. Rei 1851 das Nichtigkeitsgesuch 1). In den Entscheidungs: gründen wird gesagt: In Erwägung, baf bie Unklagsatte, welche nach Art. 241 des Code der Generalprocurator zu entwerfen beauftragt ist, die Natur des Berbrechens, die Handlung und alle Umstände auseinander setzen foll, welche die Strafe vermindern oder erhöhen können, und daß die Elemente zur Entwerfung dieser Anklagsakte nur aus der Voruntersuchung geschöpft werden können, von welcher die schriftlichen Zeugenaussagen einen Theil aus machen; in Erwägung, daß, wenn man auch nicht wort: lich die schriftlichen Zeugenaussagen in die Anklageschrift in der Absicht einschalten kann, die Borschriften und Ber= bote der verschiedenen Gesetze über das Verfahren zu vereiteln, und daß eine solche Einschaltung eine Berletzung der gesetlichen Bestimmungen enthalten wurde, welche den Grundsatz der Deffentlichkeit und der Mündlichkeit des Strafverfahrens aufstellen, nichts besto weniger man die Einschaltung einer summarischen Zergliederung ber Aussage eines Zeugen in einem Anklageakt nicht als in der Absicht geschehen ansehen kann, die gesetzlichen Bor schriften und Verbote zu umgehen, da eine solche Ein: schaltung auch nöthig senn kann, um badurch bie Dant lung und die Umstände genau zu bezeichnen; in Erwägung, daß im vorliegenden Falle der Generalprocurator sich ber auf beschränkt hat, eine summarische Zergliederung ber schriftlichen Aussage des Eduard Quintyn, Bruden des Angeklagten, in die Anklageschrift aufzunehmen, bef diese Zergliederung, die keine von den Formen an sich triff

ł

<sup>1)</sup> Belgique judiciaire v. 14. Mär; Nr. 2. 1852.

bie in Prototollen beobachtet senn muffen, welche bie von ben Untersuchungsrichtern aufgenommenen Zeugenaussagen enthalten, nur eine einfache Behauptung von Seite ber Staatsbehörde enthält und die Unklageschrift, in der . bies vorkommt, nicht den Protokollen gleichgestellt merben kann, welche bie Zeugenaussagen enthalten, beren Borlesung in ben Ussisen und Mittheilung an die Geschwornen bas Gesetz verbietet; in Erwägung, bag nach dem Borhergehenden der Präsident, indem er die, die Bergliederung der Beugenaussagen enthaltende Unflage: schrift vorlesen ließ und sie den Geschwornen zustellte, teine ber von dem Nichtigkeitskläger angeführten Gesetzes: ftellen verlette — wird das Cassationsgesuch verworfen.

Die hier mitgetheilten Entscheidungsgrunde enthal= ten höchst bedenkliche Grundsätze, deren folgerichtige Durchführung zur Gefährdung der Interessen der Ungeflagten ebenso wie der Gerechtigkeit führen konnte. tann nur gefährlich senn, wenn man die Entscheidung eines Caffationegesuchs davon abhängig machen wollte, welche Absicht der Verfasser einer Unklageschrift bei Verletzung von Gesetzesvorschrifen hatte; benn eine solche Berletzung begründet Nichtigkeit, mag sie auch in der besten Abficht vorgenommen senn; regelmäßig wird gewiß eine solche gute Absicht angenommen werben dürfen. eine Gesetzeborschrift verlett murbe, deren Uebertretung mit Nichtigkeit bebroht mar, ober einen wesentlichen Befandtheil des Berfahrens verlet, insbesondere das Interesse ber Vertheidigung bedroht, muß die Nichtigkeit ausgesprochen werden, weil es nur auf die Gefährdung ber rechtlichen Gültigkeit der Verhandlung ankommt, auf beren Grund entschieden wurde, und diese Gefährdung unabhängig von der Art der Absicht des Uebertreters 2)

<sup>2)</sup> Die Art der Absicht konnte nur in Betrachtung ba kommen, we darüber geurtheilt werden foll, ob der Berfaffer der An-

#### 418 Die Gefahren ber unzwedmäßigen Abfaffung

eintritt, läßt sich nachweisen daß auch nur möglicherwest durch die Aufnahme wörtlicher Zeugenaussagen in dit Anklageschrift der Grundsatz der Mündlichkeit und das Interesse des Angeklagten gefährdet werden kann, so hat der Cassationskläger, wenn er wegen solcher Einschaltungen das Urtheil als nichtig angreift, nicht nöthig nachzuweisen, daß der Bearbeiter der Anklageschrift eine schlechte Absicht dabei hatte. Wollte man doch eine solche Nachweisung sordern, so käme man dazu, eben so schwierige und (da die Willensbeschaffenheit des Staatsprocurertors Gegenstand des Beweises seyn müßte) unzuverlässigt Beweisssührungen zu verlangen und oft sehr störende wirderliche Auftritte zu veranlassen.

Der bisher angeführte Fall ist geeignet, auf die Bedeutung der Anklageschriften (wenn man sie einmal für nothwendig hält), aber auch auf die Vorsicht ausmerksiam zu machen, mit welcher diese Schriften bearbeitet werden mussen, wenn sie gefahrlos senn sollen.

Die Anklageschrift hat eine mehrfache Bedeutung; sie ist 1) die Grundlage der Verhandlungen (im Geiste des Anklageprincips) und in sofern auch von hoher Wichtigskeit für den Angeklagten, welcher durch die Anklageschrift die Anschuldigung erfährt und dadurch vorbereitet werden soll, nach dem Angrisse die Vertheidigung einzurichten; 2) sie ist es, nach welcher die an die Geschwornen zu steblenden Fragen einzurichten sind; 3) sie ist die Grundlage für die Berathungen und die Wahrsprüche der Geschwornen, und hat 4) wenigstens nebenher die Wirkung, daß sie die Ansichten des Publikums über die gegen eine Person erhobene Anschuldigung und über den Stand der Sache leitet. — Wir sind überzeugt, daß die Zeit

klageschrift eine strafwürdige Sandlung durch gesetwicke

nicht fern ift, in welcher die Frage: ob nicht die Anklageschrift ganz entbehrt, und durch das Verweisungsurtheil ersetzt werden kann, ernstlich geprüft werden wird 3), und wo selbst die Prüfung noch weiter führen wird, ob nicht bas schottische Verfahren 4), nach welchem ber Staats= anwalt unter personlicher Berantwortlichkeit, ohne daß eine Anklagekammer die Zulässigkeit der Unklage prüft, die Unflage erhebt, und sie vor die Ussisen bringt, wo er aber fich gefallen laffen muß, daß sogleich bei Eröffnung ber Berhandlung ber Bertheidiger die Einwendung gegen Die Relevancy der Unklage erhebt, und von dem Gerichte bor Allem auf ben Grund ber nur über biese Borfrage geführten Berhandlungen entscheibet. Erwägt man, baß bas Berweisungsurtheil mit seinen Entscheidungsgrun= ben schon Alles enthält, was ben Angeschuldigten, welcher in der Voruntersuchung die Unschuldigung und Die Beweise berselben kennen lernte, und die Liste ber zegen ihn zu benutenden Zeugen mitgetheilt erhalt, n den Stand sett, die Bertheidigung für die Hauptver= jandlung vorzubereiten; berücksichtigt man, wie viel Rube und Zeit zur Ausarbeitung weitläufiger Unklage= driften von den Staatsanwalten verwendet werden muß and wie viele Rosten dem Staate, wie viele Qualen dem Unzeklagten erspart werden könnten, wenn ohne vorgängige Enklageschrift die Berhandlung eröffnet werden konnte, o verdient die Frage: ob die Anklageschrift nicht ganz atbehrt und durch das Verweisungsurtheil ersetzt wer= en sollte, eine nähere Erwägung. Wir wollen diesen Begenstand in dem jetigen Aufsatze nicht weiter verfol= jen und unsere Erörterung nur barauf beschränken, wel-

<sup>3)</sup> herr Glaser hat in diesem Archive 1852 heft 2. Mr. XII. das Berfahren bei der französischen Anklagekammer einer näheren Prüfung unterworfen.

<sup>4)</sup> Mein Werk: das englisch schottische Strafverfahren S. 350. Izchio d. Er. A. 1852. III. St.

# 418 Die Gefahren der unzwedmäßigen Abfaffung

che Nachtheile die unzweckmäßige Abfassung ber Anklage= schriften erzeugen kann.

Unsere Leser erinnern sich des allgemeinen Unwillens, mit welchem die in dem bekannten Prozesse gegen die Frau Laffarge von einem sonst ehrenwerthen Staatsanwalte bearbeitete Unklageschrift vorzüglich in England 5) aufgenommen murbe; allein wir bitten, Unklageschriften aus neuerer Zeit in wichtigen französischen Straffällen z. 28. in bem Prozesse gegen ben Bruber Leotabe wegen Er mordung der Cecile Combettes 6), oder dem Prozesse gegen die Chegatten Bocarme zu vergleichen, um sich zu überzeugen, daß die Unklageschriften von leiden schaftlicher Darstellung, von der Sitte, nach welcher ber Staatsanwalt mit kühner Phantasie die Art, wie das Berbrechen verübt senn kann, sich ausmalt und dies Product seiner Auffassung als Gewißheit hinstellt und darauf die Unklage baut, ferner von dem Borwurfe ber Aufzählung der als erwiesen hingestellten Indicien vorzüglich einer Masse von Schlußfolgerungen, die aus dem Charakter des Ungeklagten abgeleitet werden, nicht freigesprochen wer den kann, und daß in diesen Schriften bie Aussagen ber in ber Woruntersuchung vernommenen Zeugen oft worts lich, oft kurzer, aber mit Angabe der Namen ber Zeugen aufgenommen werben.

Schon früh erhoben sich in Frankreich von erfahr nen und kenntnißreichen Juristen Stimmen gegen die Art, mit welcher häusig die Anklageschriften abgesest wurden. Die Gründe, aus welchen in der Rechtsübung die Anklageaften allmählig eine bedenkliche Ausdehnung

1

<sup>5)</sup> Auszüge aus dem damals erschienenen Aufsaße eines der größten englichen Praktiker in meinem Werke: das engliste Strafverfahren S. 246.

<sup>6)</sup> Procès du frère Leotade. Leipzig 1851. pag. 20-74

erhielten, liegen theils in ber französischen Sitte, nach welcher die Assise wie ein großartiges Schauspiel betrachtet wird, in welchem jeder darin Beschäftigte burch bie Art seines Anftretens, burch feurige Darstellung und Ents faltung ber Runfte ber Beredtsamkeit Interesse zu er= weden sucht, wo insbesondere der Staatsanwalt häufig seine Ehre darein sett, als Sieger aus bem geiftigen Rampfe mit dem Vertheidiger hervorzugehen, und seine Unklage durchführen zu können, daher, namentlich in politischen Untersuchungen oder bei Verfolgung von Verbrechen, die großes Aufsehen erweckten, burch Leiden= schaftlichkeit und das Streben die Unsicht der Geschwor: nen für sich zu gewinnen, sich hinreißen läßt, schon in ber Anklageschrift burch die Art ber Ausführung Interesse zu gewinnen, theils durch die Busammenstellung der Berbachtsgründe und die Erzählung des Vorfalls den Leser von der Wahrheit der Anklage zu überzeugen. andrer Grund liegt in ber Art, wie in Frankreich das Berhältniß ber Voruntersuchung zu der eigentlichen Haupt: verhandlung aufgefaßt wird. Man ist in Frankreich (wie leider auch in Deutschland) vielfach gewöhnt, die Erste als die Grundlage ber 3weiten zu betrachten, so baß man in ber mündlichen Berhandlung bei jeder Gelegenheit auf die Ergebnisse ber Ersten Jurudkommt, bem Beugen aber und Angeklagten die abweichenden Aussagen aus ber Boruntersuchung vorhält und die schriftlichen Zeugnisse vorlesen läßt. Man spricht von dem Princip der Mündlichkeit, aber man verlett es im Ginzelnen sehr hau-Wenn tüchtige französische Juristen z. B. Car= not 7) erklärten, daß bie Unklageakte bas image fidèle de l'instruction préliminaire, oder das resumé des Inhalts berselben senn mußte, so waren solche Ausbrucke

<sup>7)</sup> in seinem Berte: l'instruction criminelle 1. pag. 696.

#### 420 Die Gefahren ber unzwedmäßigen Abfaffung

nicht geeignet, zur Festhaltung ber richtigen Grenze ber Anklageaften zu bestimmen; auf bie Abfassung ber Anflageschrift wirkte aber auch die Ansicht ein, unter beren herrschaft biese Schriften vor bem Code v. 1808 abge faßt wurden. Damals wurden sie ben Anklageschwor nen vorgelegt und mußten, ba sie bie Grundlage ber Berathung und Entscheidung dieser Jury waren, begreiflich ausführlich abgefaßt werden 8), während dies nicht wohl auf die Unklageschrift paßte 9), welche nach beendigter Voruntersuchung und nach der von der Anklages. fammer bereits zugelassenen Unklage und nach dem motivirten Berweisungsurtheil abgefaßt werben mußte. Der Cassationshof selbst führte burch seine Rechtsprechung 10), durch die Aufstellung des Grundsates, daß die Anklageafte unparteiisch senn und auch alle ersichtlichen Entlastungsthat: fachen enthalten follte, felbst burch Urtheile, welche un= vollständige Unklageakten vernichteten, die Staatsanwälte leicht irre, und veranlaßte sie, lieber zu weitläufig als zu furz zu senn. Was ben Verfassern des Gesethuchs von 1808 bei bem Art. 241 vorschwebte, ist nicht ganz flar; es scheint aber, daß die Beise, mit welcher jett noch immer Unklageschriften in Frankreich abgefaßt werden, nicht in der Absicht der Gesetzgeber lag 11). Ein ehrenwerthet französischer Schriftsteller 12) tabelte mit Nachbruck bie fehlerhafte Sitte: qui transformait les actes d'accusetion en plaidoiries, ou les moyens supposés de la

<sup>8)</sup> Encyclopédie du droit par Sebire. Vol I. pag. 128.

<sup>9)</sup> Morin Repertoire I. p. 63.

<sup>10)</sup> z. B. Arrêt v. 5. Mai 1808.

<sup>11)</sup> Staatbrath Faure erflärte im corps legislatif ausdrücklich: l'acte ne contiendra aucun fait, aucune particularité sur la quelle il n'y ait des fortès présomptions réconnect par les magistrats qui ont prononcé l'accusation.

<sup>12)</sup> Carnot l. c.

lefense etoient à l'avance discutés, ou les conjectues les plus faibles etoient hazardés, les faits le noins établir affirmés, und Morin 13) rügt mit Recht die häufig in diesen Schriften gebrauchten Musrude: il est prouvé, il est etabli, und bemerkt, daß Me Anschuldigungen nur d'une manière dubitative ans seführt werden durften, und daß es keine anderen Bevelse gebe, als die burch die mündliche Berhandlung fest: estellten. Ein guter Beobachter, der neuerlich längere leit in England und Frankreich ben Gang ber Rechtsflege studirte 14), nennt die Unklageakte in Frankreich as Werk bes Generalprocurators, also einer Partei; ie enthält nach seiner Schilderung eine vollständige Er= Thlung ber Thatsachen, Schilderung des Charakters, ves früheren Lebenswandels des Angeklagten, die Ans abrung von Beweisen, die ber Unkläger in der Borun= nuchung findet, und aus benen er bie Schuld ableis m will.

Die Vorschriften der deutschen Strafprozesordnunzen sind im Wesentlichen Nachbildung des französischen des jedoch sind manche beigefügten Anweisungen bestmelich, wenn z. B. verlangt wird, daß die Anklagestift auch die für den Thatbestand als für die Schuld es Angeklagten vorliegenden Beweismittel enthalten III). In den zur Erläuterung der deutschen Gesetz-

<sup>13)</sup> Morin p. 63.

<sup>14)</sup> Drelli (in Zürich) in der Schrift: bie Jury in Frankreich und England. Zürich 1852. S. 60.

<sup>(</sup>ahnlich in der Thüringischen S. 195); allein die darnach abstafassende Anklageschrift ist nicht wie in Frankreich erst nach dem Berweisungserkenntniß, sondern voraus zu bearbeiten, wird erst nach S. 196 dem Angeschuldigten mitgetheilt und der Anklagekammer vorgelegt, welche darüber verhandelt und

# 422 Die Gefahren ber unzweckmäßigen Abfaffung

gebungen geschriebenen Werken wird auf die Ansichten statischer Schriftsteller zu viel Rücksicht genommen, und Anweisungen, wie die z. B. daß die Anklageschrift eine gedrängte Darstellung der Ergebnisse der Voruntersuchung liesern, dem Angeklagten die volle Kenntniß der Richtung der Anklage und der für dieselbe vorhandenen Beweismittel geben soll <sup>16</sup>), sind gut gemeint, begünstigen aber leicht die unzweckmäßige Ausdehnung der Anklageschriften. Auch die neueste von einem rheinischen Praktiker <sup>17</sup>) aufgestellte Ansicht, daß die Anklageschrift die Rechtsertigung der Anklage aus den in der Untersuchung gesammelten Thatsachen und Beweisen sey, ist nicht geeignet, die Klarheit über die richtige Stellung der Anklageschrift zu befördern.

Bon allen neuen Gesetzebungen hat die schweizerische zuerst die wahre Bedeutung der Anklageschrift ausgestellt. Das Bundesgeset über die Bundesstrafrechtspsiege 18) schreibt vor, daß die Anklageschrift in Kürze bezeichnen soll: 1) die Person des Angeklagten, 2) die Handlungen oder Unterlassungen, welche demselben zur Last gelegt werden, 3) die Eigenschaft und die Absicht, in welcher er gehandelt hat, und die übrigen Umstände, welche mit der Handlung verbunden waren, soweit dieselben zu dem gessehlichen Thatbestand des Verbrechens gehören, mit Werslassung von bloßen Erschwerungs oder Milderungsgründen, 4) die Gesetzesartikel, durch welche dieser Thatbestand mit Strase bedroht ist. Für den Fall der Verwer:

1

dann erst über Anklagen entscheidet. Nach baierischem Ges
setz §. 65 ist vorgeschrieben, daß in der Anklageschrift die
der Anklage unterstellten Thatsachen und vorliegenden Beweise kurz zusammengestellt werden sollen.

<sup>16)</sup> So giebt v. Würth in seinem Comment. zum sferreich. Gesethuche die Unweisung S. 402.

<sup>17)</sup> Leue motivirter Entwurf zu einer Criminalprozesorten.
S. 165.

<sup>18)</sup> vom 27. Aug. 1851. §. 35.

jung der Hauptanklage kann eine eventuelle Anklage ers
beben werden, welche auf gleiche Weise abzusassen ist. —
Dabei sind weber die Verdachtsgründe ans
zuführen, noch irgend welche Rechtserörtes
rungen oder Geschichtserzählungen einzus
slechten. Diese Borschrift ist wörtlich in der neuesten
Besetsarbeit über Einführung der Schwurgerichte für Barich &. 225 übergegangen. Man erkennt darin die Birksamkeit des trefflichen Bearbeiters des Entwurfs Hrn.
Rüttiman, der durch seine vorurtheilsfreie Beobachstung der englischen Strafrechtspslege und die Vergleichung mit der französischen Einrichtung die Wichtigkeit sühlte, die Rachtheile zu beseitigen, welche die Bearbeitung der französischen und deutschen Anklageschriften erzeugen können.

Bir wollen hier nicht von ben störenden Nachtheilen sprechen, welche die voreilige Beröffentlichung der Un= Mageschriften haben kann. Wir haben in Deutschland eriebt, daß Unklageakten, die viele Bogen füllten, gedruckt lange vor der Eröffnung der Assis nicht blos in politischen Untersuchungen, sondern auch in andern wichtigen Prozes= fen im Publicum verbreitet waren 19). Es ist begreiflich, bag baburch die öffentliche Meinung schon eine bestimmte einseitige Richtung erhielt, daß viele Personen, dem hoch: gestellten Staatsanwalte trauend, durch die Fassung der Anklageschrift verleitet wurden, die darin aufgestellte Erjahlung für mafr, die Unschuldigung für begründet und ben Angeklagten um so mehr für einen unwürdigen Menschen zu halten, je mehr häufig in diesen Schriften mit ben heftigsten Ausbruden ber Angeklagte als Mann bargeftellt wirb, welchem man bas Berbrechen leicht zutrauen

<sup>19)</sup> Einige neue Gesetze haben die Beröffentlichung der Anklages schriften burch Zeitungen verboten.

# 424 Die Gefahren der unzwedmäßigen Abfaffung

Durch die Veröffentlichung wird die Anklage schrift häufig ein Gegenstand, um welchen sich in gesellschaftlichen Kreisen bas Gespräch breht; bie Zeugen, welche im Prozesse erscheinen sollen, werden burch solche Gespräche leicht bazu gebracht, ihre wirklichen Wahrnehmungen nach ben Einbruden zu modificiren, welche bas lefen ber Anklageschrift und bie Gespräche barüber auf fie machen, und die Geschwornen, welche nur nach bem Ergebniffe der mündlichen Verhandlungen urtheilen sollen, kommen mit einer durch die Gespräche mit Andern über ben Straf: fall vorgefaßten Meinung in die Ussise. — Wenn aber auch keine solche unzeitige Beröffentlichung geschah, fo kann schon die bloße Auffassung der Anklageschrift, wenn sie nicht gewisse Fehler vermeidet, sehr bedenklich werden. Bu solchen Fehlern gehören vorzüglich 1) die Aufnahme einer Geschichtserzählung, worin alle Einzelnheiten ber Berübung des Verbrechens angeführt werden. Wer kann in Abrede stellen, daß nach einer noch so langen Borunter: suchung auch die Richter, welche in der Unklagekammer urtheilten, über die Einzelnheiten der Berübung des Berbrechens in Fällen, in welchen kein Geständniß, keine Aussagen von Augenzeugen über bie Hauptthatsache vor lagen, wie z. B. im Prozesse gegen Laffarge, gegen Leotade, gegen Bocarmé, gegen Stauf im Prozesse wegen Ermordung der Gräfin Görlig, nicht einig waren; bennoch zögern bie Staatsanwälte nicht, in ber Unklageschrift eine oft romantische, mit Interesse gelesene Erzählung auf ben Grund einzelner zerstreuter Aussagen, vorzüglich aber als bas Ergebniß einer oft fehr lebhaften Phantasie des Staatsanwalts aufzustellen.. 2) Ein anderer Fehler ist die Unführung der verschiedenen Beweise, ins besondere der Verdachtsgründe. Man bedenkt dabei nicht daß nach dem Princip der Mündlichkeit es keine Beweiße für die Geschwornen geben darf, als diejenigen, welche in

set Assise durch Wernehmung der Personen, welche etwas ussagen konnten, von bem Staatsanwalt und bem Berbeibiger wie von den Geschwornen befragt werden durften, en Geschwornen vorlagen, wobei die Art der Aussage, vas Benehmen ber Aussagenden eine Hauptrudsicht liefert, nie bei ber Prufung der Glaubwurdigkeit der Zeugen in Betrachtung kommt. Wenn aber die in den geheimen nicht ontrolirten einseitigen, häufig auf Suggestionen und urch Zudringlichkeiten bes Inquirenten ergangenen Zeujenaussagen schon als Beweise aufgestellt und daraus Schlüsse um Verdachtsgründe abzuleiten angenommen verden, so entsteht daraus ein täuschendes Gewebe uf trügliche Grundlagen gebaut, von dem Ansehen des Staatsanwalts gestützt, der so gern sich als den unpar eiischen Bertreter bes Gesetzes darftellen will: eine solche Inführung ist geeignet, die Geschwornen irrezuleiten. ) Nicht weniger fehlerhaft ist die häusig vorkommende iharakterschilderung des Angeklagten, wobei sich ber Staatsanwalt auf Aussagen von Zeugen stützt, welche m so trüglicher sind, jemehr ihre Aussagen über ben iharakter nur auf Glauben beruhen, besonders in politi= ben Fällen leicht dem Zeugen selbst unbewußt von Partei= eibenschaft bestimmt werben. Hier übt die Phantasie des Staatsanwalts, ber von dem Umtseifer nicht selten hinge= iffen wird, wieder leicht eine gefährliche Macht aus, führt ie öffentliche Meinung irre, und kann ben Angeklagten chwer verleten, der hier öffentlich verdächtigt, als unwuriger Mann öffentlich gebrandmarkt wird, ohne gegen ene ungerechte immer weiter sich verbreitende, durch amt= iche Bersicherungen glaubwürdig gemachte Schilderung Schutzmittel zu haben. Wir können versichern, daß ehrenverthe englische und schottische Juristen mit Unwillen von er Sitte sprechen, mit welcher in französischen Unklage= itten oft der Charafter des Angeklagten angegriffen wird.

# 426 Die Gefahren ber unzwedmäßigen Abfaffung

4) Am schlimmften wirkt ber Fehler in Unklageschriften, die schriftlich in der Woruntersuchung aufgezeichneten Antsagen ber Zeugen wörtlich aufzunehmen. Da wir es oben als Fehler erklärten, wenn Beweise und Berbachtsgrunde in den Anklageakten angegeben werden, so fällt ohnehin folgerichtig bie Nothwendigkeit, Zeugenaussagen anzuführen, meg; allein auch abgesehen bavon hat biese Anführung in ben Anklageschriften Nachtheil, weil fie die Unbefangenheit ber Zeugen bei ihrer Aussage in ber mund lichen Berhandlung eben so wie die ber Geschwornen gefährben können, um so mehr als in ber Regel diese Inführung nur auszugsweise geschieht, indem der Staats anwalt die Aussagen, so wie es ihm taugt, um baburch eine gewisse Thatsache zu beweisen, aus bem Zusammenhang reißt und baher leicht einen einseitigen Gindruck auf bas Publikum, auf Zeugen und auf bie Geschwornen bervorbringen kann und ein Berhältniß herbeiführt, welches selbst im Widerspruche mit der Vorschrift steht, daß die Beugen aus bem Sitzungszimmer entfernt werben sollen, bis die Reihe sie trifft, bamit sie nicht erfahren was andere Beugen aussagten, mährend ba, wo solche die Zeugen: aussagen enthaltende Anklageschriften abgelesen werben, die bei der Vorlesung gewöhnlich gegenwärtigen Zeugen bie Auszüge aus ben Bernehmungen erfahren.

Wir wollen nun das Ergebniß sorgfältiger Beobacktungen schwurgerichtlicher Verhandlungen in verschiedenen Ländern mittheilen, um die Nachtheile zu zeigen, welche aus den oben bemerkten Fehlern der Anklageschriften sich ergeben.

I. Dahin gehört die dadurch bewirkte unnöthige Aus behnung der mündlichen Hauptverhandlung. Der Staats anwalt, der eine bestimmte Art der Verübung des Berbrechens in seinen Einzelnheiten aufgestellt hat, such be-

greiflich seine Behauptungen auch zu rechtfertigen, er labet baher eine große Zahl von Zeugen, die durchaus nicht nothig gewesen waren, burch welche aber ber Staatsanwalt die behaupteten Einzelnheiten beweisen zu können hofft, in die Sitzung; die Vernehmung selbst wird ausge= behnter; die Fragen an den Zeugen werden auf die Gin= zelnheiten der Unklageschrift gerichtet, der Bertheidiger richtet von seiner Seite die Angriffe gegen die Behauptungen, welche ber Staatsanwalt, weil er sie einmal aufgestellt hat, nicht fallen lassen will. — Werden in ber Unklageschrift viele Aussagen ber Beugen angeführt, um ben schlechten Charafter des Angeklagten zu zeigen, die Behauptung zu rechtfertigen, baß ihm bas Berbrechen zu= getraut werden konne, so nothigt dies wieder zur Borladung vieler Zeugen und zur Ausdehnung ber Berhandlungen. Wir berufen uns auf den Prozeß gegen die Chegatten Bocarmé, und fragen, ob ein folches widerliches Detail aller Liebesgeschichten bes Grafen, Die Borladung so vieler Zeugen, die man burch die Befragung in eine sehr unangenehme Lage sette, nothwendig gewesen wäre. Bir bitten Jeben, der englischen Gerichtsverhandlun= gen unparteiisch folgte, zu fragen, ob nicht die Einfach: beit dieser Werhandlungen, bei welcher nur wichtige Zeugen vorgeladen werden, und der Unkläger nie auf die Weise, wie in Frankreich geschieht, die ganze Lebensgeschichte des Angeklagten zum Gegenstande der Beweisführung macht, einen würdigern Eindruck gemacht und die Ueberzeugung bervorgebracht hat, daß die Geschwornen in England weit foneller und sicherer urtheilen als in Frankreich.

II. Die oben bemerkten Fehler ber Angeklagten wirken aber auch nachtheilig auf die Erforschung ber Wahrheit burch die Zeugenvernehmung. — Dadurch, daß so viele Einzelnheiten der Verübung des Verbrechens aus der Vor-

# 498 Die Gefahren ber unzwedmäßigen Abfaffung

untersuchung angeführt, ober selbst Aussagen ber Beugen mitgetheilt werben, tritt ber Zeuge nicht unbefangen in die Assis, theils indem die Unklageschrift angiebt, was ber Zeuge ausgesagt hat, theils wenn er bie Aussagen ber übrigen Zeugen kennen lernt. Man weiß, wie wenig die im geheimen Berfahren häufig durch starte Suggestionen und Zudringlichkeiten aufgenommenen Zeugenaussagen Vertrauen verdienen und bie abweichenden Aussagen bet Zeugen an der öffentlichen Sitzung größtentheils (wir geben gern auch die Mitwirkung andrer Motive zu) baraus sich erklären, daß ber Zeuge jett unter andern Berhältniffen vorzüglich burch die Fragen des Bertheidigers veranlaßt, weit gewissenhafter und sorgfältiger sich erklärt. liegt aber in der menschlichen Ratur, daß Personen, die nicht charakterfest und zugleich verständig genug find, um die schweren Folgen leichtsinniger Aussagen ein= zusehen, und aber auch Pflichtgefühl und Muth genug haben, ungeachtet der oft heftigen Zubringlichkeiten bes Staatsanwalts die reine Wahrheit zu sagen, ba leicht wankend werden, wenn sie wissen, was andere Personen über die nämliche Thatsache aussagen, so daß ber Zeuge oft unwillkürlich seine Aussage nach der anderer Zeugen modificirt, oder da, wo ihm voraus öffentlich durch die An klageschrift vorgehalten wird, was er in der Vorunter suchung aussagte, ben Muth nicht hat, in der Sitzung eine andere Aussage zu machen.

III. Noch schlimmer wird es, wenn in der Anklage schrift wörtlich Aussagen von Zeugen aufgenommen werden, welche dann in die Sitzung nicht geladen werden. Geschieht dies, wie in dem oben angeführten belgischen Falle, so wird dem Angeklagten die gesetzliche Befugnif entzogen, Einwendungen gegen die Person des Zeugen, wenn dieser in der Sitzung erschienen wäre, geltend p

Der Angeklagte entbehrt dann das gesetliche Mittel Fragen an die Zeugen zu stellen; wodurch häufig allein die Bahrheit erforscht werden kann. Dem Staats: anwalte wird badurch eine ungeheure Macht gegeben, er burfte bann, wenn er nicht munschte, daß ber Zeuge in ber Sitzung nicht vom Vertheibiger befragt werbe, ober wenn er fürchtet, daß der ängstliche Zeuge in der Sitzung anders aussagen würde als in der Voruntersuchung, nur bie Aussagen der Beugen in der Anklageschrift anführen, aber die Zeugen nicht vorladen. Besonders bedenklich wird Die Sitte, Beugenaussagen in ber Unklageschrift anzuführen, wenn von Zeugen die Rede ist, welche bas Recht haben, auf die Ablegung des Zeugnisses in der öffentlichen Sitzung zu verzichten 19a). Die Aussage steht dann boch in ber Schrift, bie man ja als bie Grundlage ber Berhand= lung betrachtet. Ihren Eindruck auf die Geschwornen wird fie nicht verfehlen, und schwerlich fann man bem belgischen Cassationshofe zustimmen, wenn er beswegen ber Einschal= tung ber Zeugen aussagen für ungefährlich hält, weil ja boch biese Unführung nicht die Formen an sich trägt, bie zu einem beweisenden Protokolle gehören; benn es kommt nicht Darauf an, ob solche Unführungen rechtlich vollständig beweisen, sonbern barauf, ob sie auf die Geschwornen wirten tonnen; und bies kann Niemand läugnen, welcher ers wägt, daß nach französischen und beutschen Gefeten die Geschwornen angewiesen sind, nach ihrer Ueberzeugung zu entscheiden, auf diese aber die in der Unklageschrift ent= haltenen, auf amtliche Protokolle gebauten Zeugenaus: fagen einen Gindruck zu machen geeignet sind.

<sup>192)</sup> Fall dieser Art, wo die in der Voruntersuchung gegen thren Chemann aussagende Chefrau sich weigerte in der Signng zu erscheinen, im baier. Sigungsberichte II. G. 219. F f

# 430 Die Gefahren ber unzwedmäßigen Abfaffung

IV. Die von une gerügte Ausbehnung ber Anklage schriften tann aber überhaupt nachtheilig auf bie Geschwor-Der Geist ber Geschwornen wird burch bie nen wirken. in der Unflageschrift enthaltene Erzählung ber Ginzelheiten, durch die kunftreiche Busammenstellung ber Beweise und Berbachtsgrunde, burch bie angeführten Zeugenaussagen leicht so sehr gefesselt und mit vorgefaßter Meinung erfüllt, daß ihnen die nöthige Unbefangenheit fehlt, um die vor ihnen aussagenden Zeugen selbst zu würdigen und baraus bie Schluffe abzuleiten. Ihnen selbst unbewußt wirken bie Darstellungen ber Anklageschrift auf ihr Gemuth, wah: rend die englischen Geschwornen ohne vorgefaßte Meinung die Beweise anhören und prufen. Die Gesetze gebieten, daß den Geschwornen in das Berathungszimmer keine Urtunden mitgegeben werden follen, in welchen die in der Voruntersuchung aufgenommenen Aussagen ber Zeugen. enthalten sind 20), weil sonst das Princip der Mündlich= keit verletzt murde; wenn aber in der Unklageschrift die Aussagen der Zeugen wörtlich angeführt sind, so wird das gesetzliche Berbot auf eine bedenkliche Beise umgangen; die Geschwornen, die nur an das Ergebniß ber Aussagen ber in ber Sitzung vernommenen allseitig befragten und gehörig controlirten Zeugen sich halten follen, werben verleitet, auch unwillkürlich burch die in der Unklageschrift aufgezeichneten Zeugnisse sich bestimmen zu lassen.

V. Am meisten kann die fehlerhafte Abfassung der Anstlageschriften bei der Fragestellung nachtheilig wers den. Nach dem französischen Code art. 337 soll die Frage

<sup>20)</sup> Wie sehr die deutschen Geschwornen geneigt sind, auf die ihnen in das Berathungszimmer mitgegebenen Aktenstide Werth zu legen und sich durch sie bestimmen zu lassen, zeigt die Bemerkung in der neuen verdienstlichen Schrift des Hru. Magnan (der selbst längere Zeit Schwurgerichtspräse dent war): Blätter aus der Mappe eines Criminalises. Marburg 1852. S. 140. S. auch dort die Bemerkung ist Verf. S. 30.

résultant de l'acte d'accusation gestellt werben, unb nach ber französischen jurisprudence 21) sollen die Fragen bie accusation purger, also sich an die Unklageschrift halten. Nach dem baierischen Gesetze vom Nov. 1848 . §. 173 soll die Hauptfrage alle wesentlichen thatsächlichen Beziehungen aufnehmen, wie sie in der Unklageschrift ent: halten find. Die Unklageschrift soll mit dem Berweisungs: urtheil genau übereinstimmen; allein man fühlte wohl in ben deutschen Staaten 22), daß man es nicht zu strenge bamit nehmen durfe, daher die Nichtübereinstimmung fein Grund der Nichtigkeit senn sollte 23). Während die meisten Gesetze beutscher Staaten fordern, daß die Haupt: frage auf die Unklageschrift gegründet werde, schreiben andere, z. B. das österreichische 24), vor, daß die Frage die Merkmale enthalten solle, welche in dem Berweisungs: erkenntnisse enthalten sind. Ueberall schwebt nun die Idee vor, daß die Unflageschrift den Präsidenten bei der Fragestellung leiten soll. Sobald nun die Unklageschrift Einzelnheiten über die Urt der Berübung des Berbrechens aufnimmt, tritt oft ber Nachtheil ein, daß in die Frage auch solche Einzelnheiten aufgenommen werden, deren Beifugung die Geschwornen leicht irre führen kann. Nament= lich ift dies bei der Unklage wegen Tödtung oft der Fall. Die Geschwornen werden befragt, ob der Ungeklagte daburch, daß er die That so verübte, (nun werden aus der Un: Flageschrift ober bem Verweisungsurtheile die Einzelnheiten

<sup>21)</sup> Morin Répertoire II. p. 603.

<sup>22) 3.</sup> B. in Defterreich. v. Burth Comment. G. 498.

<sup>28)</sup> Defterr. Strafprojeß = Ordn. S. 324.

<sup>24)</sup> Hannov. prov. Geset S. 108 fordert ebenfalls, daß die Fragen nach dem Verweisungserkenntniß gestellt werden. Dier hat aber ein neuer Aufsat im Magazin für hannov. Recht Bb. I. heft 2. S. 344 eine bedenkliche Theorie aufgestellt, die wir in einem andern Aufsate prüfen wollen.

# 432 Die Gefahren der unzwedmäßigen Abfaffung

angegeben), des Mordes schuldig sen. Die Geschworm halten nun den Angeklagten für schuldig, aber nicht auf die in der Frage bezeichnete Art; entweder kommen sie nun zu einem Nichtschuldig, weil sie nicht überzeugt sind, daß der A der That, so wie die Frage es bezeichnete, schuldig war; oder es kommt eine Vereinbarung zu Stande mit einer täuschenden Mehrheit, da einige Geschworne eine gewisse Art der Verübung, andere eine völlig davon verschiedene als erwiesen annehmen und doch ihre Stimmen zusammengezählt werden.

Wie wenig überhaupt bas Verfahren, nach welchem die Gerichte häufig, ungeachtet die Anklage auf ein ande res Berbrechen gerichtet mar, wegen ber in ber mündlichen Berhandlung herausgestellten Umstände eine ganz andere Anklage unterschieben und barauf Fragen stellen, auf einem richtigen Princip beruht, dem Anklageprincipe wiberspricht und oft der Gerechtigkeit der Wahrsprüche schadet, soll in einem folgenden Auffatze nachgewiesen werben. Sier sen es nur gestattet, noch einen wichtigen mit bem 3mede bieses Auffates in Berbindung ftebenden Puntt zur Sprache zu bringen. — In einem baierischen Schwur: gerichte wurde ein Mann, ber eine Töbtung verübte, wegen Tobtschlags von der Anklagekammer angeklagt und vor das Schwurgericht verwiesen. Der Prafis dent stellte nach geschlossenen Verhandlungen in Uebereinstimmung mit ber Unflageakte bie auf bas Berbrechen bet Todtschlags lautende Frage; der Staatsanwalt aber be antragte wegen der Ergebnisse der öffentlichen Berhand: lung die Stellung einer Frage auf das Berbrechen bes Mordes. Ungeachtet des Widerspruchs des Vertheidigers

<sup>25)</sup> Wir haben in dem Gerichtssaal 1852, Märzheft &. 21, Fälle angegeben, wo (in Desterreich) die Aufnahme von Einzelnheiten in die Frage große Schwierigkeiten erzeugte.

beschloß bas Gericht die Stellung von zwei Fragen wegen Mordes und nur eventuell wegen Todtschlags; die Geschwornen bejahten die Frage: ob A mit Ueberlegung die Rödtung ausgeführt habe? worauf das Todesurtheil er= Auf eingelegte Cassation wegen der Fragestellung verwarf der Cassationshof die Nichtigkeit 26). Gründen ward zwar bemerkt, daß der Verweisungsbeschluß das bestimmte Berbrechen angeben muß, worauf fich die Unklage beziehen muß, damit der Ungeklagte barnach seine Bertheidigung barauf vorbereiten kann; allein es wird hervorgehoben, daß das Verweisungserkenntniß auf das Ergebniß der Boruntersuchung gebaut fen, für bas spätere Enderkenntniß aber nur bas in ber öffentlichen Sitzung Vorgekommene die Grundlage bilbe, also das Berweisungserkenntniß nicht als das allein Maaßgebende für die Fragestellung gelten konne; daß der Grund= fat des Art. 173, nach welchem auf die Ergebnisse der öffent: lichen Berhandlung Rücksicht genommen werden soll, ein allgemeiner sen, also auch auf die schwereren Bebrechen vasse; daß in dem Falle das Berbrechen das der vorsätzlichen Tödtung mar, Mord und Todtschlag nur zwei Urten ber nämlichen Gattung waren, und daß die Fassung bes Urt. 173 mit den Worten: soweit thunlich, darauf bente, daß die Worschrift keine unumstößliche Norm gebe. — Wir halten diese Unsicht für eine sehr bedenk: liche, die ein englischer, schottischer Jurist für den höchsten Biberspruch mit dem Unklageprincip erklären, und auch in Frankreich nicht gebilligt wird 27). Das Geringste, was ber Angeklagte fordern kann, ist, daß man ihn eines bekimmten Berbrechens beschuldige, und daß man bei ber

<sup>26)</sup> Sigungsberichte ber baier. Schwurgerichte IV. S. 17.

<sup>27)</sup> Morin Réportoire II. p. 604.

# 434 Die Gefahren ber unzwedmäßigen Abfaffung

kunftigen Berhandlung, in sofern sonft bas Interesse ber Bertheidigung gefährdet wurde, ebenso wie bei der Urtheilsfällung an die Unklage als die Grundlage sich halte; benn nach der gestellten Unklage richtet der Ungeklagte und sein Bertheibiger die Bertheibigung ein; er unterläßt et, wenn die Anklage auf Todtschlag lautet, Zeugen vorzuladen, burch welche er die Abwesenheit des Borbedachts und der Ueberlegung nachweisen könnte, er berührt (selbst aus Klugheit) in seiner Vertheidigungsrebe gar nicht den Punkt, daß der Angeklagte des Mordes nicht schuldig sen, weil darauf keine Unklage gerichtet mar. -Wenn nun am Schlusse bennoch die Frage auf Mord nach dem Untrage des Staatsanwalts, der vielleicht früher gar nicht oder nur nebenher vom Morde sprach, gestellt mer: den dürfte, so könnte es leicht geschehen, daß der Angeklagte wegen eines Berbrechens gerichtet wurde, worauf keine Anklage ging und wegen welches er gar nicht vertheidigt wurde. Die Geschwornen könnten leicht über: rascht werden und zu einem Wahrspruche kommen auf den Grund einer Verhandlung, von welcher ein englischer Jurist sagen wurde, daß sie kein fair trial mar. Wendung, daß Mord und Todtschlag nun zwei Arten ber Töbtung sepen, kann der schlimmen Theorie nicht zu Stat ten kommen; denn die Vorstellungen von Gattungsver brechen und Arten sind doctrinelle Ausdrücke; für den Ge setzgeber und Richter giebt es nur einzelne Verbrechen, die unter besondern Strafgesetzen stehen. Mord und Todt: schlag sind scharf von einander und gesetzlich bedeutend genug geschieden, da nur bei dem Morde die Todesstrafe Diebstahl und Raub sind auch Arten der Ent eintritt. mendung, und doch wird man bei bem des Diebstahls Ange klagten nicht hinterher eine Frage wegen Raubes stelles lassen. Die Tödtung aus Fahrlässigkeit ist auch eine In der Tödtung überhaupt; Niemand aber wird, wenn bie

Anklage auf fahrlässige Töbtung lautete, am Schlusse ber Werhandlung die Frage wegen vorsätzlicher Töbtung gesstatten 28).

<sup>28)</sup> Die österr. Strafprozeß = Ordn. S. 330 bestimmt, daß, wenn aus der Verhandlung erhellt, daß die dem Angeklagten zur Last fallende Handlung ein Verbrechen anderer Sattung bes gründet, welches mit gleicher oder schwererer Strafe belegt ist, als das in der Anklage bezeichnete, so ist hierüber eine Insafrage nur zu stellen, wenn der Staatsanwalt und der Angeklagte einverstanden sind, daß über dies andere Verbreschen sofort das Urtheil Statt sinde. v. Würth in seinem Comment. S. 570 erklärt, daß diese Stelle sich auch auf den Fall bezieht, wo aus der über Todtschlag geführten Verhandslung sich ergiebt, daß Mord vorhanden sen.

### Drudfehler

#### in dem Aufsaße Rr. XXII bes Jahrgangs 1851.

```
6. 499 3. 12 v. oben foll es heißen: wohl statt nicht
- 499 - 8 v. unten
                         . .
                               an langt ft. ver langt
— 500 — 3 u. 10 v. o. s
                               jeweils ft. jemals
                         8 3
— 502 Note 7 3.4 v. o. =
                               schwörer ft. schwören
                         2
                            2
- 504 3. 13 v. o.
                               milder ft. milbere,
                     8
                         8
                            5
- 505 Rote 13
                               parlaria st. parlata und
                               difficile st. defficile
                              Betrachtungen ft.
-- 506 3. 14 v. o.
                         3
                           3
                      2
                                thungen
                               Regel ft. Siegel
                      = =
— 507 — 3 v. o.
                               ja st. sie
-507 - 17 v. o.
                      5 5 5
- 507 - 19 v. o. muß das Wort darftellen wegbleiben.
foll es heißen besonders R. besonde
                               dies st. das
- 512 - 8 b. o.
                            S
                      £
                         £
- 512 - 13 p. u.
                               jene st. seine
                      8
                         3
                            2
                               Subjectiven ft. subjectiven
-515 - 5 p. p.
                         5
                            5
                              mußte ft. muffe
- 515 - 6 v. o.
                            È
                         E
                               ein ft. nur
- 515 - 10 v. u.
                       = =
                            3
                               auch ft. noch
- 518 Mot. 22 - 4 v. o. =
                            =
                         =
                               Art. 137 ft. S. 13.
- 519 Not. 23 - 2 v. u. =
                            £
                         2
                               welcher ft. welche s
- 520 3.7 v. o.
                       3
                         =
                            3
-525 - 14 v. o.
                               der st. als
                       3
                         5
                            S
- 532 - 6 v. o.
                            = straflos st. strafbar
                         8
                       3
- 532 - 7 v. u. bleiben die Worte: "bezüglich bes specie
                 len Berbrechens, falls er" weg.
- 533 - 6 v. o. bleibt "als" weg.
```

# In hall t.

### Erftes Stüd.

L. Die Politik des Rechts und das Recht der Politik. Ben Deffter.	<b>Ø</b> .	1
II. Der neue belgische Gesetzesentwurf über Untersuchungss haft und Befreiung von der haft durch Sicherheitsleis		
Kung in Bergleichung mit den neuesten Gesetzgebungen Deutschlands. Bon Mittermaier.		15
111. Ueber die Bestrafung hochverrätherischer im Auslande begangener Handlungen. Von H. A. Zachariä.		35
AV. Merkwürdige Rechtssprüche ausländischer Gerichtshöse zur Erläuterung wichtiger Rechtsfragen, dargestellt und geprüft von Mittermaier.		<b>51</b>
V. Die organische Natur des französischen Strafprocesses. Bon C. v. Stemann.		<b>69</b>
VI. Ueber die Bersetzung in Anklagestand bei schweren Berbrechen. Bon Jul. Glaser.		89

VII. Ueber die Granze zwischen Diebstahl und Selbsthülfe.

Bon I. Bradenhoeft.

### 3meites Städ.

VШ.	Das belgische Geset vom 18. Februar 1852 über
	Untersuchungshaft und Befreiung von der haft
	burch Sicherheitsstellung in Bergleichung mit ben
	neueften Gesegebungen Deutschlands. Bon Dit=
	termaier. (Chluß des Auffages Rr. U. im
	vorigen hefte.)

- lX. Die Bestimmungen der neuen Gesetzgebungen über bas richterliche Milberungsrecht, geprüft von Mittage 159
- A. Ueber die praktische Begründung des Strafrechts und bas Berhältniß desselben zur Gesetzgebung. Bon
  A. Kraus, Hofgerichtsadvokat in Darmskadi 318
- XI. Ueber den Betreff der Untersuchung. Bon P. Grobmann, Abvotat in Dresben.
- MII. Ueber die Grenze zwischen Diebstahl und Gelbste hülfe. Bon T. Brackenhoeft, Privatdocenten in Beibelberg. Elistus von Mr. Wil. des vorigen Heftes.)
- XIII. Ueber die Versetzung in Anklagestand bei schweren Berbrechen. Bon J. Glaser. (Schluß von Nr. VI. des vorigen Heftes.)

1.

### Dette & Stülk

XIV.	Der	Bestiff der E	taptes	nmeitscheft.	Men p	No. VIX.
man:	n.	ា អាម៉ាង <b>ជាជា</b> សំរា	a dun	वृद्धार्थित होत्स्य	avi muc	<b>46, 269</b>

- XV. Soll die Gesetzgebung bei dem Diebstahle die Grafs
  drohung von dem Betrage des Gestahlenen abhängig
  machen; wie ist der Diebstahl von Gegenständen in benr
  theilen, deren Werth unbedeutend oder schwer auszumits
  teln ist; insbesondere über Diebstahl von Urkunden. Von
  Nittermaler.
- XIV. Bon der Abhässon des Beschädigten im Strafperfahren. Von herrn Dr. F. Schmarze, Appellationsrathe

  342
- XVII. Beiträge zu der Lehes von der Anstiftung zum Ber- IIIXX
  zhrechen. Bon Herrn Dr. B. Rosch int., spraßhießendachtes
  Pofgerichtsassesser zu Mannheim.
   378
- XVIII. Die Gefahren der unzweckmäßigen Abfassung der Anklageschriften und ihr Einfluß auf In gerechten Erfolg des Strafverfahrens, geschildert von Mittermaier. — 418

### Biertes Stad.

X	IX.	Das	10	ergehe	n der	Aneigr	tung	verlorner	Sachen	mit	
•	Rüd	fict (	auf	neue	Gefes	gebung	und	Rechtspre	dung.	<b>Hon</b>	
	Mi:	tter	<b>B</b> a	ier.						Ø.	437

- xx. Theorie des Indicienteweises. Bon herrn Kanzleis rath von Wid zu Bügow.
- XXI. Bur Lehre von der Fragenstellung im schwurgerichts. Lichen Berfahren. Bon Perrn C. v. Stemann in Ballenstädt. 524
- XXII. Merkwürdige Rechtsfragen erläutert durch nese Rechtssprüche der oberften Gerichtshöfe des Auslandes, dargestellt von Mittermair.
- MXIII. Bur Lehre von den Beleidigungen nach englischem 1972. Recht. Bon herrn Dr. Marquardsen.

AVIII.

### XIX.

### Das Bergehen

# der Aneignung verlorner Sachen

mit Rücksicht

auf neue Gesetgebungen und Rechtsprechung.

Won

### Mittermaier.

Pie Vergleichung ber neuen Gesetzebungen und ber Rechtsprechung in verschiedenen Ländern in Bezug auf Fälle der Aneignung gefundener Sachen zeigt einen auffallenden Rangel gleichförmiger, eine gerechte Bestrasung sichernder Grundsätze in Bezug auf die Beurtheilung des Vergehens. Es zeigt sich nicht selten ein Widerspruch der Ansichten der Gesetzeber und Richter, so daß die Strasgesetz und Strassurtheile häusig nicht mit den Verhältnissen des Lebens und dem Volksrechtsbewußtseyn im Einklang stehen.

Borzüglich tritt auch hier der so oft in den neuen Gesetzebungen bemerkbare Fehler hervor, daß der Gesetzeber die verschiedenartigsten Fälle gewaltsam unter ein en Gesichtspunkt bringt, oder die Tragweite der Fassung seiner Gesetze selbst nicht gehörig erwägt, weil er sich nicht die Mannigfaltigkeit der möglicherweise vorkommenden Fälle klar macht, oder in einem verderblichen Haschen Tach einer gewissen systematischen Unordnung der Straf-

gesetze im Gesethuche die Aneignung gefundener Sachen unter den Begriff eines andern Verbrechens zu bringen sucht, statt zu erkennen, daß hier ein eigenthümliches Wergeben vorliegt. Nicht weniger wird hier ber Fehler neuer Gesetzeber bemerkbar, die Rechtsanwendung von gewissen Merkmalen abhängig zu machen, die weder gerechte noch Vertrauen erweckenbe Entscheidungen sichern. In neuerer Zeit hat sich Walther 1) das Verdienst er worben, in seiner tüchtigen Schrift burch eine gute biftoris sche Erörterung, eine feine Bergliederung der einschlägi gen Gesetzesstellen und eine scharffinnige Prüfung ber ver schiedenen Ansichten der Schriftsteller und der Gesethucher zur Aufhellung der Lehre von dem sogenannten Fundbieb stable Bieles beigetragen zu haben. Betrachtet man bas Ergebniß ber Rechtsprechung in ben ganbern bes gemeis nen Rechts, so fann als anerkannt angenommen werben 2), daß die Aneignung gefundener Sachen weber als Diebstahl noch als Unterschlagung (im Sinne des art. 170 C. C. C.) bestraft werden kann, daß aber die Handlung strafwürdig sen, jedoch auf jeden Fall geringer als der Diebstahl. Man half sich nun auf verschiedene Beise, z. B. auf ähnliche Art, wie in Italien, wo die Recht sprechung ein sogenanntes furtum improprium annahm<sup>3</sup>). Eine unflar vorschwebende Borftellung, daß es Ralle gebe, in welchen Jemand sich rechtswidrig zum Schaben eines Undern fremde Sachen anmaßt, ohne daß die Handlung unter das furtum, wie es in der Rechtsprechung aner kannt war, gestellt werden kann, die Nachwirkung ger manischer Rechtsansichten, die in Italien burch ben Sieg

<sup>1)</sup> Ueber den Funddiebstahl. München 1848.

<sup>2)</sup> Literarische Nachweisungen in meiner Rote IV in G. 216 von Feuerbach's Lehrbuch.

<sup>3)</sup> Am besten entwickelt in Giuliani Istitutioni di dime criminale. Macerata 1841. Vol. II. p. 435.

bes römischen Rechts verbrängt wurden, insbesondere baß ber Diebstahl eine Berletzung fremder Gewere sen, daber fordert, daß die Entziehung der Sache aus fremder Inne= habung geforbert werde, veranlaßte die Praktiker auf Ihnliche Art, wie man in Deutschland im Gegensatze von Diebstahl die Unterschlagung annahm, und in Frankreich on abus de confiance sprach, ein furtum improprium sufzustellen, und dahin auch die Uneignung gefundener Sachen zu zählen 4). Dieser Unsicht liegt die italienische Rechtsprechung in allen gandern jum Grunde, in welchen eine besonderen Strafgesetze gelten 5). In anderen gan: ern, g. B. in Deutschland, fam bie Rechtsübung bagu, ie Aneignung bes Fundes der Unterschlagung im weis ern Sinne gleichzustellen und eine mäßige Strafe auszu: prechen 6). Andere Gerichte straften nach der belieb: en Art außerordentlicher Bestrafung die Handlung mit saßiger Strafe 7).

Betrachtet man die neueste Gesetzebung, über die n Frage stehende Handlung, so sucht man vergebens eine Neichförmigkeit der leitenden Grundsätze. A) Eine Klasse Uben diejenigen, welche keine Strafvorschrift über Unignung des Fundes enthalten. Dahin gehört vorerst das

<sup>4)</sup> Giuliani p. 443 macht die Unterscheidung, ob der Finder Kenntniß vom Eigenthümer der Sache hatte oder doch leicht haben konnte, oder ob dies nicht der Fall war. Nur in dem Falle der ersten Art sollte die Aneignung surto improprio, im lesten Falle Polizeiübertretung (wegen unterlassener Anszeige) seyn.

Buonafant i Manuale teor. prat. di diritto patrio. Pisa 1848. I. p. 34. In Tobkana erging ein Geset vom 3. Juni 1819, welches die Strafe des kurto improprio für Aneignung des Fundes ausspricht.

<sup>6) 3.</sup> B. in Sachsen: Triller de variis furtor. gener. §. 9.
14. Aittmann Handbuch Theil II. S. 524. Man machte wieder verschiedene Unterscheidungen.

<sup>7)</sup> Pfeiffer praft. Ausführungen II. S. 457.

frangosische Strafgesetzbuch. Es zeigt fich hier ber auf die Rechtsanwendung so häufig nachtheilig wirkende Fehler, mit einer unbestimmten nichtssagenden Bezeichnung bes Verbrechens sich zu begnügen. Dies ist ber Fall bei ber Bezeichnung des Diebstahls, nach welcher derjenige des vol schuldig erklärt wird, welcher (nach art. 379 Code) une chose, qui ne lui appartient pas, frauduleusement soustrait. Die Unbestimmtheit bieser Bezeichnung hindert die Ausbildung eines flaren Rechtsbewußtseyns über bas was nach französischem Rechte Diebstahl ift, und erzeugt einen Mangel ber Gleichförmigkeit ber Rechtspre Diejenigen, welche biese Gleichformigkeit von dem Caffationshofe erwarten, befinden fich in großem Im thum und verkennen die Eigenthumlichkeit dieser Recht Niemand kann läugnen, daß die Rechts: sprechung. sprüche des Cassationshofs allerdings zur Berftanbigung, wie gewisse Rechtsfragen zu entscheiben sind, vielfach bei getragen haben und die Rechtssprüche eine Maffe geift reicher Unsichten enthalten; allein eben so gewiß ist, daß die Neigung der französischen Gerichte auch hier Einfluß übte, manche Handlungen, welche im Gesetze nicht mit Strafe bedroht sind, die man aber doch nicht als strassos erklären mochte, oft gewaltsam unter ein Strafgeset ju bringen, das eigentlich nach dem Bolksrechtsbewußtsem nicht auf die Handlung paßt, und daß der Cassationshof in seinen Entscheidungsgründen oft zwar sehr scharffinnige und im ersten Augenblicke blendende Unterscheidungen an: wendet, welche bei näherer Prüfung auf keiner wahren rechtlichen Grundlage beruhen. Die Lehre von der In eignung gefundener Sachen liefert ein Beispiel 8).

<sup>8)</sup> In der französ. Rechtsprechung vor dem Code gab es weit Juristen, welche die Aneignung des Fundes als Dieselle erklärten; allein schon Jousso traité de la justice crisinelle 1V. p. 173 bemerkt, daß man die Unterscheidungen wer

soute die Handlung nicht straflos erklären, ba keine aneren Gesete bestanden, und so bot die unbestimmt gefaßte Sorschrift über vol einen Ausweg, die Handlung dabin u rechnen; weil aber ber richtige praktische Sinn wohl ühlte, baß in vielen Fällen es unpassend senn murbe, zenn man benjenigen, welcher eine gefundene Sache be: alt, als Dieb bestrafen wollte, so mußten Unterschei= ungen ersonnen werden. Man kam vorzüglich zur Unter= beidung, ob berjenige, welcher eine gefundene Sache foleich bei der Aufnahme mit ber Absicht 'sich bie Sache uzueignen nimmt, oder ob erst später ber Entschluß die 5ache zu behalten hinzukommt. Im ersten Falle sollte ie Handlung Diebstahl senn 9), im zweiten nicht 10); roch nahm man auch im letten Falle vol an 11), wenn us bem spätern Benehmen, z. B. bem lugenhaften Ablaugen des Besites, ber Schluß gezogen werben fann, baß er Thäter schon ursprünglich die Absicht hatte sich die 5ache anzueignen 12). Die neueste Entscheidung über nen Fall der Aneignung gefundener Sachen ift die vom 2. Mai 1846 18), nach welcher ber Cassationshof Dieb: chl bei bemjenigen annahm, welcher eine Brieftasche it Bankbillets, bie in einem Gewölbe von einem Käufer egen gelassen wurde, fand, sich aneignete und lügen=

Farinacius Qu. 168. nr. 67 angenommen habe, ob die Sache auf einer Straße ober öffentlichem Plaze gefunden war und der Wegnehmende den Eigenthümer nicht kannte, oder ob Jemand eine Sache, die er im Hause eines Andern sins det, wegnimmt.

<sup>9)</sup> Arrêt vom 4. Avril 1823 u. 9. Août 1833.

<sup>16)</sup> Arrêt vom 2. Août 1816, 5. Juin 1817.

<sup>11)</sup> Arrêt vom 17. Avril 1839.

<sup>12)</sup> Hélie Théorie du Code pénal VI. p. 554. Morin Bépertoire II. p. 843.

<sup>13)</sup> Journal du droit criminel 1847. p. 122.

bafte Erklärungen sich erlaubte. — Schon Belie 14) hatte ausführlich die Grundlosigkeit der vom Cassationshofe aufgestellten Unterscheidung nachgewiesen, beren Unwerth wir unten zeigen werden. Es ist merkwürdig, daß auch bie Mehrzahl ber ausgezeichnetsten französischen Schriftsteller 15) anerkennt, daß die Aneignung des Fundes nicht als Diebstahl behandelt werden darf, und die Rechtssprüche bes Cassationshofes darüber auf keiner rechtlichen Grundlage beruhen. Es erklärt sich baraus leicht, baß in Ländern, in welchen bas französische Strafgesethuch im Wesentlichen zum Grunde gelegt, aber verbessert murbe, 3. B. in Sardinien, die Aneignung des Fundes als eine Urt von Betrug (truffa) mit einer besondern Strafe be broht 16), ober boch, wenn auch bem Diebstahle gleich= gestellt, nur unter besondern Bedingungen Strafe brobt 17), oder als Unterschlagung besonders hervorgerufen, aber mit einer geringeren Strafe als dieser bedroht wurde 18).

<sup>14)</sup> Hélie l. c. p. 560.

<sup>15)</sup> Carnot, Rauter, Bourguignon, Legraverend, Duvergier werden von Nypels in seiner Ausgabe was Hélie Théorie du Code pénal II. p. 336 — 338 angeführt.

<sup>16)</sup> Im Codice penale di Sardegna art. 683 wird bestimmt, daß derjenige welcher, wenn er Sachen gefunden hat, nicht die im Codice civile art. 686 vorgeschriebene Anzeige macht, wenn der Werth der Sachen mehr als 2 Lire beträgt, aber nicht 30 übersteigt, mit der Strafe des Doppelten des Werthet, und wenn die Sache über 30 Lire werth ist, mit Gefängnis bis 6 Monaten bestraft werden soll, wenn er nicht dem Eigensthümer die Sache zurückgiebt oder ihn entschädigt.

<sup>17)</sup> Im Codioe de Parma art. 446 wird die Strafe des Diebs stahls erkannt (allein wenn der Werth unter 20 Lice bes trägt, nur mit Strafe des doppelten Ersages), wenn der Finder nicht binnen 3 Tagen, vom Finden an, die Sache dem Gemeindevorstand anzeigt.

<sup>18) 3.</sup> B. in einem Entwurfe des toskanischen Gesetzbuchs art. 481. Das Gesetz stellt eine Vermuthung der Absicht der Aneigness auf, wenn der Finder die Sache nicht binnen 2 Tagen bei dem Gerichte hinterlegt.

B) Eine zweite Rlaffe von Gesetzen bilben biejeni= gen, welche die Strafe des Diebstahls brohen, wenn ber Kinder einer verlornen Sache, um sich dieselbe rechtswis brig zuzueignen, bem sich melbenben Eigenthumer ober Berlierer ber Sache vorenthält ober innerhalb acht Zagen seinen Fund weder ber Obrigkeit anzeigt, noch bem Pu= blitum bekannt macht. In diese Klasse gehört bas baie: rische und olden burgische Gesethuch 19). Die Erfah: rung in Baiern hat gelehrt, daß diese Worschrift sich schlecht bewährte; die Ueberzeugung benkender Juristen mar allgemein 20), daß die Uneignung gefundener Sachen fein Diebstahl, aber auch keine mahre Unterschlagung sen; in der Anwendung erzeugte die baierische Vorschrift vielfache Streitigkeiten 21), man verlette bas Bolks: rechtsbewußtseyn, indem die Gerichte Handlungen, die von einer großen Zahl (eigentlich Unterlassungen) von rechtlichen Menschen ebenso verübt worden wären 22), als Diebstähle strafen müßten 23). Man kam zu einer unseligen Vermuthung bes Dolus, indem man aus der Nichtanzeige des Fundes innerhalb der gesetzlich vorgeschriebenen Zeit, ober aus Handlungen ober Unter: lassungen, die nach ben Lebensverhältnissen oft weit ein= facher aus Gleichgültigkeit sich erklären und nicht nothwendig auf bosen Vorsatz deuten, ben Dolus gesetlich

<sup>19)</sup> Baier. Strafg. §. 212. Oldenburg. 217. In Oldenburg erklärt eine Berordn. vom 11. Oct. 1821, daß es heißen soll: wird wie ein Dieb bestraft — während nach der baier. Fassung: ist des Diebstahls schuldig, die Handlung als wahrer Diebskahl anerkannt wird.

<sup>20)</sup> Blätter für Rechtsanwendung 1838. S. 212.

<sup>21)</sup> Schon der baier. Entwurf von 1822 stellt den sogenannten Funddiebstahl unter die Unterschlagung.

<sup>22)</sup> Blätter für Rechtsanwendung a. a. D. G. 249.

<sup>23)</sup> Fälle dieser Art in meiner Schrift: die Strafgesetzgebung in ihrer Fortbildung II. S. 44.

j

vermuthete und den Richter wegen Diebstahls zu strasm nöthigte, wenn nicht ein oft schwieriger Gegenbeweiß geführt werden konnte <sup>24</sup>). Man strast hier eigentlich in vielen Fällen einen culposen Diebstahl <sup>25</sup>).

C) Eine dritte Klasse der Gesetbucher bilben dieje: nigen, welche die Aneignung des Fundes nicht mehr als Diebstahl aufstellten ober boch bemfelben gleichachteten, sondern der allmählig mehr verbreiteten Ansicht sich näherten, diese Aneignung als eine Art von Unterschlagung aufzustellen. Die Ansicht des baierischen Gesetzbuchs wirkte oft unbewußt noch ein; aber man fühlte, daß der Gesetgeber, um grundlose Untersuchungen zu entfernen, Die Strafbar: feit ber Aneignung des Fundes begränzen und nur unter gewissen Woraussetzungen anerkennen dürfe, auf jeben Fall die Bandlung mit geringerer Strafe bebrohen muffe; die Auffassungsweise in ben Gesethüchern war aber verschieben. Das fächsische Gesetzbuch (Art. 241) bob bie . Vorenthaltung bes Gefundenen 26) als ein besonderes Bergehen hervor, unterschied zwei Fälle, brohte für ben schwereren Fall die Hälfte der Diebstahlöstrafe, machte die Bestrafung von der Nichtanzeige ober Nichtablieferung an ben Eigenthumer, und von der Unterlassung der nothigen Handlungen binnen 4 Wochen und von dem Werthe bes Gefundenen 27) abhängig. Die Erfahrung 28) lehrte,

<sup>24)</sup> Gut Arnold im Archiv bes Criminalr. 1843. S. 586.

<sup>25)</sup> Wer vergaß, vor Ablauf der 8 Tage anzuzeigen, mußte als Dieb gelten.

<sup>26)</sup> Es war dies ein in der sächsischen Praris üblicher Ausbruck, der im Gegensatze von Veruntrauung und Unterschlagung gesbraucht wurde.

<sup>27)</sup> Es soll die Strafe davon abhängen, ob der Werth über einen Thaler beträgt.

<sup>28)</sup> Schwarze und Henne's Untersuchungen prakt. Materin S. 165. Blöde in neuen Jahrb. für sächs. Strafrecht B. L. H. Deld Criminalgesetbuch von Sachen S. 333 fg. Busch sächs. Criminalgesetb. S. 282.

daß die Borschrift zu verwickelt, nicht klar war und zu un: passenden Entscheidungen führte 29). Das thuringische Gesetzbuch (Art. 235) schloß sich im Wesentlichen bem f. fachfischen Gesethuche an, nur war die Fassung flarer; ba jedoch der Begriff des Diebstahls im f. sächsischen Gesetz buche anders gefaßt ist als in dem thuringischen, so mußte dies in den Fällen, in welchen die Frage schwierig ist, ob Diebstahl oder Aneignung des Fundes vorliegt, zu einer verschiedenen Entscheidung nach beiden Gesetbüchern füh: Ueberhaupt kann die richtige Auffassung der Un= eignung bes Fundes in einem Gesethuche nicht beurtheilt werben, wenn man nicht zugleich bamit bie Begriffsbestim= mungen von Diebstahl und Unterschlagung in diesen Gesetzbuchern vergleicht. Das würtem bergische Gesethuch (Art. 384) hatte die Uneignung des Fundes unter die Unterschlagung gestellt, vereinfachte bie Worschrift, indem es nicht mehr wie das baierische von gewissen Handlungen ober Un= terlassungen die Strafe abhängig machte, sondern nur wider: rechtliches Zueignen des Fundes forderte; indem aber der Art. 348 auf 344 (also auf die Begriffsbestimmung von Unterschlagung) verweist, scheint er die in Urt. 344 als Arten ber widerrechtlichen Zueignung des Fundes anzuwenden. Der Urt. 348 bezieht sich nur auf Fälle 31), wo ber Werth ber gefundenen Sache mehr als 5 Fl. beträgt; daß in dem Falle eine geringere Berschuldung als bei ber Unterschlagung liegt, wird anerkannt, daß bie Strafe auf bie

<sup>29)</sup> Merkwürdige Fälle dieser Art sind angeführt, im Wochensblatt für Strafrechtspsiege in Thüringen 1851. S. 11. und 1852. S. 212.

<sup>20)</sup> Wir werden dies unten bei der Zergliederung einzelner vorgekommener Fälle nachweisen.

<sup>31)</sup> Das Polizeistrafgetbuch Art. 58 broht Polizeistrafen für den bloßen Fall (also ohne widerrechtliche Anregung), wo der Finder nicht binnen 14 Tagen die Sache zurückgiebt oder den Fund öffentlich anzeigt.

Halfte herabgesett werden soll 33). Bei der Absassung des badischen Gesethuchs zeigt sich, wie die Strasbesstimmung des Art. 407, der von der Aneignung des Fundes handelt 33), aus einem Widerstreite von Ansichten hervorging. Während in der Gesetzommission mehrere Mitglieder in Abrede stellten, daß eine Unterschlagung hier vorliege (die man auf Zueignung anvertrauten Sutes beschränken wollte), vereinigte man sich den Fall besonders hervorzuheben, zwar als Art der Unterschlagung (gleichsam im weitern Sinne) auszustellen, aber dadurch der milberen Ansicht Rechnung zu tragen, daß man die Strasen der Unterschlagung herabsetze und, um alle Zweisel zu beseitigen, die verschiedenen Handlungen, in welchen das Gesetz eine widerrechtliche Unterschlagung des Fundes erkennt, genau im Gesetze bezeichnete.

In allen neuen Gesetzen deutscher Staaten zeigt sich immer die Grundrichtung, die Aneignung der gefundenen Sachen als eine Art der Unterschlagung zu erklären, und in einer wenn auch dem Gesetzeber nicht klar bewußten Ansicht von der durch das baierische Gesetzbuch hereingezogenen Vermuthung der bösen Absicht an das Daseyn gewisser Umstände die gesetzliche Vermuthung böser Absicht

<sup>32)</sup> Erfahrungen über den Werth gesetzlicher Vorschriften in hufnagel Comm. II. S. 477. III. S. 472. hepp in diesem Archive 1850. S. 596.

<sup>33)</sup> Das Gesetz bestimmt: Wer eine fremde Sache sindet ober sonst zu fällig in ihren Besitz kommt, und sie nicht öffentlich anzeigt, ist der Unterschlagung schuldig; die Strase ist aber geringer als bei der Unterschlagung, hängt jedoch davon ab, ob unter 25 Fl. oder über 25, aber unter 300 Fl. oder über 300 Fl. der Fund betrug. Die Borausssetzungen, unter welchen Strase hier eintritt, sind weitläusig in 3 Nummern angegeben, und nach Nr. 3 ist Strase auch gedroht, wenn der Finder nur den Fund der Obrigkeit nicht anzeigt oder öffentlich bekannt macht, oder vor Ablauf von 3 Monaten von diesen Anzeigen die Sache verbraucht, vor äußert und den zur Zurücksorderung Berechtigten nicht aus Anfordern zufrieden zu stellen vermögend ist.

ju knupfen; die Gesetgeber fühlten aber wenigstens bas Beburfniß, burch Andeutungen im Gesethuche die Führung bes Entschuldigungsbeweises zu erleichtern. Auf diese Art erklärt fich bas großherzogl. heffische Strafgefet: buch 34). Man wollte ben Gegenstand ber Aneignung bes Fundes bestimmter bezeichnen, indem man die sub: jective Auffassung des Thäters entscheiden ließ 35), er= flärte aber die Fundaneignung als wahre Unterschlagung, wenn ber Finder ben Besitz bem Eigenthumer verschweigt, ober nachdem ihm ber Eigenthümer oder Berlierer nach erlassener öffentlicher Aufforderung ober auf andere Art befannt geworden, die Buruckerstattung ober Unzeige unter: läßt, ohne Entschuldigungsgründe nachzeigen au konnen, welche jede rechtswidrige Absicht beseitigen. Man sieht, daß das Gesetz eine rechts= widrige Absicht vorausset, wenn die Fundaneignung beftraft werben foll 87).

<sup>34)</sup> Art. 381; hiezu Bopp Handbuch der Criminalgesetzgebung in heffen S. 182.

<sup>25)</sup> Es heißt: Wer eine Sache findet oder zufällig in deren Bests kommt, von der er vernünftigerweise nicht annehmen konnte, daß sie der Eigenthümer aufsgegeben habe.

<sup>26)</sup> Als vollgültige Entschuldigung ist (nach den Schluswors ten des Artikels) insbesondere zu betrachten, wenn der Obrigskeit von dem Finden oder dem Besitzerlangen des verlornen Gegenstandes vor einem Einschreiten der Behörden Anzeige gemacht wurde.

<sup>37)</sup> Das Gesetz ist nicht klar, weil man nicht erkennt, wie der Gesetzeber die gesetzliche Vermuthung betrachtet, welche er schon an die Nichtanzeige knüpft. Der Cassationshof in Darms stadt hat (nach einer Mittheilung bei Bopp S. 182 in der Note) die mildere Ansicht aufgestellt, indem er selbst in einem Falle, in welchem der Finder die gefundene Sache veräußerte, doch nicht Strase annahm, weil der Finder dem Eigenthüsmer das Recht vorbehalten, die Sache wieder an sich zu zies hen, sobald die von ihm (dem Finder) beanspruchte Entschäsdigung regulirt senn werde.

Einfacher hatte bas hannoversche Strafgefetbuch die Handlung aufgefaßt. Die Ineignung bes Fundes wurde zwar ebenfalls unter das Kapitel "Bon der Unterschlagung" gestellt, allein als eigenes Bergeben burch die Bezeichnung (im Art. 305): macht sich ber Unter: schlagung gefunbener Sachen schuldig; bie Bezeichnung des Gegenstandes war wie im hessischen Geset buche gewählt; allein mit einer allgemeinern Kaffung, welche ausdrücken sollte, daß da, wo der Finder vernünf: tigerweise annehmen konnte, die Sache sen verloren, bas Bergehen ausgeschlossen werben sollte 38). Nach ber Bemerkung bes scharffinnigen Commentators zu bem Gefet: buche 39) sollte das Merkmal "verloren" im Sinne des gemeinen Sprachgebrauchs, nicht im streng civilistischen Sinne genommen werben. Statt einer bebenklichen Aufgablung ber einzelnen Begehungsarten wählt der Gefetgeber ben einfachen Ausbrud: Wer sich solche (bie Sache) rechtswidrig zueignet; leider wird aber ber Gesetgeber wieder seinem Vorsatze untreu, indem er ein Ueberbleibsel der baierischen praesumtio doli aufnimmt 39 1). Noch einfacher hat bas neueste Gesethuch, bas preußische 40), die Fundaneig:

<sup>38)</sup> Im hessischen Geseth. heißt es: Wer eine Sache sindet oder zufällig in deren Besit kommt, von der er vernünftigerweise annehmen konnte ze.; im hannoverschen Gesethuche heist es: Wer eine Sache sindet, von der er vernünftigerweise annehmen konnte ze. Auf jeden Fall ist die Fassung in Hannover besser.

<sup>89)</sup> Leonhardt Comment. über das Criminalgefest. S. 372.

<sup>39</sup>a) Es heißt im Art. 305: Die Absicht der Unterschlagung ist in Ermanglung hinreichend starker Segenanzeigen für erwiesen anzunehmen, wenn seit dem Funde 14 Tage verstrichen sud, ohne daß der Finder davon die Ortsvorsteher, die Obrigseit oder das Publikum in Kenntniß gesetzt hat. — Auch hier rügt Hr. Leonhardt S. 374 sehr gut, daß dieser Rachseit eine Anomalie enthält.

<sup>40)</sup> Es heißt im Urt. 226: Einer Unterschlagung wird gleiche geachtet, wenn derjenige, welcher eine fremde bewegliche Gate

nung aufgefaßt. Nachdem die früheren Entwurfe schon ben Ausdruck enthielten: einer Unterschlagung wird gleichgeachtet, so wurde auch im neuen Gesetzbuche biefer Ausbruck beibehalten, ungeachtet die Coms mission richtig bemerkt hatte, daß bei der Unterschlagung der Mißbrauch des Vertrauens entscheide, was bei der Fundaneignung nicht vorliege. Die im Entwurfe von 1847 vorkommenden Worte: Dieselbe dem Eigen: thumer zu entziehen sucht, murben weggelassen, weil dadurch der Thatbestand des vollendeten und versuch: ten Berbrechens vermischt wurde. Aus den Berhandlungen ergiebt sich noch 41), daß man nicht das Nichtablies fern der gefundenen Sache, sondern nur die wirkliche Disposition über dieselbe unter Strafe gestellt hat. Man hatte baher nur (wie wir glauben mit bem Charafter des preußischen Gesethuchs, worin so angstlich jede Specialifirung vermieden ift, im Widerspruche stehende) Auf: zählung der Handlungen aufgenommen, im welchen bas Gesetz die rechtswidrige Zueignung findet und dabei sehr verschiedenartige Fälle durch einander wirft 42). Die im Besetze aufgenommenen Worte: jum Nachtheile des Eigenthumers, sind freilich unbestimmt, sollten aber

gefunden oder durch Zufall in seine Gewahrsam bekommen hat, dieselbe zum Nachtheile des Eigenthümers, Besitzers oder Innehabers veräußert, verpfändet, verbraucht oder bei Seite schafft, oder die Gewahrsam desselben der Obrigkeit wider besseres Wissen abläugnet.

<sup>41)</sup> Nämlich aus dem Berichte der Commission der zweiten Kammer. Beseler Commentar S. 432.

<sup>42) 3.</sup> B. wenn auch das Verbrauchen als Unterschlagungshandlung erklärt wird. Jemand hatte ein kleines Körbchen Psirsichen auf der Landstraße gefunden, zu sich genommen, offen von seinem Funde mit andern Leuten gesprochen, am dritten Tage aber, da die Pfirsichen zu faulen ansingen, das Obst verzehrt. Als der Eigenthumer sich meldete, erklärte er sich bereit das Obst zu bezahlen; da aber der Verlierende zuviel forderte, so tam es zum Streite.

(nach der Ansicht der Commission der ersten Kammer) ans deuten, daß es auf einen, auf den Bortheil des Handeln: den und in soweit auch auf den Nachtheil des Eigenthümers gerichteten, die Handlung hervorrufenden oder doch sie begleitenden Dolus ankomme.

D) Eine eigene Klasse bilden die Gesetzebungen, welche die Fundaneignung als Art des Betrugs aufstellen. Dahin gehört das Strafgesetzbuch sur Desterreich, welches 43) benjenigen des Betrugs schuldig erklärt, welcher gefundene oder ihm irrithümlich zugekommene Sachen geflissent: lich verhehlt und sich zueignet. Beträgt die Summe mehr als 25 Gulden, so ist die Handlung ein Berbrechen, sonst eine schwere Polizeiübertretung. Es reiht sich diese Vorschrift an die ausführlichen Bestimmungen des bürgerlichen Gesetzbuchs 44) über die Erwerdsart des Finders an, wo auch die Unterlassung gewisser auf öffentliche Bekanntmachung abzielender Vorschriften mit Verlust des Finderlohns bedroht ist 45).

Es mag unseren Lesern nicht ohne Interesse seyn, auch die Rechtsansichten der englischen und nordamerikas nischen Gesetzgebung und Rechtsprechung kennen zu lernen. Die ältere Ansicht ging entschieden dahin, daß im Falle der Aneignung des Fundes, selbst wenn animus furandi vorhanden war, kein Diebstahl angenommen wurde 46).

<sup>43)</sup> Gesethuch von 1852. Art. 201. lit. e. und §. 461.

<sup>44)</sup> Bürgerliches Gesetzbuch Art. 388 bis 395. Darüber gut Winiwarter das österreich. bürgerl. Recht Th. II. S. 158 — 164.

<sup>45)</sup> Wenn die gefundene Sache weniger als einen Gulden besträgt, so verlangt das Gesetz nicht einmal eine öffentliche Bekanntmachung.

<sup>46)</sup> Hale Pleas of the Crown I. p. 308. Hawkins Pleas cap. 33. sect. 2.

Die spätere Rechtsübung kam aber zu mancherlei Unter: scheibungen 47), vorzüglich mit ber Richtung, wo ber Finder ernstlich glaubte ober glauben konnte, daß die er: griffene Sache von dem Berechtigten verloren sen und mo die Wegnahme ber Sache nicht blos ber Deckmantel und Worwand diebischer Aneignung ist, z. B. wenn nach ber Beschaffenheit des Plates, wo die Sache getroffen ift, angenommen werden durfte, baß der Berechtigte sie dabin gelegt hatte 48). Vorzüglich kam die Frage oft zur Spras che bei Rutschern, in beren Rutschen Sachen liegen blies ben, welche ben Personen gehörten, die in den Rutschen fuhren. Hier kommt es barauf an, ob der Kutscher wis= fen tonnte, wem die liegen gebliebene Sache gehörte. Konnte dies angenommen werden, so wurde ber Thater wegen Diebstahls bestraft. In einem Falle, wo ein Reis fender ein Kästchen, daß mit Stricken umhüllt mar, bei bem Abladen vergaß, wo später das Kästchen geöffnet in bem Hause eines Juben, bem es ber Rutscher brachte, gefunden wurde, und mehrere Sachen herausgenommen waren, machte der Richter die Geschwornen aufmerksam, baß sie prufen mußten, ob ber Rutscher nur aus reiner Reugierde von dem Rästchen die Stricke weggenommen ober in der Absicht es gethan habe, Sachen herauszunehmen und zu unterschlagen. Die Geschwornen erklärten ben Angeklagten schuldig des Diebstahls, und die Mehrheit der 12 Richter, an welche der Fall gebracht wurde, fanden die Beurtheilung wohl begründet 49). Aus der neuesten Beit führen wir zwei Falle ber Rechtsprechung an. In

<sup>47)</sup> Russel on crimes Vol. II. p. 100.

<sup>48) 3.</sup> B. wenn der Dienstbote im Sause seines Berrn eine Börse findet.

<sup>49)</sup> East Pleas of the Crown II. p. 664 sq. Andere Falle in Russel p. 103.

einem Falle 50) war Jemand angeklagt, eine Börse mit Beld, die in einem Wirthshause ein Underer liegen ließ, sich angeeignet zu haben. Es zeigte sich, daß ber Ange: tlagte im Wirthshause eingeschlafen war und bei bem Ermachen die Borse fand. Als er vom Polizeibeamten befragt wurde, erklärte er, daß ihm die Borfe gehörte und daß er bas Gelb in seine Borse steckte. Wahrscheinlich befand sich damals der Angeflagte in halbschlafendem Zustande. Die Zeugen gaben ihm bas beste Lob. Der Richter bemerkte in seiner charge, baß er wünsche, bas Bolk moge von seiner Vorstellung abgebracht werden, daß man gefunbene Sachen sich aneignen burfe. Wer bies thate, sen ber Kelonie schuldig. Die Geschwornen erklärten: ber felony schuldig, empfahlen aber to mercy. Der Richter erkannte 4 Tage Gefängniß. In einem Falle (in Birmingham) wurde ein Mann, ber eine Banknote gefunden hatte und sie wechseln ließ, des Diebstahls angeklagt. Der Richter setzte ber Jury auseinander, daß fie prufen müßte, zu welcher Beit der Finder der Banknote die Absicht faßte, sie sich als Eigenthum anzueignen. Rannte ber Kinder zur Zeit als er diese Absicht faßte den Eigenthumer, ober fonnte er annehmen, daß er ihn leicht entbeden murbe, fo mußte die Jury ihn des Diebstahls schuldig finden; faste er ben Entschluß später, so mußte er nicht schulbig erklart werben. Die Jury sprach bas Schuldig aus. Der Rich ter behielt sich die Entscheidung vor, welche nun an ben court of appeal gebracht wurde. Dort wurde bie Ber nichtung bes Wahrspruchs erkannt 51). Der ehrwurdige Lord Campbell als Oberrichter erklärte, daß es darauf, was hinterher im Gemüthe des Finders vorgehe, nicht am kommen konne, um die Handlung in Diebstahl zu ver-

<sup>50)</sup> Borgefommen in Western Circuit. March. 1852.

<sup>51)</sup> Times vom 24. November 1851.

wandeln, selbst wenn keine Handlung ber Aneignung binzukam. Es liege in dem Falle nichts vor, als bas mas während ber Thater in seinem Bette entfernt von ber ge: fundenen Sache lag, in seinem Gemüthe vorging, und bies könne nicht genügen, um die Handlung, die es anfangs nicht war, zum Diebstahle zu machen. In Nordame= rita enthalten die Statuten von Massachussets 52) ein ausführliches Kapitel über die Pflichten des Finders. Darnach foll Jeder, der eine Sache von zwei oder mehr Dollars Werth findet, binnen zwei Tagen an zwei öffent: lichen Pläten bes Orts, wo er bie Sache findet, ben Rund bekannt machen und binnen 7 Tagen dem Gemeinbeschreiber Anzeige machen, und wenn ber Werth ber Sache über 10 Dollars beträgt, binnen einem Monat in öffentlichen Blättern Bekanntmachung erlassen, und bei solchen Sachen über 10 Dollars binnen 2 Monaten be: wirken (bas Gesetz bestimmt näher bas Berfahren), baß die gefundene Sache abgeschätzt werde. Wenn während eines Jahres der Eigenthümer sich melbet, so muß ihm bie Sache gegen Erstattung ber Rosten, welche ber Finder batte, ausgeliefert werden; wenn aber Niemand sich melbet, so gehört bie Sache dem Finder, welcher die Balfte bes Werths der Gemeindekasse zu zahlen hat. Die Unterlaffung dieser Borschriften von Seite bes Finders bewirkt, baß er zur Zahlung bes Werths ber gefundenen Sache, und wenn er fie bem Eigenthumer zuruckgiebt, eine Gelbstrafe bis 20 Dollars bezahlen muß. Gine ahnliche Borschrift findet fich in den neuen Statuten von Connecticut 58). Ueber die Strafbarkeit der Aneignung des Fundes enthalten die amerikanischen Statuten keine besondere Borschrift;

<sup>52)</sup> Revised statutes of Massachussets, tit. XIV. chap. 56. p. 395.

<sup>53)</sup> The revised statutes of the State of Connecticut. Hartford 1849. p. 624.

**Sechio d. Cr. St. 1862.** IV. St.

allein die Rechtsprechung lehrt, daß man sich an die (steislich nicht gleichförmige) englische Rechtsansicht, insbesons dere in neuerer Zeit an die Unterscheidung hält, ob der Finder schon bei der Ergreifung der Sache die Absicht der Aneignung zum Nachtheil des Berechtigten hatte, oder später erst den Entschluß faßte. Gewöhnlich wird die Handslung als Diebstahl verfolgt; daß die zuvor angeführte Unterscheidung eine zu spitzsindige ist und nicht Billigung verdient, wird in neuerer Zeit immer mehr anerkannt 34).

Bergleicht man die neueste Rechtsprechung in den beutschen Staaten, in welchen neue Gesetbucher eingeführt find, so bemerkt man leicht eine große Werschieben heit ber Rechtssprüche, vorzüglich wenn es barauf ans kommt zu entscheiben, ob der Fall nach dem Strafgesetze über Diebstahl oder nach dem über Unterschlagung gefundener Sachen beurtheilt werden soll. Ein in Beimar ab= geurtheilter Fall 55) ist sehr erläuternb. Auf bem Ges musemarkt legte eine Frau A, während sie bei B Waaren aussuchte, ihre Gelbborse auf ben Berkaufstisch, ging dann zu einer andern Bude, bemerkte bort daß sie ihre Borse verloren, ging an ben gabentisch von B zurud, fand aber die Börse nicht mehr, welche in der Zwischen: zeit von einer Person C, die an den Tisch des B getreten und die Börse bemerkte, an sich genommen wurde. C wurde festgenommen. Das Kreisgericht sprach bie Ingeklagte von ber Anschuldigung des Diebstahls frei, verurtheilte sie aber wegen Funddiebstahls, weil bas Gericht die Geldborse zur Zeit als die C sie genommen als verlorene Sache ansah; indem die A, als sie den Tisch bes B

<sup>54)</sup> S. über die amerikanische Rechtsprechung vorzüglich kes Report of the penal Code of Massachussets (Boston 1841) Abschnitt Larceny p. 22.

<sup>55)</sup> Wochenblatt für Strafrechtspflege in Thüringen, MR Schmid. Weimar 1851. S. 11.

verließ, bei dem Bermissen des Geldes nicht die be: stimmte Erinnerung hatte, wo die Borse sich befand. Das Appellationsgericht verurtheilte die Ungeklagte wegen Diebstahls, indem es annahm, daß sich nicht zweifeln laffe, daß für die B der Besitz der Borse noch nicht verloren war als C sich dieselbe aneignete, die C keinen Grund hatte, die Borfe für verloren anzusehen. Fall veranlaßte eine scharffinnige Prüfung 56) der verschiedenen zum Fundbiebstahle gerechneten Fälle, und eine Nachweisung, wie die Beurtheilung zum großen Theile von der Aufstellung des Begriffs des Diebstahls im Gesetz buche abhängt. Wenn z. B. das königl. sächsische Gesetz= buch (223) als Diebstahl die Ansichnahme der fremden Sache ohne Einwilligung des Eigenthumers in gewinn= süchtiger Absicht bestraft, so ist ba, wo der Finder bei Ergreifung ber gefundenen Sache die Absicht hat, die Sache zu behalten, Diebstahl vorhanden, während nach dem thuringischen Gesetzbuche (213), welches zum Dieb= stable Wegnahme aus bem Besite eines Dritten fordert, kein Diebstahl vorhanden ist. Durch den Ges brauch des Worts Besitz veranlaßt aber der Gesetzeber große Streitigkeiten, weil die Entscheidung ganz anders ausfaut, je nachbem ber Strafrichter bie civilrechtlichen Grund: sate vom Berlust bes Besites zum Grunde legt; baraus erflart fich auch die Berschiedenheit ber Strafurtheile im oben angeführten Falle 57). Im Königreich Sachsen selbst ift Berschiedenheit der Unsichten darüber, ob man die civilrechtlichen Grundsage von bem Berluft bes Besites hier anwenden soll. Nach ber Erklärung eines sehr erfahrnen

<sup>56)</sup> In bem angeführten Wochenblatt 1852. C. 212.

<sup>57)</sup> Wir werden auf die feinen Bemerkungen des Berfs. dieses Auffages zurudkommen.

sächsischen Praktikers 58) ist das Gesetz über Fundbiebstahl auch auf tenjenigen anzuwenden, welcher sich eine Sache anmaßt, welche er für eine verlorene Cache halten konnte und hielt, ohne daß nach ben Grundsägen des Civilrechts Befit verlust anzunehmen ift. Die in ben Gesetzen, z. 28. in ben fachfischen 59), vorfommenben Worte: wenn ber Finber eine öffentliche Befanntmachung zur Buruckgabe unbefoigt ließ, wurten so ausgelegt, daß nach der Absicht bes Gefet gebers die Deffentlichkeit nicht ein die Strafbarkeit bebingendes Merkmal fen und baber auch Strafe begründet fen, wenn ber Kinder einem Gensbarmen, ber zur Buruckgabe aufforberte, den Besit ber Sache abläugnete 60). In einem Falle, in welchem Jemand bie von einem Gaste in einem Birthehause auf bem Abtritte liegen gelaffene Gelbtate fich aneignete, wurde Diebstahl angenommen; in einem andern Falle, in welchem A einen Geldbeutel fand und glaubte daß er dem B gehöre, mährend sich ergab, daß er Eigen= thum des C sep, wurde der Art. 241 Sat 1, also bie milbere Strafe ber Fundaneignung angewendet 61). Berglieberung ber Natur bes in Frage ftebenben Bergebens und ber Benutung ber bisher mitgetheilten Erfahrungen berechtigt, als leitende Gesichtspunkte für ben Gesetzeber und Richter folgende aufzustellen.

1) Der Gesetzeber darf nie das Volksrechtsbewußtseyn dadurch irre leiten, daß er Handlungen, bei welchen eine völlig verschiedene Verschuldung zum Grunde liegt, unter den Gesichtspunkt eines schweren Verbrechens stellt, uns

<sup>58)</sup> Seld in der Schrift: das Criminalgesethuch für das Rinigreich Sachsen, S. 333.

<sup>59)</sup> Nach Busch, die neuen Criminalgesetbücher S. 285, sell es darauf ankommen, ob die weggenommene Sache eine als civilrechtlich verlorene zu betrachten ist.

<sup>60)</sup> Busch S. 283.

<sup>61)</sup> Reue Jahrbücher des fächs. Strafrechts Ih. VI. S. 473.

ter welchen nach allgemeiner Borftellung die Handlung nicht paßt; daher darf die Aneignung gefundener Gegen-stände nicht als Art des Diebstahls oder der Unterschlagung gestellt werben. Thut bies ber Gesetzgeber, so schwächt er die nothwendige Scheu vor der Verurtheilung wegen des schweren Verbrechens, z. B. wenn berjenige, ber eine gefundene Sache nicht zurückgiebt, als Dieb bestraft wird, während die allgemeine Stimme barin keinen Diebstahl erkennt; der Gesetzgeber zerftort aber auch die richtigen Vorstellungen bes Volkes von dem, mas Diebstahl ift, und fügt ein großes Unrecht dem Bestraften zu, welcher als Dieb bestraft und so bemjenigen gleichgestellt werden soll, welcher eine entehrende Handlung verübte. ist dabei gleichgültig, ob der Gesetzgeber sich des Ausdrucks bedient: soll als Dieb bestraft ober dem Diebstahle (ober Unterschlagung) gleichgeachtet, ober mit ber Strafe bieser Bergehen belegt werden; denn bie allgemeine Wirkung ift, daß der Finder, welcher sich die gefundene Sache aneig= nete, wie ein Dieb oder der Unterschlagung schuldig erklärt wird.

2) Der Geschgeber muß als besonderes Vergehen die Aneignung gefundener Sachen im Gegensate anderer Verzehen hervorheben, an welche die oben bezeichnete Hand-lung oft gränzt. Als Aneignung gefundener Sachen ersscheint nur diejenige Handlung, bei welcher Jemand, der eine Sache, die er als eine verlorene zu betrachten Grund hatte, sich aneignet, in Bezug darauf gewisse gesetzlich dem Finder vorgeschriebene Handlungen unterläßt, oder Handlungen vornimmt, durch welche der Berechtigte seines Eigenthums oder seines Besitzes oder doch der Vortheile desselnigen, welcher eine Sache nimmt, die er sindet, oder in deren Besitz er zufällig kam, z. B. wenn ein

fremdes Thier ihm zulief 62). Eine solche Hand: lung kann weder als Diebstahl, noch als Unterschlagung betrachtet werden; das Erste nicht, weil in dem Augenblide, in welchem die Sache gefunden wird, die Handlung des Ansichnehmens eine völlig erlaubte (einer contrectatio bei bem Diebstahle nicht gleichzustellende) ist, weil diese Aufnahme oft selbst in der besten Absicht geschehen tann, die Sache für den Berechtigten zu bewahren, vor dem Berderben (z. B. durch Zertreten, durch Ginfluß schlim mer Witterung) zu retten, und weil selbst wenn ber ginder sogleich anfangs die Sache mit ber Absicht an sich nimmt, sie dem Eigenthumer zu entziehen, die diebische Gefinnung (ber Dolus) als etwas Inneres allein steht, und nicht mit einer zum Diebstahle nöthigen Sanblung zusammentrifft, da die Wegnahme der Sache an sich erlaubt ist. terschlagung aber kann die Aneignung gefundener Sachen nicht betrachtet werden, weil, wenn man nicht willkurlich Verschiedenartiges durch einander werfen will, das Wesen der Unterschlagung nur in die Verletzung des Diß: brauchs des Vertrauens gesetzt werden kann.

3) Verschieden von der Aneignung des Fundes sind die Fälle, in welchen die Berufung auf den Fund nur ein Vorwand diedischer Absicht ist. Dies ist der Fall, wo Iemand zur Zeit der Wegnahme der Sache weiß oder leicht wissen konnte, welcher Person die Sache gehört, oder wenigstens wußte, daß von gewissen ihm bekannten Personen Eine die Eigenthümerin ist, und der sogenannte Finder einfache Mittel hatte, sich darüber die nöttige Kenntniß zu verschaffen. Dahin gehören die Fälle, in welchen Iemand eine Sache wegnimmt, die ein Andera

<sup>62)</sup> Dieser Fall wird sehr verschieden beurtheilt. Weiß Commentar III. S. 198. Arug Studien II. S. 90. Busch sächs. Gesehuch S. 283.

an einem bestimmten Orte liegen ließ, und ber sogenannte Finder bles Liegenlassen bemerkte; ober wo eine Magd in bem Hause ihres Dienstherrn eine Sache zwar an einem Orte, wohin sie ohne Wiffen bes Eigenthumers gebracht wurde, aber unter Umständen findet, unter benen die Magb wiffen mußte, daß sie bem Dienstherrn ober einer Person gehörte, die in dem Sause übernachtete und die Sache vergaß. Als Diebstahl erscheint ber Fall, wenn in einem Gafthause ein Reisender eine von einem andern Gafte in einem Zimmer, bas biefer bewohnte, zurudge= laffene Sache wegnimmt; die Unzeige ober Ablieferung der Sache an den Gastwirth, welcher als Depositar der Sache zu betrachten ift, und bei welchem sich ber Gast, welcher bie Sache vergaß, erkundigen wird, ift die regelmäßige Pflicht des Finders. — Uls Diebstahl betrachten wir, wenn ein Rutscher in seinem Wagen eine Sache findet, die ein Fremder zurückließ. Je mehr der Kall so beschaf= fen ift, daß der Rutscher nicht irren kann, wem die Sache gehörte, z. B. weil er sah, daß der Reisende, als er ein: stieg, die Sache in ben Wagen brachte, besto weniger tann Zweifel an dem Daseyn des Diebstahls seyn, wenn ber Kutscher sich die Sache aneignet. Eine andere Gestalt gewinnt die Sache, wenn ein Rutscher, welcher in einer Racht, z. B. von einem Balle, verschiedene Personen, die er nicht kennt, nach Hause fuhr und am Morgen in feinem Wagen eine Sache findet; vielleicht genöthigt, so= gleich wieder einen Reisenden in eine entfernte Gegend zu fahren, unterläßt er alle Bekanntmachungen und eignet später sich die Sache an 63). Bweifelhaft kann ber Fall werben, wenn Jemand an einer Leiche, welche ben Strom berabschwamm, eine Uhr fand und sie für sich behielt.

<sup>63)</sup> In einem ähnlichen Falle (welchen hr. Arnold im Arschiv des Criminalr. 1843. S. 586 erzählt) erkannte das baier. Gericht kein Bergehen an.

wurde hier von dem preußischen Revisionshose Diebstahl angenommen; der sogenannte Finder konnte sich hier nicht auf den Fund der Sache berusen, da schon die Bolks: ansicht hier nie von einer gefundenen Sache sprechen wird; er wußte, daß die Sache den Erben der Person gehört, deren Leiche er traf, und konnte nicht im Zweisel seyn, daß es leicht seyn wurde herzustellen, wer die Leiche im Leben war.

4) Der Gesetgeber wird am richtigsten bei ber Begnahme bes Fundes zwei Arten von Strafbestimmungen in das Gesetz aufnehmen. A. Er wird (wie nach ben oben bemerkten Borschriften in Amerika und in Desterreich) vorschreiben, daß jeder Finder, der eine Sache an sich nimmt 64), schuldig ift, entweder burch Anschlag an Straßenecken ober durch Anzeige bei ber Obrigkeit ober dem Ortsvorsteher, ober durch Bekanntmachung in öffentlichen Blättern, ben Fund zu veröffentlichen. Die burgerliche Gesellschaft hat entschieden bie Befugniß, bies von Jebem zu verlangen, ber eine Cache finbet und sie an sich nimmt 65); sie kann die Unterlassung ber Borschrift mit einer mäßigen Gelostrafe bedrohen. B. Berschieden davon sind die Strafvorschriften für die Fälle, in welchen ber Finder eine Sache bem Berechtigten entzieht, und mit der Absicht dies zu thun Sand-

2

<sup>64)</sup> Es mag weise senn, bei Sachen, die einigen Werth haben (z. B. wenn die Sache wenigstens 1 Gulden oder Thaler werth ist), eine solche Borschrift zu erlassen, weil sonst köscherlichkeiten herauskommen, z. B. wenn Irmand ein altes schlechtes Federmesser, oder ein altes Eisen sindet.

<sup>65)</sup> Wer die gefundene Sache liegen läßt, ist begreiflich nicht zu solcher Thätigkeit zu verpflichten. Eine Hauptsache ik, daß das Gesetz nicht bestimmte Arten der Beröffentlichung vorschreibe, die oft dem Finder sehr lästig senn können; z. Lanzeige bei der Obrigkeit, wo oft der Finder, der z. K. Morgens 6 Uhr eine Sache sindet, bis 9 Uhr warten mit ehe das Antelokale zugänglich wird.

lungen der Aneignung vornimmt. Gine Gleichstellung dieser Handlung mit bem Diebstahl ober Unterschlagung ift unpassend, weil wenigstens in ber Mehrzahl ber Fälle ber Finder nach ber allgemeinen Meinung die Sache als eine solche betrachtet, welche boch für ben Eigenthumer verloren ist, und wenn auch nicht juristisch, doch that : sach lich als herrenlose erscheint, an welcher Jedermann Besitz ergreifen kann, vorzüglich bei weniger werthvollen Sachen, wo fich nach ber Erfahrung der Verlierende selbst nicht barum fummert. Ergreift auch ber Finder die Sache nicht mit der reinen Absicht, sie im Interesse des Berechtigten zu bewahren, so liegt doch selten eine wahre diebi= sche Absicht, sondern mehr ein unbestimmter Wille ober eine unklare Absicht zum Grunde; und wenn dann später die Handlung hinzukommt, durch welche die Absicht sich kund glebt, tie Sache bem Berechtigten zu entziehen, so geschieht es häufig unter Umständen, unter benen ber Finder, weil Niemand sich melbet, ober weil lange Zeit verflossen ift, sich überrebet, daß er die Sache wie eine her= renlose betrachten barf. Selbst da, wo der Finder sogleich mit ter Absicht die Sache sich als Eigenthum anzueignen, fie an sich nimmt, ist bie Handlung nicht dem Diebstahle gleichzustellen, da auch hier die Ansicht, daß doch der Eigenthümer die Sache als verloren betrachtet, ober nicht zu ermitteln ift, bies Bewußtsenn ber Strafwurdigkeit sehr vermindert, und die wahre diebische Absicht sich erst da offenbaren murbe, wo bem Finder berjenige bekannt wirb, welcher auf Zurückgabe ein Recht hat. Da in allen die= sen Fallen objectiv für ben Berlierenben ein Rechtsverlust entsteht, und subjectiv der Finder seine Handlung nicht als völlig erlaubt betrachten kann, ba bie Handlung oft nahe an andere strafbare Handlungen gränzt, so ist es weise, wenn das Gesetz dafür eine höhere Strafe broht, aber die Worschrift nicht unter das Kapitel von Diebstahl und

Unterschlagung, sondern in ein eignes Kapitel (etwa wie im sächsischen Gesethuche Art. 275: von anderen Beinträcktigungen fremden Eigenthums, oder wie im preußischen Gesethuche Art. 263: von dem strasbaren Eigennute) stellt. Da unter den Fällen manche vorkommen, in welchen der hohe Werth der Sache, z. B. bei Banknoten, die Straswürdigkeit erhöht oder nach Umständen der Fall nahe an Diebstahl gränzt, so ist es passend, wenn der Gesetzeber das Maximum der Gesängnißstrase höher sett, um dem richterlichen Ermessen einen gehörigen Raum zu geben.

- 5) Für die richtige praktische Behandlung aller hierher gehörigen Fälle bewährt sich am besten das Institut der Staatsanwaltschaft. Der Staatsanwalt, welchem der Fall angezeigt wird, hat die Umstände des einzelnen Falles zu würdigen, und zu erwägen, ob er entweder wegen der Geringfügigkeit den Fall unverfolgt lassen oder nur eine Polizeistrase wegen unterlassener Bekanntmachung veranlassen, oder die Anklage auf Aneignung des Fundes oder auf Diebstahl stellen will, in sofern er nach den obigen Andeutungen hinreichende Thatsachen in dem Falle sindet, um das Daseyn der zum Diebstahle gehörigen Merkmale nachweisen zu können.
- 6) Eine bringende Forderung an den Gesetzgeber ist es, den Thatbestand des Vergehens der Aneignung des Fundes nicht von Merkmalen abhängig zu machen, deren Erforschung in der Rechtsanwendung zu schwierigen und lange dauernden Untersuchungen führt, und welche selbst trüglich sind. Darnach müssen wir die Unterscheidung, ob der Thäter im Augenblicke der Ergreifung die Absicht hatte, die Sachen dem Berechtigten zu entziehen, oder z. B. die Absicht erst später hinzukam, für ungeeignet und nachtheilig erklären. Wir haben schon oben gezeigt, das selbst da, wo die sogenannte diebische Absicht bei der Er

greifung vorhanden war, dies nicht dem wahren animus furandi gleichgestellt werden darf. Es ist aber auch un= juristisch 66), wenn man aus nach folgenben Sand= lungen ober Willensäußerungen die Strafwurdigkeit der vielleicht vor längerer Zeit vorgekommenen Ergreifung der Sache beurtheilen will. Es ist eine schlimme Berwechs: lung ber Umstände, welche Indicien über bie Absicht des Thaters liefern tonnen, mit den Merkmalen des That= bestandes, und es ist nicht zu billigen, wenn der Gesetzgeber bie nachfolgenden Umstände an die Stelle der zu dem Berbrechen selbst gehörigen Handlungen sett. Nicht weniger unjuristisch ist es, eine Willensstimmung, welche längere Zeit nach ber Ergreifung der Sache in der Seele bes Kinders vorgeht, auf die ursprüngliche Handlung zurud: zubeziehen und die Matur der letten durch einen solchen (wie Lord Campbell sagt von bem Finder, während er im Bette lag,) gefaßten Entschluß in ein anderes Bergehen verwandeln zu lassen. Wie endlich kann ber Jurist es billigen, wenn man ben hinterher gefaßten Entschluß des Finbers, die Sache sich anzueignen, als genügend für die Berübung bes Berbrechens annimmt, weil die bloße Absicht nicht von ber Strafe getroffen werben kann, und es un= juristisch senn wurde, burch einen Sprung einen innern Borgang als Uft der Verwandlung des animus possidendi in eine blebische Absicht anzunehmen 67). Niemand fann aber auch verkennen, daß die Ausdehnung der Untersuchung auf den Umstand, ob der Entschluß der Uneignung hinzukam, große Nachtheile erzeugen, die Berhandlung verlängern und ein sehr trügliches Urtheil ber Seschwornen ober Richter über ben Umstand, ob ber Ent: schluß hinzukam, veranlassen würde.

<sup>66)</sup> Hélie Théorie VI, p. 561.

<sup>67)</sup> Blode in den neuen Jahrbüchern des sächs. Strafrechts I. S. 29. Busch das sächs. Criminalgeseth. S. 284.

7) Im Zusammenhange bamit steht die Frage: wie am besten der Gesetzeber die Strafvorschrift fassen soll, und zwar: ob mehr objectiv das Bergehen an bas außere Merkmal geknüpft werden soll, baß es an einer verlo: renen ober an einer nicht im Besite eines In: bern befindlichen Sache verübt wird, oder subjectiv dies Bergehen von der die Berschuldung modificirenden Sefin: nung des Thäters, ber die Sache für einen Gegenstand des Findens halten konnte, abhängig zu machen ift. die erste Ansicht spricht der Entstehungsgrund der Lehre von der Unterschlagung aus bem germanischen Rechte. Der Diebstahl mar Verletzung der fremden Gewere; bei der Aneignung bes Fundes lag eine Ergreifung einer Sache vor, die nicht in fremder Gewere war. Benn nun bie Rechtsübung im gemeinen Rechte und neue Besetbucher die Fundaneignung bestrafen, so setzen fie einen Gegenstand voraus, welcher als ein verlorener nicht in fremdem Besitze mehr war. Um nun zu erkennen, ob die Sache eine verlorene ober noch im Besitze eines Andern ift, kommt man zu der Frage über den Besitzverluft, und dabei zur Frage: ob dies nach den Grundfägen des Civils rechts beurtheilt werden soll. In dem oben von uns an: geführten Falle von Weimar zeigt sich klar, wie die Ber schiedenheit der Urtheile der zwei Gerichte nur davon abhing, ob das Gericht Besitzverlust annahm ober nicht. Nach römischem Rechte 68) wird dies sehr bedenklich, ba überall, wo der bisherige Besitzer keine Möglichkeit ber Einwirkung auf die Sache hat, also nicht weiß, wo bie Sache sich befindet, der Besit als verloren gilt 68 a). Bit halten es nun nicht für zweckmäßig, von der Unwendung dieser civilrechtlichen Grundsätze die Entscheidung der Frage

<sup>68)</sup> L. 3. §. 13. L. 25. D. de poss.

<sup>68</sup> a) Gute Ausführungen in der Anwendung auf Fundaneignung im Wochenblatt für Strafrechtspflege in Thüringen. 1852. G.214.

abhangig zu machen, ob Diebstahl oder Fundaneignung vorliegt 69). Der Gesetzeber veranlaßt sonst sehr lang: dauernde und schwierige Untersuchungen über bas Dasenn ber Merkmale, von welchen die Entscheidung abhängig gemacht wird, wie sich klar in bem angeführten weimas rischen Falle zeigte. Es hängt babei viel von der Erfla: rung bes vorigen Besitzers ab; sobald er sagt, daß er wußte, wo die Sache liege, muß Diebstahl angenommen werben, weil aus fremdem Besitze bie Sache genommen ift; dies ist aber bedenklich, weil dabei zuviel von dem Willen des Beschädigten abhängig gemacht und diese Er= flarung sehr trüglich ist, indem häufig ber Beschädigte nur seinen Glauben beschwört. Wie schwierig ift es, wenn 3. 28. der Berlierende an verschiedenen Orten kaufte, erst nach mehreren Stunden ober Tagen den Berluft seiner Borfe bemerkt und nur sagen kann, daß er sie mahrschein: ch an einem ter 12 Orte habe ftehen lassen. acht davon die Rechtsanwendung von fremden That: chen und von Gesinnungen eines Undern abhängig. raus erklärt sich, warum auch neuere Schriftsteller, die Bedenkliche der Unwendung des Civilrechts hier er= nten, versuchten 70), bas Merfmal ber verlorenen Sache andere Urt zu bezeichnen. Wir find aber überzeugt, jeber Bersuch in einem Strafgesete, einen sicher leiten: Begriff der verlorenen Sache aufzustellen, nicht durch:

Anders ist dies nach preußischem Rechte, wo der Besitz verloren wird, wenn es dem Besitzer, der die Gewahrsam er Sache verlor, zugleich unmöglich wird, die Sache wieder zerlangen; s. in Daniels kehrbuch des preuß. Privatr. h. 11. S. 220. In dem österreich. bürgerl. Gesetzbuch et. 388 heißt es: Es ist im Zweisel nicht zu vermuthen, f Iemand sein Eigenthum wolle fahren lassen; daher darf n Finder eine gefundene Sache für verlassen ansehen und 1 dieselbe aneignen.

Blode a. a. D. und Balther über Funddiebstahl 74. Gute Unterscheidungen im Wochenblatt S. 215. 216.

Jusühren ist, und ziehen daher (wie auch die erwähnten Schriftsteller auf den guten Glauben des Thäters sehen wollen) es vor, wenn der Gesetzeber die Fassung wählt, die Aneignung gefundener Sachen da anzunehmen, wo Iemand eine Sache an sich nimmt, von der er vernünstiger Weise annehmen konnte, daß sie der vorige Besitzer versloren habe. Die Umstände des einzelnen Falles 71) werden hier entscheiden und der gemeine Sprachgebrauch muß dabei angewendet werden.

8) Für einen großen Fehler einer Gefetgebung halten wir es, wenn sie einzelne Handlungen aufzählt, an welche sie die gesetzliche Vermuthung des Daseyns der die: bischen Absicht knupft, ober bei Unterlassungen gewisser Vorschriften diese Absicht annimmt. Es ist dies immer noch bas Fortwirken ber ehemaligen im baierischen Gesetz buche aufgestellten grundlosen Ansicht von ber praesentia doli; ber Gesetzeber erhebt auf eine ungerechte Beise bas, was zuweilen unter besonderen Umständen als Indicium des Dolus vorkommt, zur gesetzlichen Regel, durch welche er auf den Angeklagten oft einen schwierigen, tost: spieligen Entschuldigungsbeweis wälzt. Alle jene hand: lungen, die unfere Gesethücher als Uneignungshandlungen anführen, können wichtige Indicien gegen ben Un: geklagten begründen; aber jebe berfelben kann auch ohne die Absicht der Aneignung vorkommen; insbesondere ift Abläugnen des Besitzes nicht selten Folge eines schlechten Scherzes, ober ber Absicht, ben Andern zu necken, ober eine Antwort, um ber anmaßenden unartigen Befragung entge genzutreten, oder die Folge des Wunsches, bessere Legitima

<sup>71)</sup> Die Frage kann nur senn, ob man diese Fassung oder die 3. B. des hannoverschen Gesethuchs Art. 305, von der er er nünftigerweise nicht annehmen konnte, daß der Eigenthämt sie aufgegeben habe, vorzieht. Wir halten die positive sessung für die zweckmäßigste.

tion des Fordernden zu erlangen, oder aus einem Retentionsrechte erklärbar, das der Finder geltend machen will. Selbst das Verbrauchen der Sache ist kein sicherer Beweis diedischer Aneignung, weil nicht selten der Finder die Sache (die durch längeres Aufbewahren verderben würder verwendet, ohne deswegen der Pflicht sich entziehen zu wolzlen, dem Eigenthümer, wenn er sich meldet, Ersatzu leisten <sup>72</sup>). Noch ungerechter ist es, an die Unterlassung der öffentlichen Anzeige die gesetzliche Vermuthung diebisscher Absicht zu knüpfen, weil so oft Vergessenheit, Unmöglichkeit im Drange der Umstände, z. B. wenn Semand schnell abreisen mußte, oder durch Unglücksfälle, die auf ihn einstürmten, z. B. Krankheit, gehindert war, die Unterlassung der Verlassung der Verlassung erklären.

Ueberlasse der Gesetzeber dem verständigen Ermessen der Richter die Beurtheilung der Umstände des Falles, und bleibe er dem Rechtsgrundsatze treu, daß-dem Unkläger es obliegt, die Beweise für alle Merkmale des Berbrechens zu liefern, von deren Dasenn die Anklage abhängt.

<sup>72)</sup> Arnold im Archiv des Criminalr. 1843. S. 538.

# XX.

•:

Bur

# Theorie des Indicienbeweises.

23 o n

Herrn Kanzleirath von Bid

zu Bütow.

#### §. 1.

Wir unterscheiben hier zunächst nicht zwischen geset: licher und missenschaftlicher Beweistheorie. wir über die Theorie des Indicienbeweises zu bemerken baben, wird, wenn es sich als richtig ausweisen sollte, auch da seinen Werth behalten, wo es keine gesetliche Beweistheorie giebt. Jede mahre Beweisregel hat das Recht auf Unerkennung in ben Gerichten, auch wenn ihr keiner: Sie hat dieset lei gesetzliche Sanction zu Hülfe kommt. Recht nicht blos vor den juridisch gebildeten Richtern, bie ihre Urtheile durch Entbindungsgrunde motiviren, sondern felbst dem Gewissen der Geschwornen gegenüber, die man von der Pflicht, die Grunde ihrer Entscheidungen angu. geben, entbunden hat; benn von der Pflicht, nach Grup den zu urtheilen, wird sich doch kein gewissenhafter Geschworner entbunden halten, ja auch nicht von ber Pflicht, sich die Grunde feines Urtheils flar ju machen so weit er es vermag. Sagt er sich von dieser Verpsich

tung los, so steht sein Urtheil entweber auf bem Grunde rober Billführ ober bunkeln Aberglaubens.

Bon einer andern Unterscheidung bagegen konnen wir hier nicht absehen, nämlich von dem Unterschiede zwi= ichen juriftischer und logischer Beweistheorie. Diese beiben fallen nicht in allen Studen zusammen, selbst in der Idee nicht, geben vielmehr in mehrfacher Beziehung auseinander, und stehen sich in gewissem Betracht als Gegensätze gegenüber. 3mar nach Wahrheit ftreben beibe, und die Bahrheit kann nur eine fenn; aber beim jurifti: schen Beweise kommt es benn boch noch auf etwas mehr als auf die bloße Wahrheit an. Es genügt z. B. nicht, daß der Richter fagt: ich habe die Sache ernstlich geprüft, habe mich bei allen Personen, die Wissenschaft von derselben hatten, erkundigt, und gefunden, daß der Angeklagte schuldig ober unschuldig ist. Selbst wo Geschworne ur: theilen, burfen fie so nicht sprechen; benn fie find an eine bestimmte Form des Berfahrens gebunden, die sogar strenger ift als die Formen des gemeinrechtlichen Processes. 3war die Gründe ihres Urtheils anzugeben, erläßt man ihnen, und fett fich in fofern allerdings ber Gefahr aus, ein blos subjectives Urtheil zu erhalten; aber so viel man tann, bemüht man sich boch, biefer Gefahr vorzubeugen burch ftrenge Regeln bes Berfahrens und in England felbst burch Regeln bes Beweises.

3war ift es Grundsat im Criminalrechte, daß juri: stisch nichts wahr senn kann, was logisch unwahr ist; allein andrerseits kann, weil es bei jedem juristischen Beweise noch auf Andres als blos logische Wahrheit ankommt, nicht alles logisch Wahre auch für juristisch mahr gelten, wenigstens da nicht, wo es sich um Thatsachen handelt, bie bem Angeschuldigten nachtheilig werden können. Beugniß eines Kindes ober einer andern zum Zeugnisse unfähigen Person kann logisch betrachtet oft eine große 31

Mrchip b. Cr. R. 1852. IV. St.

Ueberzeugungstraft haben und aus dem Läugnen bes Ingeschuldigten ober eines verbächtigen Zeugen fann ber Denschenkenner oft eben so sicher bie Bahrheit ber Schuld her: auslesen, wie aus ihrer bejahenden Aussage. besto weniger verbietet jebe gesetzliche ober wissenschastliche Beweistheorie, auf solche Beweismittel bin zu verurtheis Gelbst der französische Eriminalproces, der sich aller Beweisregeln entledigt hat, kennt unfähige Beugen und ift in bem Berbote ihrer Abhörung ftrenger als manche andere Gesetzgebungen, die eine Beweistheorie Aber auch soweit die Gesetzgebung bem aufstellen. Richter volle Freiheit läßt, wird bieser einen juristischen Werth und Unwerth ber Beweismittel anerkennen, ber nicht mit dem blos logischen zusammenfällt. Er wird mehr Bedenken tragen, ben läugnenben als ben gestebenben Angeschuldigten zu verurtheilen, er wird bas Zeugniß eines Kindes nicht dem eines Erwachsenen gleichstellen, wie sehr es auch die logische Wahrscheinlichkeit für fich hat. Selbst Geschworne werben sich an bergleichen Regeln im Gewissen gebunden halten; rechtsgelehrte Richter, bie Entscheidungsgrunde geben, sind schon burch ihre gange Bildung und die Natur ber Sache baran gebunden.

Worauf beruhet nun dieser Unterschied des jurikischen und blos logischen Beweises? Hierauf läßt sich zunächst antworten: Das Rechtsprechen, und namentlich das criminelle, ist ein Geschäft von öffentlichem Sparacter. Darum ist es in der Ordnung, daß es keine Wahrheit anerkennt, die auf einem nicht öffentlicher erken nbaren Wege gefunden ist. Hiermit ist indessen der Character des Criminalbeweises nur zum Theil erschöft. Wollte man blos auf seinen öffentlichen Character die Beweistheorie gründen, so wäre das nicht viel besser als die gewöhnlichen Lobpreisungen des öffentliches Versahrens und des Geschwornengerichts, die sich ganz aus

ünde dieser Art anklammern. Die schließliche Rechtzigung jeder juristischen Beweistheorie muß tieser liegen. ell die Urtheile im Namen der ewigen Gerechtigkeit, bt des practischen Nutens oder der theoretischen Wißberde gesprochen werden, darum trägt der Criminalbesis seinen bestimmten Character, und darum unterscheizer sich von dem blos logischen Beweise. Versuchen wir ses zu zeigen.

Es giebt in menschlichen Dingen keine absolute ihrheit. Gabe es eine folche, und ware es der mensch= en Rraft vorbehalten, sie zu finden, so dürfte kein minalverfahren für beschlossen erklärt werden, bevor n sie gefunden hätte. Da aber dem nicht so ist, da : niemals darauf rechnen können, einen absolut zwiniben Beweis herzustellen, da es ferner für ben Men= mancherlei Grade und Arten des Fürwahrhaltens it, so entsteht die Frage: mit welcher Wahrheit soll ber Criminalbeweis begnügen? Daß für ihn keine be Wahrheit, keine bloße Wahrscheinlichkeit, fie sonst wohl in practischen Dingen für ausreichend ommen wird und genommen werden muß, ausreichen n, liegt auf der Hand. Es ware eine offenbare Unges tigkeit, wenn man einen Menschen für schuldig ober h mit positiver Bestimmtheit für unschuldig erklären Ite, blos weil die Schuld ober Unschuld wahrscheinlich Das ist das Mindeste, was man von jedem verur= lenden, aber auch von jedem positiven Unschuldserkennt= fordern kann, daß die erkennenden Richter von bessen hrheit selbst fest überzeugt sind. Doch hat sich keine ilbete Gesetzebung mit dieser blos subjectiven Gewiß= begnügt. Selbst der französische Proceß ordnet strenge meln des Verfahrens an, und buldet nicht, daß ber ter jedem beliebigen Beweismittel Gehör gebe, wenn uch über ben Werth ber erlaubten Beweismittel keine

bindenden Borschriften giebt. Er barf bieses nicht bulben, wenn er nicht in Ungerechtigkeit verfallen will.

Denn nicht jedes Mittel, die Bahrheit herauszubringen, ift im Criminalrecht für ein erlaubtes zu halten. Dierin zunächst unterscheibet sich ber juriftische Beweis von bem blos logischen. Der Richter barf ben Angeklagten und die Zeugen nicht wie der Raturforscher eine Pflanze behandeln, an der er Beobachtungen und Bersuche an: stellt, wie sie seinem 3wede am bienlichsten sind. Er muß bei ber Untersuchung bie Rechte bes Angeklag: ten und der Zeugen achten. Aber noch mehr, er muß bies auch bei ber Entscheibung. Dies kann wohl feinen Zweifel leiben; denn wenn schon bei ber Untersuchung nicht jedes Mittel der Wahrheitserforschung erlaubt ift, wenn zum Beispiel bie Gesetgebung verbietet, absolut unfähige Zeugen auch nur abzuhören, wie viel mehr muß es unerlaubt senn, auf ein solches unzulässiges Beweismittel die Entscheidung zu gründen? Oder weshalb mare es denn gesetzlich verboten, gewisse Zeugen abzuhören, wenn nicht ber Gesetzgebung baran läge, baß bie Ausfagen folcher Personen nicht ber Entscheidung zum Grunde gelegt werden? Es liegt ihr hieran, weil es ihr um juriftische Bahrheit, nicht um blos logische zu thun ist; benn vom logischen Standpunkte aus kann ein ungültiges Geständnis ober das Zeugniß eines unfähigen Zeugen den Umständen nach eben so viel und mehr Glauben verdienen als ob daffelbe vollkommen gültig abgegeben wäre. Dennoch erklart bie Gesetzgebung die Abhörung gewisser Personen unter als ien Umständen für unzulässig, und weiset hiermit ben Richter an, daß er einer solchen Aussage, wenn ihm die selbe etwa auf außergerichtlichem ober zwar auf gericht lichem aber ungesetzlichem Wege zu Ohren kommen follte, feiner Entscheidung nicht zum Grunde legen barf. es einen Zweifel leiden, daß felbst Geschworne an bick

rschrift gebunden sind? Oder wollte man es für erlaubt ten, wenn sie auf die alleinstehende Aussage eines unigen Zeugen hin einen Angeklagten verurtheilten? Gest nicht; benn wie sehr auch immerhin eine solche Ausse die logische Wahrscheinlichkeit für sich haben mag, istisch entbehrt sie aller Berechtigung, als Beweismittel dienen. Kein Angeklagter braucht sie gegen sich gelz u lassen, und legt man ihr bennoch ein entscheiden. Sewicht bei, so begeht man eine offenbare Ungerechzleit gegen ihn.

Denn der juriftische Beweis kennt noch ein höheres set als das der blos logischen Bahrheit. Er kennt vor en Dingen bas Gesetz ber Gerechtigkeit. Nicht jedes eweismittel ift gerecht und nicht jedes Mittel der Bahritserforschung erlaubt. Darum hat schon der Unterhungsrichter und eben so fehr der entscheidende Richter t Gewissenhaftigfeit zu prüfen, von welchen Mitteln Beweises er Gebrauch machen will. Die Beweismit= , auf welche er seine Ueberzeugnng bauet, hat er dem geklagten gegenüber zu rechtfertigen. Denn man erige wohl, wir haben feine absoluten Beweismittel; es bt teins, bem sich unsere Ueberzeugung unbedingt unter-Benn die Gesetzebung nun bennoch rfen mußte. sangt, daß sich der Angeklagte gewissen Beweismitteln terwirft, und daß er die auf dieselben gebauete richter= pe Ueberzeugung als Wahrheit gegen sich gelten läßt, muß die Berechtigung hierzu wohl noch in etwas Unrm liegen, als blos in der logischen Ueberzeugungsfraft fer Beweismittel. Bie verhält es sich nun in Dieser tziehung mit ben einzelnen Beweismitteln? ruht die Berechtigung, sie gegen den Angeflagten ans menben?

That vernichtet ober beren Vortheile sich angeeignet hat: worauf beruhet die beweisende Kraft aller solcher Indicen? Doch wohl zunächst nicht auf physischen, sondern auf psychologischen Gründen und zwar auf sittlichen spsychologischen; denn wir haben es ja hier mit freien Handlungen des Angeklagten zu thun, die aus dessen sittlichem Character ihre Erklärung empfangen, so wie sie hinwiederum auf diesen ihr Licht zurückwerfen.

So viel über die sittliche Natur des Indicienbeweises. Wollten wir weitergeben, so konnten wir zeigen, baß berselbe in einem noch weit höheren Sinne auf fittlicher Grundlage beruhet, nämlich auf bem Glauben an eine sittliche Weltordnung. Denn wie fehr auch bie be weisende Kraft jeder einzelnen Unzeige nur von phyfischen ober psychologischen Gründen abzuhängen scheint, bat jenige, was einem Complere von Anzeigen die Kraft giebt, uns vollständig von der Schuld bes Angeklagten zu überzeugen, beruhet niemals allein auf solchen Gründen, som dern es beruhet auf der Betrachtung ihres historischen Beieinandersenns. Nur weil es uns unerträglich ift, bes Zusammentreffen der vorhandenen Anzeigen bem Zufalle oder einer dunkeln fatalistischen Macht zuzuschreit ben, fühlen wir uns zulett zu ber Ueberzeugung gebrungen, daß Niemand anders als der Angeklagte die Abit begangen habe. Der lette Grund unserer Ueberzeugung ist mithin ber Glaube, bag in bem Zusammentreffen bet historischen Ereignisse eine sittliche und verständige Da nung waltet.

Wir führen jedoch dies Alles hier nicht weiter aus; denn es ist für diesmal nicht unsere Absicht, uns mit der sittlichen und logischen Grundlagen des Anzeigenbeweist zu beschäftigen, sondern mit dem, was wir oben die jetische Grundlage genannt haben.

Borauf beruhet unser Recht, den läugnenden Unlagten auf Indicien zu verurtheilen, und welches sind juristischen Bedingungen, unter benen uns dieses Recht teht? das sind die Fragen, deren Beantwortung wir 8 hier zur Aufgabe gestellt haben.

#### §. 4.

Daß bei dem Anzeigenbeweise von absoluter Bahrt noch weniger die Rede seyn kann als bei dem auf Ge= toniß ober Zeugenaussagen gebaueten Beweise, ist un= abar. Im Allgemeinen tritt bei ihm bas subjective ment in der Ueberzeugung des Richters weit stärker vor, es kommt weit seltener ber Fall vor, daß ber Rich= mit Gewißheit sagen kann: ich weiß, daß Jeber, ber Sache unbefangen pruft, mit mir zu bemfelben Resul= e kommen wird. Der Richter übernimmt also, wenn mf Unzeigen verurtheilt (aber auch wenn er auf dieselein positives Unschuldig spricht), eine größere Berant. rtlichkeit, als wenn er auf ein Geständniß ober gniß hin das Schuldig erklärt. In diesem Falle kann ich immer noch barauf berufen: nicht ich bin es, ber Ungeklagten verurtheilt, sondern er selbst oder die gen haben ihn schuldig gesprochen. Aber beim Anzeireweise fällt alle Verantwortung auf ben Richter barum bedarf er gerade hier der Rechtfertis ig barüber, daß er diefem Beweismittel und seiner gegründeten Ueberzeugung solche Macht einräumt. ver nimmt er biese Rechtfertigung?

.Man könnte sich zunächst auf die Nothwendigs beberufen; denn das ist freilich gewiß, daß wenn summittelbare Beweismittel gelten sollten, viele Vers ben unbestraft bleiben wurden. Allein aus dieser tischen Nothwendigkeit folgt doch immer nur die Bestigung zu polizeilichen Sicherheitsmaßregeln gegen den durch Anzeigen überwiesenen Angeklagten; niemals können wir mit der practischen Rothwendigkeit et rechtfertigen, daß wir ihn im Namen der Gerechtig: keit verurtheilen; denn die Gerechtigkeit hat es mit andern als solchen endlichen Zwecken zu thun.

Es ware benkbar, daß der Angeschuldigte vor der Entscheidung erklärte, er unterwerfe sich bem Ur: theile, welches ber Richter auf ben Grund ber vorliegen: ben Anzeigen für oder gegen ihn aussprechen werbe. Eine solche Erklärung, wo sie freiwillig gegeben wurde, wine allerdings mehr werth, als jene leere Form der Unterwer fung unter ben Urtheilsspruch ber Geschwornen, wie fie bis in unsere Zeit in England üblich mar. Sold unwahres Formwesen mag in England ohne Anstoß ertregen werben; unser beutscher Proces wurde baburch seinen ebelften Characterzug einbugen, die Chrlichkeit und Bahr haftigkeit. — Aber auch angenommen, bas ein Angeklagter sich im einzelnen Falle frei und ungezwungen ber auf Unzeigen gegründeten Ueberzeugung des Richters um terwürfe: ware eine folche Erklarung wirklich für gent. gend zu achten? Liegt nicht vielmehr ein innerer Bier fpruch in ihr? Uns will dies so scheinen; benn es hap delt sich ja hier nicht um eine Rechtsfrage, über die allemal der Ansichten viele möglich find, sonbern um That fache, die entweder nur geschehen ober nicht schehen senn kann; es handelt sich um eine That, die Angeklagte selbst vollbracht zu haben beschulbigt und über die man daher von ihm jedenfalls ein bestim Ja oder Nein erwarten muß. Was foll uns eine Erklärung nüten, die nicht ohne Unwahrheit geben werden kann? Denn ift ber Angeklagte fon so wird er, wenn er die Wahrheit ehrt, bekennen; i aber unschuldig, so muß er auch seine Unschuld allen zeigen gegenüber fest behaupten, und barf sich nicht

heine der Anzeigen und der subjectiven Ueberzeugung kachters unterwerfen. Wollte man strenge seyn, so inte man eine solche Erklärung als ein verstohlnes Gesudniß oder als eine neu hinzukommende Anzeige behann, weil der wirklich Unschuldige sich nicht leicht in solz Weise dem Urtheil des Richters unterwerfen wird; h das alte Vorrecht der Vertheidigung verlangt, daß sie eine Läugnung der Schuld behandeln; aber in eben verliert sie auch ihre Bedeutung.

Also nicht in einem solchen ausdrücklichen Unterwergeact haben wir die Berechtigung zum Unzeigenbeweise suchen? Wo ist sie benn aber zu finden? — Wir pagen noch einmal: einen absoluten Beweis ber Thä= schaft durch Unzeigen giebt es nicht; vielmehr können Anzeigen trügen, ja ber Angeklagte hat ein Recht, zu fangen, daß wir ihnen keinen Glauben schenken, in veit er ein Recht hat, zu verlangen, daß wir ihn als glaubwürdigen Mann anerkennen; wäre er vollkomglaubwürdig, so dürften wir ihn niemals auf Un= en verurtheilen; benn das Wort eines vollkommen abwürdigen Mannes ist mehr werth als hundert Un= Ist er aber auch immerhin nicht vollkommen pebwürdig, so fragt es sich dennoch: was giebt uns das det, das Wort eines lebendigen Menschen für nichts zu den todten Anzeigen gegenüber? Mit andern Wor-1: was giebt dem Richter bas Recht, seine auf Anzeigegründete Ueberzeugung bem läugnenden Angeklag= gegenüber als die vor der Gerechtigkeit geltende Wahr-Ju verkünden? Daß der Anzeigenbeweis zur vollstän= Ueberzeugung des Richters führen kann, wollen wir Augenblick läugnen; aber daß ber Angeklagte nach Leberzeugung gerichtet werden soll, das kann nur besondern Bedingungen gerecht senn. Wel= And diese Bedingungen?

phio b. Cr. A. 1852. IV. Ct.

# 486 Bur Theorie des Indicienbeweises.

Bei bem Geständnig fanden wir die Berechtigung bes Richters, ben Angeklagten zu verurtheilen, barin, daß wer bekennt, sich selbst schuldig spricht; wer sich aber selbst schuldig spricht, der kann sich gewiß nicht beschweren, daß auch der Richter ibn dafür erkennt; benn angenommen auch, bas Seständniß ware falsch, so tann boch, wenn es übrigens nur ernstlich und gültig abgeket ift und teine erhebliche innere ober außere Grunde ber Wahrheit gegen sich hat, der Richter sich zu seiner Recht fertigung allemal barauf berufen, baß nicht er den Ange. klagten, sondern dieser selbst sich das Urtheil gesprocen bat. Sollte nicht eine ähnliche Berufung auch beim Inzeigenbeweife möglich senn? Zwar davon, daß der Angeflagte sich wirklich selbst schuldig spricht, kann hier nicht die Rebe seyn; benn er läugnet ja eben die That, aber der Fall ist allerdings denkbar, daß der Angeflagte fichfelbst indicirt. Bereits oben haben wir gesehen, baf bie wichtigste und zahlreichste Classe ber Anzeigen aus folchen besteht, die sich auf des Angeklagten eigene Sandlungen ober Reben grunden. Wenn nun eine berartige Miss zeige vorliegt, wenn z. B. der Angeklagte Borbereitun gen der That getroffen, wenn er deren Vortheile sich auf zueignen, oder ihre Spuren zu vernichten gesucht, weine er mit erwiesenen Theilnehmern bes Berbrechens verleht ober andere zu bemselben zu verleiten gesucht, wenn Aluchtversuche unternommen hat u. f. w.: follte man allen diesen Fällen nicht fagen können, ber Angeklas habe sich selbst indicirt? Noch mehr, sollte nicht, wen er sich in dieser Weise selbst indicirt hat, dem Richter be Recht zustehen, ein verurtheilendes Erkenntniß auswirt chen, vorausgeset, baß alle Umstände des Falles de net sind, die vollständige Ueberzeugung von der Sch des Angeklagten zu begründen?

Benigstens soviel wird man zugestehen muffen, daß enn ber Richter in einem solchen Falle verurtheilt, er r ein ähnliches Recht in Unspruch nimmt wie oben, mn er auf ein Geständniß die Berurtheilung aussprach; nn wenn es gewiß ist, daß ber auf sein Geständniß ulbig gesprochene Angeklagte sich nicht beschweren kann, it er ja selbst es war, der sich schuldig sprach, so wird en bem fich selbst indicirenden Angeklagten mindestens viel entgegenhalten können, daß wenn auch das ver= theilende Erkenntniß nicht allein burch seine Schuld herigeführt worden, es doch jedenfalls nicht ohne dieselbe Stande gekommen ist. Wer sich selbst indicirt, macht h selbst verbächtig. Nun ist zwar Berbacht noch keine ewisheit ber Schuld; aber wenn die übrigen Um= inde des Falles geeignet sind, diese Gewißheit herbeizubren, sollte sich der Richter da nicht berechtigt halten, u Angeklagten, der sich selbst indicirt hat, zu verurthei= 28 Wir glauben ihm ein solches Recht zuschreiben zu iffen; benn ber Berbacht, den ber Angeklagte gegen berbeigeführt hat, wie wenig er auch für sich allein t Berurtheilung ausreichen mag, bildet boch mit allen rigen Umftanden bes Falles zusammen ein Ganzes und st mit ihnen in Gemeinschaft betrachtet werden. bem Geständniß gilt ja ber Grundsat, daß baffelbe bie Umstände des Falles bestätigt senn muß, mindeps ihnen nicht widersprechen barf; isolirt von ben Umiden barf mithin auch bas Geständniß nicht betrachtet Aber nach bemselben Princip barf man auch Berbacht, den der Angeklagte gegen sich herbeiführt, ton ben Umständen isoliren. Ja man kann bies t einmal, weil jeder Berdachtsgrund seine rechte be-Fende Rraft erst aus den Umständen entnimmt; benn Mich allein betrachtet giebt jeder verdächtigende Umstand beens eine schwache Bahrscheinlichkeit für die Annahme,

baß ber Thäter die That begangen; seine ganze Beweißifrast beruhet in der Isolirung nur auf der leicht trüglichen Unalogie, daß in ähnlichen Fällen ähnliche Umstände den wahren Thäter indicirt haben; erst wenn man ihn mit andern Umständen des Falles zusammenhält, kann er zu einer erheblichen Wahrscheinlichkeit führen. Deshald kann von einer isolirten Betrachtung der verdächtigenden Umstände in der Wirklichkeit nicht die Rede seyn; aber eben deshald kann auch ein Angeklagter, der sich durch irgend eine Handlung eines Verbrechens verdächtig gemacht hat, keinen Anspruch darauf machen, daß nur diese einzelne Handlung gegen ihn als Beweis angenommen werde; vielmehr muß er es sich gefallen lassen, daß wir ihn nach dem Ganzen der ihn indicirenden Umstände richten, von denen jene Handlung einen Theil bildet.

Wer sich selbst indicirt, der ist jedenfalls schuldig, sich, wenn er es vermag, wegen bes selbstverschulbeten Berbachts zu rechtfertigen. Bermag er aber biefe Rechtfertigung nicht zu geben, führt vielmehr die Unter suchung d. h. die Prüfung der Umstände den Richter jur gewissen Ueberzeugung seiner Schuld, so hat er teinen Grund, sich zu beschweren, daß nun auch seine Schuld vom Richter als gewiß ausgesprochen wirb. Er bet, wenn man so sagen barf, sich bem Gottesurtheil ber Untersuchung muthwillig unterzogen und muß nun auch be Ausspruch sich gefallen lassen, mag er für ober gegen in Mit andern Worten: er hat die Unterfis ausfallen. dung verschuldet, und muß nun auch die Berurthei: lung als eine verschuldete hinnehmen, vorausgesett. daß sie in den gegen ihn zeugenden Umftanden wirklich be gründet mar.

Es kommt hier nur ein Grundsatz zur erweiterte Anwendung, der auch sonst mehrkach im Recht wille kehrt, nämlich, daß wer das Beweisversahren verschutzt

, sich die Anwendung von Beweismitteln gefallaffen muß, die er unter andern Umständen zu verfen bas Recht gehabt hatte. So muß sich im Civilteffe ber Damnificant ben Burderungseid bes Damni= ten über die Größe des Schadens gefallen lassen, und Eriminalrechte ist es hergebrachter Grundsatz, daß die tande des objectiven Thatbestandes keine so strenge bl der Beweismittel, ja selbst keinen so strengen Beberfordern, wie die Thäterschaft; man begnügt fich selbst mit bloßen Wahrscheinlichkeitsbeweisen; denn sich der Angeklagte der That schuldig gemacht, so a er sich nicht beschweren, daß wir ihm auch alle Fol= und Nebenthatsachen zurechnen, welche aus Umständen mit Wahrscheinlichkeit sich ergeben. Aber te man nicht auch umgekehrt sagen dürfen: hat sich Angeklagte der That verdächtig d. h. hat er sich einer iblung schuldig gemacht, die mit Wahrscheinlichkeit bie verbrecherische That hinweist, so kann er sich nicht weren, daß wir ihn dieser selbst für schuldig erkennen, die übrigen Umstände jene Wahrscheinlichkeit zur visheit erheben. Das Princip wenigstens scheint in bei= Fällen dasselbe, nämlich der Grundsatz, daß wo durch eigene sittliche Verschulden des Angeklagten ein Beiverfahren gegen ihn herbeigeführt wird, die Entschei= g sich mehr auf rein logischer Grundlage erbauet . mehr ben Character des historischen Beweises überpt an sich trägt, während sie ba, wo den Angeklagten e solche Verschuldung trifft, nur den Beweismitteln vorherrschend sittlicher Natur, nämlich bem Geständ= : und vollgültigen Zeugenbeweise Glauben schenft und 1rch einen strengeren juristischen Character annimmt. ift aber dies ein Princip, welches tief in der Gerech= ut begründet scheint; denn so wie einerseits der ehrene Mann einen Anspruch barauf hat, nur nach eigenem

Bekennen oder dem Zeugnisse gleich ehrenhafter Genossen gerichtet zu werden, so ist es andrerseits nur die gerechte Bergeltung, daß derjenige, der durch eigenes sittliches Berschulden Verdacht auf sich ladet, den Anspruch verliert, nach sittlichem Glauben gerichtet zu werden.

### §. 5.

Nach allem diesem glauben wir die Bedingung, aber auch die Rechtsertigung des Anzeigenbeweises darin suchen zu mussen, daß der Angeklagte sich selbst in dieirt d. h. daß er sich einer Handlung schuldig gemacht hat, die ihn wegen des zur Frage stehenden Verbrechens verbächtigt. Wir nennen solche Handlung eine versschuld ete Anzeige.

Die Classe der verschuldeten Anzeigen ist sehr zahls reich. Wir haben schon wiederholt Beispiele derselben angeführt. Als die am häusigsten vorkommenden lassen sich etwa folgende nennen:

- 1. Vorbereitungen jeder Art, namentlich auch Ansichaffung ber zur That dienenden Werkzeuge.
- 2. Drohungen oder sonstige Aeußerungen, welche die Absicht, die That zu begehen, wahrscheinlich machen.
- 3. Versuche, die That zu begehen, so wie Uebungen in den dazu nöthigen Fertigkeiten.
- 4. Versteckter Aufenhalt am Orte der That ober is der Nähe desselben, ober Versuche, sich unkenntlich pumachen.
- 5. Verleitung Anderer zur Verübung der That eber zur Theilnahme an derselben; desgleichen Verabredungen oder geheime Zusammenkunfte mit Personen, deren ver brecherischer Character dem Angeklagten bekannt war.
  - 6. Theilnahme an den Vortheilen des Verbrechens, so wie ungewöhnlicher und die Vermögensverhältnisse iber steigender Aufwand.

1

- 7. Fluchtversuche und Handlungen, die auf Untersprückung der Spuren der That oder auf sonstige Berhin: verung der obrigkeitlichen Berfolgung abzwecken.
- 8. Lügen, Vorenthaltungen der Wahrheit und übers wupt jedes täuschende oder versteckte Benehmen vor Gesicht, in sofern sich dadurch den Umständen nach das Schuldbewußtsenn des Angeklagten und das Bestreben, eine Schuld zu verbergen, mit Wahrscheinlichkeit zu erstennen giebt.
- 9. Ein außergerichtliches Geständniß, in sofern man raffelbe als Anzeige und nicht als unmittelbares Beweiß= nittel betrachtet.

Bur näheren Erläuterung unserer Unsicht bemerken wir nun noch Folgendes:

Wir haben die hier gegebenen Beispiele als verschul: ete Anzeigen bezeichnet, weil der aus ihnen entspringende Berbacht der eigenen Schuld des Ungeklagten beizumessen ft. Seine Schuld aber setzen wir darin, daß er einzu: ehen im Stande war, er konne sich burch die vor jenommene Handlung oder Aeußerung in den Berbacht ines Berbrechens bringen, nichts besto weniger aber bie bandlung beging. Wir verlangen baher nicht gerade, bie zur Frage stehende Handlung schon an sich gesetzich unerlaubt oder gar criminell strafbar sen, obwohl fie n der Regel freilich mindestens polizeilich strafbar seyn wird. Es genügt uns, baß der Angeklagte bie Gefahr 308 aus seiner Handlung gegen ihn sich ergebenden Bers bachts einzusehen im Stande war; benn soviel Borficht lonn man wohl von jedem erwachsenen Menschen verlanpin, daß er sich nicht ohne Roth in ben Berbacht eines Merbrechens bringen wird. Es genügt uns mithin, daß ber Angeflagte eines culposen Benehmens schuldig gemacht hat, wobei freilich so viel sich von selbst versteht, daß nicht jede geringste culpa für ausreichendgehalten wer: den darf. Denn absolute Borsicht ist nun' einmal für Menschen unmöglich, und wie im Strafrecht überhaupt, so darf auch im Strafproces die Fahrlässigkeit niemals auf die Goldwage gelegt werden. Das Strafrecht wägt die culpa mit sittlichem Maßstabe, und eine Fahrlässigkeit, die nicht irgendwie den Character der Unsittlichkeit au sich trägt, kommt strafrechtlich nicht in Betracht. Daraus solgt, daß leichte Unvorsichtigkeiten von der Art, wie sie Jeder täglich begeht oder doch zu begehen im Standeist, nicht gewogen werden.

Dieser Maßstab muß denn auch hier angelegt wer-Das Verschulden des Angeklagten muß irgendwie ben Character ber Unsittlichkeit an sich tragen, wenn es dem Anzeigenbeweis gegen ihn Raum geben foll. nun ein solches Berschulben anzunehmen ift, bas bangt freilich vom Ermeffen im einzelnen Falle ab. Berschiedenheit ber Person bildet natürlich ben nächsten und wichtigsten Unhaltspunkt, und hier kommt vor allen Dingen der Unterschied in Betracht, ob der Angeflagte eine Person ist, zu der man sich der That versehen kann ober nicht; benn es ist ja klar, daß man z. 28. von einem Menschen, ber schon mehrere Male wegen beffelben Ber brechens in Untersuchung gewesen ift, eine größere Bor sicht in der Vermeidung jedes verschuldeten Berbachts ver langen barf, als von einem anbern, ber als rechtlicher Mann bekannt ift. Den letteren wird man 3. B. beshall noch nicht der Unterschlagung für verdächtig halten, wei er eine in feinem Besit befindliche fremde Sache, bie ge rade von keinem besonders hohen Werthe ist, zur rechten Beit an ben Eigenthümer abzugeben unterlaffen bat, \* wohl auch er bies nicht hätte unterlassen sollen. der erstere wird durch solche Unterlassung natürlich Regel nach ernstlich verbächtigt werben. Ihn trifft be

ie 3weifel der Vorwurf einer mahren sittlichen Schuld gen seiner Unterlassung. Dabei versteht fich freilich von oft; daß er mit allen seinen Entschuldigungsgründen fort werden muß, und daß von keinem Berschulden wei= die Rede senn kann, sobald sich ergiebt, daß die Un= laffung unter Umständen begangen murde, die fie als alblos erscheinen lassen. Denn es ist ja klar, daß sich ne Handlung ber Unterlassung angeben läßt, von ber behaupten ließe, daß sie unter allen Umständen den ater in verschuldeten Berdacht bringen mußte, ober mit vern Worten, daß bei ihr keine Entschuldigung benkbar Ferner kann auch nicht die Rede bavon senn, die ft des Entschuldigungsbeweises bem Angeklagten in ber t aufzubürden, daß so lange er diesen Beweis nicht zu hren vermag, ihm die Handlung als Schuld zugerechnet irde; das Berhältniß von Beweis und Gegenbeweis m auch hier kein anderes fenn, als an allen übrigen ellen bes Criminalprocesses.

Wenn wir nun zwar einerseits verlangen, daß sich Angeklagte ben fraglichen Berdacht burch ein wirkliches liches Berschulden zugezogen habe, wenn wir ferner auf bestehen muffen, daß die Eristenz wie die Größe ves Werschuldens nach ben Umständen bes concreten Falbemessen werde, so halten wir es boch andrerseits nicht : nothwendig, daß er sich, als er die verdächtigende indlung beging, beren verdächtigende Rraft nach allen iten hin vollständig flar gemacht hat. Um wenigsten tangen wir, baß er sich gerade bie Gefahr, wegen des t zur Frage stehenden bestimmten Berbrechens in rbacht zu kommen, flar und beutlich vergegenwärtigt ve. Denn für das Berschulden des Angeklagten kann ja offenbar keinen Unterschied machen, ob er, als er everdächtigende Handlung beging, zu sich sagen mußte: se Handlung fann bich in den Berdacht eines Diebstabls, oder sie kann dich in den Berdacht eines Raubes, Mordes u. s. w. bringen.

Soviel freilich soll nicht geläugnet werben, daß es einen Unterschied macht, ob Jemand eine Handlung begeht, die ihn höchstens in Berbacht eines leichten Bergebens bringen kann, ober ob die Handlung ihn wegen eines schweren Berbrechens zu verbächtigen geeignet ift. Im ersteren Falle ift ohne Zweifel nur ein leichtes, im zweiten ein schweres Werschulden vorhanden. Allein dieser Unterschied bedarf bier faum ber Berücksichtigung; bem wir haben ja bereits oben gesehen, daß leichte Unvorfictigkeiten, wie sie sich etwa auch wohl ein sonst sittlicher Mensch zu Schulben fommen läßt, überall nicht zur Schuld zugerechnet werden sollen, daß vielmehr in ber Handlung allemal eine Unsittlichkeit liegen muß, wenn überall von einem Berschulden die Rede fenn soll. Goviel versteht sich mithin allemal von selbst, dag kein Ingeklagter wegen Morbes, Raubes ober Diebstahls auf In dicien verurtheilt werden darf, wenn man ihm weiter kein Berschulden vorwerfen kann, als daß er etwa leichtsinnig genug war, sich wegen eines bloßen Polizeivergebens ober auch wegen eines unerheblichen und nicht entehrenden Eris minaldelicts in Berdacht zu bringen. Allein weiter barf man auch nicht gehen und namentlich nicht verlangen, des zwischen der Schwere des zur Untersuchung stehenden Ber brechens und dem Berschulden des Angeklagten ein be stimmtes Berhältniß stattfinden solle. Wer schuldvell eine verdächtigende Handlung begeht, ber kann sich nicht darüber beschweren, daß man ihm dieselbe auch gerabe so weit zur Schuld zurechnet, wie sie ihn ben vorliegen ben Umständen nach wirklich verdächtigt. Er kann fic nicht etwa barauf berufen, daß er beim Begeben ber Handlung nicht im Stande war, die gange Schwet des Berdachts zu überseben, in die ihn seine Handlen

nun gebracht hat; denn das ist ja überhaupt unmöglich, daß Jemand alle denkbare Folgen seiner Handlung vorsher übersieht; aber wer mit Bewußtseyn eine gefährliche Handlung unternimmt, der muß es sich gefallen lassen, daß ihm der wirklich eingetretene Erfolg als vorausgesehen zugerechnet wird.

# §. 6.

Wenn wir nun gleich es zum Begriff einer verschuldeten Anzeige keineswegs erforderlich halten, daß der Un= geklagte bei Bollbringung der ihn verdächtigenden Sand: lung fich beren verdächtigende Beschaffenheit allseitig und namentlich in ber Richtung auf das jett zur Untersuchung stehende bestimmte Verbrechen zum Bewußtsenn gebracht habe, so muffen wir boch andrerseits darauf bestehen, daß die verschuldete Anzeige, wenn sie zur Bedingung bes Indicienbeweises dienen soll, objectiv betrachtet eine bestimmte sen, d. h. den Ungeklagten wegen des jett aur Untersuchung stehenden Berbrechens und nicht wegen eines andern oder wegen eines verbrecherischen Lebenswan= bels überhaupt verdächtige. Dieser Sat fann nach bem, was oben S. 486 fgg. über den Begriff der verschuldeten Anzeige gesagt ift, keinen 3weifel leiben; er bedarf jedoch, um gehörig verstanden zu werden, einer näheren Befprechung.

Bunächst, was heißt eine bestimmte, und was eine unbestimmte Unzeige scheint auf den ersten Anblick einen Wisdensch zu enthalten; denn wo etwas angezeigt d. h. auf etwas hingewiesen werden soll, da muß dies wohl etwas Mistimmtes senn; ein Hinweisen ins Blaue hinein kann in effendar zu nichts helsen. Allein man vergesse nicht, wes die Begriffe bestimmt und unbestimmt relativer Matur sind. Wenn von unbestimmten Anzeigen die Rede

ift, so kann naturlich nur die relative Unbestimmtheit ge-Eine absolut unbestimmte Anzeige b. b. eine meint senn. solche, die dieses, aber auch eben so gut jedes Andere anzeigte, ware allerdings ein Unding; dagegen eine relative Unbestimmtheit ist bei den Unzeigen der Thaterschaft in zweifacher Hinsicht möglich: wie nämlich die auf solche Anzeigen gegründete Beweisführung sich in einer zweifachen Richtung bewegen fann, entweder in der Richtung von der That auf den Thäter b. h. den Angeklagten bin, oder umgekehrt, so kann auch die aus ihnen sich ergebende Bahrscheinlichkeit in zweifacher Hinsicht an Unbestimmtheit leiden: einmal nämlich kann es unbestimmt bleiben, ob dieser Angeklagte oder ein oder mehrere andere, die ebenfalls indicirt sind, die That begangen haben; es kann aber auch zweitens unbestimmt bleiben, ob ber Angeklagte Dieses Berbrechens, deffentwegen er in Untersuchung ift, oder ob er eine andere vielleicht ganz schuldlose That bes gangen hat, welche mit eben so großer Wahrscheinlichkeit durch die Anzeige indicirt wird. Hier haben wir es nur mit der zuletigedachten Unbestimmtheit zu thun; benn ba es sich hier nur um verschuldete Unzeigen d. h. um hand lungen des Angeklagten handelt, aus benen man auf die zur Untersuchung stehende That schließt, so bewegt sich bie Beweisführung allemal in der Richtung von dem Thäter auf die That, und die Unbestimmtheit, an der eine ver schuldete Anzeige leiden kann, besteht barin, baß sich mit der Unzeige nicht blos die Unnahme, der Ungeflagte habe bas zur Frage stehende Berbrechen begangen, eben sowohl auch die Annahme irgend einer andern ver brecherischen oder nicht verbrecherischen That vereinigen läßt, z. B. der Angeklagte hat die Flucht ergriffen, und es ist denkbar, daß er dies gethan hat im Bewustsep der Schuld an dem zur Frage stehenden Berbrechen; es# aber auch eben sowohl benkbar, daß er wegen zerrütten

ermögensverhältnisse ober unglücklicher Familienverhälts je aus dem gegangen ist.

So lange nun solche Unbestimmtheit nicht gehoben , d. h. so lange nicht für den Zusammenhang ber ver= ulbeten Unzeige mit bem zur Frage stehenden Berbren sich eine überwiegende Wahrscheinlichkeit heraus= tellt hat, kann natürlich die Anzeige nicht als Bebin= ng des Indicienbeweises dienen; denn eine Anzeige, die f bas zur Frage stehende Berbrechen, aber mit berfelben ahrscheinlichkeit zugleich auf eine andere That hinweist, in der That keine mahre, wenigstens keine selbststän= je Anzeige. Man verstehe dies recht. Nicht so viel Men wir sagen, daß solchen Unzeigen alle und jede erzeugende Kraft fehlt — sie können allerdings, wenn zu andern Indicien von selbstständiger Beweiskraft hin= reten, beren beweisende Rraft erhöhen — aber für . allein betrachtet geht ihnen jede Beweisfraft ab, sie dohne allen selbstständigen Werth. Was aber die Begung des ganzen Indicienbeweises bilden soll, das B einen selbstständigen Werth haben und barf seine ize Bedeutung nicht erst von bem entnehmen, bem es Bedingung dienen foll.

Andrerseits versteht es sich freilich von selbst, daß nn wir hier verlangen, die verschuldete Anzeige solle e bestimmte seyn, wir hiermit nicht gesagt haben wolz, sie solle diesen Character sofort auf den ersten Anblick h. ohne nähere Untersuchung, oder, was dasselbe sagt, te Rücksicht auf die Umstände des Falles offenbaren. If den ersten Anblick ist fast jede Anzeige, namentlich er jede verschuldete Anzeige, mehr oder minder under jede verschuldete Anzeige, mehr oder minder under mmt; denn der Character der verschuldeten Anzeigen keht ja eben darin, daß sie auf Handlungen des Angesisten beruhen; Handlungen sind wie mehrbeutige Wors

daß nicht jede geringste culpa für ausreichendgehalten wers den darf. Denn absolute Borsicht ist nun einmal für Menschen unmöglich, und wie im Strafrecht überhaupt, so darf auch im Strafproces die Fahrlässigkeit niemals auf die Goldwage gelegt werden. Das Strafrecht wägt die culpa mit sittlichem Maßstabe, und eine Fahrlässigkeit, die nicht irgendwie den Character der Unsittlichkeit an sich trägt, kommt strafrechtlich nicht in Betracht. Daraus folgt, daß leichte Unvorsichtigkeiten von der Art, wie sie Jeder täglich begeht oder doch zu begehen im Stande ist, nicht gewogen werden.

Diefer Magstab muß benn auch bier angelegt wer-Das Berschulden des Angeflagten muß irgendwie ben Character ber Unsittlichkeit an sich tragen, wenn es bem Anzeigenbeweis gegen ihn Raum geben foll. nun ein solches Berschulben anzunehmen ift, das hängt freilich vom Ermeffen im einzelnen Falle ab. Berschiedenheit ber Person bildet natürlich ben nächsten und wichtigsten Anhaltspunft, und hier kommt vor allen Dingen ber Unterschied in Betracht, ob ber Angeflagte eine Person ift, zu ber man sich der That verseben fann ober nicht; benn es ift ja flar, daß man z. B. von einem Menschen, ber schon mehrere Male wegen deffelben Ber brechens in Untersuchung gewesen ift, eine größere Borficht in ber Bermeidung jedes verschuldeten Berbachts verlangen barf, als von einem andern, der als rechtlicher Mann bekannt ift. Den letteren wird man 3. 23. deshalb noch nicht ber Unterschlagung für verbächtig halten, weil er eine in seinem Besit befindliche fremde Sache, Die ge rabe von keinem befonders boben Werthe ift, gur rechten Beit an ben Eigenthumer abzugeben unterlaffen bat, # wohl auch er dies nicht hätte unterlassen sollen. ber erstere wird burch solche Unterlassung natürlich be Regel nach ernstlich verbächtigt werden. 3hn trifft beim

Dir wollen nicht darüber rechten, ib der Ausdruck unbestimmte Anzeigen für Thatsachen dieser Art ganz passend ist, ziehen es jedoch vor, uns im Folzgenden der Benennung all gemeiner Anzeigen zu berienen, die ebenfalls in diesem Sinne gebraucht wird. Bon großer Wichtigkeit ist uns nun hier die Frage: welzben Werth haben solche unbestimmte oder allgemeine Anzeigen für den Indicienbeweis? Wie verhalten sie sich zu dem, was wir im Obigen verschuldete Anzeigen genannt saben? Ist etwa hier überall kein Unterschied? Und venn ein solcher da ist, können solche allgemeine Anzeigen etwa die Stelle einer verschuldeten Anzeige verzeten d. h. als ausreichende Bedingung des Indicienzweises dienen? Ober falls sie dies nicht können, soll man etwa die Forderung stellen, daß neben der verschulz

<sup>2)</sup> Bauer Theorie des Anzeigenbeweises S. 279 giebt folgende Definition: "Unbestimmte ober allgemeine Anzeigen der Thäterschaft heißen solche Thatsachen, welche ohne besons dere Beziehung auf das einzelne vorliegende Berbrechen, auf eine Geneigtheit zu Berbrechen überhaupt ober zu Berbrechen der fraglichen Art schließen laffen. Bu diefer Gattung können folgende Arten von Indicien gehören: 1. Solche persöns Lich e Verhältnisse des Angeschuldigten, welche eine Ges neigtheit desselben zu derartigen Berbrechen annehmen lassen. Dahin können nach Umständen gezählt werden: Herkunft, übler Ruf der Eltern, Geschlecht, Alter, Gemüthkart, Ersiehung, Stand, Familie, boser Leumund, Hang zu Raufs händeln, Gewaltthätigkeiten oder Widerseglichkeit. 2. Die Lebens = und Handlungsweise des Angeschuldigten, als: das Gewerbe oder der Mangel eines solchen, Müßiggang, Faulheit, Betteln, Trunksucht, Bagabondiren, Umgang oder sonstiger Verkehr mit Personen, welche er als Verbrecher ober sonft gefährliche Menschen kennt, besonders mit Dehlern und Gaunern, Aufwand ohne bekannte Erwerbsquellen und del. m. 3. Gewisse Sandlungen und Lebenber eig= nisse, als: früher begangene Verbrechen der Art, ausgesstandene Untersuchung ohne gänzliche Freisprechung, erlittene Bestrafung, gemachte Versuche berartiger Berbrechen, oder unterlassene Verhinderung der Verbrechen Anderer oder Theils nahme an benfelben, fen es als Gehülfe ober Beguns Riger."

deten Anzeige noch eine allgemeine Anzeige vorliege? — Wir bemerken über diese Fragen Folgendes:

Bereits die C. C. C. bat in mehreren Källen es jur Bedingung ber Tortur gemacht, daß der Angeschuldigte eine Person sen, zu ber man sich ber That verseben kann. Namentlich foll nach Art. 31 §. 4 bas Zeugniß Mitschulbiger, nach Art. 32 das außergerichtliche Geständniß ober die voraufgegangene Drohung des Angeklagten zur An wendung der Folter gegen denselben nicht genügen, went nicht berselbe eine Person ist, zu der man sich ber Wat versehen kann. Eben so sollen in einer Reihe von Fallen 3) auch die besten Indicien zur Vortur nicht ausreichen, wenn nicht jene eine Hauptindicie, daß man fich zum Angeklagten der That versehen kann, daneben vor: handen ist; wenigstens werben bie von ber C. C. C. an ben hierher gehörigen Stellen beispielsweise angeführten Indicien ausdrücklich für ungenügend erklärt, sofern nicht jene Hauptanzeige hinzukommt.

Andrerseits soll jedoch nach Art. 25 u. 27 die Anzeige, daß man sich zum Angeklagten der That versehen kann, für sich allein zur Tortur niemals außreichen, sons dern nur, wenn sie mit andern Anzeigen zusammentrisst, kann sie dazu berechtigen.

Von den neueren Gesetzebungen haben mehrere es zur Bedingung jeder Verurtheilung auf Indiscien gemacht, daß man sich zu dem Thäter der That versehen kann 4). — Gewiß lag eine solche Bestimmung

<sup>3)</sup> Es gehören hierher die Art. 35, 41, 42, 43, 44 und gewißs sermaßen auch der Art. 37, welche von den Indicien des Kindermordes, der Brandstiftung, der Verrätherei, des Diebsstahls, der Zauberei und des Giftmordes handeln.

<sup>4)</sup> Bergl. Strafprocekordnung für Baden von 1845 §. 262: ,, Die Ueberweisung des Angeschuldigten durch bloke Angeschuldigten nach Makgabe des §. 261 ist jedoch unstatthaft, was der Angeschuldigte nicht eine Person ist, zu der man sich wie

insern neueren Gesetzebungen nahe, als sie zuerst den Indicienbeweis einführten. Man fühlte wohl, daß es twas gegen sich hat, einen völlig ehrenhaften Mann, vem man kein Verschulden vorwerfen kann, auf bloße Anzeigen hin zu verurtheilen. Man sah ohnehin schon en Anzeigenbeweis als etwas Gefährliches an, und stellte ich seine Gesahren zum Theil wohl noch größer vor, als ie in der Wirklichkeit sind; daher suchte man denn nach ingemessenen Beschränkungen, und eine solche glaubte man wezüglich darin zu sinden, daß man nur solche Personen inf Anzeigen zu verurtheilen erlaubte, zu denen man sich ier That versehen konnte.

Allein es fragt sich: ist eine solche Bestimmung das zu ersetzen im Stande, was wir mit der Forderung einer verschuldeten Anzeige erreichen wollen? Können lose allgemeine Anzeigen eine genügen de Berechtisung zur Anwendung des Indicienbeweises gewähren? Bir glauben nicht.

Denn zunächst fragt es sich: welches sind die Ugemeinen Anzeigen, die den Angeklagten als einen

ihrem früheren Lebenswandel, oder ihren persönlichen Eigenschaften, oder ihren besonderen Beweggründen zur That, des Verbrechens, dessen sie beschuldigt ist, verssehen kann." — Medlenburgische Verordnung über den Besweis im Criminalprozesse s. 10: "Es muß aus der Unterssuchung, unabhängig von den auf die Verübung des in Frage stehenden Verbrechens bezüglichen Anzeigen, sich ergeben, daß der Angeschuldigte eine Person ist, zu der man sich der Angeschuldigte eine Person ist, zu der man sich der Anat wohl versehen kann, entweder weil nach seinem Ruse oder nach seinem Lebenswandel eine Geneigtheit desselben zu diesem oder einem ähnlichen Verbrechen anzunehmen ist, oder weil er eine solche Geneigtheit bestimmt zu erkennen geseben hat." — Preußische Criminalordnung von 1805 §. 405: "Wenn mehrere, mit einander übereinstimmende Anzeigen in einem Falle zusammentressen, und durch den schlimmen Chastacter und durch die bisherige schlechte Lebensweise des Inculspaten unterstützt werden, so ist ein hoher Grad von Wahrsschenlichseit vorhanden, bei dem eine außerordentliche Strafe in der Regel kein Bedenken haben kann."

Menschen, zu bem man sich ber That versehen fann, in Bauer rechnet bahin unter andern: Der tunft, üblen Ruf ber Eltern, Geschlecht, Alter, & muthsart, Erziehung, Stand, Familie. Alles bies find unverschuldete Anzeigen, und daß fich auf fie nicht ble Berechtigung zur Anwendung des Indicienbeneises gründen läßt, leuchtet von selbst ein. Es batte bahn auch keinen Sinn, wenn man bas Worhandenseyn seiche Anzeigen zur Bedingung ber Berurtheilung machen wellt; ob sie da sind ober ob sie fehlen, mag im einzelnen galt immerhin von Bedeutung senn, im Augemeinen barf men ihnen nur eine logische und zwar eine untergeord: nete Bedeutung beilegen, sie konnen bochstens un Befärkung der aus ben vorhandenen befonderen Ingigen geschöpften Ueberzeugung bienen. Daber haben benn and unsere Gesetzebungen sich näher barüber erklaren zu mus sen geglaubt, worauf der Richter sein Augenmert zu rich: ten habe, um zu entscheiden, ob man sich zu bem Angeklagten ber That versehen konne. 3m Allgemeinen haben sie zwei Gesichtspunkte hervorgehoben, den üblen Auf und die bisherige schlechte Handlungsweise bes Angeschuldigten. Bereits die C. C. C. Urt. 25 verlangt, man solle darauf sehen, ob der Angeklagte eine solche ver wegene oder leichtfertige Person von bosem Leumund und Gerücht sen, daß man sich der Missethat zu ihr verscha moge, oder ob dieselbe Person dergleichen Missethat w mals geübt oder unterstanden habe oder berselben bezühr tigt worden sen 5).

Allein welchen Werth man auch beim Indicenber weise dem schlechten Rufe des Angeklagten beilegen, wie sehr man auch es anerkennen mag, daß ihm in bet

<sup>5)</sup> Vergl. hiermit die oben S. 500 fg. in der Note angefiten.

meisten Fällen etwas Wahres zum Grunde liegt, so bleibt voch allemal so viel gewiß: es kann ein Mensch auch un = verschuldet in üblen Ruf kommen. Bur Bedingung des Anzeigenbeweises eignet sich daher auch dieses Merkmal nicht; denn die Berechtigung zur Verurtheilung auf Anzeigen darf nur aus einem eigenen Verschulden des Unzeklagten entnommen werden. Man wird sich daher blos auf den zweiten der angegebenen Gesichtspunkte, nämzko auf die bisherige schlechte Handlungsweise beschanten müssen. Man wird darauf zu sehen haben, der Angeklagte schon früher etwa ein Verbrechen bez gangen oder versucht, oder ob er sonst irgend etwas gethan soder geäußert hat, woraus sich auf seine Geneigtheit zu Verbrechen überhaupt oder zu Verbrechen der vorliegenden Art schließen läßt.

Die erwiesene schlechte Handlungsweise ist allerdings etwas Berschuldetes, und wenn man sie zur Bedingung 528 Indicienbeweises macht, so scheint man hiermit nur fasselbe zu wollen, mas wir oben gefordert haben, näm= de baß allemal eine verschuldete Anzeige gegen ben Ange= Ragten vorliegen soll. Der Unterschied scheint nur darin liegen, daß wir das Vorhandensenn einer speciellen Anzeige fordern, d. h. einer Handlung, durch welche sich ter Angeklagte bestimmt wegen bes jett zur Untersuchung tehenden Berbrechens verdächtigt hat, während man an= kerseits sich mit allgemeinen (unbestimmten) Anzei= jen begnügt, d. h. mit solchen Handlungen, die den Un= jeklagten nur im Allgemeinen als einen zu Berbrechen über: jaupt ober zu Verbrechen der fraglichen Urt geneigten Men= den barstellen. Man könnte baher auf den Gedanken ommen, daß es das Sicherste sen, beide Forderungen mit inander zu verbinden, d. h. zu verlangen, daß nicht blos fer Angeklagte sich durch seine bisherige Handlungsweise als in zu Berbrechen überhaupt ober zu Berbrechen ber fragli=

den Art geneigter Mensch ausgewiesen, sondern auch außerdem eine Handlung begangen habe, die ihn speciell wegen des jetzt zur Frage stehenden Verbrechens verdächtigt.

Allein hiermit ginge man benn boch zu weit; benn es ist ja klar, daß tieselbe Handlung, welche ben Angeflagten wegen bes jett zur Frage stehenben Berbrechens verbächtigt, ihn auch als einen zu Berbrechen überhaupt ober zu Berbrechen ber fraglichen Art geneigten Renschen ausweisen kann. Wenn er z. B. mit erwiesenen Theilnehmern der That heimlichen Berkehr gehabt, wenn er mit der That vorher gedrohet oder sich nachher berselben verrühmt oder fich die Vortheile derselben angeignet hat u. s. w., so sind dies alles Umstände, die ihn eben so sehr als einen zu Verbrechen geneigten Menschen über haupt wie auch wegen der jetzt zur Frage stehenben That insbesondere verdächtigen. Wozu will man benn in solchen Fällen noch verlangen, daß der Angeklagte fich außerdem noch durch seinen bisherigen Lebenswandel als einen zu Verbrechen geneigten Menschen ausgewiesen habe? Wozu will man dies namentlich auch da verlangen, wo der Angeklagte sich bei der Untersuchung in einer Beise bes nimmt, wie man es von einem Menschen, der sich feiner Unschuld bewußt ist, unter keinen Umständen erwarten darf? Es ist wohl wahr: auf Indicien soll kein Mensch verurtheilt werden, zu bem man sich nicht ber That wo sehen kann; aber daß man sich zu einem Menschen ber That zu versehen hat, das darf doch nicht blos aus seinen bisherigen Lebenswandel oder überhaupt aus Gründen, Die jenseits der gegenwärtigen Untersuchung liegen, ge folgert werden, sondern kann eben sowohl aus ben zu Untersuchung stehenden Thatsachen oder aus dem Bent men des Angeklagten während der Untersuchung M ergeben.

Sind dagegen die zur Untersuchung stehenden That: fachen und ift auch bas Benehmen bes Ungeklagten mahrend ber Untersuchung nicht ber Art, daß sie zu einer . folden Folgerung berechtigen, bann verlangen freilich auch wir, baß allgemeine Gründe vorliegen, aus benen sich folgern läßt, daß der Thäter ein Mensch ist, zu dem man sich der That versehen kann. Es enthält jedoch diese Forberung im Grunde für uns nichts Neues, sondern fällt mit bem zusammen, mas wir oben S. 485 fg. über ben Begriff einer verschuldeten Unzeige gefagt haben. wir nämlich bort das Verschulden des Ungeklagten barein setten, daß derselbe, obwohl er im Stande mar einzu= sehen, seine Handlung könne ihn in den Berdacht eines Berbrechens bringen, nichts besto weniger dieselbe beging; wenn wir ferner bemerkten, die Frage, ob ein solches Berschulden vorliege, konne nur mit Rücksicht auf den concreten Fall, insbesondere auf die Personlichkeit bes Angeschuldigten beantwortet werden, weil dieselb = -Dandlung, die einen vollkommen ehrenhafe ten Mann nicht im geringsten verbächtige, für einen andern sehr verdächtigend senn Ebnne; wenn wir nun überdies das Borhandenseyn einer verschuldeten Anzeige zu jeder Berurtheilung auf Indi= cien verlangten: so leidet es wohl keinen Zweifel, daß fich bei uns die Forberung, daß man sich zu dem Ange= Ragten der That musse versehen können, allemal von felbst versteht, und daß wir dieselbe nicht mehr als einen felbfiftandigen Grundsatz fur die Theorie des Anzeigenbe= weises auszusprechen brauchen. Wir bedürfen dieser Forserung nicht mehr, weil das, was wir fordern, ohne weifel schon mehr umfaßt, als was man mit ihr erreichen will; benn wenn wir zu jeder Berurtheilung bas Borhandenseyn einer verschuldeten Anzeige machen, und zwar einer solchen, welche sich bestimmt auf bas gegenwärtig zur Untersuchung stehende Werbrechen bezieht, so ist diese Bedingung offenbar strenger, als wenn man sich damit begnügt, bloße allgemeine Anzeigen zu sordern, wie sehr man auch in der Wahl dieser Anzeigen die Rickssicht des sittlichen Verschuldens vorwalten lassen mag; andrerseits enthält sie aber auch nicht weniger, da ein sittliches Verschulden an dem Verdacht nur denkbar ist, wenn der Angeklagte ent weder schon nach seiner Persönlichteit oder nach seiner ihn verdächtigenden Handlung als ein Mensch erscheint, zu dem man sich der That versehen kann.

Es fragt sich aber: was gehört dazu, daß man sich zum Angeklagten der That versehen kann? Wie wir oben sahen, hat man alles hierher gerechnet, was irgendwie auf Geneigtheit bes Ungeklagten zu Berbrechen schlie Ben läßt, mithin auch solche allgemeine Unzeigen, die durchaus kein eigenes Verschulden des Ungeklagten vor: aussetzen, z. B. Herkunft, übler Ruf ber Eltern, Geschlecht, Alter, Gemüthsart, Erziehung, Stand, Familie, boser Leumund. Dies ift offenbar zu weit gegangen, sobald man auf solche allgemeine Indicien allein die Berechtigung zum Anzeigenbeweise gründen will. Diese Berechtigung kann immer nur auf ein eigenes Ber: schulden des Angeklagten gebauet werden; und follen be her allgemeine Indicien für sich allein als ausreichend an gesehen werden, so muß man sich, wie wir oben gezeigt haben, lediglich an den bisherigen Lebensmandel bes Ingeklagten halten; nicht nach seiner Herkunft, Stand, Familie, selbst nicht nach seinem bosen Ruf darf man fra: gen, sondern nur nach seinem bosen Thun und Laffen, d. h. nach solchen Handlungen und Aeußerungen, burch die er seine Geneigtheit zu Berbrechen zu erkennen gegebes hat; daß übrigens auch schon eine einzige Handlung ober

ußerung solche Geneigtheit hinlänglich barthun kann, esteht sich von selbst.

Gin Andres ift es, wenn man, wie wir, sich mit Ben allgemeinen Unzeigen überall nicht begnügt, son= in das Worhandenseyn einer verschuldeten besondern izeige zur Bedingung des Indicienbeweises macht. In sem Falle barf man naturlich bas Berschulden nicht in Mngeklagten früheren Lebenswandel, sondern allemal r in der jett zur Frage stehenden verdächtigenden Sand= sa suchen. Db aber in dieser wirklich ein Berschulden Anden ist, das hängt, wie wir oben gesehen haben, in 1 Källen, in welchen nicht die Handlung an und für sich on den Angeklagten als einen zu Berbrechen geneigten enschen darstellt, wesentlich davon ab, in wiesern sich ie solche Geneigtheit aus sonstigen Umständen entnehmen it; und hierbei bildet dann freilich der frühere Lebensnbel allemal einen sehr wichtigen, aber doch keines= den einzigen Unhaltspunft, vielmehr kommen alle persönlichen Berhältnisse, insbesondere bisheriger Ruf, mit in Betracht; denn es versteht sich pon selbst, daß ein Mensch, der einmal im üblen Rufe it, sich durch Handlungen verdächtigen kann, die von em unbescholtenen Manne begangen durchaus nichts rbächtigendes haben, und daß wir daher ihm solche indlungen zur Schuld zuzurechnen befugt sind, wenn ihre verdächtigende Rraft einzusehen im Stande mar, b sie bennoch nicht unterließ.

#### §. 8.

Das Vorstehende möge genügen, um unsre Stelsig ju dem bekannten Grundsatz, daß man sich zum later musse der That versehen können, darzulegen. Wir zuben allerdings, daß die Theorie des Indicienbeweises biesem Grundsatze nicht mehr stehen bleiben kann, son-

dern über ihn hinausgehen muß, während sie andresseits jedoch das Wahre, was in diesem Grundsatze liegt, pu conserviren hat. Beides glauben wir durch unsern Begriff der verschuldeten Anzeigen gethan zu haben. hier möge nur noch auf einen Punkt aufmerksam gemacht werden, der im Obigen nicht näher erörtert werden konnte.

Man ift sich, wie wir gesehen haben, nie darüber einig geworben, was eigentlich dazu gehöre, bamit man sich zu einem Menschen ber That versehen konne. wußte man nicht, an welche allgemeine Anzeigen man fich zu halten habe, ob etwa blos an den bisherigen Lebenswandel des Angeklagten, ober an den Lebenswandel und ben Ruf, ober zugleich noch an andere personliche Berhaltnisse, die völlig außer ber Macht des Angeflagten stehen, z. B. Herkunft, Stand, Erziehung, Temperas ment u. s. w. Was aber eben so wichtig ist und vielleicht noch wichtiger, man wußte nicht, was man eigentlich aus diesen allgemeinen Anzeigen folgern wollte. wollte folgern, daß ber Angeklagte ein Mensch sep, zu bem man sich ber That versehen konnte, b. h. ein zu Berbrechen geneigter Mensch. Aber zu welchen Berbrechen? zu allen möglichen? Das wäre offenbar zuviel wo langt; benn einen Menschen, ber zu allen Berbrechen die Neigung in sich trägt, giebt es nicht. Ober etwa gu irgend einem Berbrechen, es sen welches es wolle! Das aber wäre zu wenig verlangt; benn wenn ein Mensch z. B. eines Morbes angeklagt ift und man beweiß ihm, daß er etwa eine Neigung zu kleinen Diebstählen oder Betrügereien in sich trägt, so hat man hiermit boch noch in der That keine Anzeige für seine Mordlust. — Es bleibt daher nichts übrig, als daß man auf bie Aehnlichkeit der Verbrechen sieht, b. h. nur dann hat man ben Angeklagten für einen Menschen zu halten, zu bem man sich ber That versehen kann, wenn man sich von

feiner Geneigtheit zu ähnlichen Berbrechen überzeugt hat. Dies ift auch ohne Zweifel ber Sinn, in dem man bewußt oder unbewußt den Ausdruck Sich = versehen = konnen in der Regel genommen hat. Allein auch bei diefer Faffung ift man nicht aus ben Schwierigkeiten heraus; benn man erwäge nur: je schwerer ein Berbrechen, um so mehr feht es gewissermaßen isolirt da; man kann nicht be= haupten: dieser Mensch ist zum Morben geneigt, weil er fich stets als ein Raufbold gezeigt hat, ober zum Brand= ftifter, weil er einen großen Diebstahl begangen hat; man kann so etwas wenigstens nicht mit einiger Wahrscheinlich= feit behaupten, so lange man nicht ben Character bes Un= geklagten tiefer psychologisch ergründet hat. Ueber= haupt sieht man ja leicht ein, daß wenn es ernsthaft barauf ankommt, die Geneigtheit eines Menschen zu Berbrechen gewisser Art zu erweisen, die Untersuchung sich sofort ins Gebiet der Psychologie verliert, sofern nicht etwa der Angeklagte burch Handlungen ober Aeußerungen seine Se= neigtheit bestimmt an ben Tag gelegt hat. Der lettere Fall ift aber gerade bei ben schwersten Berbrechen am fel= tensten, und so sieht man sich benn in ben wichtigsten Fallen immer in das dunkle Gebiet der Psychologie ver= fett. Damit aber verliert man allen festen Boben, und ber Grundsat, daß man fich zum Angeklagten ber That muffe versehen können, wird gerade in ben schwersten Fal-Ien practisch unbrauchbar, weil es an klaren Anhalts. punkten fehlt, nach benen man die Frage, auf die es an= fommt, entscheiben fann.

Auch wir fordern zwar, daß man sich zu dem Angeklagten der That solle versehen können; allein da wir nicht auf dieses allgemeine Indicium, sondern auf das Borhanbensehn einer besondern verschuldeten Anzeige die Berechtigung zur Verurtheilung des Angeklagten gründen, so gewinnt die Forderung selbst einen ganz andern Sinn.

Ist die verschuldete Anzeige ber Art, baß sie allein schon binreicht, ten Angeflagten als einen Menschen barguftellen, zu dem man sich ber That versehen kann, so bedarf es natürlich keiner weiteren allgemeinen Unzeigen, um uns zur Anwendung bes Indicienbeweises zu berechtigen Ist dagegen die verschuldete Unzeige für sich allein betrachs tet mehrfacher Auslegung fähig, so wird freilich bas Borbandenseyn allgemeiner Anzeigen gefährdet werden muß sen; allein diese allgemeinen Unzeigen sind bann nur als die näheren Um stände anzusehen, burch welche bie verschuldete Anzeige in ihr rechtes Licht gestellt wirt. kommt barauf an, ob ein wirkliches Berschulden auf Geis ten des Angeklagten vorlag, als er die ihn verdächtigende Handlung beging, und dieses ist anzunehmen, sobald sich herausstellt, daß er ein Mensch ist, dem man das zur Untersuchung stehende Berbrechen zutrauen konnte; benn ein solcher Mensch hat natürlich verdächtigente Handlungen mit größerer Borsicht zu meiden, als ein andrer, ber sich bewußt ift, daß Miemand ihn des Werbrechens für fähig halt. Die Frage nun, ob man bem Angeklagten das Berbrechen zutrauen konnte, wird allerdings nach allgemeinen Anzeigen zu entscheiden seyn; allein es kommt hier offenbar nicht auf psychologische Erörterungen an; benn nicht barum, was wir von dem Angeklagten benten sollen, sondern was man wirklich von ihm zu denten gewohnt war, handelt es sich; nicht auf welchen Grunden seine Berdächtigkeit beruht, sondern barauf, daß sie vor handen ist, kommt es an, und diese Frage kann natürlich nur nach bes Ungeklagten personlichen Berhältniffen, seinem Rufe und bisherigen Lebenswandel entschieden mer ben. Daher hat die Forderung, daß man sich jum Angeklagten der That muffe verseben konnen, für uns auf keinen Fall einen psychologischen Sinn.

§. 9.

Eine fernere Frage ist: muß die verschuldete Unzeige, f welche wir die Berechtigung zur Anwendung des Indis nbeweises gründen, eine nahe ober entfernte senn? wiel den Begriff von nahen und entfernten Anzeigen beft, so glauben wir, daß er in einer logischen Theorie des Inienbeweises anders gefaßt werden mußte, als es gewöhn: geschieht. Es handelt sich hier in der That um etwas beres, als um einen bloßen Gradunterschied; benn so e-alle Wahrscheinlichkeit auf Harmonie der Erkenntnisse uhet, diese aber eine zweifache ift, nämlich entweder die ermonie einzelner Erkenntnisse ober des Ganzen unserer tenntniß, woraus dann ber Unterschied einer niederen id höheren Wahrscheinlichkeit entspringt, so giebt es auch ien Unterschied von niederen und höheren Unzeigen : Thäterschaft. Das Characteristische der letteren, die mallein als nahe oder dringende Unzeigen bezeich: a-follte, besteht barin, baß sie uns zwischen zwei Altertwen stellen: nämlich wir muffen, wenn eine solche Un= ge vorliegt, entweder annehmen, der Angeklagte habe That begangen, oder wir muffen irgend etwas Unde: annehmen, das wider die Wahrscheinlichkeit ift, d. h. 3 wir nach unsrer Erkenntniß von dem Gange ber Bebenheiten nicht bloß nicht erwarten (unwahrscheinlich ben), sondern von dem wir bestimmt das Gegentheil parten, so baß es uns, wenn es eintritt, als eine Sto: ng bes Ganges ber Begebenheiten erscheint. unzeichen fehlt den niederen (entfernten) Indicien. B. ift es ohne 3weifel nur eine entfernte Unzeige, wenn : Angeflagte mit der That gedrohet hat; denn es liegt feine Widerwahrscheinlichkeit sondern höchstens eine Ge Unwahrscheinlichkeit barin, daß Jemand, der eine phung ausspricht, diese unausgeführt läßt, ein Underer aber später eine ähnliche That ausführt. Etwas In: beres ware es, wenn ber Angeklagte einen genau bestimms ten Plan ber Begehung des Berbrechens entworfen bitte, und die That nun wirklich später in Uebereinstimmung mit diesem Plane ausgeführt ware. In diesem Falle ift eine bringende Anzeige vorhanden, daß ber Angeklagte ber Thater fen, es mare benn, baß Grunde vorlagen, gu vermuthen, ein Anderer habe sich ben von dem Angeklagten entworfenen Plan angeeignet; benn wo teine solche Gründe vorliegen, da bleibt uns nur die Babl anzunch men, der Angeklagte habe die That in Uebereinstimmung mit seinem Plane ausgeführt, ober es sen biese Uebereinstimmung ein Wert des Bufalls. Denn eine reine 3w fälligkeit mare es ja, daß ein Anderer die That genau in berfelben Beife ausführen follte, wie ber Angeflagte vor ber ben Plan dazu entworfen hatte. Aber einen folden Bufall anzunehmen, bas hieße nicht bas Unwahrscheinliche, sondern das Widerwahrscheinliche glauben. - Darum entspringt aus ber vorliegenden Uebereinstimmung eine brit genbe Anzeige gegen ben Angeklagten.

Nimmt man nun ben Ausdruck, dringende Anzeige" in dem hier angegebenen Sinne, so kann man nicht ver- langen, daß die verschuldete Anzeige allemal zugleich eine dringende senn soll. Was man fordern kann, ist vielmehr nur, daß die verschuldete Anzeige so stark sep, um die Bersetung in den Anklagestand zu begründen; denn darin, daß der Angeklagte durch seine verdächtigende Handlung, die gegen ihn eingeleitete Untersuchung verschuldete, saw den wir ja eben die Rechtsertigung des Anzeigenbeweises; mithin braucht der aus seiner Handlung gegen ihn entspringende Verdacht auch nicht stärker zu sepn, als zur Begründung der Specialuntersuchung nöthig ist, und es würde, um bei dem obigen Beispiel stehen zu bleiben, eine eine sach sache Drohung als eine zur Anwendung des Indiciende

weises ausreichende verschuldete Anzeige anzusehen senn, in sofern man fie zur Einleitung ber Specialuntersuchung für ausreichend hält.

Das hier Gesagte ist jedoch nicht so zu verstehen, als ob wir das Worhandenseyn einer bringenden Unzeige überall nicht zur Berurtheilung erforderlich hielten, son= bern bem Richter gestatten wollten, auf bloße entfernte In-Dicien ein verurtheilendes Erkenntniß auszusprechen. Dies ift nicht unfere Meinung; vielmehr find wir der Unsicht, baß, logisch betrachtet, zu jedem vollständigen Indicien= beweise das Borhandensenn einer bringenden Unzeige ge= bort; allein diese Forderung ift eben eine logische, mit ber wir es hier nicht zu thun haben; hier fordern wir nut, daß eine verschuldete Anzeige vorliege. Wir haben es also in der That mit zwei verschiedenen Forderungen zu thun: es soll eine bringende und eine verschuldete Unzeige vor= Es versteht sich aber von selbst, daß diesen bei= ben Forberungen in zweifacher Weise Genüge geschehen tann: entweder so, daß eine und dieselbe Unzeige beide Eigenschaften zugleich in sich vereinigt, ober in der Art, baß zwei Anzeigen vorliegen, von benen die eine als brin= gende, die andere als verschuldete erscheint.

Wir verlangen also, wie gesagt, nicht, daß die verschuldete Anzeige zugleich die Eigenschaft einer drinz genden hat; wohl aber soll sie so stark seyn, daß durch sie die Einleitung der Specialuntersuchung gerechtsertigt wird. Welchen Grad der Stärke nun eine Anzeige haben muß, um der Einleitung einer Specialuntersuchung als genügender Rechtsertigungsgrund zu dienen, ist eine Frage, deren Entscheidung freilich in der Theorie schwerer ist, als in der Praris. In der Praris ist man bekanntlich mit der Entscheidung der Regel nach nicht allzu schwierig und Kraucht es auch nicht zu seyn, da ja die Versetzung in den Anklagestand kein so großes Uebel ist wie die Verurtheis

## 514 Bur Theotie des Indicienbeweises.

tung, ja für ben Angeklagten sogar eine Wohlthat werben kann, ba sie ihm Gelegenheit giebt, sich von einem salschen Berbacht zu reinigen. Theoretisch läßt sich über die ganze Frage wenig mehr sagen, als: die Anzeige darf nicht zu schwach seyn; sie braucht aber auch nicht gerade zu den stärksten zu gehören. Mit dieser Auskunft werden wir uns denn auch hier begnügen müssen, sosenn wir es nicht vorziehen wollen, unsere Ansicht an einzelnen Beispielen beutlich zu machen. Letzteres würde jedoch hier zu weit führen, und an eine principielle Behandlung der Frage ist natürlich nicht zu denken, da es überall noch keine Theorie des Indicienbeweises, viel weniger auch nur einen ungefähren Maßstab (einen genauern wird es nie geben können) für die Stärke der Anzeigen giebt.

Nur das Eine dürfte hier noch bemerkt werben, baß ble Stärke ber verschuldeten Unzeige burch feine Gegen: anzeigen erheblich geschwächt senn barf. Diese Korberung scheint sich zwar auf den ersten Anblick von selbst zu verstehen, da ja jede Anzeige nur in soweit Anzeige ist, wie sie nicht durch Gegenanzeigen ihrer Kraft beraubt wieb. Allein das letztere ist doch nur so lange ganz wahr, wie man die Unzeige für sich allein der Gegenanzeige gegen-Betrachtet man bagegen die Unzeige im Buüberstellt. sammenhange mit den übrigen Unzeigen des concreten Falles, so leidet es keinen Zweifel, daß ihre Kraft durch bas Busammensenn mit diesen übrigen Unzeigen vermehrt wird, und sie baher nicht nothwendig alle Bedeutung verliert, wenn auch bie Gegenanzeige ihr an Stärke fast oder ganz gleichkommen sollte. Hier indessen, wo die verschuldete Anzeige als Bedingung des Indicienbeweises dienen soll, darf sie natürlich ihre Bedeutung nicht erst von andern Unzeigen entlehnen, sondern muß in selbstständiger und ungeschwächter Kraft bastehen.

#### §. 10.

•

Das Vorstehende enthält unsere wesentliche Ansicht über den Begriff und die Erfordernisse der verschuldeten Anzeigen. Wir lassen nun noch einige Bemerkungen über den logischen und practischen Werth dieser Anzeigen folgen, die hoffentlich dazu dienen werden, unsere Forderung, daß keine Verurtheilung auf Indicien ohne Borhandenseyn einer verschuldeten Anzeige zu Stande kommen soll, auch dann noch einigermaßen gerechtsertigt erscheinen zu lassen, wenn man mit der obigen Begrünzbung dieser Forderung nicht einverstanden seyn sollte.

Weise hauptsächlich auf die Erklärungen des Angeschuls bigten über die einzelnen Anzeigen ankomme. So sagt "B. Bauer "): Durch diese Erklärungen des Angeschulbigten werden entweder die anzeigenden Thatsachen unrichtig oder die Schlußfolge als falsch dargestellt und als Indicium beseitigt oder im Gegentheil die Besweiskraft der Anzeigen bedeutend erhöht werden, wie z. B. wenn der Angeschuldigte erwiesene Thatsachen läugnet, oder Amstände, deren Unwahrheit ausgemittelt wird, angiebt, oder seine Angaben ändert. — Rein ersahrener Practiker wird es bestreiten, daß gerade hierin ein vorzüglicher Grund der Kraft des Anzeigenbeweises und eine wichtige Sicherung zegen Täuschung und Leichtgläubigkeit liegt.

Aehnlich Mittermaier<sup>7</sup>): Da jede Anzeige, wenn **se auch** auf eine im physischen Zusammenhang mit dem Verbrechen stehende Thatsache sich stütt, nur ausspricht, daß der **Berd**ächtige in irgend einem Zusammenhange mit der That

<sup>5)</sup> Theorie des Anzeigenbeweises S. 193.

<sup>7)</sup> Das beutsche Strafverfahren 4tc Aufl. Bb. 2. S. 451.

stand, da aber der Zusammenhang ebensowohl als ein rechtslicher, wie als ein auf Theilnahme am Berbrechen führender gedacht werden kann, so entscheidet erst die Art, wie der Berdächtige sich über den Zusammenhang erklärt, über den wirklich entstehenden Berdacht, und es kommt darauf an, ob ein unverdächtiger Zusammenhang nachgewiesen ist, oder ob der Mangel dieser Nachweisung den verdächtigen Zusammenhang wahrscheinlich macht. Je mehr der Angeschuldigte ausgesordert war, sich über die kleinsten Rebenzumstände und selbst über jede Schlußsolgerung, die man aus der Thatsache gegen ihn ableiten will, zu erklären und er nicht befriedigend sich erklärte, desto mehr steigt die Beweißkraft.

Wenn aber dem so ist, so kann man sich nur wundern, daß nicht längst in der Lehre vom Unzeigenbeweis ein Unterschied gemacht ist zwischen solchen Unzeigen, über die man vom Angeklagten eine Berantwort ung verlangen, und andere, über die man diese nicht verlangen kann. In der That gilt das, was hier von Bauer und Mitters maier gesagt wird, nicht von allen Anzeigen ohne Unterschied, sondern im Allgemeinen nur von solchen Fällen, wo der Angeklagte den Zusammenhang wissen kann und wissen muß; vollständig und unbedingt aber gilt es nur von den Anzeigen, die durch des Angeklagten eigen es Thun oder Lasseigen, die durch des Angeklagten eigen es Thun oder Lasseigen, die durch des Angeklagten eigen es Thun oder Lasseigen herbeigeführt sind, d. h. von denen, die wir als verschuldete Anzeigen bezeichnet haben. Nur über diese sind wir Verantwortung zu sordern berechtigt.

Zwar das ist ja ganz gewiß, daß man über jede Unzeige den Angeschuldigten zur Erklärung auffordern muß. Es ist dies ein unzweiselhaftes Recht des Angeschuldigten und auch zur logischen Sewißheit des Anzeigenbeweises deshalb nothwendig, weil man ja nie mit Sicherheit voraussehen kann, ob nicht der Angeklagte etwas zur Auf

klärung ber Anzeige vorbringen und baburch ben Berbacht von sich: entfernen kann. Eine Anzeige, über die der Anzeigliche gar nicht vernommen ist, hat daher entweder gar keinen oder doch nur einen geringen Werth. Ist er aber vernommen und hat eine Erklärung abgegeben, dann freislich gestatten sich die Fälle nach der abgegebenen Erklärung und der Natur der Anzeigen sehr verschieden: entweder nämlich die Erklärung genügt, um allen Verbacht zu entsfernen, so hat die Anzeige natürlich aufgehört zu entsfernen; vober sie genügt nicht, den Berdacht zu entsernenzig nicht einmal ihn zu vermindern, dann tritt der von und anzeigene Unterschied zwischen Anzeigen, über die man Verantwortung verlangen kann, und andere, bei denen man es nicht kann, in seiner Wichtigkeit hervor.

Es giebt nämlich ohne Frage eine Classe von Uns zeigen, von benen man sagen kann, daß sie ohne Wissen und Wollen bes Angeschuldigten, ja gewisfermaßen hinter feinem Rücken entstehen. Dabin gehört namentlich Alles, mas britte Personen über ben Unges Hagten und sein Berhältniß zur That gesprochen haben. Dahin gehört ferner die Aehnlichkeit bes Angeklagten mit. der zu ben Acten gekommenen Personalbeschreibung des. Thäters. Dahin gehört aber überhaupt mehr oder ming der Alles, was so ist wie es ist, ohne daß der Angen klagte es ändern oder den daraus entspringenden Berbacht voraussehen konnte, mithin seine persönlichen Berhaltniffe, in soweit er sie nicht gerade so gemacht hat; wie sie ihn jett verbachtigen, ja selbst sein Gemuther zustand, in sofern er von seinem Wollen unabhängig. ift ober boch in sofern er ihm nicht zum Bewußtsenn Bei allen biesen Anzeigen fann man vom Angeklagten nicht forbern, baß er sich über sie verants worte. Zwar wird man ihn über sie vernehmen, aber nicht in der Form ber Borhaltung, nicht mit dem Rechte Mrdis d. Cr. R. 1852. IV. Ct. M M

und in ber Erwartung, von ihm eine befriedigende Intwort zu erhalten, sondern in ben meiften Fallen nur um der Bollftandigfeit ber Untersuchung und ber Möglichkeit willen, bag er etwa eine Aufflarung zu geben im Stanbe Aber nichts hindert ihn, uns diese Aufklärung mare. werweigern, b. h. mit einem einfachen "ich weiß den Busammenhang nicht" zu antworten. Es handelt fich ja um Dinge, die Niemand zu wiffen braucht und oft auch wirklich nicht wiffen kann. Was wollen wir denn bem Ingeklagten entgegenseten, wenn er fich hinter fein Richt= wiffen verstedt? In allen solchen Fällen ift ber Unterfuchungerichter einen im Baugnen geübten Angeflagten gegenüber mit seiner Runft am Ende. Aber auch ber erkennenbe Richter wird aus solchem Nichtwissen bes Ange-Hagten keinen neuen Berbachtsgrund herleiten konnen. Mag er immerhin subjectiv der Ansicht senn, daß jenes Richtwissen nur eine leere Ausrede war, mag ihn immerbin der lügenhafte Character des Angeschuldigten, vielleicht auch die Form, in der dieser seine Ausrede vortrug, zu solcher Anficht berechtigen: solche Grunde find boch zu wenig greifbar und sicher, als daß man auf sie ein gericht: liches Erkenntniß bauen konnte. Daber kann von einem Bachsen bes Berbachts burch die Ausrebe bes Angeklagten hier nicht die Rede seyn, es wäre benn, baß es uns gelange, ihn der Luge zu überführen.

Eine andere Classe von Anzeigen giebt es, über die wir zwar ebenfalls keine Verantwortung verlangen können, wohl aber in der Regel eine befriedigende Erklärung erwarten dürfen. Es sind dies diejenigen; von denen wir zwar nicht mit Nothwendigkeit, wohl aber mit Wahrscheinlichkeit annehmen können, daß sie entweder durch des Angeklagten eigne Schuld ober doch nicht ohne sein Wissen herbeigeführt sind, z. B. die gestohlene Sache wird bei dem Angeklagten ober eine dem Angeklagten ge-

-

borige Sache wird am Orte bes Berbrechens gefunden, oder an den Kleidungsstücken des Angeklagten finden sich Blutspuren u. s. w. Unzeigen dieser Urt konnen leicht mit perschuldeten verwechselt werden; sie sind aber in ber That von ihnen verschieden; denn wir haben es hier immer noch nicht mit einer Handlung bes Angeklagten zu thun, sondern nur mit einem Umstande, ber mabr= scheinlich burch eine Handlung bes Ungeklagten ober doch nicht ohne sein Wissen herbeigeführt ist. Darum mögen wir wohl von ihm eine befriedigende Erklärung er= warten, Berantwortung konnen wir nicht von ihm verlangen; benn wir vermögen ihm nicht mit Sicherheit vorzu= werfen, er selbst habe diese Anzeige durch eigne Schuld herbeigeführt. Wir sind daher ihm gegenüber zwar im= merhin in besserer Lage als bei ben Anzeigen ber vorigen Classe, weil er in der Mehrzahl der Fälle sich nicht wohl, ohne sich noch mehr zu verdächtigen, hinter sein völliges Nichtwissen verstecken kann; aber etwas Ungunftiges be= halt unsere Stellung boch immer noch; benn bem geubten Läugner bleibt in den meisten Fällen die Möglichkeit, sich durch Aufstellung von Hypothesen aus der Berlegenheit zu ziehen. Er wird uns zwar nicht kurzweg antworten: "davon weiß ich nichts", er wird aber auch der Regel nach nicht mit einer ganz bestimmten Erklärung hervor= geben, sondern uns verschiedene Erklärungen zur Wahl vorlegen, ober sonst sich hinter Ungewißheiten und Bermuthungen zu verstecken suchen. Und gelingt ihm dies nicht, so wird er einfach die Anzeige als das was sie ist, anerkennen, d. h. er wird zugeben, daß er durch sie verbachtigt wird, dabei aber mit freier Stirn seine Unschuld behaupten; benn er weiß, daß ihn hier nur eine tobte Thatsache verbächtigt, nicht sein eignes Benehmen.

Liegt dagegen eine verschuldete Anzeige gegen den Angeklagten vor, so hat dieser von vorn herein weniger Hoffnung, ber Bahrheit zu widerstehen. Er weiß es, baß er schutdig ift, fich bestimmt zu erklaren; benn über feine eignen Bandlungen ist Jeder im Stande, eine befilmmte Erklärung zu geben; und wollte er etwa mit Nichtwissen fich entschuldigen, ober ins Gebiet ber Bermuthungen fich zurückziehen, so wurde ihn bies nur noch mehr verbächtigen. Es bleibt ihm also nichts übrig, als entweder die Bahrheit zu gestehen, ober mit einer ausführs lichen und betaillirten Lüge ben Busammenhang zu erflas ren. Aber wer weiß nicht, wie schwer es ber Angeklagte bat, eine folche Luge zu erfinnen, ohne mit sich selbst ober mit erwiesenen ober erweisbaren Thatsachen in 286 berspruch zu gerathen und baburch neue Berbachtsgrunde gegen fich zu häufen! Gelänge es ihm aber auch, alle offenbare Bibersprüche zu vermeiben, bas wird ihm boch schwerlich gelingen, eine umftanbliche Erzählung zu erfinnen, die feinerlei Bahrscheinlichkeitsgrunde gegen fich hatte; benn bas ist fast unmöglich, eine umftanbliche Lüge sich auszubenken, bie einer gründlichen Prüfung der Umftande gegenüber, fofern eine folche überhaupt nur noch benkbar und nicht etwa burch gange ber Beit, Berwischung der Spuren, Tod ber Zeugen u. bergl. unmöglich geworben ist, den Character der Wahrscheinlichfeit behielte.

Hier ist nun der Punkt, wo sich der logische Borzug der verschuldeten Anzeigen am klarsten herausstellt. Anzeige der Thäterschaft kann man im Allgemeinen jeden Umstand oder, richtiger gesagt, jeden Complex von Umständen nennen, der es wahrscheinlich macht, daß der Angesklagte der Thäter sey. Wie vollzieht sich nun dieser Wahrsscheinlichkeitsbeweiß? entweder auf directem Wege, b. h. wir weisen nach, daß die Umstände mit der Annahme, daß der Angeklagte der Thäter sey, in Harmonie stehen; oder auf indirectem Wege, b. h. durch den Nachweis, das

die Annahme, der Angeklagte habe nicht die That begangen oder ein Undrer habe sie begangen, mit den Umständen in Disharmonie stehe. Der erstere Weg ist zwar ber kurzere, aber nicht oft wird es gelingen, eine so fichere und ins Einzelne gehende Harmonie nachzuweisen, baß auf Diesem Bege allein eine bringende Unzeige ober gar ein vollständiger Anzeigenbeweis zu Stande fame; wir werben in ben meiften Fällen bie indirecte Beweisführung anwenden oder doch mit zu Gulfe nehmen muffen. Aber bier liegt nun die hauptsächlichste Schwierigkeit in ber Den ge der fich barbietenben Sppothesen. Wir sollen nachweisen, daß die Annahme, der Angeklagte babe bie That nicht begangen ober ein Andrer habe fie begangen, unwahrscheinlich sen, b. h. mit andern Worten, wir sollen die Unwahrscheinlichkeit jeder denkbaren Hypothese nachweisen, die nicht barauf hinausläuft, bag ber Ungeklagte ber Thater sen. Aber wie unmöglich mare biese Arbeit, sollten wir wirklich alle benkbare Sppothesen einzeln prufen und ihre Unwahrscheinlichkeit nachweisen! Ge lingt es uns nicht, von vorn herein die Untersuchung, auf eine oder wenige Hppothesen zu beschränken, so wird an eine Beweisführung nie zu denken senn.

Dies gelingt uns aber in der Regel bei verschuldesten Anzeigen, weit seltner bei anderen; denn wo wir mit Bestimmtheit annehmen können, daß der Angeklagte um den Zusammenhang weiß, wo er es selbst ist, der die Anzeigen herbeigeführt hat, da brauchen wir uns nicht erst in Hypothesen zu erschöpfen und deren Unwahrscheinslichkeit nachzuweisen, sondern seine Erklärung ist die Hypothese, mit der wir uns allein zu beschäftigen und deren Unwahrscheinlichkeit wir zu erweisen haben. Gestingt uns dies, so ist damit in der Regel auch die Unwahrsscheinlichkeit jeder andern Hypothese nachgewiesen, ausgeswonnen dersenigen, daß der Angeklagte der Abster sen;

bein hatte er eine wahrscheinlichere Erklärung gewußt, als die gegebene, er würde sie und ja nicht vorenthalten haben, da es ihm ja doch daran liegen mußte, sich auf die wahrscheinlichste Weise zu rechtsertigen. Es handelt sich mithin in der Regel nur um die einsache Frage: ist die Erklärung des Angeklagten unwahrscheinlicher, oder ist es die Annahme, daß er der Shäter sep? Je mehr die Univahrscheinlichkeit der einen dieser Alternativen steigt, um so größer wird die Wahrscheinlichkeit der andern. Dar her ist dier die Untersuchung und die Beweissührung so viel leichter als in andern Fällen, wo sich der möglichen Annahmen mehrere darbieten. Der untersuchende wie der erkennende Richter besinden sich auf einem Boben, den sie zu übersehen im Stande sind.

Ein tieferes Eingehen auf die Frage nach bem logi: fiben Berth ber verschuldeten Unzeigen muffen wir uns Wer versagen, ba wir keine logische Theorie bes Indicien-Beweises schreiben. Das Borftebende wird indeffen, wie wir hoffen, genügen, um auf die hohe Bichtigkeit ber verschuldeten Anzeigen aufmerksam zu machen. Bunbern barf man fich nur, und es zeugt von dem ganglichen Dans gel gründlicher Untersuchungen über die Theorie bes Indi: cienbeweises, bag man bisher bie Bebeutung ber verschulbeten Unzeigen nirgends erkannt, ja nicht einmal geahnet Benn in Behrbüchern zwischen pfpchologischen bat. und phyfischen Anzeigen unterschieden wird, so bat biefe Unterscheidung mit ber unsrigen in verschuldete und nicht verschuldete Anzeigen kaum eine Bermanbtschaft .). 5:

l

Der Engländer Wills spricht in seinem essay on circonstantial evidence, London 1818. paz. 54, von moralischen Indicien und giebt eine Begriffsbestimmung derselber, die folgenreich hätte werden können, aber bei des Berfasser schnelichem Mangel an wissenschaftlichem Geiste ohne ak Jolgen bleibt, ja schon auf derselben Seite ihm unter de Panden wieder entschwinder. Wills Buch ift überhaupt ner

Nur hier und da finden sich in der Litteratur verseinzelte Aeußerungen, die darauf hinweisen, haß man wenigstens den logischen Werth der verschuldeten Anzeigen geahnet hat.

So sagt z. B. Bauer<sup>9</sup>): "Der Schluß von "Handlungen ist meist sicherer, als der von Eigen"schaften der Person, und unter ersteren begründen die
"eigenen Handlungen einen sicherern Schluß, als die
"Panblungen Anderer."

So sagt ferner Stübel 10): "Die Analogie der "Handlung en begründet stärkere Anzeigen, als die der "Subjecte."

Mögen diese Stellen in Ermangelung anderer hier zum Beweise dienen, daß wir mit unsern oben ausgessprochenen Ansichten nicht durchweg allein stehen.

als Beispielsammlung anzusehen, und hat auch als solche nur einen sehr bedingten Werth, da die mitgetheilten Fälle saft durchweg nur fragmentarisch oder stizzenartig erzählt stud, was bei Indicienfällen am allerwenigsten genügen kann.

<sup>9)</sup> Theorie des Anzeigenbeweifes, Göttingen 1843. S. 165.

<sup>10)</sup> Das Criminalverfahren in den beutschen Gerichten Bb. 2. 1841. S. 198.

1. ...

XXI.

Bur Lehre

# von der Fragenstellung im schwurgerichtlichen Berfahren.

Bon

## Berrn C. v. Stemann

in Ballenftabt.

B ist bekannt, mit wie großen Schwierigkeiten im schwurgerichtlichen Berfahren eine richtige und genügenbe Fragenstellung an die Geschworenen verbunden ift, und wie oft in diesem Puncte vom Assisenprasidenten gefehlt wird. Bie schon die frangosische Gesetzebung über die babei in Betracht kommende Sonderung der Functionen des Rich ters und ber Jury keine ausreichende Bestimmungen ent halt, so sind auch die Borschriften ber beutschen Gesete, welche in Untersuchungssachen bas öffentlich mundliche Berfahren vor Geschworenen eingeführt haben, meiftens fehr burftig, und ist beren Anwendung bei dem gegenwärtigen Stande bes materiellen Strafrechts in Deutschland noch schwieriger als in Frankreich. Einige Gesetzebungen, wie z. B. die Babische, begnügen sich mit ber allge: meinen Anordnung, daß die an die Geschworenen zu rich tenden Fragen sich über die strafbare That mit ihren Er schwerungs = und Milderungsgründen, über den Antheil

Entschuldigungsbeweise zu erstrecken haben; andere, wie die Aurhessische, gestatten die Stellung eventueller und zusfählicher Fragen ohne sich jedoch über das Verhältniß berselben zu einander und zur Hauptfrage näher auszulassen; die Großherzogl. Hessische und Nassauische Gesetzgebung enthalten zwar betaillirtere Bestimmungen, geben aber über manche zweiselhaste Puncte ebenfalls keine genügende Auskunft.

Geset, es besteht bei ber Anklage wegen eines vollen= beten Berbrechens eine Meinungsverschiebenheit zwischen bem Prasidenten ober eventuell bem Assisenhof und bem Bertheibiger barliber, ob ber Angeklagte, wie jene annehmen, ein vollendetes Berbrechen, ober wie dieser behauptet, einen Bersuch begangen, braucht hier bie even= tuelle Frage wegen Versuchs nicht gestellt zu werben, ober was noch häufiger sich ereignen kann, es bivergiren die Ansichten der Staatsbehorbe, des Bertheidigers und Affisenhofs darüber, ob bie Werhandlungen wirklich ftraf= ausschließende, milbernde oder erschwerende Umftande ergeben haben. Einzelne Beispiele werben noch beutlicher zeigen, wie verschieben je nach Beantwortung biefer Fragen der Wirfungefreis bes Gerichtshofs und ber Geschworenen fich gestaltet, von beren Competenzbestimmung im einzelnen Falle fehr häufig bie Entscheidung ber ganzen Sache, bas Schuldig oder Nichtschuldig ber Geschworenen Der Staatsanwalt behauptet, daß das in An= flage gestellte Werbrechen bes Raubes auf einem öffent= lichen Bege begangen, und beshalb eine schwerere Strafe begründet sen, mahrend bas Gericht diese Annahme nicht Dus hier auf Berlangen der erschwerende Umftenb in eine besondere Frage gefaßt werben? Dber ber Angeklagte war bei Berübung ber That betrunken, ber Bertheidiger führt aus, bag die Trunkenheit, einen fo

Die hier bargelegte Ansicht vertritt auch das neueste beutsche Geset, das diesen Gegenstand betrifft, die A. Preusische Berfügung vom 3. Mai 1852, welche die Verordnung vom 3. Jan. 1849 in vielen sehr wichtigen Beziehungen modificirt. Die darin mit großer Umsicht und richtigem Aacte behandelte Lehre von der Fragstellung verdient auch in weiteren Areisen, als wohln ihre gesehliche Geltung reicht, beachtet und von anderen Gesetzebungen zum Borbilde genommen zu werden. Wir wollen daher auf Grundlage dieses Gesetzes die Grenzlinie näher betrachten, welche einerseits der Wirtsamkeit des Gerichtshofs, andrerseits der Geschworenen gezogen ist.

Wir werden babei bie Hauptfrage von den Rebenfragen zu sondern und letteren die Eintheilung in eventuelle und Zusapfragen zu Grunde zu legen haben.

Die Sauptfrage ift allemal nur Gine untheilbare Frage, ihre Berlegung in mehrere Specialfragen ift un-In Frankreich, wo man bei Einführung ber tersagt. Jury fich für die Auflösung der complexen Frage in ihre einzelnen Bestandtheile entschieden hatte, bat man sich allmählig von ben Uebelständen dieser Bersplitterung bes zu beurtheilenden Gegenstandes überzeugt und ift jur allgemeineren Frage zurückgekehrt; in Deutschland ift nech hin und wieder diese Bersetzungsmethode üblich, unter andern in Rurheffen; Die Preußische Gesetzgebung bat ihre - Anwendbarkeit durch die ausbrudliche Bestimmung (Geset -vom 3. Mai 1852 Art. 80) befeitigt, bag bie Saupt: frage nicht in mehrere Fragen getheilt werben foll. ift die Borschrift des frangosischen Rechts, wonach die Fraigen alle thatsächlichen Merkmale bes Berbrochens enthalten follen, wegen bessen die Anklage ausgesprochen ift, son um deswillen nicht für ausreichend befunden wordet, rweil nicht bloß die in dem Anflagebeschluffe bezeichnet, sondern, wie wir spater noch feben werben, oft eine gen

anders qualificirte Handlung Gegenstand der Fragstellung senn kann. Die Preußische Gesetzgebung verlangt viels mehr, daß die Hauptfrage den Thatbestand der dem Angetlagten zur Last gelegten strafbaren Handlung in ihrer einfachen Gestalt umfasse, gleichviel ob dieser Thatbestand aus der Anflage oder aus den Berhandlungen hervorgesgangen. Sollte sie-sich nur über einzelne Theile desselben verbreiten, so ist die Fragstellung nichtig, weil, es ungeswiß ist, welche Erklärung, die Geschworenen abgegeben haben würden, wenn sie über das Ganze befragt wären.

Die Nebenfragen haben die begleitenden Umstände der That in ihrer einfachen Gestalt zum Gegenstande, mögen dieselben in einer inneren Beziehung zu jener stehen, ober bloß augerlich bamit verbunden senn. Geeignetenfalls konnen diese Umstände, welche bald die Strafe ausschließen, bald dieselbe milbern ober erschweren, in die Hauptfrage mit aufgenommen werben, wo es bann ben Geschworenen freisteht die vorgelegte Frage theilweise zu bejahen und theilweife zu verneinen. Regelmäßig werden aber deshalb besondere Fragen gestellt, und bies muß allemal bei Strafe der Nichtigkeit geschehen, wenn barauf von Seiten ber Staatsbehörde ober bes Angeklagten und seines Bertheis digers angetragen wird: weil, wenn basjenige fehlt, was als Wesentliches der Frage erkannt worden, es dem riche terlichen Erfenntnisse an einer genügenden Grundlage mangeln wurde. Dabei macht es indessen keinen Unter schieb, in welchem Stadium bes Berfahrens bie That umftande fich ergeben haben, ob fie in ber Hauptverhand: lung erft hervorgetreten, ober bereits Gegenstand ber Bors untersuchung gewesen und durch den Anflagebeschluß aus. thatsächlichen ober rechtlichen Grunden beseitigt find.

Um namentlich den Inhalt der Zusatzfragen richtig zu würdigen, welche von den eventuellen Fragen sich das durch unterscheiden, daß sie nicht erst wie diese durch die Berneinung der Hauptfrage ibre Bedeutung erlangen, sondern neben dieser Platz greifen, muß auf das mate: rielle Strafrecht zurückgegangen werden, von dessen mehr ober minder zweckmäßigen Bestimmungen die gedeihliche Birksamkeit der strafprocessualischen Borschriften über die Frasstellung wesentlich abhängt.

Bu ben strafausschließenden Umständen, welche eine besondere Frage rechtfertigen, gehoren nur folche, die ber That ben ihr sonst beiwohnenden verbrecherischen Che racter entziehen, woran schon um beswillen zu erinnern ift, weil man sonft versucht sepn konnte, auch die Frage, ob die verwirfte Strafe burch ben Ablauf ber Berjährungs: zeit erlaffen fen, von den Geschworenen entscheiben zu lasfen. Da inbessen ber Ausspruch ber Geschworenen nicht blog bas rein Thatsächliche, bie außere Seite bes Berbre dens festzustellen hat, fonbern gleichzeitig die innere Seite beffelben, bie verbrecherische Willensrichtung, so werben auch die Momente des Vorsatzes, der bestimmten Absicht und ber Rahrlassigfeit als zum Beweise ber inneren That der subjectiven Berschuldung gehörig ebenfalls mit zur Frage zu stellen senn, je nachdem bas Geset von bem Worhandenseyn bes einen ober andern biefer Momente ben Begriff ber strafbaren Sandlung ausbrucklich abhängig 218 Bestandtheile ber allgemeinen Schulbfrage werden aber die erwähnten Momente meistentheils nur darin besonders hervorzuheben senn, und einer Specialfrage wird es nicht anders bedürfen, als wo nach ber Beschaffen: beit bes einzelnen Falles ein 3weifel über bas Worhandensepn der vom Strafgesethuch supponirten Willensrichtung fich ergeben hat. Das Moment ber Burechnungsfähigkeit ift nicht einmal besonders hervorzuheben, indem die Bejahung jeder Frage, wenn bas Gegentheil nicht ausbrud: lich ausgesprochen ist, zugleich fesistellt, bas ber Angeklagte bie barin erwähnte That mit Burechnungsfähigkeit beget

gen habe. Rur ber Mangel ber Burechnungsfähigkeit ift denjenigen Gründen beizugählen, welche die Strafe ausschließen; baber ist hierauf eine besondere Frage zu tichten, sobald dies beantragt ober vom Gerichte für nothig erach Das Preußische Gesetzbuch nennt zwar, wo es von den Aufhebungsgründen der Zurechnung redet, nur. folche Fälle, in welchen es einer näheren Beurtheilung gar nicht bebarf, wo vielmehr die Nichteristenz eines Berbrechens so klar vorliegt, daß die Berfolgung entweber gar nicht einzuleiten ober vor der mündlichen Berhandlung einzustellen ift. Es hat aber dadurch, einer unzweifelhaf= ten Praris jufolge, die Berudsichtigung anderer Grunde, welche die Burechnungsfähigkeit unter Umständen aufheben, keineswegs ausgeschlossen senn sollen, und in sol= chen Fällen einer weniger augenscheinlichen und unzweifelhaften Unfreiheit wird bann bie Entwerfung einer besfäl= ligen Specialfrage Platz greifen. Dieselbe barf nach Art. 83 bes Gesetzes vom 3. Mai 1852 auch niemals uns terbleiben, wo ber Angeklagte zur Zeit ber That noch nicht das 16te Lebensjahr vollendet hat, vielmehr muß hier in Mebereinstimmung mit §. 42 bes Preußischen Strafgesetz buchs die Frage gestellt werden: " Hat der Angeklagte mit Unterscheidungsvermögen gehandelt?" Ebenfalls wird die Frage wegen Nothwehr, welche die französische Jurisprudenz in der allgemeinen Schuldfrage mitbegriffen erache tet, richtiger für sich gestellt, weil der Rothstand ungeach= tet bes engen Zusammenhangs mit ber Schulbfrage boch ein selbstständiger thatsächlicher Zustand ift, der die in Unklage gestellte außere That bestehen läßt, und nur bie Strafbarkeit berselben aufhebt. Auch ist ber Rothstand als solcher und find nicht etwa die Thatsachen, die er zu feiner Boraussetzung hat, ber Beurtheilung ber Geschworenen zu unterbreiten, da es ihre Sache ift, einer jeden Thatsache die ihr beikommende rechtliche Qualification zu.

ertheilen. Was unter den Umständen, welche bie Strafe erschweren oder mildern, zu verstehen, bedarf noch einer näheren Bestimmung nach Maaßgabe des Preußischen Strafgesetzuchs. Man hat hiernach zu unterscheiden:

- 1) solche Umstände, welche schon in den besonderen Bestimmungen über die einzelnen Berbrechen als schwerere oder mildere Formen einer strasbaren Handlung ausdrücktich enthalten sind. So ertheilt das Gesetz dem einsachen Diebstähl, der einsachen Hehlerei und Erpressung ihre bestonderen Qualificationen und genügt den Anforderungen einer größeren Strenge durch entsprechende Straserhöhunsgen; ja es giebt kaum ein einziges Verbrechen, bei dem das Gesetz nicht mehrere Erscheinungsformen berücksichtigt hätte, bezüglich derer nicht dieser oder sener erschwerende oder milbernde Umstand zur Frage gestellt werden könnte;
- 2) allgemeine Milberungs: und Erschwerungsgrunde, die im Gesetze besonders hervorgehoben sind, als der Regel nach bei allen Verbrechen zu beachten. Von diesen kennt das Preußische Strasgesetzbuch nur den allgemeinen Milberungsgrund des jugendlichen Alters unter 16 Jahren, wenn im einzelnen Falle von den Geschworenen das Untersscheidungsvermögen des Angeklagten angenommen wird. Allgemeine Erschwerungsgründe sind dem Strasgesetzbuch fremd geblieben, wenn man nicht etwa den Rückfall dahin rechnen will, der besser in seiner selbstständigen Bedeutung auszusassen und zu behandeln ist;
- 3) specielle Milberungs = und Erschwerungsgründe ober solche in den Strafgesetzen und zwar bei den einzelnen Berbrechen besonders hervorgehobene Thatumstände, welche mit der strafbaren Handtung mehr äußerlich als ihrer inneren Natur nach verbunden sind. Specielle Erschwerungsgründe finden wir im Preußischen Strafgesetzbuche nicht wohl aber hin und wieder specielle Milderungsgründe

mie der entschuldbare Jorn beim Todtschlag und ber Korperverletzung;

4) mildernde Umstände, wohin alle in den Kreis der richterlichen Cognition fallenden thatsächlichen Momente gehören, welche ohne unter eine der bisherigen Kategorien zu sallen doch geeignet erscheinen, unter das geringste gesetäliche Strasmaaß heradzugehen. Die Französische Gesetzgebung aus den Jahren 1832 hat ihnen zuerst Geltung verschafft, um die harten Strasbestimmungen des Codopenal zu umgehen, indem derselbe verordnet, daß in allen Fällen, wo es sich um Verbrechen handle, selbst beim Rückfall, es den Geschworenen freistehen solle das Vorhandensenn von mildernden Umständen auszusprechen: eine Besugniß, mit der der Assischen für machen hat, jedoch ohne eine dessällige Frage ihnen vorzulegen.

In Deutschland ist Preußen der einzige Staat, der in seinem Strafgesetbuch, worin die Tendenz unverkennsbar, die verschiedenen Elemente des Französischen und Deutschen Rechts mit einander zu verschmelzen, sich dem Spstem der circonstances attenuantes, wenn auch mit erheblichen Modisicationen, angeschlossen hat.

Ich bin meinerseits kein Freund von diesem Gebrauche der mildernden Umstände, worüber ich mich in
meiner Schrift über die Jury S. 323 u. fg. näher ausgesprochen habe; doch will ich das Gewicht der Gründe
nicht verkennen, welche der Preußischen Gesetzgebung diese Einrichtung empsohlen haben, und muß zugeben, daß die
allgemeinen Milderungsgründe, wie sie manche deutsche Gesethücher der Wissenschaft des gemeinen deutschen Strafrechts entlehnt haben, und an deren Stelle die mildernden Umstände getreten, diese nicht vollständig ersetzen. Die mildernden Umstände ergeben sich aus dem Inbegriff aller vorliegenden Umstände des individuellen Falls und

## 336 Bur Lehre von der Fragenstellung

machen, sondern auch da, wo die That und ihre begleiten: den Umstände, von einem neuen rechtlichen Gesichtspunct aus betrachtet, als eine Gesetzesverletzung selbst schwererer Gattung sich herausstellt, eine eventuelle Frage, welche dies neue Verbrechen zum Gegenstand hat, gestellt werden können. Lautet mithin die Anflage auf Mord, so ist nicht nur die eventuelle Frage wegen Todtschlags statthast, sondern es kann auch im umgekehrten Falle im nämlichen Versahren der Todtschlag in Nord vermittelst einer darauf bezüglichen Frage umgewandelt werden.

Für biese lettere Unsicht, zu ber sich die Preußische Strafgesetzgebung (Art. 86 u. 30 des Gefetzes vom 3. Rai 1852) befannt hat, burften benn auch überwiegende Gründe sprechen. Bunachst wurde es die größten practischen Schwierigkeiten zur Folge haben, wenn ber von der erhobenen Anklage Freigesprochene sich so oft einer neuen Untersuchung unterziehen müßte, als sich für die That ein anderer Gesichtspunct der Strafbarkeit aufstellen ließe. Man setze nur den Fall, baß Jemand wegen Hochverraths angeklagt und freigesprochen ist, sollte er' bemnächst noch so oft in Untersuchung gezogen werden können, als es bei der großen Mannigfaltigkeit der Formen unserer politis schen Berbrechen und Bergeben Gesichtspuncte giebt, aus denen seine Handlung strafbar erscheinen könnte? Eine solche Precedur würde ben Betreffenden Jahrzehende unter Unflage halten konnen und ihn gegen bie bruckenbften Belästigungen in ben Gesetzen feine Garantie finden laffen. Auch fehlt es hierfür an inneren Gründen, wenn, wie bier allemal vorausgesetzt wird, bas Sachverhältniß schon burch das erste Berfahren, wiewohl nach einer andern Richtung bin, als die Unklage annahm, vollständig aufgeklärt ift; ber Angeklagte wird bann in bem Recht ber Bertheibigung in Beziehung auf die den gestellten Fragen gum Grunde is genden Thatsachen nicht verfürzt, und daß die thatsach

In gleicher Beise solt nach ber Preußischen Straf= gesetzgebung bei todesmurdigen Berbrechen, in Kallen einer außergewöhnlichen Berschuldung, bas Borhandenseyn ers schwerender Umstände burch den Bahrspruch der Geschwos renen festgestellt werben. Der Erfolg einer folchen Fest= stellung ist die nothwendige Berbindung des Berlufts ber bürgerlichen Ehre mit der Todesstrafe, mahrend die mil= bernden Umstände, wenn sie einmal festgestellt sind, ben Richter regelmäßig zu ber im Gefete angegebenen Straf= milberung verpflichten. Neben den Zusatfragen kommen noch eventuelle Fragen in Betracht für den Fall, daß die Pauptfrage verneinend entschieden wird. Sie sollen na= mentlich feststellen, ob ber Angeklagte in Beziehung auf bas Berbrechen, wegen bessen die Anklage gegen ihn erhoben ift, nicht wenigstens des Bersuchs der Theilnahme ober Begunstigung schuldig ist, ober ob er bie Handlung, welche ihm die Unklageschrift als eine vorsätzlich verübte jur Baft legt, nicht wenigstens aus Fahrlässigfeit begangen zu haben schuldig ift.

In diefer Hinsicht herrscht meines Wissens auch kein Streit; zweiselhafter ist es dagegen, ob eventuelle Fragen auch da zu stellen sind, wo die der Anklage zum Grunde liegenden Thatsachen, oder etwa hervorgetretene nähere Umstände, von welchen dieselben begleitet waren, eine andere strasbare Pandlung als die in der Anklage bezeichenete involviren, so daß sich statt Diebstahls Unterschlasgung ergiebt, statt Raubes Erpressung u. s. w. Es bezstehen hierüber drei verschiedene Ansichten: der ersten zusschles soll in solchem Falle allemal eine neue Untersuchung eingeleitet werden; die zweite Ansicht gestattet die evenstwelle Fragestellung, wenn das von dem in der Anklage bezeichneten verschiedene Verbrechen minder strasbar als jenes erscheint; nach der dritten Ansicht endlich soll die größere oder geringere Strasbarkeit keinen Unterschied

## 308 Bur Lehre von der Fragenstellung zc.

folgen, das mundliche Berfahren vor den Geschworenen giebt darüber feinen Zufschluß.

Diese Anweisungen dürften genügen, um den Affi: senpräsidenten in den Stand ju seten, bem wichtigsten Theil seiner Aufgabe nach den Berhältnissen bes individuellen Falls gehörig nachzukommen. 3wedmäßig möchte es fenn, wenn ber Unfläger und Bertheibiger es nicht unterließen sich am Schlusse ihrer Pauptvorträge über bie aufzustellenben Fragen zu außern. Etwanige Erinnerun: gen gegen die Fragestellung muffen ohnedies beiben Theilen gestattet senn, und die Entscheidung ber barüber obmal: tenben Streitigkeiten ift bem Berichtshofe vorzubehalten, ba die Fragen, indem sie die relevanten Thatsachen bezeichnen, die rechtliche Natur ber in Betracht fommenben Danblung bestimmen und die Grenze feststellen, innerhalb beren sich die Thätigkeit ber Geschworenen zu bewegen bat, eine umfassende rechtliche Beurtheilung des ganzen Falls voraussehen und mit der Unficht über die bemnächftige Un= wendung bes Strafgesetes in so genauer Berbindung fteben, bas für bie Entscheibung nur bann bie richtige Grundlage gewonnen werben fann, wenn die Fragestellung in bem Sinne erfolgt, wie bas erkennende Gericht, und nicht wie ber Borsigende, der bei der Fällung des Endurtheils in der Minoritat bleiben tann, für angemeffen balt.

### XXII.

# Merkwürdige Rechtsfragen

erläutert

burch neue Rechtssprüche ber oberften Gerichtshöfe bes Auslandes,

dargestellt

nod

### Mittermaier.

- 1) Begeht berjenige, welcher einen verschlossenen Kofs fer zur Ausbewahrung erhalten hat, den Koffer gewaltsam eröffnet, und die darin besindlichen Gegenstände sich in gewinnsüchtiger Absicht angeeignet hat, einen Diebstahl oder eine Unterschlagung? erläutert durch einen Rechtsspruch des französischen Appellhoß von Poitiers vom 19. März 1852.
  - 2) In wiefern kann ein Diebstahl an Gas verübt werben? erläutert durch einen Rechtsspruch des niederländischen Bezirksgerichts von Amsterdam vom
    3. October 1850.
- 3) Welchen Einfluß hat die Einwilligung des Verletzten auf die an ihm von einem Andern verübten Tödtung? erläutert durch einen Rechtsspruch
  des niederländischen Cassationshofs vom 13. April
  1852.

I.

In einem Falle hatte eine Person, welche einen verschloss senen Koffer zur Aufbewahrung erhalten hatte, benselben gewaltsam ohne ben rechten Chluffel, ben ber Eigenthumer bes Roffers zurückbehalten hatte, erbrochen und mehrner bazin befindlichen Gegenstände in der Absicht fich dieselben anzueignen sich bemächtigt und dem rechtmäßigen Gigenthumer vorenthalten. Die Person wurde wegen Dieb: fahls angeflagt. Die Anflage wurde von ber Anklagefammer bes Appellhofs von Poitiers nach Rechtsspruch vom 19. März 1852 zugelassen. Die Entscheidungsgründe lauten: In Erwägung, daß die in dem verschlossenen zur Aufbewahrung übergebenen Roffer enthaltenen Begenftanbe nicht auch folge: weise ben Cheleuten Grenon anvertraut maren, bag ber Befit berfelben, welcher burch bie genaue Berfchlieftung des Roffers geschützt mar, nicht aufhörte in ber Person ber Eigenthü: met jurudzubleiben, bag baber biefe Gegenftenbe nicht jum Rachtheile bes Besitzers entzogen werden konnten, ohne baburch einen Diebstahl zu verüben, daß baber die Chefrau Grenon, indem sie gewaltthätig einen der Roffer eröffnete, Beißzeug baraus nahm und anerkannterweise verlauft hat, eine biebische Wegnahme verübte und die Schwere dieser Handlung nicht baburch vermindert werben fann, bag man fie als Digbrauch bes Bertrauens betrachtet, baß eine solche Annahme unverträglich mit ben Sandlun: gen ber Borsicht ist, burch welche die Eigenthumerin des Roffers durch Burudbehaltung des Schluffels die im Rof: fer befindlichen Gegenstände sich erhielt; in Erwägung, baß die Angeschuldigte durch die gewaltthätige Aufspren: gung bes Schlößchens, burch welches ber Koffer geschloffen war, mit dem Zwecke, sich ber ihr nicht anvertrauten Gegenstände zu bemächtigen, einen Einbruch begangen hat, daß dieser erschwerende Umstand fich aus ben Be-

stimmungen bes art. 396 bes Code penal sich ergiebt, wenn die einfache Wegnahme eines verschlossenen beweglichen Gegenstandes einen mahren Ginbruch begründet, wenn bas Aufbrechen auch nicht auf ber Stelle geschieht, wo ber Gegenstand sich befand, bics ebenso eintreten muß, wenn das Aufbrechen bes verschlossenen Gegenstandes mit ber Absicht alle barin befindlichen Sachen ober einen Theil berselben sich anzueignen, in bem Hause geschieht, in welchem ber Gegenstand aufbewahrt mar. Dieser Rechts: spruch hat mit Recht in Frankreich Aufsehen erweckt. Morin 1) billigt die in jenem Rechtsspruche ausgespro= dene Unficht und nimmt an, daß, wenn auch ber Roffer als jur Ausbewahrung gegeben erscheint, dies nicht auch in Unsehung der im Roffer befindlichen Sachen gesagt wer: ben konne, ba ber Eigenthumer burch Burudbehaltung des Schlussels zum Roffer den Besitz der Sachen zurück= behalten hat. Dagegen trat ber geistreiche Grellet = Dumazeau gegen bie von bem Gerichte in Poitiers auf: gestellte Unsicht auf 2), indem er nachwies, daß ber Fall nicht als Diebstahl beurtheilt werden durfe 3). Auf ahn= liche Beise hatte Selie 4) mit Berufung auf einen Rechtsspruch des Cassationshofs vom 16. Februar 1838 feine Unsicht ausgesprochen, baß eine Handlung bes De: positars, ber einen ihm anvertrauten Roffer gewaltsam

<sup>1) 3</sup>m Journal du droit criminel 1852 Mai, p. 188.

<sup>2)</sup> In der Revue de législation par Wolowski 1852 Mai — Juin, p. 118.

<sup>3)</sup> Schon 1832 hatte der Justizminister bei den Berhandluns gen über das Geset vom 28. Août auf die Frage eines Mitsgliedes der Kammer, wie ein Fall der gewaltthätigen Erössenung eines geschlossenen Koffers durch den Depositar mit dem Zwecke der Aneignung der Sache zu beurtheilen sen, sich das für ausgesprochen, daß abus de consisues und hris de cloture vorliegen würde.

<sup>4)</sup> Théorie du Code pénal VII. p. 379.

#### 542 Erlauterung merkwürdiger Rechtsfragen

aufsprengt, und baraus Sachen sich aneignet, Digbrauch bes Vertrauens begründe.

Wir sind überzeugt, baß der oben angeführte Rechts: spruch bes Hoses von Poitiers irrig ist, und der in Frage stehende Fall nur als Unterschlagung beurtheilt werden kann. Es liegt hier wieder ein Fall vor, in welchem die ftrafrechtliche Beurtheilung auf bas innigste mit ber richtigen civilrechtlichen Auffassung bes zum Grunde liegenden Ber baltnisses zusammenhangt. Alles kommt im vorliegenden Falle barauf an: ob rechtlich angenommen werben fann, daß berjenige, welchem ber verschlossene Roffer in Ber wahrung gegeben wurde, auch in ber Innehabung ber Gegenstände sich befand, die in bem Roffer enthalten waren, und ob baber biese Gegenstände als anvertraute Sachen betrachtet werben muffen. Ruß man annehmen, daß der Depositar bes verschlossenen Roffers Sachen wegnahm, welche zur Zeit ber Ergreifung in einem fremben Besite maren, so baß seine Handlung die Thatsache ber Besitzergreifung enthielt, welche zur contrectatio ober bet im frangösischen Code ausgedrückten soustraction frauduleuse gehört, so ist Diebstahl vorhanden. Ift bagegen das Verhältniß so aufzufassen, daß der Depositar bet ver: schlossenen Koffers auch als Depositar der barin befind: lichen Sachen rechtlich gilt, so hat er nicht aus fremdem Besitze die Sache weggenommen, sondern die Sandlung ber Aneignung an einer schon in seinem Besite befindlichen Sache begangen, und baburch einer ihm anvertrauten Sache im Sinne bes frangofischen Besethuchs abus de consiance ober nach ben beutschen Rechtsansichten Unterschlagung begangen. Die Frage ist hier: wie weit ber Umfang bes Depositums bei einer verschloffen bem De: positar übergebenen Sache anzunehmen ist. Wir finden, daß schon unter den römischen Juriften eine Berschieben beit ber Ansichten barüber bestand; allein die Ansicht von

Babeo scheint die gebilligte gewesen zu senn; wenn nun Lateo fagt 5): Eum, qui cistam deponit, singulas quoque res videri deponere; ergo et de rebus agere eum eportet; und wenn er am Schlusse binjufügt: ego et rerum depositi agi posse existimo, quamvis signata cista deposita sit, so liegt barin auch bie Entscheidung der vorliegenden Frage: Wer einen verschlossenen Koffer einem Andern in Bermahrung giebt, deponirt nicht bloß ben Roffer, sondern auch die darin befindlichen Sachen. Co gut im romischen Sinne ber, welcher ben Roffer in Bermahrung gab, gegen ben Depositar auch bie actio depositi wegen ber Gegenstände, bie im Roffer waren, an= ftellen fann, weil barauf bas Depositum fich bezog, eben so gut begeht ber Depositar bes Roffers, ben er erbricht, an ben Gegenständen, die er herausnimmt, einen Diß= brauch des Bertrauens ober eine Unterschlagung, weil er an Sachen fich vergreift, die er bereits in feiner Innehabung als ihm anvertraute Sachen hatte. Das auch das französische Civilgesethuch auf die nämliche Weise bas Berhältniß auffaßt, ergiebt sich aus art. 1931 des Code civil . Der Wille des Gesetgebers ergiebt sich flar daraus, das auch die im verschlossenen Roffer übergebenen Sachen als deponirt angesehen werden sollen; daher bas Geset von den choses qui lui ont été deposées im Busammenhang mit dem verschlossenen Roffer spricht. Diese Unficht folgt schon aus ber Ratur ber Sache. fragen ben gesunden Menschenverstand, worauf in dem Kalle, wo ein verschlossener Gegenstand beponirt wird, der Bille bes Deponenten geht. Goll man annehmen,

<sup>5) 3</sup>n L. 1, 5. 41. D. depositi.

<sup>. 6)</sup> Es heißt: Il (le dépositaire) ne doit point chercher à connaître quelles sont les choses, qu'lui ont été consées dans un costre fermé ou sous une enveloppe ca-

#### 546 Erläuterung mertwarbiger Rechtsfragen

wo ber große schwere Schrank nicht schnell transportirt werben tonnte, ben Schrant zu öffnen und die Sachen et ten zu konnen. Der Depositar benutte in jenem Kalle ben Schlüssel, eröffnete ben Schrant, nahm Sachen ber aus; die Gerichte erkannten ihn ber Unterschlagung schub Das Rämliche muß in unserm oben vorgetragenen Ralle angenommen werben. Die Richtigkeit ber von uns hier vertheidigten Unficht ergiebt fich auch, wenn man neue beutsche Gesethücher betrachtet. Schon bas baieris fche Gesetzbuch Art. 230 bestimmt, daß an den verfiegelt ober in verschlossenen Behältnissen übergebenen Sachen burch die Erbrechung des Siegels ober Deffnung bes Bebaltnisses bie Unterschlagung vollenbet wirb. ergiebt fich baber flar, bag ber Gesetzgeber, wenn ein verschlossener Koffer, ober ein verfiegeltes Patet in Berwahrung gegeben wird, auch bie barin befindlichen Begenstände als anvertraut ansieht, und die (als Mittel gur Berübung des Berbrechens vorgenommene) Erbrechung des Verschlusses und die Aneignung als Unterschlagung betrachtet.

#### II.

Im Jahre 1849 war zwischen dem Inhaber einer Anlage in Amsterdam und der hollandischen Gabsabrik über die Lieferung des Gases ein Bertrag abgeschlossen, nach welchem für 10 Jahre vom 28. Juni angefangen die Fabrik sich verpslichtete das nöthige Gas zu liefern, mit der Bestimmung, daß das Gas nach dem Gasmesser berechnet und für das verbrauchte Gas nach der Anzahl der Audiksuse bezahlt und soviel als der Gasmesser angiebt als verbraucht angesehen werden sollte. Es wurde nun der Uebereinkunft gemäß von der Fabrik in dem Etablissement, sür welches Gas zu liefern war, ein Gasmesser angebracht, in welchem zwei Röhren sich befanden: durch eine

berfelben murde bas Gas aus ber Röhre in ben Gas: meffer geleitet, burch bie andere follte bas Gas aus bem Sasmeffer ausströmen; vermöge einer angebrachten, einem Uhrwerke ähnlichen Maschine wurde die Anzahl Fuße an: gebeutet, welche burch ben Gasmesser ausströmten und so verbraucht murben. Die Lieferung bes Gases geschah ge= borig; nach einigen Jahren glaubte die Gasfabrifdirection au bemerken, daß von Seite des Besitzers des Etablisse: ments in Bezug auf den Gasverbrauch Betrügereien ob: walteten, und mehr Gas verbraucht murde, als berech: net werden konnte. Die angestellte Untersuchung zeigte, daß mittelst einer britten, nicht von der Fabrik angebrach: ten Röhre die beiden Röhren verbunden murben, wodurch bas Gas, ohne burch ben Gasmesser zu laufen, aus ber ersten Röhre unmittelbar in das Haus geleitet wurde, so daß der Eigenthümer weniger Gas der Fabrif bezahlte, als verbraucht murbe. Die bei ber Staatsbehorbe bes: wegen gestellte Anzeige veranlaßte eine strafrechtliche Un: tersuchung, in welcher die Frage: ob in dem Falle Dieb: fahl angenommen werden tonne, Gegenstand vieler Berhandlungen murbe. Es murbe von Seite der Bertheidigung nachgewiesen, daß, wenn auch durch die fortschreitende Ci= vilisation neue Handlungen vorkommen, durch welche Renschen einander zu übervortheilen suchten, ce nicht gestattet senn könne, solche Handlungen, die burch bas be-Rebende Gesetz nicht mit Strafe bedroht sind, wegen bet Immoralität des Handelnden ober wegen ber Gefahr für bie bürgerliche Gesellschaft mit Strafe zu belegen, und so willfürlich ein Strafgesetz zu schaffen. Die Bertheidigung suchte vorerst zu zeigen, daß es im vorliegenden Falle an bem zur Unnahme des Dicbstahls wesentlichen Merkmale ber contrectatio fehle, daß bas Gas nicht als eine Sache betrachtet werden durfte, an der im Sinne bes Besetzes eine contrectatio verübt werben tonnte, indem bas Gas

## 548 Erlauterung merkwürdiger Rechtsfragen

etwas Unförperliches mare. Es wurde zweitens zu zeigen versucht, baß auch das zweite wesentlich zum Diebstahl geborige Merkmal: bie Begnahme invito domino, in dem vorliegenden Falle fehle; denn die Handlung sey an bem Gas verübt, welches bie Fabrik vertragsmäßig bem Eigenthumer bes hauses zu liefern hatte; Eigenthumer habe gwar bas burch ben Gasmeffer ausstro: mende Bas als verbrauchtes ber Direction bezahlen muffen; allein basjenige Gas, mas auch ohne burch ben Gasmeffer ju strömen vermöge ber besondern Borrichtung in das Haus gekommen sey, musse als ein consensu domini geliefertes Gas rechtlich betrachtet werben. Die nachfol= gende Sandlung des Angeschuldigten konnte, wie die Ber: theidigung behauptet, an dem Willen des Eigenthumers, welcher bas Gas ber Uebereinfunft gemäß lieferte, feine Beränderung hervorbringen. Dadurch, daß der Anges schuldigte nicht die Bedingung erfüllte, unter welcher er das Gas brauchen durfte, kann nicht die Annahme bewirft werben, bag bas Gas nicht geliefert ober baß es ohne Einwilligung des Eigenthumers geliefert murbe. Als dritter Bertheidigungsgrund murbe geltend gemacht, daß bas Gas nicht als res aliena betrachtet werben konne; benn das von dem Angeschuldigten verbrauchte Gas mar sein Eigenthum, indem es ihm die Direction ber Gasfabrit nach der Uebereinkunft lieferte, wobei die Lieferung als geschehen angesehen merben mußte von der Beit an, als der große Rrahnen in der Fabrit geöffnet wurde; man könne selbst behaupten, bag bas Gas, so lange ce sich in bem Sauptreservoir befand, als ein sammtlichen Gasverbrauchern pro indiviso zustehendes Eigenthum erschien und von dem Augenblicke an, als es davon abgeschieden wurde und in die Röhre, die am Hause bes Angeschuldig: ten angebracht war, floß, als wirklich dem Angeschuldig: ten geliefert galt und so in sein Eigenthum und seinen

Besitz überging, ein Diebstahl an der eigenen Sache sen, aber nicht directer.

Ein vierter Grund, dessen die Bertheidigung sich bedient, bezieht fich barauf, daß die Handlung des Unge= schuldigten, wenn man sie als Unrecht betrachte, boch nur einen dolus civilis enthalte, bei welchem nichts weiter worliege, als daß der Angeschuldigte das Gas auf eine andere Urt gebrauchte als es in dem Vertrage bestimmt war, da nach dem Ergebnisse der Verhandlungen die Quantität des Gases nicht größer war, ob das Gas mit sber ohne den Gasmesser verbraucht wurde, und im ersten Ralle nur langsamer floß als im zweiten. Der fünfte Grund der Bertheibigung sieht darauf, daß die Handlung bes Angeschulbigten nur in der Berletzung des Vertrags und in der Richterfüllung der eingegangenen Berpflichtungen bestand und nur Schadensflage vorliegen konne, aber keine Elemente ber strafwürdigen That begrün: det senen.

Das Bezirksgericht erklärte jedoch den Angeklagten des Diebstahls nach art. 372 und 401 Code pénal durch Rechtsspruch vom 3. Oct. 1850 schuldig?), und zwar

theidigungsgrund, nach welchem eine soustraction nicht benkbar wäre, weil das Gas als res incorporalis erscheine, eine Untersuchung, ob Gas körperliche oder unkörperliche Sache sey, unnöthig werde, indem zur soustraction nur nothig sey, daß die Sache eine greifbare und ein Gegenstand von Eigenthum und von einem Orte zum andern zu verbringen, also eine bewegliche sey, was offenbar auch bei dem Gase der Fall wäre;

<sup>7)</sup> Abgedruckt in den Regtsgeleerd Byblad — als Anhang der nieuwer bydragen tot Regtsgel. en Wetgevers, Januar 1861. p. 11.

#### 360 Erläuterung merkwürdiger Rechtsfragen

- 2) in Erwägung, daß in Ansehung des zweiten obigen Grundes nicht behauptet werden könne, daß die Lieserung des Sases consensu domini geschehen wäre, indem die Direction sich nur dazu verpflichtete, einen Theil des in der Fabrik erzeugten Sases aus den Röhren in den angebrachten Gasmesser zu sühren, und nur in dieser Weise den Angeschuldigten in den Besitz des Gases zu sehen, nur darauf also der Wille der Lieserung ging, so daß die wirklich geschehene Wegnahme des Gases invito domino geschah;
- 3) in Erwägung, daß in Beziehung auf den Grund, daß keine fremde Sache vorliege, eigentlich diese Behauptung der zweiten widerstreite und dadurch widerlegt werbe, daß das Gas nicht mit dem Willen der Fabrik geliefert wurde, vielmehr das Eigenthum der letzten blieb;
- 4) in Erwägung, daß sobald der Strafrichter aufgerufen ist, über eine Handlung zu entscheiden, er dieselbe nur unter die Strafgesetze zu stellen und das öffentliche Interesse an der Bestrafung zu berücksichtigen hat, ohne Rücksicht darauf, ob diese Handlung auch nach eivilrechtelichen Grundsätzen eine Schadensflage begründet;
- 5) in Erwägung, baß die vorliegenbe Handlung eine arglistige Aneignung einer fremden Sache in sich faßt.

Wir wünschen sehr, daß der mitgetheilte Rechtsspruch näher geprüft werden möge. Er bezieht sich auf einen sehr häusig vorkommenden, aber erst durch neue Erstindungen hervorgerufenen, der disherigen Rechtssprechung unbekannten und keiner unserer Gesetzebungen vorschwebenden Fall. Nach unseren Besprechungen mit Praktiskern verschiedener Länder ergiebt sich eine große Verschiedenheit der Unsichten, indem zwar Manche die oben mitzgetheilte Entscheidung billigen, eine weit größere Jahl aber entweder — in der vorliegenden Handlung einen strasbaren Betrug erblickt, oder keine Strase anwenden

will, und nur eine Civilflage wegen der Bertragsverlenung gestattet. Wenn man auch ben ersten oben angege= benen Grund des Bezirksgerichts als richtig annehmen, und anerkennen will, daß auch das Gas als eine körperliche Sache, als ein Gegenstand des Eigenthums und des Besites zu betrachten ist, so entsteht schon ein größerer 3meis fel darüber, ob die vorliegende Handlung als eine diebis sche Besitzergreifung ber in fremdem Besitze noch befind= lichen fremden Sache betrachtet werden kann und nicht vielmehr eine Uebervortheilung enthält, welche in Ber: tragsverhältnissen ein Contrabent zum Nachtheil des an= bern in Bezug auf die Größe des Raufpreises sich erlaubte. Nur auf eine sehr gezwungene Beise kann man in dem Falle die Merkmale einer contrectatio und einer res aliena finden. Die Direction der Fabrit wollte dem Angeschuldigten das Gas liefern und lieferte es wirklich; Die Lieferung war geschehen von der Zeit an, als die Fabrit aus der Hauptröhre ihr Gas in die Röhren strömen ließ, durch welche das Gas dem Hause des Angeschuldig= ten zugeführt werden sollte. Die Handlung des Ungeschulbigten bestand in einer Beranstaltung, durch welche die vertragsmäßige Controle des Gasmessers vereitelt, und bewirkt werden sollte, daß er weniger bezahlen dürfte, weil es scheinen sollte, daß weniger Gas verbraucht mar, als wirklich geliefert worben. In biefer Auffassung liegt keine strafwürdige Handlung vor, sondern nur eine der vielen Arten von Uebervortheilungen, bei welchen ein Contrahent ben andern zu täuschen und möglichst viel zu gewin-Es ist ein ähnlicher Fall da vorhanden, we vertragsmäßig nach der Anzahl der gelieferten Ges genftande der Preis bestimmt wird und bei dem Bu= zählen der Stude der Räufer die Aufmerksamkeit des Berfäufers zu täuschen sucht, ober eine Beranstaltung macht, durch welche er eine größere Bahl von Studen be-

#### 552 Erläuterung merkwürdiger Rechtsfragen

kommt, bei der endlichen Abrechnung aber es den Anschein hat, als ob weniger geliefert wäre, als wirklich zugezählt wurde. Es wird in solchen Fällen nicht wohl rechtlich möglich senn, die Merkmale eines Diebstahls in Ansehung der listigerweise zum Nachtheil des Verkäusfers auf die Seite geschafften und angeblich nicht gelieferzten, daher auch nicht bezahlten Stücke anzunehmen.

#### III.

Ein gewisser Slotmann wurde vor dem Assisen: bofe von Amsterdam wegen Mordes angeklagt; es ergab sich, daß er mit Einwilligung und nach Aufforderung des Berletten eine Person getobtet hatte. Das Gericht fand ihn des Mordes schuldig; der Berurtheilte legte Caffa: tion ein; in der Assifenverhandlung wurde von ber Bettheidigung behauptet, daß die Handlung bes Angeklagten nur als Aft der Theilnahme an einem Gelbstmorbe betrachtet werden könne, daher als Theilnahme an einer Handlung, welche bas Gefet nicht mit Strafe bebroht, wo ber Grundsatz gelten muffe: socius delicti sine auctore non intelligitur. Das Gericht verwarf biese Ansicht schon deswegen, weil sich ergab, daß der Tod nicht durch den Berletten selbst, sondern durch eine Sandlung des Angeklagten erfolgte. Bei den Cassationsverhand: lungen wurde nun ausgeführt, daß die nach Einwilli: gung des Berletten verübte Tödtung nicht unter bie art. 293. 97. 302 des Code pénal gestellt werden konne. Benn bas Gesetz zur Tödtung verlangt, bag fie volontairement verübt sen, so konne bies Merkmal nicht bei bemjenigen angenommen werben, welcher einen Anbern auf sein Verlangen tobtet. Der Code penal theile alle Berbrechen in zwei Rlassen, jenachdem fie die Gesammt heit (chose publique) ober die einzelnen Bürger und in sofern ein Privatrecht angreifen, daher die delits contre

les particuliers biejenigen sepen, welche ein gesetzlich geschüttes Recht auf Leben, Gesundheit, Chre, Gigen= thum verleten. Die Tödtung ist nun im Gesethuche unter die Verbrechen der zweiten Urt gestellt, woraus folgt, daß da, wo kein animus nocendi vorhanden ist, tein Schaden beabsichtigt werden soll, auch kein Berbrechen vorliegt, nach dem Grundsate: nulla injuria in volentem committitur. Nach den Berhandlungen über den Code (Locré XV. p. 434. 448) wird die Bestrafung der Berbrechen deswegen nöthig, weil der Mensch ein Recht hat, von der bürgerlichen Gesellschaft den ruhigen Genuß ber Bortheile, welche ihm burch ben Staatsvertrag gewährlei= ftet find, und Schutz gegen ungerechte Angriffe, benen er ausgesett ift, zu fordern; kann man aber behaupten, daß er einen ungerechten Ungriff leidet, wenn er ben Ungriff selbst gewollt hat? Der art. 295 spricht selbst von attentat à la personne, welcher Ausdruck aber nicht paßt, wenn Die Handlung auf seine lebhaften Bitten an ihm verübt wird; die französische jurisprudence fordere zur Bestra= fung eines Berbrechens intention criminelle; vergebens aber wurde man eine solche, einen mahren dolus bei bem= jenigen suchen, ber einen Einwilligenden tödtet. Wenn ber Gerichtshof behauptet, daß bas Gesethuch in seiner Augemeinheit auch die mit Einwilligung des Berletten verübte Tödtung umfaßt und daß bas Gesetz die Einwillis gung nicht unter den excuses aufführe, welche die Strafbarkeit tilgen, so folge baraus nichts, weil nach ber obigen Ausführung die Handlung gar nicht in ben Rreis des Strafrechts falle; wenn aber bas Gericht Die Ansicht aufstelle, daß die Einwilligung nicht berückfichtigt werden durfe, weil sie den Gesetzen, den guten Sitten und öffentlichen Ordnung widerstreite und Niemand burch seinen Willen die Beachtung des öffentlichen Intereffe andern könne, so mußte ein Unterschied gemacht

#### 554 Erlauterung merkwürdiger Rechtsfragen

werden. Es sen ganz richtig, daß das Dasenn einer solichen Uebereinkunft keine Klage auf Erfüllung des Bertrags erzeugen könne; allein daraus folge nicht, daß nicht das Dasenn eines solchen Bertrags die Ratur einer Handlung ändern könne, welche außerdem strasbar senn würde. Benn man sich darauf beruse, daß der Cassationshof schon durch zwei Rechtssprüche das System von der Einwilligung in der Anwendung auf den Zweikampf misbilligt habe, so passe dies nicht auf den vorliegenden Fall, indem bei dem Duell allerdings ein animus nocendi vorliege, der in unsern Falle mangele.

Bur Widerlegung Diefer Unfichten führte ber Generalprocurator aus, daß hier nur ber Gesichtspunkt enticheide, daß die Berfolgung der in Frage ftebenben Sandlung von Amts wegen und ohne Rücksicht auf Rlage bes verletten Theils geschehe, und baß, wenn das Gefet eine Pandlung formlich verbiete, man Riemandem bas Recht zuerkennen könne, zu seinem Nachtheile die Sandlung zu verüben; der zu dem Berbrechen erforderliche Dolus fen schon vorhanden, sobald die Handlung wissentlich und freiwillig begangen wird; das Gesetzbuch definire die "Tödtung nicht als eine gegen ben Willen bes Berletten verübte Sandlung; Die Strafwürdigkeit liege in ber Bandlung selbst. Es gebe zwar einige Berbrechen, Strafbarkeit man nicht anders annehmen könne, wenn sie gegen ben Willen einer Person verübt werben; allein bei anderen Berbrechen tomme es auf die Ginwilli= -gung nicht an. Wenn man fragt: ob die mit Einwilligung des Berletten verübte Zödtung nicht eine besondere Art wegen des vorhandenen Motivs begründen foll, fo tonne dies allerdings angenommen werden; allein im frangösischen Gesethuche sen es nicht geschehen, und nur bem Gesetgeber stehe es ju, eine solche Modification ein: zuführen; genug, bag ber Getobtete burch eine freiwillige

und vorbedachte Handlung des Angeklagten den Tod fand. Dierauf erging der Rechtsspruch des Cassationshofs, welcher die Cassation verwarf, und den Angeklagten als schuldig des Mordes zur Todesstrafe verurtheilte. Entscheibungsgrunde sind: In Erwägung, daß es hergefellt ist, daß der Cassationskläger die That mit Vorbe= bacht und vorsätzlich und aus einem Motiv de pur intérêt verübte und daber gerechterweise auf ihn die Borschriften bes Gesetzes angewendet sind, welches benjenigen straft, ber eine Tödtung verübt; in Erwägung, daß der Gefete geber von 1810, von dem man nicht annehmen fann, daß er das von dem Cassationskläger aufgestellte und von mehreren Gesetzgebungen angenommene System nicht getannt hatte, nach welchem die an einem Ginwilligenden verübte Tödtung mit einer geringeren Strafe bedroht wird, als der gegen den Willen des Berletten verübten Zödtung gedroht ist; in dem noch geltenden Gesethuche ohne Unterscheidung jedem Morde die Todesstrafe droht, und in Bezug auf den Fall der Einwilligung bes Getod= teten keine Ausnahme macht; daß bas Gesethuch nur für einige Fälle in ben art. 327. 328. 329 Ausnahmen auf: ftellt und diese Ausnahmen nicht über ihre ausbruckliche Bestimmung ausgedehnt werden durfen; daß selbst der Gesetzgeber ba, wo er auf die Einwilligung des Berletten Rucksicht nahm, z. B. im art. 317, nicht gewollt hat, daß diese Einwilligung entschuldigen soll, und daß in der mit Borbebacht und in einer Absicht de pur interêt verübten Zödtung von felbst der Dolus liegt.

Wir machen hier noch auf einen vom französ. Cassa: tionshof ergangenen Rechtsspruch vom 21. August 1851 8) aufmerksam, nach welchem in einem Falle eines Mord: versuchs, wo reciprocité vorlag, ausgesprochen wurde,

<sup>8)</sup> Journal du droit criminel 1852. p. 246.

### 556 Erläuterung merkwardiger Rechtsfragen 2c.

bas bie Einwilligung bes Berletten bie Strafbarkeit nicht ausbebe, und wobei die Entscheidungsgrunde die Worte enthalten: attendu, qu'il n'appartient d'ailleurs qu'au jury d'apprécier les circonstances, qui peuvent atte-Wir sind überzeugt, daß die von den nuer le fait. -beiben Cassationshöfen aufgestellte Ansicht die richtige ist und nach bem frangösischen Gesethuche bie Ginwilligung des Verletten nicht den Begriff des Mordes aufgiebt; allein wir finden in ben oben mitgetheilten Borten des französischen Cassationshofs die Andeutung der Ansicht, baß bie vorhandene Einwilligung ein Milberungsgrund fenn kann, und halten es fur weise, wenn eine Gesetz gebung, welche nicht bas Spftem ber Milberungsgrunde, wie das französische Gesetz von 1832 kennt, den Fall der mit Einwilligung verübten Töbtung mit geeigneten Unterscheibungen mit besonderen Strafen bebroht. Das Rechtsbewußtseyn im Bolke wird schwer verlet, wenn das Gericht benjenigen, der die geliebte Gattin auf dem Sterbelager rettungslos liegend an furchtbaren Schmerzen leiben fieht und ihr auf ihr dringendes Berlangen Gift giebt um schnell ihre Qualen zu enden, zum Tobe ebenso verurtheilt, wie ben Raubmörder ober Banbiten.

#### XXIII.

Bur Lehre von den Beleidigungen nach englischem Recht.

Bon

herrn Dr. Marquardsen.

(Bergl. Jahrg. 1850 1. u. 2. 1851 3. Deft.)

Rein Punkt in der ganzen Lehre von den Injurien ist von solcher Wichtigkeit und keiner hat so verschiedene Erledigungen gefunden, als die Frage nach dem Ginfluß ber Veritas convicii, nach ber Bedeutung, welche der Beweiß der Wahrheit bei Beleidigungen verdient. Rann man durch Angabe von wahren Thatsachen überhaupt beleidigen — was ist die allgemeine Regel und auf welchen Motiven beruhen die Ausnahmen? fo haben unsere deutschen Rechtslehrer alterer und neuerer Beit gefragt, und so fragte auch bie englische Commission fast jeden Zeugen, ber vor ihr erschien. Go wird (S. 124 des Report) Bord Denman vernommen: "Sollte in "keinem Falle die Wahrheit der Anschuldigung vor ber "Jury zum Beweis verstattet senn?" ""Dies möchte ich nicht sagen."" " Salten Sie es für möglich, die Fälle burch eine Grenzlinie zu unterscheiben, bei benen ber Beweis der Wahrheit zu gestatten ist und nicht?",,,,Man follte den Beweis der Bahrheit nur ba verstatten, mo eine

erlaubte Beranlassung, die Beleidigung zu veröffentlichen, ""In einem solchen Falle dürfte die Bahrheit vorlag."" sachentscheidend senn."" Bord Denman ift nicht ber Meinung, daß die Wahrheit des Vorgeworfenen überall bei der Strafausmessung, der Aufgabe des Richters im Gegensatz zur Frage ber allgemeinen Strafbarkeit, ber Aufgabe der Jury, untersucht werden dürfe. Auf die lette Frage: "Würde es nicht bas Beste senn, ben Rach: weis der Wahrheit der angefochtenen Aeußerung stets zu: aulassen, so jedoch daß der Richter und unter seiner Anleitung die Jury bei der Würdigung des Resultats freie Hand haben?" antwortet er: ""Mein Einwand bagegen ist, daß man fo durch Begehen einer an sich höchst un: rechten Handlung das Recht bekommt, den Charafter Desjenigen, der durch die Meußerung benachtheiligt wird, in Frage zu ftellen.""

Die Petitio principii, welche sich durch bieses Raisonnement zieht, ift offenbar. Bord Denman fest voraus, daß es eine hochst unrechte Handlung (a thing very wrong in itself) ist, Jemanden zu beleidigen, und will dem Beleidiger daher nicht verstatten, seine Beleidi: gung zu beweisen b. h. nachzuweisen, daß sie gar teine Beleidigung und er fein Beleidigermar. Benachthei: ligung kann gewiß auch durch die mahre Angabe entsteben und oft ist sie sogar der ausdrückliche 3weck der Beröffent: lichung. Wenn (um ein Beispiel zu nehmen, bas bei dieser Materie angezogen zu werden pflegt) Jemand burch Beitungsannoncen, welche zur Annahme einer Gouvernantenstelle in einem bestimmten Hause einladen, junge Madden für unsittliche 3mede in seine Gewalt zu bekommen sucht, und eine Zeitung diese Thatsache zur Abmahnung veröffentlicht, so kann ein folcher Mensch aller bings burch biese Beröffentlichung seines Treibens benach theiligt (injured), nicht aber sträflich beleidigt werben. Es

ist keine injuria, nichts Injustum durch diese Aeusserung begangen worden. Die ganze Eristenz eines solchen heim: lichen Lüstlings kann durch diese wahre Angabe zerstört werden — aber wer will sagen, daß die Beröffentlichung unrecht war?

Aus anderen Aeußerungen Gord Denmans entenimmt man, daß ihn bei seiner Betrachtung auch die Idee irreleitete, wonach die Aufreizung zum Friedensbruch das Motiv zur Bestrafung der Injurie ist. Bon dieser Anschauung aus läßt sich allerdings eine klare Einsicht in die Bedeutung der Veritas convicii nicht gewinnen, da die Angabe einer benachtheiligenden Thatsache natürlich viel eher zum Friedensbruch, zur Rache gegen den Bekanntmacher reizt, wenn sie wahr, als wenn sie falsch ist. Consequenter Weise müßte demnach die Veritas convicii die Strasbarkeit erhöhen und zu diesem monströsen Standpunkt hat sich auch die alte engliche Rechtsparömie "the greater the truth, the greater the libel" erhoben.

Ein anderer Zeuge, Mr. George Cornewall Le= wis, Mitglied des Ministeriums Russell, perdient des= halb besondere Berücksichtigung, weil er mit Prosessor Austin die Presordonnanz für Malta ausgearbeitet hat. Außer manchen Aeußerungen über das politische Libell, welche mit dem im Jahrg. 1851 S. 375 mitgetheilten Ur= theil der Commission harmoniren\*), bezieht sich seine ganze

<sup>\*)</sup> Man verzeihe hier eine im Interesse des Gegenstandes liez gende Abschweifung. Seit der Berössentlichung des angeführsten Beitrags ist eine sehr fleißig gearbeitete Schrift von Lors ber über das ganze Sebiet der englischen Redez und Preßfreiheit erschienen. Da sie auf Starkie basirt ist (das ebenfalls benutzte Buch von Cooke hätte füglich unbenutzt bleiben können), kann man sie getrost empfehlen, soweit es das Privatlibell und seine Behandlung angeht. Um das öfzfentliche Libell, das in England fast obsolet geworden ist ("wir wüsten gar nicht, wie wir es anfangen sollten, hochverräthez risch zu schreiben" sagte neulich die Times), hat sich Starz

Bernehmung ausschließlich auf die Zulässigkeit und Unzulässigkeit des Wahrheitsbeweises. Zur näheren Erläuterung seiner Ansichten über diesen Gegenstand mögen hier einige Bemerkungen stehen, welche er über den Unterschied von Staats: und Privatlibell macht. "Die verberblichste Klasse von Beleidigungen sind die Privat:, nicht die öffentlichen Beleidigungen. Man sollte die ersteren

tie wenig gefümmert und nur bas Oftgefagte ber alten Textwriter eines Dawkins, Foster und Cast wieders holt. Der englische Jurist weiß, was er davon zu halten hat, und wie in ben englischen Gerichtshöfen und außerhalb derfelben (benn die Umwandlung zeigt fich durch Richtverfols gung) heutzutage gang andere Grundfage herrichend geworben find. Rach bem Corber'schen Buch muß aber ber Deutsche glauben, daß in England bie Preffe und die Rede Befchrankungen unterliege, wie nirgendwo, außer etwa in Rukland und Frankreich. Anstatt die hohlen Sentenzen eines Jahrehunderts zu wiederholen, das bei den ungeheuren Fortschritzten der Meuzeit fast ein Jahrtausend hinter uns zu liegen scheint, anstatt die Summing - up's eines Ellenborough mitzutheilen, welche ben Stempel jener dunklen Periode zwis schen dem Tode For's und bem Ministerium Canning tragen, hätte man beffer gethan, eine Darftellung ber gegen= martigen Rede = und Preffreiheit von England aus den Meufes rungen eines Peel oder Russell über die Presse, aus den Resumés der Richter von heutzutage, aus den öffentlichen Blättern und ihrem täglichen Inhalt zusammenzutragen. Daraus würde ein ganz anderes, weil wahres, Bild unserer Lehre entstanden senn, als sich jest in der Lorberschen Schrift entrollt findet. Wir wiederholen noch einmal, was die Commission über die erlaubte Discussion politischer Gegenstände bemerkt (Rep. p. 111.) "Bei der Milde, mit welcher dieser Theil des Strafrechts von den verschiedenen Abministrationen verwirklicht worden ift, bei der liberalen Auffassung unserer Richter und dem gefunden Zacte der Geschwornen, haben die absolutistischen Bestimmungen früherer Perioden, obgleich sie noch nicht formell aufgehoben sind, sich praktisch ohne störens ben Ginfluß erwiesen. Die Committee hat gefunden, daß, soweit es fich um Staatsanklagen handelt, weber Autoren noch Journalisten sich beklagen." Diese Aeußerung, gethan von einer Commission des Oberhauses, der mehrere Richter angehörten, sollte sachentscheidend senn und nach ihr, nicht nach dem Buche des herrn Lorber, find die gegenwärtis gen Grenzen der politischen Rede = und Preffreiheit in Engs land zu bemessen.

strenger behandeln und härter bestrafen, als politische Libelle." Ein Borschlag des Beugen, wonach der öffentliche Ankläger (seine Ginführung in England vorausgesett) auch wegen Privatbeleidigungen zu verfolgen haben soll, wird von einem Mitgliebe ber Commission recht gut widerlegt. Hierbei die Bemerkung, daß sich die Mitglieder des Ober-hauses selbst im Licht stehen, da sie nicht gestatten, der Frage den Namen des Fragenden beizufügen, wie es in ben Reports der Unterhauscommissionen immer geschieht. Auf die Frage nach der Bulässigkeit und bem Ginfluß des Bahrheitsbeweises heißt es bann S. 57: "Dieß ift eine schwierige Frage. Was politische Libelle angeht, sind immer die gefährlichsten solche, welche zu gewaltsamem Widerstand gegen die Gesetze aufreizen, und bei ihnen kann natürlich von einem Beweise ber Wahrheit nicht die Rede seyn. Wo es sich um Unschuldigungen öffentlicher Beamten handelt, muß man den Wahrheitsbeweis überall gestatten, vorausgesetzt daß die Angabe eine solche ist, die überhaupt mahr gemacht werden kann. Bei Privat: beleidigungen dagegen weicht meine Unsicht von der gewöhnlichen nicht unbedeutend ab. Ich würde vorschlagen, daß bei einer Unklage wegen Privatbeleidigung die Bahr= heit keine Bertheidigung ausmachen soll, daß Wahrseyn ober Nichtwahrseyn dabei gar nicht in Betracht zu kom= Meine Meinung, daß man die Frage nach ber Bahrheit ganz bei Seite lassen soll, beruht darauf, daß ber Charafter von Privatpersonen niemals mit Rugen in ber Presse discutirt werben fann." Mr. Lewis raumt ein, daß er hierbei speciell gedruckte, nicht geschriebene Beleidigungen im Sinn gehabt habe, und ist nicht gang abgeneigt die Wahrheit bei der Strafbestimmung in Betracht zu ziehen (über die Affidavits, welche hierbei gebraucht werden, ist schon früher geredet worden). Gegen den Einwand, daß es so boch zur öffentlichen Discussion

wicht blos Opfer an Gelb und Zeit, sondern vor Allem wüssen kleinliche Eitelkeit und kurzsichtige Empfindlichkeit bei Seite gelegt werden. Wer diese Opfer nicht bringen kann, der bleibe daheim und wärme sich am häuslichen Feuer. Wer in der Sonne des öffentlichen Lebens wandeln will, darf sich nicht wundern, wenn sie ihn bräunt. So sehr es dem Staate daran liegen muß, über seine Bürzer, soweit sie am Staatsleben Theil nehmen, die Wahrzheit zu ersahren, so gleichgültig kann es ihm dagegen seyn, den Standpunkt der Moralität in einer einzelnen Familie zu wissen. Hier hat er nur ein Interesse, das Institut selbst, die Familie zu bewahren, und dies geschieht am besten durch Nichteinmischung und Verhinderung der Einzmischung in die einzelnen Familien.

Wenn man sich auch mit dem Resultat des Mr. Lewis, daß der Beweis der Wahrheit bei allen Privatangelegenheiten absolut ausgeschlossen seyn soll, nicht einverstanden erklären kann, so ist doch seine Grundansschauung über den Unterschied des politischen und des Privatlibells richtig. Sie ist in den Noten zur Presordonnanz für die Insel Malta noch weiter ausgeführt. Da diese, eine gemeinschaftliche Arbeit des Mr. Lewis und Mr. Austin, ungefähr die gegenwärtige in England herrsschende Ansicht über politische Libelle ausdrücken, mögen uns noch solgende Auszüge verstattet seyn.

Eine politische Beleidigung — im nicht juristischen Sinn — (d. h. eine, die nicht in die Sphäre des Privatzlebens sich hineindrängt) ist nur strasbar, wenn sie zu einer Handlung auffordert, welche den Umsturz des Staats zum Zwecke hat (tending to subvert the government), zu gewaltsamem Widerstand gegen die Autorität der Regiezung aufreizt, die Königin tadelt oder disrespectirlich (disrespectfully) erwähnt, oder fälschlicher Weise eine

Wahrheitsbeweises entstehen wurden. Im Ganzen fieht der Beuge hierbei auf dem Standpuncte des franzöfischen Rechts in dieser Materie. Auch dieses läßt, freilich mit vielen Beschränkungen, die Wahrmachung ber fich auf sein Amt beziehenden Angriffe auf einen fonctionnaire public zu. Eine Zeitlang (von 1822 - 1830) war aber dieser Beweis nicht durch Zeugen zu führen, sondern mußte stets par écrit erbracht werden. Auch jest noch schränkt man ben Begriff fonctionnaire und officier publie ganz unverhältnismäßig ein, weil die Franzosen bon einem wahren politischen Leben und seinen Anfordes rungen keinen Begriff haben. Die Sache liegt nicht so, baß nur bei öffentlichen Beamten und ihren Umtsverrichtungen der Beweis der Wahrheit ausnahmsweise zuzulassen ift, sondern daß ausnahmsweise die Familienverhält= niffe gegen unberufene Beröffentlichung, geschütt werden muffen. Die Regel ist die Bulässigkeit des Wahrheitsbe= weises. Das ganze öffentliche Leben eines Wolks muß von Wahrheit durchdrungen senn, und dazu reicht die ho= möopathische Gestattung bes Wahrheitsbeweises bei angeb=. lichen Amtsverletzungen nicht aus. Der Schriftsteller, ber öffentliche Angelegenheiten bespricht, der Kandidat, welcher Bahlreden hält, der einfache Staatsbürger, welcher sich über die Ungelegenheiten seines Landes ausspricht, find in all tiesen Beziehungen fonctionnaires public und dürfen sich nicht beklagen, wenn die Deffentlichkeit, an die fie sich selbst wenden, auch auf sie zuruckfällt. Dhne Zweifel wird bas Bewußtsenn, Beschuldigungen burch Wahrheitsbeweiß rechtfertigen zu können, manches harte Wort gegen einen öffentlichen Charafter aussprechen laffen, und im Fall einer Anklage wegen politischen Libells der unternommene Wahrheitsbeweis dem angeblich Beleidigten webe thun. Allein das öffentliche Leben ift einmal für Manner, nicht für Beiber ba. Es fotbert

nicht blos Opfer an Gelb und Zeit, sondern vor Allem müssen kleinliche Eitelkeit und kurzsichtige Empfindlichkeit bei Seite gelegt werden. Wer diese Opfer nicht bringen kann, der bleibe daheim und wärme sich am häuslichen Feuer. Wer in der Sonne des öffentlichen Lebens wandeln will, darf sich nicht wundern, wenn sie ihn bräunt. So sehr es dem Staate daran liegen muß, über seine Bürger, soweit sie am Staatsleben Theil nehmen, die Wahrsheit zu ersahren, so gleichgültig kann es ihm dagegen seyn, den Standpunkt der Moralität in einer einzelnen Familie zu wissen. Hier hat er nur ein Interesse, das Institut selbst, die Familie zu bewahren, und dies geschieht am besten durch Nichteinmischung und Verhinderung der Einzmischung in die einzelnen Familien.

Wenn man sich auch mit dem Resultat des Mr. Lewis, daß der Beweis der Wahrheit bei allen Privatangelegenheiten absolut ausgeschlossen seyn soll, nicht einverstanden erklären kann, so ist doch seine Grundansschauung über den Unterschied des politischen und des Privatlidells richtig. Sie ist in den Noten zur Presordonnanz für die Insel Malta noch weiter ausgeführt. Da diese, eine gemeinschaftliche Arbeit des Mr. Lewis und Mr. Austin, ungefähr die gegenwärtige in England herrsschende Ansicht über politische Libelle ausdrücken, mögen uns noch solgende Auszüge verstattet seyn.

Eine politische Beleidigung — im nicht juristischen Sinn — (d. h. eine, die nicht in die Sphäre des Privatzlebens sich hineindrängt) ist nur strafbar, wenn sie zu einer Handlung auffordert, welche den Umsturz des Staats zum Zwecke hat (tending to subvert the government), zu gewaltsamem Widerstand gegen die Autorität der Regiezung aufreizt, die Königin tadelt oder disrespectirlich (disrespectfully) erwähnt, oder fälschlicher Weise eine

spezielle Malversation einer bestimmten Persönlichkeit vorz wirft, welche Regierungsfunctionen hat \*). (Note III. Sect. IV. des Entwurfs.)

Bur Rechtfertigung dieser Sache heißt es weiter:

- 1: Dhne Zweisel mussen Angrisse auf die Verfassung, welche in Gestalt ernsthafter Argumentation auftreten, straslos seyn. Aber wenn dergleichen in ernsthafter Form erscheinende Angrisse unsträslich sind, kann man sie auch da nicht strasen, wo sie in der Gestalt von Schmähungen und mit der Absicht, den Gegenstand der Angrisse lächerzlich zu machen, vorkommen. Für einen Schriftsteller, der ernstlich sich bei politischen Discussionen betheiligt, ist es unmöglich Alles zu vermeiden, worin man nicht am Ende eine Schmähung oder den Versuch lächerlich zu machen, sinden könnte. Dies gilt namentlich bei politischen Schriftzstellern in Zeitungen und periodischen Werken, da ihnen die Zeit sehlt, ihre Ausdrücke so genau abzuwägen.
- 2. Angriffe auf die Regierung, welche nicht eine einzelne Person zum Gegenstande haben, kann man, nach der Ansicht der Commissioners, ohne Nachtheil ungestraft lassen. Entweder sind solche Angriffe allgemein, oder berühren spezielle Thatsachen. Sind solche spezielle Ansschuldigungen wahr, verdienen ihre Urheber gewiß keine Strase. Sind sie unbegründet, so kann man sie leicht widerlegen. Allgemeine Angriffe kommen auf die schon besprochenen Schmähungen und Verspottungen hinaus, und diese kann man nicht verbieten ohne aller Kritik ein Ende zu machen. Man darf dabei nicht übersehen, daß solche Angriffe gegen die Verwaltung als ein Sanzes,

<sup>\*)</sup> Die oft nur halbdeutschen Ausdrucke find gewählt worden, um den Sinn der einzelnen Worte so getreu als möglich wiederzugehen.

ohne besondere Richtung auf Individuen, das Gesühl einer Privatperson selten oder nie verwunden werden; Borwürfe und Schmähungen gegen eine zahlreiche Körpersschaft werden keinen der Einzelnen, der zu ihr gehört, berühren.

3. Angriffe auf eine einzelne Perfonlichkeit, bie an ber Staatsverwaltung Theil nimmt, konnen in Schmabung ober Berspottung und im Borwerfen von schlechtem Betragen bestehen. Gie sind entweder allgemein ober speziell gehalten, und lettere entweder mahr oder falic. Schmähungen und Berspottungen gegen Personen in öffentlicher Stellung kann man ohne Nachtheil straflos laf-Aehnliche Angriffe auf Personen in ihrem Privat= charafter bagegen tonnen bas Gefühl und bas Ansehn berselben verlegen, und find beshalb mit Strafe bebrobt. Aber bloße Schmähungen gegen eine Person in ihrem of: fentlichen Charafter fonnen weber ihre Ehre noch ihr Ge= fühl verwunden. Ihre Ehre nicht, weil das Publikum barin nur ben Ausbruch einer Partheilichkeit und eine gewöhnliche Baffe bes politischen Partheikampfes fieht. Ihr Gefühl nicht, weil ber Betroffene weiß, in welchem Lichte bas Publikum ben Angriff betrachtet.

Ebenso steht es mit den allgemeinen Vorwürsen einer schlechten Amtösührung oder schlechten politischen Betragens (misconduct). So lange sich der Angriff in Allgemeinheiten hält, kann er weder als wahr noch als falsch bewiesen werden, und daher glaubt Niemand, der nur ein Fünken Verstand und Rechtssinn hat, dergleischen. Es geht damit wie mit den Schmähungen.

Die wahre Anschuldigung eines speziell angeführten schlechten Betragens gegen einen öffentlichen Charakter kann allerdings die Reputation und bas Gefühl des Bestroffenen verleten. Ein solcher Angriff gegen eine Pris

watperson ist in der Ordonnanz mit Strafe bedroht, und man könnte meinen, auch für öffentliche Charaktere müßte ein solcher allgemeiner Schutz eintreten. Allein eine wahre Beschuldigung einer speziell angegebenen Malversation (im weitesten Sinne genommen) hat die Tendenz, ähnlichen Borkommnissen vorzubeugen, und der Vortheil, den die Allgemeinheit von der Angabe hat, ist weit wichtiger als der Nachtheil, der dem schuldigen Einzelnen daraus erwächst; und jener, nicht dieser ist hierbei zu berücksichtigen.

Gine falsche Anschuldigung eines speziellen Mißvers haltens gegen einen öffentlichen Charakter trifft ihn wenisger, als ein gleicher Angriff gegen eine Privatperson, kann aber doch seinem Gefühle und seinem Ansehn bei Anderen zu nahe treten. Da bei einer solchen Beschuldigung nicht wie bei einer wahren der Nachtheil des Einzelnen durch den Vortheil des Publikums überwogen wird, ist sie mit Strafe zu bedrohen.

Schließlich fügen die Commissioners hinzu, daß die Freiheit der politischen Debatte, welche ihre Ordonnanz gewährt, nicht einmal so ausgedehnt ist, als sie das öfsfentliche Urtheil und namentlich die Presse heutzutage in England de facto genießen.

Die Committee der Lords hatte sich zu fragen, ob nicht ein anderes Kriterion gefunden werden könne, wosnach die Zulässigkeit des Wahrheitsbeweises und sein Einssuß auf die Entscheidung im einzelnen Fall zu bestimmen sep. Einige Zeugen schlugen die dona sides des angeblichen Libellanten dazu vor. Man wollte das hierbei der Ordonnanz von Malta zu Grunde liegende Prinzip der Ssentlichen Wohlfahrt, des Nutzens der Allgemeinheit wur dann annehmen, wenn die Veröffentlichung aussbrücklich in diesem Interesse geschehen ist. Diese Ansicht fand bei der Commission keine Billigung, und in der Ahat

ift auch nichts vertehrter, als bei einer an fich löblichen handlung, was die Aufbedung einer Schlechtigkeit ftets ift, noch nach ten Motiven zu haschen, aus benen ber Angebende wohl gehandelt hat. Echon bie Commission, welche ein Gesethuch für die oftindischen Besitzungen zu entwerfen hatte, hat in ihren Motiven bas Erorbitante einer folchen Untersuchung nachgewiesen. Gie erinnert an ben Sat the quarrels of rascals are the security. of honest men. Wenn A. bem B. bas Leben rettet, fragen wir nicht lange, weshalb er es gethan hat. weise, weil er bem C. gram ist und biefer bem B. eine jährliche Rente zu bezahlen bat. Wenn eine Gesellschaft Schwindler in einer Spielhölle bie Jugend ber Haupts stadt ausrupft und Einer ber Genossen aus Bag gegen die antern die Cache aufdeckt, soll man ihm da ant: worten: Du hast die Quelle unsäglichen Familienelends verstopft, hast Hunderte von einem tiefen Abgrunde zu: ruckgezogen, aber weil Du bies nicht aus Liebe gur Mugend, sondern aus haß gegen Deine Spieggesellen ges than, follst Du trot ber Bahrheit beiner Beröffent: lichungen als Libellant mit Gelbbufe und Gefängniß bestraft werben?

Die weitere Frage war nun: Wenn man ben Beweis der Wahrheit überall zulassen will, welche rechtlichen Folgen soll ber geführte Beweis haben? Sollen bie Geschworenen verbunden seyn, unter allen Fällen, wo sie sich von der Wahrheit des Vorgeworfenen überzeugt haben, ein Nichtschuldig auszusprechen? Auch hier suchte man durch ein Beispiel das Ungerechte einer solchen Bestimmung nachzuweisen. Ein Frauenzimmer ist in ihrer Jugend verführt worden, hat durch manche Jahre unausgesetzen Wohlverhaltens an einem fremden Orte sich aufs Neue einen guten Namen erworden. Ihr früherer Verführer macht sie hier aussindig, und da sie ihm nicht ferner zu Willen seyn will, verbreitet er überall, daß er sie einst verführt habe. Soll ihm, wenn er deshalb angeklagt wird, der Beweis der Wahrheit zum Schutz gereichen? Wan versucht auch, an diesem Beispiel nachzuweisen, daß für Privatangelegenheiten die Wahrheitsbeweisführung überhaupt unstatthaft sey, allein man darf sich nur der früher von uns angeführten Fälle erinnern, um das Une thunliche einer solchen Ausschließung zu erkennen.

Die meisten Zeugen erkärten sich dafür, bei Unklasgen wegen Beleidigung den Beweiß der Wahrheit zu verstatten, vorausgesetzt, daß der Angegriffene von der beabsichtigten Führung dieses Beweises in Kenntniß gessetzt ist, um ihn bei der Verhandlung durch Gegenbeweisentkräften zu können. Ueber den Einfluß der Wahrheit auf die Strasbarkeit der Veröffentlichung sollte aber, nach dem Urtheil Aller, die Jury frei bestimmen.

Auf Grund dieses Urtheils der Sachverständigen schlug die Commission in ihrem Report vor, daß bei einer Civilklage wegen Beleidigung die Veritas convicii nicht (wie bisher) eine absolute Vertheidigung ausmachen solle, sondern daß der Verklagte auch noch anzusühren und zu beweisen habe, daß die Veröffentlichung der Allgemeins heit zum Nuten gereicht habe (for the benefit of the Community), daß bei einer Anklage wegen Beleidigung der (bis dahin ganz ausgeschlossene) Beweis der Wahrs beit statthaft und entscheidend seyn solle, wenn die Versöffentlichung nach dem Urtheil der Geschworenen zum öfsentlichen Vortheil diente.

Die anderen Vorschläge der Commission beziehen sich auf die Ausbehnung der Strasbarkeit auf Worte, welche z. B. Unkeuschheit, Feigheit u. s. w. vorwerfen (vgl. Jahrg. 1850. 1. u. 2. Heft), auf die Erlaubniß, zur Verminderung der Schadenersatssumme den stattgehabten Abdruck einer Apologie anzusühren (ein besonderes Prie

vileg ber Beitungen), die nahere Bestimmung ber Strafzeit für die verschiedenen Arten ber schriftlichen Beleibi-Obgleich die getreue ober unpartheiisch abgung u. s. w. gefürzte (fair im Gegensat von garbled) Mittheilung ber Berhandlungen im Gerichtshofe und im Parlamente schon lange de facto als erlaubt angesehen war, so fehlte es boch noch an einer ausbrücklich barauf gehenden Gefetesbe-Auch diese wurde von der Commission sub stimmung. Nr. 10 formulirt. Beitere Borschläge betreffen bie Saft= barkeit eines Prinzipals für die Thätigkeit seines Agenten (vgl. Jahrg. 1850. 1. u. 2. Heft), und schließlich wird bestimmt, daß bie Cautionen, welche von periodischen Berten für die Bezahlung der Stempelsteuer verlangt werden, zugleich als Cautionen für bie Bezahlung etwaniger zuerfannter Schabenbersatgelber bienen sollen.

Die 14 Propositionen der Committee wurden von Bord Campbell, bem Beanlaffer derfelben, zu einer Bill zusammengestellt. Ehe bieser Gesetzesvorschlag jedoch zu einem Gesetze murbe, hatte er noch, namentlich im Unterhause, eine sehr einschneidende Kritik zu bestehen. bebeutenbsten Mitglieder nahmen an ber Debatte Theil, unter Anderen auch Gir Robert Peel, und die Bill konnte nicht in ihrem ganzen Umfange burchgesetzt werben; doch enthält das Geset vom 24. August 1843 (6 u. 7 Victoria c. 96) alle wesentlichen Vorschläge, vor Allem aber das Pringip, daß auch bei Unklagen wegen Libells bie exceptio veritatis vorgebracht werden darf, daß es aber der Jury unbenommen bleibt, trot der Wahrheit des Borgeworfenen den Urheber der Beröffentlichung bennoch schuldig zu finden, wenn nach ihrer Ueberzeugung bie Beröffentlichung nicht for the public benefit war.

Durch diese Modification des bis dahin geltenden Rechts scheint wirklich eine sachgemäße Entscheidung getrof:

fen zu seyn. Eine Jury wird ohne Zweisel den Berführer, der sein Opfer nach langer Buße aus ihrem tadellosen Wandel ausschreckt, trot der Wahrheit seiner Angabe schuldig sinden, und ebenso unzweiselhaft den Journazischen, der wie die Times vor einigen Jahren, vielleicht mit ungeheuern Kosten, das Spinnengewebe einer Schwindlerzempagnie ausbeckt, freisprechen. Eine verständige Jury wird auch Den nicht strafen, der aus schlechten Motiven dem Publikum durch seine Angaben einen großen Dienst erweist.

Aehnlich, aber in Bezug auf den letzten Punkt nicht ganz so lobenswerth, ist die Gesetzgebung von Massachussetts, welche außer der Wahrheit verlangt, that the matter charged to be libellous was published with good motives and justisiable ends. (Revised Statutes of Mass. chap. 133. sect. 6.)

Das neue englische Gesetz hat, nach dem Borschlag der Commission, jetzt ein Maximum der Strase für 3 verschies dene Abstusungen des Libells sestgesetzt. Nach s. 3 desselben wird die Beröffentlichung eines Libells, wenn Drohungen vorhergegangen sind (um Geld, eine Anstellung u. s. w. zu erpressen) mit Correctionshausstrase von höchstens 3 Jahzen (mit oder ohne harte Arbeit) belegt. Ein Libell, dessen Unwahrheit der Libellant kennt, soll mit Geldbuße und Gefängniß oder Correctionshausstrase dis zu 2 Jahzen, sonst mit Geldbuße und Gefängniß bis zu 1 Jahren, sonst mit Geldbuße und Gefängniß bis zu 1 Jahren, sonst werden.

Die bedeutenbste Aenderung, welche durch dieses Gesetz herbeigeführt wurde, bestand daher in der Erweites rung der Besugnisse der Geschworenen, und so überzeugt ist man in England, daß nur Geschworene, Vertreter des Publikums, über Beleidigungen zu richten haben, daß die neuesten Resormen in der Civilrechtspslege die Compes

#### 572 Die Lehre von den Beleidigungen 2c.

tenz der Jury auf diesem Sebiet unangetastet gelassen haben. Dreimal sind schon über die County Courts, welche der Civiljury einen großen Theil ihrer Geschäfte abgenommen haben, neue Sesetze ergangen, allein die Civiltlage wegen Slander ober Libel ist stets ausbrücklich den Obergerichten, bei benen Seschworne thätig werden, vorbehalten worden.

#### Berichtigung.

Im vor. Stud &. 430. Mot. 3. 5. muß es fatt "v. Magnan" beißen: v. Sannau.

# Archiv

bes

# Criminalrechts

Neue Solge.

perausgegeben

nod

den Professoren

I. F. H. Abegg in Breslau,

> A. W. Heffter in Berlin,

C. J. A. Mittermaier in Heibelberg,

I. M. F. Birnbaum in Gießen.

E. Herrmann in Göttingen,

S. A. Zacharia in Göttingen.

Beilageheft zu 1852.

Palle,

C. A. Schwetschfe und Sohn. (M. Bruhn in Schleswig.)

1852.

## Then Cinc.

Commence of the second

La Far till maler.

# Vorwort.

Die nachfolgende Abhandlung war für unser Ar= chiv bestimmt, und am Schlusse des vergangenen Jahres von mir abgesandt worden. Als mir un= längst von dem Herrn Berleger die Mittheilung gemacht wurde, daß man wünsche, diese Abhand= lung, welche in verschiedene Abschnitte gesondert und in mehrere Hefte vertheilt, nur verhältnißmä= sig spät vollständig abgedruckt werden könnte, als= bald als ein Ganzes in einem Beilage = Hefte er= scheinen zu lassen, hatte ich diesem Vorschlag um so weniger etwas entgegen zu setzen, als bereits eine geraume Zeit abgelaufen war, seit ich dieselbe aus den Händen gegeben. Es ist bei einer regel= mäßig in bestimmten Terminen erscheinenden Zeit= schrift, bei der Sorge für den erforderlichen Stoff unvermeiblich, daß einzelne Beiträge erst nach mehr ober minder langer Frist zum Abdruck kommen. Und da wird denn der Berfasser, welcher den wohl= wollenden Freunden der Wissenschaft gern etwas, nach Kräften Vollendetes vorzulegen wünscht, es oft bedauern, daß es ihm bennoch nicht möglich

war, die Ergebnisse fortgesetzter Beschäftigung mit dem Gegenstande hinzuzufügen, oder auch Manches zu verbessern, wie es unter andern Voraussetzungen geschehen könnte.

Dieser Umstand veranlaßt mich ein kurzes Vorwort vorauszuschicken. Es sind in unserm Ardive, dem ich als Mitherausgeber eine besondere Theilnahme widme, mehrere Arbeiten von Andern und von mir in Beilage = Heften erschienen. Die meinigen betrafen die Entwürfe zu Strafgesetzgebungen und Strafprozeß = Ordnungen in Preu-Ben: es war aus Gründen, die einer Ausführung nicht bedürfen, gerechtfertigt und geboten umfassendere Schriften möglichst bald und ungetrennt benen vorzulegen, welche in irgend einer Beise bei den Berathungen in Geset = Commis= sionen ober in den Kammern mitzuwirken ben Beruf haben. Ein solcher Fall tritt bei der folgenden Abhandlung, deren Aufgabe es war, einen Beitrag zur geschichtlichen Erläuterung der P. G. D. zu liefern, nicht ein, und so könnte möglicherweise von denen, die mich nicht näher kennen, die von der sonstigen Art des Abdruckes der Aufsage für das Archiv, eine Ausnahme machende, besondere Ausgabe meines Versuches eine Mißbeutung erfahren, welcher zu begegnen ich für eine Pflicht, und nicht blos gegen mich selbst, erachte.

Nach vielfacher, in aufrichtiger Theilnahme an den Forderungen der Gegenwart, nicht abzuweisenben Besthäftigung mit ben neuern Gesetze Entwürfen wat es mir Bedürfnis und eine Geu nugthuung, wieber einmal zu lieb gewördenen geschichtlichen Studien zurückzukehren und einen bisher nicht hinkanglich gewürdigten Gegenstand, bet unser gemeines Recht, und eine gewiß wichtigte Seite der Pauptquelle deffelben, bet P. G. D. bettifft, zur Sprache zu bringen. Wie sich auch, bei dem gerechtfertigten Streben in allen beutschen Landen, neue' zeitgemäße Strafgesetzgebungen zu Stande zu btingen, bas Schicksal unferes Rechts gestetten, wie sehr für das praktische Recht die P. G. D. — die mehr Gegner als Kenner hat — in ben Hintergrund treten möge, die Wissenschaft wird immer noch lange Zeit zu derselben zurückkehren, ein grundliches Studium bes einheimischen Straf= rechts von ihr ausgehen, das Bedurfnis das Gemeinsame festzuhalten, auf jenes Rechts= ober Bes setz Buch hinweisen müssen. So darf ichendenn wohl die Aufmerksamkeit derer in Anspruch nehmen, welche auch dem Geschichtlichen seine gebüh= rende Stelle einräumen, während ich darüber, ob für unsere Zeit und die neuern Gesetzgebungen, etwas der Beachtung zu Empfehlendes beigebracht sen, mich dem Urtheile der Sachverständigen un= terwerfe. Daß aber die richtige Auffassung des Berhältnisses von Religion und Recht, von Kirche und Staat, für die Gesetzgebung und vornehmlich auch im Gebiete des Strafrechts von hoher Wich=

tigkeit sen, wird Riemand bezweifeln. Betrachtet man die Sitten und Rechts Geschichte der Bölker des Alterthums, der spätern Zeit und der christlichen Staaten in den verschiedenen Perioden, so wird man die Beziehung beider auf einander vielsach, zugleich aber den Einsluß der jedesmaligen Zeitanssicht, und alles dessen, wodurch diese bedingt ist, erkennen, und hierin theils die Erklärung, wenn auch nicht überall, Rechtsertigung dessen, was zur Geltung gelangt ist, theils den Grund der Schwiesrigkeit einer vollständigen Lösung der Aufgabe bei dem Kampse widerstreitender Reinungen und Rächte sinden.

Die Wissenschaft hat sich auch hier zu betheisligen: sie darf nicht blos zuschauend sich verhalten. Der nachfolgende geschichtliche Versuch macht keinen Anspruch für mehr als einen kleinen Beitrag zu gelten.

Breslau, im Juni 1852.

# Cinleitung.

Ansere ältern beutschen Rechts = und Geset = Bücher find nicht nur ihrem ganzen Inhalte nach von den Grund= sähen der dristlichen Religion, nach der jedesmaligen Auffassung der Zeit, durchdrungen, sondern fie stellen sich auch in einer mehr ober minder bestimmt ausgesprochenen Beise in ein näheres Berhältniß zu berselben. Allerdings gilt bas erstere nur im Allgemeinen und es tritt bei ben rechtlichen Bestimmungen nicht hervor, die auf einer selbst= ftanbigen Grundlage beruhen, und eine religiofe Beziehung, als eine besondere, nicht anders als in sofern zulassen, daß die Erfüllung des Rechts, die Gerechtigkeit in der umfaffendern und tiefern Bedeutung, in welcher der Begriff in der heiligen Schrift genommen wird, selbst zu einer religiösen Pflicht gemacht, als solche namentlich ben Rich = tern — aber nicht blos biesen eingeschärft wird. Wohl aber zeigt es sich in ben Geboten und bei ben Lehren, auf beren Gestaltung und Ausbildung das Christenthum einen geschichtlich nachzuweisenden Einfluß gehabt hat 1), wie dieser auch in dem spätern römischen Rechte in der Ge= setgebung von Constantin d. Gr. an, erkennbar ift. Das andre bezeichnet dagegen bestimmter und sichtlich die Ansicht, bie ber Gefetgeber von ber Natur und bem Grunde des Rechts, von seiner ihm durch eine bobere anerkannte Autorität beigelegten Pflicht und Macht hat, woraus bann weiter abgeleitet wird, was er von Denen fordert, die in

<sup>1)</sup> S. überhaupt Jacobson, kirchenrechtliche Bersuche. Zweister Beitrag. Königsberg 1833. S. 43 fg. Wilda, Strafsrecht der Germanen, Halle 1842. S. 530 fg.
Archiv d. Er. R. (Beilage: Peft ju 1852.)

## 572 Die Lehre von den Beleidigungen 2c.

tenz ber Jury auf biesem Sebiet unangetastet gelassen haben. Dreimal sind schon über die County Courts, welche ber Civiljury einen großen Theil ihrer Seschäfte abgenommen haben, neue Sesetze ergangen, allein die Civilslage wegen Slander ober Libel ist stets ausbrücklich den Obergerichten, bei benen Seschworne thätig werden, vorbehalten worben.

### Berichtigung.

Im vor. Stud S. 430. Rot. 3 5. muß es ftatt "v. Magnan" beißen : v. paynau.

Du. Gebauer - Cometschfe'sche Buchbruderei in halle. Rechts schein.

fast in's Extrem gehenden Werth legt, so daß nicht etwa blos das Rirchliche, sondern das Allgemein Religiöse und Christliche fast ganzlich bei Seite gesetzt wird, ber frühern Zeit fremb seyn mußte, daß die Festhaltung bes Zusammenhanges und der nahen gegenseitigen Bezie= hung auch in einer objektiven Weise, so wie sie in dem Subjekt nothwendig statt findet, sich bei der Behandlung bes positiven Rechts und in der Gesetgebung äußern mußte, kann um so weniger auffallen, wenn man bas frühere Berhältniß von Kirche und Staat, insbesondere in dem Beiligen Römischen Reiche beutscher Nation berucksichtigt, als man selbst in ben Werken über bas später f. g. Naturrecht, welches so lange in Berbindung mit ber Moraltheologie und auch von Theologen bearbeitet worden ift, von der religiösen Grundlage und von der Bibel, als einer auch für bas Recht und bie weltlichen Berhaltniffe, anzuerkennenden Autorität ausging. So erklärt sich auch, um Dies gleich hier fur unfern nahern 3med einer Betrachtung ber Carolina nach dieser Seite anzuführen, wie man nach der ganzen Richtung der Zeit der Abfassung derfelben - bas Canonische Recht, als eine ber ergänzenden Quellen betrachten konnte, obschon sie als solche nirgends genannt ist 3), während so häufig auf gemeine kaiferliche Rechte, Satzungen ber Vorfahren zc. hingewiesen Das Ergebniß für unser gemeines Strafrecht, wie es durch Praris und Wissenschaft festgestellt worden, ift nicht nur nirgends bezweifelt, sondern auch in seiner Berechtigung nicht angefochten worden.

Es soll jedoch hier als Einleitung zu den Betrachtungen, die ich einem wenig besprochenen Gegenstande zu widmen gebenke, nur jene Thatsache erwähnt, nicht aber

1 1

<sup>3)</sup> v. Wächter, Gemeines Recht Deutschlands, insbesondere gemeines deutsches Strafrecht. Leipzig 1844. S. 29. Not. 22.

eine Rritif des frühern und bes jetigen Standpunktes, um ben einen ober den andern zu loben oder zu tadeln, ange: Man wird nicht verkennen, daß ungeach: stellt werben. tet des erwähnten Standpunktes und der Grundlage, von welcher die ältere Gesetzebung ausging, doch theils gar Bieles aufgenommen oder beibehalten mar, mas mit mahr= haft driftlichen Principien schwer zu vereinigen ist, ja mit folden in entschiedenem Widerspruch steht, theils daß in mancher Hinsicht die Geltendmachung bes specifisch Christlichen — nicht im Geiste und in der Wahrheit, sondern in mehr äußerlicher Weise — einen mit dem Rechte nicht zu vereinigenden Charafter der Ausschließlichkeit annahm. Und wiederum wird man die schärfere Trennung zweier verschiedenen Gebiete, die durch den wiffenschaftlichen Ents wicklungsgang und die principielle Bestimmung, so wie burch die dadurch bedingte Form des Einen und des Undern nothwendig, und, richtig verstanden, zu beiderseitigem Bortheil statt finden mußte, nicht durchaus beklagen und mißbilligen durfen. Denn bie ausdrückliche Bezugnahme auf das Religiöse im Recht verbürgt für sich allein so wenig, daß jenes seinem wesentlichen Inhalte nach ben gebührenden Eingang gefunden habe, als der Mangel berselben einen Beweis dafür abzugeben vermag, baß bas Recht und die Gesetzebung von jener Grundlage abgewichen und daß die für berechtigt anzuerkennenden Bezies hungen abgeschnitten sepen. Im Gegentheil, seitbem nicht mehr die Kirche ausschließlich — neben dem mas ihren eigenthümlichen Inhalt und Gehalt ausmacht, die Trägerin des Geistes, der Wahrheit und der Gesittung ift, seit: bem auch ber Staat, nachdem er die Stufe strenger Bucht und Bildung durchgegangen, selbst ein Organismus be wußter Sittlichkeit ist, hat er die für das weltliche Reich und Recht anzuerkennenden Ergebnisse bes Christenthums aufgenommen, und eignet sich bieselben immer mehr zu,

fo baß wir ihn in seinen Einrichtungen und Gesetzen von jenem Geiste und Elementen durchdrungen finden, auch wo darauf nicht überall ausdrücklich hingewiesen wird. Dhnehin muffen bier Rirche und Religion, Chri= ftenthum und ein bestimmtes Betenntnig unterschie= den werden. Bei ber Schwierigkeit, das gegenseitige Berhältniß von Staat und Kirche gehörig zu bestimmen, bei Conflikten, die zwischen bem Staate und der Rirche, nicht aber mit der wahren Religion hervortreten, ist es wohl am besten für beide, wenn ba, wo jedes auf seinem Bebiete feine Freiheit und Recht hat, wo unmittelbare Berührungen nicht vorkommen, solche auch nicht erft herbeigeführt werben, und wenn ber Staat feine Aufgabe, ohne Werkennung und ohne Störung bes innern Bandes, selbst= ständig zu lösen sucht. Welche Nachtheile auch im Gebiete ber Strafrechtspflege bie Berkennung bes richtigen Berhältniffes, das Uebergreifen des Staats und der welt= lichen Gewalt in das Kirchliche, und eben so dasjenige ber Rirche in die staatlichen und bürgerlichen Gebiete, in alter Beit und bis auf die neueste herbeigeführt hat, das bedarf hier nur ber Andeutung. Die Gegenwart scheint mir kaum berufen, die Fragen, die jett, und zwar von sehr entgegengesetten Standpunkten aus, gestellt werden, befriedigend zu lösen, den Anforderungen, die sich mehr oder weniger berechtigt aussprechen, zu genügen; es scheint mir eine Uebergangsperiode zu einer Entwicklung zu senn, die hoffentlich zum rechten Ziele führt. Bleiben wir dabei stehen, ohne ben driftlichen Staat in ber ausschließlichen Bedeutung zu haben oder zu munschen, wo dieser so oft misverstandene Ausbruck so viel Anstoß gegeben und Wi= derspruch erfahren hat, doch unsere Staaten und Gesetzgebungen die Grundlage und ben Zusammenhang, wonach fie dristliche heißen, nicht verkennen können, und daß mehr und mehr ba, wo eine Beziehung bedingt ift, diese

auch burch übereinstimmend angenommene Grundfage im Beifte ber Wahrheit und bes Rechts gur Geltung gelangen Rur ben Staat aber wird beshalb nicht minder merben. in Anspruch genommen werben burfen, mehr zu senn als eine bloße Nothanstalt und die Darstellung des Mangelhaften, gegenüber einer, nur auf ber anbern Seite liegenden höhern Bollfommenheit, welcher nachzustreben er fich nicht durch Berweisung auf jene enthalten barf. Uns ift ber Staat auch mehr als eine bloge Rechtsanftalt, und wir theilen nicht bie in ben letten Jahren so oft ausgesprochene Meinung Bieler, daß bas lette erreicht sep, indem wir angeblich aus bem f. g. Polizeistaat in den Rechtsstaat übergegangen seven - eine Behauptung, bie theils ungegründet ift, theils auf eine Bertennung bes Besens des Staats, wie der Polizei und des Rechts beruht, wenn ich gleich nicht bestreiten will, was ber richtige Sinn dieser Ausdrucksweise in ber nothwendigen Beschränfung ist 1).

Die Betrachtung des Verhältnisses von Kirche und Staat läßt sich auf sehr verschiedene Theile der Rechtswissenschaft und der Gesetzebung beziehen; und fast überall wird man sinden, daß noch Manches einer genauern und unserer Zeit entsprechendern Bestimmung bedarf — wobei freilich nach der Verschiedenheit der Ausgangspunkte der einzelnen Vertreter der sich hier geltend machenden Interessen eine Uebereinstimmung in Betress der Anforderungen nicht statt sindet. Conslikte — nicht blos in der theoretischen oder auch der legislativen Behandlung, sondern vornehmlich in der Anwendung, sind um so schwerer zu vermeisben, je mehr sie durch den Gegensat der Principien hers

<sup>4)</sup> Meine Abhandlung in dem Archiv des Crim. Rechts 1850: "Die Strafrechtswiffenschaft und die Anforderungen an eine neue Gesetzgebung." S. 59.

beigeführt werden — wodurch der Kampf zuletzt auf ein anderes Gebiet versetzt wird. Und diefer Gegensatz bezieht sich nicht blos auf Rirche und Staat, sondern auch auf das Verhältniß verschiedener Religionsbekennt: nisse und ber christlichen Confessionen zu einan= der im Staate, mas die Schwierigkeit theils erhöht, theils oft erst herbeiführt. Der Versuch, dieser badurch zu begegnen, daß der Staat das Religiöse und Rirchliche als völlig außerhalb seiner Sphäre und Aufgabe liegend betrachtet — was besonders in unserer Zeit von Bielen verlangt wird, - ift nicht geeignet zum erwunschten Ziele zu führen, da die zu achtende Gewissensfreiheit und religiose Ueberzeugung sich nothwendig bis zu den außersten Conse= quenzen behauptet, und auch für diese nicht blos Dulbung, sondern Anerkennung und Schutz fordert. Allerdings wird bis zu einem gewissen Grade, bei einer richtigen Unterscheidung dessen, was des Staats und ber Kircheist, bei einer gehörigen Grenzbestimmung, so weit solche möglich ist, manche Quelle bes Streits verstopft, wenn ber Staat lediglich von seinem Standpunkte aus seine Forderungen aufstellt, seine Gesetze erläßt und handhabt, bas Uebrige aber dem Gebiete anheimstellt, wo es seine Berechtigung hat; allein vollständig wird bies um so weniger gelingen, je mehr auch der Staat selbst und unmittelbar ein religioses Interesse hat und mahren muß, überhaupt weder das Religiose ignoriren und bei Seite seten barf und fann, noch von seinen Gliebern, ober von sich selbst, - ba auch ihm ein Selbstbewußtsenn zugeschrieben werden muß Gottverlassener betrachtet werden barf. Indessen ist hier ber Ort nicht, diesen wichtigen Gegenstand erschöpfend zu behandeln. Daß Alles dies auch auf bas Strafrecht seine volle Unwendung finde und die Gesetzebung stets beschäftigt habe, ist eben so bekannt, als daßes neben bem welt. lichen auch ein firchliches Strafrecht gegeben hat

und giebt, wobei einerscits eine Grenze überall behauptet, andrerseits häufig genug diese, entweder weil sie überhaupt bestritten mar, ober weil ein Streben fatt fanb, bie eigne Macht auf Roften ber bes andern Theils auszudehnen, überschritten und banach Uebergriffe mahrgenommen murben, Die Unbeil genug gebracht haben. Die frühere Ausdehnung ber Strafgewalt ber Rirche hatte an sich und in ber geschichtlichen Entwidelung eine später ihr nicht mehr zu Statten tommende Rechtfertigung: fie mußte in die Schranten zurücktreten, innerhalb beren ihr auch jest ihr Recht zugestanden wird, indem bas, mas hier einer Berichtigung bedarf, junächst, obschon boch nicht ausschließlich von ihr ausgehen muß, ba fie ihr Recht im Staate ausübt und fich, wo fie baburch beffen Principien berührt, feis ner Aufficht nicht entziehen fann. Ueber eine ungebubrliche Ausdehnung der weltlichen Strafgewalt, mo fie lediglich in ihrer Sphäre sich bethätigte und nicht etwa ber Rirche solche in der Form bes brachium seculare lieb, wobei dahin gestellt bleiben mag, wie weit und in welchem Sinn es richtig sen - ecclesia non sitit sanguinem - hat man zwar im Allgemeinen weniger geflegt. Im Gegentheil, man hat fich von Seite ber Rirche auf ein Recht berufen, diese traurige Bulfe zu forbern, wo man mit rein firchlichen und bisciplinarischen Rugen und Strafmitteln nicht ausreichen zu konnen glaubte. Aber bennech burfte man fich, jebenfalls in einer spätern Beit, über bie große Ausdehnung bes weltlichen Strafrechts und ber Strafrechtspflege auf Bandlungen beschweren, die oft nur bochft gezwungen als Berletzungen ber Unforderungen bargeftellt werden konnten, welche bem öffentlichen weltlichen Straf: rechte verfallen. Die neuesten Gesetzebungen haben ben lettern möglichst enge Grenzen gezogen - im Allgemeinen mit Recht, und selbst, wo man einigermaßen zweifeln burfte, ob nicht in solcher Beschränkung zu weit gegangen sen, wird

vensweise. Soviel aber ist wohl nicht in Abrede zu stellen, daß der Staat, nach seiner Aufgabe und seinem Berhältniß zur Kirche, die Berletzungen des Religiösen, wo sie eine Seite darbieten, die ihn selbst mittelbar oder unmittelbar berührt, nicht ungerügt lassen der hier zu ahndenden strafbaren Schuld und über den Grad der Berwirkung
gebührende Rechenschaft zu geben. Freilich wieder ein
reichlicher Stoff zu Streitfragen, wie denn das, was neuere
Gesetzebungen darüber aufgestellt haben, den Einen zu
weit, den Anderen nicht weit genug gegangen erscheint 5).

#### §. 1.

Wenn wir versuchen wollten, bas gemeine Strafrecht in seinem Berhältnisse zu den religiösen Lehren der Zeit zu betrachten, oder bestimmter nachzuweisen, wie weit einer= feits ber Einfluß berfelben auf die strafrechtliche Behand: lung der Berbrechen überhaupt sich geltend gemacht habe, - andrerseits, welche mehr ober minder rein kirchliche Berbrechen — vorausgesett, daß sie solche überall waren auch unter ben Gesichtspunkt weltlicher Strafbarkeit gezogen worden find, und wie insbesondere folche Bandlungen, Die eine religionswidrige Richtung haben, aber ihrer Natur und ihren Folgen nach auch im Staate gerügt worben, fo könnte so wenig eine Beschränkung auf basgeschriebene Recht ber P. G. D. Carls V. zum Ziele führen, als es überhaupt gelingen würde, aus bieser allein ein voll: fandiges Syftem des in Deutschland geltenden Strafrechts abzuleiten. Jenes Rechtsbuch macht ja selbst nicht Un-

<sup>5)</sup> Meine kritischen Betrachtungen über den Entwurf eines Strafgesetbuches für die Preußischen Staaten vom J. 1843. 6. 53 fg. 320 fg. 329 fg. 549 fg.

spruch, als ein vollständiges und erschöpfendes Gefet buch ju gelten und weiset überall auf die ergänzenden Quellen und Hulfbrechte, und nicht minder auf gute löbliche Gewohnheiten, Berfommen und Gebrauch zurud 6). Darüber hat man in der Anwendung nicht gezweifelt und die Theo: rie hat dies stets anerkannt, bestätigt und auf dieser Grund: lage an der zeitgemäßen Fortbildung mitgearbeitet. Auch bat biese und mit ihr die Praris dem neuern Berechtigten ben Eingang, nicht ohne Widerspruch, oft gegen das aus: bruckliche Gesetz vorbereitet und verschafft, um so leichter folglich ba, wo nicht bas Gesetz im wörtlichen Sinn, son: bern ber frühere Gebrauch, ben die Zeitansicht bestimmte, entgegenstand, und gegen welchen auf Grund einer jett für berechtigt erachteten veränderten Auffassung bas Reue mit berogirender Wirkung auftrat. Auch hierüber ift viel verhandelt worden 7).

Allein, wenn gleich die Carolina nicht, wie neuere umfassende Gesetzgebungen, die Bestimmung hatte, an die Stelle des frühern, durch sie selbst außer Kraft zu setzenden Rechts zu treten, so daß sie ausschließend gelten sollte, — wie denn schon, anderer innerer und äußerer Gründe nicht zu gedenken, die salvatorische Clausel dem entgegenstände — so dürsen wir sie doch für den Zweck unserer

<sup>6)</sup> Damit steht nicht in Widerspruch, das in einzelnen Punkten allgemein verbindliche neue Bestimmungen aufgestellt und anerkannte Mißbräuche abgeschafft werden; vgl. Wächter, gesmeines Recht, insbesondere gemeines deutsches Strafrecht S. 30 fg.

<sup>7)</sup> S. unter andern Heffter Lehrbuch des gemeinen deutschen Crim. Rechts &. 14 fg.; Feuerbach's Lehrbuch &. 5. (Ansmerk. v. Mittermaier zur 14. Ausg.); mein Lehrbuch &. 15 fg.; Roßhirt, Geschichte und Spstem des deutschen Strafrechts, Band I. S. 331 fg. und besonders v. Wächter a. a. D. S. 19 fg., der hier Manches berichtigt und dem Werk mit Recht größere Bedeutung beilegt, als nur ein Bolkskatechismus zu senn. Marezoll, das gemeine deutsche Crim. R. §. 9 fg.

Abhandlung als ein in sich geschlossenes Ganzes betrachten und die Frage zur Beantwortung vorlegen, wie sie das Verhältniß zur Religion, insbesondere der christlichen, aufgefaßt habe?

Ein wissenschaftliches Interesse für die Geschichte ber P. G. D. bietet bieser Gegenstand gewiß, wenn auch eine Untersuchung über denselben für die praktischen Ergebnisse mit Rucksicht auf die Unsichten und Bedurfnisse unfrer Zeit von Manchen theils beshalb für entbehrlich ausgege= ben werden dürfte, weil wir, selbst die Unwendbarkeit der P. G. D. überall in bem frühern Umfange vorausgesett, boch längst, und grabe in ben bier zu besprechenden Behren von andern Grundsäten ausgehen, theils und vornehmlich, weil bei ber großen Bahl neuerer beutscher Strafgesetz= gebungen von einer praktischen Geltung ber P. G. D. faum mehr und jedenfalls nur in engster Beschränkung die Rede seyn könne. Es mag dieses dahingestellt bleiben: die Theilnahme an den Fortschritten ber Gesetzgebung, an ben Bestrebungen dieselbe mit den Forderungen unserer Zeit und mit ben neuern Gestaltungen in bem Staatsrechte, ber Politif, in Uebereinstimmung zu setzen, hat uns niemals abgehalten, ben Werth jenes oft verkannten Werkes und die Berdienste seines Berfassers's) hervorzuheben. So wird es keiner Entschuldigung bedürfen, wenn wir dasselbe nach einer weniger beachteten Seite einer nähern Betrachtung unterwerfen, deren etwanige Unvollständigkeit nicht ber Sache felbst zur gaft gelegt werben moge.

<sup>8)</sup> Ist dieses auch nicht ein Einzelner, und insbesondere, selbst von der Bamberger &. G. D. abgesehen, bei der doch auch noch einige Zweisel obwalten, nicht lediglich Schwarzens berg, welcher vor der Schlußredaktion der P. G. D. gestorben war, so darf und muß doch dieser vorzugsweise genannt werden. Bgl. E. Perrmann, Johann Freiherrzu Schwarzenberg. Ein Beitrag zur Geschichte des Criminalrechts und der Gründung der protestantischen Kirche. Leipzig 1841. S. 23 fg. 31 fg.

Eine Frage, auf die wir zuerft eingehen muffen, bevor wir einzelne Bestimmungen ber P. G. D. betrachten, ift bie, welchen Einfluß Schwarzen berg's Stellung ju ber Rirchenreformation, und biefe felbst auf jenes Gefeteswerk gehabt habe? Daß jener so vielfach hochverdiente Mann ber neuen, damals beginnenden geistigen Richtung und ber Gestaltung ber Kirche — wobei anfangs an eine Trennung gar nicht gedacht murbe - seine lebhafteste Theil: nahme zugewendet, und sich für die Sache der Reformation erklart, auch für dieselbe und deren Unhänger seine Thatigkeit bewiesen habe, ist bekannt 9). Nicht minder daß seine Theilnahme an ber neuen geistigen Bewegung, so wenig als diese selbst, allein stand, sondern sich nothwendig nach verschiedenen Richtungen hin wirksam erzeigen mußte, wovon die Geschichte der Zeit, insbesondere ber Literatur in fast allen Zweigen, auch in ben Sahren zunächst vor der Reformation, und das, was uns von bem Leben Schwarzenberg's und seiner wissenschaftlichen Thätigkeit nach den bis jetzt zugänglich gewesen Quellen mitgetheilt worden, Zeugniß geben 10). Es muß baher jenes Mannes Bedeutung, geistige freie Anschauung der Dinge,

<sup>9)</sup> S. Malblank, Geschichte ber P. G. D. Kaiser Karls V. S. 120 fg. und die Nachweisungen daselbst; Rokhirt im neuen Archiv des Crim. R. Band IX. S. 235; 3 8 pfl in der Zeitschrift für deutsches Strasversahren, Band I. S. 137; Ranke, deutsche Geschichte im Zeitalter der Reformation, Band II. S. 54.; E. Herrmann, "Johann Freiherr zu Schwarzenberg. Ein Beitrag zur Geschichte des Criminalrechts und der Gründung der protestantischen Kirche. Leipzig 1841." S. oben Note 8; und mein zur Jubelseier der Universität zu Erlangen geschriebenes Programm: "Symbolae ad historiam juris criminalis literariam inprimis Academiae Friderico-Alexandrinae spectantes. Vratislaviae MDCCCXLIII." P. 3. Not. 5.

<sup>10)</sup> Malblank a. a. D. S. 119; Roßhirt a. a. D. S. 230; 3 öpfl, das alte Bamberger Recht als Quelle der Carolina. Heidelberg 1839.

humanitat und Gerechtigkeit, wie solche auch in ber Bams berger Halsgerichtsordnung und in der Carolina erkenn: bar sind, hoch genug angeschlagen werben, wenn uns auch über seinen besondern Untheil an der Abfassung der lets tern die nahern Nachrichten fehlen. Dagegen barf nicht zu viel Gewicht darauf gelegt werden, daß Schwarzenberg förmlich zu der ohnehin erst in der Bildung begriffenen neuen Kirche übergegangen sen, wenn er in seiner Theil= nahme an den Bewegungen der Zeit, der neuen Cehre und des ren Begründern und Vertheidigern, insbesondere D. Mar = tin Euther zugethan war 11). Denn die unzweifels haft von Schwarzenberg redigirte Bamberger Halsge= richtsordnung, wenn auch darüber, wie weit diese als dessen alleiniges Werk zu betrachten sen, etwas Bestimm. tes nicht vorliegt, ist in der ersten Ausgabe im Sahre 1507 erschienen 11 b), also 10 Jahre später als die Thesen von Euther zu Wittenberg aufgestellt wurden. Auch die mit jener — abgesehen von den wenigen formels len Abweichungen - wörtlich übereinstimmende Branden= burgensis, beren erste Ausgabe vom Jahre 1516 ift, fällt vor jene Periode, und es darf also nicht angenommen werden, daß der schon vorher erfolgte Uebertritt Schwarzenberg's in Brandenburgische Dienste, welcher unter funf Bischöfen von Bamberg und Einem von Bürzburg die Stelle eines (Land=) Hofmeisters bekleidet hatte 12) und der mahrscheinlich bis jum Tobe des Bischofs Georg von Bamberg in seiner Stellung geblieben war 13), die Folge eines Religionswechsels

<sup>11)</sup> Hagen, Deutschlands literarische und religiöse Berhältnisse im Zeitalter ber Reformation. 3 Bände. Erlangen 1843.

<sup>11</sup> b) Eine Zusammenstellung aller Ausgaben der Bambergensis sindet sich in der angef. Abhandlung Roghirt's S. 244. 245. Dazu kommen die seitdem besorgten Ausgaben von Schmid und 3öpfl.

<sup>12)</sup> Malblant a. a. D. S. 119.

<sup>13)</sup> Roffirt a. a. D. S. 237.

gewesen sen <sup>14</sup>), wovon damals noch gar nicht die Rebe senn konnte, wie denn auch, was sich hierauf beziehen ließe, erst in das Jahr 1524 fällt <sup>15</sup>), während die Uebers gabe des Augsburger Bekenntnisses, mit welcher in der Kirchengeschichte ein Abschnitt bezeichnet werden muß, bestanntlich im J. 1530 also zwei Jahre nach Schwarzensberg's Ableben erfolgte <sup>16</sup>).

Dürfte man jenem, übrigens für die Geschichte der Berbreitung der neuen Lehre wichtigen Umstande jene Berdeutung beilegen, so müßte der nothwendige Entwicklungszang doch wohl der seyn, daß in den beiden frühern der Resormation vorausgegangenen Werken sich ein überwiezgender Einsluß des religiösen Elements im Sinne der katholischen Kirche fände, welcher dann in der erst 1532 zu Stande gekommenen Carolina 17), bei deren ersten Berathung, nach dem Projekt von 1521, Schwarzenberg noch mit thätig war, nicht mehr sichtbar und vielmehr ein entzgegengesetzter eingetreten wäre. So ist es aber nicht. Zwar wird erst die weitere Betrachtung des Inhalts der P. S. D. nach der Ausgabe, die ich mir hier gestellt habe, darauf führen; doch will ich schon jetzt bemerken, was Malblank (a. a. D. S. 207) sagt, obschon es auch nicht unbedingt unterz

<sup>14)</sup> In den "Vorlesungen über das gemeine in Deutschland gülztige peinliche Recht, — zum Selbststudium für jeden Staatsbürger allgemein verständlich bearbeitet von Unton Barth, Augsburg 1844" heißt es S. 5: "gewiß ist — daß das neue Gesehuch die Arbeit des Freiherrn Johann von Schwarzensberg, früher bambergischer, dann, nach seinem Uebertritte zur protestantischen Religion, brandenburgischer Minister — welcher — im J. 1528 starb, zu Grunde lag." Das ist minsdestens eine ungenaue Darstellung. S. über das Ganze mein ang. Programm S. 3fg. und daselbst weitere Nachweisungen.

<sup>15)</sup> Malblanka. a. D. S. 120.

<sup>16) 3</sup>öpfl, in d. Zeitschrift f. deutsches Strafverfahren a. a.D. S. 137.

<sup>17)</sup> S. unten zu bem Art. 131 der Bamb. H. G. D. und Art. 109 der C. C. C.

schrieben werden kann: "Die und da finden sich in der Bamb. Constitution Spuren der freiern Denkungsart Schwarzenberg's und seiner heimlichen Abneigung gegen bie Geistlichkeit und das alte Religions System, welche hernach in der Carolina zum Theil ausgemerzt worden find"18). Bei den höchst mangelhaften Nachrichten, die wir über die vie= Ien Berhandlungen auf verschiedenen Reichstagen, wegen der Abfassung des Strafrechtsbuches, besitzen, läßt sich schwer bestimmen, wie groß ber Einfluß der beginnenden Reformation gemesen sen, wenn überhaupt ein solcher ftatt fand. So viel aber darf man annehmen, daß in einer Zeit, wo man noch immer, wie lange nachher, die Hoffnung nährte, die Religionsstreitigkeiten gutlich auszutragen und die Spaltung zu vermeiden 19), jedenfalls ein Ueber= gewicht ben evangelischen Grundsätzen nicht eingeräumt wurde, sowie auch damals ein solches politisch sich nicht gel= tend macht: eher mag man glauben, baß man, sofern es überhaupt auf confessionelle Unterschiede in diesem Theil ber Gesetzgebung ankam, sich in folden Grenzen bes allgemein Christlichen gehalten habe, welche jener Soffnung und bem Buftandekommen bes Werkes, dem die Particulas.

<sup>18)</sup> Er führt den Art. 130 der Bamb. an, welcher in der C. C. weggelassen worden, "weil vermuthlich die Geistlichkeit allerlei Bedenklichkeiten gehabt, und eine Usurpation von dem weltlichen Gerichte besorgte", und setzt in der Note a hinzu: "Andere glauben, daß dieser Artikel wegen der gährenden Reformation ausgelassen worden. Da aber selbst Protestantische Rechtsgelehrte nachher in Bestrafung der Keserei noch sehr strenge Grundsäte aufstellten, so kommt mir meine obige Meinung wahrscheinlicher vor."

<sup>19)</sup> Weniger nachsichtig war Carl V. wo er solche Rücksicht nicht zu nehmen hatte, wie er denn für die Niederlande blustige Gesetze gegen die Anhänger der neuen Lehre erließ; vgl. Correspondance de Philippe II. sur les affaires des Pays-Bas, publiée d'après les originaux conservés dans les archives royales de Simances. Par M. Gachard. Tom. I. II. Bruxelles 1850. S. Gött. Gel. Anz. 1851. St. 113.

gewesen sen <sup>14</sup>), wovon damals noch gar nicht die Rebe seyn konnte, wie denn auch, was sich hierauf beziehen ließe, erst in das Jahr 1524 fällt <sup>15</sup>), während die Ueberzgabe des Augsburger Bekenntnisses, mit welcher in der Kirchengeschichte ein Abschnitt bezeichnet werden muß, bestanntlich im J. 1530 also zwei Jahre nach Schwarzensberg's Ableben erfolgte <sup>16</sup>).

Dürfte man jenem, übrigens für die Geschichte der Berbreitung der neuen Lehre wichtigen Umstande jene Berdeutung beilegen, so müßte der nothwendige Entwicklungszgang doch wohl der seyn, daß in den beiden frühern der Resormation vorausgegangenen Werken sich ein überwiegender Einsluß des religiösen Elements im Sinne der katholischen Kirche fände, welcher dann in der erst 1532 zu Stande gekommenen Carolina 17), bei deren ersten Berathung, nach dem Projekt von 1521, Schwarzenberg noch mit thätig war, nicht mehr sichtbar und vielmehr ein entzgegengesetzer eingetreten wäre. So ist es aber nicht. Zwar wird erst die weltere Betrachtung des Inhalts der P. S. D. nach der Ausgabe, die ich mir hier gestellt habe, darauf sühren; doch will ich schon jetzt bemerken, was Malblank (a. a. D. S. 207) sagt, obschon es auch nicht unbedingt unter-

<sup>14)</sup> In den "Vorlesungen über das gemeine in Deutschland gülztige peinliche Recht, — zum Selbststudium für jeden Staatsbürger allgemein verständlich bearbeitet von Anton Barth, Augsburg 1844" heißt es S. 5: "gewiß ist — daß das neue Gesetbuch die Arbeit des Freiherrn Johann von Schwarzensberg, früher bambergischer, dann, nach seinem Uebertritte zur protestantischen Religion, brandenburgischer Minister — welcher — im I. 1528 starb, zu Grunde lag." Das ist minsdestens eine ungenaue Darstellung. S. über das Sanze mein ang. Programm S. 3fg. und daselbst weitere Nachweisungen.

<sup>15)</sup> Malblanka. a. D. S. 120.

<sup>16) 3</sup> öpfl, in d. Zeitschrift f. deutsches Strafverfahren a. a. D. S. 137.

<sup>17)</sup> S. unten zu dem Art. 131 der Bamb. H. G. D. und Art. 109 der C. C. C.

Ganzen nur wenige Spuren des Einflusses der Rirchentren= nung, obschon manche Artikel ber C. C. C. 3. B. ber über den Kirchendiebstahl weggelassen sind, wogegen in andern protestantischen ganbern auch viel später die C.C. C. fast unverändert in Geltung blieb und publicirt wurde, indem es der Praris überlassen war, den neuern Grundsäten, die eine Berechtigung hatten oder denen man eine solche bei= legte, die Unwendbarkeit zu verschaffen — bekanntlich nicht ohne mannigfachen Widerspruch und zwar von andrer Seite und aus andern Grunden als denen, die mit den bier besprochenen Gegenstande in Berbindung stehen. Wir find baber auf die Prufung der einzelnen Bestimmungen ber betreffenden Rechtsbücher hingewiesen, deren Ergeb= niß wir schon vorläufig dahin bezeichnen können, daß von einem entschiebenen und überall durchgreifenden Ginfluß ber confessionellen Standpunkte in der P. G. D. insbesondere nicht die Rede sen 22), vielmehr wenn man nicht etwa

22) So werden z. B. die Sächsischen Protestationen auf dem Reichstag v. Jahre 1530, wobei man aus nahe liegenden Gründen an die Reformation denken könnte, nur in Betrest des Sachsen echts aufgestellt. — "Aber wegen unsere Herrn zu Sachsen ist für gewandt, daß Ihren Churs und Fürsts lichen Inaden mit gelegen senn wolt, sich in die gestalte Ordsnung einzulassen, und zuvörderst in die Artikeln, die sich nicht mit den Sächs. Rechten vergleichen, die weil darinnen ein ander Recht — beschrieben und von den vorigen Kansern pris

2

S. 142. Not. 3. Alsbald nach Erscheinen der Carolina ersließ kandgraf Philipp der Großmüthige eine besons dere "Dessische Hals Serichtsordnung", die zum erstenmale im Jahre 1535 gedruckt wurde. — Sie enthält fast wörtlich das Prozessualische der Carolina und einige Verbrechen, thut aber mit keinem Worte der Carolina Meldung, was sich durch das Verhältniß, in welchem der kandgraf sich zu Carl V. bes fand, erklären läßt. Wie lange sie im hessen Darmstädtischen galt, ja sogar ob, kann nicht mit Bestimmtheit gesagt wers den. Die Prozessordnung von 1726 erwähnt ihrer nicht, wähsend die Hessen Casselsche Peinliche G. D. von 1748 S. 19 und 49 ausdrücklich auf sie verwiesen hat. Ihre wenigen Absweichungen von Carls V. P. G. D. sind durch die Art und Weise nicht ohne Interesse."

einige minder bedeutende Abweichungen in Der Fassung ein: zelner Sätze der Carolina von derjenigen der Bamberger H. G. D. hierauf zu beziehen befugt seyn sollte, es ledigs lich der Landesgesetzgebung überlassen war, das Erforderliche anzuordnen; die P. G. D. steht mit den beiden uns erhaltenen Projekten 23) und in ihrem Verhältniß zur Bamberger und Brandenburger H. G. D. vollständig auf der früher ausschließlich angenommenen Grundlage. Wohl aber behauptet sich in derselben nicht nur ein religiöses Element im Allgemeinen, sondern, wie erklärlich das christliche, wie es ungeachtet der mehr hervortretenden Form der katholischen Auffassung als ein gemeinsames, wenigstens im San-

verwahrt würde, damit sächsischen sein Wechten in sonderlich ausgedrückten Fällen, durch die gemeine Reichs-Ordnung nichts würde genommen, dieweil der Sachsenspiegel auch in etslichen Fällen Borsehung thet, als nehmlich von der Sewehr, Wehrgeld und Buß, davon in der R. Ordnung keine Erswähnung besahen." Kress Commentatio succincta in C. C. C. Praek. S. XXI. und "Belangend die Protestationes wider die P. H. D., so stehet auf dem ersten Blate der Akten A. 1530: ""Bon wegen der Churs und Fürsten zu Sachsen ist protestirt worden, in diese Ordnung nicht aus ders zu geheelen, als daß sie den Sächsischen Archten an den Enden, wo etwas in peinlichen Fällen anders katwirt, unentbrüchlich sey," ist verschoben bis ust den nechsten Reichstag." Kress a. a. O. S. XXII. Man könnte daran densken, daß der von dem erwähnten Grunde ausgegangene Protest ein Borwand gewesen seh, hinter welchen sich ein anderer wichtigerer Grund verborgen habe. Wer gerade dies, daß man diesen nicht mehr mit Nachbruck hervorhob, würde sir obige Unsicht sprechen. Bgl. auch v. Bächter a. a. D. S. 30. Mot. 23. Ein Protest gegen das ganze Werk war unzustässig und nicht beabsichtigt.

<sup>23)</sup> Bgl. "die P. G. D. Kaiser Karl's V. nebst der Bamberger und der Brandenburger H. G. D. sämmtlich nach den ältesten Drucken und mit den Projekten der P. G. D. Kaiser Karls V. von den Jahren 1521 und 1529, beide zum erstenmale vollsständig nach Handschriften herausgegeben von Dr. Heinrich Zöpfl." Peidelberg 1842. In dem Folgenden ist überall nach dieser Ausgabe eitirt.

zen und für den Zweck der Rechtspflege nach der Zeitansicht gültiges anerkannt werden konnte.

Dies soll nun in dem Folgenden nachgewiesen werden, ohne daß wir in eine nähere Kritik von dem heutigen Standpunkte aus des Verhältnisses von Religion und Recht, Kirche und Staat, Philosophie und Jurisprudenz weiter als unbedingt nothig zur Beantwortung unserer Frage ist, eingehen werden.

#### §. 2.

Won der allgemeinen Auffassung der Strafgewalt driftlicher Fürsten haben wir bereits gesprochen. Was wir bei Gelegenheit der Berhandlungen über ein zu entwerfen= des Reichsgesetz hierüber finden, ist nicht abweichend von ben frühern und spätern Erklärungen, boch wird es am Ort senn, hier einiges Nähere anzugeben. Go heißt es in dem "Rathschlag kleinern und größern Ausschusses von den Reichsständen auf dem Reichstag zu Worms anno 1521 Trium Regum die S. G. D. betreffend." - ",, ist dem allen nach durch Churfürsten und andere Stände für große Nothdurfft bedacht, daß Ranserliche Majestät auf jetigen Reichstag Gott bem Allmächtigen zu Lob und gemeinen Nuten Willens solcher peinlichen Gerichte halber gute Ordnung und Maß ordnen und setzen"" 24). Und in der Vorrede zu den Projekt v. Jahre 1529: "unnd wie wol wir dan vonn hoe' unsers kan: ambt und standes wegenn, vor got unnd der welt, zum hochsten schuldig und geneigt feint, nuglichen vleis und einsehenns zu haben, damit Im heiligen Romischen Reich alle gericht und Recht wol geords net unnd gehaltenn werden —"25). Und, nachdem endlich

<sup>24)</sup> Kress a. a. O. S. XVI.

<sup>25)</sup> Ausgabe von Böpfl S. 112. 113. Kross a. a. O. S. XVII. Auch die Borrede zu der Bamberger und Brandens burger H. G. D.

einige minder bedeutende Abweichungen in der Fassung einzelner Sate der Carolina von derjenigen der Bamberger H. G. D. hierauf zu beziehen besugt seyn sollte, es ledigzlich der Landesgeschgebung überlassen war, das Erforderzliche anzuordnen; die P. G. D. steht mit den beiden unserhaltenen Projekten in und in ihrem Berhältniß zur Bamzberger und Brandenburger H. G. D. vollständig auf der früher ausschließlich angenommenen Grundlage. Wohl aber behauptet sich in derselben nicht nur ein religiöses Element im Allgemeinen, sondern, wie erklärlich das christliche, wie es ungeachtet der mehr hervortretenden Form der katholisschen Auffassung als ein gemeinsames, wenigstens im Ganz

verwahrt würde, damit sächsischen Kechten in sonderlich ausgedrückten Fällen, durch die gemeine Reichs-Ordnung nichts würde genommen, dieweil der Sachsenspiegel auch in exlichen Fällen Borsehung thet, als nehmlich von der Sewehr, Wehrgeld und Buß, davon in der R. Ordnung keine Erswähnung besahen." Kross Commentatio succincta in C. C. C. Praes. S. XXI. und "Belangend die Protestationes wider die P. D., so stehet auf dem ersten Blate der Afsten A. 1530: ""Bon wegen der Churs und Fürsten zu Sachsen ist protestirt worden, in diese Ordnung nicht ans ders zu geheelen, als daß sie den Sächsischen Arechten Reichsstag." Kress a. a. O. S. XXII. Man könnte daran densken, daß der von dem erwähnten Grunde ausgegangene Prostest ein Borwand gewesen sen, hinter welchen sich ein anderer wichtigerer Grund verborgen habe. Wer gerade dies, daß man diesen nicht mehr mit Nachdruck hervorhob, würde für obige Ansicht sprechen. Bgl. auch v. Wäächter a. a. D. S. 30. Not. 23. Ein Protest gegen das ganze Wert war unzus lässig und nicht beabsichtigt.

<sup>23)</sup> Bgl. "die P. G. D. Kaiser Karl's V. nebst der Bamberger und der Brandenburger H. G. D. sämmtlich nach den ältesten Druden und mit den Projekten der P. G. D. Kaiser Karls V. von den Jahren 1521 und 1529, beide zum erstenmale vollsständig nach Handschriften herausgegeben von Dr. Heinrich Zöpfl." Peidelberg 1842. In dem Folgenden ist überall nach dieser Ausgabe eitirt.

"Rathschlag der kaiserlichen Rathe das R. G. betreffend" bemerkt: "Item so beglichs wider Fürsten der Reichsstett und ander Obrigfeit In clagsweiß anbracht murdet, wi sie bi leut on Recht, oder Redlich versache, vom leben zum tod verurtenlen und richten lassen — barumb ift für gang. nodturfftig, nut und gut angesehen, das solche Reforma: tion Und ordnung uff diesem Reichs Tag beschlossen und Im heiligen Reich allenthalben publicirt verkunt und bei großen ponen zu halten geboten, damit das cristlich plut mit unmenschlicher marter und pennigung nit also unschuldiglich vergossen - "28). Beides wird dann auch zusammengestellt, in dem schon erwähnten Rathschlag v. 3. 1521: " Nachdem auf etlichen vorgehenden Reichstagen stattlich bedacht und befunden worden ist, wie im Beil. Römischen Reich teutscher Nation an den peinlichen Gerichten großer Mißbrauch beschehe, deshalb offter mals. unschuldige Leut wider Recht und Billigfeit um ihre Leib Leben, und Gesundheit und zeitliche Nahrung famen, auch etwa die schuldigen Uebelthäter ungestraft bleiben" 29).

<sup>28)</sup> Harpprecht a. a. D. Beil. N. 244. p. 397. Malblank a. a. D. S. 180. Ich benuse diese Gelegenheit, aus den mitzgetheilten Stellen noch eine Notiz aufzunehmen, die zur Berzwollftändigung dessen dient, was ich in diesem Archiv 1835. S. 23, in Betress der frühern Streitsrage über die Appellastion in Criminalsachen und über die Projekte der C. C. C. und diese selbst ausgeführt habe. Es heißt dort weiter: "on Recht und redliche ursach, on erossnet Irer Berhandlungen Auch on genugsam verleymung, und über das die selben besschuldigte Ihren ursprung von Erbern fromm leuten haben, vom leben zum tod pracht, dyweil doch In solchen peinlichen handl wie In bürgerlichen sachen, kein appellation will zugelassen werden, und das in allweg in solcher ordnung fürsehen, welcher dieselben übersahren und nit halten würden, alsdann der kans. siscal wider denselben auf sein verschulden, an kanserlichen Cammergericht mit Recht procediren solle."

<sup>29)</sup> Kreß a. a. D. S. XVI. Malblank a. a. D. S. 181.

6. Note 28.

das Berk zu Stande gekommen, heißt es in dem Reichsabsschied vom I. 1532. Tit. IV.: "Demnach haben Wir, auch Churfürsten, Fürsten und Ständen nach ferner Berathschlasgung und Bewegung der Sachen Gott dem All mächtisgen zur Ehr und Lob, auch zur Förderung gesmeinen Nutzens für Gut und Nutz angesehen, daß gesdachte H. G. D. in Druck gegeben und in das Reich publiscirt und verkundt werde, damit alle und jede Unser des Heil. Reichs Unterthanen sich hinfürder in peinlichen Sachen, in Bedenken der Größ und Gefährlichkeit derselben, jeht angezeigter Ordnung den gemeinen Rechten, Billigkeit und hergebrachten Gebräuchen gemäß, halten mögen, wie ein jeglicher ohne zweisel für sich selbst zu thun geneigt und beshalben von den Allmächtigen Belohnung zu empfangen verhost"

Die Uebelstände, auf beren Beseitigung durch Absassen eines Reichsgesetzes wiederholt gedrungen wurde, waren aber, anderer nicht zu gedenken, theils der Dißbrauch der Strafgewalt, theils die Unthätigkeit derselben. Es wurde eben so über die Beeinträchtigung Unschuldiger als über die Strassossische der Schuldigen geklagt. Wenn die Forderung dahin ging, "daß übel missethaten frevel, todtschlag, verleumung und dergleichen nit so leichtlich hinzelassen, sondern bei einer veden Obrigkeit und gebiet dapfer und ernstliche strass, wie sich dan gepürt und Recht were darin surgenomen" 27), worauf sich die eben angessührten Aeußerungen beziehen, so wird nicht minder in zenem Sinn, auf dem Reichstage vom I. 1518 in dem

<sup>26)</sup> Sammlung der Reichsabschiede P. II. S. 360. Malblank a. a. D. S. 189. S. auch die "Vorrede des peinlichen Halssgerichts" bei 3öpfl S. 214, welche die letteren Säte, doch in theilweise veränderter Fassung enthält.

<sup>27)</sup> Harpprecht im Staatsarchiv P. III. Beil. R. 243. p. 380. Malblank a. a. D. S. 178.

in vielen Fällen, wo die P. G. D. eine ausbrückliche Strafs bestimmung nicht enthält und nur im Allgemeinen auf die Hülfsrechte Bezug nimmt, die Absicht nicht dahin ging, grade jene strengste Gesetzgebung zu bestätigen, sondern vielmehr, da sie überall auf den Rath der Rechtsverstäns digen verwiesen wird, der weitern zeitgemäßen Ausbilzdung des Strafrechts Raum zu gestatten 33). Nur darf man nicht übersehen, daß die schweren Strafen, insbesondre in den Fällen, wo man auf das Mosaische Recht zurückzging 34), zum Theil schon in der spätern römischen Gesetzgebung, auf jener Grundlage, angedroht sind, und daß

der nach dem Zeugniß von Oldenburger Thes. rer. publ. P. IV. p. 816 auf 20000 Missethäter zum Tode vernrtheilt haben soll — was jedoch Nalblank, und wohl mit Grund, in Zweisel zieht, — sagt derselbe a. a. D. S. 223: "Sein irriger Wahn von der allgemeinen politischen Verbindlichkeit verschiedner mosaischer Gesetze, seine falschen Begriffe von manchen Stellen der heiligen Schrist, verbunden mit der Aus hänglichkeit an die aus gleichen Quellen gestossenen Sächsischen Constitutionen, bewogen ihn bei manchen Verbrechen weitstrengere Grundsätze, als die italienischen Criminalisten aufszustellen. Nach seinen Vorurtheilen war er ein eifriger Verstheidiger der Todesstrafe bei dem Ehebruch, der Bigamie, Blutschande in grader Linie, der Sodomie, Blasphemie, Ketzerei zc."

mittelbar von der eben mitgetheilten Stelle: "Er versäumte die schickliche Gelegenheit zur Aufstellung und Verbreitung gelinderer Grundsäte in den meisten Fällen, worin die P. S. D. entweder durch Unterlassung einer ausdrücklichen Strafsbestimmung oder durch simple Beziehung aufs fremde Necht den Weg bahnen wollte, weil man damals nähere und vom römischen Rechte abweichende Bestimmungen noch nicht wagen durfte."

<sup>24)</sup> Eine solche Beziehung spricht sich z. B. aus in einer in Württemberg ergangenen Verordnung von 1586, Wegen Abstrafung der — Verbrechen wider das sechsste Gesbot, daß solche deshalb gegeben werde, damit die Gerichte wo dergleichen Mißhändler vor ihnen rechtlich angeklagt würsden, zu schleuniger Erkenntniß eine gewisse Regel haben mösgen, wie und wonach sie in jedem begegnenden Fall urtheilen und erkennen sollen." Ralblank a. a. D. E. 216.

die unmittelbare Anwendbarkeit ter Bestimmungen bes Mosaischen Rechts auch in ber Folgezeit von Theologen und Rechtsgelehrten protestantischen Befenntnisses mit nicht geringerm Eifer behauptet und vertheibigt murbe, wie von ben Borgangern, zu einer Zeit, wo von einer Religionstrennung noch nicht die Rede mar, und ber Ein= fluß der Grundfage, von benen man glaubte, bas Christenthum forbere ihre Unwendung auch in weltlichen Gerichten, sich als ein unmittelbarer und ungetheilter geltenb Das Bermittelnbe war auch, wenigstens für bie allgemeinen Grundfate und bie Burdigung ber Strafbarfeit, bas Canonische Recht, von bem wir bereits, mas jett auch übereinstimment angenommen wird, erinnert haben, daß nach den jur Zeit ber Abfassung ber Bambers gensis und ber P. G. D. herrschenden Ansichten nicht die Meinung senn konnte, basselbe als unverbindlich auszu= schließen, und daß bieses jedenfalls nicht bie Meinung ber Praktiker war, burch welche erst auf Grund ber einer Bervollständigung für die besondern Fälle bedürfenden allgemeinen Anordnungen der P. G. D., sich allmählig ein umfassendes System des gemeinen Strafrechts bilbete. Dem steht auch nicht entgegen, bag bas Canonische Recht als solches nicht f. g. weltliche ober bürgerliche, fondern nur firchliche Strafen und Strafmittel aufstellt.

Betrachten wir nun die einzelnen Artikel der P. G. D. in Bergleichung mit ihren Borgängern, in welchen eine religiöse Beziehung ausgedrückt, oder angedeutet ist. Wir folgen dabei der Ordnung des Rechtsbuches.

§. 3.

Die C. C. C. bestimmt in Art. 1: "taß alle peinlich gericht mit Richtern, urthenlern und gerichtsschreibern ver-

sehen und befett werden sollen, von Frommen, erbarn verstendigen und erfaren personen"35). Obgleich dieß eine allgemeine und jett noch geltende Voraussetzung ift, wonach zum Richteramte außer den Erfordernissen, die wir jetz als theoretische und praktische Bildung bezeichnen, auch Burbigkeit und Ehrenhaftigkeit des Berhaltens verlangt werden, die gewiß eine Frucht wahrer Frommigkeit sind, aber nicht umgekehrt solche verbürgen, über welche freilich eine Untersuchung eben so wenig sicher, als sie meist bedenklich ist, angestellt werben kann 36), so ist es boch wohl nicht ohne besondre Absicht geschehen, vielmehr in Rücksicht auf die bereits erwähnten Mißbräuche und Uebelftande für nöthig gehalten worden, jene Eigenschaften mit besondrem Nachdruck hervorzuheben, mährend bie Bam= berger und Brandenburger H. G. D. Art. 3 nur fagen: "mit tügenlichen Richtern und urthenlern — vers sehen" und eben so das erste Projekt v. J. 1521. Art. 1, während das zweite v. J. 1529 sogar nur verlangt: "daß alle peinliche gericht mit Richtern, urteilern — versehen und besetzt fenn sollen", in dem man durch den etwas modificirten Nachsatz "von edleren, unedleren, auch gelerttenn, Sover bie zu bekommen ober sonft andern so tuglichst und best dieselben nach gelegenheit jedes orthe bekom= men und gehabt werben mögen" nicht minder gesagt zu haben vermeinen burfte, als jene frühern, die hier einen Pleonasmus enthalten.

§. 4.

Von größerer Bedeutung scheint mir das zu senn, was in Betreff der Eidesformel der verschiedenen bei

<sup>25)</sup> Bgl. das Kanserrecht, nach der Handschrift von 1372 hers ausgegeben von Endemann. Cassel 1846. Buch I. Cap. 6.

<sup>36)</sup> Weshalb wohl die P. G. D. und die Borgänger hinzuseten: ,, so tugendlichst und best dieselben nach Gelegenheit jedes orts gehabt und zu bekommen sein."

ben Gerichten vorkommenten Personen sich findet. Des ein solcher Gib hiernach überhaupt nur von Chriften abgelegt werden konne, soll nur im Borübergeben mit Rücksicht darauf bemerkt werden, daß man von der Mög: lichkeit anderen als Bekennern der driftlichen Lehre, ein Richteramt zu übergeben, nach der damaligen Auffassung der Rechtspflege und ihres Zusammenhangs mit ben Grundlagen des Staats: und Gemeinwesens gar feine . Borftellung hatte. Die Eidesformel bes Richters schließt in der Bamberger und Brandenburger S. G. D. Art. 5 mit ben Worten: "also Bit mir got ju helffen und bie beiligen", bes Schöppen, Art. 7: "also helff mir got und die heiligen", ebenso Art. 9 bes Nachrichters 37). Während aber bei Richter und Schöppen diefelbe Formel in dem erften Projette Art. 2 und 4 vorgeschrieben ift, lautet dieselbe in bem zweiten Projekte Art. 2 und 4: "alfo helf mir got und die heiligen gottlichen Evangelia" und diese lette Formel hat denn die P. G. D. Art. 3.4.5 für Richter, Schöppen und Schreiber beibehalten 38).

Man darf hierin wohl eine Rucksicht auf die Protesstanten erkennen, die einen Eid unter Unrufung der Heisligen mit ihrer Ueberzeugung nicht für vereindar hielten, wogegen die ausdrückliche Berufung auf die heiligen Evangelia keinem Theile störend war, wie diese Fors

<sup>37)</sup> Der Eib des Nachrichters wird in den beiden Projekten und der P. G. D. hinweggelaffen.

<sup>38)</sup> Bei dem Eide, den der Schreiber zu leisten hat, ist in der Bamberger und Brandenburger H. G. D. Art. 8 und in den beiden Projekten Art. 5 die Bekräftigungsformel weggelassen, in dem es im Anfange heißt: "Item, dem Gesrichtsschreiber soll in seinem Ende den er sunst zum gesricht thut, eingepunden werden — "wogegen die P.C.D. Art. 5 eine bestimmte Formel mit dem erwähnten Schlusse angiebt.

mel, die auch später als eine gemeinschaftliche anerkannt wurde, schon damals und früher bei den Katholiken vorskam. In der "Ordnung des Regiments auf dem Reichstag zu Worms aufgericht anno 1521" kommt §. 34 die Eidesformel vor: "Ich N. gelob und schwer zu Gott und den Heiligen, auf das heilige Evangeslium" 39). Iene Uenderung muß also für eine wohls bedachte erklärt werden und ist dann eine der wenigen, die durch die religiösen Verhältnisse geboten erschien 40).

<sup>39)</sup> Bgl. Sammlung der Reichstags = Abschiede. Frankfurt a. M. MDCCXXXVII. P. II. p. 176.

<sup>40)</sup> In dem "Bertrag zu Passau aufgericht und ratisscirt Anno 1552, den 2. August" (a. a. D. P. III. p. 6) heißt es §. 10. a. E. "auch sonderlich die Form der Beisitzer und anderer Personen und Parthenen Endes, zu Gott und den Seisligen, oder zu Gott und das heilige Evangelium zu schweren, benen so schweren sollen hinfüro fren gelassen werden." — Und in den "Abschied des Reichstag zu Augesburg anno 1555 aufgericht" (a. a. D. S. 33) lautet der §. 107: "Und dann diewenl beiderseits Religions = Bers wandte, an dem Kais. Cammer = Gericht anzunehmen, aber sich der ein Theil, den gewöhnlichen End in der Form zu Gott und ben Beiligen zu schweren, beschwert, derowegen im Passauer Bertrag, die Form der Beisiger und anderer Personen Eid, zu Gott und den Beiligen oder zu Gott und auf das heilige Evangelium zu schweren, denen so schweren sollen, frengestellt, daß die Form des Endes oder Juraments (allerhand ungereimtes so aus diesen zwyspaltigen Formen an Rais. Cammer = Gericht künftiglich erfolgen möcht zu vermeiden) auf ein gewiffe Maak, als nehmlich auf Gott und bas heilig. Evangelium zu stellen." Demgemäß lauten alle Eides= formeln der Cammer = Gerichts = Ordnung v. J. 1555. Th. I. Tit. LVII - LXXXV. für ben Cammer = Richter, Die Beifiger, die untern Beamten, die Procuratoren, Aerzte 2c. "zu Gott und auf das heilige Evangelium." S. noch Richter Lehrbuch des katholischen und evangelischen Kirchenrechts. Dritte Auflage. Leipzig 1848. §. 275. Not. 18—20. 28. Bauer über den Gid. Berborn 1846. S. 28. Schon in ben Cap. 4. X. de jurejurando (II. 24) wird bie Befraftigungefors mel des bischöfflichen Eides angegeben: "Sic me Deus adjuvet et haec sancta evangelia", vgl. Walch Glossar. Introd. p. 89.

ben Gerichten vorkommenten Personen fich findet. Daß ein folder Eid hiernach überhaupt nur von Christen abgelegt werden tonne, foll nur im Borübergeben mit Rudficht barauf bemerkt werben, bag man von ber Dog= lichkeit anderen als Bekennern ber driftlichen Bebre, ein Richteramt zu übergeben, nach der damaligen Auffassung ber Rechtspflege und ihres Zusammenhangs mit ben Brundlagen bes Staats : und Gemeinwefens gar feine Borstellung hatte. Die Eibesformel bes Richters schließt in ber Bamberger und Brandenburger S. G. D. Art. 5 mit ben Worten: "also Bit mir got gu helffen und die heiligen", bes Schöppen, Art. 7: "also helff mir got und die heiligen", ebenso Art. 9 des Nachrichters 37). Während aber bei Richter und Schöppen biefelbe Formel in bem erften Projette Art. 2 und 4 vorgeschrieben ift, lautet biefelbe in bem zweiten Projekte Art. 2 und 4: "also helf mir got und bie heiligen gottlichen Evangelia" und diese lette Formel hat denn die P. G. D. Art. 3.4.5 für Richter, Schöppen und Schreiber beibehalten 38).

Man darf hierin wohl eine Rucksicht auf die Protesstanten erkennen, die einen Sid unter Anrufung der Heisligen mit ihrer Ueberzeugung nicht für vereindar hielten, wogegen die ausdrückliche Berufung auf die heiligen Evangelia keinem Theile störend war, wie diese Fors

<sup>37)</sup> Der Eib des Nachrichters wird in den beiden Projekten und der P. G. D. hinweggelaffen.

<sup>28)</sup> Bei dem Eide, den der Schreiber zu leisten hat, ist in der Bamberger und Brandenburger H. G. D. Art. 8 und in den beiden Projekten Art. 5 die Bekräftigungsformel weggelassen, in dem es im Anfange heißt: "Item, dem Gesrichtsschreiber soll in seinem Ende den er sunst zum gesricht thut, eingepunden werden — "wogegen die P. G. D. Art. 5 eine bestimmte Formel mit dem erwähnten Schlusse angiebt.

Hierin ist eine Rücksicht auf die Würde der Geistlichen, die sie mit andern höher gestellten Personen genießen, aber nicht eine religiöse Beziehung zu finden, und ich habe diese Bestimmung nur, um nichts zu übergehen, an dieser Stelle erwähnen zu mussen geglaubt.

#### §. 6.

Der Art. 25 der P. G. D. 42) erwähnt unter den "gemennen argkwonen und anzeigungen so sich auf alle missethat ziehen" — "Zum sechsten, so enn verletzer oder beschedigter, aus etlichen ursachen jemandt der missethat seihet, darauf stirbt, oder bei seinem ende bestevret."

Sinen Beweis soll dieß nicht begründen, da der Werlette, — worunter zwar auch, aber nicht blos ein schwer Verwundeter, sondern überhaupt ein durch ein Verzbrechen Angegriffener zu verstehen ist, wie sich schon aus der Ueberschrift ergiebt —, hier in eigner Sache aussagt. Aber ein entferntes Indicium, und es werden hier in der Wirkung einander gleichgestellt, der Eid und der bald nach der Erklärung erfolgende Tod des Aussagenden 48).

ber in der Goldnen Bulle Cap. 2 vorgeschriebnen Formel:,, ita me Deus adjuvet et omnes Sancti' verbleiben, und auch eine Zurücknahme der jetigen Concession und eine andere Bestimmung dem Kaiser und gemeinen Ständen, die nach der Majorität entschieden, vorbehalten seyn sollte.

<sup>42)</sup> Gleichlautend Bamberger und Brandenburger H. G. D. Art. 32 und die beiden Projekte Art. 26.

<sup>43)</sup> Richtig bemerkt S. de Boehmer Comm. ad L. Art. S. VII. der überhaupt die Stelle gut erklärt und gegen einige Mißsverständnisse seiner Borgänger berichtigt (da die Bezugnahme auf L. 3. S. 1. D. ad SCtum Silanianum 29. 5 hier nicht gegründet ist): "Altera conditio confirmatione per mortem, vel juramentum absolvitur. Utraque praesumtionem insert, quod inculpans salutis aeternae suerit memor, nec simulaverit, vel dissimulaverit, aut meudax suerit."

Nach dem Art. 14 der P. G. D. soll den Geist: lichen — jedoch nicht diesen allein, sondern überhaupt Höheren gegenüber denen geringern Standes — bei einer Anklage wo sonst Bürgschaft zu leisten ist, das Vorrecht zustehen, eine Person von gleichem Stande, wie der Anzgeklagte, statt ihrer neben letztern haften zu lassen <sup>41</sup>).

<sup>41)</sup> Gleichlautend find hier die Bamberger und Branden= burger S. G. D. Art. 21 und das erste Projekt Art. 15, wogegen die veränderte und erweiterte Fassung des zweisten Projekts Art. 15 in die C. C. C. a. a. D. übergegans gen ift. "So auch die Anklag von wegen Fürsten genstlicher personen oder gemennen, oder sunft hoher personen gegen den die geringers standes fein, geschieht. Inn folchem fall mögen fich ander person ungewerlich nit geringerer achtung, bann der beklagt an jr ftatt neben den beklagten gefengklich legen, ober verwaren laffen. - " Bestimmtere Rachrichten bieten die Verhandlungen über die Augsburgische Confession und die das Reichskammer = Gericht betreffend. Für die frühere Zeit fehlt es an besondern Nachweisen, so weit sie auf die P. G. D. fich beziehen; doch haben die Fürsten und Stande, welche zuerft, nach dem Protest auf dem Reichstage zu Speper 1529 die Bezeichnung der Protestirenden erhielten, gleich Uns fangs fich gegen die Anrufung ber Beiligen verwahrt, somit auch gegen die Eidesformel, welche diese enthielt. Unzweifels haft ergiebt fich dies aus Art. 21 der Consessio Augustana, und man darf, da diese 1530, also vor der letten Berabschies dung der P. G. D., übergeben wurde, wohl hierin die bes friedigende Aufklärung für die ermähnte Beränderung der Formel finden. Einiges hierüber, jedoch ohne besondre Ruds sicht auf die P. G. D., sindet sich bei V. L. a Seckendorf Commentarius historicus et apologeticus de Lutheranismo sive de reformatione religionis. Lips. MDCXCIV. Fol. Ueber Schwarzenberg's Lob durch Luther Lib. I. Sect. 56. S. CXLVII. über die Anrufung der Beiligen Lib. II. Sect. 13. (a. 1528). "Ita nec invocationem sanctorum. ab aliis jam dum oppugnatam, ex Scripturis probari posse, neque credi debere" S. XLI. Insbesondere die posse, neque credi debere" S. XLl. Insbesondere die Verhandlungen über den Eid im J. 1544, wie bereits ers wähnt, und es nachher in die Cammer - Gerichts - Ordnung aufgenommen wurde. Lib. III. Sect. 28. S. CXIII. Werth man auf die frühere Formel legte, mit Rudficht auf baran zu knüpfende praktische Folgen, zeigt die Beschränkung von jenem "benoficium", indem es für die Churfürsten bei

gezimpt, wider einen gemennn nut den übelthätter jr bosshent decken zu helffen, die den unschuldigen menschen zur nachthenl kommen mag" 46).

Die Schonung, die sich dabei ausspricht, ist nicht zu verkennen 47), der Gegenstand selbst aber unserer Aufgabe nicht fremd.

Die Artikel 44 und 51 der P. G. D., welche von den Anzeigen der Zauberei handeln, sollen für jetzt übers gangen und in Berbindung mit Art. 109, wo von der Strafe die Rede ist, betrachtet werden.

#### §. 8.

Wenden wir nun die Ausmerksamkeit den Bestimmungen über die besondern Verbrechen zu, so begegnet und zuerst der Art. 106, "wie gottesschwerer ober gotteslesterer gestraft werden sollen." Hier bedarf es so wenig, wie für die gleichfolgenden Artikel der Bemerkung, daß eine religiöse Beziehung stattsinde. Es sind, nach der Ansicht der Zeit, gradezu Religions: Verbrechen, und zwar solche, deren Ahndung nicht lediglich der Kirche überlassen bleiben kann oder die nur in sosen, als sie zugleich einen Angriff auf das im Staate zu schützende weltliche Recht, wenigstens in ihren Folgen

<sup>46)</sup> Gleichlautend Bamberger und Brandenburger H.

G. D. Art. 38. und beide Projekte Art. 32. Agl. noch C.

C. C. Art. 103. "Item, die beichtvätter der übelthetter sols len sie nit weisen, was sie mit der wahrhent auf sich selbs oder ander person bekent haben, wider zu laugnen, wann niemandt gezimpt, den übelthetter jr bosheit wider gemennen nut und frommen leuten zum nachthenl, mit unwarhent bededen und weither übel sterken zu helssen wie am enn und drensigs sten Artikel ansahend, Item, so ein überwundner missethetter-iermeldung beschicht." Bgl. Bamberger und Brandens durger H. G. D. Art. 124. a. E. Erstes und zweites Projekt Art. 109. S. unten.

<sup>47)</sup> Bgl. de Boehmer ad L. Art. S. VI, 5 ad Art. 103.
S. 1.

Es liegt nahe, hier an ben Fall im bürgerlichen Rechtsver: fahren zu tenken, wo berjenige, ber einen ihm angetrage: nen oder zurückgeschobenen Eid angenommen hat, aber ehe er denselben ableisten konnte, verstirbt. Die älteren Praktiker wollten und zwar aus demselben Grunde, der hier maaßgebend ist, den Eid als geleistet betrachten und daran die sonstigen rechtlichen Folgen des Schwures knüpfen 44). Neuere nehmen dieß nur mit Beschränkung und unter gewissen Bedingungen an, stellen auch eine Reihe von Unterscheidungen auf, die wir hier übergehen können 45).

#### §. 7.

Bei ten Anzeigen wird aber auch einmal, und mit Recht, den Geistlichen entgegengetreten, wenn sie misträuchlich die, welche ein Geständniß abgelegt haben, zum Widerruse veranlassen. Es ist in der C. C. Art. 31 die Rede von der Bezüchtigung durch einen geständigen Mitschuldigen, wobei mehrere nähere Bedingungen, unter welchen allein jene glaubwürdig seyn soll, angegeben werden: "h. zum fünssten, so soll der sager, auff der bestagung bestendig bleiben, jedoch so haben etlich Beicht vätter enn mißbrauch, daß sie die armen in der beicht underweisen, jre sag so sie mit warhent gethan haben, am letzten zu widerrussen, Das soll man sovil das gesein kann bei den beichtvättern sürkommen, wann niemant

<sup>44) 3.</sup> B. Voet Comm. ad Pand. XII, 2. §. 24. Stryck de morte loco jurisjurandi. 1703. Cocceji jur. civ. contr. XII, 2. qu. 40. Man berief sich unter andern auf L. 6. Cod. ad leg. Jul. repetund. (9. 27). — "Neminem divini timoris, contemnando jusjurandum arbitramur immemorem, ut saluti propriae ullum commodum ante ponat."

<sup>45)</sup> Ausführlich handelt hievon Schmidt handbuch des gemeisnen deutschen Civilprozesses. Kiel 1843. Th. II. S. 380 fg., und literar. Nachweisungen bei Linde Lehrb. des deutschen Civilprozesses. 7. Aufl. §. 311.

die alte Ansicht, und was die damalige rechtliche Auffassung bes Gegenstandes betrifft, uns nach der jett herrschenden Betrachtungsweise nicht befriedigen, so bleibt nicht minder, was man an deren Stelle gesetht hat, unbestriedigend. Bon neuern Gesetzgebungen spreche ich hier nicht, sondern von der Behandlung des Gegenstandes in frühern Lehrbüchern des gemeinen Strafrechts, worüber ich jedoch mit Bezugnahme auf sonstige Aussührungen hinzweggehe 48).

Wir halten für die Betrachtung, ohne den Gegen= fand einer weitern Kritit zu unterwerfen, die unzweifel= hafte Thatsache fest, daß die P. G. D. eine eigne Klasse von Berbrechen wider die Religion und zwar an die Spite bes Spstems stellt. Die Anordnung mag durch Die, auch in ältern Gesetzebungen maafgebende Rucksicht auf die Größe ber Strafe, auf die Unterscheidung der capitalen und nicht capitalen Fälle (b. h. also boch auf die Schwere der Berbrechen) bestimmt fenn, es steht dies nicht im Widerspruch damit, daß die P. G. D. gleich dem Straffnstem bes Canonischen Rechts fich ber Ordnung bes Decalogs im Wesentlichen anschließt; und somit, ohne lediglich durch ein außeres Beispiel und einen Borganger bestimmt zu fenn, vielmehr in ber Anerkennung, .baß biefes auf einer bamals nicht bezweifelten Mothwendig= feit beruhe, die Berbrechen gegen die Gottheit für die schwersten erachtete, mit benen ber Anfang zu machen fen, um auch burch folche Form ber Sache gerecht ju werben 49).

· Archiv d. Er. R. (Beilage: Peft ju 1862.)

<sup>48)</sup> S. 3. B. mein Spftem ber Crim. R. B. S. 502. Not. 135.

<sup>49)</sup> Eine genauere Entwicklung habe ich mit Rücksicht auf die Geschichte, die Quellen und die rationellen Gesichtspunkte ges geben, in der Abhandlung "Beiträge zur Lehre von der spesitematischen Anordnung des besondern Theils des beutschen Strafrechts, im Berhältnisse zu den Quellen des positioes

enthalten, von demselben unter einen Gesichtspunkt ber Strafbarkeit gestellt werben und sonst etwa unbeachtet gelassen werden dürften; es sind vielmehr Sandlungen, die im Staate, vermoge feiner ibm jum Bewußtsein getom= menen religiösen Grundlagen und indem er, auch in feis nen Gliedern, die zugleich Glieder der Kirche find, diese anerkennt, zu berücksichtigen find. Es barf ihm eine Berletung besjenigen, mas ihm als heilig gilt, nicht gleich= gültig senn; er ift ber Rirche, und ber Religion als folcher, Schut und Förderung schuldig, und er bleibt auch feinerfeits nicht unberührt, wenn frevelhafte Ungriffe gegen jene Man fann barüber von andern Standgemacht werben. punkten aus verschiedene Unsichten aufstellen. Aber so viel ift gewiß, jenes war die in der Zeit begrundete Auffassung. Wenn eine andere, die zum Theil, aber auch nur zum Theil berechtigt ist, was mehr die strafrechtliche Behand= lung jener Berbrechen betrifft, als die Frage über die ih= nen anzuweisende Stelle im Spstem und über bie Grunde ihrer Strafbarkeit vor weltlichen Gerichten, jett ihre Geltung fordert und zu einer Mißbilligung bes frühern Berfahrens führt, so mag bieses anerkannt, aber es barf nicht augegeben werden, daß man in Darstellungen bes ge= meinen Rechts willführlich, mit Berlaffung bes geschichtlichen Standpunktes und ber Grundansichten, den von diesen aus aufgestellten Bestimmungen, andre jenen burchaus frembe Unsichten und Motive unterschiebt, mos burch man zu Ergebnissen gelangt ist, die nicht blos theoretisch falsch, sonbern praktisch gefährlich maren, wie benn durch jene Weise theils der ursprüngliche Charakter der Duellenrechte verkannt, ja das religiöse und sittliche Gle: ment ganz geleugnet, theils bem Inhalte ber beliebig zu: recht gelegten Borschriften, und nicht minder ben ihnen untergestellten Handlungen nach ber Seite ihrer strafrechts lichen Würdigung, ein Zwang angethan wurde. Kann Satung des Kansers Justinianus angezogen wirt) gestrafft, werden sollen." Im er sten Projekt wird dieses so gessast: "wie solche lesterung, den gemennen unster vorsarren unnd unseren kanserlichen Rechtenn, gemeß und sonderzlich, nach inhalt besondern Arttickeln unsere kanserliche ordnung und pollicei so uff dem Reichestage iho allhier zu wormbs, in dem einundzweinzigisten Jare, durch uns auffgerichtt ist, gestrafft werdenn sollenn"; das zweite Projekt sagt kürzer: "wie solch lesterung den gemennen unsern kan: Rechten gemeß und sonderlich nach Inhalt bessucher artikel unserer Rechtsordnung 11) gestraft werden sollen." Dies ist wörtlich in die C. C. C. übergegangen.

Jene erste Bestimmung über die theilnahmlosen Buhörer (so wie über die lässigen Richter) findet sich fast gleichlautend in ber "Königlichen Satzung von ben Got= teslästerern, zu Worms Unno 1495 aufgericht" 52), wobei gleichfalls auf "Weyland Kaiser Justinianus, unser Bor= fahr, am Reich, löblicher Gedechtnus" Bezug genommen wird 53). Dies wiederholt der Reichs : Abschied vom J. 1500. Tit. 33, während in dem v. J. 1512. Tit. 4 ein Fortschritt durch nähere Berücksichtigung der Berhältnisse zu erkennen ist, wogegen die Reichs = Polizei = Ordnung v. 3. 1530. Tit. 1 fg. und die vom 3. 1548. Tit. 1 fg., auf: die in der Novelle Justinians angeführten Gründe des Göttlichen Bornes, der sich in allerlei Art von Uebeln, von denen die Menschen heimgesucht werden, außere, zuradtommt 54). Db die fürzere Fassung ber P. G. D. im Berhaltniß zu ben Borgangern, aus Rudficht auf bie er-

3 \*

<sup>51)</sup> So in der Ausgabe von Zöpfl; sonst würde man geneigt senn zu lesen: "Reichs = Ordnung" wie auch die C. C. C. sagt.

<sup>52)</sup> Reue Sammlung der Reichstagsabschiebe zc. T. II. p. 28.

<sup>53)</sup> Nov. 77.

<sup>54)</sup> Neue Sammlung &. T. II. p. 81. 141. 333. 539.

Wir dürfen weber den Maaßstab einer Gesetgebung unserer Zeit hier anlegen, noch etwa den der Methode des Bortrags, der für das Verständniß Derer berechnet, welche in die Wissenschaft erst einzuführen sind, von dem leichter zu Begreisenden zu dem Schwerern, von dem Einsachen zu dem Zusammengesetzen, wenn man sagen darf, von dem Concreten zu dem mehr Abstracten übergeht, und so wie es sich wohl rechtsertigt, die genannten Berbrechen, wie die gegen die Sittlichkeit, das Gemeinwesen und den Staat an's Ende stellt, wodurch keineswegs ausgedrückt werden soll, daß die Handlungen wider solche für geringer ahn dungswürdig, für minder bedeutend erachtet würden.

Bas nun den Art. 106 der P. G. D. betrifft, so bietet die Vergleichung mit den frühern Rechtsbüchern einige beachtenswerthe Ergebnisse dar. Die Bamberger und Brandenburger H. G. D. Art. 127 drohen die Strafe, an lend, leben oder glidern, nach gelegenheit und gestalt der Person oder lesterung", außer den "Tettern" auch denjenigen "so zuhören, das nit widerreden, strafen und der oderkent verschweigen"; eben so das erste Projekt Art. 112. Dies ist in dem zweiten Projekt und in der C. C. C. selbst weggelassen. Die beiden erstgenannten der P. G. D. enthalten ferner am Schluß die Berweisung auf den Rath der Rechtsverständigen, "wie solche Lesterung den gmeinen Kanserlichen Rechten gemeß, und funderlich nach inhalt königlicher ordnung so ausst gehalten Reichstag zu wurms aufsgericht (darinne deßhalb die ernsthafft löblich

Rechts "im Archiv J. 1835. S. 397", womit zu vergleichen ist meine Nebeneinanderstellung des Systems des Römischen Rechts und desjenigen alter deutscher Rechtsbücher in den "Bemerkungen über den strafrechtlichen Theil von J. Gobsler's Richterspiegel", im Archiv a. a. D. S. 12.

<sup>50)</sup> Bgl. Roshirt, Geschichte und System des deutschen Strafrechts, Th. III. S. 127, und mein System der Str. R. B. §. 179. 180. mit §. 512. 554. Marezoll §. 168.

derer Inhalt sep, in das Gewissen und die Religiosität bes Schwörenden verlegt. Daß, wo der Staat, Die Rechts pflege, sich genöthigt fieht, in dieses Gebiet burch Forberung bes Cides überzugehen, noch ein besonderes rechtliches Intereffe obwaltet, deffen Verletzung, burch ben Meineid oder das Falschschwören, ihn, wegen des hieraus ents Rebenden unmittelbaren Nachtheils und wegen der prakti= schen Folgen, die er an den Gid knupft, zu einer Ahndung berechtigt, ist etwas Hinzutretendes, was bas Besen ber Sache nicht andert, wenn es auch auf die strafrechtliche Behandlung Einfluß hat, welche zu verschiedenen Zeiten selbft wieder verschieden war, aber niemals den religiösen Gesichtspunkt bei Seite gesetzt hat 56), ohne einen Nachtheil, der mittelbar und in seinen Folgen oft bedenklicher erscheinen mußte, als der juriftische. Die weltliche Strafgerechtigkeit hat sich allerdings innerhalb ihrer nothwendigen Schranken zu äußern und nicht ben Beruf, über biese bin= ausgehend, gleichsam ein göttliches Richteramt sich anzumaßen, und es mag gegen frühere Berkennung biefer Bahrheit nothig senn, daran zu erinnern 57): aber es liegt

57) Ein Borwurf, der nicht selten aus Misverständnis ben Bertheidigern der Theorie der Gerechtigkeit gemacht worden ift.

Die damalige und spätere deutsche Gesetzgebung hat dies im Princip richtig anerkannt, wenn man auch mit den Folges rungen nicht überall einverstanden senn kann. Noch im Reichs-Deputations=Abschied von 1600 §. 33 heißt es: "damit er nicht sonsten in Gesahr seiner Seele hent und Seeligkeit und des Menneides geset?" — und die noch übliche und bedingt nothewendige Eidesbelehrung und Verwarnung, insbesondere durch einen Seistlichen, hat doch wohl eine tiesere Ledeutung, als einen Betrug zu verhindern. Ueber die geschichtliche Auffassung und die in den Schristen einer Zeit, von der man vor Aurzem glaubte, sie als eine vorübergegangene bezeichnen zu Können, s. mein Lehrbuch der Straf n. B. §. 563 und meine Abhandlungen im Archiv des Crim. R. J. 1834. S. 579 fg., J. 1838. S. 296 fg., so wie über die neuerlich in Gesetzgebungen ausgesprochenen Ansichten: meine Beisträge zur Kritik des Preuß. Strafgeses nim urfs. J. 1843. S. 322 fg. 329 fg., vom J. 1847. S. 34 fg. und 1851. S. 60 fg.

wähnten Religionsbifferenzen, ober deshalb beliebt worden, weil die Verweisung auf die Reichsgesetze für genügend erscheine, wird schwer zu entscheiden seyn. Man könnte an das letztere denken, — wiewohl das, was die P. G. D. bestimmt und durch die allgemein geltenden Reichsgesetze in Bezug nimmt, nicht dafür spricht — und sich allenfalls auch darauf berusen, daß in der Pesisschen H. G. D. von 1535 dieser Artikel sehlt. Allein diese ist überhaupt uns vollständig und es würde zu viel (folglich nichts) beweisen, wenn man die, ohnehin ungegründete Behauptung aufstellen wollte, daß die Rodissiationen, welche jene entbält 66), sämmt lich aus einer andern religiösen Aussaltsstung hervorgegangen seyen. Wo dies der Fall, oder wahrscheinlich ist, werde ich es ansühren.

§. 9.

Bon dem Art. 107, Straff der jhenen so einen gelerten eydt vor Richter und gericht meyn eydig schweren", welcher mit dem Artikel 128 der Bamb. und Brand. H. G. D. und Artikel 113 der beiden Projekte gleichlautend ist, bekundet schon die Stellung, daß man das in derselben verponte Berbrechen vom religiösen Standpunkt aus, und nicht als bloßen Betrug betrachtet hate. In der That entspricht dies nicht nur der Ansicht jener Periode, sondern der Sache selbst, worüber zu keiner Zeit eine Berschiedenheit der Meinungen herrschen sollte. Der Sid ist ein religiöser Akt und durch die Sidesleistung wird die Pflicht, welches auch ihr besons

<sup>35)</sup> Es fehlen die Artt. 104—138 der C. C. C. gänzlich, zum Theil das, was die C. C C. Art. 84—94 enthält, darunster eine Reihe von Bestimmungen, die außer aller nähern Beziehung auf die Religion, vollends auf die Confession, steshen; und gewiß konnte die Absicht nicht senn, die übergangesnen Berbrechen sammtlich für strasses zu erklären.

Raum gestattet ist, die individuelle Strafbarkeit des Einen und Andern zu berücksichtigen, nicht nothwendig die wörtzliche Gleichheit der Strafe bedingt <sup>62</sup>), jedoch grade für den vorliegenden Fall, so lange die in der C. C. Gedrohte Strafe unverändert zur Anwendung kam, zu jenem Ergebnisse führen mußte.

## §. 10.

Nach dem Spsteme der P.G. D. nimmt der Art. 108.
"Straff der, so geschworne urphede brechen"
mit Recht hier seine Stelle ein, da das Wesentliche des Berbrechens und die allgemein formelle Seite desselben die Berlehung der Eide spflicht ist. Das Gesetz stellt diese Handlung als solche und in der Strase dem Meineide gleich. Dabei kann und darf natürlich nicht die criminelle Eigenschaft der Handlungen unberücksichtigt bleiben, mittelst welcher der Bruch der geleisteten Urphede (do non ulciscendo) begangen ist; vielmehr ist, wo diese todeswürdig

1. 3. 1811. G. 379 fg.

P. G. D. ist dieser Nachsaß weggeblieben. Für die Geschichte ist dies nicht ohne Bedeutung. Es scheint wie eine Verwahstrung, gegenüber der wohl anfangs gehegten und im Sanzen auch überall durchgeführten Absicht, an dem hergebrachten und geschriebenen Rechte so wenig wie möglich zu ändern, wie man denn eine ne ue Geschgebung dem gesammten Inahalte nach nicht bezweckte, und sich durch das bestehende Recht, auf welches so oft verwiesen wird, mehr oder minder gebunden erachtete. So mag man jenen Zusaß für angemessen gehalten haben. Wenn er in der P. G. D. sehlt, so bes ruht dies nicht auf einer Aenderung der Ansicht, von der man im zweiten Projekt ausging, daß es bei Absassung der P. G. D. unbenommen sen, auch Reuerungen einzusühren, die man für zweckmäßig hielt. Wielmehr glaubte man, daß sich dies von selbst verstehe, wie denn auch in sämmtlichen Werken, gegensüber dem Altern Recht und in der P. G. D. gegenüber deren Borgängern, von solcher Besugniß der Gesetzebung Gebrauch gemacht wurde, vgl. z. B. Art. 130. 131. 228.

nicht außerhalb ihres Gebiets und ihrer mit dem Recht zufammenfallenden Pflicht, da, wo sie von ihrem Standpunkte aus berufen ist, einzuschreiten, die zu ahndende Handlung nach ihrem wahren Charakter zu würdigen.

Ueber ben Inhalt bes Art. 107 ift für unsern 3med nichts weiter zu bemerten. Doch mag erinnert werben, daß, gegenüber ber frühern romischen Theorie, die ange tragene ober zurückgeschobene Gibesleiftung in einer burgerlichen Rechtsstreitsache als eine Transaktion anzuseben, womit befondere praftische Folgen verbunden maren 58), jenet Artifel eine besondere, jest noch für bas gemeine burgerliche Recht wichtige Bedeutung habe, indem der Beweis bes Falsch : Eides statt findet 59), daß ferner in ber ordentliden Strafe bes Meineids (nicht bes Cibesbruches, von welchem bas Gefet gar nicht handelt), die als ein gemeiner Gebrauch - nicht geantert werben foll, die Spur ober Form der Talion erkennbar sen 60), und daß endlich dieser Artikel die Hauptquelle sen für die gemeinrecht= liche Gleichstellung bes Anstifters ober f. g. intellectuellen Urhebers und des Thäters 61); ein Sat, der zwar nicht

<sup>58)</sup> v. Savigny, Spstem bes römischen Rechts. Band VII. §. 309 fg. 311 fg.

<sup>59)</sup> v. Savigny a. a. D. S. 314; Linde, Lehrbuch des Civilprozesses S. 248. Not. 16; heffter, System des römisschen und deutschen Civilprozestrechts. S. 283 fg.

<sup>60)</sup> Bgl. auch Bamb. und Prandenb. H. G. D. Art. 224. §.1: "diezween finger, damiter mißhandelt und gesützs digt hat." Projekte Art. 206. P. G. D. Art. 108; meine Strafrechtstheorienze. S. 128. Not. 141, und meine Abshandlung im Archiv des Crim. R. J. 1835. S. 151 fg. und 1841. S. 379 fg.

<sup>61)</sup> Die P. G. D. sagt Art. 107 a. E: "Wer solch falsch schwerer mit Wissen, fürsetlich und argklistiglich darzu anrichtet, der leidet gleiche peen." Die angef. D. G. D. und die Projekte sagen nur: "mit wissen darzu anrichtet", was auch wohl ausreichend ist. Das zweite Projekt sest aber hinzu: "unangesehen ob etlich unnser und unnsrer Vorfaren kapser-lichen Geset darwider verstanden werden mochten." In der

Nicht nur in der P. G. D., sondern schon in den bei = den Projekten ist dieser Artikel weggeblieben. Man darf hier unbedingt den Einstuß der Kirchenresormation erkennen, der sich bei dieser wichtigen Grundfrage nothmendig geltend machen mußte, und zwar gleich unmittels dar nach dem ersten Erscheinen der Arennung der erst nach= her durch ein bestimmtes Bekenntniß genauer begrenzten Resligionspartheien. Bollends mußte in der C. C. C. (1532), welcher die Uebergabe der Augsburgischen Consession vorauszgegangen war, und nach dem ersten Religionsvertrage, die Aufnahme einer derartigen Bestimmung eine Unmöglichkeit seyn 65).

und gebracht werden." Mandat gegen die Wiedertaufer ej. a. §. 39. vgl. Abschied des Reichstags zu Augsburg v. Jahr 1551. §. 89: "Constitution die Strafe gegen die Widerstaufer."

<sup>65)</sup> Eine Folge hiervon mußte auch seyn, daß in dem Art. 109 der C. C. C. u. Art. 115 der beiden Projekte "Straff der Zauberei", wo die Strafe des Feuers gedroht wird, die in der Bamb. und Brand. H. G. D. Art. 131 vors fommenden Worte "gleich der Regerei" weggelaffen wurden. Wgl. v. Bächter, Beitrag zur Geschichte des deutschen Straftechts. Tübingen 1845. S. 290. Malblan ? a. a. D. S. 207 bemerkt; "Die und da finden sich in der Bamb. Constitution Spuren der freieren Denkungsart Schwars zenberg's und feiner heimlichen Abneigung gegen die Seifts lichkeit und das alte Religions-System, welche hernach in der C. C. Zum Theil ausgemerzt worden find. 3. B. in der Bamb. Art. 130 wird von der Reperei gehandelt und dies Berbrechen der Bestrafung der weltlichen Gerichte in so fern unterworfen, wenn zuvor die Reger durch ben ordentlichen geistlichen Richter für solche erkannt und bafür bem weltlichen Richter überantwortet wurden. In der C. C. ift Dieser Artifel weggelaffen, weil vermuthlich die Geistlichkeit allerlei Bedenfen gehabt und eine Usurpation von den weltlichen Ges richten besorgte." In einer Note a) fügt er bei: "Undere glauben, daß dieser Artikel wegen der gährenden Reformas tion ausgelaffen worden. Da aber felbft Protestantische Rechtegelehrte nachher in Bestrafung der Regerei noch sehr strenge Grundsäte aufstellten, so kommt mir meine obige Meinung wahrscheinlicher vor." Dadurch wird die ganze Sache vers kehrt. Zener Artikel, der die Geistlichkeit zum Richter und diesen jum Bollstreder macht, bestimmt nichts Reues. S. eben Rot. 18.

sind, die schon badurch verwirkte S'rafe zu erkennen, da sonst z. B. ein Mörder, der zugleich jene Eidesverletzung sich zu Schulden hat kommen lassen, durch die Strase des lettern zu gering büßen würde; bei einer solchen Concurrenz muß die Strase der schwerern Verwirkung statt sinden. Ueberall wird ein Vorbehalt gemacht wegen künstig zu besorgender Angrisse, wo dann Sicherstellung, Caution, selbst dauernde Haft bedingt sind

#### §. 11.

Die Bamb. und Brand. D. G. D. bestimmen Art. 130,, Straff der Ketzerei.", Item wer durch den ordentlichen genstlichen Richter für einen Ketzer erkannt, und dafür dem weltlichen Richter geantwort wurde, der sol mit dem seur vom leben zum todt gestrafft werden."

Hier liegt ein unzweiselhafter Fall eines außerhalb ber weltlichen Gerichtsbarkeit stehenden, nur von der Kirche für ein solches erklärten Berbrechens vor, in welcher hinssicht übrigens das Gesetz hier nichts Neues, von der frühern Auffassung und Behandlungsweise der Sache Abweichendes bestimmt. Ueber das Verbrechen (crimen haereticae pravitatis) urtheilt der geistliche Richter; nur behufs der Bollsstreckung der Strafe sollte der Berurtheilte dem weltlichen Richter überantwortet werden <sup>64</sup>).

<sup>63)</sup> Die Bamb. und Brand. S. G. D. Art. 129 verweisen auf Art. 202 (vgl. mit Art. 221). Von den beiden Prosifeten Art. 114 läst das erste das Citat unausgefüllt, das zweite führt den Art. 183 an, die C. C. C. den Art. 176, während dem Art. 221 der Bamb. und Brand. S. G. D. die Projekte Art. 203, die P. G. D. Art. 195 entsprechen.

<sup>64)</sup> Indes bestimmte der Abschied des Reichstags zu Spener an.
1529 §. 6: "Daß alle und jede Wiedertaufer und Wiedersgetauste" — (wobei der "Wiedertauf" als." alte Rezerei" bezeichnet wird) Manns und Weibs-Personen verständigen Aleters, vom naturlichen Leben zum Todt, mit Feuer, Schwert oder dergleichen, nach Gelegenheit der Personen ohne vorsgehend der geistlichen Richter Inquisition gericht

von keiner christlichen Obrigkeit ohne eigne schwere Berants wortung zu Duldendes; es hat nichts gemein mit einer Arennung der Christen innerhalb des Gebietes, fürwelches eine gemeinschaftliche Grundlage stets anerkannt wurde.

Es soll hier von der Zauberei nicht weiter gesprochen werden. Geschichtlich ist der Gegenstand vielsach beleuchtet Geschichtlich ist der Gegenstand vielsach beleuchtet hie Aritik hat ihn ausssührlich erörtert, und ein praktisches Interesse sindet Gottlob nicht mehr statt G7). Doch möge erinnert werden, daß lange nach der Publication der P. S. D. und nicht minder in protestantischen Ländern die Herenversolgungen auf eine furchtbare Weise statt fanden, wobei Theologen G8), Juristen und Mediciner — und gezwiß meist in gutem Glauben — wetteiserten, dem Unsint Opfer zu bringen. Die Schuld darf jedoch keineswegs unbedingt der P. S. D. zur Last gelegt werden G9).

Der Art 109 "Straff der zauberen" lautets "Item so jemandt den leuten durch zauberen schaden oder nachthenl zufügt, soll man straffen vom leben zum todt, und man soll solche straff mit dem sewer thun. We aber

<sup>66)</sup> S. die treffliche Darstellung von Wächter a. a. D. S. 183 und 279 fg., wo auch eine Uebersicht der Literatur gegeben ist. Hervorzuheben sind J. Grimm's dentsche Mythologis.

2. Ausg. 1814. S. 936 fg.; Soldan, Geschichte der Herensprozesse, Stuttgart und Tübingen 1843, wobei denn auch der Berdienste von Weier (Wierus) einem Arzt, Friedrich Spee, Bekker und Thomasius zu gedenken ist. Trump mer, Vorträge über Tortur, Herenverfolgungen ze. in der Hamburg. Rechtsgeschichte I. 1844. S. 95 fg.; Wilda, Straff recht der Germanen. S. 961 fg.

<sup>67)</sup> Doch haben fich Spuren des Volksaberglaubens mit betrüsbenden Erfolgen noch bis vor Kurzem gezeigt.

<sup>68)</sup> Wilda, Strafrecht der Germanen S. 961 fg. Man bes rief sich unter andern auf II. Buch Mosis Cap. 22. T. 18: "Die Zauberinnen sollst du nicht leben lassen" III. Cap. 20. B. 27; dann nach jüdischerabbinischen und heidnischeneuplatonisschen Ideen auf 1. Mos. Cap. 6. B. 1—4. Bgl. Caus. XXVI. qu. 5. insbesondere U. 14. (Wächter a. a. D. S. 89.)

<sup>69)</sup> Bgl. was Bächter a. a. D. S. 280 erinnert.

jemandt zauberen gebraucht, und bamit niemant schaben gethan hett, soll sunft gestrafft werden, nach gelegenheit der Sache darinnen die urthepler radts gebrauchen sollen, wie vom radt suchen hernach geschrieben steht." 20)

Hätte man bei den Borausschungen, auf welchen diese Bestimmung beruht, sich überall streng an dieselbe gehalten, es würden nicht so viel beklagenswerthe Opfer gefallen, nicht so viele Justizmorde vorgekommen senn, als leider statt gefunden haben. Die so oft und mit Unrecht angegriffene P. G. D., die häusiger getadelt als studirt worden ist, wovon Beweise anzusühren hier nicht nöthig erscheint, bedroht mit der Lebensstrase nur die, welche den Leuten Schaden ober Nachtheil zusügen — allerdings eine hinlanglich weite Bestimmung, die aber doch bei weitem nicht das umfaßt, was man hineingelegt hat, und was auch, so wie es geschehen ist, nicht unter die zweite Alternative des Gesehes gezogen werden konnte.

Hiebei muß jedoch noch auf das römische Recht aufmerksam gemacht werden, obschon die Gründe der straszechtlichen Behandlung der Zauberei und Hererei, mit allen Berirrungen und dem unglücklichen Wahn, nicht aus diessem, sondern aus germanischen Ansichten des Mittelalters und der vorausgegangenen Periode, und aus der specifisch kirchlichen Aufsassung unter dem Einslusse der angedensteten Umstände gesucht werden müssen 71). Der Zusammenhang, in welchen schon frühzeitig malesici und vonschei gestellt wurden, ist bekannt 72), obschon gegenüber der

<sup>70)</sup> Gleichlautend die Bamb. und Brand. S.G.D. Art. 131, die die erwähnte Bezugnahme auf die Kezerei enthalten, und ohne diese die beiden Projekte Art. 115.

<sup>71)</sup> G. Rot. 66 und 73, und Bächter a. a. D. S. 88fg.

<sup>72)</sup> Nachweisungen finden sich in der sorgfältigen Arbeit von Gengler, die strafrechtliche Lehre vom Berbrechen der Bersgiftung. Bamberg 1842. S. 33.

anfänglichen Betrachtungsweise ber Handlung, die unter ben Gesichtspunkt eines frevelhaften Gebahrens durch mazgicao artes gezogen wurde, die Lox Coenolia de sicariis und wohl nicht erst diese, beide Verbrechen auseinans derhält, die später im Justinianischen Rechte wieder in Bersbindung geseht wurden 73). Doch hat sich der Uebergang hiezu allmählig vorbereitet, indem unter die Lox Cornolia unster andern auch solche Handlungen gezogen wurden 74), von denen freilich zwar die Verbindung, und nicht blos die äußere, sondern auch die innere im Willen des Schulzdigen erkennbar ist, aber so, daß die bösen Künste unter den Gesichtspunkt der Verletzung des Menschen, nicht diese unter den der Zauberei gestellt werden. Mehr tritt dies im

<sup>73)</sup> S. 5. J. de publicis judiciis. Aus ber Busammenstellung veneficus sive maleficus und "maleficiorum scelus und insidias venenorum', welche von der Indulgen; a. 367. 368 von Balentinianzc. ausgeschloffen werden, läßt fich nichts Bestimmtes schließen, so wie a. 384: "deinde homicidii, venesicique ac malesiciorum" L. 3. 4. 7 Theod. Cod. de indulgent. crim. Aber eine Beziehung ift boch nicht zu verfennen. S. L. 6. eod. " Vol qui noxiis quaesita graminibus et diris inmurmurata secretis mentis et corporis venena composuit'' (vgl. meine Untersuchungen aus bem Gebiete ber Straf=R. B. Dritte Abhandlung &. 278 fg.), vgl. Tit. Theod. Cod. de maleficies et mathematicis und Sothofred im Commentar Tom. III. P. 122 fg. Sang ent= schieden ift bet den mathematici der Charafter religiöser Berlegung ausgesprochen in L. 12. Thead. Cod tit. cit. von Ponorius und Theodofius a. 409: "Mathematicos nisi parati sint, Codicibus erroris proprii sub oculis Episcoporum incendio concrematis, Catholicae religionis cultui fidem tradere, nunquam ad errorem praeteritum redituri, non solum urbe Roma, sed etiam omnihus civitatibus pelli decernimus. — "In dem Zitel Theod. Cod. Quorum appellationes non recipiuntur L. 1. von Constanz tin a. 314 werden gesondert genannt "vel malesicus vel venesicus", in L. 7. eod. von Constantius a. 344 ohne Trens nung "ne quis homicidarum, veneficorum, maleficorum etc." (vgl. noch den Titel: de paganis sacrificiis et templis XVI. 10).

<sup>74)</sup> Bgl. Paul. sent. recept. V. 23. §. 15. 17. 18. Sengater a. a. D. S. 54. 104.

Canonischen Recht hervor, wo bas maleficium, bas sortilegium bie magia, divinatio, überhaupt "magicae artes" neben ber haeresis, als befonders schwere Berbrechen barge ftellt werben 73). Eine Anficht, die auch in den frühern beutschen Rechten theilweisen Eingang fand, beren einige mit bem Berbrechen ber Bauberei bas ber Bergife tung in Berbindung seten, mabrend andre diese lettere zu den ausgezeichneten Arten ber Tobtung rechnen 76). So beißt et, um nur Einiges anzuführen, in bem Schwabifden ganbrecht Art. 174: "Gwel chriften men fce ungelovbig ift, ober mit zovber umbe gat, ober mit vergift, man sol in uf einer hurde brennen, eg si man ober wip." 77) Die Auffaffung ber Handlung als Abfall vom Christenthum ist auch hier beutlich ausgesprochen 78). Debr als Ergebniß bamaliger praktischer Auffassung mag bie Dit= thellung von Tengler "ber neu Laienspiegel" gelten, wonach jene Handlungen einerseits wie Mord betrachtet und geahndet murden, andrerseits in der gegen schuldige Frauenspersonen erkannten Strafart fich eine Spur ber Unterstellung unter die canonische und frühere Unsicht zeigt, was auch bie Aufzählung ber Berbrechen mit ben lateinischen Benennungen bestätigt. Ich verweise bier auf

<sup>75)</sup> Die Hauptstelle C. 14. Caus. XXVI. Qu. 5 ist schon oben Mote 68 angeführt. Bgl. noch L. 4. 5. Cod. Just. de malesicis et mathematicis etc.; Roshirt, Geschichte und Spstem, Band I. S. 128 fg., und besonders Gengler a. a. D. S. 144 fg.

<sup>76)</sup> Genaue Rachweisungen bei Gengler a. a. D. S. 154 fg.

<sup>77)</sup> Aufg. v. Lagberg | 1840. S. 84. vgl. Gengler a. a. D. S. 176, der die Stelle nach andern im Sinn übereinsstimmenden Lebarten mittheilt.

<sup>78)</sup> Daher anerkannt, worauf auch Gengler S. 177 aufmerts sam macht, daß nur ein Christ dieses Berbrechens schuldig werden könnte, welches von Andern z. B. Juden verübt, einen andern Charakter annehme, die Bergiftung insbesondere den des Mordes. Doch hielt die Praris dies nicht so fest, um nicht zu den durch Wahn veranlaßten grausamsten Berurtheilunsgen zu gelangen.

Gengler 78), ber bie Mittheilung bes Spiegler's mit Recht "kaum als ein Produkt literarischer Forschung" betrachten zu konnen glaubt. Wenn nun gleich in ber Bamb. und ihren Nachfolgern, inebefondere der C. C. C., Die Bergiftung, wie schon die Reibenfolge der Titel und unzweifelhaft die spstematische Stellung ergiebt 80), uns ter das Berbrechen der Tödtung gestellt wird, wie dies auch schon bei Ruprecht von Freisingen geschieht und in der Praris 3. B. von Nürnberg - (möge auch darüber Zweifel herrschen, ob Schwarzenberg jene ober Diese Quelle gekannt und benutt habe) 81) und die Burud. führung auf Zauberei nicht mehr statt findet, so mag doch umgekehrt jene mit der Bergiftung, überhaupt der beimlichen Beschädigung von Menschen in so fern in Berbin= dung gesetzt worden senn, als man, eben nur wo ein sol= cher Erfolg eintrat, die Zauberei für ein in so hohem Grade strafbares Verbrechen erklärte 82). Gesetlich mar

<sup>79)</sup> a. a. D. S. 19. Die Stellé lautet (P. CLXXXVI. v. Absfaß 3 der Ausgsburger Ausg. v. 1511. Fol.) wo am Randseine lex Julia "de veneficis et sicariis" angeführt wird: "Item nach bemelten gesaß (nämlich, daß "fürseßlicher todslag als ain mordt mit dem rad" bestrasst werden soll mögen auch gestrasst werden, die mit vergisst, zauberen oder andern verpoten sachen die menschen zu ertödten, zu latein genannt venesici, malesici, incantatores, phitonisse. Doch wersden solche weibsperson gewonlichen im seur oder wasser, vom leben zum tode gericht, oder zu äschen verbrannt."

<sup>90)</sup> Bgl. Bamb. und Brand. Art. 155. (mit 45 u. 62) die Projekte Art. 135, (38 u. 51) C. C. C. Art. 130 mit Art. 37 und 50) die Lehre von den "bösen tödtungen", welche mit der Vergiftung eröffnet wird. S. auch meine Abhandlung im Archive des Crim. R. J. 1836. S. 182 fg.

<sup>81)</sup> Gengler, a. a. D. S. 194.

<sup>82)</sup> v. Wächter a. a. D. S. 290 bemerkt: Er (Schwarzens berg) beschränkte die Todesstrafe bei Zauberei in einer Weise, wie es nur irgend im Anfange des XVI. Jahrhunderts und unter der Herrschaft eines geistlichen Herrn möglich war."—
"Nach diesem Reichsgesetze sollte also bei Zauberei die Strafe des Feuers nur eintreten, wenn Jemand durch Zauberei

also die Sache entschieden, und gegen bie schwankende Preris muß von der Bamberger P. G. D. an und im
weitern Umfange seit der P. G. D. die völlige Arennung
des Berbrechens der Bergiftung von dem der Zauberei
angenommen werden 83), wenn auch immer noch Spuren
der frühern Verbindung in der Anwendung und den
Schriften der Praktiker sich zeigen. Daran ist für unste Betrachtung sestzuhalten. Es bedarf keiner Bemerkung,
daß, nachdem das Verbrechen der Zauberei nicht mehr angenommen wurde und bessen Erwähnung aus dem Gesete
verschwand, nicht erst auf einem Umweg oder der Ausle
gung die Strasbarkeit der Vergiftung zu begründen wat,
die bereits eine selbstständige Bedeutung hatte.

## §. 13.

Auch der Art. 116 der P. G. D. barf hier nicht unerwähnt bleiben. "Straff der unteusch, so wider die natur beschiht." Die Schuldigen "haben auch das Leben verwürft, und man soll sie der gemennen gewonhept nach mit dem sewer vom leben zum tobtrichten."84)

An eine Religionswidrigkeit in dem Sinne, wie bei der Gotteslästerung und der Verletzung der Eidespflicht, ist allerdings nicht zu denken, wohl aber hat man diese Verwerslichkeit, über welche früher bei den Römern andre Ansichten herrschten 83), unter den dristlichen Kaisern, unter dem Einfluß des Mosaischen Rechts, als die Versündis

wirklich Schaben ober Rachtheil jugefügt wurde; we dagegen zwar Zauberei gebraucht, aber Riemanden ein Schas den zugefügt wurde, soll gelindere Strafe nach Ermeffen des Richters statt finden."

<sup>83)</sup> Gengler, a. a. D. S. 204 fg.

<sup>84)</sup> Gleichlautend Bamb. und Brand. D. G. D. Art. 141. und die beiden Projekte Art. 122.

<sup>85)</sup> Mein gehrbuch der Straf = R. 98. 5. 551.

gittigu gegen wid igottliches Gebot betinchtet 863! . Diern M sittifen :alle Etellettiging ibie band auch geihent in wie und fetett mad von ber: Unficht unfren: Beit. war, unus f. ig. Andred verifred en., mur Handungen, welchenfint Merlebung bestimmter, ben Einzelnen Ger ber Gesammt heit gastehender Bechte kuthalten, für skafbar zu erklis rem: Pont Das En manifithe - Recht folgt ; bier feineite Standpunkte genimmt auf das Mosaische Recht gatis besondre Rucksicht; und burch biefes ift zunächst bit Beneus nunh des Berbreichenstrate Gobomie: ober Sobomis tareit, gangbar geworden 88). Go etflärt fich auch bie Stoufe bes Feutus !80). 5/ 32 :: Sa nach ber Auffassung der Beit ift selbst eine Bezies batte auf bas Berbrechen ber Bauberei und Bererei in fo fern

Ja nach ber Imssallung der Zeit ist selbst eine Bezies bung auf bas Verkkerden der Zaubevet und hererei in so sern nicht ausgeschlossen; als bei diesem, nach den durch die Viller expressen Seständnissen der Unglücklichen, die Unzucht mit diabolischen Wesen eine besondre Rolle spielt. So viellist zewis, daß, wenn die P. S. D. und ihre Vorgänzen, welche dieses Verbrechen an einer spätern Stelle errwihnen, als die den wider die Religion gerichteten Handslungen angewiesen ist, indem sie davon in der Reihe spreschen, wo die meist s. g. delicta carnis berührt werden (Incest, Entsührung, Rothzutht, Chebruch, Wigamie,

B6), L. 6. The od, Cod, ad log. Jul. de adult. Coll. leg, mos. et Kom. V. 3. Die Hauptstellen aus der Mosais schen Gesetzebung habe ich im anges. Lehrbuch Rott 1821 ermähnt. Hinzuzufügen sind aus dem neuen Testament die Epistel Pauli an die Römer Cap. 1. V. 26. 27.

<sup>87)</sup> Bgl. Nov. 77 und die (nicht glossitte) Nov. 131. Cap. 1.

<sup>88)</sup> Die Hauptstellen in meinem Lehrbuch §. 552: "Flagitia, quae sunt contra naturam, ubique et semper repudianda sunt, qualia Sodomitarum suorunt." Anch auf die von mir angeführten frankischen Capitularien ist aufmerksam zu machen.

<sup>89)</sup> Meine Strafrechtstheorieen S. 129. Not. 141.

<sup>90)</sup> Bächter, a. a. D. S. 292 fg.
-Achiv d. Cr. R. (Beilage: Heft in 1862.)

Ruppelei) 91), bier nicht eine besondre Rudficht ber weltliden Strafbarfeit auffiellen fonnten und wollten, nur bie angegebene ber Berlehung eines gottlichen Gesetes bie bestimmenbe seyn tonnte, die als eine anerkannte veraus geset wurde. Diese hat fich benn auch in spatern Geset gebungen, selbft protestantischer Lander, erhalten, wo bie Bebeutung bes f. g. jus divinum nicht geringer war. Daß man in ber ftrafrechtlichen Behandlung in ber Kolge von anbern Grundsäten ausging, ba es hiefür an einer innern Rechtfertigung nicht fehlt, ift wohl zu billigen, und bafür, daß oft beffer folche Frevel gar nicht ans Licht gezogen worden, wenn fie nicht schon unter Det beiführung öffentlichen Mergerniffes offen vorlagen, burfte man fich auf bas Canonische Recht berufen 32). Ran mochte auch in der Verletzung der Sitte, Die ihre Geltung im Rechte hat, einen Gesichtspunkt ber Ahndungswurdigkeit finden, ba man glaubte, die alte Ansicht verlassen zu muffen, sep es wegen ber Consequeng, zu ber biese binfictlich ber Strafe führte, bie man nicht mehr anerkennen konnte, sen es, weil man mit bem Princip ber frühern Beit völlig brach, worüber wir hier nicht weiter zu fore chen Beranlassung haben. Man konnte sich, gegenüber einem migverstandenen Religions : Eifer und einem für ben Staat und seine Gesetzebung, die sich ihres eignen sittlichen Princips bewußt sind, nicht zu buldenden um

mittelbaren Einflusse ber Rirche, wohl auch barauf beru-

fen, daß Todtung, Diebstahl zc. stets als rein weltliche

Berbrechen behandelt murden, und die Gebote "Du sollst

nicht töbten", "Du sollst nicht stehlen", ungeachtet ber

<sup>91)</sup> So die Folge in den Artt. 116—123 der P. S. D., welschen die Artt. 141—148 der Bamb. und Brand. D. G. D. und 122—129 der beiden Projekte entsprechen.

<sup>92)</sup> Mein Lehrbuch §. 553. Anm. Rophirt, a. a. D. Band III. S. 125 fg.

unmittelbare: Wirksamken: Anerkennung doch nicht eine unmittelbare: Wirksamkeit im Straftschte hätten — wie denne die nothwendige Selbstsändigkeit desselben und des Staats durchaus nicht zu dem Ergebnis einer gänzlichen Lobreihung: von dem führt, was diesem einen tiesern Sebakt verleiht und für die im Staate mit bestimmten Reche ten und Pflichten sebenden Individuen die höhere Bewähzung darbietet.

Aber daraus dürfte nicht gefolgert werden, daß, wie Roßhirt 98) richtig bemerkt, "in der neuesten Zeit, wo Alles auf Rechtskränkung hinausgeführt werden sollte, man für dieses — Delick keinen Plat im Strafrechte sinden wollte." Die neuesten Sesetzgebungen sind wieder zu richtigern Ansichten zurückgekehrt 94).

# §. 14.

In dem solgenden Art. "Straff der Unkeusch mit nahent gesipten freunden" 95) dürste wohl mux eine entsernte Spur religiöser Beziehung gesunden werden. Die Bamberger und Brandenburger, H. H. D. bedrohen den Incest mit nächsten Verschwägerzten, mit derselben Ahndung, die sie auf den Ehebruch seint um zucht und ergerniß willen zu melden unterlassen, wo aber noch nehere und bößlichere unkeusch geübt würdt,

<sup>93)</sup> a. a. D. S. 126, wo die Anmerkungen zu dem bapr. Strafgesesbuch Art. 186 in Bezug genommen werden.

<sup>94)</sup> S. z. B. das Preußische Strafgesetbuch vom J. 1851.; Art. 143. — Ueber das Vergehen im Allgemeinen: v. Wächster, Abhandlungen aus dem Strafrechte. Leipzig 1835. S. 180 fg.

<sup>95)</sup> Bamb. u. Brand. S. G. D. Art. 142, beide Projekte Art. 123. und P. G. D. Art. 117.

<sup>96)</sup> Bamb. und Brand. H. G. D. Art. 145.

Auppelei) 91), hier nicht eine besondre Rudficht ber wellb den Strafbarfeit aufftellen fonnten und wollten, nur bie angegebene ber Berletung eines göttlichen Gesetes te bestimmenbe fevn tonnte, die als eine anerkannte voraus Diese bat fich benn auch in Spatern Gefet geseht wurbe. gebungen, selbst protestantischer ganber, erhalten, wo bie Bebeutung bes f. g. jus divinum nicht geringer wer. Dag man in der ftrafrechtlichen Behandlung in ber Folge von anbern Grunbfagen ausging, ba es biefür an einer innern Rechtfertigung nicht fehlt, ift wohl zu bills gen, und bafür, daß oft beffer folche Frevel gar nicht and Licht gezogen worden, wenn sie nicht schon unter be beiführung öffentlichen Aergerniffes offen vorlagen, burfte man fich auf bas Canonische Recht berufen 92). mochte auch in ber Berletung ber Sitte, Die ihre Geltung im Rechte hat, einen Gesichtspunkt ber Ahnbungswurdige teit finden, ba man glaubte, die alte Unsicht verlaffen w muffen, sep es wegen ber Consequeng, zu ber biefe binfictlich ber Strafe führte, bie man nicht mehr anerkennen konnte, sen es, weil man mit bem Princip ber frubern Beit völlig brach, worüber wir hier nicht weiter zu fpreden Beranlassung haben. Man konnte sich, gegenüber einem migverstandenen Religions: Eifer und einem für ben Staat und seine Gesetzebung, die fich ihres eignen sittlichen Princips bewußt sind, nicht zu dulbenden um mittelbaren Einflusse ber Kirche, wohl auch barauf berm fen, daß Tobtung, Diebstahl zc. stets als rein weltliche Berbrechen behandelt murben, und die Gebote "Du follft nicht töbten", "Du sollst nicht stehlen", ungeachtet bet

92) Mein Lehrbuch §. 553. Anm. Roffirt, a. a. D. Band III. S. 125 fg.

<sup>91)</sup> So die Folge in den Artt. 116,—123 der P. G. D., welschen die Artt. 141—148 der Bamb. und Brand. D. G. D. und 122—129 der beiden Projekte entsprechen.

§. 15.

Bichtiger ist für uns die Geschichte der Behandlung des Berbrechens der Entstihrung. Die Bamberger und Erand endurger D. G. D. zeben dem Art. 143 die Ueberschrift: ", Straff der jhemen, so Ermeys der, "Iunkfrawen oder Closter frawen emsphülen." Rachdem hier dem Entführer einer Chefran oder einer unverleumdeten Jungfrau, wenn der Satte oder Bater peivlich klagt ("unangesehen ob die Sefraw oder junkfraw jren willen dazu giebt") die Todesstrase durch Enthauptung gedroht ist, heißt es am Schlusse: "Deßgleychen sollen gestrafft werden, die ihenen so genstlich Closter frawen emphüren, oder mit scheinlichen werken solches zuthun understeen."

Für diese lettere Bestimmung hatte man schon das tomis che Recht als Borgang. In der L. 34. Cock. de episc. et oler. von Zustinian wird der relistisse Gesichtspunkt au die Spitz gestellt: "Raptores virginum vel viduarum vel diaconissarum, quae Deo suerint dedicatae, possima criminum peocantes, capitis supplicio plectendos esse decernimus; quod non solum ad injuriam hominum, sed et ad ipsius omnipotentis Dei irreverentiam committitur."

mum vel viduarum (IX. 24) ber andre gesest: de raptu vel matrimonio sanctimonialium virginum vel viduarum (IX. 25). Im Justin. Coder ist es ein Titel de raptu vel tu virginum seu viduarum, nec non sanctimonialium (IX. 13), vgl. Ia. 58. Cod. de episcopis et clericis (I. 3) Nov. 128. Cap. 43, deren Inhalt aufgenommen ist in C. 20. Caus. IXXVII. Qu. 1. (vgl. Savigny, Geschichte des Röm. Rechts im Mittelalter; Band II. S. 274 fg. und Reshirt, Lehrbuch des Crim; R. heidelberg 1821.

Die Aufnahme einer solchen Bestimmung in die H. G. D. für das Bisthum Bamberg im Jahr 1507 hatte sibre Berechtigung, und war den herrschenden Ansichten entsprechend; auch für die Brandenburgisch=Frankischen Bande war im J. 1516 keine Beranlassung, etwas Abweischendes anzuordnen. Dhne Zweisel sollte auch, da die im ersten Falle aufgestellte Boraussehung des zur Klage Berechtigten nicht Platz greift, von Amtswegen 100) oder auf Beranlassung der Klosterobern versahren werden. Iher schon die beiden Projekte Art. 124 erwähnen der Entsuhrung von Klostersfrauen nicht mehr, und eben so wenig die mit diesen übereinstimmende P. G. D. Art. 118.

Schwerlich war die Absicht, hier stillschweigend das römische Recht zu bestätigen. Man muß vielmehr an eine wohlüberlegte Anwendung bessen denken, was die Bamberger H. G. D. bestimmt hatte, und es als richtig anerkennen, daß "die religiöse Idee des Klosterlebens, welche der Grund jener Straffähe war, schon zu jener Zeit ihrer Vernichtung entgegenzing." Diese Ansicht, welche Roßhirt ausstellt <sup>101</sup>), wird auch von Wäch:

<sup>100)</sup> Bgl. Bamb. und Brand. D. G. D. Art. 10, beide Prosjefte und C. C. C. Art. 6.

<sup>101)</sup> Roßhirt sagt a. a. D. S. 483: "Roch ist sonderbar, das in der Carolina der Entsührung der Alosterfrauen nicht gedacht ist, welche in der Bambergensis ganz vorzüglich hervorgehoben wurde." (In der Rot. 5. setzt er hinszu: Auch der conatus soll hier mit der Todesstrafe belegt werden "oder mit scheinlichen werken solches zu thun unterkeen.") Freilich sindet man den Schlüssel leicht, wenn man die Bershältnisse jener Zeit und den Umstand in Berracht zieht, das Schwarzender aus dem Aloster sich hier für berechtigt hielt, seine Tochter aus dem Aloster zu entnehmen; die religibse Idee des Alosterlebens, welche der Grund jener Strassage war, ging ja schon in jener Beit ihrer Vernichtung entgegen." Wenn der Schlüssel sich so leicht sindet, so kann

den 1993, melder beinerth baß "bie Wenigsten fich auf bie Ange einlaffett. warum wohl die Cawling ber Rlofterfraurk mitt ermagnt : wehrend bies bod. bie Bambengen fis Mitt ?!":: getheils funtt, weiter, ausgeführte: Sindi gewiß barf man bierodine Benfidlichtigen geber bereits anerlaunten proneffantifchen Cebre, unb ber berfelben gugethanen Reichtfun fin finben gewelcheinicht in eine Strafbeftimmung willigella tounten : bie joan fich undt in ibren Wolgen .. filt fie micht Geltung haben birefte. ... Daber wurbe auch eine fillb Soweigenbe: Sutheiftling bell Beftimmungen bes, Romifchen stud . Cononifchen Dethit einen Wiberfmuch mit : ben Drundfogen . enthulten: haben ; bie . ficht baneaid: geltenb machten. 2:: Dbne Breifel. ging bie Meinung babin J. gemeinrechtlich nichts über jenen Duntt ju bestimmen, über Atte bie Evangelifden wefentlich andere Grunbfiche auf anbenn Rorausfehungen batten, unb bas. Erforberliche: ben Bandebgefnigebungen gur ilderiaffen 1997

> ,.a e. : : §. 16.

Ash But to

weligiofen Standpuntte aus aufgefaßt, bie Sandlung wird mit ausbrucklichen Borten uls gegen bie Beilig-

1 20 30

bie in ber D. G. D. getroffene Abanberung nicht fonde ba T bar, fie muß vielmehr extlactich und natürlich genannt were den. Bal- nach J. H. Bood mor J. K. P. Tom. V. p. 2015

<sup>102)</sup> Abhandlungen aus bem Strafrechte. Leinzig 1685. 28b. I. E. 85 fg. Dagegen, ubur Brund, jum Theil Depp im Arachiv 28b. XIV. G. 489.

<sup>103)</sup> Bachter bemerkt S. 84 fg.: "in der That wird in prostestantischen Staaten tein Gesetz bie Wegführung einer freis willig folgenden Rlosterfran für ein Berbrechen der Entsfuhrung erklären und sett Rot. 74 hinzu: "Wenn die Dandlung wider ihren Willen vorgenommen sen, so musse sie naturlich, nach den (von ihm S. 72. Rr. I. angeführten) allgemeinen Grundsaben beurtheilt werden." Bgl. Contosa. August. Art. 27.

keit ber Ebe gerichtet und als Migbrauch berfelben bezeichnet; wogegen alles Andere, was dabei concurriet, als Mittel gebraucht wird, ober als Folge eintritt, eine untergeordnete Stelle einnimmt. Man hat bies nicht felten übersehen, ober, indem man jenen Standpunkt ba, we die Che nicht als Sacrament betrachtet wirb, nicht annehmen zu tonnen glaubte, abfichtlich bem anbern Se-Achtspunkte eine größere Bebeutung beigelegt, wozu allerbings, neben ber veranderten Auffassung, auch die Ausbrudsmeife bes Gefetes mit Beranlaffung bot. Go if man -- vollends unter bem Einfluß der durchaus fale fchen Anficht von ber Che, als eines Bertrages 104), moburch beren fittliche Objektivität verkannt wirb, bie wir, sone deshalb die sacramentale Eigenschaft anzunehmen, anerkennen muffen --- zu Ergebniffen gelangt, welche weber bem Begriffe noch bem Gefete entfprechen, namentlich was die Erfordernisse bes Thatbestandes und die Bollendung betrifft. hierauf habe ich bereits früher auf= merksam gemacht 195).

Eine nähere Betrachtung des geschicklichen Berhältnisses wird dies bestätigen und vielleicht auch für die praktische Seite nicht ohne Nuzen sepn.

Die Bamberger und die Brandenburger D. G. D., welche in dem Art. 146 "Straff des übels das in gestalt zwifacher Ge geschiht" in großer Ausführlichkeit von diesem Berbrechen handeln, beginnen mit den Worten: "Item so ein Erman ein ander wend, ober

1

<sup>104)</sup> Bgl. Degel, Grundlinien ber Philosophie des Rechts 5. 161. v. Savigny, Spstem des römischen Rechts, Ah. III. S. 319 und Not. f. Sişler, Handbuch des gemeinen und Preußischen Eherechts der Katholiken und Evangelischen. Breslau 1840. Gini. S. 4 fg. Mein Lehrbuch der Strafsrechtswissenschaft 5. 519.

<sup>105)</sup> Mein angef. Lehrbuch §. 530.

sin Eeweyb ein andern man, in gefalt ber heplibgen En, bey leben bed ersten Eegefellen nimpt", und sehen datauf zum Theil aus dem römischen Rechte entlehnte Rachtheile, unter andern auch am Bermögen, zum Theil neu hinzutretende Thnbungen.

Bon den beiben Projekten hat das erfte Art. 127 mit geringen, nachher zu berührenben Abweidungen, bie Art. 146 ber Bamb. und Brand. B. G. D. wiederholt, und insbesondere mit diefen ausgeführt, wit zwar die an manchen Orten bestehende Gewohnheit; fot 400 Berbrechen am Beben zu ahnben, gemißbilligt werde, da auch " bie gemeinen tapserlichen Rechte deshald Boine tobesftrafe seigen", bennoch unter befonbers erschwewenden Umftanden, nach Rath ber Rechtsverftanbigen, auch diese Strafe folls erfannt werben burfen. Das gweite Projekt, Art. 127. behalt gleich dem seften und den beiden vorhergegangenen B. G. D. die Aufftellung Des Gefichtspunttes der Berlegung ber Beiligkeit" ber Che bei, fürzt bagegen bie ganze Ausführung nament tich ber Grunde für und wiber bie Todesstrafe ab, und fügt durch die Bezugnahme auf den Chebruch, auch him fictlich ber nicht näher angegebenen Strafe, ein neues Moment hinzu, auf welches man, wie gesagt, ein zu großes Gewicht gelegt hat, wofür jedoch die veränderte Ansicht in der Zwischenzeit über bas Wesen der Che, mit einigem Schein geltend gemacht werben kann 106). Der Art. 121 der P. G. D. ift, pon der Schreibart abgesehen, gang gleichlautenb. Bum Broed unferer weitern Erorterung nehme ich ihn hier auf:

"Item so eyn ehemann eyn ander weib, oder eyn eheweib eyn andern mann, in gestalt der heyligen ehe bei leben des ersten ehegesellen nimbt, welche übels

<sup>106)</sup> Wächter, Abhandlungen zc. S. 248. 💈 🗀 🗸 🧸 🗀

that dann auch epn ehebruch und größer dann das selbig infter ist, und wiewel die Repserkichen recht auff solch übelthat kenn straff am leben setzen, So wollen wir doch welcher solche lastere betrüglicher weist, mit wissen und willen ursach gibt und vollbringt, daß die nit weniger dann die ehebrüchigen peinlich gestrafft werden sollen."

Diese Borschrift, die nicht alle denkbaren Källe erfcopft, welche strafbar senn tonnen, ift nun auf verschiedene Weise ausgelegt worden. Ich übergehe den hieder gar nicht gehörenden Fall der f. g. successiben Pos Ingamie, und den im Rom. R. erwähnten bei uns wegen der Form der Schließung ber Ebe nicht möglichen Fall, Las eine unverheirathete Perfon jugleich mit zwei unverheiratheten Personen andern Geschlechts eine Che eingeht" 167). Die einheimische Gesetgebung berührt aur die Sandlung einer verheiratheten Person, welche mahrend des Bestehens bieses ihres ehelichen Berhaltnisses zin neues eingeht. Bachter 100) ftellt bier die Gefichts= puntte auf, von welchen möglicherweise eine Gesetgebung bei ber strafrechtlichen Behandlung solchen Frevels ausgeben tann. Der eine ift ber ber Polygamie überhaupt, mo für die erfte und zweite Che die animi dosti-

notantur ins.: "Quive bina sponsalia, binasve nuptias in eodem tempore constitutas habuerit." L. 13. §. 2—4. D. eod. Alse eigentlich nicht eine Ehe eingeht, worauf auch nicht die Absicht gerichtet ist, sondern zwei Ehen, da hies bei für die strafrechtlichen Folgen ansommt. S. noch L. 2. Cod. de incest. nupt. und L. 18 pr. Cod. ad leg. Jul. de adult. In letzterer Stelle heißt es am Schluß: "in en mamque re non juris effectus, quo cives nostri matrimonia contrahere plura prohibentur, sed animi destinatio cogitatur." S. noch die bei Bächter anges. Jarde Handbuch des Straf. R. III. S. 67. Not. 8. vgl. mit desser Lehrbuch §. 45. Not. 2. Den te handb. II. S. 301. Wein Lehrbuch §. 527.

<sup>108)</sup> a. a. D. G. 148.

natio det Etige pang ber Berbindung unter der Bestuth tung ber Cheformen binreiche, dagegen auf Die Galtigfett det eisten-Che und auf die f. g. Constitumation der zweis ten alchte antomne 100). The course is the recommendate Der zweite Gesichtspunkt foll senn, daß ", man hauptfächlich bie Berlegung berushetichen Treues, jedoch ohne kinen mahren Chebruch zu for bern; ins Auge faßt, also bie Bigamie bann als von handen annintme, wenn ein Chegatte eine bigambt sche The abschlieft, fomit in viefe zweite Che un fich, und die durch fie begangene Werlegung ber ebil lichen Treue, welche burch die concurrirende Pobogantie einen besonderen Arafrechtlichen Charafter befommt, bas Besen der Bigamie sett 110). "Der britte mögliche Besichtspunkt ist, daß nom bie Bigamie als einen, unter bet gorm und bem Schein von zweiter Che begangenen, mahren Chebruch amp faßt, welcher burch bie damit concurrirende bosonbere Bert and the territory

chelichen Treue, ein vollendeter Schebruch, oder ein versuche ter: so müßte dies einen Straferhöhungsgtund bilden; und bas Sleiche wars det Fall, wenn zugleich ein Betrn grami sund ten Chegatten begangen würde." Dies scheint mir zwar unter gewissen Beraussehungen (f. z. B. a. a. D. S. 149. Rosso. 10), aber nicht surchzäugig richtig; es läßt noch eins andere Auffassung zu, insbesondere ist die Berlehung der ehelichen Treue nicht keits erk bann begründer, wenn seine concurrirenden Umstände rintveten. Sie lägt ummittelbaritn der Polygamie, die eben das Strasbare ist, wo nur die Mas nogamie rechtlich und sittlich anerkannt wird.

<sup>110)</sup> In diesem Fall erst läßt Wächter den Gesichtspunkt eintresten, den ich schon als bei dem ersten vorhanden angedeutet habe. Wenn aber, obschon die Verletung der ehe lichen Treue das eigentlich Strafbare ist, dennoch und mit Recht, das Abschließen der bigamischen She als das Wesen der Bigamie gilt, so kann doch wohl die Polygamie nicht als blos concurrirender und den strafrechtlichen Charakter der Handlung nur besonders bestimmender Umstand in Berracht kommen.

60

letung ber Chegesetze besonders strafbar erscheint." 111) Demnech muffe ber volle Thatbestand bes Chebruches, und daß bie zweite Berbinbung mahrend ber Dauer ber erften unter Beobachtung ber außern Cheformen eingegengen sen, erfordert werden 112). Die Behauptung, daß die Caroling von bem britten Gesichtspunkte aus gebe 118), wogegen bie Bamberger S. G. D. und ber erfte Entwurf vom 3. 1521 von dem zweiten, erscheint schon barum ungegründet, weil in ber That, ungeachtet der oben erwähnten Abanderungen, welche ber zweite Entwurf und die C. C. C. selbst getroffen haben, ber entscheibenbe Gesichtspuntt in allen Diesen Berten mit benselben Worten angegeben wird. Dieser liegt in ben Borten: "in Geftalt ber heiligen Che", die man nicht fo leichthin übersehen ober als blos gelegent= liche Meußerung, im Berhaltniß ju andern Momenten, bie bas Uebergewicht hatten, betrachten barf. 3ch habe auf dieselben schon früher an verschiedenen Orten aufmerksam gemacht 114). Wie man biese beutliche Bestimmung bei Seite setzen konnte, die noch dazu in bem Canonischen Rechte und ber bamaligen Auffassung ber driftlichen Che ihre Stute und Begründung hat, wurde kaum zu begreifen seyn, wenn man nicht annehmen burfte, daß dazu die übrige Faffung des Art. 121 in einer Beit und unter Berhaltniffen Beranlaffung gegeben, wo man von der Annahme des Sacraments der Che nicht mehr allgemein ausging, und sich nach strengeren Erfor-

<sup>111)</sup> Bgl. Bächter a. a. D. E. 150.

<sup>112)</sup> a. a. D. S. 149 fg.

<sup>113)</sup> ober "aufzugehen scheine" a. a. D. E. 151. S. jedoch auch S. 145. Nor. 2.

<sup>114) 3.</sup> B. mein kehrbuch ber Straf= R. W. S. 527 — 531, besonders § 529, wo die Streitsragen nach den verschiedenen Gesichtspunkten erörtert werden.

verniffen bes Thatbeftandes winfeben ju muffen glandie, Banfit Die Anweridung bed inemethin fcomeren Strafe be fibentie werbe. : Beichen Ginflus bies nandentlich will Die Beftimmung beffen batte, was jum Thatliestande bes vollenbeten Berbrechens gehore; bift mit Rückicht auf fene Gestellspunkte bereits genügend ausgeführt woo den 195). - Mach mentet Wuficht muß. mit Schließung bet zwelteir (bigamischen) Chez der Foem nach, ohne Runte ficht auf senflige Bebingungen ber Confummation und muf eine noch weitere Beiletung ber Trene - ba schon bies Binfeicht - bas Berbrechen ber Bigamie als wellendet bet trachtet werben 134). Es foll nicht wiederholt werbeil, daß die Worte: ", welche libelthat dann auch ein Ches betich und geößer benn dies lafter ift", keinesweges ilt dem Zusammenhange, wo ste gebraucht werden, mus Me Bedeutung haben, die Bigamie als eine Unterart des Chebruchs, bet allerdings auch barin enthalten ift, au bezeichnen; benn baß diese Banblung ein selbftständiges Berbrechen begrundet 117), wied selbst von den Bortheis digern ber Anficht nicht bezweifelt, gegen bie wir uns etflären. Eben so wenig mag man aus bet veranberten Jaffung gegenüber bet Bamb. und Brand. S. G. Di und ben ersten Projekten, welche nur bie Strafe,

<sup>115)</sup> S. die in meinem Lehrb. a. a. D. angef. Roßhi'rt, Wächter, Pentz, Pester, und die bei Wächter Abh. S. 151 erwähnten Feuerbach, Grolman, Martin, Jarde, Littmann.

<sup>116)</sup> Mein angef. Lehrbuch S. 529. 536.

<sup>117)</sup> Wie ich denn auch ausgeführt habe, daß noch gan; andere Motive als die vorübergehenden des eigentlichen Schebruchs hier statt sinden können und meist werden, wo es zur wirkslichen kirchlichen Schließung der zweiten Ehe kommt, die nach den jezigen Erfordernissen kaum ohne einen cancurristenden Betrug an der geistlichen und weltlichen Behörde möglich ist, während nicht überall ein Betrug gegen den andern Theil verübt wird. Rein Lehrbuch S. 666 ig.

nicht bie Ratur bes Berbrechens betrifft, etwas schließen. Dir Kellen; die Bebeutung aller andern concurrirenden Montente ber Strafbarfeit, die durch die abgefürzte Kaffung ber P. G. D. nicht von ber rechtlichen Berücksichtigung ausgeschloffen werben, keineswegs in Abrebe. Aber bas Wesen bes Berbrechens müssen wir, mit bem Gesetze in bem Migbrauch "ber gestalt ber heiligen Che" ertens nen. Es ift baber auch nicht nothig, um die Bezeichnung "zweisache Che" zu retten, wofern ein Fall zur Beurtheilung vorläge, da Jemand nicht blos eine zweite, sondern auch britte, vierte Che, unter den erwähnten Bereussehungen eingegangen hatte, bie fünftlichen Auswege einzuschlagen, wonach entweber jebe fernere Che nur in Bezug auf die allein gultige erfte Che ftrafbar, mithin eine Doppelehe senn soll 118), was unbedenklich zuzugeben ift, ober, wenn einmal die Doppel : Che geschlossen war, jede fernere Che strafrechtlich nicht in Betracht tomme, worüber Wachter 119) bemerkt, daß dieses nach der Carolina, welche die Bigamie blos als Chebruch auffaßte, nur in so weit der Fall sep, als die Concurrenz mehrerer Chebrüche die Strafe des Chebruchs nicht erhöhe 190), je: doch mit Recht hinzusügt, daß auch unsere Praris, welche

<sup>118)</sup> Deffter Lehrbuch S. 249. Mot. 1.

<sup>119)</sup> a. a. D. E. 145.

<sup>120)</sup> Abgesehen davon, daß ich den Obersat über die Auffassung der Bigamie nur als Ehebruch in der C. C. C. nicht einräumen kann, muß dieser Schluß beschränkt werden. Im Berhältniß zu denselben Personen mag eine Concurrenz mehrerer Ehebrüche, d. h. wiederholte den Ehebruch begründende Handlungen, allenfalls kein Erhöhungsgrund senn, wiewohl bei unbestimmter Strase dies doch als ein Zumessungsgrund zu berücksichtigen ist; aber wenn Jemand, mit verschiedenen Personen — unter Umständen, wo nicht wegen früher bereits erlittener Strase ein Rücksall vorhanden ist — im Ehebruch lebt, da ist jene Behauptung ungegründet und die Praris wohl gerechtsertigt.

vie Bigamie auf die gleiche Weise auffaßt; dei bei jest angenommenen arbiträren Strase ves Berbrechens dieses als erschwert betrachten und die Strase erhöhen werde, wenn noch mehr als zwei Ehen geschlossen wurden 392).

Der Ausbrud "zweifache Che", bet in ben Meben fchriften vorkommt, findet sich im Terte fo wenig alstein anderer gleichbebeutender; es ist die Rebe davon, das Bemand "in gestalt ber heiligen Che bei leben bes erften chogesellen einen anbern nimbt." : Indere beißt allee bings, auch und junachft, besonders in ber altern Gpras che, soviel als zweiter; aber boch nicht ausschließend. Es bebarf teiner Berufung auf ein Aegament vom Gegentheil aus L. 12. D. de Testibus 1922), unt zu zeigen, bas wenn ber Begriff Dehrerer: fcon burch 3met erfülls werbe, insbesondere ba wo von verbotenen Dandlungen die Rede ist, mehrere solche nicht mindestens auch zwek bedeuten, und was von biesen gilt, für jene im erhöhten Maafftabe in Anwendung kommen muffe. Wie follte der schwere Frevel, daß Jemand die kirchlichen Feierlich keiten in solcher Beife ("gestalt der heiligen Che") mehr als einmal mißbraucht, unbeachtet bleiben?

Der wichtigste Einwand würde senn, daß die Evant gelifchen die Ehe nicht als Sacrament anerkennen 198);

<sup>121)</sup> a. a. D. Not. 2. a. E. "Jedenfalls aber gelten, wie allgemein angenommen wird, die Strafbestimmungen der Gesfetze über zweisache Ehe zum wenigsten auch bei einer mehrsachen."

<sup>132)</sup> Ulpian: "Ubi numerus testium non adjicitur, etiam duo sufficient; pluralis enim elocutio duorum numero contenta est."

<sup>123)</sup> Hepp im Archiv XIV. E. 347 sagt: "Fast man beibe Delikte (Chebruch und Bigamie) mit der P. G. D. als quas lisicirte Fleischesverbrechen auf" (— davon steht kein Wort in der P. G. D.) "so werden zwar alle jene Consequenzen" (nämlich andere Auffassungen) "glücklich vermieden. Allein dieser Sesichtspunft wollte nie recht behagen" (gewiß mit

Dann aber batten wir bier ein Beispiel, wie ungeachtet ber sonft mobl bei ber Schluftrebaftion ber P. G. D. beob. achteten Rudficht auf bie Protestanten, wovon wir an mehreren Stellen au fprechen Belegenheit gehabt haben, diesmal eine solche nicht ftatt fand. Das findet sich zwar noch einmal recht hervortretend bei dem Rirchenraub und Diebstahl 194). Allein, ba die Evangelische Rirche nicht minder die Deiligkeit der Che erkennt, wenn fie auch nicht derselben die sacramentale Eigenschaft beilegt und die besondern Folgen anerkennt, welche bas katholische Rirchenrecht in Betracht der Ausschließung ber Chescheidung und der Wiederverheirathung bei einer nicht durch ben Tob bes einen Chegatten getrennten Che annimmt, fo lag ein Grund diese Fassung des Art. 121 zu verändern wohl nicht vor. Die Beranlassung ware sonft nabe genug gewesen, da gerade dieser Artikel gegen die frühere beliebte Fassung so febr veranbert und abgefürzt wurde. Grabe der Umftand, daß das in allen früheren Redaktio= nen aufgestellte, bas Berbrechen feinem innern Grund nach bezeichnende Motiv ber boben Strafwurdigkeit, mit benselben Worten beibehalten worden, durfte bafür spreden, daß man Seitens ber Evangelischen teinen Anftog, teine Beeinträchtigung bier fanb. Gegen die Anwenbung ber praktischen Folgen auf einen sich wieder verhei= rathenden, vom Bande der Che geschiebenen Evangelischen,

gutem Grunde) "entweder weil man ihn gegen die Beiligsteit der Che gehalten, zu vulgär und trivial fand, oder" (dies ift ein falscher Gegensat, denn es folgt aus der richtisgen Ansicht von jener Arivialität) "weil man glaubte, einen entsprechenden Gesichtspunkt auffinden zu müssen. Zu diesem gehören: die Verletung des Sacraments, ein Gesichtspunkt der aber auf das protestantische Deutschland nicht anwendbar ist." Bgl. indes Dr. M. Luthers Araus büchlein.

<sup>124)</sup> Bgl. P. G. D. Art. 171. 172 mit Bamb. und Brand. D. G. D. Art. 197. 198. und den beiden Projekten Art. 178. 179. und was darüber weiter unten zu bemerken sepn wird.



dessen Chegatte noch am Leben war — ein Fall ben man bamals übrigens schwerlich sich ganz deutlich machte — be= durfte es keiner Sicherung, und mo diese bei ber, auch in unserer Zeit stattfindenden Streitfrage in der Praxis (wenn man es eine Streitfrage nennen barf, worüber jede Confession bestimmte, und aus ihren Principien folgerichtig sich ergebende Regeln aufstellt) etwa Bedürf= niß sind, ba sehen wir, daß eine Abhülfe nicht darin liegt, jene Bedeutung der Worte "heilige Che" zu be= seitigen, ober, wie es die neueren Gesetzebungen thun, folche ganz wegzulassen. Für jeden Andern — für den einer wahren Bigamie Schuldigen eine andere Beurthei= lung zu fordern, als nach dem Gesichtspunkt eines Frevels an der Heiligkeit der Che 195), lag kein Grund vor, und man hat keine Berechtigung, durch Boraussetzung eines solchen die Meinung zu rechtfertigen als sollte der immer wiederkehrenden Bezeichnung auf einmal in der P. G. D. ein anderer Sinn, als der ursprüngliche bei= gelegt werden, wo man benn um in den sonst gebrauchten Worten des Gesetzes eine Stute zu finden, ganz beson= ders Gewicht auf den "Chebruch" und das "betrüglicher= weiß" gelegt hat — was den Regeln geschichtlicher und logischer Auslegung so wenig entspricht, als man die Folgerungen gut heißen kann, die sich aus den willkurlich aufgestellten Prämissen ergeben. Wir wollen jedoch nicht verschweigen, daß die moderne Betrachtungsweise zum Theil eine andere ift, mas fich übrigens leicht aus ber Geschichte der wissenschaftlichen Behandlung und der Praris erklärt, — aber beshalb noch nicht rechtfertigt.

<sup>125)</sup> Denn diese und die Ehe, als von Gott eingesett, erkennt die evangelische Lehre nicht minder an. Zu welchen Folgen die Auffassung der Ehe als blos bürgerlichen Bertrages und die Einführung der s. g. Civil-Ehe führen, ist hier nicht zu erörtern. Zur Zeit der Reformation hatte man davon keine Borkelung. S. oben Rot. 104.

Der Art. 123 der P. G. D. "Straff ber verkup: lung unnb helffen zum ehebruch" 126) bezeichnet gleich den Borgängern 127) die hier angegebenen verbreche: rischen Handlungen ausbrücklich als "sün bliche Werke."

Bir wollen zwar auf bieses Wort, welches weber Sobler noch Remus in ihren Uebersetzungen wiedergeben 198), nicht ein besondres Gewicht legen, da nicht die Absicht babin geben follte, hier grabe, mas ja auch bei ben unmittelbar vorher erwähnten Berbrechen (Chebruch, Ruppelei bes Gatten ober Baters) hatte geschehen konnen, ein Berbrechen von vorzugsweise religionswidriger Rich= Allein es barf an die Auffassung aller tung aufzustellen. Dieser Bergeben, als jugleich gegen ein göttliches Gebot gerichtet, erinnert werben, wie benn auch hier bas Mo= saische und Canonische Recht für bie Burdigung ber verwerflichen Handlung maakgebend sind 129), während in Betreff ber Bestrafung theils eigne Bestimmungen aufge= stellt find, theils die Praris bem Romischen Rechte wenig= stens Anhaltepunkte entlehnte. Ja biese und ähnliche Berbrechen wurden auch später noch in Protestantischen

worden , handeln noch besonders die Bamb. und Brand. D. D. Art. 148 a. E. Schon die beiden Projekte Art. 129 lassen diese Stelle hinweg; das zweite enthält zugleich, mit Bermeidung einer unnöthigen Wiederholung in Betress des Leihens der Häuser, eine etwas veränderte Fassung. Die C. C. C. im Anschluß an das zweite Projekt hat gleichfalls nicht jene Schlußbestimmung von "helsen zum Ehebruch", da schon die Einleitung, wo die Rede ist von "jungkfrewlicher oder frem lich ehr", das Erforderliche enthält.

Siehe die in der vorhergehenden Note angef. Artikel.

5. Die von mir besorgte Ausgabe der Interpretatio J.

5. die von mir besorgte Ausgabe der Interpretatio J.

5. die von mir besorgte Ausgabe der Interpretatio J.

5. die von mir besorgte Ausgabe der Interpretatio J.

5. die von mir besorgte Ausgabe der Interpretatio J.

5. die von mir besorgte Ausgabe der Interpretatio J.

5. die von mir besorgte Ausgabe der Interpretatio J.

5. die von mir besorgte Ausgabe der Interpretatio J.

5. die von mir besorgte Ausgabe der Interpretatio J.

5. die von mir besorgte Ausgabe der Interpretatio J.

5. die von mir besorgte Ausgabe der Interpretatio J.

5. die von mir besorgte Ausgabe der Interpretatio J.

6. die von mir besorgte Ausgabe der Interpretatio J.

6. die von die von

<sup>134)</sup> k.P. 134. 135. H. G. 3as oben Mote 34 über die "Delikte wider das sechste Art. 178 rwähnt ist. Malblanka. a. D. S. 216. seyn wir:

£7

Besetzgebungen, vornehmlich in ben Kirchen = Ordnungen vörgesehen, der geistlichen oder Consistorial : Gerichtsbarkeit unterworfen und zum Theil mit Kirchenstrafen und Bu-Ben belegt 180). Es ist ein Fortschritt, daß die kirchliche Gerichtsbarkeit in ihre richtigen Grenzen gewiesen und auf Die Beilmittel beschränkt worden, die in dem Gebict und dem Princip des Kirchlichen liegen, aber für den geschicht= lichen Standpunkt ber auch in ber P. G. D. behandelten Lehren muß als unzweifelhafte Thatsache jene. tiefere Burdigung ber Berwerflichkeiten angeführt werden, bie in den Gesetzgebungen unfrer Zeit aufgegeben ift, wodurch zwar gewisse Rachtheile ber frühern Behandlung vermies den find, zugleich aber auch ber Berluft des Guten herbei= geführt ift, welches bamit verbunden mar, und bas moglicher Weise hatte erhalten werden können, ohne daß nothwendig den Migständen, die Niemand in unsrer Zeit verkennt, eine Dauer gesichert worden mare.

### §. 18.

Ich versage mir jedoch hierüber eine weitere Aussührung und wende die Betrachtung dem nun an die Reihe kommenden Art. 131 der P. G. D. zu, dessen Ueberschrift kautet: "Straff der weiber so jre kinder tödten."

Hier wird ausführlich von dem Verbrechen des jett s. g. Kindes mords (in der weiteren Bedeutung, wo auch die selbst nur fahrlässige Verursachung des Todes mit inbegrif=

<sup>130)</sup> Bgl. 3. B. Chur-Sächs. Kirchen Drdnung vom J. 1580 Mandat v. 30. Sept. 1609, die Ehe-Ordnung v. 1624, und darüber v. Bächter a. a. D. S. 179. Not. 39. S. 191, Not. 58. und S. 211. In Betreff Bürttemberg's Dersselbe: "Die Strafarten und Strafanstalten des Königreichs Bürttemberg." S. 252. Preußens: Mein Bersuch einer Geschichte des Strafrechts und der Strafsgebung der Brandenburgspreuß. Lande S. 148. Not. 192. J. H. Boebmer J. K. P. I. 28. 3. V. & 1. 25 fg. 63 fg.

fenift), als eines eigenthumlichen von der Mutter an ihrem neugebornen Rinbe verübten, gehandelt. Bei aufmertfamer Durchficht bes Artifels, welcher mit ben entsprechenben ber vorausgegangenen Gesetzeswerte und Entwürfe übereinstimmt 181), wird man leicht die Ueberzeugung gewinnen, daß bie Abficht nicht dahin ging, biefe Sandlung, welche unter ben Begriff des Bermanbtenmordes (fofern sie Mord ift) fällt, gelinder als diefen und selbst als ben gewöhnlichen Mord zu bestrafen 139). Die jett in'Behrbuchern und auch in ben neuern Gefetgebungen aufgeftellte Unficht, wonach eine milbere Behandlung der Thäterin gerechtfertigt seyn sollte, läßt sich vertheibigen, aber fie tann weber geschichtlich, noch für bas gemeine Recht bogmatisch : praftisch, aus den angeführten Rechtsquellen abgeleitet und begründet werden. 3ch tann unter Bezugnahme auf neuere Untersuchungen - und ba jest wohl taum Die dem positiven Rechte untergelegten Behauptungen, besonders von Feuerbach, Grolman, Tittmann, als quellenmäßige vertheidigt werden — hierüber hinweg= geben, und als festgestellt annehmen, daß die Abschaffung ber furchtbarsten Art der Todesstrafe "um Berzweiflung zu verhüten" und zwar nur als Regel, fo daß jene bennoch zur Anwendung kommen sollte, wenn bei Ueberhandnehmen des Berbrechens stärkere Abschreckungsmittel nothwendig erschienen 183), - wenn man berücksichtigt, was

<sup>131)</sup> Bamb. und Brand. H. G. D. Art. 156; die beiden Projekte Art. 137.

<sup>132)</sup> S. besonders Hepp "über den Grund der milbern Beshandlung des Kindermords, dogmengeschichtlich dargestellt", im Archiv des Crim. R. J. 1847. S. 188 fg. 299 fg.

<sup>133)</sup> P. G. D. Art. 131 "Item welches weiß jre kind, das leben und glidmass empfangen hett, henmlicher boshaftiger williger weiß ertödtet, die werden gewonlich les bendig begraben und gepfelt, Aber darinnen Berzweiffelung zu verhütten, mögen die selben übelsthätterin, in welchem gericht die bequemlichkeit des wassers

an die Stelle gesetzt wird, und ben in andern Fällen gen drohten geschärften Todesstrafen entspricht - weder dem Inhalte nach eine Milberung im Berhältniß zur gewöhnli= chen Strafe des Mordes, noch baß, wie über biefes Berbrechen gesprochen wird, eine hierauf gerichtete Abg ficht nachgewiesen werden konne 184). Während 3. B. in Art. 137 ber C. C. Mörber und Tobtschläger nur eben mit dieser Benennung bezeichnet und mit der gesethichen Strafe bedroht werden, so findet sich hier eine ausführliche Auseinandersetzung der Schwere der Miffethat, und es wird ganz besonders diese, an dem., unschule bigen kindtlein" verübt, als ein "unchristliches und unmenschliches nbel" geschildert. Diese sonft bei keinem Berbrechen vorkommente Beise ber Bezeichnung meift unbeachtet gelaffen, und sie wohl nur als eine gelegentliche Aeußerung angesehen, die eine besondre praktische Bebeutung nicht haben soll. Letter res ift richtig: bas Ergebniß ber Auslegung bes Gesetzes ist nicht durch diese Worte bedingt, es wurde völlig ein Gleiches senn, wenn fie fehlten, oder durch andre die hohe Berwerflichkeit der Handlung angebeutet wäre. Gobler noch Remus behalten in ihren Uebersetzungen

dazu vorhanden ist, ertrenkt werden. Wo aber solch übel offt geschehe, wollen wir die gewelten gewonhent des vergrabens und pselens, umb mer sorcht willen solcher boshaftiger weiber auch zulassen oder aber das vor dem erdrenken die übelthätterin mit glüenden zangen gerissen werde, alles nach radt der rechtverständigen"; vgl. L. 16. §. 10. D. de poenis: "Nonnunquam evenit, ut aliquorum malesiciorum supplicia exacerbentur, quotiens nimirum multis personis grassantibus exemplo opus sit." Meine Schrist: die verschiedenen Strafrechtsetheorien E. 124. Not. 132. mit E. 88 (wo durch einen Druckseller das Citat aus Claudius Saturninus uns richtig ist. Die richtige Stelle ist L. 16. §. 10. D. de poenis).

<sup>134)</sup> Mein Behrbuch der Straf . R. 18: 4. 248. 249.

den Ausbruck "unchristlich" bei 126), und die Commentatoren ber P. G. D. übergeben denselben mit Stillschweigen.

Dennoch muß man annehmen, daß dieser Ausbruck, ber grade nur hier gebraucht wird, während doch auch ans bere Arten des Berbrechens der Töbtung nicht blos gegen menschliche, sondern auch gegen göttliche Gesetze sind, und mehr oder minder dasselbe noch von vielen andern Uebelzthaten gesagt werden kann — daß, meine ich, der Aussbruck, unchristlich", der bei den wiederholten Umarsbeitungen des Werkes beibehalten worden ist, nicht ohne Bedacht gewählt worden sen.

Ima ist bereits öfters, wenigstens im Allgemeinen barauf hingewiesen worden, daß die strafrechtliche Behandlung dieses Verbrechens unter dem Einstusse der christlichen Religion ersolgt sey 136); ein näheres Eingehen sindet sich aber vornehmlich in den Schriften von Roshirt 137) und von Hepp 138), welcher letztere namentlich mehrmals den Nachdruck auf das Wort,, unchristlich" legt, jedoch mehr nur um zu zeigen, wie entfernt man von der Absicht einer milbern Behandlung war. Offenbar ist damit nicht bestimmt, daß das Verbrechen in dem Sinne in einer Richtung gegen die Religion und näher gegen die christ-liche bestehe, wonach grade hierein das Charakteristische besselben gelegt werden müßte, wie bei den eigentlichen

<sup>135)</sup> Sobler übersett: ,,tam impil et inhumani crudelisque latrocinii." Remus: ,,infanticidii (criminis omnem στοργήν excedentis) indicia — s. die von mit veranstaltete Ausgabe S. 142. 143.

<sup>186)</sup> Mein Lehrbuch der Straf=R. W. S. 248. Anm. "Die eigents liche strafrechtliche Behandlung beginnt unter dem Einflusse der christlichen Religion."

<sup>187)</sup> Lehrbuch des Crim. §. 186. Anm. Weniger, in: Gesschichte und System des deutschen Strafrechts, Th. 11. S. 223 wo jene Worte unbeachtet bleiben. Jarke, Handbuch Th. 11. S. 268 fg., übergeht diese Auffassung ganzlich.

<sup>138)</sup> a. a. D. S. 190. 198. 305. vgl. mit. S. 3\$1. . .

Religions = Verbrechen, von welchen wir bereits gehandelt haben; — das Wesentliche bleibt immer, das es eine straf = bare Tödtung, ein Mord und zwar ein Verwand = tenmord ist, mit Verleugnung der heiligsten Gefühle der Natur. Wir wollen nun versuchen, jene Bezeichnung näher zu erklären und ihr für die Auffassung der Freveltat die rechte Stelle anzuweisen.

So viel ist jedensalls außer Zweifel, daß ein Gegenssatz der christlichen Anschauung und der heid nischen hier ausgedrückt wird. Man fand diesen vorzugsweise bei der Behandlung der Kinder, insbesondere der neugebornen, weshalb das, was hier von der Tödtung gilt, auch auf verwandte Verbrechen, Aussetzung, und in Vetress werdenden Menschen, auf die Abtreibung mit zu beziehen ist. Denn hiervon abgesehen, waren Mord und Todtschlag bei den nichtchristlichen Völkern, insbesondre bei den Römern und den germanischen Stämmen, überall Versbrechen, und mußten durch Strafen oder auf andre geeigenete Weise (Wehrgeld, Composition:c.) gesühnt werden, wenn auch in Betress der strafrechtlichen Behandlung Versschiedenheiten eintraten und in gewissen Fällen ausnahmseweise eine Tödtung strassos, ja erlaubt sen konnte 189).

Roßhirt <sup>140</sup>), dessen Ansicht Hepp beitritt <sup>141</sup>), macht hierauf aufmerksam, jedoch in einem andern Zusamsmenhange, nämlich um die Meinung, eine in der P.G. D. beabsichtigte mildere Beurtheilung des Verbrechens des Kindermords, wie sie sich in der neuern Zeit geltend zu machen gesucht hat, zu widerlegen. Iener bemerkt, daß das römische Recht dieses Verbrechen (als durch die Mut=

<sup>139)</sup> Meine Untersuchungen aus dem Gebiete der Strafrechtswissenschaft. Zweite Abhandlung: "Revision der Lehre von den angeblich straflosen Tödtungen."

<sup>140)</sup> Lehrbuch S. 156.

<sup>141)</sup> in der angef. Abhandlung im Archiv S. 194.

ter verübt) nicht besonders hervorgehoben, sondern ledigtich in das crimen parricidii eingeschlossen habe, wobei er sich auf L. 9. §. 3 (soll heißen §. 2.) D. ad leg. Pomp. de parric. derust. Auch der größere Theil der ältern deutschen Bolksgesetze habe dieses Berbrechen zwar nicht ungestraft wissen wollen, jedoch ebenfalls nichts besonderes darüber ausgesprochen: "Der Einsluß der christlichen Religion und des römischen Rechts, wovon der letztere in der Slosse zum Sachsenspiegel (über das parricidium) auch hier besonders erkennbar ist, wirkten 142) dahin, daß die härteste der Todesstrafen gegen diese Verdrecherinnen zugegesügt wurde."

Wichtiger als diese kurze geschichtliche Schilberung, ber namentlich in Betreff des römischen Rechts noch Manches hinzuzusügen wäre <sup>143</sup>), ist, was Roßhirt in einer Ansmerkung äußert: "Sie (die christliche Religion) stellt den Satz auf, daß die unmittelbar nach der Geburt solgende geistliche Wiedergeburt dem Menschen erst seine Würde giebt, und daß es daher ein grobes Vergehen gegen die Menschheit (und christliche Religion) ist, durch die Tödtung des Kindes die geistliche Wiedergeburt, sein eigentliches menschliches Wesen, zu verhindern" <sup>144</sup>).

<sup>142)</sup> Hepp S. 195 sett hier in Parenthese hinzu: "aber später"; vgl. de Boehmer ad art. 131. §. XVII.

<sup>143)</sup> Mein Comm. de antiquiss. Romanorum jure criminali §. 36. Not. 116. Rein, das Crim. R. der Römer S. 339fg. Für das ältere deutsche Recht s. Wilda Strafrecht der Germanen S. 724 fg.

<sup>144)</sup> Hepp, welcher a. a. D. Not. 6 diese Anmerkung mitstheilt, sett noch bei: "Der gleiche Gedanke liegt dem Art. 133 der P. G. D. zu Grunde, welcher bei der Abtreis bung der Leibes frucht zwischen einem leben digen d.h. beseelten, und nicht leben digen (noch nicht beseelten) kötus unterscheidet, und für den ersten Fall Todesstrase androht, weil das Kind durch die Entziehung der heiligen Tause in das ewige Berderben gehe. Deshalb spricht auch die P. G. D. im Art.

Db bies, was fich nur allmählig als eine Auffaffnng behauptet, die in der Gesetzbung eine wenigstens mittels bare Anerkennung fant, mit folder Bestimmtheit ber Berfassern der Bamberger und ber andern D. G. D. bis auf die Carolina vorschwebte, barüber lagt fich ftreiten. Gener Unficht von ber Taufe und ber Berbamme niß der Ungetauften - wenn wir auch zugeben, baß fie, obschon nicht so gang begründet 145), doch die herrschende war, bürften die Worte "unschuldige Kindlein" entgegenstehen - worüber jedoch hier nicht weiter zu sprechen ift. Man könnte sonft die einfache und naheliegende Er klärung versuchen, daß das neugeborne Rind nicht, wie irgend ein Erwachsener, ber aus Feindschaft, Rachsucht, im Streite zc. ums Leben gebracht wird, bem Thater, vols lends der Mutter, Bevanlaffung ju folder Sandlung geges ben habe, so daß um so mehr das Frevelhafte und Unchriftliche eines Mords hervortritt, der an dem unschuldigen Rindleln verübt wird. Jebenfalls wird aber bas "unfculs dig" auf den Zustand des Kindes im Allgemeinen bezogen, was dann freilich auch die andre Bebeutung mit umfaßt: Aber in dieser letten werden doch auch Tobtungen an Pers sonen begangen, die bem Thater gegenüber unschuldig, wenn auch nicht im Ginn bes Kinbes find 14 ), wie g. 23. alle die, welche aus einem andern Motive, als dem erwähnten, die aus Habsucht, Eigennut, oder um irgend eines

<sup>131</sup> vom Aindesmorde als von einem jugleich unchristlich em und unmenschlichen Verbrechen. Wie konnte sie von dies sem Standpunkte aus nur an eine milbere Beurtheilung des Kindesmords als Verbrechen denken?"

<sup>145)</sup> Es heißt im Evangel Marci Cap. 16 B. 16: "Wer da glaubt und getauft wird, der wird selig werden; wer aber nicht glaubt, der wird verdammt werden."

<sup>146)</sup> Meine Untersuchungen S. 27 fg. und bic daselbst mitgestheilte Stelle aus Shakespeare's Pamlet Act. 1. Scene 5.

befonderen Intereffes willen begangen werben. Aber wir find nicht berechtigt, jedes Wort ber ermahnten Rechts: bucher als so sorgfältig gewählt zu nehmen, daß wir hier einen Biberspruch mit ber "Unschuld" und ber auf ber entgegengesetten Anficht beruhenben Unerläßlichkeit ber Zaufe zur Seeligkeit finden dürften. Das beißt: nicht beshalb wird die verbrecherische Sandlung als un= driftlich bezeichnet, weil fie an einem unschuldigen Rind= lein verübt wirb, als wenn ber Mord einer andern Person nicht auch den Grundfaben bes Chriftenthums widerfprache, sondern es soll damit vornehmlich die Unnatürlichkeit ber Sandlung, die Berleugnung aller Gefühle, Rutterliebe, bezeichnet werden, worauf sich insbesondre ber Ausbruck "unmenschlich" bezieht, wodurch jedoch nicht ausgeschlossen wird, daß dem Worte "unchristlich" noch eine besondre Bebeutung beigelegt worden sep. Dafür möchte ich geltend machen, bag die Handlung, beren bobe Strafbarkeit begründet werden foll, nicht blos als Mord, sonbern als Uebel charakterisirt werde, ba man diesen Ausbruck, ber überall wiederkehrt, als wohlerwogen annehmen barf 147).

Wenn aber ein Gegensatz driftlicher Auffassung und heidnischer sich ausspricht, so konnte um so weniger grade an das römische Recht gedacht worden seyn, als die früher erlaubte Tödtung, Aussetzung des Kindes, die ohnehin nur dem Inhaber der väterlichen Gewalt, nicht der Mutter zustand, längst und eben unter dem Einstusse des Christenthums weggefallen und die Handlung in dem spätern Römischen Recht, welches in Deutschland Eingang

<sup>147)</sup> In allen erwähnten Artikeln heißt es: "bestimptes undristlichen unnd unmenschlichen erfunden übels und mords halber. —" Das Berbrech en bezeichnet dann die besondre That; das übel, die Säusigkeit derselben bei Robheit und Sittenverderbniß.

gefunden hatte, als Berbrechen, und zwar als gewöhnlis der Bermandtenmord betrachtet murde 148), und auch bas altere beutsche Recht mar es nicht, bem man etma jest erst burch solche Strafbestimmung und beren nabere Begründung entgegenzutreten Beranlaffung batte, ba bies fes, wie bemerkt, nicht folche Handlung für ftraflos er klarte, und auch die driftliche Lehre, die der Ansicht von ber Schwere des Verbrechens bes Rinbesmords noch ein neues bringenbes Motiv hinzufügte, sich bereits unter ber Bermittelung bes romischen Rechts Geltung verschafft hatte. Bu ftrenge Forberungen an historische Behandlung barf man bekanntlich bei ben Rechts - und Gesetbuchern ber frühern Zeit nicht machen. Daß man im Allgemeinen an Unsitte und Gebrauche heibnischer Bolfer gebacht habe. in einer Beit, wo unter andern die Entbedung ber f. ga neuen Welt und der Bertehr mit derselben eine Kenntnis ber bei biefen so häufigen Rinbestöbtungen, wenn auch nicht allein burch bie Mütter, voraussetzen läßt, wird wohl nicht als eine zu gewagte Bermuthung ganz abgewies sen werden. War doch unter andern die Einführung des Christenthums burch die Eroberer ber fremben ganber (die übrigens mit einer bem Princip widersprechenden Graufamfeit an vielen Orten erfolgte) dazu bestimmt, jene Frevel und Die Borurtheile, von benen fie ausgingen, zu unterbrucken149):

<sup>148)</sup> Mein Lehrbuch §. 241 fg. 247; meine Untersuchungen ic. 6. 207 fg.

<sup>149)</sup> Bgl. die Eroberung Peru's, von Franzisko de Teres. Sesvilla 1534. Deutsch bearbeitet in den "Reisen und Länders beschreibungen der ältern und neuesten Zeit ze." herausgeges ben von Dr. E. Widemann und Dr. Hauff. Stehen und zwanzigste Lieferung. Stuttgart und Tübingen 1842. Hier heißt es S. 42 von St. Miguel: "Diese Leute opfern seden Monat ihre eignen Angehörigen und Kinder"; und S. 47: "Nanche Indianerstämme — welche Menschensteisch essen — gingen so weit — daß sie nicht einmal ihre eignen Ainder, die sie mit fremden, im Kriege erbeuteten Frauen Einder

Auch. Hepp 160) beruft sich auf die "Chinesen" (und andre cultivirte wie barbarische Bölker) allerdings in einer andern Beziehung, nämlich "wie dankbar diese, bei benen ber Mord ehelicher und unehelicher Kinder zu den tagtäglich privilegirten gehört, senn wurden, wenn man ihnen wenigstens in Beziehung auf die Mutter die volle Unzurechnungsfähigkeit solcher Unmenschlichkeiten nach weisen wollte!"

## §. 19.

duch die unmittelbar folgenden Artifel 157 der Bamsberger und Brandenburger H. G. D., deren Ueberschrift nicht den ganzen Inhalt des Gesetzes ausdrückt: "Straff der wender, so jre kin der (umb das sie der abkommen) in verdligkent von jn lezgen, die also gefunden und ernert werden", schließen sich hinsichtlich der strafrechtlichen Auffassung an das Verbrechen des Kindesmords an. Das Motiv ist das selbe, und eben so die Misbilligung, welche solche lieblose handlungsweise überhaupt, und ganz besonders vom christlichen Standpunkte aus, trifft. Rag man auch hier, wo als Subjekt des Verbrechens nur die Rutter genannt wird, nicht gradezu an das römische Recht gedacht haben, dessen frühere Grundsätze über die mit dem jus patriae potestatis zusammenhängende Besugniß exponendiliberos, doch

hatten, verschonten." S. auch S. 151. Daselbst auch ein hiers her gehöriger Auszug aus: Garcilasso de la Bega—Primera parte de los commentarios reales, que tractan de el origen de los lucas, de sa idolatria, leies y govierno en paz y en guerra. Lisboa 1609. Fol., zulett Madrid 1800. Aber schon vor der Eroberung Peru's hatte man in der neuen Welt solche Beobachtungen gemacht.

<sup>150)</sup> a. a. D. S. 310. Er bemerkt zu dem Worte,,barbarisch' in der Rot. 33: ", denn auf Cultur oder Uncultur kommt es hier nicht an, sondern auf Peidenthum oder Christensthum."

auch icon langit ben Einfluffen ber burch bas Chriftenthum veredelten Sitte und der Gesetgebung gewichen maren; fo ist doch auch hier der Grund der spätern deutschen Gefet gebung und in Betreff ber criminalrechtlichen Muffaffung Alles das anzuerkennen, mas so eben von dem Werbrechen des Kindesmordes ausgeführt worden ift. Außer der bier obwaltenden innern Bermandschaft, Die schon das romifche Recht von der Zeit an anerkennt, wo jene funhern Befugnisse weggefallen waren 151), kann auch darauf Bezug genommen werden, daß jene beiden Artifel, so wie ber Art. 138 bes ersten Projekts, am Schluß für den Fall, daß "das Kind von solchem hinlegen ftürb", die Strafe des Rindesmordes anordnen. Allerdings läßt fich dieseletz tere Bestimmung in solcher Allgemeinheit nach ben Grundfagender Gerechtigkeit nicht vertheidigen, und es muß für einen erheblichen Fortschritt erachtet werden, daß das zweite Projekt Urt. 138 und nach diesem die P. G. D. Urt. 132 die Todesstrafe nicht ohne Unterschied, sondern eben nur bann broht, wenn die Handlung den Begriffen bes Rindesmords unterzustellen ift, indem es hier heißt: " Sturb aber das Rind von solchem hinlegen, so soll man die Dutter nach gelegenhept des geverlichen hinlegens an lepb ober leben straffen." 152)

Es beruht dies aber nicht auf einer veränderten Unsicht über das Verbrechen selbst, sondern auf der richtigen Würdigung des Unterschiedes, der bei den einzelnen Fäklen je nach der Absicht, der Art der Handlung und dem Erfolge im Verhältniß zu der Absicht statt findet, wonach

<sup>151)</sup> L. 4. D. de adgnoscendis et alnendis liberis. Paulus: "Necare videtur non tantum is, qui partum perfocat, sed et is qui abjicit, et qui alimonia denegat; et is qui publicis locis misericordiae causa exposuit, quam ipse non habet."

<sup>152)</sup> Roßhirt, Lehrbuch G. 159; mein Lehrbuch S. 386 fo.

wich verschiedene Grade der Strasbarkeit anzunehmen sind. Die durch das Christenthum bedingte Pflicht, deren Berziehung solche und ähnliche Verbrechen zu begründen vermag, welche gesetzliche Ahndung fordert, hat ihren bestimmten Ausdruck in der Ausdehnung, welche das Casmonische Recht der Aussehnung giebt, indem als Subsiekt nicht blos das Kind, sondern überhaupt schwache, kranke, hülflose Personen genannt werden 153).

#### §. 20.

Nicht minder findet fich bei der ftrafrechtlichen Behandlung bes Berbrechens ber Rinbesabtreibung, welches gleich nach ben beiben ermahnten Berbrechen seine Stelle hat 154), ber Gefichtspunkt, beffen Aufzeigung uns beschäftigt. Daber hier ganz besonders der Gegen= fat zur romisch = rechtlichen Burdigung biefer Frevelthat. Es ist bekannt, daß das Canonische Recht, welches hier durch die Grundsage bes Christenthums in Betreff ber Beurtheilung ber Handlung, als Tobtung, ober Bernichtung des werdenden Menschen, auf die deutsche Sesetgebung selbst schon früheren 156) Einfluß gehabt hat, und daß der aufgestellte Unterschied ber belebten ober noch nicht belebten Leibesfrucht, den man in Ermangelung anberer Rennzeichen, nach bem bamaligen Standpunkt der Physiologie an die Formation, den Grad ber körperlichen Ausbildung knupfen zu muffen glaubte, fich hier mit dem praktischen Erfolge geltend machte, baß

<sup>153)</sup> Cap. unic. X. de infantibus et languidis expositis. V. 1.

<sup>154)</sup> Bamb. und Brand. S. G. D. Art. 148; beide Projekte Art. 139; J. G. D. Art. 133.

die Abtreibung der beseelten Frucht als Zödtung beurtheilt wurde 156). Auch die Romer, die dieses Berbrechen nicht als ein felbstständiges behandelten, und ben Fall "si qua visceribus suis, post divortium, quod praegnans fuit, vim intulerit, ne jam inimico marito filium procrearet" 157) extra ordinem ahnbeten, wurden durch die Ansichten der Naturforscher und det Phi= losophie ber Zeit bestimmt 188). Obgleich nun eine Reihe von Migverständnissen auf die Schriften, die in das Decret Gratians aufgenommen murben, und auf die sonstigen, mehrmals abgeanberten Bestimmungen bes pabstlichen Rechts nicht in Abrede gestellt werden können 169) — davon abgesehen, daß wir nach dem jetigen Standpunkt ber hier einschlagenden Wissenschaft die ganze Art der Unterscheidung nicht anerkennen dürfen, so ift doch bie That = fache, so weit sie auf die Gesetzgebungen, die der P. G. D zu Grunde liegen und auf diese sich wirksam geäußert hat — eine festgestellte. Unter jener Boraussetzung mußte sich bann auch die durch die religiose Auffassung der Zeit bedingte Ansicht geltend machen, beren bereits gedacht worden ist 160).

<sup>156) (1.8.</sup> Caus. XXXII. Qu. 2.—, Hic de anima quaestio solet agitari, utrum, quod formatum non est, nec animatum quidem possit intelligi: et ideo non sit homicidium: qui nec exanimatum dici potest, si adhuc animum non habebat." Lgl. Cap. 5. X. de homicidio.

<sup>157)</sup> L. 39. D. de poenis.

<sup>158)</sup> Aristoteles, Polit. Lib. VII. Cap. 16. Plutar-chus, de placitis philosoph. V. 15.

<sup>159)</sup> Die siebzig Dolmetscher zu Exod. Cap. XXI. v. 22—28. Spangenberg, über bas Berbrechen der Abtreibung der Leibesfrucht, im neuen Archiv des Cr. R. II. S. 1 sp. 173 fg. insbesondre S. 38 fg. Jarke, Handbuch Ih. IH. S. 814 fg. Rot. 13—16.

<sup>21 160)</sup> S. die oben Rot. 144 mitgetheilte Stelle aus Roffirt's Lehrbuch.

In der Reihe unserer Betrachtungen barf auch der Art. 135 ber D. G. D. nicht mit Stillschweigen übergans gen werden: "Straff engner töbtung." 3mar wird von der Selbstentleibung nur zu bem beschränkten 3med gehandelt, die Fälle durch Aufstellung eines Princips zu bestimmen, wo ein Angeklagter ", von Sachen wegen, so er übermunden, sein leib und gut verwirkt bett" - indem alsbann biese bas Strafurtheil an ber Person selbst unvollstreckbar machende Handlung keines= wegs der verwirften Bermögensconfiscation entgegen= stehen soll, während in andern Fällen bes Selbstmorbs teinerlei Nachtheile für bie Erben in Betreff bes Bermögens eintreten burfen 161). Bon ber Handlung überhaupt, welche die driftliche Lehre migbilligt, und bie im Canonischen Rechte ohne Rücksicht, ob das Motiv irgend ein Shulbbewußtseyn, oder ein fonst verbrecherisches sen, ober nicht, vom firchlichen Standpunfte aus fur eine Sunde erklart wird, wie denn auch kirchliche Nachtheile, die auf die sonst bem Todten zu erweisende lette Ehre sich beziehen, verhängt werden 169), ist in der P. G. D. nicht die Rede, und wir dürfen um so weniger bem Urt. 135 einen besondern religiösen Grund unterlegen, als er ausbrücklich bas romische Recht und nur

<sup>161)</sup> Gegen den Art. 160 der Bamb. und Brand. H. G.D. und den Art. 141 des ersten Projectes enthält schon das zweite Projekt Art. 141 den Zusaß, den die P. G. D. beibes hält: ", und dawider kenn alter gebrauch, gewonhent, oder satung statt haben, sonder hiermit revocirt, cassirt und absgeihan sein, und inn diesen und andern kellen, unser Kensserlich geschrieben recht gehalten werden." Bgl. P. G. D. Art. 218.

<sup>162)</sup> Die christliche Ansicht vom Selbstmord sindet sich besons ders ausgesprochen in C. 9 sq. Causs, XXIII. Qu. 5. Cap; 11 X. do sopulturis, III. 28.

in Betreff der vermögend = und erbrechtlichen Folgen des von einem überführten Berbrecher verübten Selbstmords zur Seltung bringt, und die andern Fälle, wo doch jene Handlung den Charakter, welche ihr überhaupt das Casnonische Recht beilegt, nicht verliert, ganz entschieden ausschließt. Aber die Absicht konnte nicht dahin gehen, durch dieses Nichterwähnen die übrigen damals als des gründet anerkannten Folgen, welche die Kirche, und zwar kpäter auch die evangelische, mit der Selbstentleibung — rücksichtlich der kirchlichen Mitwirkung beim Begrähnisse — verband, für unanwendbar zu erklären <sup>163</sup>), und so mußte denn schon, um einer entgegengesetzen ungegründeten Meisnung zu begegnen, hier des Art. 135 gedacht werden.

## §. 22.

Es ist bereits oben in der Einleitung ausgesührt worsden, in welchem Sinn unsere Gesetzebungen die Pflicht des Fürsten in Beziehung auf die Ausübung der Rechtspflege und Handhabung der Gerechtigkeit betrachten und welche besondre Bestimmungen sich aus dem allgemeinen Grundsatze für diejenigen ergeben, die mit dem Richtersamte betraut sind. Auch die Betrachtungen über Art. 1, namentlich über die Erfordernisse zum Richteramte und über den Sid des Richters und der Schöffen oder Urtheisler, haben Beranlassung geboten, hierüber Einiges zu besmerken. Diesem schließt sich an, was in der P. G. D.

<sup>163)</sup> G. meine Abhandlung im Archiv des Crim. R., Beiträge zur Lehre von den strafbaren Handlungen in Bestiehung auf Berstorbene." J. 1844. S. 398 fg. mit S. 386 fg. Wilda, Strafrecht der Germanen S. 294. Not. 1. S. 524. 713. S. überhaupt: Wächter, Revision der Lehre vom Selbstmorde, im neuen Archiv des Crim. R. Bd. X. S. 72 fg.; Jarke a. a. D. S. 336. Not. 10.; meine Untersuchungen S. 72 fg.

Art. 150 (wie in beren Borgängern) 164) bei Belegenheit ber Aufzählung der strassosen Abdungen, und der Hinweisung auf die Bedingungen, unter welchen sie solche sind, den Urtheilern eingeschärft wird, damit sie die Unterschiede der Fälle sorgsältig berücksichtigen, indem sie sonst "sich zu vill malen irren, thun den leutten unrecht und werden an jrem blut schuldig" 166), so wie umgekehrt, "auch vil geschicht, daß richter und urtheiler die misstheter begünstigen, unnd jre Handlung darauf richten, wie sie in das recht zu gut verlengen, und wissentlich übelthätter das durch ledig machen wöllen, vermennen vielleicht etlich ehnsfeltig leut, sie thun wol daran, daß sie denselben leutten jr leben retten."

Die Stelle die nun folgt, abgesehen von der besonstern Veranlassung, hat eine allgemeinere Bedeutung und steht mit dem Gegenstande unserer Erörterung in so unmitztelbarer Beziehung, sie ist zugleich in der schlichten Sprace ein so schönes Beispiel der würdigen Darstellung, die noch in unserer Zeit, für Gesetzeber als Muster gerühmt worden ist 166), daß ich sie hier auszunehmen wohl berechtigt bin.

"Sie sollen wissen, daß sie sich schwerlich damit versschulden, unnd sein den anklegern benhalben vor gott und der welt widerkehrung schuldig, wann enn jeder richter und urthenler ist bei seinem end und seiner seel seeligkent schuldig nach seinem besten verstehen gleich und recht zu richten — wann zu großen sachen, als zwi-

<sup>164) &</sup>quot;hernach werden etlich entleibung in gemein berürt, die auch enntschuldigung auf inn tragen mugen, so darin ers dentlicher weiß gehandelt wirdet." Bamb. und Brand. H. G. D. Art. 175; beide Projekte Art. 156.

<sup>165)</sup> S. oben Mot. 28.

<sup>166)</sup> v. Savignn, vom Beruf unserer Zeit für Gesegebung und Rechtswissenschaft S. 54, welcher die "Einfachheit und edle Sprache ber C. C. C. " als " unübertroffen " Sezeichnet.

schen dem gemennen nut und der menschen blut zu tich= ten, grosser ernstlicher sieiß gehört, unnd angekehret werd den soll." 167)

Der sonstige Inhalt des ausführlichen Artikels liegt außer der Grenze unserer Aufgabe und ist hier nicht weiter zu berühren <sup>168</sup>).

### §. 23.

Sanz besonders tritt der religiöse Gesichtspunkt und noch bestimmter der der katholischen Rirche in der strafrechtli= chen Behandlung des Rirchen diebstahls und, mas die P. G. D. (nicht auch die Borganger) daneben stellen, bes Rirchenraubes hervor. Die P. G. D. Urt. 181 fg. und das zweite Projekt Art. 178 haben die Fälle mehr vereinfacht und einige zusammengezogen, insbesondere die schwerste Strafe bes Feuertodes nur auf das Stehlen "einer Monstranz, ba bas heilig Sacrament bes Altars inn ift" beibehalten, mährend die Bamb. und Brand. S. G. D. Art. 197 fg. mehrere Falle mit jener Strafe und andere auch überhaupt mit Todesstrafe bebrohen, wo jene beiden ersten dieses nicht unbedingt thun, sondern auf die "Gelegenheit der Sachen und Rath der Rechtsverständigen" verweisen. Alle aber stimmen darin überein, daß selbst bei ben nicht tobeswürdigen Diebstäh= len, welche durch die concurrirende Berletung des Beili: gen, Religiösen ausgezeichnet sind, bei Unwendung ber

<sup>167)</sup> Bgl. Ammianus Marcellinus lib. XXIX. Cap. 2.—
"ideoque de vita et spiritu hominis, qui pars mundi est
et animantium numerum complet, laturum sententiam diu
multumque cunctari oportere, nec praecipiti studio, ubi
irrevocabile factum est, agitari." Actne Untersus
dungen S. 378.

<sup>168)</sup> S. meine angef. "Revision der Lehre von den angeblich strassossen Zödtungen" in den Untersuchungen zc. S. 55, inse besondre S. 336 fgg.

Grundsätze, welche vom Berbrechen des Diebstahls im Allgemeinen gelten "weniger barmherzigkeit beweist werben solle, bann in weltlichen biebstählen."

Bei ben beutlichen Ausbrücken, welche in unsern Quellen gebraucht sind, bei ber in der Schilberung der verschiedenen Arten und Abstufungen des Berbrechens und der Angabe der Strasen gegebenen Begründung, und den unmittelbar in den Strasbestimmungen sich äußernden Beziehungen auf positive Voraussetzungen der Lehre der katholischen Kirche, bedarf es hier nicht einer Ausführung vom geschichtlichen Standpunkte aus, daß vornehmlich die Grundsähe des Canonischen Rechts über das Sacrilegium hier maaßgebend gewesen sewesen sehre das Sacrilegium dier maaßgebend gewesen sehen dere Frage betrifft, nämlich welche Seltung jene Vorschriften in protestantischen Ländern und vor einem protestantischen Gerichtshose haben können?

Diese Frage konnte schon bei der Revision der Projekte nicht ganz abgewiesen werden. Wenn man auch noch
nicht von eigentlich protestantischen Ländern und Gerichten sprechen konnte <sup>170</sup>), so mußte doch der wesentliche Unterschied geltend gemacht werden, daß eine große Anzahl von Einwohnern deutscher Lande die Boraus-

<sup>169)</sup> Jarte a. a. D. Th. II. S. 8. Not. 10. Roshirt, Ges schichte und System, Band III. S. 132 fg.

<sup>170)</sup> Roßhirt, Lehrbuch &. 182 bemerkt in der Not. 7: "Auf den locus delicti commissi kommt es übrigens in Deutschsland, bei einem Falle, wo vorausgesett wird, daß ein Kathelik aus einer katholischen Kirche stehle, nichts an, weil die drifter y Confessionen in Deutschland überall gleiche Rechte D. B. D. Art. on terris juris catholicorum so wenig, als von rotestantium gesprochen werden mag, gegen 165) S. oben Nrt. 172 §. I." Dies bedarf jedoch einer näheren 166) v. Savig: kann aber, für den dort vorausgesesten Fall, und Rechtswist, gemeinem Rechte zu sprechen ift, zugegeben edle Sprache

setzungen nicht anerkennen burften, von welchen die den fatholischen Lehren und Grundsätzen Rechnung tragende Gesetzebung den Thatbestand gewisser Arten bieses Berbrechens normirte und die Anwendung der schwersten Tobesstrafe 171) für gerechtfertigt hielt. Bergleicht man nun die verschiedenen Werke von der Bambergensis an bis gur Carolina, so findet: man zwar, wie oben erinnert, in der lettern einige Milderungen der ursprünglichen Barte und Beschränkungen ber Unwendbarkeit der geschärften Todesstrafe und der Todesstrafe überhaupt; aber mehr hat man bem protestantischen Princip nicht nach: gegeben, namentlich ift für den Hauptfall des Diebstahls einer Monftrang die Feuerstrafe stehen geblieben. ba es hier nicht unsere Aufgabe ift, die Strafen und beren Berhältnismäßigkeit zu der Uebelthat einer Kritik zu unterwerfen 172), sondern den für jene Zeit als berechtigt anerkannten Gesichtspunkt nachzuweisen, so konnte wohl von Seiten der Anhänger ber alten Rirche, beren Princip, und bas Recht auf Staatsschutz nicht beshalb aufgegeben werden, weil die andere Religionspartei, deren Unerkennung noch eine nur interimistische mar, einem andern Grundsaße huldigte. In der That war für die Evangelischen weder ein so bringender Grund vorhanden, sich der Aufnahme

<sup>171)</sup> Daß die Strafe des Feuers auf eigentliche Religions verbrechen gesetzt war, z. B. Bamb. und Brand. S. G. D. Art. 130. 131, auch wohl 141 (und die entspreschende der Projekte, wo die P. S. D. schon den ersten wege läßt) während sie aus andern historischen Gründen bei andern Verbrechen wohl auch vorkommt, Rünzfälschung, Brandstiftung (P. G. D. Art. 117. 131), soll nur im Vorübergehen erinnert werden.

<sup>172)</sup> Auch die Praxis in katholischen kändern ist von dieser Strenge immer mehr abgegangen, nicht in Folge einer Aens derung der principiellen Ansichten über das Verbrechen, sons dern vielmehr derzenigen über die Strafen, was sich denn auch allgemeiner und nicht in Beschränkung auf diese Strafsfälle äußert.

schlepsfen bei im senn, die ihm zu der lieb gottes rechten glauben und vertrawen zu Gott, und dem verdienst Christi unseres seligmachers, auch zur berewung seiner sünd vermanen 184). Man mag im auch in dem füren für gericht und aussüren zum todt stettigs ein Erucisir fürtragen."

Bon einem Einfluß der Berschiedenheit der christlichen Religionsbekenntnisse ist hier nichts sichtbar, und am wenigsten würde dieser, wenn er sich zu behaupten Beranlassung gehabt hätte, was nach dem angegebenen Inhalte durchaus nicht der Fall ist, die Wirkung gehabt haben, an die Stelle der früher allgemein gefaßten Bestimmung "Bermahnung zum Guten" die speciellere, welche bei der Revision und letzten Redaktion beliebt wurde, aufzunehmen. Selbst das Vortragen eines Erucisires war damals, und ist noch jetzt nicht etwas nur den Katholiken Eigenthümliches.

Boraussehung gegründet seyn, daß keine andern Berbrescher, als solche, die Glieder der christlichen Kirche wären, zum Tode verurtheilt würden, da die Beispiele hingerichteter nichtchristlicher Missethäter nicht sehlten; noch konnte die Meinung dahin gehen, auch Nichtchristen rücksichtlich dieses die Religion betreffenden Punktes wie Christen zu behandeln. Dennoch hat früher die Praris dieses zum Theil anders aufgefaßt. Weit entsernt zu glauben, daß ein solcher, der den Werth christlichen Trosstes nicht erkennt, (und der, wenn er des religiösen Zusspruchs sich bedürftig fühlte, auch ein Recht habe, diesen von einem Lehrer seines Glaubens zu verlangen), auch nicht dieser Wohlthat würdig, und daß sie ihm, ohne

<sup>184)</sup> Statt der Worte: "die ihn zu der lieb gottes — vermas nen" haben die erfigenannten drei G. D. nur: "die im zu gutem vermanen." Und bei tem Schlußsaße heißt es statt: "man mag." — "man soll."

Gewissenszwang nicht aufzunöthigen sen, hat man häufig das entgegengesette Verfahren eingeschlagen. Und zwar nicht blos in den Fällen, wo die Gelegenheit gebrach, einen Religionsbiener des betreffenden Glaubens zuzuzie= hen, sondern auch, wo dies möglich war, ja selbst wo solcher seines Amtes wartete. Bon ben verschiedenen Rudfichten, die bier als bestimmenbe sich geltend machten, wollen wir die hervorheben, welche möglicherweise ent= fernt von jedem Migbrauche die Mitwirkung der Kirche für eine besondre Pflicht hielt, wodurch es vielleicht noch möglich wurde, dem Sunder, im Interesse femes eignen Seelenheils, für die mahre Religion zu gewinnen. Es ift hier nicht der Ort, diese Unsicht, die dennoch zu großem Digbrauche und Bermerflichkeiten führte, welche mit ben Grundsägen des Christenthums im Widerspruche steben, weiter zu murdigen. Später hat man dieselbe und vollends die Bekehrungsversuche aufgegeben, mit denen ohne Zweifel in Berbindung stand, mas die altern Praktiker unter ben Grunden ber Strafmilberung zu erwähnen pflegten, nämlich das Erbieten des Berbrechers, zur herrschenden Religion überzutreten 186). Man hat, in gebüh= render Anerkennung der hier in Betracht fommenden Rechte und Pflichten, die Zulassung von Geiftlichen andes rer Religionen: (z. B. judischer) oder andrer chriftlichen Bekenntnisse, z. B. des griechischen, nicht nur gestattet, sondern für solche von Amtswegen und auf Gerichtskosten

<sup>185)</sup> Man nahm dies, was später alletdings allgemein für einflußlos auf die Beurtheilung erachtet wurde, zunächst von dem Uebertritt zur christlichen Religion an, wobei man sich besonders auf folgende Stellen des Canonischen Rechts bestief: Can. 1. Dist. 6. Can. 2 de consecr. D. 4. C. 136 de consecr. D. 4. C. X. 8. de divort. C. 6 de poenitentia D. 7. Agl. Duistorp, Grundsäze des deutschen peinl. R. Band I. §. 117. d. Bächter, Lehrbuch des Römisch Zeutschen Strafsrechts. Tübingen 1925. §. 116. S. 230. Die Milderung bestand oft nur in der Berwandlung der geschärften Codesstrafe in eine einsache und machte sich in Form der Enade geltend.

Sorge getragen. Dagegen ift es nicht Regel, sondern sindet meist nur auf Berlangen statt, daß der "Arme" durch Seistliche zur Richtstätte begleitet wurde. 186)

#### §. 26.

Den Schluß möge der Eingang des Art. 258 ber Bamb. und Brand. H. G. D. machen, welchem kein Artikel der beiden Projekte und der P. G. D. entspricht. Er handelt "von gemenner belonung des Nachricht ters" und verfügt, was mit unsrer Betrachtung in Berbindung steht:

"Rachdem allen Nachrichtern, so jr belonung in pennilichen straffungen der übeltetter (von jedem stuck jres werks in sunderhent nemen) das heplig Sacrament des altars versagt wirdet, nit darumb, das solliche volziehung der gerechtigkept und ernstlich straff der übeltat unrecht sen, sondern allein darumb, das sich um gemelten sunderlichen wartetten belonung willen, einer bösen unordentlichen begirde, in vergisung des menschen plut, bei solchen Nachrichtern versehen wirdet ze."

Man hat zu keiner Zeit, selbst wo man an der Rechts mäßigkeit und Zulässigkeit der Lebensstrase nicht den geringsten Zweisel hegte, verkannt, daß die traurige Ausübung dieser Nothwendigkeit nicht ohne eine Ueberwindung einer natürlichen Scheu statt sinde, welche letztere den, der sie selbst bei sich unterdrückt, doch von Seiten Anderer und Aller trifft. Ich habe diesen Gegenstand und den hievon handelnden Artikel 258 in der "Revision der Lehre von den angeblich strassosen Zödtungen" erläutert <sup>187</sup>); und für den gegenwärtigen Zödtungen" erläutert Beziehungen

<sup>186)</sup> Meine kritischen Betrachungen über ben Preuß. Ents wurf zc. G. 92. 93.

<sup>187)</sup> Meine Untersuchungen S. 376. Rot. 368.

in der gemeinrechtlichen Gesetzebung nachzuweisen, genügt diese Hinweisung. Nur das muß ich jett hinzusügen, daß vermöge bischöfflicher Dispensation doch dem Nachrichter die Theilnahme am heiligen Abendmahle gestattet wurde; und in der That wäre wohl am wenigsten der Zweck erreicht worden, diesen Diener der Gerechtigkeit mit seiner Pslicht und der Stellung zur Kirche, der er angehört, in Uebereinstimmung zu bringen und auf seine Gesinnung eine religiöse Einwirkung möglich zu machen — wenn man ihn von dieser ausschloß 188). Aber freilich wäre dies auch nicht der einzige Widerspruch gewesen, den wir auf einem Gebiete begegnen, wo so viele ungegründete Vorurtheile herrschten, die, wie das erwähnte, mit den Folgen, die sich auf die Ehre der Person bezogen, in Zusammenhang standen!

§. 27.

# Shlug.

Fassen wir die Ergebnisse der bisberigen Untersuchung nunmehr zusammen, wie sie bereits oben angedeutet worben sind. Die Peinliche Gerichts Ordnung hält gleich den

<sup>188)</sup> Roßhirt, Geschichte und System, Band I. S. 151.

"Endlich ist noch anzuführen, daß die Nürnberger in ihs ren Chroniken ihres Scharfrichters als einer der wichtigsten Personen fleißig gedenken: — derselbe — wurde, wenn der Bisch off von Bamberg seinen Einritt hielt, vom Rathe der bischöflichen Gnade in der Art empsohlen, daß er zum Abendmahl gehen dürse." Aber falsch ist es, wenn nun hinzugesetzt wird, "woraus man auf die Gewohnheit sch ließt, daß ohne bischöfliche Dispensation Scharfrichter nicht dazu gelassen wurden"; denn die Sache verhält sich grade umgeskehrt. Es bedurste keines Schlusses auf die Gewohnheit, welche längst seistens Schlusses auf die Gewohnheit, welche längst seistlich und in der Bamberger H. S. D. vorausgesetzt und bestätigt wird: "nachdem allen nachrichtern — das henlig Sacrament des altars versagt wirdet" — was die Brandenburger ganz eben so sagt — vielmehr, weil das Geses bestand, bedurste es einer Dispensation, und zwar war dies kein welst iches, sondern ein kirchliches Ges

frühern Gesetzgebungen ben Busammenhang, ber zwischen Recht und Religion, Staat und Rirche fatt finbet, durchaus fest, und überall ift bas Chriftenthum als Stundlage Dabei ift begreiflicherweise von ben berrichen: anerfannt. ben Ansichten ber frubern Beit ausgegangen, und in Rolge berfelben nicht felten bem religiofen Element eine über feine Berechtigung hinausgebende Geltung in dem weltli: den Recht zugestanden worden - was fich, wie wir gefeben haben, geschichtlich erflart. Das Religiöse bebauptet sich allgemein bei ber ganzen Auffassung ber Pflicht driftlicher Obrigfeit, wie fie von Rurften und gandesberrschaften, insbesondre bem Oberhaupte bes Reiches, bann von Richtern und Urtheilern geubt werben foll. Es angert fich ferner bei ben Bestimmungen über Berbrechen, bie, ohne im engern Sinn Religions: Berbrechen zu senn, vielmehr auch unter den Gesichtspunkt weltlicher Strafbarkeit fallen, boch zugleich als Berletung göttlicher Gebote betrachtet werden, was bann namentlich auch auf bie Anwendung und Bezugnahme ber besfallfigen Quellen Einfluß hat. Insbesondre aber zeigt sich dieses bei ben eigentlich f.g. Religions=Berbrechen, und bier vornehmlich tritt das Interesse der Frage hervor, zu deren Beantwortung die vorstehende Abhandlung einen Beitrag liefern sollte: welchen Einfluß die damals beginnende Rirchenreformation, und bie; wenn gleich noch nicht als gang vollendete Thatsache erscheinende Rirchentrennung, auf ben Inhalt ber neuen Reichs : Strafgesetzgebung gehabt habe?

ses; wie es denn Sache der Kirche und nicht der weltlichen Gesetzgebung war, zu bestimmen, wer zur Communion fähig sen. Daher konnte auch die Dispensation nicht von der weltlischen Obrigkeit, sie mußte von der geistlichen Behörde ausgesten, und der Rath von Rürnberg sich darauf beschränken eine Empsehlung zur Grade zu gewähren.

Diese Frage ift in ben meiften altern und neuern Berten über bas Strafrecht entweber gang übergangen, ober boch nur gelegentlich berührt worden 189); wo es ge= schehen, hat man nicht felten, mehr von bem Standpunfte ber neuern Zeit und ber praktischen Bedeutung ber gesetzlichen Bestimmungen für uns, als von dem geschichtlichen aus, ben Gegenstand erörtert; wo es bann nicht fehlen konnte, daß noch andere, jener Frage fremde Rucksich: ten in die Betrachtung gezogen wurden, die einer richtigen Erkenntniß hinderlich maren. Unleugbar find in einzelnen Artikeln nach Fassung und Inhalt, wenn man sie mit ben entsprechenden Bestimmungen ber Bamberger unb Brandenburger S. G. D. vergleicht, Abanberungen getroffen, es find andre hinweggelaffen worden, aus Gründen, die nur in den erwähnten religiöfen Berhaltniffen zur Zeit der Schlufredaktion und insbesondre schon vor Abfassung und Revision bes zweiten Projekts gefunden werden konnen. Meift gelangt man zu biefem Ergebniffe burch die allgemein geschichtliche Betrachtung und burch Induftion; zuweilen konnten (wie bei ben Gibesfor: meln) ausbruckliche Quellenzeugnisse angeführt werben. Während die in den Jahren 1507 und 1516 publicirten erwähnten beiden Ordnungen begreiflicherweise auf den alten Standpunkt der Einheit der Rirche und des Glaubens beruhen, zeigen fich in ben spatern Entwürfen der P. G. D. die Spuren der Trennung, und zwar so, daß im Ganzen genommen bas erfte Projekt, wie er: klärlich, sich weniger als das zweite von den Borgängern in den Bestimmungen entfernt, die hier allein in Beruds sichtigung tommen. Zuweilen fteben beibe Projekte von 1521 umb 1529 auf einer Seite, balb in größerer Unnabe:

<sup>189)</sup> Einiges enthält hierüber ber bereits angef. Basch in der Introd. zu dem Gloskar. interpret. C. C. C. inserv. p. 89. 90.

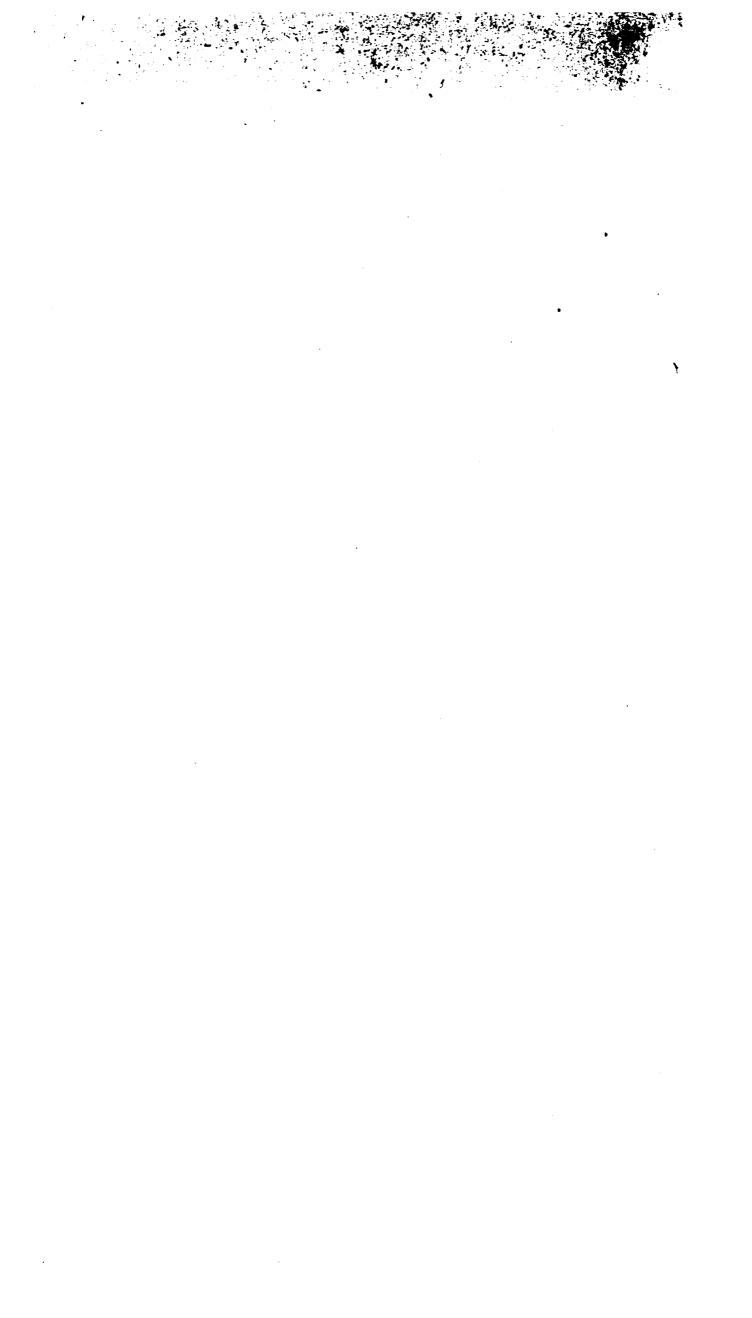
rung an die Borganger, balb icon tie Bestimmungen enthaltenb, wie fie in ber P. G. D. gefunden werden, und es mag hierüber wohl vielfach verhandelt und das Ergebniß je nachdem ber einen ober andern Partei mehr gunftigen augenblidlichen Bestaltung ber religiös : politischen Berhalt: niffe festgesett worten fenn. Dierüber entbehren wir, wie über so Bieles bei ber Abfassung jenes wichtigen Bertes, naberer Rochrichten, und es wurde gewagt senn, antre Bermuthungen aufzustellen, als solche, für bie sich wenig: fens eine mittelbare Begründung beibringen läßt. konnen nur bedauern, bag von ben Umarbeitungen, welche 1524 auf bem Nurnberger Reichstage und 1526 auf bem gu Speper jur Revision vorgelegt werden sollten, und wie weit bies geschehen, durchaus nichts, als eben bie Nachricht hievon, auf uns gekommen ist 190). Indes wenn auch die "Lehre von den zwei Projekten ber C. C. C. von 1521 und 1529 in bem gewöhnlichen Sinne ber beiden alleinigen Rebaftionen! des Entwurfes aufgegeben werden mußte", so ift boch so viel gewiß, daß nur biese beiben Redaktionen den Ständen mit dem Erfolg vorgelegt find, "au Beschluffen zu führen"; und mas wir für unsern 3med bier vermiffen, konnte nur etwa fenn, bag eine ber ermähnten Abanderungen bes ersten Projekts von 1521 schon vor bem jest f. g. zweiten, also etwa schon 1524 ober 1526, als getroffen nachgewiesen würde 191), worauf wir nicht zu großes Gewicht legen burfen.

<sup>190)</sup> Hierauf hat zuerst wieder E. Herrmann a.a. D. S. 68fg. aufmerksam gemacht, dessen verdienstliche Schrift überhaupt für das Studium unsres Gegenstandes von besonderm Wertheist.

191) Weshalb wir nicht ganz mit Herrmann einverstanden sind, wenn er a. a. D. S. 70 nach den Worten: "Mur Eines haben jene beiden Redaktionen voraus, das nämlich ihre Vorslegung an die Stande zu Beschlüssen geführt hat, welche wir in die Abschiede der Reichstage der genannten Jahre aufgenommen sehen" — hinzusest: — "ein Woment, welches offendar für die Geschichte des desinitiven Gesesinhaltes der Carolina, also für das wissenschaftliche und praktische Intersesse der Projekte völlig indisserent ist."

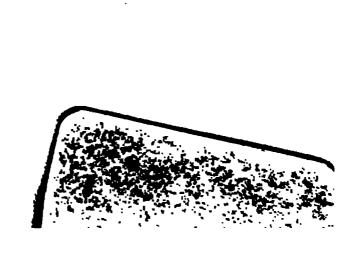
Auf ber andern Seite sind Manche in der Behauptung des Einstusses der Reformation auf die Abfassung der P. G. D. weiter gegangen als sich nachweisen läßt. Das Unerläßliche haben die Evangelischen durchgesetzt, aber mehr nicht, und es blieb mit geringen Ausnahmen der frühere Standpunkt der vorherrschende, so daß die Beseitigung der Mißstände, die sich in der Anwendung ergeben möchten, als Sache der Landesgesetzgebung angesehen wurde. Hierin liegt unter andern auch ein Erklärungsgrund der Erfahrung, die man gemacht hat, daß die Praris in den einzelnen Ländern, in welchen die Carolina die Grundlage des geltenden Strafrechts wurde, so vielsach verschieden war.

Für unser heutiges Recht und die Anwendung nehme ich um so weniger eine praktische Bedeutung meiner Darstellung in Anspruch, je beschränkter jetzt das Gebiet ist, wo überhaupt noch von Seltung der P. S. D. die Rede seyn kann, was in Kurzem gar nicht mehr der Fall seyn wird. Möge man jene als einen Beitrag zur geschichtlischen Erläuterung gelten lassen, zu welcher nach längerer Beschäftigung mit neuern Gesetzes Entwürsen wieder einmal zurückzukehren mich ein rein wissenschaftliches Interesse bestimmte.









.

.

.

